

LEBENSQUALITÄT UND INNOVATION IM BUNDESLAND SALZBURG

Diese Studie wurde im Rahmen eines vom Land Salzburg geförderten Forschungsprojekts an der Fachhochschule Salzburg angefertigt.

Autorinnen und Autoren (in alphabetischer Reihenfolge):

Monika Bretbacher

Gabriele Freischlager

Reinhard Hofbauer

Mario Jooss

Erich Mild

Markus Pausch

Michael Schwingsmehl

Roald Steiner

Die vorliegende Studie wurde nach allen Maßstäben der wissenschaftlichen Sorgfalt erstellt. Die Fachhochschule Salzburg übernimmt jedoch keine Haftung für Schäden oder Folgeschäden, die auf diese Studie oder auf mögliche fehlerhafte Angaben zurückgehen. Die Ergebnisse und Aussagen einzelner Autorinnen und Autoren müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Art von Nachdruck, Vervielfältigung, Verbreitung, Wiedergabe, Übersetzung oder Einspeicherung und Verwendung in Datenverarbeitungssystemen, und sei es auch nur auszugsweise, ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Fachhochschule Salzburg gestattet.

Glücklich, zufrieden und voller Zukunftsideen?



Wie geht es uns in Salzburg? Wie schaut's mit unserer Lebensqualität aus? Und wie definieren bzw. messen wir denn überhaupt „Lebensqualität“?

Fragen nach dem guten Leben bewegen uns alle. Als Landesrätin für Wissenschaft und Erwachsenenbildung freut es mich sehr, dass nun der Endbericht zum Projekt „Lebensqualität und Innovation im Bundesland Salzburg“ vorliegt, der viele Antworten gibt! Der Bericht belebt die Debatte. Er hinterfragt kritisch, was eine hohe Lebensqualität ausmacht. Es ist sehr wohltuend und gleichzeitig zukunftsweisend, dass Lebensqualität hier nicht nur an ökonomischen Faktoren festgemacht wird, sondern soziale Inklusion, Demokratie, Arbeit, Gesundheit und Umwelt miteinbezogen werden. Dadurch wird die Definition vom guten Leben um viele Dimensionen erweitert.

Die vorliegende Analyse unserer gegenwärtigen Lebensqualität fällt erfreulicher Weise sehr positiv aus. Unser Bundesland bietet im internationalen Vergleich einen sehr hohen Lebensstandard. Das bestätigen auch die Salzburgerinnen und Salzburger: Zwei Drittel bewerten ihre Lebensqualität hoch, nur rund 12 % niedrig.

Verbesserungen unserer Lebensqualität werden oft durch Innovationen ermöglicht. Daher setzt sich der vorliegende Bericht auch mit unserer Innovationsfähigkeit und -kraft auseinander. Hier zeigt sich noch ein größerer Handlungsbedarf: 84% der SalzburgerInnen blicken pessimistisch in die Zukunft und befürchten in den nächsten 15 Jahren ein Sinken ihres Lebensstandards. Diesen negativen Zukunftserwartungen gilt es mit innovativen Maßnahmen entgegenzuwirken - nachhaltiger Tourismus kann eines der Mut machenden Projekte sein.

Projektleiter und Herausgeber Prof. (FH) Dr. Markus Pausch sowie seinem gesamten Team danke ich herzlich für die kritische Analyse und die Handlungsempfehlungen für ein gutes Leben für ALLE.

Martina Berthold
Landesrätin

Vorwort der Hochschulleitung

Die Fachhochschule Salzburg bereitet mit ihren Studiengängen nicht nur auf die künftigen Herausforderungen des Arbeitsmarkts vor, sie ist auch in der praxisnahen und angewandten Forschung ein zentraler Player im Bundesland Salzburg. In verschiedenen multidisziplinären Projekten werden zukunftsorientierte und relevante Lösungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erarbeitet. Die regionale Lebensqualität der Salzburgerinnen und Salzburger sowie unternehmerische und soziale Innovationen sind dabei von besonderem Interesse. Daher freut es uns ganz besonders, dass zu diesen Themen nun eine fundierte Analyse vorliegt, die an unserer Hochschule entstanden ist.

Die Studie „Lebensqualität und Innovation im Bundesland Salzburg“ ist ein aktueller Beitrag der Fachhochschule zu einem besseren Verständnis der sozialen und ökonomischen Lebensverhältnisse der Salzburgerinnen und Salzburger. In ihr fließen die Expertisen und Analysen von FH-Forscherinnen und Forscher aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen ein.

In einer Kooperation zwischen ForscherInnen aus den Studiengängen Soziale Arbeit (SOZA), Betriebswirtschaft (BWI) sowie Innovation & Management im Tourismus (IMT) wurde drei Jahre an einer fundierten Analyse der Lebensqualitäts- und Innovationsindikatoren für das Bundesland Salzburg gearbeitet. Das Ergebnis verdeutlicht, dass eine Region nur durch das Zusammenspiel von sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren erfolgreich sein kann. Die Studie zeigt auch, dass Lebensqualität und Innovation von vielen verschiedenen Teilbereichen und Indikatoren abhängen und komplexe Phänomene sind. Gerade in Zeiten der Vereinfachung und der Beschleunigung ist es nötig, sich Zeit zu nehmen für genaue Analysen und differenzierte Argumente. Ein sorgfältiger Umgang mit Daten ist die Grundlage von Wissenschaft und Forschung. Daher ist es nicht verwunderlich, sondern geradezu notwendig, dass ein dreijähriges Forschungsprojekt in einem umfangreichen Endbericht mündet. Es war dem Projektteam aber ein Anliegen, eine Kurzfassung herauszugeben, welche die wichtigsten Ergebnisse zusammenfasst.

Wir hoffen, dass die Ergebnisse und Empfehlungen des Projekts einen Beitrag zur Erhaltung der hohen Lebensqualität und Innovationskraft des Bundeslandes leisten sowie zur Verbesserung jener Bereiche beitragen, in denen es noch Potenzial nach oben gibt. Die FH Salzburg wird weiterhin in Forschung und Lehre an der innovativen Gestaltung des Bundeslandes mitarbeiten.

Unsere Anerkennung gilt den Forschenden für die hervorragende und für unsere Region höchst zukunftsweisende Arbeit. Dem Land Salzburg herzlichen Dank für die zweckgewidmeten Forschungsmittel. Mit dieser Unterstützung ist es der FH Salzburg möglich, wertvolle Analysen und Handlungsfelder für den Wirtschafts- und Lebensstandort Salzburg zu generieren.

Ihre Hochschulleitung der FH Salzburg
Geschäftsführung – Rektorat

Vorwort des Herausgebers

Als wir im Jahr 2013 das Projekt „Lebensqualität und Innovation im Bundesland Salzburg“ konzipierten, ging es uns in erster Linie um die Analyse von Erfolgsfaktoren für die heimische Region. Wir wollten das, was die OECD bereits seit einigen Jahren unter dem Motto „Beyond GDP“ für ihre Mitgliedstaaten untersuchte, auf die regionale Ebene Salzburgs herunterbrechen. Der Leitgedanke dabei war, eine Erfolgs-Indikatorik zu erstellen, die sich nicht mit den wenigen üblichen ökonomischen Kennzahlen begnügt, sondern sowohl tiefer als auch breiter angelegt ist. Es war damals noch nicht abzusehen, dass wenige Jahre später die Notwendigkeit einer ausgewogenen Einschätzung der Stärken und Schwächen der Region in Anbetracht eines weit verbreiteten Pessimismus umso wichtiger werden würde.

Das Ergebnis ist ein umfangreicher, aber nicht allumfassender Bericht über das Bundesland Salzburg, der zum Teil auf dem Vorgängerprojekt Salzburg 2025 aufbaut. Er beschäftigt sich im ersten Teil mit wichtigen Dimensionen von Lebensqualität. Dazu zählen Soziale Inklusion, Demokratiequalität und Partizipation, Arbeit und Beruf, Gesundheit, Umwelt und Nachhaltigkeit sowie eine Reihe von ökonomischen Faktoren für wirtschaftliche Prosperität (Produktivität, Einkommen, Ressourcen). Für die gegenwärtige und die künftige Lebensqualität im Bundesland Salzburg spielt darüber hinaus auch die Frage eines nachhaltigen Tourismus eine wichtige Rolle, die daher besondere Berücksichtigung fand. Im zweiten Berichtsteil werden Indikatoren für Innovation und Innovationsfähigkeit analysiert, denn Innovationen stellen die Grundlage für Produktivitätsfortschritte und Wirtschaftswachstum dar und wirken damit indirekt auch maßgeblich auf die Lebensqualität einer Region. Sie schaffen die Voraussetzungen für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wie sich zeigt, ist das Bundesland Salzburg in vielen untersuchten Aspekten eine der erfolgreichsten Regionen Österreichs, Europas und der Welt. Gleichwohl werden auch Schwächen und Entwicklungen sichtbar, die für die regionalen AkteurInnen eine Herausforderung für die Zukunft darstellen.

Wir haben uns bemüht, einen gut lesbaren, informativen und übersichtlichen Bericht vorzulegen, der die Arbeit der letzten Jahre zusammenfasst. Auf konkrete Handlungsempfehlungen haben wir an dieser Stelle verzichtet, da es uns in der Langfassung in erster Linie um die ausführliche Darstellung unserer theoretischen und methodischen Grundlagen sowie der empirischen Analyse ging. Um die wichtigsten Ergebnisse jedoch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, haben wir uns entschieden, diesem Bericht auch eine deutlich kürzere Auskoppelung inklusive Handlungsempfehlungen für die AkteurInnen im Bundesland Salzburg beizulegen.

Unser Dank gilt in erster Linie Landesrätin Mag.a Martina Berthold MBA und der Abteilung 2 des Landes Salzburg, Ressort 2/04 Wissenschaft, Erwachsenenbildung, Bildungsförderung, die dieses Projekt finanziert und damit erst ermöglicht haben. Bedanken dürfen wir uns auch bei all jenen Personen, die uns als InterviewpartnerInnen zur Verfügung standen oder anderweitige Auskünfte erteilten, insbesondere bei der Präsidentin des Salzburger Landtags, Frau Dr. Brigitta Pallauf und dem Experten der Salzburger Landtagsdirektion Herrn Mag. Josef Hörmandinger. Für Unterstützung in der statistischen Auswertung bedanken wir uns bei Frau Mag.a Ines Grössenberger von der Arbeiterkammer Salzburg, für die Zurverfügungstellung von Daten bei Herrn Mag. Helmut Eymannsberger von der Wirtschaftskammer Salzburg. Ein Dank geht schließlich an alle Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben sowie an die Studiengangsleiterin von IMT, Prof.(FH) Dipl.-Betriebswirtin Eva Brucker und den Studiengangsleiter von SOZA, Prof. (FH) Dr. Martin Lu Kolbinger.

Ich wünsche den an unserer Studie Interessierten viel Freude mit dieser Lektüre und hoffe, dass sie als Grundlage für weitere Diskussionen nützlich ist.

Markus Pausch
Projektleiter/Herausgeber

Inhalt

TEIL 1 LEBENSQUALITÄT

A	Einleitung	13
B	Soziale Inklusion	49
C	Demokratiequalität	95
D	Lebensqualität und Arbeit	155
E	Gesundheit und Lebensqualität	207
F	Umwelt und Nachhaltigkeit	227
G	Produktivität, Einkommen, Ressourcen	255
H	Nachhaltigkeit im Tourismus	319

TEIL 2 INNOVATION

I	Innovation matters	353
J	Innovationsfähigkeit im Tourismus	427

LEBENSQUALITÄT IM BUNDESLAND SALZBURG

TEIL EINS

Einleitung

REINHARD HOFBAUER



Auf die Frage nach der Entwicklung des absoluten und relativen Wohlfahrtsniveaus von Gesellschaften gab es in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine ebenso einfache wie allgemein geteilte Antwort. Wirtschaftswachstum oder schlicht „Wachstum“ fungierte in der Öffentlichkeit wie auf der Ebene politischer Entscheidungen als „einfache Idee“ (Lordon 2000), die für sich genommen hinreichte, wirtschaftliche Entwicklung und politische Strategien zu begründen und zu bewerten. Das Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukt (BSP bzw. BIP, international: GDP) pro Kopf galt hierfür als zusammenfassende, aussagefähige Kenngröße.

Das BIP ist nach wie vor das bekannteste und wirkungsmächtigste Maß zur Kennzeichnung einer gesellschaftlichen Entwicklung mit unverändert hoher öffentlicher Resonanz und politischer Wirkung. Das BIP als zentrales Maß für wirtschaftliche Entwicklung misst kurzgefasst die Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen, multipliziert mit ihren Marktpreisen in einem Land zum Vergleichswert des Vorjahres abzüglich der Vorleistungen.

Auch heute noch bilden das Wachstum des BIP und die Entwicklung der Größen, aus denen es sich zusammensetzt, wichtige Zielgrößen des gesellschaftlichen Fortschritts (Bartelheimer und Kädtler 2012). In dieser Auffassung kommt das ökonomische Lebensqualitätsverständnis zum Ausdruck, mit Lebensqualität als individueller Nutzenfunktion, die sich in der Wahl eines Güterbündels auf freien und gleichgewichtigen Märkten manifestiert.

Weitere Gründe haben den Erfolg und die Popularität des Sozialprodukts gefördert: Das BIP besitzt den Reiz der „Single Magic Number“, das die Aktivitäten einer gesamten Volkswirtschaft abbildet, es eignet sich zum Benchmarking und korreliert eng mit anderen Indikatoren kollektiven materiellen Wohlergehens wie der Einkommensentwicklung oder sozialen Standards.

Schon seit mehreren Jahrzehnten wird allerdings sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs erkannt, dass allein aus den Indikatoren zur Wirtschaftsleistung nicht abgeleitet werden kann, ob sich Wirtschaft und Gesellschaft auf dem erwünschten Pfad zu allgemeinem Wohlstand und höherer Lebensqualität befindet. Der deutsch-französische Sachverständigenrat hat daher die positiven Fragen „Wo stehen wir?“ und „Wohin führt uns der eingeschlagene Weg?“ als die ersten genannt, die man im Hinblick auf eine große Bandbreite von Lebensqualitäts- und Wohlfahrtsmaßen sowie deren Indikatoren beantworten können sollte (Sachverständigenrat 2010, 11).

Nun werden die Grenzen der gesamtwirtschaftlichen Messkonzepte nicht erst seit ein paar Jahren kritisch diskutiert, und diese Kritik hat bereits zu Erweiterungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) geführt, etwa durch „Satellitensysteme“ zur VGR oder durch Nachhaltigkeitsindikatoren. Auch die Diskussion über „Grenzen des Wachstums“ begann bereits mit dem Bericht des Club of Rome 1972 (Meadows 1972).

Im akademischen Bereich können die Zweifel, ob das BIP ein angemessenes Maß aller Aspekte der Wirtschaftsleistung und erst recht der Wohlfahrt ist, bis in die 1930er Jahre zu Simon Kuznets, einem der bedeutendsten Architekten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zurückverfolgt werden, der im Jahr 1934 in einem Bericht an den amerikanischen Senat feststellte: „(...) the welfare of a nation can scarcely be inferred from a measure of national income“ (Kuznets 1934).

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Debatte häufig wiederbelebt, etwa durch Nordhaus und Tobin in den 1970er Jahren (Nordhaus und Tobin 1972). Mittlerweile gibt es eine breite, umfassend diskutierte Literatur zur Messung der Wohlfahrt (Fleurbaey 2009; Sachverständigenrat 2010).

Dieser wachstumskritische Impetus bildet bis heute eine Gemeinsamkeit aller Versuche, Lebensqualität zu einer gesellschaftspolitischen Zielformel und zu einem Maß zu entwickeln, mit dem Lebensqualität besser gemessen werden kann als mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der darin ermittelten Größe des BIP.

Die Ursachen für die zunehmende Unzufriedenheit mit dem BIP als Wohlfahrts- und Lebensqualitätsindikator sind nicht in mangelndem Wirtschaftswachstums allein zu sehen. Es geht auch um eine andere Verwendung des Wachstums. Auch Unzufriedenheit mit der Verteilung des vorhandenen Wohlstands, den Folgen für Umwelt und gesellschaftlichen Zusammenhalt verlangen nach anderen Maßen als rein wirtschaftlichen, um die Wohlfahrt und Lebensqualität der Menschen zu messen.

Deshalb ist es nicht überraschend, dass in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten ein Wiederaufleben der Forschungsarbeiten zur Frage zu beobachten ist, wie unser Verständnis von Wohlfahrt und Lebensqualität „jenseits des BIP“ verbessert werden kann. Neu ist, dass die Frage, wie es den Menschen geht, und die Erkenntnis, dass die normativen Grundlagen gesellschaftlicher Ziele zu überprüfen seien, heute auf ungewöhnlich hoher politischer Ebene diskutiert wird. Dazu sind zahlreiche Untersuchungen und Initiativen bei der OECD, den Vereinten Nationen, der Weltbank, den statistischen Ämtern und anderen Organisationen durchgeführt und angeregt worden.

So hat etwa das 2004 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) begonnene „Global Project on Measuring the Progress of Societies“ zum Ziel, unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung wirtschaftliche, soziale und ökologische Indikatorsysteme weiterzuentwickeln, um „gesellschaftlichen Fortschritt“ umfassender abzubilden, als dies bestehende makroökonomische Berichtssysteme leisten (Bartelheimer und Kädtler 2012, 42).

2007 veranstaltete die EU-Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, der OECD und dem World Wide Fund For Nature (WWF) eine Tagung unter dem programmatischen Titel „Beyond GDP – Measuring progress, true wealth, and the well-being of nations“. Als Ergebnis der Konferenz veröffentlichte die EU-Kommission eine Mitteilung, die der Europäischen Union fünf „Schlüsselaktionen“ zur „Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ (Europäische Kommission 2009) vorlegt:

Erstens das BIP durch ökologische und soziale Indikatoren zu ergänzen, Umwelt- und Sozialdaten kurzfristig („in Beinahe-Echtzeit“) zur Verfügung zu stellen, über Verteilungsfragen und ungleiche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben genauer zu berichten, eine statistische „Anzeigetafel“ (scoreboard) für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, und das Europäische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) um Kernaspekte der nachhaltigen Entwicklung zu erweitern. Im September 2009 stellte eine vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eingesetzte Kommission

zur Messung von wirtschaftlicher Leistung und sozialem Fortschritt – nach den drei federführenden Wirtschaftswissenschaftlern auch als Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission bezeichnet – ihren Bericht vor. Die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (SSFC) fordert eine politische Diskussion über die normativen Grundlagen und über die Bewertungen statistischer Befunde zur Leistungsfähigkeit von Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen (Stiglitz et al. 2014).

Denn zwischen statistischen Modellen und Gesellschaftsmodellen besteht ein normativer und praktischer Zusammenhang: „What we measure affects what we do. (...) In the quest to increase GDP, we may end up with a society in which citizens are worse off“ (Stiglitz et al. 2010: xvii).

Der SSFC-Report hat sich als Meilenstein in dieser Debatte erwiesen. Kaum ein anderer Beitrag auf diesem Forschungsgebiet hat eine so intensive Diskussion in Politik und Öffentlichkeit angeregt. Zudem wurden seit der Veröffentlichung zahlreiche Initiativen, insbesondere durch die statistischen Ämter in Europa, mit dem Ziel gebildet oder verstärkt, das statistische Berichtswesen in verschiedenen Bereichen zu verbessern, auch in denjenigen, die hier zur Diskussion stehen. Trotz bereits jahrelanger Arbeit sind viele dieser Initiativen direkt oder indirekt durch den SSFC-Report beflügelt worden.

1 Lebensqualität (Quality of life)

Der Begriff „Quality of life“ wurde vermutlich erstmals vom Ökonomen A. C. Pigou, der als Begründer der Wohlfahrtsökonomie gilt, um 1920 verwendet. Pigou bezeichnet damit in Abgrenzung zu seinem Metier die nichtökonomischen Aspekte der öffentlichen Wohlfahrt (Noll 1999). Von Anbeginn war der Begriff damit auch politisch konnotiert und bezog sich explizit auf das gute Leben in der Gesellschaft. Populär wurde der Lebensqualitätsbegriff in seiner gesellschaftlichen Bedeutung in den 1960er Jahren in den Vereinigten Staaten unter Präsident Lyndon B. Johnson und seinem Programm der Great Society. Darin wurde erstmals klar einer breiten politischen Öffentlichkeit programmatisch dargelegt, dass Aufgabe und Ziel der Gesellschaftspolitik nicht „the quantity of goods but the quality of the lives“ sei (Johnson 1964, zitiert nach Noll 1999, 4).

Lebensqualität steht in einer Reihe von Begriffen und Konzepten, die nach normativen Kriterien Ausschau halten, um gesellschaftliche Verhältnisse daraufhin zu untersuchen, welche Kriterien für das gute Leben zu identifizieren sind.

Alternative Begriffe, die im historischen Verlauf wirkungsmächtig waren, sind etwa Wohlstand oder Lebensstandard. Auch sie beziehen sich auf das gute Leben, haben im Gegensatz zur Lebensqualität aber stärker die materiellen Dimensionen des guten Lebens im Blick. Wohlstand und noch stärker Lebensstandard betonen die Verfügung über Einkommen und Vermögen sowie den Konsum von Gütern und Dienstleistungen. Wohlbefinden, ebenso wie der zeitlich umfassendere Begriff der Lebenszufriedenheit, stellt dagegen das subjektive Element in den Vordergrund. Es bezieht sich auf das Individuum, seine Wahrnehmungen, Situationsdefinitionen, kognitiven Bewertungen und Gefühlszustände (Noll 2002).

Gemeinsam ist den Lebensqualitätskonzepten, dass sie Lebensqualität als etwas von Lebensstandard und Wohlstand verschiedenes betrachten. In manchen Definitionen wird Lebensqualität als Erweiterung des Wohlstandskonzepts, in anderen als Gegenbegriff zum Wohlstandsbegriff verstanden.

Insgesamt wird der Begriff Lebensqualität weniger als die Beschreibung eines Zustandes, sondern als modernes und multidimensionales Konzept des guten Lebens begriffen, das „sowohl materielle wie auch immaterielle, objektive und subjektive, individuelle und kollektive Wohlfahrtskomponenten gleichzeitig umfasst und das ‚Besser‘ gegenüber dem ‚Mehr‘ betont“ (Glatzer und Zapf 1984). „Es gibt viele und unterschiedliche Auffassungen von Lebensqualität, und etliche sind von unmittelbarer

Plausibilität. Man kann gut gestellt sein, ohne dass es einem gut geht. Es kann einem gut gehen, ohne dass man in der Lage ist, das Leben zu führen, das man führen wollte. Man kann das Leben führen, das man führen wollte, ohne glücklich zu sein ... Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen“ (Sen 2000, 17).

Der Begriff der Lebensqualität entzieht sich zwar bis heute einer einheitlichen Konzeptualisierung, dennoch bildet er einen Knotenpunkt, an dem sich Politik und Wissenschaft treffen, um die Frage nach dem „guten Leben“ und seinen Bedingungen immer wieder neu aufzuwerfen. Diese ständigen Aktualisierungen hinderten ForscherInnen trotz einer anhaltenden Pluralisierung des Konzeptes nicht daran, immer wieder nach einem gemeinsamen Nenner von Lebensqualität zu suchen.

Die Lebensqualitätsforschung hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem interdisziplinären und mehrdimensionalen Forschungsfeld entwickelt. Aktuelle Lebensqualitätskonzepte umfassen Elemente, die ursprünglich in einzelnen Wissenschaftsdisziplinen entwickelt und erforscht wurden. Im Folgenden werden für die Lebensqualitätsforschung wichtige Zugänge, Definitionen und Theorien entlang ihrer prägenden Disziplinen vorgestellt.

Lebensqualität in der Psychologie

Im Zentrum des psychologischen Ansatzes zur Erforschung von Lebensqualität stehen primär subjektive Dimensionen des Konzeptes. Individuelle Lebensqualität wird dabei mit dem Begriff des subjektiven Wohlbefindens umschrieben, das als ein hierarchisches und mehrdimensionales Konstrukt gilt.

Lebensqualität wird vom Individuum auf der Grundlage seiner Wahrnehmung, seines emotionalen Erlebens und seiner Bewertungsprozesse als globales Urteil über die Qualität des eigenen Lebens als Ganzes gebildet. Im Zentrum der psychologisch orientierten Forschung zur Lebensqualität steht die Erforschung der Struktur des subjektiven Wohlbefindens. Dabei geht es um die Bestimmung einzelner Komponenten des Konstruktes und ihrer Beziehungen zueinander. So wird davon ausgegangen, dass subjektive Urteile der Lebensqualität mindestens auf zwei Arten gebildet werden können: durch kognitive Bewertungsprozesse und emotionale Reaktionen auf Lebensereignisse. Entsprechend dieser Bewertungen ist eine zentrale Frage, wie konsistent und stabil diese im Zeitverlauf und in unterschiedlichen Lebenskontexten sind.

Die Gleichzeitigkeit von Emotion und Kognition spiegelt die von Diener und Lucas vorgeschlagene Definition des subjektiven Wohlbefindens wider. Demnach stellt subjektives Wohlbefinden ein Konstrukt dar an dem die teilweise unabhängigen Konzepte positiver und negativer Affekt, globale Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit wichtigen Lebensbereichen beteiligt sind (Diener und Lucas 2003, 191).

Weitere alternative Beiträge zur psychologischen Lebensqualitätsforschung stammen von Ryff, die argumentiert, dass Lebenszufriedenheit und emotionales Gleichgewicht nicht alle und nicht die wichtigsten Dimensionen positiver psychologischer „Funktionsfähigkeit“ darstellen (Ryff 1999). Stattdessen schlägt sie sechs zentrale Dimensionen vor, die in das Konzept des sog. „psychologischen Wohlbefindens“ münden: Autonomie, Alltagsbewältigung, menschliches Wachstum, positive Beziehungen zu anderen Menschen, Lebenssinn und Selbstakzeptanz.

Weitere Ansätze betonen individuelle menschliche Entwicklungspotenziale. Entwicklungspotenziale stellen Dispositionen dar, die als Grundlagen menschlicher Selbstverwirklichung verstanden werden. Beispielhaft für einen Ansatz, der subjektives Wohlbefinden in Verbindung mit der Verwirklichung persönlicher Entwicklungspotenziale bringt, ist die Selbstbestimmungstheorie der Motivation (Deci und Ryan 2008). Individuelle Lebensqualität ist aus der Perspektive dieser Theorie ohne die Erfüllung „selbstbestimmter“, d. h. intrinsisch generierter Motive, undenkbar (Kasser und Ryan 2001).

Die inhaltliche Varianz dieser Ansätze zeigt, dass auch in der Psychologie keine einheitliche Definition der Lebensqualität existiert. Jede Forschungstradition verwendet ihren eigenen Begriff von Lebensqualität (Weidekamp-Maicher 2008).

Aus der funktionalistischen Perspektive wird Lebensqualität schwerpunktmäßig mit der weitgehenden Abwesenheit von (körperlichen und psychischen) Beeinträchtigungen und (gesundheitlichen) Belastungen gleichgesetzt. In der Gesundheitspsychologie und der Medizin wird das Konstrukt zum einen dann verwendet, wenn die Auswirkungen bestimmter Erkrankungen und Beeinträchtigungen auf die Lebensqualität der Betroffenen untersucht werden sollen. Wird dagegen die Wirksamkeit unterschiedlicher Interventionsformen geprüft, so werden häufig auch Indikatoren der Lebensqualität als Zielkriterien in Betracht gezogen. Die Operationalisierung des Lebensqualitätsbegriffes geschieht in der Regel über Indikatoren der Mobilität, der psychischen und physischen Gesundheit oder des Funktionsstatus (Filipp und Ferring 2001).

Der hedonistische Zugang zu Lebensqualität stellt das emotionale Wohlbefinden (happiness) in den Mittelpunkt der Betrachtung. Dabei wird angenommen, dass das Streben nach Glück ein übergeordnetes Ziel jeglichen menschlichen Handelns darstellt. Die hedonistische Sicht der Lebensqualität hat ihren Ursprung in motivationstheoretischen Ansätzen der Psychologie, wird aber auch von ForscherInnen vertreten, die Lebensqualität als das Ergebnis der Bedürfnisbefriedigung ansehen (Veenhoven 2003).

Teleologisch geprägte Zugänge von Lebensqualität gehen davon aus, dass Menschen ihr Handeln auf Ziele ausrichten und generell zufriedener sind, wenn sie ihre Ziele erreichen. Individuelle Ziele gelten dabei einerseits als Handlungsregulative, andererseits verleihen sie dem eigenen Handeln Sinn und Orientierung. Lebensziele bieten, indem sie auf weiter reichende zukünftige Zustände hinweisen, eine Orientierung für das Handeln. Ihre Bindung an bestimmte Lebensbereiche, wie Familie oder Beruf, ermöglicht zudem die „Organisation“ individuellen Handelns im gesamten Lebenskontext (Emmons 1999; Filipp und Ferring 2001). Diese Orientierungsfunktion erfüllt eine weitere Aufgabe – die der subjektiven Sinngebung.

Die Bedeutung von Lebenszielen für die subjektive Lebensqualität ist jedoch auch in teleologischen Ansätzen an die Definition und Operationalisierung gebunden. Kognitiv-behavioristische Ansätze gehen davon aus, dass bereits die Wahrnehmung eines Fortschrittes bei der Zielverwirklichung das subjektive Wohlbefinden positiv beeinflussen kann (Bandura 1986).

Im Gegensatz dazu zeigen humanistisch orientierte Ansätze, dass Lebensziele nur dann einen positiven Einfluss auf Wohlbefinden haben, wenn sie zur Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse beitragen. Diese These findet sich auch in der sog. Selbstbestimmungstheorie der Motivation von Deci und Ryan (2008) wieder, einem Ansatz, der in der Lebensqualitätsforschung häufig Anwendung fand. Im Rahmen dieser Theorie postulieren die Autoren die Existenz von drei grundlegenden Bedürfnissen, zu denen das Streben nach Autonomie, Kompetenzerleben und Zugehörigkeit gehören. Subjektive Lebensqualität hängt demnach davon ab, ob individuelle Lebensziele zur Erfüllung dieser drei Bedürfnisse beitragen können.

Stärker kognitionspsychologisch geprägte Ansätze betonen neben affektiven Elementen die Bedeutung kognitiver Aspekte von Lebensqualität. Lebensqualität wird dabei als ein anhand individueller Kriterien gefasstes und wertendes Zufriedenheitsurteil über das Leben als Ganzes definiert. Wichtig ist dabei die Orientierung an selbstgewählten Standards des guten Lebens. Dabei gilt, je kleiner die Diskrepanz zwischen der aktuellen Lebenssituation und dem Vergleichsstandard ist, umso höher ist die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. In diesem Sinn wird Lebensqualität als Bilanz aus individuellen Erwartungen und Zielen (aspirations) sowie dem bisher Erreichten (achievements) beschrieben (Michalos 1985).

Eine der bekanntesten Theorien dieses Zugangs ist Michalos Theorie multipler Diskrepanzen. Demnach ist das Zufriedenheitsurteil abhängig von wahrgenommenen Diskrepanzen zwischen der Situation von Bezugspersonen, eigenen Erwartungen an Gegenwart und Zukunft, Gerechtigkeitsansprüchen und Bedürfnissen. Vereinfacht geht der Ansatz davon aus, dass eine Verbesserung subjektiver Lebensqualität entweder durch eine effektivere Annäherung an individuelle Wünsche oder aber durch eine Senkung des Anspruchsniveaus erreicht werden kann. Von Vertretern der „Adaption Level Theory“ wird dagegen eingewandt, dass Gewöhnungseffekte eine wichtige Rolle spielen und sich das individuelle Anspruchsniveau nach einer gewissen Zeit einpendelt (Brickman und Janoff-Bulman 1978).

Persönlichkeitspsychologische Ansätze sehen Persönlichkeitsmerkmale vor allem dafür verantwortlich, dass Menschen über längere Zeiträume und unterschiedliche Situationen hinweg ein ähnlich hohes Niveau des subjektiven Wohlbefindens aufweisen. Auf dieser Grundlage entwickelten etwa Headey und Wearing (1992) einen theoretischen Ansatz, der subjektive Lebensqualität als ein sog. „dynamic equilibrium“ konzipiert. Dieses Equilibrium-Niveau wird von der individuellen Kombination der Persönlichkeitseigenschaften determiniert und stellt das für jeden Menschen typische Wohlbefinden dar. Der Einfluss der Persönlichkeit zeigt sich dabei daran, dass sich das subjektive Erleben auch nach kritischen Ereignissen auf das ursprüngliche, für eine Person typische Niveau einpendelt.

Lebensqualität in der Ökonomie

Angenommen wurde seit den Anfängen der Ökonomie als Wissenschaft, dass Menschen auf Märkten ihren individuellen Nutzen verfolgen und die Gesamtwohlfahrt einer Gesellschaft als die Summe der Wohlfahrt der einzelnen Menschen definiert ist (Kleinewefers 2008). Individuelle Nutzenüberlegungen orientierten sich in der utilitaristisch geprägten älteren Wohlfahrtstheorie an überindividuellen Grundbedürfnissen. Die Utilitaristen hatten nicht nur ein sehr breites Verständnis vom Begriff des Nutzens, sie definierten diesen zudem durch menschliche, d. h. subjektive, und auch emotionale Erfahrung („pleasure and pain“).

Dagegen versuchten die Ökonomen des 19. Jahrhunderts die Ökonomie von subjektiven Aspekten weitgehend zu befreien. Im Zuge dieser „Entpsychologisierung“ der Ökonomie entsteht eine moderne positivistische Auffassung der ökonomischen Theorie, in der ein rationaler Nutzenbegriff etabliert wird (Rosner 2012). Ökonomie sollte fortan als eine „neutrale Wissenschaft“ begriffen werden. Nutzen wird als nicht kardinal messbar angesehen, folglich werden Nutzen und Glück und individuelle Wohlfahrt als voneinander unabhängige Konzepte erklärt.

Der Begriff des Nutzens lieferte dabei nur eine „leere“ Zielformel, die nicht durch das Ausmaß des menschlichen Glücks, sondern lediglich indirekt – durch die Präferenzen bzw. beobachtbaren „Wahlhandlungen“ der einzelnen Individuen – erfasst werden kann.

Spätestens seit der Entwicklung der Konzeption der sog. „ordinalen Präferenzen“ (Hicks 2001) wird die Mikroökonomie als eine neutrale positive Theorie von Wahlakten ohne Bezüge auf Elemente des subjektiven Wohlbefindens konzipiert (Frey und Benz 2002).

Das ihr zugrunde liegende Menschenbild ist das Bild des „Homo oeconomicus“, dessen Handeln und Verhalten durch eine begrenzte Anzahl von Thesen definiert wird. Diese fanden Niederschlag in einer Reihe zentraler Theorien, z. B. der Theorie der Erwartungsnutzenmaximierung (z. B. Machina 1987), der Theorie rationaler Erwartungen (z. B. Lucas und Prescott 1971) oder der Spieltheorie (z. B. Holler und Illing 2000; alle drei zitiert in Frey und Benz 2002, 6). Diese Theorien bilden die Grundlage eines „entpsychologisierten“ Modells menschlichen Verhaltens, in dem der Nutzen der/des Einzelnen, d. h. ihre/seine Lebensqualität, nur anhand ihrer/seiner einzelnen Handlungen gemessen werden kann.

Neuere Konzeptionen der Lebensqualität in der Ökonomie

Betrachtet man die aktuelle Debatte um den Begriff der Lebensqualität in der Ökonomie, so lassen sich zwei unterschiedliche Tendenzen aufzeigen: Auf der einen Seite wird die ökonomische Lebensqualitätsforschung durch den positivistischen Nutzenbegriff determiniert, der weitgehend durch die spezifischen Verhaltensannahmen des „Homo oeconomicus“ bestimmt wird.

Als zentral für diese Vorstellungen gilt das Konzept der Präferenzen. Aus der empirischen Perspektive lassen sich die Präferenzen des „Homo oeconomicus“ durch eine Nutzenfunktion („utility function“) abbilden, welche z. B. die Mengen der zur Verfügung stehenden Güter als Argumente enthält. Die Nutzenfunktion (auch als Präferenzfunktion oder Indifferenzkurve bezeichnet) lässt sich deshalb auch als eine spezifische Nachfragefunktion deuten, die im Sinne der Lebensqualität interpretiert wird. Das Ziel einer solchen Forschung besteht darin, eine empirisch abgeleitete Funktion zu finden, welche den Nutzen alias Lebensqualität auf unterschiedlichen Dimensionen am besten abbilden und vorhersagen kann. In der Ökonomie führte dies zu einer Vielzahl empirischer Studien, in denen unter anderem auch individuelle Lebensqualität anhand jeweils unterschiedlicher Argumente (unabhängige Variablen) erklärt wurde.

Neben dem Axiom der Präferenzen stellt das Nutzenmaximierungsprinzip eine zentrale Annahme des ökonomischen Lebensqualitätsverständnisses dar. Ein ökonomisch rational handelnder Mensch orientiert sich ausschließlich an Nutzen-Kosten-Erwägungen und der Maximierung des eigenen Nutzens. Dabei wird davon ausgegangen, dass es für ein Individuum und eine gegebene Anzahl von Alternativen immer eine „beste“ Alternative gibt (Hirata 2003). Der individuelle Nutzen kann dabei nicht durch subjektive Konstrukte wie etwa Zufriedenheit oder Glück definiert werden, sondern lässt sich ausschließlich an den Verhaltensakten des einzelnen Menschen beobachten. Kritik an dieser Spielart ökonomischer Lebensqualitätsmodelle entzündete sich vor allem an den Annahmen des Rationalitätsprinzips, der Ausgrenzung von Emotionen (Elster 1998) sowie der Nichtberücksichtigung sozialer Aspekte (Fehr 1999; Loewenstein und Lerner 2003).

Neue Konzeptionen von Lebensqualität in der Ökonomie betrachten Lebensqualität als subjektive Größe und arbeiten mit subjektiv gewonnenen Daten. Die wohl aktuell bekannteste Theorie subjektiver Lebensqualität in der Ökonomie stellt die von Kahneman und Tversky (1979) entwickelte „prospect theory“ dar.

Dabei wird zwischen dem erlebten Nutzen („experienced utility“) eines Handlungsergebnisses und jenem Nutzen, der bei der Entscheidung für oder gegen eine Handlung erwartet wird („decision utility“), unterschieden. Während der erste Nutzenbegriff eine hedonistische Erfahrung darstellt und mit dem psychologischen Begriff des subjektiven Wohlbefindens vergleichbar ist, entspricht der zweite Nutzenbegriff jenen Vorstellungen, die den Thesen der Erwartungsnutzenmaximierung entstammen (entscheidungsbezogener Nutzen). Mithilfe dieser Unterscheidung schufen Kahneman und Tversky nicht nur einen theoretischen Rahmen, mit dessen Hilfe sich eine Reihe sog. „Verhaltensanomalien“ in der ökonomischen Theorie erklären lässt, sondern entwarfen ebenfalls einen Begriff subjektiver Lebensqualität, der mit den in der Psychologie und Soziologie verankerten Begriffen vergleichbar ist.

Zu den Kennzeichen neuerer Lebensqualitätsforschungen in der Ökonomie gehört die Untersuchung subjektiver Wohlbefindensmaße in ihrer Rolle als Outputvariablen oder die Erforschung ihrer Funktion bei individuellen und kollektiven Entscheidungsprozessen. Dabei geht es neben den Korrelaten des Wohlbefindens auf nationaler Ebene zunehmend auch um die Bedeutung der subjektiven Lebensqualität für individuelle oder gruppenbezogene Entscheidungsprozesse auf Märkten sowie die Bedeutung von Glück und Zufriedenheit für soziale und politische Entscheidungen.

Lebensqualität in der Soziologie

Kennzeichnend für soziologische Lebensqualitätskonzepte ist, dass die Qualität des Lebens nicht – wie etwa in der Psychologie – als ein nur individuell-subjektives Phänomen begriffen wird. Die Soziologie geht vielmehr davon aus, dass intrasubjektive Phänomene wie Glück und Zufriedenheit im Endeffekt gesellschaftlich, d. h. sozial-strukturell bedingt sind. So wird Lebensqualität in ihrer Bedeutung als individuell-subjektive Konstruktion zwar in die theoretische Betrachtung miteinbezogen, ihr Zustandekommen wird jedoch hauptsächlich auf die Ressourcensituation einer Person und gesellschaftliche Merkmale zurückgeführt. Lebensqualität wird dabei als optimale Ausstattung mit Ressourcen verstanden. Unter individuellen Ressourcen werden neben Einkommen und Vermögen, Bildung, soziale Beziehungen sowie psychische und physische Ressourcen verstanden, die gezielt eingesetzt werden können, um die individuellen Lebensverhältnisse den eigenen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Lebensbedingungen, die sich der individuellen Gestaltung entziehen (Gesundheit, Umweltbedingungen etc.), werden als Determinanten gesehen.

Während auf der Ebene von Individuen vornehmlich die einer Person zur Verfügung stehenden Ressourcen als Voraussetzungen eines „guten Lebens“ gelten, wird auf der Ebene der Gesellschaft den „kollektiven Gütern“, welche die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestimmen, diese Funktion zugeschrieben. Subjektives Erleben und intraindividuelle Interpretationen von Lebenskontexten gelten als „bewertete“ Ergebnisse der individuellen Ressourcensituation und des Vorhanden- bzw. Nichtvorhandensein gesellschaftlicher, jedoch individuell wirksamer Chancen oder Restriktionen. Die Soziologie folgt damit dem Bottom-up-Ansatz, der davon ausgeht, dass Maße subjektiven Wohlbefindens wie Lebenszufriedenheit vor allem durch „objektive“ Merkmale der Lebenslage beeinflusst werden. Damit sind es gesellschaftliche Merkmale und Strukturen, die ein „gutes Leben“ in einer „guten“ Gesellschaft ermöglichen. Eine der grundlegenden Ursachen für die Variabilität im Wohlbefinden liegt aus der Perspektive soziologischer Ansätze nicht in der unterschiedlichen Interpretation individueller Lebenslagen, sondern in der Ungleichheit und der Art, wie Ungleichheit sich auf individuelle Lebenslagen auswirkt. Soziodemografische Variablen, wie z. B. Alter, Bildung, Geschlecht, Familienstand und Wohnsituation, bestimmen den Zugang zu kulturellen und sozialen Ressourcen und wirken somit als starke Signale hinsichtlich der Chancen, des Prestiges oder des Status. Sie vermitteln wichtige soziale Bedeutungen, spiegeln Kontexte der Bevorzugung und Benachteiligung im Laufe des Lebens wider und geben allgemeine Hinweise auf (materielle und soziale) Ressourcen, die einem Menschen zur Verfügung stehen.

Soziologische Konzepte der Lebensqualität stehen meist in der Tradition des skandinavischen „level of living“-Ansatzes. Innerhalb dieser als ressourcenorientiert geltenden Konzeption wird Lebensqualität als „individuals' command over resources in terms of money, possessions, health, education, family, social and civic rights etc. with which the individual can lead his life“ (Johansson 2002) definiert. Das dem Ansatz zugrunde liegende Menschenbild geht von einem autonomen, aktiven und kreativen Wesen aus, das in der Lage ist, seine Ziele und den Einsatz von Ressourcen selbst zu bestimmen. Die verfügbaren Ressourcen stellen dabei Mittel dar, die der Verwirklichung eines individuell als „gut“ definierten Lebens dienen. Zu den Ressourcen, die Lebensqualität mitbestimmen, zählen unter anderem Einkommen und Vermögen, Bildung, soziale Beziehungen sowie psychische und physische Energie. Individuen setzen die verfügbaren Ressourcen gezielt ein, um Lebensverhältnisse den eigenen Bedürfnissen entsprechend anzupassen. Neben Ressourcen, die Menschen unmittelbar zur Verbesserung ihrer Lebensqualität einsetzen können, unterscheidet der „level of living“-Ansatz zwei weitere Arten von Bestimmungsfaktoren: sog. Determinanten, die sich der individuellen Kontrolle der/des Einzelnen bei der Gestaltung ihrer/seiner Lebensqualität entziehen, sowie sog. „arenas of social action“, die unterschiedliche Handlungskontexte abbilden, von denen der Wert

individuell vorhandener Ressourcen maßgeblich mitbestimmt wird. Während mit dem Begriff der Determinanten die natürliche Umwelt oder etwa die verfügbare Infrastruktur bezeichnet wird, kommt in dem Begriff „arenas of social action“ z. B. die Konstellation auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck, die den Stellenwert individueller Bildungsabschlüsse ab- oder aufwertet, oder etwa die Situation auf dem Wohnungsmarkt, die den Zugang zum gutem Wohnen bestimmt. Das sog. „level of living“ – das Lebensniveau der/des Einzelnen – wird durch die Kombination vorhandener Ressourcen und Determinanten bestimmt; Wohlbefinden ergibt sich dagegen aus der Gegenüberstellung des erreichten und des angestrebten Lebensniveaus (Weidekamp-Maicher 2008).

Das von Sen und Nussbaum in den internationalen Diskurs eingeführte und viel diskutierte Konzept der Verwirklichungschancen („capabilities“) formuliert den Anspruch, mehrere Aspekte der Lebensweise als Dimensionen von Lebensqualität in die Messung einzubeziehen. Für Sen bilden Verwirklichungschancen die Zielgröße von Wohlfahrt. Sen versteht darunter die praktische Freiheit der Menschen, „ein von ihnen als sinnvoll erkanntes Leben zu führen“ (Sen 2002, 22), d. h. eine selbst gewählte Lebensweise verwirklichen zu können. Im Capability Approach von Sen sind materielle Ressourcen und Rechtsansprüche unverzichtbare Voraussetzungen, eröffnen aber lediglich die Möglichkeiten von Teilhabe. Diese Möglichkeiten zu realisieren, verlangt zum einen individuelle Fähigkeiten („Umwandlungsfaktoren“), zum anderen gesellschaftliche Bedingungen (etwa: Normen, Infrastrukturen), welche diese Umwandlung auch ermöglichen. Die Operationalisierung der Messung von Lebensqualität in soziologischen Zugängen erfolgt in erster Linie über objektiv messbare Indikatoren, wie sie in Surveys oder in aggregierter Form etwa von statistischen Ämtern zur Verfügung gestellt werden. Soziale Indikatoren suchen folglich für jeden der ausgewählten Lebensbereiche sinnvolle, beobachtbare und unabhängig von der einzelnen Person messbare Indikatoren und vergleichen sie mit anderen Regionen oder früheren Zeiten. Es gibt einige Indikatoren, die sich nahezu in allen Programmen und Indizes zur Messung des gesellschaftlichen Wohlstands wiederfinden, etwa das BIP pro Kopf als Maß für den materiellen Wohlstand, Bildungsabschlüsse oder der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die Auswahl und Definition der Indikatoren erfolgt in der Regel nicht willkürlich, sondern theoriebasiert, womit Wirkungszusammenhänge zunächst hypothetisch formuliert und anschließend auch empirisch überprüft werden können. In der Regel erfolgt dies durch statistische Messung der Korrelation von subjektiver Lebensqualität als gemessenem Wert und Lebensqualitätskorrelaten wie Familie, Arbeit, Einkommen, Gesundheit etc. als abhängigem Wert. Dadurch können sie Veränderungen in einzelnen gesellschaftlichen Dimensionen gut wahrnehmen und darstellen und dienen somit vor allem der Sozialberichterstattung für die politische Administration. Eine einheitliche europäische Sozialberichterstattung ist bislang nur für Teilbereiche gelungen, etwa für die europäische Messung der Armut und Armutsgefährdung (EU-SILC) oder im Bildungsbereich mit den PISA-Studien. In jüngerer Zeit sind soziologische Konzepte der Lebensqualität durch die Integration objektiver sowie subjektiver Aspekte der Lebensqualität gekennzeichnet. Lebensqualität wird hier als Konstellation objektiver Lebensbedingungen mit subjektivem Wohlbefinden verstanden. Hohe Lebensqualität kann zudem nur innerhalb einer „guten“ Gesellschaft erreicht werden, die durch bestimmte Qualitäten gekennzeichnet ist. Dies bedeutet, dass auch die „kollektive Wohlfahrt“ einen eigenen Beitrag zum subjektiven Wohlbefinden leistet (Glatzer und Zapf 1984; Noll 1999). Systeme sozialer Indikatoren dienen der Begründung und Fokussierung politischer Ziele (etwa der Reduktion der Armutsgefährdung) und nicht zuletzt auch der Erfolgskontrolle von politischen Maßnahmen. Idealerweise leisten sie damit einen Beitrag zur Rationalisierung der Politik, wenn auch Illusionen oder überzogene Hoffnungen auf eine Feinsteuerung der Politik auf der Basis von indikatorengesteuerter Politik unangebracht erscheinen. Die Gesamtinterdependenz der politischen Systeme ist zu komplex, als dass sie mit mechanistischer Feinsteuerung auf ein Ziel hin gesteuert werden könnte.

2 Konzepte und Messinstrumente der Lebensqualität

Die Debatte um die bessere Messung von Lebensqualität hat die akademischen Zirkel längst verlassen. Initiativen in- und außerhalb des parlamentarischen Prozesses wurden gestartet. Organisationen wie EU, UN und die OECD beteiligen sich in führendem Maße an der Diskussion, wie gesellschaftlicher Fortschritt inhaltlich und methodisch zu messen ist.

In den vergangenen Jahren ist eine Reihe von Wohlfahrts- und Lebensqualitätsmaßstäben entwickelt worden. Wie ein Katalysator wirkten dabei die wesentlich verbesserten Möglichkeiten der Informationsverarbeitung und damit verbunden das wesentlich gestiegene Angebot an statistisch aufbereiteten Informationen zu einer Fülle gesellschaftlicher Lebensbereiche.

Nicht zuletzt die Politik ist an solchen aggregierten, einer Vielzahl von als wichtig erachteten Einzelinformationen als Messgrößen interessiert: Der Vergleich mit anderen sozialen Größen gilt als Erfolgswachweis politischen Handelns. Zudem sind solche Wohlfahrtsmaße publizitätsträchtig, was auch außerwissenschaftliche Einrichtungen zunehmend als Anbieter entsprechender Informationen hat auftreten lassen und auch das Problem der theoretischen Fundierung solcher gesellschaftsbezogener Messgrößen deutlich gemacht hat.

Die Rückseite der Medaille besteht in gestiegenen Informationskosten für die NutzerInnen solcher Informationen sowie in den Entscheidungsproblemen für die Erstellung von Wohlfahrtsmaßen. Vielerdiskutierte Fragen dabei sind: Auf welche Informationen soll dafür zurückgegriffen werden, in welcher Weise beschrieben oder aufbereitet und quantifiziert, damit zentrale Aspekte und Tendenzen und Probleme gesellschaftlicher Entwicklungen eingefangen, anhand möglichst weniger, aber aussagekräftiger Maßzahlen dargestellt und folglich im Zeitverlauf und über Gesellschaften miteinander vergleichbar gemacht werden können?

Die Antwort darauf hängt eng mit den Zielen zusammen, die die Gesellschaft und damit die Politik verfolgen wollen.

In den meisten der modernen Lebensqualitätsmaßen kommt die Auffassung zum Ausdruck, dass Lebensqualität und Wirtschaftswachstum keine Kontrahenten oder Wettbewerber sind. Diese Einschätzung findet sich auch im Abschlussbericht der zuvor erwähnten Stiglitz-Kommission: „Alternative Wohlfahrtsmaße zu entwickeln entspringt nicht dem Bedürfnis nichts mehr über ökonomische Aktivitäten wissen zu wollen oder sie gar für schlecht zu halten. Es geht vielmehr darum, unser Wis-

sen über die Lebensqualität dem Wissen anzugleichen, dass wir über ökonomische Aktivitäten – bei allen Unzulänglichkeiten – erreicht haben“ (Stiglitz et al. 2009, Kap. 21, 8).

Nicht zuletzt wurde die Bevölkerung selbst befragt. So waren etwa gemäß der Eurobarometer-Umfrage, einer regelmäßigen Beobachtung der Meinungsentwicklung unter der europäischen Bevölkerung im Auftrag der EU-Kommission, zwei Drittel der EU-BürgerInnen der Meinung, dass Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsindikatoren gleichwertig genutzt werden sollten, um Fortschritt und Lebensqualität zu bewerten (Europäische Kommission 2009; Sachverständigenrat 2010). Hochrangige Expertisen wie die SSFC und neuentwickelte Messinstrumente folgen diesem breiten Indikatorenansatz.

Im Folgenden werden einige der wichtigsten Wohlfahrts- und Lebensqualitätsmaße vorgestellt. Die Auswahl berücksichtigt zudem unterschiedliche Typen von Lebensqualitätsmaßen.

Statistik Austria: Wie geht's Österreich?

Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?“ (Statistik Austria 2014) veröffentlicht Statistik Austria neben dem Bruttoinlandsprodukt ein Set von 30 Schlüsselindikatoren und weiteren Subindikatoren, das die verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt für Österreich bestmöglich abbilden soll. Die Indikatorenauswahl orientiert sich an dem Rahmen, der auf Basis der Empfehlungen der SSFC erarbeitet wurde und setzt diese entsprechend der nationalen statistischen Datenlage um.

Ein externes ExpertInnengremium liefert eine Bewertung der ausgewählten Schlüsselindikatoren, welche eine einfache, intuitiv verständliche Information über die Entwicklung in Bezug auf Nachhaltigkeit aufzeigen sollen. Die kurzfristige Bewertung betrachtet die Daten der letzten drei Jahre, die langfristige Bewertung bezieht sich auf die gesamte verfügbare Zeitreihe. Durch die Einführung einer Bewertungsskala für die Schlüsselindikatoren ist es möglich, einen schnellen Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die abgebildeten Phänomene entwickeln.

Tabelle 1: Zehn Dimensionen der Lebensqualität und ihre Schlüsselindikatoren in „Wie geht's Österreich?“

	Die 10 Dimensionen der Lebensqualität	Schlüsselindikator
1	Materielle Lebensbedingungen	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (Bevölkerung in %)
2	Produktive Aktivitäten und Arbeit	Erwerbstätigenquote (in % der 20- bis 64-Jährigen)
3	Gesundheit	Subjektiver Gesundheitszustand (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)
4	Bildung	Tertiärer Bildungsabschluss (in % der 30- bis 34-Jährigen)
5	Soziale Teilhabe	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)
6	Freizeit	Freizeitaktivitäten (in Stunden der Personen ab 19 Jahren)
7	Physische Unsicherheit	Physisches Unsicherheitsempfinden (in % der Bevölkerung)
8	Governance und Grundrechte	Vertrauen in das politische System (in % und Mittelwert der Bevölkerung ab 16 Jahren)
9	Natürliche Umgebung und Wohnumfeld	Subjektive Umweltbelastungen in der Wohnumgebung (in % der Bevölkerung)
10	Umfassende Lebenszufriedenheit	Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt (in % und Mittelwert der Personen ab 16 Jahren)

Quelle: Statistik Austria (2014).

OECD Better Life Index

Der OECD Better Life Index stellt einen Versuch dar, die Lebensbedingungen von Menschen in entwickelten Ländern zu vergleichen.

Der Better Life Index setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen: materiellen Lebensbedingungen (material living conditions) und Lebensqualität (quality of life). Der Bereich der materiellen Lebensbedingungen beinhaltet drei Dimensionen: Einkommen und Wohlstand, Wohnen sowie Beschäftigung; jener der Lebensqualität besteht aus acht Dimensionen: Gesundheit, Bildung, Balance zwischen Arbeit und Freizeit, Bürgerschaftliches Engagement und Regierungsqualität, Gesellschaftliche Integration, Sicherheit, Umweltbedingungen sowie Lebenszufriedenheit. Demnach werden im Index der OECD elf Dimensionen berücksichtigt, welche insgesamt 21 Indikatoren umfassen. Die Daten entstammen administrativen Quellen.

Der Wert des Gesamtindex setzt sich aus den standardisierten Durchschnittswerten der unterschiedlichen Dimensionen zusammen. Alle elf Dimensionen sind gleich gewichtet; können aber auch individuell gewichtet werden, wodurch ein anderes Ranking der 34 OECD-Mitgliedsstaaten entsteht (<http://www.oecdbetterlifeindex.org/>).

Tabelle 2: Dimensionen des OECD Better Life Index

Kategorien/Dimensionen	Kriterien bzw. Faktoren
Einkommen und Wohlstand	verfügbares Haushaltseinkommen pro EinwohnerIn privates Nettogeldvermögen pro EinwohnerIn
Beschäftigung	Erwerbsquote der 15- bis 54-jährigen Wohnbevölkerung Langzeitarbeitslosenrate
Wohnen	Zahl der Wohnräume pro EinwohnerIn Anteil der Bevölkerung in Wohnungen ohne WC/Bad
Gesundheit	Lebenserwartung bei der Geburt Anteil der Bevölkerung, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzt
Bildung	Anteil der Erwachsenen mit mindestens Sekundarabschluss PISA-Ergebnisse für den Bereich Lesen
Balance zwischen Arbeit und Freizeit	Anteil der Beschäftigten, die mehr als fünfzig Stunden wöchentlich arbeiten tägliche Freizeit der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung Erwerbsquote von Frauen mit Kindern im Schulalter
Bürgerschaftliches Engagement und Regierungsqualität	Wahlbeteiligung formale und offene Einbeziehung der BürgerInnen in politische Entscheidungsprozesse
Gesellschaftliche Integration	Anteil der Bevölkerung, die mindestens einmal pro Woche Kontakt mit Freunden oder Familienangehörigen pflegt Anteil der Bevölkerung, die sich auf Verwandte oder Freunde verlassen kann
Sicherheit	Morde pro 100.000 EinwohnerInnen Anteil der Bevölkerung, die während der letzten zwölf Monate überfallen wurde
Umwelt	Luftverschmutzung
Lebenszufriedenheit	Lebenszufriedenheit

Quelle: OECD Better Life Index.

Der Human Development Index

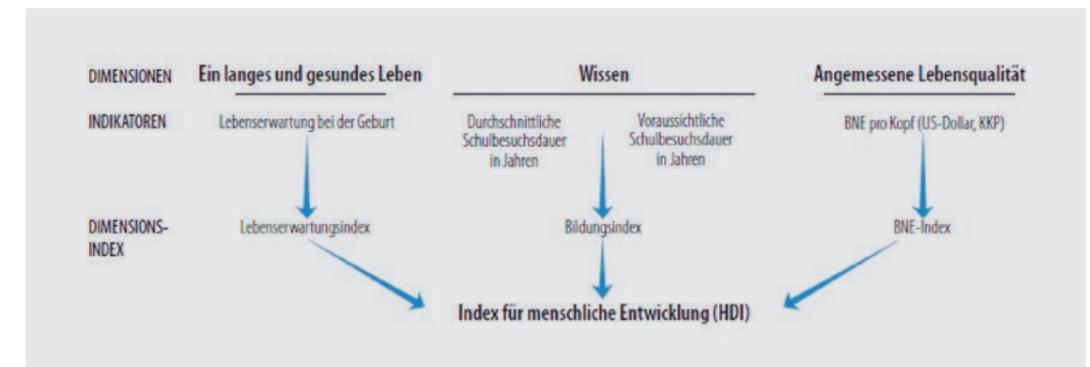
Der Human Development Index (HDI) wurde erstmals im Jahr 1990 im Rahmen des vom United Nations Development Programme (UNDP) herausgegebenen Human Development Report (HDR) öffentlich verwendet. Die Entwicklung des HDI kam dem Wunsch nach, eine Ergänzung oder einen Gegensatz zu bestehenden, auf vorwiegend ökonomischen Kriterien basierenden Indizes zu schaffen. Der HDI stellt ein aggregiertes Maß der menschlichen Entwicklung dar und setzt sich aus drei Dimensionen zusammen:

- Lebenserwartung,
- Bildungsstand,
- Verfügbarkeit von Ressourcen für einen ausreichenden Lebensstandard.

Als Indikator für ein langes und gesundes Leben wird die Lebenserwartung verwendet. Faktoren wie der Status des Gesundheitssystems oder die Ernährungssituation einzelner Nationen werden dabei nicht explizit berücksichtigt. Die Dimension Zugang zu Wissen setzt sich aus der durchschnittlichen Schulbesuchsdauer und der voraussichtlichen Schulbesuchsdauer zusammen und jene der angemessenen Lebensqualität aus dem Bruttonationalprodukt (BNE) pro Kopf. Damit berücksichtigt der HDI insgesamt lediglich vier Indikatoren, um den Wohlstand zu messen, und bezieht Aspekte wie politische Freiheit oder persönliche Sicherheit nicht mit ein, welche als wesentliche Indikatoren für Lebens-

qualität angesehen werden (Stiglitz et al. 2009, 50 ff.). Dadurch weist der HDI einen relativ geringen Differenzierungsgrad auf und eignet sich nur bedingt für Aussagen über Nationen mit einem hohen Niveau des Wohlstandes (wie u. a. die EU-Mitgliedsstaaten, USA) (Noll 1999, 20). Länder wie Norwegen, Frankreich oder Deutschland haben den Maximalwert von 1 seit Jahren nahezu erreicht. Weder im Zeitverlauf noch zwischen diesen Ländern sind auf Basis des HDI signifikante Wohlstandsveränderungen bzw. -unterschiede festzustellen. Neben der starken Einschränkung bezüglich der verwendeten Indikatoren und der Repräsentativität dieser beziehen sich wesentliche Kritikpunkte auf den fehlenden Bezug zu Ungleichheiten innerhalb einzelner Nationen sowie die Gewichtung der drei Dimensionen (Noll 2002; Bergheim 2016). Aus den Dimensionen Lebenserwartung bei der Geburt; voraussichtliche Schulbesuchsdauer in Jahren, durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren und Bruttonationaleinkommen pro Kopf werden zunächst Subindizes gebildet, aus denen wiederum der Index der menschlichen Entwicklung errechnet wird (HDR 2010).

Abbildung 1: Human Development Index

Quelle: Human Development Report (2010). 20th Anniversary Edition.

Die Bildung der Dimensionsindizes besteht zunächst in der Festlegung von Mindest- und Höchstwerten, um die Indikatoren in Indizes zwischen 0 und 1 umzuwandeln. Für die Aggregation wird das geometrische Mittel verwendet, weswegen sich die Höchstwerte nicht auf den relativen Vergleich zwischen zwei Zeiträumen oder Ländern auswirkt. Die Mindestwerte beeinflussen Vergleiche, weshalb Werte verwendet werden, die in geeigneter Weise als Subsistenzwert oder „natürliche“ Null konzipiert werden können. Demnach wird der Fortschritt eines Landes im Vergleich zu Mindestniveaus gemessen, welche eine Gesellschaft benötigt, um überleben zu können (HDR 2010, 250). Die Subindizes berechnen sich nach der Festlegung von Mindest- und Höchstwerten wie folgt:

$$\text{Dimensionsindex} = \frac{\text{Istwert} - \text{Mindestwert}}{\text{Höchstwert} - \text{Mindestwert}} \quad (1)$$

Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung (2010, 250).

Für die Berechnung der Dimensionsindizes Bildung wird die oben angegebene Gleichung für beide Bildungsvariablen berechnet und anschließend das geometrische Mittel der resultierenden Indizes gebildet. Danach wird auf das geometrische Mittel der Indizes erneut die Gleichung (1) angewendet, wobei 0 als Mindestwert und das höchste geometrische Mittel – für den Beobachtungszeitraum – als Höchstwert verwendet wird. Die Berechnung des Dimensionsindex Einkommen (BNE-Index) resultiert aus der Anwendung des natürlichen Logarithmus der tatsächlichen Mindest- und Höchstwerte.

$$HDI = (I_{Leben}^{1/3} * I_{Bildung}^{1/3} * I_{Einkommen}^{1/3}) \quad (2)$$

Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung (2010, 250).

Der Ansatz des HDI stößt allerdings auch auf Kritik. So fürchteten gerade weniger entwickelte Länder, in der Prioritätenliste der Entwicklungshilfe abzurutschen, da sie im HDI-Ländervergleich besser abschnitten als beispielsweise im BIP-Ländervergleich. Demzufolge müsste der HDI das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Länder berücksichtigen.

Eine weitere Kritik betrifft die Gewichtung der Kriterien der menschlichen Entwicklung. Die Kriterien der Alphabetisierung oder der Lebenserwartung können in wenig entwickelten Ländern zur Beurteilung herangezogen werden, in entwickelten Ländern stellen sich aber andere Probleme. Kritisiert wird zudem, dass der HDI keine ökologischen Faktoren berücksichtigt. In den letzten Jahren wurde die Konstruktion des HDI mehrfach überarbeitet, so dass Zeitreihen nur eine beschränkte Vergleichbarkeit erlauben.

Happy Planet Index

Der Happy Planet Index (HPI) wurde erstmals im Jahr 2006 von der New Economics Foundation (NEF) vorgestellt. Das Ziel des HPI ist es, den gesellschaftlichen Wohlstand in Relation zu den dafür verwendeten Ressourcen zu stellen. Dadurch ist der Wert dieses Index lange Zeit maßgeblich durch die Dimension der Nachhaltigkeit bestimmt, welche mit dem ökologischen Fußabdruck operationalisiert wird.

Die Ergebnisse des HPI unterscheiden sich deutlich von anderen Wohlfahrtsindizes wie etwa jenen des Human Development Index (HDI). Länder die einen hohen HDI aufweisen finden sich im HPI Ranking auf schlechteren Plätzen (Gleiches gilt für die gut platzierten Länder des HPI im Ranking des HDI). Auch Dimensionen wie Bildung und Einkommen fließen nicht in die Berechnung des Happy Planet Index ein. Deshalb liegen Länder wie die Schweiz, Finnland oder Schweden im HPI-Ranking hinter den führenden Ländern Costa Rica, Mexico und Kolumbien (Happy Planet Index 2016).

Der HPI hat sich über Jahre aus drei Messgrößen zusammengesetzt: Lebenserwartung (life expectancy), Lebenszufriedenheit (life satisfaction) und dem Ökologischen Fußabdruck (ecological footprint). Berechnet wird der HPI wie folgt (NEF 2009):

$$Happy\ Planet\ Index \sim \frac{Happy\ Life\ Years}{Ecological\ Footprint} \quad (3)$$

Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung (2010, 250).

Der Wert für Happy Life Years wird durch die Multiplikation der beiden Werte für *life satisfaction* und *life expectancy* errechnet:

$$Happy\ Life\ Years = (life\ satisfaction * life\ expectancy) \quad (4)$$

Durch diese Berechnung würde der HPI fast ausschließlich durch den ökologischen Fußabdruck bestimmt, weswegen in die Berechnung zwei Konstante einfließen. Die Konstante α wird mit dem Wert des ökologischen Fußabdruckes addiert, um dadurch die höhere Varianz der Werte des ökologischen Fußabdruckes (Faktor Wert von 20) im Vergleich zu jener der Werte für Happy Life Years (Faktorwert von ca. 6) auszugleichen. Das Ergebnis wird dann mit der Konstante β multipliziert, damit ein Land, das eine Lebenserwartung von 85 Jahren, eine Lebenszufriedenheit von 10 erreicht und bezüglich der verbrauchten Ressourcen innerhalb der Grenzen des One-planet-living liegt, einen HPI von 100 Punkten erreicht (NEF 2009, 54).

Der Happy Planet Index wurde jüngst um die Dimension der Verteilung ergänzt und wird nun nach folgender Formel errechnet:

$$HPI = \frac{Well-being \times life\ expectancy \times inequality\ of\ outcomes}{ecological\ footprint} \quad (5)$$

Legatum Prosperity Index

Der Legatum Prosperity Index wurde vom privaten Thinktank Legatum Institut 2007 in London gegründet. Er misst, wie gut Länder sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch Lebensqualität fördern. Der Legatum Prosperity Index definiert Wohlstand als eine Kombination aus materiellem Wohlstand und Lebenszufriedenheit.

Im Ranking des Legatum Prosperity Index führen mit Neuseeland, Norwegen und Finnland hoch entwickelte Länder, Österreich befindet sich 2016 auf Platz 15. (<http://www.prosperity.com/rankings>, 2016).

Der Legatum Prosperity Index basiert 2016 auf 104 Variablen aus unterschiedlichen offiziellen und privaten Datenquellen. Die 104 Variablen bilden neun Subindizes: Economic Quality, Business Environment, Governance, Education, Health, Safety & Security, Personal Freedom, Social Capital. Jüngst ist der Subindex Natural Environment als neunter Subindex dazugekommen. Die neun Subindizes sind gleich gewichtet.

Die Berechnung des Legatum Prosperity Index besteht aus einem mehrstufigen Prozess, welcher die Korrelation zwischen den Variablen mit einer Hauptkomponentenanalyse berücksichtigt und Regressionsanalysen beinhaltet.

Einkommen (income) und Wohlbefinden (well-being) stellen die beiden zentralen Dimensionen der Berechnung dar und werden als abhängige Variablen behandelt, um durch Regressionsberechnungen die Korrelation bzw. Auswirkungen der einzelnen Faktoren auf diese zu errechnen. Nach den Ergebnissen dieser Analyse werden die im Index bzw. in den Subindizes verwendeten Faktoren ausgewählt und gewichtet. Die Variablen werden anhand der folgenden Formel standardisiert, um Vergleiche zu ermöglichen (Legatum Prosperity Index 2010, 68):

$$X_{STD} = \frac{x - \bar{x}}{\sigma_x} \quad (6)$$

X ... Rohwert einer Variable

\bar{x} ... Durchschnittswert einer Variable

σ_x ... Standardabweichung einer Variable

Die standardisierten Variablen werden auf ihre Kolinearität mittels Hauptkomponentenanalyse (Principal Components Analysis (PSA)) getestet; Variablen mit einer Korrelation über 0,4 werden in die gleiche Hauptkomponente zusammengefasst. Danach wird eine Regression der Hauptkomponenten, zusammen mit den theoretisch relevanten unabhängigen Variablen eines Subindexes, anhand der abhängigen Variablen GDP per capita oder „Life Today“ berechnet. Nicht signifikante Variablen werden für die Berechnung der Indexwerte nicht berücksichtigt bzw. ausgeschlossen.

Der Wert einer Variable wird durch die Multiplikation des standardisierten Wertes mit der entsprechenden Gewichtung berechnet. Die Summe der einzelnen Variablen, welche in einem Subindex der Dimension Wohlbefinden oder Einkommen zugeteilt sind, ergibt den Wert dieser Dimension für diesen Subindex. Danach werden die Werte der Dimensionen mit der oben angegebenen Formel standardisiert und addiert; dadurch ergibt sich der Gesamtwert eines Subindexes. Der Durchschnittswert aller neun Dimensionen ergibt dann den endgültigen Wert eines Landes (dabei werden wiederum alle neun Dimensionen gleich gewichtet) (Legatum Prosperity Index 2010, 68).

Der Nationale Wohlfahrtsindex

Der Heidelberger Ökonom Hans Diefenbacher und der Berliner Politologe Roland Zieschank befassten sich im Rahmen eines durch das Deutsche Umweltbundesamt geförderten Projekts mit der Wohlfahrtsmessung in Gesellschaften und entwickelten den „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI). Dieser versteht sich als ein ergänzendes Informationsinstrument zur herkömmlichen Wohlfahrtsmessung und als „Nachhaltigkeitsindikator“.

Das BIP bleibt Bezugspunkt der Wohlfahrtsmessung dieses Konzepts, das auf der Grundlage des „Index for Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) sowie des „Genuine Progress Indicators“ (GPI) ein Variablenset von 21 Teilvariablen zur *Ergänzung* des BIP verwendet. Damit wird deutlich, was eine Einbeziehung von Wohlfahrtsaspekten wie ökologische Tragfähigkeit und soziale Gerechtigkeit in ein volkswirtschaftliches Rechnungswesen quantitativ implizieren würde und in welchem Grade der Kernindikator BIP mit seiner Fokussierung auf marktvermittelte Leistungen blind beziehungsweise fehlsichtig gegenüber grundlegenden Dimensionen individuell angestrebter und gesellschaftlich tragfähiger Entwicklung ist (Diefenbacher et al. 2013).

Der NWI beruht auf dem Accounting-Ansatz und strebt eine Korrektur der zentralen Defizite des BIP als Wohlfahrtsmaß an. Dementsprechend fließen Komponenten ein, die Wohlfahrtsaspekte wie soziale Gerechtigkeit, unbezahlte gesellschaftliche Arbeit, Umweltschäden und Ressourceninanspruchnahme zu erfassen suchen. Alle Komponenten müssen dabei in monetärer Form vorliegen oder jedenfalls prinzipiell vorliegen können. Darüber hinaus sind – wie beim BIP – alle Teilindikatoren Stromgrößen, die sich auf ein bestimmtes Rechnungsjahr beziehen. Bestandsgrößen wie etwa das Naturvermögen gehen daher nicht direkt, sondern nur in Form der jeweiligen Veränderung einer Vermögensposition im Rechnungsjahr ein (Diefenbacher et al. 2013, 41).

Die Variablen beziehen zum einen nicht über den Markt erzielte Wohlfahrtssteigerungen ein, zum anderen werden soziale Kosten und ökologische Schäden abgezogen. Diefenbacher und Zieschank beziehen neben dem privaten Konsum auch den Wert unbezahlter Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit,

den Verbrauch von Rohstoffen und die Kosten von Umweltschäden, Kriminalität und alkoholbedingten Krankheiten mit ein. Die Zusammenführung der Teilvariablen zum Gesamtindex erfolgt ungewichtet durch einfache Addition. Der Nationale Wohlfahrtsindex stellt eine monetäre Kenngröße dar, d. h. alle einbezogenen Teilvariablen liegen als jährliche Stromgröße vor. Im Ergebnis fällt der Nationale Wohlfahrtsindex kleiner aus als das BIP.

Zusammenfassung

Alternative Wohlfahrtsmaße eint bei allen Unterschieden die Überzeugung, dass herkömmliche Messinstrumente um Sozial- und Nachhaltigkeitsindikatoren ergänzt oder ersetzt werden müssen, wobei sich die gewählten Indikatoren, Berechnungsmethoden und Darstellungsformen zwischen den Lebensqualitätsmaßen teils beträchtlich unterscheiden. Unterschiede zeigen sich dabei vor allem hinsichtlich der Fragen, bis zu welchem Ausmaß lebensqualitätsrelevante Informationen verdichtet werden sollen, welche Systematik einer solchen Verdichtung von Informationen zugrunde liegt oder ob zur Messung der Lebensqualität objektive und/oder subjektive Daten Verwendung finden sollen.

Eine Zusammenschau alternativer Wohlfahrtsmaße zeigt, dass „(...) different measures lead to different conclusions because different variables are included, and there is no method for deciding on the correct set of variables“ (Diener 1995, 108).

Bei der Auswahl und Systematik der Verarbeitung von lebensqualitätsrelevanten Daten zu alternativen Lebensqualitätsmaßen lassen sich bei aller Unterschiedlichkeit drei verschiedene Ansätze erkennen:

1. die BIP-Korrektur um lebensqualitätsrelevante Variablen (z. B.: „Nationaler Wohlfahrtsindex“),
2. soziale Indikatoren (z. B.: „Wie geht's Österreich?“),
3. Lebensqualitätsindizes (z. B. OECD Better Life Index; Happy Planet Index).

Probleme bei der Korrektur der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Referenzsystem mit ihren klaren Buchungsregeln um lebensqualitätsrelevante Aspekte ergeben sich, weil diese im Wesentlichen die legale Produktion für den Markt erfasst. Was nicht über Märkte geht – etwa ein Großteil der staatlichen Güter und Dienstleistungen – ist schwer zu bewerten und geht meist mit den entstandenen Kosten in die Berechnung ein. Diese Konvention ist schon problematisch für die existierende Gesamtrechnung, etwa weil Produktivitätsfortschritte nicht plausibel darstellbar sind. Das Problem verschärft sich bei Einbeziehung nicht marktgängiger Güter etwa bei der Einbeziehung der Produktion zur Selbstversorgung, der Hausarbeit oder gar bei Freizeit- und Betreuungsarbeiten. Während bei marktgängigen Gütern der Preis das Bewertungsmaß ergibt, kann bei nicht marktfähigen Tätigkeiten zwar ein plausibler Marktpreis unterstellt werden, es bleibt jedoch fraglich, ob KonsumentInnen diesen Preis auch tatsächlich zahlen würden. Eine bislang nicht überwundene Hürde ist auch die Frage der Opportunitätskosten. Während KonsumentInnen ihre Präferenz für Konsumgüter durch den Kauf zum Ausdruck bringen, ist das bei alternativen Tätigkeiten bzw. Gütern nicht möglich. So ist der Kauf einer Stunde Kinderbetreuung schwer zu bewerten, weil nicht klar ist, ob der Kauf dieser Stunde zu Marktpreisen überhaupt stattfinden würde.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem besteht in der Multidimensionalität der Folgen von Maßnahmen. Der Bau einer Straße in ein Tal kann viele Folgen haben, deren Gesamtnutzen kaum anhand eines Maßstabs zu bewerten ist: Folgen für den materiellen Wohlstand durch Fremdenverkehr, Arbeit, kürzere Reisewege, kulturelle Öffnung, bessere Versorgung mit Dienstleistungen, Verlust von Grünflächen, Feuchtgebieten, Tierarten, traditioneller Lebensweisen und traditionellem Wissen etc. Es scheint unmöglich, alle diese unterschiedlichen Aspekte in einer Gesamtrechnung zu bewerten.

Die Bewertung von Kosten und Nutzen anhand eines monetären Maßstabs ist kaum plausibel möglich, dasselbe gilt für den Wert von Größen wie dem sozialen Zusammenhalt.

Das Grundproblem der BIP-Korrektur besteht daher in der Annahme, dass ein absolut gültiger, nicht zu relativierender Maßstab für diese Aspekte der Lebensqualität existiert (sofern überhaupt geeignete Indikatoren für diese Variablen gefunden werden können) und man in die Sozialproduktberechnung durch Subtraktion und Addition von lebensqualitätsrelevanten Positionen Buchungen, Abschreibungen und Umwertungen vornehmen kann. Von der Lippe formuliert diese Kritik pointiert: „In der Realität haben ideelle Güter wie der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft, die Bewohnbarkeit des Planeten, die Artenvielfalt, der soziale Zusammenhalt oder die Gesundheit und die Freiheit der Menschen keinen Preis“ und folglich „gibt es auch keinen Preis, zu dem man lieber krank oder gesund sein will als gesund und lebendig“ (Von der Lippe 2013, 13).

Lebensqualitätsindizes hatten bis vor wenigen Jahren Konjunktur, sind aber in den letzten Jahren zunehmend problematisiert worden. Als Vorteil eines Index wird bisweilen angeführt, dass er auf einen Blick und in einem einzigen Wert zusammengefasst Auskunft über die Lebensqualität in einem Land gibt. Die Vereinfachung in Form einer einzigen Kennziffer erhöht die Kommunizierbarkeit.

In seiner Einfachheit liegt jedoch gleichzeitig das Problem eines Lebensqualitätsindex. Zunächst stellt sich hier durch die hohe Aggregation die Frage nach der Maßeinheit der Lebensqualität besonders. Solange sie ordinal ermittelt wird ist eine Bewertung in der Form gut/schlecht denkbar. Für Vergleichszwecke in Raum-Zeit-Dimensionen sind solche Bewertungen ungeeignet, denn die unterschiedlichen Ausprägungen zwischen den Messpunkten sind nicht vergleichbar.

Die Problematik der Zusammenfassung verschiedener Dimensionen zu einer einzigen Maßzahl liegt dagegen zunächst darin, dass bei zu geringer Aggregation viele Informationen und folglich wesentliche Aspekte eines Themenfelds keine Berücksichtigung finden, bei zu weitgehender Aggregation aber Informationen zusammengefasst werden, die wenig oder nichts miteinander zu tun haben und den Informationswert einer Maßzahl fragwürdig erscheinen lassen. In manchen Wohlfahrts- und Lebensqualitätsmaßen sind es zu wenige (wie beim Human Development Index oder im Happy Planet Index) im anderen Fall zu viele Indikatoren wie beim Legatum Prosperity Index.

Eine weitere wichtige Frage besteht in der Bewertung der einzelnen Lebensbereiche. Ist Arbeitszufriedenheit genauso wichtig wie Gesundheit oder Einkommen? In einigen bekannten Indizes werden Gewichtungen vorgenommen. Die anspruchsvolle Frage besteht darin zu bestimmen woher die Gewichte genommen werden sollen. Möglich sind ExpertInnenbefragungen, Bevölkerungsbefragungen, informierte Plausibilitätsüberlegungen, Faktorenladungen aus Faktorenanalysen etc.

Letztlich erfordert die Gewichtung der Elemente eines Index, dessen Bestandteile in unterschiedlichen Einheiten gemessen werden, aber eine Reihe von Werturteilen, was einem „Äpfel-und-Birnen-Problem“ ähnelt: Wie soll z. B. eine um 0,2 Jahre gestiegene Lebenserwartung mit einer um vier Prozent gestiegenen Arbeitslosenrate verrechnet werden? Der Vorteil der Eindimensionalität und Einfachheit eines Lebensqualitätsindex wird daher mit (zu) hohen Kosten erkaufte. Ein einziger Wert ist nämlich kaum dazu geeignet, das komplexe Zusammenwirken vieler Dimensionen der Lebensqualität zu einer gesamten „Lebensqualität“ abzubilden.

In diesem Sinn sprechen sich auch die SSFC, die deutsche Enquete-Kommission „Wohlstand, Fortschritt, Lebensqualität“ sowie der Sachverständigenrat deutlich gegen einen singulären Lebensqualitätsindex aus: „No single measure can summarize something as complex as the well-being of the members of society“ (Stiglitz et al. 2009, xxv f.)

Soziale Indikatorensysteme („Dashboards“) wie etwa die Statistik-Austria-Initiative „Wie geht's Österreich?“ haben zwar keine statistischen Aggregationsprobleme, fallen aber oft recht umfangreich aus und können keinen auf einen Blick erkennbaren Gesamteindruck der Lebensqualität und ihrer

Entwicklung vermitteln, wenn die Entwicklung in einzelnen Dimensionen unterschiedlich ausfällt. Als Beispiel kann das System sozialer Indikatoren in Deutschland genannt werden, das die Lebensqualität der BürgerInnen Deutschlands in einem Indikatorensystem aus knapp 400 Indikatoren und über 3.000 Zeitreihen aus 14 Lebens- und Politikbereichen misst (GESIS-ZUMA 2001).

Dagegen können unterschiedliche Entwicklungen in einzelnen Dimensionen der Lebensqualität klarer dargestellt werden und das Problem der Verrechnung entfällt. Soziale Indikatoren sind damit in gewissem Sinn wertneutraler. Sie überlassen die Bewertung der Einzelkomponenten der/dem BetrachterIn.

3 Methodische Anmerkungen zum vorliegenden Projekt

Grundsätzlich spiegelt der Boom an neuen Lebensqualitätsmaßen den Bedarf an lebensqualitätsrelevanten Informationen in Politik und Öffentlichkeit wider. Gerade weil „sich immer jemand findet, der Zahlen präsentiert und keine methodischen Skrupel kennt“ (Von der Lippe 2013, 7) ist es wichtig, dass Indikatoren der Lebensqualität bestimmte Kriterien wie Messbarkeit, Relevanz und Konsistenz mit Theorien der Lebensqualität erfüllen. Die Frage, ob etwas wie Wohlstand oder Lebensqualität eines Landes „messbar“ ist oder nicht, ist insofern zu beantworten, als im Prinzip alles messbar ist, sofern es unterscheidbare Ausprägungen einer Eigenschaft gibt, die man mit Zahlen bezeichnen kann. Das Problem der Messung ist nicht, ob sie grundsätzlich möglich ist, sondern ob die Messung auch plausible Schlussfolgerungen hinsichtlich der Ausprägung und Veränderung von „Lebensqualität“ zulässt, darüber hinaus vielleicht auch noch, ob sich der Aufwand für den Erkenntnissertrag lohnt.

Relevanz bezieht sich auf die adäquate Erfassung von lebensqualitätsrelevanten Aspekten des Lebens. Konsistenz bedeutet, dass Indikatoren in Übereinstimmung mit theoretischen Überlegungen entwickelt werden, auch wenn einige Aspekte von Wohlfahrt und Lebensqualität unbeobachtbar bleiben und dass man bestenfalls hoffen kann, latente oder Proxy-Variablen zu finden (Sachverständigenrat 2010, 21).

Im vorliegenden Bericht des ZfZ wurden Indikatoren größtenteils auf der Grundlage vorhandenen Datenmaterials gewonnen, vorrangig aus administrativen Daten, einige zusätzliche Sonderauswertungen bestehender Datensätze sowie auch eigene Primärerhebungen durchgeführt.

Das vorliegende Projekt folgt den Empfehlungen der verschiedenen ExpertInnenkommissionen, keinen Index aus Lebensqualitätsindikatoren zu berechnen. Ein einziger Indikator wird der Komplexität von Lebensqualität nicht gerecht. Lebensqualität wird in einzelnen Dimensionen und den dazugehörigen Indikatoren beschrieben und nicht weiter aggregiert.

Lebensqualitätsmaße umfassen immer häufiger sogenannte „objektive“ und „subjektive“ Faktoren. Objektive Faktoren bezeichnen von außen beobachtbare Lebensbedingungen, subjektive Faktoren deren individuelle Wahrnehmung, wenn auch eine strikte Trennung in objektive und subjektive Merkmale theoretisch mitunter schwer aufrechtzuerhalten ist (Till et al. 2016, 580). Objektive Faktoren stehen üblicherweise im Zentrum politischer Maßnahmen. Oft knüpft sich daran die Erwartung, dass, wenn es gelingt, objektive Lebensbedingungen wie Einkommen oder Umweltbedingungen zu

verbessern, sich auch das subjektive Wohlbefinden der Menschen erhöht. Andererseits geben die objektiven Indikatoren keine Auskunft darüber, wie es den Menschen angesichts der von PolitikerInnen oder ForscherInnen als wichtig erachteten objektiven Maßzahlen tatsächlich geht. Die direkte Befragung der Betroffenen hinsichtlich ihrer Lebensqualität wird daher häufig als Goldstandard der Lebensqualitätsmessung bezeichnet. Die zentrale Annahme bei der Messung mittels subjektiver Indikatoren ist, dass sich das wirkliche subjektive Wohlbefinden (im Sinne der umfassenden Lebenszufriedenheit) direkt beobachten und messen lässt. Missverständnisse oder eine falsche Wahrnehmung seitens der Befragten oder auch einfach nur Fahrlässigkeit können allerdings zu ernsthaften Messfehlern führen. Weiters ist fraglich, ob ein Wert auf einer Skala (etwa von 1 bis 10) für alle Respondenten dasselbe bedeutet. Das verweist auf die Rolle des Referenzpunktes.

Nicht zuletzt ist eine zu starke Konzentration auf das subjektive Wohlbefinden, wie es in Umfragen erhoben wird, aus der Nachhaltigkeitsperspektive nicht unproblematisch, wenn einzig und allein die Zufriedenheit in der Gegenwart als handlungsleitend für politische Entscheidungen erachtet wird. Daher lehnen wir die Idee einer umfassenden Bestimmung der Lebensqualität durch ausschließliche Messung des subjektiven Wohlbefindens ab. Der Erkenntniswert von subjektiven Indikatoren des Wohlbefindens liegt unseres Erachtens daher eher in der Analyse von gesellschaftlichen und regionalen Subgruppen – wofür bedauerlicherweise oft zu wenige Detailinformationen verfügbar sind, sowie in der annäherungsweise Bestimmung der empirischen Determinanten hoher Lebenszufriedenheit sowie ihrer Veränderung im Zeitverlauf.

Daher haben wir uns im vorliegenden Projekt entschlossen, gleichermaßen objektive als auch subjektive Faktoren zu verwenden. In allen hier behandelten Dimensionen der Lebensqualität finden sich demnach zwischen „harten“, objektiv prüfbareren Daten auch „weiche“, durch subjektive Einschätzung der betroffenen Personen gewonnene Daten. Manchmal wird anstelle eines empirischen Vorgehens zur Gewinnung von Aggregationsgewichten zur Konstruktion eines zusammenfassenden Indikators einer Dimension ein bestimmter Leit- oder Schlüsselindikator auf der Grundlage von A-priori-Überlegungen ausgewählt. Diesem Ansatz folgt die Statistik-Austria-Initiative „Wie geht’s Österreich?“. Die Vorteile solcher ausgewählter Schlüsselindikatoren liegen im Verzicht auf komplizierte und oft schlecht nachvollziehbare Mess- und Konstruktionsverfahren. Schlüsselindikatoren gelten als transparent, leicht zu verstehen und zu interpretieren. Gleichwohl ist die Auswahl eines Indikators aus einer Reihe verschiedener Indikatoren einer Dimension mitunter schwer zu begründen und steht daher im Verdacht, in besonderem Maße subjektiv oder willkürlich zu sein, und reduziert Informationen, wodurch Sach- und Problemlagen unterkomplex dargestellt werden. Daher wurde im Rahmen des vorliegenden Projekts auf die Auswahl von Schlüsselindikatoren für Dimensionen verzichtet. Aus Gründen der Anschaulichkeit wurde in einzelnen Kapiteln eine Darstellung mittels Radar Charts bzw. Spinnennetzen gewählt. Berücksichtigt werden muss allerdings, dass – so verlockend diese grafische Darstellung auch sein mag – die Fläche der Spinnennetze kein aussagekräftiges Maß für die umfassende Lebensqualität sein kann, da dies eine Gleichgewichtung ihrer Dimensionen implizieren würde. Die Darstellung dient daher ausschließlich der Anschauung und geht bewusst nicht von einer Gleichgewichtung aus. Weder halten wir alle Indikatoren für gleich wichtig, noch gewichten wir sie. Wir sind dagegen in Einklang mit den wichtigsten Beiträgen der Lebensqualitätsliteratur der Auffassung, dass die von uns gewählten Dimensionen wichtig für die Lebensqualität sind. Eine Gewichtung vorzunehmen, kommt einer Präferenzordnung gleich, die wir nicht vornehmen wollen. Sie ist auf der individuellen Ebene Angelegenheit von Individuen, auf der kollektiven Ebene von Gruppen (Familie ...) und auf der Ebene der Gestaltung von Rahmenbedingungen Angelegenheit der Politik. Wo es empirisch belegbare Zusammenhänge zwischen Determinanten und der Lebensqualität und dem Endprodukt – der Lebensqualität selbst – gibt, wird in den Teilkapiteln darauf verwiesen.

4 Lebensqualität im Bundesland Salzburg

Es ist relativ neu, dass im Rahmen von Lebensqualitätsuntersuchungen bei Personenbefragungen Fragen zu verschiedenen Aspekten der subjektiven Lebensqualität gestellt werden. Damit wird dem Umstand nachgekommen, dass subjektives Wohlbefinden unterschiedliche Komponenten erfasst.

Das Spektrum der vom ZfZ in der Umfrage gestellten Fragen umspannt verschiedene theoretische Ansätze subjektiver Lebensqualität: die kognitiven Komponenten der Lebenszufriedenheit als globales Urteil über die Qualität des eigenen Lebens als Ganzes, die am Konzept des Wohlbefindens von Ryff orientierten Aspekte der Alltagsbewältigung, der Orientierung und des Zukunftsoptimismus, von positiven Beziehungen zu anderen Menschen und des Lebenssinns als wichtige Komponente eines teleologischen Lebensqualitätsverständnisses; weiters die eher am bedürfnisorientierten Wohlbefindenskonzept ausgerichtete Frage nach dem Grad der Wunscherfüllung sowie die hedonisch inspirierte Frage nach der Bedeutung des Glücks als emotionales Wohlbefinden.

Im Rahmen des gegenständlichen Forschungsprojekts wurden mittels einer Bevölkerungsbefragung Fragen vor allem zu Aspekten der subjektiven Lebensqualität im Bundesland Salzburg gestellt. Damit konnten insbesondere im Bereich subjektiver Komponenten der Lebensqualität zahlreiche zusätzliche Informationen auf regionaler Ebene gewonnen werden. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit gesamtösterreichischen Werten der Lebensqualität orientierten sich die Fragen teilweise an Fragenkomplexen der Statistik-Austria Initiative „Wie geht's Österreich?“.

Im Zeitraum Dezember 2015 bis Februar 2016 wurden 842 Personen (ab 18 Jahren) für das Bundesland Salzburg und 705 Personen für Österreich (ohne Salzburg) mittels randomisierter, standardisierter telefonischer Interviews von Institut für empirische Sozialforschung (IFES) im Rahmen des ZfZ-Projekts „Lebensqualität und Innovation“ zu Aspekten der Lebensqualität befragt.

Hohe, aber sinkende Werte bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit

Die Frage nach der umfassenden Lebenszufriedenheit wurde der österreichischen Bevölkerung in Bevölkerungsbefragungen mehrmals vorgelegt. Auch für das Bundesland Salzburg liegen mit der ZfZ-Umfrage nun nach 2008 erneut Werte zur allgemeinen Lebensqualität vor.

Die Frage nach der Lebensqualität misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Der Begriff „Leben“ umfasst somit sämtliche Lebensbereiche dieser Person zu einem bestimmten Zeit-

punkt („aktuell“). Es wird daher nicht angestrebt, den momentanen emotionalen Zustand der Auskunftsperson abzufragen, sondern ein reflektiertes und breites Urteil über den Grad ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit diesem Leben zu erhalten.

26 % der SalzburgerInnen bewerten ihre aktuelle Lebensqualität als sehr hoch, über 40 % als hoch. Während 22 % ihre Lebensqualität mittelmäßig einschätzen, ist sie für knapp 10 % eher niedrig und für 2,5 % niedrig. Im Österreichvergleich bewerten mehr Menschen ihre Lebensqualität sehr hoch und etwas weniger eher niedrig, was auch in einem höheren Mittelwert zum Ausdruck kommt.

Im Vergleich der Salzburger Werte mit 2008 zeigt sich, dass deutlich mehr Menschen 2016 ihre Lebensqualität als eher niedrig und weniger als eher hoch einschätzen. Das kommt auch im gesunkenen Mittelwert auf der fünfteiligen Skala zum Ausdruck, der von 3,98 auf 3,88 gesunken ist. Dieser Durchschnittswert liegt im „Normbereich“ der Lebensqualität, der in der empirischen Lebensqualitätsforschung regelmäßig bei 70 % bis 80 % des Maximalwerts zu liegen kommt (Cummings 1995).

Hinsichtlich des Geschlechts beurteilen über 30 % der Frauen ihre Lebensqualität sehr hoch gegenüber 20 % der Männer, während das Verhältnis bei der Antwortkategorie „hoch“ umgekehrt ausfällt. Insgesamt liegt der Mittelwert bei Frauen mit 3,8 höher als bei Männern mit 3,6.

Unterschiede zeigen sich auch beim Alter: Personen bis 45 Jahren bewerten durchschnittlich mit 3,7 schlechter als ältere Personen mit 3,9. Personen mit Matura bewerten ebenso mit 3,9 durchschnittlich besser als Personen ohne Matura mit 3,7. Am deutlichsten fallen die Unterschiede in der soziodemografischen Darstellung nach beruflicher Stellung aus. ArbeiterInnen bewerten ihre Lebensqualität mit durchschnittlich 3,4 deutlich geringer als Angestellte, öffentlich Bedienstete oder Selbständige mit 3,8 bzw. 3,9. Besonders letzteres Ergebnis zeigt, dass im Durchschnitt eine geringere materielle Ausstattung und ein geringerer Status auch mit einer geringeren subjektiven Lebensqualität einhergeht.

Tabelle 3: Wenn Sie an Ihre aktuelle Lebenssituation denken – wie hoch ist Ihre Zufriedenheit mit ihrer Lebensqualität?

In %	sehr niedrig	eher niedrig	mittelmäßig	eher hoch	sehr hoch	MW (1–5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	2,5	9,5	21,8	40,5	25,7	3,8	1,0
Salzburg 2008	2,0	4,0	23,0	45,0	26,0	3,9	1,0
Österreich 2016	2,3	7,2	22,3	37,7	30,5	3,9	1,0

Quelle: ZfZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Uneinheitliche Entwicklung in den vergangenen Jahren

Auf die Frage, wie sich die subjektive Lebensqualität der SalzburgerInnen in den letzten fünf Jahren entwickelt hat, zeigt sich ein recht differenziertes Bild: Für die Hälfte der SalzburgerInnen hat sich die Lebensqualität in den letzten fünf Jahren verändert. Rund 30 % geben an, sie habe sich zum Schlechteren verändert, für rund 20 % hat sie sich verbessert. Während Männer und Frauen die Entwicklung gleich einschätzen, zeigen sich nach dem Alter Unterschiede: Für mehr als ein Drittel der Befragten (34 %) unter 45 Jahren hat sich die Lebensqualität verschlechtert, für rund 21 % verbessert. Bei den über 45-Jährigen fällt die Beurteilung für 26 % negativ aus, für 20 % positiv, 54 % beurteilen die Situation unentschieden. Personen mit Matura als höchstem Bildungsabschluss beurteilen die

Entwicklung der vergangenen Jahre etwas positiver als Personen mit geringem Bildungsgrad. Aber auch bei Personen mit höherem Bildungsgrad geben mehr Menschen an, dass sich ihre Lebensqualität verschlechtert hat. Durchwegs wird die Situation in Salzburg geringfügig besser eingeschätzt als im Österreichvergleich.

Tabelle 4: Wie hat sich Ihrem Eindruck nach die Lebensqualität in den letzten fünf Jahren in Österreich verändert?

In %	sehr verschlechtert	eher verschlechtert	teils/teils	eher verbessert	sehr verbessert	MW (1-5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	5,5	24,8	49,3	17,6	2,8	2,9	0,9
Österreich 2016	6,5	20,7	47,8	21,0	4,0	3,0	0,9

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard antworten rund 64 % der Befragten mit „hoch“ oder „sehr hoch“. Knapp 12 % der SalzburgerInnen bewerten ihren Lebensstandard als „sehr niedrig“ oder „eher niedrig“. Lebensstandard und Lebensqualität korrelieren hoch ($r = .76$; $p = 0.01$). Die Einschätzung der eigenen Lebensqualität steht damit in engem Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard.

Tabelle 5: Wenn Sie an ihre aktuelle Lebenssituation denken – wie hoch ist Ihre Zufriedenheit mit Ihrem Lebensstandard?

In %	sehr niedrig	eher niedrig	mittelmäßig	eher hoch	sehr hoch	MW (1-5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	2,8	8,7	25,4	42,2	21,9	7,0	2,0
Österreich 2016	2,9	8,9	21,0	41,6	25,6	7,1	2,2

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist zwischen den Geschlechtern gleich, unterscheidet sich aber nach dem Alter, der Ausbildung und der beruflichen Stellung. Jüngere bewerten ihren Lebensstandard geringer (MW: 3,6) als Ältere (MW: 3,9), ebenso Personen ohne Matura (MW: 3,6) geringer als Personen mit Matura (MW: 3,9). ArbeiterInnen bewerten ihren Lebensstandard deutlich geringer (MW: 3,4) als Personen mit höherer beruflicher Stellung.

Zufriedenheit mit der verfügbaren Zeit

Den zwei Fragen nach dem Zeitwohlstand lässt sich entnehmen, wie zufrieden die SalzburgerInnen mit der verfügbaren Zeit für Dinge, die sie gerne machen, und für ihnen wichtige Personen sind. Eine Mehrheit der SalzburgerInnen (56 %) ist mit der verfügbaren Zeit für Dinge, die sie gerne macht, zufrieden, 22 % nur teilweise und 22 % sind nicht zufrieden. Die Geschlechter unterscheiden sich nicht, aber SalzburgerInnen unter 45 Jahren sind deutlich weniger zufrieden als ältere. Weniger als die Hälfte ist zufrieden (47 %), 25 % nur teilweise und 27 % sind nicht zufrieden.

Tabelle 6: In meiner Freizeit habe ich ausreichend Zeit für Dinge, die ich gerne mache

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1-5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	8,8	13,1	22,1	33,4	22,6	3,5	1,2
Österreich 2016	8,4	16,6	21,1	26,0	27,9	3,5	1,3

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Rund zwei Drittel der SalzburgerInnen haben ausreichend Zeit für Personen, die ihnen wichtig sind, für 15 % trifft das nicht zu. Zeitwohlstand ist eine Frage des Alters. Während Personen unter 45 Jahren zu rund 54 % zufrieden sind, sind es bei den älteren Personen über 77 %.

Tabelle 7: In meiner Freizeit habe ich ausreichend Zeit für Personen, die mir wichtig sind

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1-5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	4,8	10,2	20,2	38,8	26,0	3,7	1,1
Österreich 2016	4,7	9,9	18,4	33,7	33,3	3,8	1,1

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Für viele bedeutet Lebensqualität, dass ihr Leben den selbstgewählten Wünschen entspricht. Ein hoher Grad an Wunscherfüllung schlägt sich dann in hoher Lebensqualität nieder.

Für mehr als zwei Drittel der SalzburgerInnen ist das Leben im Großen und Ganzen so, wie sie sich das vorstellen. 18 % können dieser Aussage nicht ganz zustimmen und für rund 13 % trifft die Aussage überhaupt nicht zu. Für Menschen unter 45 Jahren sowie für ArbeiterInnen verläuft das Leben weniger häufig so, wie sie es sich vorstellen.

Tabelle 8: Im Großen und Ganzen ist mein Leben so, wie ich mir das wünsche

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1-5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	4,4	8,9	18,3	41,9	26,4	3,8	1,1
Österreich 2016	3,7	11,3	18,7	35,2	31,0	3,8	1,1

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Teleologische Aspekte des Lebens/Lebenssinn

Teleologisch geprägte Zugänge von Lebensqualität gehen davon aus, dass Menschen ihr Handeln auf Ziele ausrichten und generell zufriedener sind, wenn sie ihre Ziele erreichen. Ziele zu verfolgen, verleiht dem Leben Sinn.

Für rund 40 % der SalzburgerInnen wie der ÖsterreicherInnen lohnt sich das Leben voll und ganz, für weitere 35 % trifft die Aussage „Ich denke, das sich das, was ich im Leben mache, lohnt“ eher zu. Rund 17 % antworten teils/teils und knappe 8 % stimmen der Aussage eher nicht oder gar nicht zu. Der Mittelwert liegt auf der Skala (1 = trifft gar nicht zu; 5 = trifft voll und ganz zu) bei 4,1. Bei Frauen wie Männern sind die Werte gleich verteilt.

Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Alter: Personen unter 45 Jahren erreichen einen Mittelwert von 3,9, Personen über 45 Jahren 4,3. Bei jüngeren SalzburgerInnen hegen 22 % Zweifel, ob sich das, was sie im Leben machen, lohnt, knapp 11 % verneinen diese Frage.

Während ein Drittel der Befragten unter 45 Jahren mehr oder weniger starke Zweifel am Sinngehalt ihres Lebens hegt, ist das bei älteren SalzburgerInnen nur zu 14 % der Fall. Auch ArbeiterInnen beantworten diese Frage im Durchschnitt anders (MW: 3,8): 30 % stimmen der Aussage nicht zu.

Tabelle 9: Ich denke, dass sich das, was ich im Leben mache, lohnt

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1–5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	2,2	5,4	16,8	35,8	39,8	4,1	1,0
Österreich 2016	3,3	4,4	16,5	34,9	40,9	4,1	1,0

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Auf den sozialen Aspekt verweist die Aussage „Am schönsten ist es, gebraucht zu werden“. Der subjektive Lebenssinn wird hier in der Eingebundenheit in die Gemeinschaft verortet. Rund drei Viertel der SalzburgerInnen stimmen der Aussage zu, 20 % teilweise und knapp 6 % lehnen diese Aussage ab.

Wiederum zeigen sich die größten Unterschiede beim Alter: Rund 30 % der unter 45-Jährigen stimmen der Aussage nicht zu, aber nur 21 % der älteren SalzburgerInnen.

Tabelle 10: Am schönsten ist es, gebraucht zu werden

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1–5)	Std.abweichung
Salzburg	2,1	3,7	20,4	36,1	37,7	4,0	1,0
Österreich	4,0	4,3	18,3	33,8	39,6	4,0	1,1

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Für 18,5 % der SalzburgerInnen trifft die Aussage „Das Leben ist so kompliziert geworden, dass ich mich manchmal kaum zurecht finde“ eher oder voll und ganz zu. 64 % der SalzburgerInnen und in etwa ein gleicher Prozentsatz der österreichischen Vergleichsgruppe stimmt der Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zu. Im Vergleich zur EU-SILC-Befragung aus dem Jahr 2013, bei der die gleichlautende Frage der österreichischen Bevölkerung vorgelegt wurde, ist der Anteil an der Bevölkerung, der über zu hohe Komplexität in der Lebensführung berichtet, 2016 deutlich höher. EU-SILC wies 2013 13 % Zustimmung zu dieser Aussage auf und 82 % Ablehnung.

Tabelle 11: Das Leben ist so kompliziert geworden, dass ich mich manchmal kaum zurecht finde

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1–5)	Std.abweichung
Salzburg 2016	43,8	19,6	18,1	14,2	4,3	2,2	1,3
Österreich 2016	46,1	15,7	19,9	12,7	5,6	2,1	1,3

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Soziale Integration

82 % der SalzburgerInnen sehen sich eher oder ganz sozial integriert. Der Aussage „Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgeschlossen“ stimmen 8 % der SalzburgerInnen eher oder ganz zu. Vor allem ArbeiterInnen sehen sich signifikant häufiger (MW: 1,9) von mangelnder Teilhabe und sozialer Einbindung betroffen.

Tabelle 12: Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgeschlossen

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1–5)	Std.abweichung
Salzburg	68,6	13,3	10,0	5,6	2,5	1,6	1,0
Österreich	74,3	9,6	8,6	4,6	2,9	1,5	1,0

Quelle: ZIZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Intensive Glücksmomente

Auf die affektiven Komponenten für das subjektive Wohlbefinden zielt die hedonische Aussage „Für intensive Glücksmomente lohnt es sich zu leben“. 87 % der SalzburgerInnen sehen ihren subjektiven Lebenssinn im intensiven Glückserleben. Mehr als andere abgefragte Aspekte des Wohlbefindens stehen intensive glückliche Erlebnisse für hohe Lebensqualität. Lediglich 3 % der Befragten sehen im affektiven Glück kein Lebensziel.

Tabelle 13: Für intensive Glücksmomente lohnt es sich zu leben

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/ teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (1-5)	Std.ab- weichung
Salzburg	0,5	2,3	10,8	25,0	61,5	4,5	0,8
Österreich	1,3	2,0	7,6	25,3	63,7	4,5	0,8

Quelle: ZfZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Ausgeprägter Pessimismus

Eine negative Erwartungshaltung kann einen psychischen Belastungsfaktor darstellen, der Ängste darüber zum Ausdruck bringt, ob Ansprüche, Erwartungen und Hoffnungen hinsichtlich der eigenen Wünsche und Ziele aufrechtzuerhalten sind, kann aber auch gesunderhaltende Adaptionsprozesse in Gang bringen.

Eine deutliche Mehrheit von 84 % der SalzburgerInnen erwartet nicht, dass das Leben in 15 Jahren besser und leichter sein wird, nur rund 16 % sind optimistisch und halten diese Entwicklung für wahrscheinlich.

Tabelle 14: Denken Sie einmal 15 Jahre voraus: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass das Leben dann besser und leichter sein wird?

In %	sehr wahr- scheinlich	eher wahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich	sehr unwahr- scheinlich	Mittel- wert
Salzburg 2016	1,8	14,3	58,1	25,7	3,1
Österreich 2016	3,1	14,4	61,0	21,5	3,0

Quelle: ZfZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Einschränkung der Lebensführung

Mehr als drei Viertel der SalzburgerInnen gehen im Gegenteil sogar davon aus, dass wir uns in der Lebensführung deutlich einschränken müssen. Die pessimistische Zukunftshaltung bringt deutlich das mangelnde Vertrauen in die Institutionen zum Ausdruck, den gegebenen Lebensstandard aufrechterhalten zu können.

Tabelle 15: Wir werden uns in der Lebensführung deutlich einschränken müssen

In %	sehr wahr- scheinlich	eher wahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich	sehr unwahr- scheinlich	Mittel- wert
Salzburg 2016	22,9	53,8	17,3	3,1	2,0
Österreich 2016	24,3	53,8	18,1	3,8	2,0

Quelle: ZfZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Arbeit und soziale Sicherheit

Ein Drittel der SalzburgerInnen hält es für sehr unwahrscheinlich, dass es in 15 Jahren Arbeit und soziale Sicherheit für alle geben wird, die Hälfte der Bevölkerung hält das für eher unwahrscheinlich. Lediglich 17 % halten das für eher oder sehr wahrscheinlich.

Tabelle 16: ... dass es Arbeit und soziale Sicherheit für alle geben wird

In %	sehr wahr- scheinlich	eher wahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich	sehr unwahr- scheinlich	Mittel- wert
Salzburg	2,2	14,9	49,9	33,0	3,1
Österreich	3,1	13,9	52,1	30,9	3,1

Quelle: ZfZ/IFES 2008; FHS/IFES 2016.

Zusammenfassung

Die Fragen zum subjektiven Wohlbefinden, die im Rahmen der ZfZ-Umfrage 2016 gestellt wurden, zeichnen ein komplexes Bild:

Die durchschnittliche Lebensqualität im Bundesland Salzburg ist hoch. Zwei Drittel bewerten ihre Lebensqualität hoch, rund 12 % niedrig. Gegenüber dem Jahr 2008 ist die durchschnittliche Lebensqualität etwas gesunken.

Eine große Mehrheit der SalzburgerInnen sieht ihr Leben im Einklang mit ihren Wünschen, führt ein sinnerfülltes Leben und ist sozial integriert. Es verbleibt ein Prozentsatz von 10 % bis 20 % der Bevölkerung, für die all das nur teilweise zutrifft, und etwa 10 % der Bevölkerung, die die unterschiedlichen Aspekte der subjektiven Lebensqualität als schlecht oder eher schlecht bewertet.

Ein gänzlich anderes Bild zeichnen die Zukunftserwartungen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen. Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist pessimistisch und geht davon aus, dass der Lebensstandard sinken wird und sich die gesellschaftlichen Verhältnisse verschärfen werden.

Literaturverzeichnis

- Bandura, A. (1986): Social foundations of thought and action: A social cognitive theory. Englewood Cliffs.
- Bartelheimer, P., & Kädtler, J. (2012): Produktion und Teilhabe – Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung. In Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Zweiter Bericht. Wiesbaden: VS-Verlag, 41–85.
- Bergheim, S. (2016). Fortschrittsindex. http://www.fortschrittszentrum.de/dokumente/2010-11_Fortschrittsindex.pdf (Zugriff am 14.12.2016).
- Brickman, P., Coates, D., & Janoff-Bulman, R. (1978): Lottery winners and accident victims: Is happiness relative? *Journal of Personality and Social Psychology* 36, 917–927.
- Deci, E., & Ryan, R.M. (2008): Self-Determination Theory: A Macrotheory of Human Motivation, Development, and Health. *Canadian Psychology* 49, 182–185.
- Diefenbacher, H., Held, B., Rodenhäuser, D., & Zieschank, R. (2013): NWI 2.0 – Weiterentwicklung und Aktualisierung des Nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg/Berlin: Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin und Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg.
- Diener, E., & Suh, E. (1997): Measuring Quality of Life. *Social Indicators Research* 40/1-2, 189–216.
- Diener, E. N., & Lucas, R. (2003): The evolving concept of subjective well-being: The multifaceted nature of happiness. *Advances in Cell Aging and Gerontology* 15, 187–219.
- Easterlin, R. (1974): Does economic growth improve the human lot? In David, P.A. (Hrsg.): *Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramowitz*. New York: Academic Press.
- Elster, J. (36 1998): Emotions and economic theory. *Journal of Economic Literature*, 47–74.
- Emmons, R.A. (1999): *The psychology of ultimate concerns: Motivation and spirituality in personality*. New York: The Guilford Press.
- Enquete-Kommission (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Berlin: Deutscher Bundestag.
- European Council (2010): EUCO 13/10 – Conclusions. http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/council_conclusion_17_june_en.pdf (Zugriff am 11.09.2016).
- Fehr, E. (1999): Neid, Status und Markt. Ökonomische Betrachtungen zu machtvollen Emotionen. *Neue Züricher Zeitung*, Nr. 277 (vom 27./28. November), 101.
- FHS/IFES (2016): Lebensqualität. Repräsentative Umfrage in Österreich und Salzburg, Projektbericht.
- Filipp, S.-H., & Ferring, D. (2001): Lebenslust trotz der Last des Lebens? Vom konstruktiven Umgang mit den größeren und kleineren Katastrophen im Leben. In Gerhard, U. (Hrsg.): *Psychologie und Lebensqualität*, 19–31.
- Fleurbaey, M. (2009): Beyond GDP: The Quest for a Measure of Social Welfare. *Journal of Economic Literature* 47/4, 1029–75.
- Frey, B.S., & Benz, M. (2002): Ökonomie und Psychologie: Eine Übersicht. In Frey, D., von Rosenstil, L., Birbaumer, N., Kuhl, J., Schneider, W., & Schwarzer, R. (Hrsg.): *Enzyklopädie der Wirtschaftspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.
- GESIS-ZUMA. (2001): System Sozialer Indikatoren. http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/index.htm (Zugriff am 14.07.2005).
- Glatzer, W., & Zapf, W. (1984): *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Happy Planet Index (2016): Happy Planet Index. <http://happyplanetindex.org/> (Zugriff am 04.01.2017).
- Headey, B., & Wearing, A. (1992): *Understanding happiness: A theory of subjective well-being*. Melbourne: Longman Cheshire.
- Hicks, J.R. (2001): *Value and capital: An inquiry into some fundamental principles of economic theory*. Oxford: Clarendon Press.
- Hirata, J. (2003): Happiness and economics: some ethical considerations. *Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik* Nr. 99. Universität St. Gallen, St. Gallen.
- Human Development Report (2010): *Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung*. New York: UNDP.
- Johansson, S. (2002): Conceptualizing and measuring quality of life for national policy. From the Swedish Level of Living Survey to an Epistemology of the Democratic Process. *Social Indicators Research* 58, 13–32.
- Kahneman, D., & Tversky, A. (1979): Prospect Theory: an analyses of decision under risk. *Econometrica* 47/2, 263–291.
- Kasser, T., & Ryan, R.M. (2001): Be careful what you wish for: Optimal functioning and the relative attainment of intrinsic and extrinsic goals. In Schmuck, P., & Sheldon, K.M. (Hrsg.): *Life goals and well-being: Towards a positive psychology of human strivings*. Seattle: Hogrefe & Huber, 116–131.
- Kleinewefers, H. (2008): *Einführung in die Wohlfahrtsökonomie*. Stuttgart.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): *Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel*. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:EN:PDF> (Zugriff am 22.02.2013).
- Kroll, C. (2011): *Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen*. Friedrich Ebert Stiftung.
- Kuznets, S. (1934): *National Income 1929–1932*. 73rd US Congress, 2d session, Senate document no. 124, page 7. <http://library.bea.gov/u/?/SOD,888> (Zugriff am 04.01.2015).
- Legatum Prosperity Index (2010): Legatum Prosperity Index. http://www.prosperity.com/download_file/view_inline/2849 (Zugriff am 26.07.2014).
- Loewenstein, G., & Lerner, J.S. (2003): The role of affect in decision making. In Scherer, K.R., Davidson, R.J., & Goldsmith, H.H. (Hrsg.): *Handbook of affective sciences*. Oxford: Oxford University Press, 619–642.
- Lordon, F. (2000): La force des idées simples. *Politix*, 183–209.
- Meadows, D. (1972): *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Michalos, A. (1985): Multiple discrepancies theory (MDT). *Social Indicators Research*, 151–161.
- NEF (2009): *The Happy Planet Index 2.0*. <https://static1.squarespace.com/static/5735c421e321402778ee0ce9/t/578de9f729687f525e004f7b/1468918272070/2009+Happy+Planet+Index+report.pdf> (Zugriff am 10.09.2014).
- Noll, H. (1999): *Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte*. Paper P00-505 des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.
- Noll, H. (2002): *Globale Wohlfahrtsmaße als Instrumente der Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung*. In Glatzer, W., Habich, R., & Mayer, K.U. (Hrsg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen: Leske & Budrich, 317–336.
- Nordhaus, W., & Tobin, J. (1972): *Is growth obsolete?* New York: Columbia University Press.
- Rosner, P. (2012): *Die Entwicklung des ökonomischen Denkens*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Ryff, C. M., Magee, W.J., Kling, K.C., & Wing, E.H. (1999): Forging macro-micro linkages in the study of psychological well-being. In C. R. (Hrsg.): *The self and society in aging processes*. New York: Springer, 247–278.
- Sachverständigenrat (2010): *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem – Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates*. Wiesbaden.
- Sen, A. (1993): *Capability and Well-Being*. In *The Quality of Life*. Oxford: Clarendon Press, 30–53.

- Sen, A. (2000): Der Lebensstandard: Vorlesung I: Begriffe und Kritik. In Sen, A. (Hrsg.): Der Lebensstandard. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Sen, A. (2002): Ökonomie für den Menschen. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Statistik Austria (2013): Bildung in Zahlen. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2014): Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2013. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2014): Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2015): Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2016): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Wien: Statistik Austria.
- Stiglitz, J., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.
- Tichy, G. (2011): Zentrale Ergebnisse der Forschung über Lebenszufriedenheit. *Wirtschaft und Gesellschaft* 3, 435–459.
- Till, M., Oismüller, A., Ponocny, I., & Eiffe, F. (2016): Facetten der Lebensqualität. *Statistische Nachrichten* 8, 576–589.
- Veenhoven, R. (2003): Hedonism and happiness. *Journal of Happiness Studies* 4, 437–457.
- Von der Lippe, P. (2013): www.von-der-lippe.org/dokumente/wohlf-neu.pdf (Zugriff am 24.06.2015).
- Weidekamp-Maicher, M. (2008): Materielles Wohlbefinden im späten Erwachsenenalter und Alter. *Gesis*.
- Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In W. Glatzer, & W. Zapf (Hrsg.): *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt a. M./New York: Campus, 13–26.
- Zieschank, R., & Diefenbacher, H. (2009): Der nationale Wohlfahrtsindex als Beitrag zur Debatte um Wachstum und Wohlfahrtsmaße. Heidelberg/Berlin.
- ZfZ/IFES (2008). *Lebensqualität. Repräsentative Umfrage in Österreich, Projektbericht*.

Soziale Inklusion

REINHARD HOFBAUER

B

Einleitung

Lebensqualität ist, was Menschen als gutes Leben anstreben. Lebensqualität aus der individuellen Perspektive ist an individueller Lebensführung ausgerichtet und wird an individuellen Lebenszielen bewertet. Lebensqualität aus der gesellschaftlichen Perspektive zielt auf die Systemdimension, sie hat gesellschaftliche Normen und daraufbasierende Konzepte zur Grundlage. Kollektive Lebensqualität ist damit untrennbar mit Fragen der Verteilung von und Mindestnormen an Ressourcen für ein gutes Leben verknüpft.

Die materiellen und sozialen Grundlagen kollektiver Lebensqualität wurden auf der Grundlage von für alle steigende materielle Ressourcen und optimistische Zukunftserwartungen über viele Jahrzehnte der Nachkriegszeit wenig thematisiert, weil das österreichische Produktions- und Sozialmodell mit seinen Basisinstitutionen Erwerbsarbeit, Familie, Sozialversicherung gesellschaftliche Integration und Teilhabe auf der Grundlage wirtschaftlichen Wachstums weitgehend sichern konnte.

Seit nunmehr einigen Jahrzehnten ist auch das österreichische Produktions- und Sozialmodell zunehmenden Veränderungen ausgesetzt. Neue Formen der Arbeit mit mangelnder sozialer Absicherung, steigende Individualisierung der Arbeits- und Lebensformen eine rasch wachsende Zahl diskontinuierlicher Beschäftigungen und schwacher Arbeitsmarktintegration, zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sowie verbundene Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme sind deutliche Zeichen dieses Wandels, der die Teilhabe der gesamten Bevölkerung an den Wohlfahrtserträgen deutlich erschwert. Der erweiterte Blick auf geänderte gesellschaftliche Produktions-, Sicherungs- und Lebenslagen erweist sich im Zusammenhang des Diskurses um kollektive Lebensqualität und soziale Ausgrenzung deshalb als zweckmäßig, weil die im öffentlichen Diskurs vorfindlichen Begriffe häufig auf einer Dichotomie etwa der Begriffe Inklusion vs. Ausgrenzung oder eines „Drinnen und Draußen“ beruhen und die Messung an einzelnen Merkmalen dieser Veränderungen festmachen, wie einer steigenden Arbeitslosigkeit oder einer hohen Armutsgefährdung, dabei aber den Blick auf die dahinterliegenden Bedingungen des umfassenden gesellschaftlichen Wandels verstellen. Damit aber geht die Erkenntnis verloren, „dass Ausgrenzung im ‚Inneren‘ der Gesellschaft beginnt, in Abstufungen prekärer Lebenslagen auftritt, auf sozialer Ungleichheit beruht und durch sie in Gang gehalten wird“ (Kronauer 2010, 21). Im Rahmen eines solch erweiterten Diskurses lässt sich auf die vorherrschende Frage nach der Leistungsfähigkeit Österreichs als Wirtschaftsstandort

die Gegenfrage stellen, wie leistungsfähig die österreichische Gesellschaft bei der Umwandlung ökonomischer Erfolge in allgemeine und individuelle Lebensqualität ist.

Im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs und der politische Gestaltung des Sozialen geht es angesichts der oben genannten Veränderungen vor allem um die Frage, wie alle Bevölkerungsgruppen mit Ressourcen ausgestattet werden, um an den allgemeinen Wohlfahrtserträgen beteiligt werden zu können, und wie sie vice versa in die Lage versetzt werden, adäquate Beiträge zu individueller wie gesellschaftlicher Wohlfahrt zu leisten. Es geht somit in der kollektiven Betrachtung um die Bedingungen von Lebensqualität.

Zudem hat die psychologische Lebensqualitätsforschung inzwischen deutlich machen können, dass das mehrdimensionale Konstrukt individuelle Lebensqualität auch auf der Grundlage einzelner Lebensbereiche als „Bereichszufriedenheiten“ (Diener und Suh 1997) geformt wird. In diesen „Dimensionen der Lebensqualität“ finden Menschen die Bedingungen vor, vor deren Hintergrund sie versuchen, ein gutes Leben nach ihren Vorstellungen einzurichten. Im Diskurs um die Frage nach den notwendigen und angemessenen Bedingungen für individuelle Lebensqualität in der Gesellschaft wird nicht zuletzt angesichts des rapiden Wandels von Produktions- und Gesellschaftsstruktur zunehmend auf den Begriff der Teilhabe zurückgegriffen. So empfiehlt der vielbeachtete Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht „capabilities“, also Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, als Konzept zur Messung von Lebensqualität (Stiglitz et al. 2009, 151 f.).

Auch im deutschsprachigen Raum dient die Schaffung sozialer und ökonomischer Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft als „Bezugspunkt sozial gerechter Politik“ (Deutsche Bundesregierung 2008).

Auch die Armuts- und Ausgrenzungsberichte des österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – BMASK erheben nicht mehr nur die Einkommensarmut, sondern auch die Entwicklung sozialer Ungleichheit sowie der sozialen Teilhabe (BMASK 2010).

Die Lebensumstände und -bedingungen der Bevölkerung zu erfassen und zentrale Informationen über den Kontext zu erforschen, in dem „soziale und ökonomische Schieflagen“ entstehen, findet sich als zentrales politisches Anliegen auch in hochrangigen Dokumenten der EU. Seitdem im Jahr 2000 durch den Europäischen Rat der sogenannte Lissabon-Prozess in Gang gekommen ist, steht die Reduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung als wesentliches Ziel auf der politischen Agenda. Die EU-Dokumente legen deutlich offen, dass soziale Ausgrenzung ein vielschichtiges Phänomen darstellt und sich nicht einzig an Geldwerten festmachen lässt.

„Teilhabe“ wird im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs als Voraussetzung für Zugehörigkeit und sozialen Zusammenhalt verstanden und bildet damit den notwendigen Gegenbegriff zu „Gefährdung“, „Verwundbarkeit“, „Prekarität“ oder „Ausgrenzung“.

Teilhabeaktivitäten können sich an den verschiedenen sozialen Beziehungen orientieren, die Personen bei der Realisierung ihrer Lebensweise eingehen. Kronauer (2010) etwa unterscheidet vier Teilhabeformen gesellschaftlicher Zugehörigkeit:

- Teilhabe am System gesellschaftlicher Arbeitsteilung über Erwerbsarbeit, die Einkommen und soziale Sicherung vermittelt und einen Eigenwert (siehe Kapitel „Arbeit“) hat,
- Teilhabe in sozialen Nahbeziehungen, in denen Zugehörigkeit erreicht wird,
- Teilhabe durch bürgerliche, politische und soziale Rechte, die insbesondere politische Partizipation ermöglichen und soziale Leistungsansprüche begründen,
- Teilhabe an Bildung und Kultur, die gesellschaftliche und berufliche Handlungskompetenz vermittelt und so die persönlichen „Umwandlungsfaktoren“ für Erwerbsteilhabe und alle anderen Teilhabeformen bestimmt.

Mit anderen Begriffen und Konzepten der Vermittlung von „Zugehörigkeit“ und „sozialem Zusammenhalt“ wie etwa Armutsvermeidung, Lebensstandard, Deprivation, sozialer Ausgrenzung oder sozialer Inklusion bzw. sozialer Integration zeigt das Teilhabekonzept vielfach analytische Überschneidungen. So betont das Teilhabekonzept einerseits, dass angesichts des geänderten Produktions- und Sozialmodells auch die Teilhabechancen ungleicher werden, trägt aber andererseits der größeren Vielfalt von Lebensweisen und den Verursachungszusammenhängen von Ausgrenzung Rechnung. Dieser Aspekt der selbstbestimmten Lebensführung macht den Teilhabebegriff gut anschlussfähig an ein Konzept der Lebensqualität, das sowohl objektive Lebensbedingungen als auch ihre subjektive Bewertung an individuellen Lebenszielen betont.

Lange Zeit wurden sozialer Zusammenhalt und Teilhabe als Vermeidung von Armut verstanden. Die Definition von Armut ist immer das Ergebnis sozialer Wertsetzungen. Diese sozialen Wertsetzungen berühren das „soziale Bewusstsein“ (De Swan 1993) der Gesellschaft, also die vorherrschenden Vorstellungen von Gerechtigkeit und gesellschaftliche Toleranzgrenzen für Ungleichheit (Allmendinger und Hinz 1999). Die Frage, was Armut ist oder wer arm ist, ist mit objektiven, wissenschaftlichen Methoden nicht zu beantworten. Schon aufgrund unterschiedlicher Definitionsmöglichkeiten ist eine wissenschaftlich exakte und vollständige Zählung „der Armen“ nicht möglich.

Wie der Teilhabebegriff ist der moderne sozialwissenschaftliche Armutsbegriff ein relationaler. Die bis heute an Townsend (1979) angelehnte, grundlegende Armutsdefinition der Europäischen Kommission bewertet Personen und Gesellschaftsgruppen als arm, „die über so geringe Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Kommission der Gemeinschaften 1991). Der Anspruch auf materielle Ressourcen gilt dabei als Mittel zum Zweck, nämlich als Voraussetzung für Teilhabe an einer Lebensweise. Armutsquoten und andere Verteilungsmaße messen Teilhabe indirekt, über ungleich verteilte Ressourcen. Doch bloße Verteilungsinformationen, wie sie die Armutsforschung lange lieferte, besagen nur bedingt etwas darüber, wie betroffene Personen die ihnen zur Verfügung stehenden materiellen, kulturellen und sozialen Ressourcen in gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten umsetzen. Etwa gelten nach monetären Standards viele Studenten als arm, nach ihren kulturellen und sozialen Ressourcen jedoch nicht.

Lediglich auf Einkommen bezogene Armutsmessungen zeichnen ein unvollständiges Bild vom Lebensstandard eines Menschen. Da persönliche Bedarfe und Preise lebensnotwendiger Güter (z. B. Mieten) individuell verschieden sind, können gleiche Einkommensverhältnisse zu unterschiedlichen Teilhabeergebnissen führen. Versteht man Wohlfahrt als Teilhabe an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Lebensweise, so reichen Messzahlen relativer Einkommensarmut oder relativen Reichtums nicht mehr aus, um Teilhabechancen zu beschreiben. Der Lebensstandardansatz beruht auf der Überlegung, dass Individuen individuelle, haushaltsbezogene und externe Ressourcen nutzen, um individuelle Wohlfahrt zu erzielen. Damit geht es darum zu messen, ob bestimmte „Dinge und Aktivitäten, die den Lebensstandard einer Gesellschaft charakterisieren, materiell verfügbar sind“ (Andreß 2008, 475). Bevölkerungsgruppen gelten als ausgegrenzt, wenn sie sich „diese nach allgemeiner Meinung notwendigen Items aus finanziellen Gründen nicht leisten können“ (ebd.), und nicht, wenn sie aufgrund individueller Präferenzen auf sie verzichten.

Auch der Begriff der Deprivation bezeichnet den eingeschränkten Zugang zu einem bestimmten Lebensstandard. Verwendung findet er meist als Erweiterung der klassischen Armutsanalyse. Eine „deprivierte Lebensführung“ manifestiert sich in einem eingeschränkten Zugang zu einem bestimmten Lebensstandard und damit verbundenen Gütern. Sie bedeutet eine erzwungene Einschränkung gegenüber jener Lebensweise, die für die meisten Menschen einer Gesellschaft selbstverständlich ist (Eiffe et al. 2010).

Relative Deprivation bedeutet objektiv verstanden eine relative „Benachteiligung in der positionalen Ausstattung mit sozialstrukturell vermittelten Chancen und Mitteln, die nach gesellschaftlicher Definition erforderlich sind, um eine bestimmte gesellschaftlich akzeptierte Position aufrechterhalten zu können und damit eine gesellschaftliche Existenz zu sichern“, und ist damit auf Teilhabe bezogen (Dietz 1997, 99).

Gelegentlich wird der Teilhabebegriff auf einen angemessenen Lebensstandard reduziert: „Als Teilhabemangel bezeichnen wir Situationen, in denen die Einkommen von Personen zwar über dem Gefährdungsgrenzwert liegen, diese sich aber zugleich schweren finanziellen Einschränkungen gegenüber sehen“ (Eiffe et al. 2010, 80). Soziale Ausgrenzung kennzeichnet demgegenüber einen erweiterten Ansatz. Soziale Ausgrenzung „ist ein Prozess, durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und durch ihre Armut bzw. wegen unzureichender Grundfertigkeiten oder fehlender Angebote für lebenslanges Lernen oder aber infolge von Diskriminierung an der vollwertigen Teilhabe gehindert werden“ (Europäische Kommission 2004, 12). Von der Gesellschaft ausgegrenzt zu sein, ist mehr als an materiellem Mangel zu leiden. Soziale Ausgrenzung nimmt die individuellen Voraussetzungen für Teilhabe an gesellschaftlichen Standards in den Blick. Das Konzept der Ausgrenzung ist jedoch nicht unproblematisch, weil es mehr auf stationäre Zustände statt auf dynamische und differenzierte Verläufe von Inklusion und Teilhabe fokussiert. Sennett (2000, 431) spricht von Ausgrenzung von einem wenig durchdachten Konzept.

Der Begriff der sozialen Integration bzw. Inklusion wird in den Sozialwissenschaften vorwiegend in dem Sinne gebraucht, in dem OECD oder EU von „sozialer Inklusion“ sprechen, das heißt auf der gesellschaftlichen Systemebene. Soziale Inklusion wird verstanden als „process of improving the terms for individuals and groups to take part in society“ (OECD 2012). Allerdings ist die Vorstellung eines linearen Zusammenhangs von Integration und gesellschaftlicher Stabilität bzw. Zufriedenheit der Gesellschaftsmitglieder schon aufgrund der unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Integration nicht unproblematisch (Imbuch und Rucht 2005, 67).

Hohe Integration innerhalb von Gruppen kann, wie das Beispiel von Sekten und Parallelgesellschaften zeigt, Schließungstendenzen nach außen befördern und damit die Integration auf höherer Ebene erschweren. Manche Arten und Mechanismen von Integration sind von Kontrolle, Zwang oder gar Gewalt begleitet. Zudem hat der Integrationsbegriff auch einen problematischen normativen Aspekt: Eine unkritische Lesart des Integrationskonzepts kann Integrationspolitik darauf reduzieren, gesellschaftliche Randgruppen durch einseitige Anpassung an soziale und kulturelle Normen der Mehrheitsgesellschaft vollständig einzugliedern, womit aber der Blick auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Teilhabe, auf ausgrenzende soziale Verhältnisse aber gerade verstellt würde (Bartelheimer 2007).

Das von Sen und Nussbaum in den internationalen Diskurs eingeführte Konzept der Verwirklichungschancen („capability approach“) formuliert dagegen den Anspruch, mehrere Aspekte der Lebensweise als Dimensionen von Lebensqualität in die Messung einzubeziehen. Für Sen bilden Verwirklichungschancen die Zielgröße von Wohlfahrt. Sen versteht darunter die praktische Freiheit der Menschen, „ein von ihnen als sinnvoll erkanntes Leben zu führen“ (Sen 2002, 22), d. h. eine selbst gewählte Lebensweise verwirklichen zu können.

In einem Teilhabekonzept, wie es sich etwa auf den „capability approach“ stützt, sind materielle Ressourcen und Rechtsansprüche unverzichtbare Voraussetzungen, eröffnen aber lediglich die Möglichkeiten von Teilhabe. Diese Möglichkeiten zu realisieren, verlangt zum einen individuelle Fähigkeiten (in der Terminologie von Sen: Umwandlungsfaktoren), zum anderen gesellschaftliche Bedingungen (etwa: Normen, Infrastrukturen), welche diese Umwandlung auch ermöglichen. Bonvin (2006) hat dieses Modell am politisch unverdächtigen Beispiel des Fahrradfahrens illustriert. Wer die Chan-

ce haben soll, Rad zu fahren, benötigt zunächst ein Rad oder Zugang zu einem Rad (materielle Ressource). Ferner muss er Rad fahren können (individueller Umwandlungsfaktor), es muss hierfür eine gesellschaftliche Infrastruktur geben, also Straßen und Wege, und schließlich muss das Radfahren auch erlaubt sein (all dies zählt zu den gesellschaftlichen Umwandlungsfaktoren). So kann Wahlfreiheit entstehen: Wählt jemand das Radfahren als ihm angemessene Form der Mobilität oder hat er keine Wahl, weil trotz materieller Verfügbarkeit individuelle oder gesellschaftliche Umwandlungsfaktoren nicht zur Verfügung stehen.

Teilhabe bietet sich als Bewertungsmaßstab für die sozioökonomische Entwicklung von Gesellschaften an, deren normatives Zielsystem sich an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten orientiert. Teilhabe eignet sich folglich auch als Konzept der Messung gesellschaftlicher Lebensqualität, insofern sie nicht auf die Verfügbarkeit von Gütern allein abzielt, sondern vorrangig die Umwandlung von Ressourcen in Lebenschancen für individuelle Wohlfahrtsziele in den Blick nimmt.

Teilhabe wird durch soziales Handeln von Personen unter bestimmten Bedingungen realisiert. Ein weiterer Begriff von Teilhabe schließt alle Aktivitäten und Beziehungen ein, in denen sich Personen die gesellschaftlichen Möglichkeiten individueller Lebensführung aneignen. Als Dimensionen sozialer Teilhabe sind daher die Bereiche des materiellen Lebensstandards ebenso zu berücksichtigen wie die verschiedenen gesellschaftlichen Aktivitäten, in denen sich gesellschaftliche Zugehörigkeit verwirklicht.

Typische Lebenslagen, etwa Niveaus materieller Teilhabe, ergeben sich erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen, etwa im Haushalt oder im Lebensverlauf einer Person. Eine Teilhabeform kann dabei Kontextbedingung oder Umwandlungsfaktor für eine andere sein.

Der Begriff der Teilhabe entspricht daher einem Wohlfahrtsverständnis, wonach Einkommen, Waren und Dienstleistungen sowie der Anspruch auf öffentliche Güter individuelle Handlungsressourcen eröffnen. Teilhabe geht aber über Bedarfsdeckung und Konsum hinaus; sie wird im Rahmen selbstbestimmter Lebensführung individuell erreicht und an Lebenszielen bewertet (Bartelheimer und Kädtler 2012, 54). Eine konkrete Verteilungsnorm ist aus dem Teilhabekonzept daher kaum abzuleiten. Teilhabegerechtigkeit zielt darauf ab, Benachteiligungen auszugleichen und eine gesellschaftliche Teilhabe im Sinne der rechtlichen Gleichstellung, sozialen Anerkennung und Beteiligung am sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben zu garantieren (Liebig 2009, 7). Festzuhalten bleibt, dass der Anspruch auf gleiche Teilhabe normativ auf mehr zielt als auf Niveaus der Mindestsicherung. War in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der letzten Jahre von Teilhabe die Rede, so meist „im Sinne eines Mindestmaßes“ (Zacher 2001, 360). Teilhabeargumente sollten ausreichende Niveaus der Bedarfsbemessung in der Mindestsicherung durchsetzen helfen (Bartelheimer 2007, 52–53).

Für die Bewertung von Teilhabeergebnissen kommt es entscheidend darauf an, ob der „normative Individualismus“ des Chancenansatzes politisch ein negatives oder ein positives Vorzeichen bekommt.

Betont man die gesellschaftliche Verantwortung für Teilhabe, so erfordern die „substantiellen Freiheiten“, die es Menschen erlauben, „ein mit Gründen erstrebtes Leben zu führen“ (Sen 2002, 110) vor allem gesellschaftlich vermittelte Ressourcen und Rechte. In dieser Perspektive wird man sehr ungleiche Teilhabeergebnisse, etwa bei den erworbenen Kompetenzen und Bildungsabschlüssen, als Anzeichen für mangelnde Chancengleichheit in gesellschaftlichen Institutionen, etwa im Bildungssystem, auffassen.

Wird das Teilhabepostulat dagegen auf Chancengerechtigkeit verengt, kann es dazu dienen, sozialstaatliche Interventionsansprüche auf die formale Erfüllung von Zugangsvoraussetzungen – etwa zu Bildungseinrichtungen oder zum Arbeitsmarkt – zu beschränken und die Politik von der Verantwortung für die Korrektur von Verteilungsergebnissen zu entlasten. Dies ist etwa dann der Fall, wenn

eine „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ bereits die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung mit Erwerbsteilhabe gleichsetzt, ohne die Sicherheit der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse, das Niveau der Entlohnung oder die Qualität der Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen. Das zeigt, dass das Teilhabekonzept für unterschiedliche Strategien zum Umbau des Sozialmodells in Anspruch genommen werden kann. Die Bezugnahme auf Teilhabe erspart daher nicht den Diskurs darüber, in welchen Bereichen und mit welchen Leistungsnormen der Sozialstaat für mehr Gleichheit sorgen soll.

Um als Leitidee für die regelmäßige Messung sozialer Teilhabe zu dienen, wird ein mehrdimensionaler und relativer Begriff von Teilhabe benötigt. Teilhabestandards müssen in einer Reihe von Dimensionen entsprechend den Möglichkeiten einer gegebenen Gesellschaft bestimmt werden (Bartelheimer und Kädtler 2012, 53). Der Teilhabebegriff zeichnet sich durch fünf Merkmale aus:

- Er ist historisch relativ, das heißt, Teilhabe ist an die sozioökonomischen Möglichkeiten einer gegebenen Gesellschaft gebunden.
- Er ist mehrdimensional, da sich Teilhabe erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen ergibt.
- Es sind verschiedene Abstufungen sowie erwünschte und inakzeptable Formen ungleicher Teilhabe zu unterscheiden.
- Als dynamisches Konzept ist Teilhabe in zeitlichen Verläufen zu betrachten.
- Schließlich wird Teilhabe durch handelnde Subjekte, durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen angestrebt und verwirklicht.

Zum Verhältnis von Teilhabe und Lebensqualität

Lebensqualität ist ein normatives Konzept. Was gesellschaftliche Lebensqualität ist, kann nur in einem Prozess gesellschaftlicher Verständigung bestimmt werden.

Teilhabe bietet sich als Bewertungsmaßstab für die Lebensqualität von Gesellschaften an, deren normatives Zielsystem sich an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten orientiert. Teilhabe zielt nicht nur auf die Verfügbarkeit von Gütern allein ab, sondern hat vorrangig die Umwandlung von Ressourcen in Handlungsoptionen für individuelle Wohlfahrtsziele im Blick, Lebenschancen, die sich an gesellschaftlich geteilten Standards orientieren. Inwieweit Individuen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten wahrnehmen und in individuelle Handlungsressourcen umwandeln, ergibt sich aus konkreten lebensweltlichen Bezügen mit ihren sozialen und kulturellen Normen und wird im Rahmen individueller Lebensführung erreicht und an Lebenszielen bewertet.

Individuelle Lebensqualität kann als das dynamische Resultat dieses komplexen Zusammenspiels aus verfügbaren Ressourcen, wahrgenommenen Handlungsoptionen, der Umwandlung in individuelle Wohlfahrtsziele und ihrer subjektiven Bewertung verstanden werden.

Operationalisierung von sozialer Inklusion und Teilhabe

Die Frage nach der sozialen Inklusion von Gesellschaften verweist auf die Systemebene und verlangt Makrodaten. Sie setzt an der Verteilung zentraler Ressourcen an und gibt Antwort auf die Frage, wie stimmig es dem institutionellen Produktions- und Sozialsystem gelingt, ökonomische Effizienz mit Minderung sozialer Ausgrenzung zu verbinden.

Das Konzept der Teilhabe bewertet gesellschaftliche Ausgrenzung stärker aus der Perspektive von Individuen in Haushalten, es verlangt daher Mikrodaten (Bartelheimer 2012, 50). Eine Messung mit Bezug auf das Teilhabekonzept ist zunächst darauf angewiesen, Ressourcen und Verwirklichungsmöglichkeiten zu benennen, die für die Ausrichtung der Lebensführung an individueller Teilhabe notwendig erscheinen. Gefragt sind daher direkte Indikatoren, die an den Ergebnissen der Ressour-

cenverwendung ansetzen, also daran, wie Personen in ihrem Lebenszusammenhang Ressourcen und Verwirklichungschancen in individuelle Wohlfahrtseffekte umwandeln. Diese sind allerdings konzeptionell anspruchsvoll und schwer zu operationalisieren (Leßmann 2007).

In Bezug auf einheitlich bewertete Grundbedürfnisse (etwa Ernährung, Gesundheit, Wohnung) kann die Frage nach dem Grad der Wahlfreiheit, der Verwirklichungschancen vorausgeht, noch eher vernachlässigt werden. Weitergehende individuelle Wohlfahrtsentscheidungen hängen aber nicht nur von tatsächlichen, sondern auch von alternativ verfügbaren Funktionen und Wahlentscheidungen ab – etwa wenn freiwillige und unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung unterschieden werden sollen oder wenn gefragt wird, wie frei eine bestimmte Erwerbskonstellation des Haushalts gewählt wurde. Solche potenziellen („kontrafaktischen“) Funktionen der Lebensführung sind aber nicht unmittelbar zu beobachten (Bartelheimer und Kädtler 2012, 60). Sie müssen daher als Erwerbshemmnis direkt in Befragungen erhoben werden. Praktisch ergibt sich damit das Problem, dass in der Regel von beobachtbaren Ressourcen auf die – der Beobachtung meist unzugängliche – Menge an Verwirklichungschancen zu schließen ist, das heißt auf die Wahlmöglichkeiten, die ihnen vorausgingen (Leßmann 2007, 141). Welche Dimensionen von Teilhabemöglichkeiten, welche Chancen tatsächlich untersucht werden sollen, um individuelle Teilhabe an kollektiver Wohlfahrt zu messen, bleibt in Sens Konzept, das operativ wenig ausgearbeitet ist, zunächst offen und ist einem deliberativen Prozess „der Diskussion und Überprüfung durch die Öffentlichkeit vorzulegen“ (Sen 2002, 102).

Bei den nachfolgenden Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe werden Makro- und Mikroebene miteinander verbunden. Indikatoren auf der Makroebene wie bspw. der Anteil der Armutsgefährdeten an der Bevölkerung messen soziale Ungleichheit und liefern Hinweise auf das Ausmaß von sozialer Ausgrenzung. Aus Befragungsergebnissen gewonnene Erkenntnisse wie wiederholte Zahlungsschwierigkeiten oder Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten oder eine mangelnde Tragfähigkeit sozialer Beziehungen zeigen dagegen einen Mangel an Teilhabemöglichkeiten aus der Haushaltsperspektive.

Salzburger Indikatoren für Teilhabe und soziale Inklusion

Der vorliegende Bericht zu sozialer Inklusion und Teilhabe im Bundesland Salzburg umfasst 26 Indikatoren. Die Auswahl der hier vorgelegten Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe folgt folgenden Überlegungen:

- Die Indikatoren erfassen sowohl materielle, nichtmaterielle sowie subjektive Aspekte von sozialer Inklusion, Teilhabe und Lebensqualität.
- Die Indikatoren umfassen die wesentlichen Dimensionen sozialer Inklusion und Teilhabe wie Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung, Lebensstandard, Wohnraum, Erwerbsleben, Bildungschancen, Gesundheit und soziale Beziehungen mit einer gleichermaßen informativen wie überschaubaren Zahl von Indikatoren.
- Die Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe sind relativ. Sie legen nicht absolute Normwerte fest, sondern orientieren Teilhabe an den Standards und den Möglichkeiten und der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft.
- Es wurden nur Indikatoren aufgenommen, für die statistisch belastbare Salzburger Daten verfügbar sind.
- Die Indikatoren liefern damit zeitlich und räumlich bewertbare Informationen im Sinne der Sozialberichterstattung an Politik und Verwaltung, die auf einen Blick Problemdruck und Handlungsbedarf anzeigen. Dabei werden nicht nur punktuelle Zustände abgebildet, sondern es wird nahezu vollständig die Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigt.

- Alle Indikatoren werden im Vergleich mit den entsprechenden Österreichwerten dargestellt, womit ein spezifisches Salzburger Problemprofil entsteht. Wo solche Daten nicht zur Verfügung stehen, werden sie um Primärdaten aus eigenen Erhebungen bzw. Berechnungen mit österreichischen Vergleichswerten ergänzt.
- Die Indikatoren stützen sich soweit wie möglich auf bereits vorhandene und eingeführte Indikatoren der Sozialforschung und -berichterstattung, soweit sie dem Fokus auf soziale Inklusion und Teilhabe folgen. Damit ergibt sich eine hohe Deckungsgleichheit etwa mit Indikatoren der Initiative „Wie geht’s Österreich?“ (Statistik Austria 2014) sowie den „Nationalen Eingliederungsindikatoren“ (Statistik Austria 2014). Das Ziel der nationalen Indikatoren ist, die Lebensverhältnisse der von sozialer Ausgrenzung betroffenen Zielgruppe genauer zu beschreiben und ein umfassendes Bild der Entwicklung und Folgen sozialer Ungleichheit in Österreich zu zeichnen.
- Auch das explizite Ziel der „Nationalen Eingliederungsindikatoren“ ist es, Maßzahlen, die über Konzepte von Armut deutlich hinausgehen, zu berechnen. Die Nationalen Eingliederungsindikatoren folgen der sogenannten „Europa 2020“-Strategie. Darin haben sich die europäischen Regierungen im Jahr 2010 auf eine neue Wachstumsstrategie mit den Schwerpunkten intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum bis zum Jahr 2020 geeinigt, die auch darauf ausgerichtet ist, Beschäftigung, Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern.
- Die Nationalen Eingliederungsindikatoren umfassen neben den vier sogenannten „Europa-2020-Indikatoren“ (Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung, keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt, erhebliche materielle Deprivation) 21 ergänzende Indikatoren, von denen 18 übernommen wurden.
- Warum wurden nicht alle Nationalen Eingliederungsindikatoren übernommen? Für einige der Nationalen Eingliederungsindikatoren, die nicht auf EU-SILC-Quellen beruhen, lassen sich keine belastbaren regionalen Werte ermitteln. Exemplarisch lässt sich das für den sehr aussagekräftigen Indikator „soziale Lebenserwartungsdifferenzen“ zeigen: In Österreich leben Menschen mit einem Hochschulabschluss im Durchschnitt um 4,9 Jahre länger als Menschen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben. Die soziale Lebenserwartungsdifferenz hat sich dabei in den letzten Jahren sogar erhöht: Im Jahr 2006 lag der mittlere Unterschied bei nur 4,5 Lebensjahren (Statistik Austria 2014, 78). Zudem zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede: So haben Männer in höheren Bildungsschichten überdurchschnittlich von der steigenden Lebenserwartung profitiert. Gemäß den Daten der letzten Registerzählung im Jahr 2011 ist bei 35-jährigen Männern mit Pflichtschulbildung die Lebenserwartung um 7,0 Jahre kürzer als bei Männern mit Hochschulabschluss. Bei Frauen sind die bildungsbezogenen Unterschiede geringer, der Unterschied beträgt 2,8 Jahre.
- Aufgrund der komplexen Berechnung auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht und mehreren Bildungsebenen, ist eine statistisch zweifelsfreie und aussagekräftige Analyse auf Ebene kleinerer Bundesländern nicht möglich.
- Ähnliches gilt für den Indikator „registrierte Wohnungslosigkeit“. Auch hier lassen sich kaum mit den Nationalen Eingliederungsindikatoren vergleichbare Daten für Salzburg generieren, bzw. führt das zu einer deutlichen Unterschätzung der Zahl der Betroffenen. Die Erfassung erfolgt durch Zählung von BewohnerInnen in Wohnungsloseneinrichtungen und umfasst keine Straßenobdachlosigkeit. Zudem ist zu beachten, dass die Anzahl der in Einrichtungen registrierten Wohnungslosen durch die Kapazität gesteuert wird.
- Zwar existieren auch für Salzburg Erhebungen zur Wohnungslosigkeit, auch im Zeitverlauf, diese beziehen sich jedoch nur auf die Stadt Salzburg. Demnach ist von einer steigenden Zahl wohnungsloser Personen auszugehen. (Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg 2015).

- Indikatoren mit einem Fokus auf Teilhabemöglichkeiten können ihre Funktion am ehesten erfüllen, wenn sie sich auf normative Maßstäbe beziehen, die allgemein geteilt werden und durch politische Willensbildung legitimiert sind. Für die hier vorgeschlagenen trifft das weitestgehend zu. Die Nationalen Eingliederungsindikatoren wurden nicht am Schreibtisch entworfen, sondern im Dialog mit staatlichen und nichtstaatlichen Stakeholdern im Rahmen der „nationalen Armutsplattform“ entwickelt und werden regelmäßig adaptiert, zuletzt im Jahr 2014.
- Gegenüber etablierten Eingliederungs- und Sozialberichten (vgl. nationale Eingliederungsindikatoren) wurde die Dimension „soziale Beziehungen“ mit drei Indikatoren aufgenommen. Damit wird der Erkenntnis gefolgt, dass soziale Inklusion und Teilhabe maßgeblich durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen verwirklicht wird.

1 Übersicht der verwendeten Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe im Bundesland Salzburg

Tabelle 1-1: Indikatoren von Teilhabe und sozialer Integration für Salzburg sowie nationale Eingliederungsindikatoren

Indikatoren für Teilhabe und soziale Eingliederung in Salzburg	
1	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (mind. 1 von 3 Bereichen)
2	Armutsgefährdung
3	Erhebliche materielle Deprivation
4	Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität
Lebensstandard	
5	Manifeste Armut
6	Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen (Euro/Steigerung z. Vorjahr)
7	Armutsgefährdungslücke
8	Dauerhaft manifeste Armut
9	Wiederholte Zahlungsprobleme
Wohnraum	
10	Überbelag
11	Wohnkostenüberbelastung
12	Sehr schlechter Wohnstandard
13	Belastung durch Wohnumgebung
Erwerbsleben	
14	Quote für 18- bis 59-Jährige mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität
15	Quote für Personen mit Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle
16	Quote für Unselbständige mit niedrigem Stundenlohn (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)
17	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten
18	Langzeitbeschäftigungslose

Bildungschancen

19	Bildungsaktivität ab 16 Jahren
20	Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen
21	Quote für 16- bis 29-Jährige ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)
22	Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität

Gesundheit

23	Quote für mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigung
----	--

Soziale Beziehungen

24	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen
25	Deprivation
26	Deprivation und Lebensqualität

Anmerkung: * 25- bis 59-Jährige mit weiterführendem Schulabschluss, deren Eltern höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten.

2 Methodik

Von den insgesamt 26 in diesem Kapitel verwendeten Indikatoren beruhen auf 18 auf EU-SILC als Quelle. EU-SILC ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den Einkommens- und Lebensbedingungen der Menschen, die jährlich in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird. Wie bei jeder Stichprobenerhebung treten statistische Fehler auf, d. h. eine andere Stichprobe kann bei sonst gleichen Bedingungen ein anderes Ergebnis liefern. Meistens wird eine Schwankungsbreite mit 95%iger Vertrauenswahrscheinlichkeit berechnet, innerhalb derer sich die Schätzungen der meisten theoretisch möglichen Stichproben befinden. Die EU-SILC-Erhebung zielt darauf ab, hinreichende Präzision für die Berechnung einer Armutsgefährdungsquote auf nationaler Ebene zu gewährleisten.

Der Stichprobenumfang für die österreichischen Bundesländer entspricht daher dem jeweiligen Bevölkerungsanteil. Demnach weisen Teilergebnisse besonders für kleinere Bundesländer wie Salzburg große Schwankungsbreiten auf, weshalb Detailgliederungen für Bundesländer von Statistik Austria nicht ausgegeben werden.

Bei den auf EU-SILC basierenden Indikatoren des hier vorliegenden Berichts kommt ein spezifisches Berechnungsverfahren zum Einsatz, bei dem der Schätzfehler durch die Verwendung von Dreijahresdurchschnitten (gleitende Mittelwerte der Hochrechnungsergebnisse von drei aufeinanderfolgenden Jahren) berechnet wird, wodurch sich die Schätzfehler für alle Indikatoren reduzieren. Die Stichprobe für Salzburg umfasst dabei etwas mehr als 800 Personen. Für die Darstellung der einzelnen Indikatorwerte bedeutet das, dass der in den jeweiligen Tabellen ausgewiesenen Wert für das Jahr 2014 den Durchschnitt aus den Jahren 2013 bis 2015 darstellt.

Im Durchschnitt betragen die Fehler der Dreijahreswerte 73 % der traditionellen direkten Schätzer für Einzeljahre. Bei einem Viertel der Dreijahresdurchschnitte beträgt der Fehler weniger als 68 % des Einjahreswertes.

Dennoch können einige Schätzwerte insbesondere der Detailauswertung auch im dreijährigen Durchschnitt nur sehr ungenau geschätzt werden. Für besonders niedrige Schätzwerte kann daher nur eine Größenordnung angegeben werden. Sind die Werte der Tabellen als „< 5“ angegeben, dann bedeutet das, dass mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit weniger als 5 % dieser Gruppe betroffen sind ((1.645 + Standardfehler) / Schätzwert < 5).

Fehlerrechnung

Für jede Punktschätzung wird durch ein Replikationsverfahren auch der durch die Stichprobengröße bestimmte Standardfehler geschätzt. Nur Punktschätzungen, die mindestens dem Sechsfachen des jeweiligen Standardfehlers entsprechen, sind als zuverlässig anzunehmen. Punktschätzungen in der Größenordnung zwischen dem Dreifachen und dem Sechsfachen des jeweiligen Standardfehlers sind in Klammern ausgewiesen, diese Werte unterliegen einer erhöhten Schwankungsbreite.

Punktschätzungen, deren Wert kleiner ist als das Dreifache des Standardfehlers oder für die im dreijährigen Durchschnitt weniger als 20 Beobachtungen verfügbar sind, werden nicht dargestellt.

Den vorliegenden Berechnungen liegt eine von Statistik Austria für den österreichischen Mikrozensus entwickelte Fehlerrechnungsmethode auf EU-SILC-Daten zugrunde. Die Fehlerrechnung wird dabei mit Hilfe von Replikationsgewichten aus einem Bootstrapverfahren durchgeführt. Für jede Person bzw. jeden Haushalt in der Stichprobe gibt es zusätzlich zu den Stichprobengewichten 1.000 Bootstrapgewichte. Der Standardfehler wird auf Basis von diesen Bootstrapreplikationsgewichten geschätzt. Die Berechnung der Bootstrapgewichte erfolgt durch die Ziehung von Bootstrapstichproben. Dabei wird eine Stichprobe der Größe m durch Ziehung mit Zurücklegen aus der ursprünglichen Haushaltsstichprobe derselben Größe ermittelt, sodass jedes Stichprobenelement 0- bis m -mal vorkommen kann. Die Häufigkeit des Vorkommens r_i^j der Beobachtung i in der j -ten Bootstrapstichprobe multipliziert mit den kalibrierten Stichprobengewichten w_i der ursprünglichen Stichprobe ergibt die unkalibrierten Bootstrapgewichte $bw_i^{0,j} = r_i^j w_i$. Als nächster Schritt in der Berechnung werden die kalibrierten Bootstrapgewichte bw_i^j berechnet, indem das Kalibrierungsverfahren mit Startwert $bw_i^{0,j}$ durchlaufen wird. Da es sich bei der Stichprobenziehung von EU-SILC um eine Ziehung ohne Zurücklegen aus einer endlichen Grundgesamtheit handelt, kann nicht einfach das oben beschriebene „naive“ Bootstrapverfahren verwendet werden. Für diese Situation eignet sich das „Rescaled Bootstrap“-Verfahren, wobei der Hauptunterschied zum klassischen Bootstrap darin besteht, dass die Häufigkeit des Vorkommens r_i^j in einer Bootstrapstichprobe nicht mehr ganzzahlig ist. Zur tatsächlichen Fehlerrechnung wird mit den 1.000 Bootstrapgewichten bw_i^j jeweils der Schätzer $\hat{\theta}^j$ der zu schätzenden Populationsgröße θ berechnet. Die Standardabweichung dieser 1.000 Schätzungen $\hat{\theta}^j$

$$SE = \sqrt{\frac{\sum_j (\hat{\theta}^j - \bar{\theta})^2}{500 - 1}}$$

mit $\bar{\theta}$, dem arithmetischen Mittel der Bootstrap Replicates $\hat{\theta}^j$, entspricht dem geschätzten Stichprobenfehler.

Clustering auf Wohnungsebene

Auch die Bootstrapstichproben sind auf Wohnungsebene geclustert, d. h. die Ziehung der Bootstrapstichproben wird auf Wohnungsebene durchgeführt. Dadurch erhalten alle Personen in einer Wohnung dasselbe Bootstrapgewicht.

Rotation

In jedem Jahr wird nur rund ein Viertel der Stichprobe durch eine neue Zufallsstichprobe ersetzt, für diesen Teil der Stichprobe werden neue Bootstrapstichproben gezogen und damit r_i^j berechnet. Bei den restlichen drei Viertel werden diese r_i^j von dem vorhergehenden Jahren beibehalten, sodass auch die Überschneidung der Stichproben bei Schätzung von mehrjährigen Durchschnitten oder Veränderungen im Bootstrapverfahren abgebildet ist.

Dreijahresdurchschnitte

Aufgrund von bis zu vier Wiederholungsbefragungen je Stichprobenperson weist die Stichprobe eine im Längsschnitt verbundene Struktur auf. Das bedeutet, dass bei einem Durchschnittswert über drei Jahre dieselben Personen mehrfach enthalten sind, wodurch sich der Stichprobenumfang nicht effektiv verdreifacht. Da jedes Jahr nur jeweils etwa ein Viertel der Stichprobe ersetzt wird, erhöht sich die Zahl der unabhängigen Beobachtungen im Laufe von drei Jahren auf etwa das 1,5-Fache. Weil die Rotation in den Replikationsgewichten bereits berücksichtigt ist, kann der Fehler für Dreijahresdurchschnitte unmittelbar berechnet werden.

3 Die Eingliederungsindikatoren im Detail

3.1 ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG

Indikatoren, die ausschließlich auf das Einkommen abzielen, lassen nur indirekte Schlüsse auf den Lebensstandard zu. Deshalb wurde die Europa-2020-Zielgruppe aus drei einander ergänzenden Kriterien definiert. Neben dem Haushaltseinkommen ist dies die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder sowie Fragen nach der Leistbarkeit ausgewählter Grundbedürfnisse („erhebliche materielle Deprivation“). Umfasst sind jene Personen in Haushalten, auf die zumindest eines der folgenden drei Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das 60 % des nationalen Medianeinkommens nicht übersteigt,
2. Personen, deren Haushalt nach EU-Definition erheblich materiell depriviert ist, sich damit mehrere, regelmäßig anfallende und einem Mindeststandard entsprechende, Ausgaben nicht leisten kann,
3. Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind und in einem (nahezu) erwerbslosen Haushalt leben.

Tabelle 3-1: Quote für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	17,3	15,9	15	14,1	15,6	16
Betroffene	93.270	84.438	78.539	74.068	81.722	84.240
Österreich in %	19,1	18,9	19,2	18,5	18,8	19,2
Betroffene	1.577.000	1.566.000	1.593.000	1.542.000	1.572.000	1.609.000

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betrifft österreichweit rund 1,61 Mio. Personen, das sind rund 19 % der Bevölkerung. Diese Größenordnung macht deutlich, dass der Europa-2020-Indikator „Ausgrenzungsgefährdung“ keineswegs auf eine kleine Minderheit abzielt und kein randständiges Phänomen darstellt, sondern breite Bevölkerungsschichten umfasst.

Im Bundesland Salzburg betrifft Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Jahr 2014 rund 84.000 Personen oder 16 % der Gesamtbevölkerung. Die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist in Salzburg damit deutlich niedriger als in Österreich.

Im Verlauf der vergangenen fünf Jahre zeigt sich weder in Österreich noch in Salzburg eine statistisch signifikante Änderung des Betroffenenkreises.

Mit rund 61.000 Menschen zählen die meisten aufgrund eines geringen Haushaltseinkommens zur Zielgruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

3.1.1 Quote für Armutsgefährdung

Auf die Frage, was Armut ist oder wer arm ist, gibt es keine wissenschaftlich beweisbare Antwort (Atkinson 1983). Die Definition von Armut ist das Ergebnis sozialer Wertsetzungen und aufgrund unterschiedlicher Definitionsmöglichkeiten ist daher eine „richtige“ und umfassende Zählung „der Armen“ nicht möglich. Auf der Grundlage klarer Definitionen, die etwa am verfügbaren Einkommen ansetzen, kann ein Indikator gebildet werden, um zu messen, wie hoch der Anteil von Personen in benachteiligten Lebenssituationen ist.

In der Europäischen Union hat sich eine Definition etabliert, die Armutsgefährdung anhand einer nach Haushaltszusammensetzung und Größe jedes Jahr neu festgelegten Einkommensschwelle berechnet. Grundlage ist der Median des (äquivalisierten) Haushaltseinkommens in einem Land. Der Schwellenwert für Armutsgefährdung wurde mit 60 % des nationalen Medians des Äquivalenzeinkommens festgelegt. Die Festlegung auf 60 % des Medians ist eine politisch-administrativ festgelegte Schwelle und es liegt ihr keine Bedarfsmessung zugrunde, daher könnten zur Beobachtung von Einkommensarmut auch andere Schwellenwerte definiert werden. Armutsgefährdung als einkommensbasierte Maßzahl berücksichtigt keine Veränderungen bei Kosten oder Bedarf wie etwa steigende Lebenshaltungskosten.

Für das Jahr 2015 liegt die Armutsgefährdungsschwelle laut EU-SILC 2015 bei rund 13.956 Euro pro Jahr für einen Einpersonenhaushalt, ein Zwölftel davon entspricht einem Monatswert von 1.163 Euro. Die Anpassung für Mehrpersonenhaushalte erfolgt nach der EU-Skala, die die erste erwachsene Person im Haushalt mit einem Konsumäquivalent von 1, jeden weiteren Erwachsenen mit 0,5 und jedes Kind (unter 14 Jahren) mit 0,3 gewichtet.¹

Tabelle 3-2: Quote für Armutsgefährdung in Salzburg/Österreich

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	12,6	11,6	11,2	10,3	11,6	11,7
Betroffene	67.836	61.692	58.566	54.301	60.834	61.244
Österreich in %	14,5	14,7	14,5	14,4	14,4	14,1

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Im Bundesland Salzburg waren gemäß dieser Definition im Jahre 2014 rd. 61.000 Personen armutsgefährdet. Das entspricht einem Anteil von 11,7 %. Damit ist der Anteil armutsgefährdeter Personen signifikant geringer als im Österreichvergleich.

Im Zeitverlauf lassen sich weder an der Zahl der Betroffenen noch am Abstand zur nationalen Vergleichsgröße signifikante Veränderungen feststellen.²

3.1.2 Quote für erhebliche materielle Deprivation

Erhebliche materielle Deprivation liegt vor, wenn Haushalte angeben, sich mindestens vier von neun der untenstehenden Ausgaben nicht leisten zu können:

- Regelmäßige Zahlungen in den letzten zwölf Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen),
- unerwartete Ausgaben bis zu 1.100 Euro zu finanzieren (z. B. für Reparaturen; der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2013),
- die Wohnung angemessen warm zu halten,
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen,
- einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren,
- einen Pkw,
- eine Waschmaschine,
- ein Fernsehgerät,
- ein Telefon oder Handy.

Tabelle 3-3: Quote für erhebliche materielle Deprivation

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	4,7	4,1	3,1	2,7	2,8	3,3
Betroffene	25.380	21.719	16.198	14.400	14.742	17.591
Österreich in %	4,6	4,3	4	4	4,2	4

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Der Anteil von Personen, die von erheblicher materieller Deprivation betroffen sind, liegt bei rd. 3,3 % (erhöhte Schwankungsbreite). Damit sind rd. 17.500 Personen nicht in der Lage, sich mindestens vier der neun angegebenen Ausgaben leisten zu können.

Auch dieser Wert dürfte unterhalb des österreichischen Vergleichswerts liegen und hat sich im Beobachtungszeitraum kaum verändert.

3.1.3 Quote der Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität

Ausgewiesen wird der Anteil von Personen in Haushalten, bei denen keine oder eine sehr niedrige Erwerbsintensität vorliegt. Niedrige Erwerbsintensität bedeutet eine maximale Erwerbsintensität von 20 % der vollen Erwerbstätigkeit. In einem Einpersonenhaushalt entspricht das einer ganzjährigen Erwerbstätigkeit von maximal sieben Wochenstunden.

Tabelle 3-4: Quote der Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	5,1	5,1	4,9	4,5	5,5	6,6
Betroffene	22.141	21.079	20.079	18.550	22.603	27.244
Österreich in %	7,1	7,8	8,6	7,7	7,8	9,1

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Im Bundesland Salzburg leben 2014 rd. 27.000 Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbstätigkeit, das entspricht einer Quote von 6,6 % (erhöhte Schwankungsbreite).

Dieser Indikator korreliert mit der Entwicklung der Arbeitslosenrate und steigt im Zeitverlauf an. Die Quote liegt deutlich unter dem nationalen Vergleichswert.

3.2 LEBENSSTANDARD

3.2.1 Manifeste Armut

Manifeste Armut bezeichnet eine Lebenssituation, in der ein Mensch von zwei oder drei der Kriterien für Ausgrenzungsgefährdung gleichzeitig betroffen ist. Neben dem Haushaltseinkommen ist dies die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder sowie Fragen nach der Leistbarkeit ausgewählter Grundbedürfnisse. Diesen Menschen fehlt die Möglichkeit, das geringe Einkommen mit Erwerbstätigkeit zu verbessern oder durch Ersparnisse bzw. eine sparsame Lebensführung (z. B. aufgrund von Wohnungseigentum oder einer sehr günstigen Miete) zu kompensieren.

Tabelle 4-5: Manifeste Armut

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	3,6	3,3	2,7	2,1	2,8	< 10
Betroffene	19.313	17.450	14.174	11.253	14.399	-
Österreich in %	4,4	4,9	4,8	4,9	4,6	4,9

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Für 2014 (Durchschnitt der Jahre 2013–2015) sind die Fallzahlen für das Bundesland Salzburg zu gering, für die Jahre zuvor sind Aussagen mit eingeschränkter Sicherheit zum Kreise der Betroffenen möglich. Demnach können rd. 14.000 Personen oder 2 % bis 3 % der Salzburger Bevölkerung als manifest arm gelten. Gegenüber der nationalen Vergleichszahl liegt auch bei diesem Indikator eine geringere Betroffenheit vor.

3.2.2 Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen (Euro/Steigerung z. Vorjahr)

Stärker noch als die individuellen Einkommen bestimmen die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung. Das

Haushaltseinkommen wird aus sämtlichen Einkünften von allen Personen im Haushalt im Laufe des vergangenen Kalenderjahres unter Abzug von Sozialbeiträgen, Steuern und allfälligen geleisteten Transferzahlungen an andere Haushalte (z. B. Alimente) berechnet. Das Haushaltseinkommen von Mehrpersonenhaushalte wird dann standardisiert auf einen Einpersonenhaushalt (sog. Äquivalenzeinkommen). Die Standardisierung erfolgt anhand der sogenannten EU-Skala, die für jede weitere erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und für jedes Kind ein Gewicht von 0,3 unterstellt. Das mittlere Einkommen (Median) wird aus der Verteilung dieser Einkommen für Personen in Privathaushalten berechnet, so dass jeweils die Hälfte der jeweiligen Bevölkerungsgruppe ein Einkommen unter dem Medianwert hat. Die nominellen Beträge lassen ohne Beachtung der Inflation keine Beurteilung der realen Kaufkraft zu. Deshalb wird der Betrag zu konstanten Preisen (Basis: 2014) ausgedrückt.

Tabelle 3-6: Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen

	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in €	23.426	23.549	23.328	23.067	23.092
Salzburg VÄ z. Vj.	2,0	0,5	-0,9	-1,1	0,1
Österreich in €	23.154	23.168	22.790	22.511	22.534
Österreich VÄ z. Vj.	2,4	0,1	-1,6	-1,2	0,1

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Das preisbereinigte standardisierte Haushaltsmedianeinkommen betrug 2014 23.092 Euro und lag damit höher als im Österreichvergleich. Im Trend zeigen sich sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich seit 2010 sinkende reale Haushaltsmedianeinkommen.

3.2.3 Armutsgefährdungslücke

Die regionale bzw. nationale Armutsgefährdungslücke basiert auf dem zusätzlichen Einkommen, das ein armutsgefährdeter Haushalt benötigen würde, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen.

Zählt man die absoluten Eurobeträge dieser Einkommenslücken aller Haushalte zusammen, dann ergibt sich ein Gesamtmaß für Intensität und Ausmaß von Armutsgefährdung. Dieser Indikator ist umso höher, je mehr Menschen betroffen sind und je größer ihr Abstand zur Gefährdungsschwelle ist. Der Wert der Armutsgefährdungslücke gibt keine Information darüber, ob der Abstand einer kleineren Gruppe hoch ist oder eine große Gruppe von Betroffenen einen kleinen Abstand zur Armutsgefährdungsschwelle aufweist.

Die Zahl wird auch als Anteil am Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttoregionalprodukt ausgewiesen. Im Bundesland Salzburg liegt die Einkommensarmutslücke 2014 bei 165 Mio. Euro, das entspricht 0,7 % des Bruttoregionalprodukts. Die Einkommensarmutslücke liegt damit unterhalb des österreichischen Vergleichswerts von 1,1 % des BIP. Für Österreich zeigt sich in den letzten Jahren ein Anstieg der Armutsgefährdungslücke (Statistik Austria 2015, 19).

Tabelle 3-7: Armutsgefährdungslücke

In % des BRP/BIP	2014
Salzburg	0,7
Österreich	1,1

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – VGR.

3.2.4 Dauerhaft manifeste Armut

Der Indikator „dauerhaft manifeste Armut“ umfasst den Anteil der Bevölkerung, der seit mindestens zwei Jahren mit zwei oder drei Kriterien der Ausgrenzungsgefährdung konfrontiert ist. Dies sind: Armutsgefährdung, geringe oder keine Erwerbsintensität im Haushalt oder erhebliche materielle Deprivation. Als Längsschnittindikator erlaubt dieser Indikator eine Unterscheidung chronischer Armuts- und Ausgrenzungsprozesse von vorübergehenden Problemlagen, wie sie etwa häufiger bei Studierenden vorkommt. Allerdings können nur jene Personen berücksichtigt werden, die in diesen zwei Jahren auch in Österreich ansässig waren. Personen, die im Zeitraum geboren wurden oder zugewandert sind, werden nicht berücksichtigt.

Tabelle 3-8: Dauerhaft manifeste Armut

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	< 5	2	< 5	< 5	< 5	< 5
Betroffene	7.776	10.527	-	-	-	-
Österreich in %	2,9	2,6	2,7	2,7	3,1	3,0

Eine seriöse Schätzung des Anteils der von dauerhafter manifester Armut im Bundesland Salzburg betroffenen Personen ist aufgrund zu weniger Beobachtungen auch im Dreijahresdurchschnitt nicht möglich. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit liegt der Anteil unter 5 %.

In Österreich waren im Jahr 2013 250.000 Menschen von dauerhaft manifester Armut betroffen. Zwischen 2009 und 2013 hat sich die Zahl jener, die in zumindest zwei aufeinanderfolgenden Jahren von Armutsgefährdung, Erwerbslosigkeit oder Einschränkungen bei Grundbedürfnissen betroffen waren, leicht erhöht. Diese besonders stark benachteiligte Gruppe hat aber innerhalb der Ausgrenzungsgefährdeten signifikant an Bedeutung gewonnen. Innerhalb der Europa-2020-Zielgruppe ist der Anteil von 15,0 auf 16,6 % angestiegen (Statistik Austria 2015, 22).

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung hat sich die Quote für dauerhaft manifeste Armut zwischen 2009 und 2013 tendenziell von 2,9 % auf 3,1 % erhöht.

3.2.5 Wiederholte Zahlungsprobleme

In diesem Indikator werden finanziell bedingte Rückstände bei regelmäßigen Zahlungen wie Haus- und Wohnungskrediten, sonstigen Krediten, Miet-, Energie- und Betriebskosten berücksichtigt. Für diesen Indikator ist maßgeblich, ob solche Rückstände in den letzten zwölf Monaten zwei Mal oder öfter aufgetreten sind.

Tabelle 3-9: Wiederholte Zahlungsprobleme

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	3,9	4,1	2,8	2,2	1,9	2
Betroffene	21.097	21.810	14.457	11.472	10.003	10.500
Österreich in %	3,9	4,7	4,7	4,6	4,5	3,5

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Die Punktschätzer der Indikatorwerte deuten im Bundesland Salzburg auf einen etwas rückläufigen Anteil Betroffener hin. So sind 2014 rd. 2 % der Personen von wiederholten Zahlungsproblemen betroffen. Aufgrund niedriger Beobachtungszahlen sind die Schwankungsbreiten des Indikators allerdings erhöht. Da sich die Konfidenzbänder der Schätzungen im Beobachtungszeitraum überlapen, kann von einem Rückgang der Betroffenheit nicht mit Sicherheit gesprochen werden.

Ein statistisch signifikanter Trend zeigt sich trotzdem bei einer Bevölkerungsgruppe: Die Quote der Frauen unter 40 Jahren hat sich im Beobachtungszeitraum um vier Prozentpunkte verringert.

Insgesamt waren im Jahr 2013 373.000 Personen betroffen, davon zählten 247.000 (66 %) zur Europa-2020-Zielgruppe. Diese Zahl hat sich im Berichtszeitraum nicht signifikant verändert (siehe nationale Indikatoren).

3.3 BELASTUNGEN DURCH DAS WOHNEN

Indikatoren zur Wohnraumversorgung zeigen vor allem eine starke Zunahme der Kostenbelastung der privaten Haushalte. Diese sind insbesondere im Bundesland Salzburg Ausdruck einer problematischen Relation zwischen Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage in den Regionen mit starkem Bevölkerungswachstum sowie steigender Belastungen durch Wohnebenkosten. Die Qualität der Wohnungen hat sich dagegen sukzessive verbessert.

Bei den Indikatoren für Überbelag, Wohnkostenanteil und Qualität hatten Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete einen zwei bis drei Mal über dem Durchschnitt liegenden Anteil an Betroffenen.

3.3.1 Überbelag

Für die Definition von Überbelag gilt nach EU-Definition folgender Mindestbedarf an Wohnräumen (Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt):

- ein Zimmer je Haushalt;
- ein Zimmer je Paar;
- ein Zimmer je erwachsener Einzelperson;
- ein Zimmer je einem bis zwei 12- bis 17-jährigen Kindern/Jugendlichen;
- ein Zimmer je einem bis zwei unter 12-Jährigen.

Tabelle 3-10: Überbelag

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	15,2	13	11,1	12,4	14,9	15,7
Betroffene	82.016	68.766	58.498	65.730	77.988	82.345
Österreich in %	13,0	12,0	12,2	13,9	14,7	15,3

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Im Bundesland Salzburg waren 2014 rd. 16 % der Bevölkerung von Überbelag gemäß EU-Definition betroffen, damit liegt der Wert ähnlich hoch wie in Österreich.

Für Salzburg zeigt sich seit 2011 eine Vergrößerung des Betroffenenkreises, in Österreich ist der Wert, ausgehend von einem etwas höheren Niveau, ebenfalls steigend.

In der Gruppe der von Armut- und Ausgrenzung Betroffenen ist der Anteil mit 29,4 % genau doppelt so hoch (Statistik Austria 2015, 28).

3.3.2 Wohnkostenüberbelastung

Nach EU-Definition ist die Wohnkostenbelastung spätestens dann kritisch, wenn der gesamte Wohnungsaufwand 40 % des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden in dieser Berechnung vom Wohnungsaufwand abgezogen und auch beim Haushaltseinkommen nicht berücksichtigt. Damit wird sichergestellt, dass Wohnbeihilfen ebenso behandelt werden wie eine objektbezogene Wohnbauförderung. Berücksichtigt werden alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen) sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum. Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung eines wichtigen Teils der Lebenskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung sonst keine Rolle spielen.

Tabelle 4-11: Wohnkostenüberbelastung

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	7	6,1	6,1	5,6	5,8	6,7
Betroffene	37.896	32.342	31.963	29.707	30.166	35.096
Österreich in %	5,4	6,4	5,4	6,9	7,1	6,6

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Der Indikatorwert zeigt für 2014 eine weitere Steigerung auf 6,7 %. Damit waren rd. 35.000 Personen von zu hohen Wohnkosten gemäß EU-Definition betroffen. Der weitaus größte Teil dieser Personen zählte zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

In Österreich liegt der Anteil der Betroffenen ähnlich hoch wie in Salzburg. Die durchschnittlichen Wohnkosten im Jahr 2013 lagen bei den ausgrenzungsgefährdeten Personen bei 37,3 % des Haushaltseinkommens, verglichen mit 19,0 % für die Gesamtbevölkerung. (Statistik Austria 2015, 26).

3.3.3 Sehr schlechter Wohnstandard

Nach EU-Definition wird von sehr schlechtem Wohnstandard gesprochen, wenn zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme vorliegen:

- kein WC in der Wohnung (bzw. zum alleinigen Gebrauch),
- kein Badezimmer in der Wohnung,
- Feuchtigkeit, Schimmelbildung,
- dunkle Wohnräume.

Tabelle 3-12: Sehr schlechter Wohnstandard

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	3,5	2,2	1,4	1,5	1,4	1,4
Betroffene	18.945	11.814	7.454	-	-	-
Österreich in %	3,6	3,5	3,0	2,6	2,4	2,0

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Im Beobachtungszeitraum hat sich die Zahl der Betroffenen mehr als halbiert. Der Anteil der Betroffenen an der Gesamtbevölkerung ist von 3,5 % auf 1,4 % zurückgegangen.

Der Trend ist auch für Österreich festzustellen, wenn auch auf etwas höherem Niveau. Die Betroffenheit in der Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten war österreichweit im Jahr fast viermal so hoch wie bei den nicht Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten, wobei sich die Wohnsituation in der Europa-2020-Zielgruppe sogar tendenziell verschlechtert hat (Statistik Austria 2015, 29).

3.3.4 Belastung durch Wohnumgebung

Die dargestellten Wohnumgebungsbelastungen beziehen sich auf den Anteil der Personen, die mindestens zwei der drei folgenden Probleme genannt haben:

- Kriminalität,
- Lärm,
- Umweltverschmutzung.

Tabelle 3-13: Belastung durch die Wohnumgebung

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	7,7	7,6	7,5	8,4	10	8,4
Betroffene	41.556	40.156	39.180	44.259	52.301	44.089
Österreich in %	10,4	10,2	9,6	10,0	9,4	9,5

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Im Jahr 2014 waren im Bundesland Salzburg 8,4 % oder rd. 44.000 Menschen von Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung betroffen. Die Quote war auch hier etwas niedriger als in Österreich mit 9,5 %. Im Beobachtungszeitraum zeigen sich keine statistisch signifikanten Veränderungen.

3.4 PROBLEME IM ERWERBSLEBEN

Historisch sicherte die Integration in das Erwerbsleben nicht nur über Erwerbseinkommen die Teilhabe an einer angemessenen Wohlfahrt, sondern in einem erwerbszentrierten System der sozialen Sicherung auch Zugang zu sozialen Teilhabestandards.

Das im Gefolge der Wirtschaftskrise 2008/9 anhaltend schwache Wirtschaftswachstum sowie die vielfältigen strukturellen Veränderungen haben die Zahl der Personen mit Problemen im Erwerbsleben vergrößert. Das betrifft nicht nur die steigende Arbeitslosigkeit, sondern diskontinuierliche Erwerbsbiografien sowie den Umstand, dass die von ausgrenzungsgefährdeten Personen erzielten Erwerbseinkommen nur selten über die Armutsgefährdungsschwelle reichen.

3.4.1 Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit

Dieser Indikator bezeichnet jenen Anteil von Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren, die maximal 20 % des Jahres Vollzeit erwerbstätig sind. Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz, Studierende und PensionistInnen werden bei der Berechnung nicht einbezogen. Die Definition folgt weitgehend jener für die entsprechende Europa-2020-Zielgruppe, wobei sich der EU-Indikator auf die gesamten Haushalte bezieht. Der österreichische Indikator erfasst hingegen die Einzelpersonen. So werden beispielsweise auch Frauen in die Berechnung einbezogen, die mit einer alleinverdienenden Person zusammenleben und selbst (fast) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, was bei den EU-Indikatoren nicht der Fall ist. Der Indikator ergänzt damit den EU-Indikator zu Haushalten ohne oder mit sehr geringer Erwerbsintensität sowie die Erwerbs- und Erwerbstätigenquote. (Statistik Austria 2015, 33). Quelle für die Berechnung der Quote ist EU-SILC.

Tabelle 3-14: Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	12,4	12,3	12,1	13,7	14,4	15,1
Betroffene	36.642	35.215	34.106	39.247	41.891	44.324
Österreich in %	15,0	16,8	17,3	15,6	15,6	16,2

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Der Anteil der Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit liegt 2014 bei rd. 15 %. Seit dem Jahre 2009 ist ein kontinuierliches Anwachsen der Quote zu beobachten und der Salzburger Wert liegt nur mehr um rd. einen Prozentpunkt unterhalb des entsprechenden Vergleichswerts für Österreich.

3.4.2 Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle

Die konventionelle Definition von Armutsgefährdung betrachtet das Gesamteinkommen eines Haushaltes, einschließlich sämtlicher Transferleistungen (z. B. Pensionen und Arbeitslosenleistungen). Ergänzend dazu gibt der Indikator zu armutsgefährdendem Erwerbseinkommen Aufschluss darüber, ob Haushalte ohne zusätzliche Transferzahlungen ein Einkommen über der Gefährdungsschwelle erreichen würden. Dabei handelt es sich nicht um die individuellen Erwerbseinkommen, sondern nur das im Haushalt insgesamt verfügbare Erwerbseinkommen. Familienleistungen, wie Kinderbetreuungsgeld oder Familienbeihilfe, werden hierbei zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Von einem armutsgefährdenden Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit sind mehr Personen als bei den sogenannten „working poor“ betroffen, weil vielfach das Gesamteinkommen dieser Haushalte aufgrund anderer Transferleistungen die Armutsgefährdungsschwelle überschreitet.

Der Indikator „Armutsgefährdendes Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit“ bezieht sich somit auf den Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, in denen die Summe der Nettoerwerbseinkommen plus Familienleistungen im Haushalt geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind jene Haushalte, die mehr als 50 % des Einkommens aus Pensionen beziehen, sowie alle 18- bis 64-Jährigen in Ausbildung.

Tabelle 3-15: Haushaltserwerbseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	16,3	17,3	17,2	18,5	19,7	20,4
Betroffene	69.230	72.115	69.873	75.517	78.913	81.709
Österreich in %	20,4	21,8	23,1	22,9	21,9	21,5

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Der Salzburger Indikatorwert zeigt im Beobachtungszeitraum eine deutliche Zunahme der Personen in erwerbstätigen Haushalten mit Erwerbseinkommen plus Familienleistungen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Waren 2009 noch rd. 16 % der in Salzburg Erwerbstätigen betroffen, liegt die Quote 2014 bei rd. 20 %. Auch bei diesem Indikator liegt der österreichische Vergleichswert oberhalb des Salzburger Werts, die Differenz ist allerdings deutlich geringer geworden.

3.4.3 Niedrige Stundenlöhne (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)

Die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) misst und beurteilt „decent work“ (anständige Arbeit) unter anderem daran, ob das Erwerbseinkommen pro Stunde zumindest den Schwellenwert von zwei Drittel des Bruttomedianlohns des jeweiligen Landes übersteigt. Die Berechnung erfolgt auf Vollzeitbasis einschließlich Sonderzahlungen und bezahlten Urlaubszeiten. In die Berechnung gehen nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens zwölf Wochenstunden ein.

Tabelle 3-16: Niedrige Stundenlöhne

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	14,9	14,5	13,3	13	12,6	13
Betroffene	32.315	29.560	26.418	25.865	25.465	26.812
Österreich in %	14,9	13,8	13,9	13,9	13,8	12,7

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

Im Jahr 2014 zeigen die Werte des Indikators gegenüber den Werten für 2009 und 2010 etwas geringere Betroffenzahlen. Für 2014 ist von rd. 27.000 Personen auszugehen, deren Stundenlöhne zwei Drittel des Bruttomedians nicht erreichen. Die Quote liegt im Bereich des österreichischen Vergleichswerts. Bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist dieser Anteil mit 32,8 % mehr als doppelt so hoch.

3.4.4 Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten

Der Indikator gibt die Zahl jener Frauen und Männer von 18 bis 59 Jahren an, die nur teilzeitbeschäftigt oder nicht erwerbstätig sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht. Studierende und Personen in Pension werden – wie in der Definition für Arbeitsmarktferne – nicht berücksichtigt.

Österreichweit gaben 2013 rd. 81.000 Frauen und 3.000 Männer an, durch Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen nicht oder nur in reduziertem Ausmaß erwerbstätig sein zu können. Diese Zahl liegt etwa auf demselben Niveau wie im Jahr 2008 (Statistik Austria, 2015). Das entspricht einem Anteil von 1,9 %. Im Bundesland Salzburg umfasst die Zahl im Jahr 2014 rd. 5.000 Personen, das entspricht ebenfalls einem Anteil von rd. 1,9 %.

Tabelle 3-17: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten

	2014
Salzburg in %	1,9
Betroffene	5.000
Österreich in %	1,9

Quelle: Statistik Austria, Arbeitsmarktservice – AMS.

3.4.5 Langzeitbeschäftigungslosigkeit

An der Langzeitarbeitslosigkeit auf Basis von Registerdaten wird sichtbar, wie lange eine Person ohne Berücksichtigung kürzerer Unterbrechungen bereits arbeitslos vorgemerkt ist. Da sich auch bei längeren Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit an der Beschäftigungssituation der betroffenen Person zunächst nichts ändert, wird mit der Langzeitbeschäftigungslosigkeit eine weiter gefasste Kennzahl ermittelt, um langanhaltende Arbeitslosigkeit zu messen. Die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen wird hier als Anteil an den Erwerbspersonen ausgewiesen (unselbständig Beschäftigte plus Arbeitslose inkl. SchulungsteilnehmerInnen).

Tabelle 3-18: Langzeitbeschäftigungslosigkeit

	2015
Salzburg in %	1,1
Betroffene	Rd. 3.000
Österreich in %	2,7

Quelle: Arbeitsmarktservice – AMS.

In Österreich waren 109.943 Personen im Jahr 2015 langzeitbeschäftigungslos. Das entspricht 31 % aller arbeitslos gemeldeten Personen im Jahr 2015. Damit sind 2,7 % der Erwerbspersonen langzeitbeschäftigungslos. Dieser Wert ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

In Salzburg beträgt der Anteil langzeitbeschäftigungsloser Personen an der Gesamtarbeitslosigkeit 16,2 %, das entspricht rd. 3000 Personen. Da auch die Arbeitslosenquote in Salzburg geringer ist, beträgt der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosigkeit an allen Erwerbspersonen 1,1 %.

3.5 BILDUNGSSCHANCEN

Der Dimension Bildungschancen kommt im Teilhabekonzept eine vorrangige Bedeutung zu.

3.5.1 Bildungsaktivität ab 16 Jahren

Der Indikator „Bildungsaktivität ab 16 Jahren“ umfasst schulische oder berufliche Aus- oder Weiterbildung bzw. freizeitbezogene Kurse, die im Vorjahr besucht wurden. Darunter fallen

- formale Bildungsaktivitäten in Schulen, Berufsschulen, Universitäten oder Fachhochschulen;
- berufsbezogene Aus- oder Weiterbildungen wie Teilzeitkurse, Kurzseminare und Praktika;
- Kurse, Lehrgänge oder Workshops, deren Inhalte sich auf Freizeitaktivitäten oder Hobbys bezogen haben. Darunter fallen zum Beispiel Sprachkurse, Musikunterricht, Tenniskurse, Fahrschule usw.

Im Jahr 2014 gab es im Bundesland rd. 106.000 Personen ab 16 Jahren, die in den letzten zwölf Monaten einen Kurs oder eine Ausbildung besucht haben. Gegenüber dem Jahr 2009 ist die Zahl der Bildungsaktivitäten konstant. Rd. 28 % der Bevölkerung ab 16 Jahren besuchten jährlich eine der angeführten Bildungsaktivitäten. Dieser Wert liegt etwas unterhalb des österreichischen Vergleichswerts mit 32,5 % im Jahr 2014. In Österreich ist die Zahl der Bildungsaktivitäten in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen.

Tabelle 3-19: Bildungsaktivität ab 16 Jahren

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	28,1	28,9	28,7	29,6	30,3	28,5
Betroffene	105.239	107.169	106.335	110.076	112.041	105.948
Österreich in %	28,6	29,9	30,4	32,3	32,5	32,5

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

3.5.2 Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen

Institutionelle Vorschulbildungschancen beziehen sich auf Kinder, die bereits vor Beginn der Schulpflicht bzw. dem verpflichtenden Kindergartenjahr einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen. Die ausgewiesenen Prozentwerte beziehen sich auf den Anteil der Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Im Betrachtungszeitraum haben sich die Besuchsquoten in vorschulischen Bildungseinrichtungen deutlich erhöht. Bei den 0- bis 2-Jährigen besuchen rd. 19 % eine vorschulische Bildungseinrichtung, damit liegt der Wert für Salzburg um rd. sieben Prozentpunkte hinter dem gesamtösterreichischen Wert. Bei den 3- bis 5-Jährigen besuchen 92 % eine vorschulische Bildungseinrichtung, dieser Wert entspricht dem österreichischen Wert.

Tabelle 3-20: Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen/Betreuungsquote

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg 0–2 Jahre	13,7	14,1	16,2	17,6	18,7	18,6
Salzburg 3–5 Jahre	89,0	89,3	90,7	90,3	91,2	92,2
Österreich 0–2 Jahre	17,1	19,7	20,8	23,0	23,8	25,5
Österreich 3–5 Jahre	90,7	90,3	90,6	90,8	92	93

Quelle: Statistik Austria – Kindertagesheimstatistik.

3.5.3 Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit

Der Indikator orientiert sich an einer Studie von Eurofound (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen): NEETs sind Personen zwischen 16 und 29 Jahren, die über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten im letzten Kalenderjahr weder in Ausbildung noch in Erwerbstätigkeit waren (Selbstdefinition der Hauptaktivität). Als Datengrundlage dient hier EU-SILC, wodurch die Möglichkeit einer gezielten Darstellung für die Europa-2020-Zielgruppe besteht. Diese Definition unterscheidet sich von einer gängigen Eurostat-Definition (LFS), die sich auf die Referenzwoche und die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen bezieht. Studien zeigten, dass die Lebenssituation dieser in Österreich knapp 70.000 Jugendliche (7 %) umfassenden Gruppe sehr heterogen ist (vgl. Eurofound 2012; Bacher et al. 2014). Als problematisch haben sich vor allem lange andauernde Perioden der Beschäftigungslosigkeit erwiesen, weshalb für die nationalen Indikatoren ein Zugang verfolgt wird, der die Dauer dieses Zustandes explizit berücksichtigt.

Tabelle 3-21: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	14,8	17,1	14,5	12,4	9,4	9,2
Betroffene	14971	16.891	13.701	12.199	9.762	9.729
Österreich in %	17,9	18,0	16,0	13,2	13,7	12,9

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC.

Im Jahr 2014 lag die Zahl der 16- bis 29-jährigen Jugendlichen, die in den letzten sechs Monaten weder in Ausbildung standen noch Arbeit hatten bei rd. 9.800. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der betroffenen Jugendlichen signifikant gesunken und liegt unterhalb des österreichischen Vergleichswerts von rd. 13 %.

3.5.4 Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität

Trotz der seit Jahrzehnten zunehmenden Bildungsmobilität ist die Wahrscheinlichkeit, einen weiterführenden Bildungsabstand zu erreichen, nach wie vor stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig. Um Bildungsmobilität zu messen, wird der erreichte Bildungsstand mit jenem der Eltern verglichen. Bildungsmobilität besteht darin, wenn Personen, deren Eltern keinen Pflichtschulabschluss erreicht haben, selbst an weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten partizipieren können.

Tabelle 3-22: Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität

	2015
Salzburg in %	28
Österreich in %	23

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC.

Laut EU-SILC beträgt der Abstand zwischen 25- bis 59-Jährigen aus bildungsfernen Familien und Personen, deren Eltern eine weiterführende Ausbildung absolviert haben, 28,0 Prozentpunkte. Soziale Bildungsmobilitätshemmnisse sind im Bundesland Salzburg damit höher als in Gesamtösterreich, wo der entsprechende Wert 23 Prozentpunkte beträgt.

Die Differenz der Bildungsbeteiligung in Salzburg betrug im Jahr 2015 28 Prozentpunkte, liegt also deutlich höher.

3.6 GESUNDHEITSPROBLEME

Gesundheit steht in engem Zusammenhang mit der empfundenen Lebensqualität. Gesundheit und Lebensdauer sind in Österreich nach wie vor in deutlich messbarem Ausmaß von der sozialen Lage abhängig. Die sozialen Unterschiede haben sich jedoch reduziert. Auch für Ausgrenzungsgefährdete war in den letzten Jahren eine deutliche Besserung der Gesundheitssituation feststellbar.

3.6.1 Mehrfache Gesundheitseinschränkungen

Dem Indikator „Mehrfache Gesundheitseinschränkungen“ liegen Selbstangaben durch die Betroffenen zugrunde. Personen gelten demnach als gesundheitlich beeinträchtigt, wenn auf sie mindestens zwei der drei Merkmale „sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung“, „chronische Krankheit“ oder „starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr“ zutreffen.

Im Bundesland Salzburg sind rd. 40.000 Personen von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen betroffen. Obwohl die Bevölkerung im Durchschnitt älter und damit anfälliger für Erkrankungen wird, hat sich diese Zahl in den vergangenen Jahren kaum verändert und ist ähnlich hoch wie in Gesamtös-

terreich. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete waren im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen (2014: 14,6 %), allerdings hat sich der Abstand in den letzten Jahren deutlich verringert.

Tabelle 3-23: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg in %	9	9,1	9	8,9	9	9
Betroffene	39.492	39.471	38.646	38.712	39.542	40.221
Österreich in %	9	9,1	9,1	8,9	9	9,3

Quelle: Berechnungen auf Basis EU-SILC.

3.7 SOZIALE BEZIEHUNGEN

Teilhabe wird durch handelnde Subjekte, durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen angestrebt und verwirklicht.

Soziale Beziehungen sind nicht nur ein Grundpfeiler sozialen Zusammenhalts, als sich in ihnen gesellschaftliche Zugehörigkeit und soziale Teilhabe verwirklichen, sie zählen empirisch zu den wichtigsten Determinanten individueller Lebensqualität.

Die Dimension der sozialen Beziehungen wird durch die Indikatoren „Tragfähigkeit sozialer Beziehungen“ und subjektiver Ausgrenzung gemessen.

3.7.1 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Intakte soziale Beziehungen (Familie, Freunde) zählen in Österreich zu den wichtigsten Determinanten der Lebensqualität. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zum Ausschluss an Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft und kann insbesondere im Alter auch zu Versorgungsproblemen führen.

Operationalisiert wird der Indikator durch die Frage „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?“ auf Basis einer repräsentativen Befragung.

Tabelle 3-24: Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?

	ja	nein	weiß nicht/ k. A.
Salzburg in %	95,1	3,1	1,8
Österreich in %	93,6	4,8	1,6

Quelle: FHS/IFES 2016.

Die Bevölkerung Salzburgs bekundet mit überwiegender Mehrheit tragfähige soziale Beziehungen. Auf die Frage, ob es im sozialen Nahkreis jemanden gibt, den man um Hilfe bitten kann, antworten rd. 95 % der Befragten mit ja. Hinsichtlich des Alters und des Geschlechts zeigen sich keine signifi-

kanten Unterschiede. Unterschiede zur österreichischen Vergleichsgruppe liegen im Bereich statistischer Schwankungsbreiten.

Ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Hilfpotentialen im sozialen Nahkreis lässt sich nicht nachweisen. Offensichtlich sind integrationsfördernde tragfähige soziale Beziehungen in allen sozialen Schichten vorhanden und hängen nicht vom Sozialstatus ab. Fehlende Unterstützung zeigt sich in sozial schwächeren Gruppen aber etwas häufiger. Ungelernte ArbeiterInnen und ArbeiterInnen mit Lehrausbildung beantworten die Frage zu 85 % mit ja, zu 10 % mit nein. Das deutet darauf hin, dass sich geringerer sozialer Status, Einkommensschwäche und Tragfähigkeit sozialer Beziehungen leichter paaren.

Deutlicher als soziale Unterschiede zeigt sich der signifikante Einfluss mangelnder sozialer Beziehungen auf die Lebensqualität: Personen, die über mangelnde Sozialbeziehungen berichten, bekunden auch eine geringere Lebensqualität (MW: 6,2) gegenüber Personen, die über funktionierende Sozialbeziehungen berichten (MW: 8,2).

3.7.2 Ausgrenzung

Das Vorhandensein von Bezugspersonen im sozialen Nahfeld, die man um Hilfe bitten kann ist ein Indikator für mangelnde soziale Teilhabemöglichkeiten. Eine negative Antwort bedeutet aber nicht zwangsläufig subjektiv erlebte Ausgrenzung. Der Indikator „subjektive Ausgrenzung“ wird durch die Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage „Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgeschlossen“ gemessen.

Tabelle 3-25: Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgeschlossen

In %	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.abweichung
Salzburg in %	68,5	13,3	10,0	5,6	2,5	2,0	2,7
Österreich in %	74,3	9,6	8,6	4,6	2,9	1,8	2,7

Quelle: FHS/IFES 2016.

Mehr als zwei Drittel der SalzburgerInnen fühlen sich überhaupt nicht von der Gesellschaft ausgeschlossen. Für 13,3 % trifft die Aussage eher nicht zu, 10 % antworten mit teils/teils und knapp 6 % antworten, dass das eher zutrifft. Der Anteil der Salzburger Bevölkerung, der sich von der Gesellschaft voll und ganz ausgeschlossen fühlt, ist mit 2,5 % so hoch wie der Anteil von Personen mit wenig tragfähigen Sozialbeziehungen.

Nach dem Geschlecht fühlen sich Männer (MW: 2,1) auf der zehnteiligen Antwortskala etwas stärker ausgeschlossen als Frauen (MW: 1,9).

Auch beim Indikator subjektive Ausgrenzung zeigen sich soziale Unterschiede. Bei Personen mit Pflichtschule als höchstem Schulabschluss liegt der Mittelwert auf der zehnteiligen Antwortskala mit 2,5 höher als bei allen Befragten, liegt aber unterhalb des Werts der österreichischen Bezugsgruppe in Österreich mit 3,0.

ArbeiterInnen fühlen sich mit einem Mittelwert von 3,8 in weitaus höherem Ausmaß ausgeschlossen als die Gesamtgruppe, aufgrund niedriger Besetzungszahlen sind Schlüsse hinsichtlich eines Zusammenhangs zwischen niedriger sozialer Schicht und Deprivation jedoch zurückhaltend zu

interpretieren. Ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und subjektiver Ausgrenzung lässt sich nicht feststellen. Korreliert das Gefühl, ausgeschlossen zu sein, mit der bekundeten Lebensqualität? Das ist der Fall: Personen, die sich ganz oder eher ausgeschlossen fühlen, bekunden auch eine niedrigere Lebensqualität (MW: 6). Personen, die sich nicht ausgeschlossen fühlen, bekunden eine höhere Lebensqualität.

Tabelle 3-26: Ausgrenzung und Lebensqualität

	Lebensqualität MW (0-10)
Fühle mich ausgeschlossen*	6
Fühle mich nicht ausgeschlossen**	7,3

Anmerkungen:

* Werte 0-5

** Werte 6-10

Quelle: FHS/IFES 2016.

4 Salzburger Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe nach soziodemografischen Variablen

Die folgenden Übersichten zeigen einzelne Teilhabeindikatoren auf Basis von EU-SILC, gegliedert nach Alter, Geschlecht, Bildung, Erwerbsstatus und Staatsbürgerschaft.

Wiedergegeben werden dabei Differenzen zwischen der Ausgangsperiode der Jahre 2009 (Dreijahresdurchschnitte 2008–2010) und der Endperiode 2014 (Dreijahresdurchschnitte 2013–2015).

Dargestellt werden sämtliche Schätzwerte. Es wird im Folgenden aber nur auf jene Entwicklungen eingegangen, die für einzelne Bevölkerungsgruppen statistisch nachweisbar sind. Sie sind in den Tabellen fett gedruckt. Als Grenze der Nachweisbarkeit wird hier von einer Differenz zwischen der End- und Ausgangsperiode ausgegangen, die mindestens zwei Standardabweichungen entspricht. Bei allen anderen Werten ist die Stichprobe nicht ausreichend groß, um die beobachteten Tendenzen als signifikant beurteilen zu können. Sie können aber als statistisch nicht signifikante Hinweise auf geänderte Problemlagen und Betroffenengruppen interpretiert werden, die einer regelmäßigen Beobachtung und Analyse unterzogen werden sollten.

4.1 SALZBURGER INDIKATOREN NACH ALTERSGRUPPEN UND GESCHLECHT

Bei Männern unter 40 Jahren und Frauen über 65 Jahren war im Zeitraum zwischen 2008 und 2015 eine signifikante Verbesserung erheblicher materieller Deprivation festzustellen. Die Quoten verringerten sich um 3,6 bzw. 4,6 Prozentpunkte. Bei allen anderen Indikatoren ist die Stichprobe nicht ausreichend groß, um die beobachteten Tendenzen als signifikant beurteilen zu können.

Die Indikatoren zum Lebensstandard zeigen nur bei einer Bevölkerungsgruppe einen signifikanten Trend: Die Quote für wiederholte Zahlungsproblemen hat sich bei Frauen unter 40 Jahren um vier Prozentpunkte (Standardfehler: 1,7 Prozentpunkte) deutlich verringert.

Eine Verbesserung der Wohnsituation zeigt sich beim Rückgang der Quote für Wohnkostenüberbelastung um 5,4 Prozentpunkte bei Frauen unter 40 Jahren (Standardfehler 2,5 Prozentpunkte). Die Verbesserung des Wohnstandards ist in allen Altersgruppen zu beobachten, allerdings lässt sich die statistische Signifikanz dieser Entwicklung nur bei Männern über 65 Jahren feststellen. Im Bereich Erwerbsleben ist die einzige statistisch signifikante Verschlechterung für Salzburg feststellbar. Die

Tabelle 4-1: Trends der Teilhabeindikatoren nach Altersgruppen und Geschlecht

	Männer			Frauen			Kinder
	18–39 Jahre	40–64 Jahre	65+ Jahre	18–39 Jahre	40–64 Jahre	65+ Jahre	< 18 Jahre
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (mind. 1 von 3 Bereichen)	-4,9	2,9	2,2	-4,9	3,6	-6,1	-2,6
Armutsgefährdung	-3,0	3,8	3,9	-4,1	3,1	-5,6	-4,2
Erhebliche materielle Deprivation	-3,6	1,8	0,3	-1,1	-0,2	-4,3	-2,8
Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität	-1,6	3,3	0,0	-2,1	3,4	0,0	3,4
Lebensstandard							
Manifeste Armut	-2,9	2,7	2,0	-3,0	1,8	-3,8	-0,9
Preisbereinigtes Haushaltsmedian-einkommen	-386	-36	-740	1.832	-502	1.104	267
Dauerhaft manifeste Armut	-1,5	3,0	1,4	-2,3	2,9	-3,1	-1,3
Wiederholte Zahlungsprobleme	-2,1	0,1	-1,2	-4,0	-1,2	-0,8	-3,5
Wohnraum							
Überbelag	0,0	4,9	1,6	-2,2	4,9	-5,6	-1,0
Wohnkostenüberbelastung	-2,1	5,0	3,4	-5,4	1,2	-3,9	-2,0
Sehr schlechter Wohnstandard	-1,8	-2,5	-3,0	-1,3	-1,8	-1,6	-2,3
Belastung durch Wohnumgebung	4,1	1,0	-2,7	-0,7	0,7	-1,8	0,9
Erwerbsleben							
Quote für 18- bis 59-Jährige mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	-0,2	7,4	0,0	-3,3	6,7	0,0	0,0
Quote für Personen mit Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	7,2	4,3	29,3	-0,9	7,7	-8,6	3,6
Quote für Unselbständige mit niedrigem Stundenlohn (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)	-3,4	2,6	0,0	-0,6	-7,3	0,0	33,3
Bildungschancen							
Bildungsaktivität ab 16 Jahren	0,4	-2,0	-0,8	1,1	2,3	3,1	0,0
Quote für 16- bis 29-Jährige ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	-3,7	0,0	0,0	-8,3	0,0	0,0	-2,1
Gesundheit							
Quote für mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigung	-2,4	4,6	-5,1	-2,0	3,8	-5,5	-1,3

Quote von Frauen zwischen 40 und 64 Jahren, deren Haushaltseinkommen aus Erwerbstätigkeit unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, ist um 7,7 Prozentpunkte markant angestiegen (Standardfehler: 3,8 Prozentpunkte).

4.2 SALZBURGER INDIKATOREN NACH BILDUNGSSTAND

Bei den in der Darstellung grob unterschiedenen Bildungsgruppen sind insgesamt nur wenig statistisch signifikante Trends zu beobachten. In der Personengruppe mit Lehrabschluss oder einem Zertifikat einer mittleren Schule hat sich die Quote mit wiederholten Zahlungsproblemen um zwei Prozentpunkte verringert (Standardabweichung: 1,0 Prozentpunkt).

Um 9,8 Prozentpunkte sehr deutlich verringert hat sich auch die Quote der Jugendlichen ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) (Standardabweichung: 4,6 Prozentpunkte). Diese Gruppe hat häufig (noch) keinen weiterführenden Schulabschluss erreicht, weshalb sich dieser Rückgang gerade in der Personengruppe mit maximal Pflichtschulabschluss bemerkbar macht.

Gleichzeitig hat sich allerdings die Quote jener, die maximal einen Pflichtschulabschluss erreicht haben und deren Haushaltserwerbseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, besonders deutlich erhöht. Der Anstieg beträgt hier 14,4 Prozentpunkte (Standardabweichung: 6,4 Prozentpunkte).

4.3 SALZBURGER INDIKATOREN NACH ERWERBSSTATUS

In Salzburg sind vor allem bei in Ausbildung befindlichen Personen gewisse Verbesserungen feststellbar. Die Quote der Personen mit wiederholten Zahlungsproblemen hat sich in dieser Gruppe um 4,4 Prozentpunkte verringert (Standardabweichung: 2,1 Prozentpunkte).

Die Quote der Jugendlichen ohne Ausbildung oder Arbeit hat sich hier um 15,4 Prozentpunkte verringert (Standardabweichung: 7,4 Prozentpunkte).

4.4 SALZBURGER INDIKATOREN NACH STAATSBÜRGERSCHAFT

Generell haben sich Indikatoren für soziale Eingliederung vorwiegend bei den in Österreich geborenen österreichischen StaatsbürgerInnen verbessert. Das gilt für die Indikatoren materielle Deprivation (minus 2,5 Prozentpunkte/Standardfehler: 0,9 Prozentpunkte), manifeste Armut (minus 1,7 Prozentpunkte/Standardfehler: 0,8 Prozentpunkte), wiederholte Zahlungsprobleme (minus 1,7 Prozentpunkte/Standardfehler: 0,8 Prozentpunkte) und sehr schlechter Wohnstandard (minus 2,1 Prozentpunkte/Standardfehler: 0,7 Prozentpunkte).

Bei EU-AusländerInnen ist insbesondere das preisbereinigte Haushaltsmedianeinkommen um 8.885 Euro pro Jahr (bzw. 742 Euro pro Monat) zurückgegangen (Standardfehler: 3.889 Euro pro Jahr). AusländerInnen aus Drittstaaten waren schließlich von einer deutlich steigenden Quote der Personen mit einem Haushaltserwerbseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle betroffen (plus 23,0/Standardfehler: 10,3 Prozentpunkte).

Tabelle 4-2: Trends der Teilhabeindikatoren nach dem Bildungsstand

	Maximal Pflicht- schule	Lehre, mittlere Schule	Matura	Hoch- schule
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (mind. 1 von 3 Bereichen)				
Armutsgefährdung	3,6	-0,8	-3,6	-3,1
Erhebliche materielle Deprivation	3,8	0,1	-2,1	-4,8
Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität	-0,4	-1,6	-0,1	0,0
Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität	4,9	1,1	-1,6	-4,4
Lebensstandard				
Manifeste Armut	1,6	-0,5	-0,4	-4,4
Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen	-604	-301	1.144	-1.788
Dauerhaft manifeste Armut	2,4	0,3	-1,0	-1,3
Wiederholte Zahlungsprobleme	-1,2	-2,0	-1,1	-0,8
Wohnraum				
Überbelag	-3,6	2,3	6,2	3,0
Wohnkostenüberbelastung	1,0	0,1	-0,2	-2,8
Sehr schlechter Wohnstandard	-1,8	-1,2	-3,0	-2,6
Belastung durch Wohnumgebung	-1,3	3,2	2,2	-4,1
Erwerbsleben				
Quote für 18- bis 59-Jährige mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	13,4	0,4	1,3	0,9
Quote für Personen mit Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	14,4	3,6	7,2	-3,1
Quote für Unselbständige mit niedrigem Stundenlohn (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)	4,7	-4,7	5,4	-0,4
Bildungschancen				
Bildungsaktivität ab 16 Jahren	2,8	0,9	-5,8	-8,8
Quote für 16- bis 29-Jährige ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	-9,8	-2,6	-6,2	2,9
Gesundheit				
Quote für mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigung	1,2	0,0	-0,3	0,9

Tabelle 4-3: Trends der Teilhabeindikatoren nach dem Erwerbsstatus

	Unselbstständig oder selbstständig erwerbstätig	Arbeitslos	Schule, Studium, Praktikum, haushaltsführend oder Präsenz- Zivildienst	Pension
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (mind. 1 von 3 Bereichen)				
Armutsgefährdung	-0,7	-15,7	3,7	-2,5
Erhebliche materielle Deprivation	0,0	-17,6	4,2	-1,3
Erhebliche materielle Deprivation	-0,9	-8,8	1,6	-1,4
Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität	-0,1	-13,1	8,5	-9,4
Lebensstandard				
Manifeste Armut	-0,4	-18,1	4,6	-1,3
Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen	782	3.405	-383	492
Dauerhaft manifeste Armut	0,1	-13,7	7,3	-1,1
Wiederholte Zahlungsprobleme	-0,8	-10,3	-4,4	-0,7
Wohnraum				
Überbelag	0,2	6,4	3,1	0,6
Wohnkostenüberbelastung	0,3	-18,5	7,6	-2,3
Sehr schlechter Wohnstandard	-1,4	-6,8	-1,7	-2,3
Belastung durch Wohnumgebung	2,8	-6,9	-0,2	-1,6
Erwerbsleben				
Quote für 18- bis 59-Jährige mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	-0,4	-7,7	9,2	0,0
Quote für Personen mit Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	3,6	-1,5	9,6	20,3
Quote für Unselbständige mit niedrigem Stundenlohn (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)	-1,9	-	-33,3	-
Bildungschancen				
Bildungsaktivität ab 16 Jahren	2,1	11,1	-0,7	-0,8
Quote für 16- bis 29-Jährige ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	1,4	-28,7	-15,4	-
Gesundheit				
Quote für mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigung	-1,2	1,7	8,9	-3,7

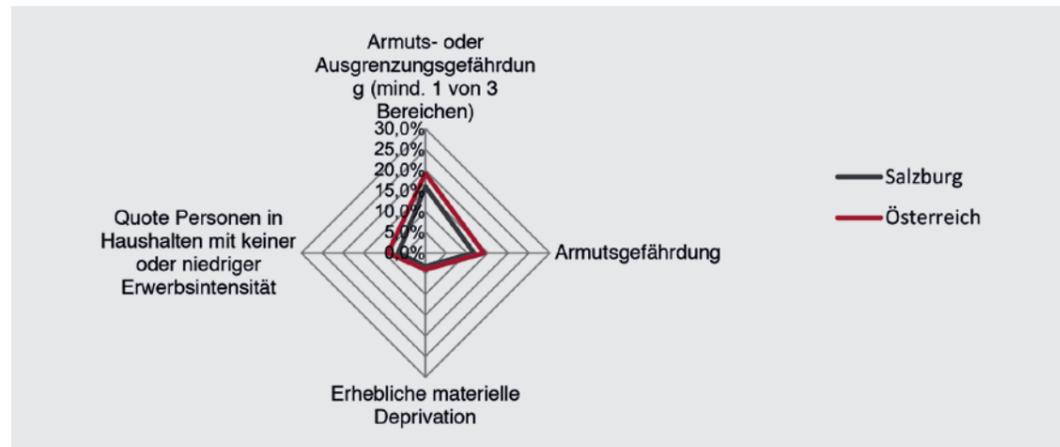
Tabelle 4-4: Trends der Teilhabeindikatoren nach Staatsbürgerschaft

	Österr. Staats- bürgerschaft mit Geburtsort in Österreich	Österr. Staats- bürgerschaft mit Geburtsort im Ausland	EU-28- Staatsbürger- schaft (einschl. IS, NO, CH)	Drittstaatenländer
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (mind. 1 von 3 Bereichen)				
Armutsgefährdung	-1,5	-7,2	-4,2	7,9
Erhebliche materielle Deprivation	-0,3	-6,5	-2,2	4,3
Erhebliche materielle Deprivation	-2,5	-2,8	0,6	7,8
Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität	-1,1	-2,5	5,6	9,7
Lebensstandard				
Manifeste Armut	-1,7	-4,0	3,5	7,3
Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen	562	1.869	8.885	-2.796
Dauerhaft manifeste Armut	-0,9	0,0	0,0	6,2
Wiederholte Zahlungsprobleme	-1,7	-3,5	-2,8	-0,3
Wohnraum				
Überbelag	1,0	-5,5	14,8	-6,5
Wohnkostenüberbelastung	-0,9	-1,1	-2,4	6,9
Sehr schlechter Wohnstandard	-2,1	2,6	-1,2	-2,3
Belastung durch Wohnumgebung	0,4	7,5	5,2	0,1
Wohnlosigkeit				
Erwerbsleben				
Quote für 18- bis 59-Jährige mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	-0,6	0,1	4,1	16,8
Quote für Personen mit Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	3,4	-8,9	-5,1	23,0
Quote für Unselbständige mit niedrigem Stundenlohn (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)	-1,4	-7,3	-18,4	6,7
Bildungschancen				
Bildungsaktivität ab 16 Jahren	-0,5	2,5	19,9	2,3
Quote für 16- bis 29-Jährige ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	-4,6	-43,2	-12,1	-1,6
Gesundheit				
Quote für mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigung	-1,6	-8,4	2,6	12,5

5 Die Salzburger Indikatoren im Österreichvergleich

Der Vergleich der Salzburger EU-Indikatoren der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung ergibt für Salzburg im Österreichvergleich etwas geringere Werte.

Abbildung 5-1: EU-Indikatoren Vergleich Salzburg-Österreich



Quelle: Eigene Darstellung.

Bei niedrigeren Erwerbseinkommen deuten die Indikatoren für den Lebensstandard (bei teils mangelnder statistischer Signifikanz) auf keine schlechteren als Werte im Österreichvergleich hin.

Im Österreichvergleich etwas überdurchschnittlich zeigt sich beim Wohnen die hohe Belastung durch Überbelag und Wohnkosten, während Probleme durch Wohnstandard und Belastungen durch die Wohnumgebung unterdurchschnittlich sind. In der Dimension Erwerbsleben zeigt sich nur beim Indikator Langzeitbeschäftigungslosigkeit ein deutlicher Unterschied. Hinsichtlich der Bildungs-

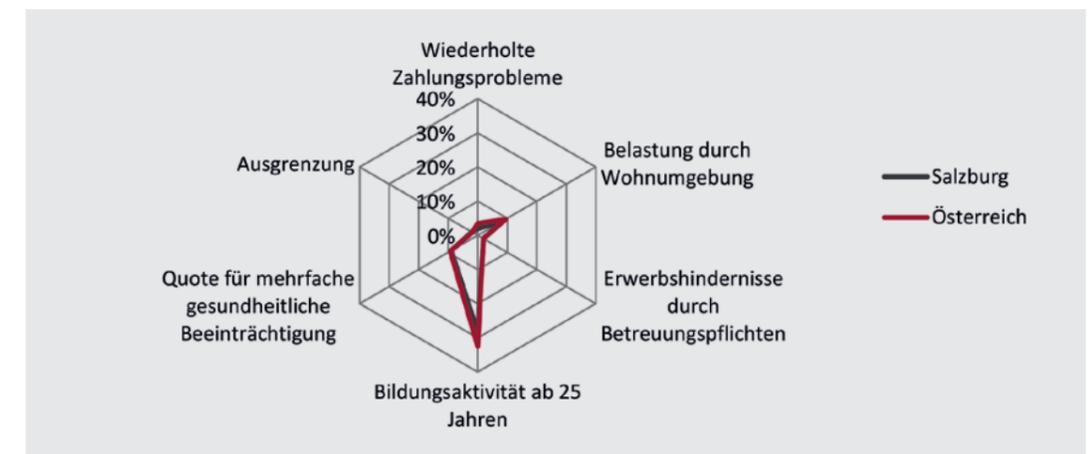
chancen als Teilhabefaktor zeigen sich in Salzburg sowohl bei der vorschulischen Bildung, den Bildungsaktivitäten Erwachsener als auch bei der sozialen Bildungsmobilität schlechtere Werte als im Österreichvergleich, bessere Werte zeigen sich bei jugendlichen NEETs.

Abbildung 5-2: Objektive Indikatoren der sozialen Inklusion und Teilhabe im Vergleich Salzburg-Österreich



Quelle: FHS/IFES 2016.

Abbildung 5-3: Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe auf Basis subjektiver Bewertungen



Quelle: FHS/IFES 2016.

Tabelle 5-1: Indikatoren für soziale Inklusion und Teilhabe: Vergleich Salzburg-Österreich

Indikatoren für soziale Eingliederung und Teilhabe in %	Salzburg 2014	Österreich 2014
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (mind. 1 von 3 Bereichen)	16	19,2
Armutsgefährdung	11,7	14,1
Erhebliche materielle Deprivation	3,3	4,0
Quote Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität	6,6	9,1
Lebensstandard		
Manifeste Armut	2,8*	4,9
Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen (Euro/Steigerung z. Vorjahr)	23.092	22.534
Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	0,7	1,1
Dauerhaft manifeste Armut	2**	3,0
Wiederholte Zahlungsprobleme	2	3,5
Wohnraum		
Überbelag	15,7	15,3
Wohnkostenüberbelastung	6,7	6,6
Sehr schlechter Wohnstandard	1,4	2,0
Belastung durch Wohnumgebung	8,4	9,5
Erwerbsleben		
Quote für 18- bis 59-Jährige mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	15,1	16,2
Quote für Personen mit Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	20,4	21,5
Quote für Unselbständige mit niedrigem Stundenlohn (unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns)	13	12,7
Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	1,9	1,9
Langzeitbeschäftigungslose	1,1	2,7
Bildungschancen		
Bildungsaktivität ab 16 Jahren	28,5	32,5
Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen***	18,6	25,5
Quote für 16- bis 29-Jährige ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	9,2	12,9
Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität*	28	23
Gesundheit		
Quote für mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigung	9	9,3
Soziale Beziehungen		
Nicht tragfähige sozialer Beziehungen	3,1	4,8
Ausgrenzung****	8,1	7,5

Anmerkungen:

* Wert 2013

** Wert 2010

*** 0-2

**** Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“

Anmerkungen

- 1 Detaillierte Informationen zur Methodik finden sich in: Glaser, T., & Till, M. (2010): Gewichtungungsverfahren zur Hochrechnung von EU-SILC-Querschnittergebnissen. Statistische Nachrichten 7/2010, 566–567.
- 2 Die Punktschätzung der Armutsgefährdungsquote für Salzburg beträgt laut EU-SILC 2015 10,3 %, die untere Grenze des 95%igen Konfidenzintervalls beträgt 6,4 %, die obere 14,2 %.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, J., & Hinz, T. (1999): Der Lebenslagen-Ansatz: Darstellung, sozialpolitische Bedeutung und Nutzung im Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern. München.
- Andreß, H. (2008): Lebensstandard und Armut – ein Messmodell. In Groenemeyer, A., & Wieseler, S. (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Wiesbaden: VS Verlag, 473–487.
- Bartelheimer, P. (2007): Politik der Teilhabe. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung – FES Working Paper.
- Bartelheimer, P., & Kädtler, J. (2012): Produktion und Teilhabe – Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung. In Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Zweiter Bericht. Wiesbaden: VS-Verlag, 41–85.
- Bonvin, J. (2006): Employment and Labour Market Regulation – A Capability Approach. In Bartelheimer, P., Boes, A., & Fuchs, T. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. Göttingen, 64–68.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – BMASK (2010): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU SILC 2010. Wien.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – BMASK (2014): http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/3/8/CH2170/CMS1219934176516/bericht_eingliederungsindikatoren_2014.pdf.
- De Swan, A. (1993): Der sorgende Staat. Frankfurt a. M./New York Campus.
- Deutscher Bundesregierung (2008): Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Diener, E., & Suh, E.M. (1997): Measuring Quality of Life: Economic, Social and Subjective Indicators. Social Indicators Research 40/1, 189–216.
- Dietz, B. (1997): Soziologie der Armut. Frankfurt a. M./New York Campus.
- Eiffe, F., Till, M., & Kafka, E. (2010): Armutsgefährdung und Deprivation – Konzepte und Evidenz. WISO, 69–84.
- Europäische Kommission (2004): Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung 2004.
- Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg (2015): Wohnungslosenerhebung 2015. Stadt Salzburg. http://www.soziale-arbeit.at/uploads/media/Wohnungslosenerhebung_2015.pdf (Zugriff am 11.09.2016).
- Imbuch, P., & Rucht, D. (2005): Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften. In Heitmeyer, W., & Impusch, P. (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, 13–71.
- Kommission der Gemeinschaften (1991): Schlussbericht des zweiten Europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989. Brüssel.
- Kronauer, M. (2010): Exklusion: Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a. M./New York: Campus.

- Leßmann, O. (2007): Konzeption und Erfassung von Armut. Vergleich des Lebenslage-Ansatzes mit Sens „Capability“-Ansatz. Berlin: Duncker & Humblot.
- Liebig, S. M. (2009): Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. Politik und Zeitgeschichte Nov. 2009, 3–8.
- OECD. (2012): Perspectives on Global Development 2012: Social Cohesion in a Shifting World. OECD Publishing: http://dx.doi.org/10.1787/persp_glob_dev-2012-en
- Sen, A. (2002): Ökonomie für den Menschen. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Sennett, R. (2000): Arbeit und soziale Inklusion. In Kocka, J., & Offe, C. (Hrsg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt a. M./New York: Campus, 431–446.
- Statistik Austria (2013): Studie zu Armut und sozialer Eingliederung in den Bundesländern. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2014): Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2015): Eingliederungsindikatoren 2014. Kennzahlen für die soziale Inklusion in Österreich. Wien: Statistik Austria.
- Stiglitz, J.E., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.
- Townsend, P. (1979): Poverty in the United Kingdom. Harmondsworth: Penguin.
- Zacher, H. (2001): Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In Bundesministerium für Arbeit und Soziales – BMAS (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Baden-Baden, 333–684.

Demokratiequalität

MARKUS PAUSCH



1 Demokratie, politische Partizipation und Lebensqualität

Dass die politischen Rahmenbedingungen für ein gutes Leben von hoher Relevanz sind, ist weitgehend anerkannt. Dennoch wird in der Wahrnehmung der meisten Menschen der Begriff Lebensqualität nicht spontan mit Demokratie und politischer Partizipation in Verbindung gebracht. Im Gegenteil: Gerade in Krisenzeiten werden vermehrt die Abwendung von der Politik und der Rückzug ins Private als individuelle Reaktionsmöglichkeiten auch unter Bildungseliten propagiert. Dieses Phänomen ist nicht neu. Bereits in der Antike setzten sich verschiedene Philosophen und Philosophenschulen mit der Frage auseinander, ob die Einmischung in öffentliche Angelegenheiten dem individuellen Glück zuträglich oder abträglich sei. Während die Epikureer, die Zyniker und die Skeptiker für politische Abstinenz plädierten und das Heil der Einzelnen in der Abwendung vom Politischen sahen, war die Sache für Aristoteles klar: Der Mensch als Zoon politikon könne nur dann ein gutes Leben führen, wenn er sich am öffentlichen Leben und den politischen Entscheidungen aktiv beteiligt (vgl. Marcuse 1996). Die Annahme, dass die Einmischung in die Politik für ein gutes Leben wichtig sei, hat sich in der modernen demokratischen Staatswerdung und der politischen Theorie weitgehend etabliert und wurde später von der Sozialpsychologie unterstrichen (vgl. Fromm 1993; Maslow 1981).

Auch in der Lebensqualitätsforschung wird anerkannt, dass die Teilhabe an politischen Prozessen und die Mitgestaltung der Rahmenbedingungen für das subjektive Wohlbefinden von Vorteil sind. Die Möglichkeit, den Input eines politischen Systems mitzugestalten, zählt daher zu einem wichtigen Aspekt von Lebensqualität. Als politischen Input bezeichnet man das, was in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess eingegeben, eingebracht wird. In erster Linie besteht dieser Input aus der Artikulation und der Kommunikation von politischen Interessen, aber auch die Teilnahme an Wahlen und anderen Formen politischer Partizipation zählen dazu (vgl. Easton 1965). Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die auf einen breit angelegten Input durch das Volk als Souverän angewiesen ist und sich darüber legitimiert (vgl. Scharpf 1998). In autoritären Herrschaftsformen wird der Input ins politische System hingegen einer kleinen privilegierten Gruppe von Personen vorbehalten. Dass die Möglichkeiten der Teilhabe am politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess für die Lebensqualität und das subjektive Wohlbefinden von Bedeutung sind, zeigt sich auch in verschiedenen empirischen Studien. Demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten wirken sich demnach positiv aus, sofern gewisse Fähigkeiten und Ressourcen in der Bevölkerung vorhanden sind. Veenhoven stellt

fest, dass sich politische Freiheit positiv auf das Wohlbefinden auswirkt, sofern die Möglichkeiten der Teilhabe, die vom System vorgegeben werden, auch auf Capabilities, also Fähigkeiten der Teilhabe unter den BürgerInnen stoßen (vgl. Veenhoven 2000). Die Lebensqualität in demokratischen Staaten ist in der Regel jedenfalls deutlich besser als in autoritären Regimen. Menschen, die an Wahlen und anderen politischen Partizipationsformen teilnehmen, bekunden ein höheres subjektives Wohlbefinden (vgl. Frey und Stutzer 2000; Przeworski 2003; Weitz-Shapiro und Martins 2008).

Im OECD Better Life Index wird die Mitwirkung an der Demokratie unter dem Schlagwort *Zivilengagement* zusammengefasst. Allerdings beschränkt sich diese Kategorie auf lediglich zwei Indikatoren: die Wahlbeteiligung und die Mitwirkung von Interessengruppen am Gesetzgebungsprozess (vgl. Website OECD Better Life Index).

Die Bezüge zwischen Lebensqualität und politisch/demokratischer Beteiligung sowie der Stabilität der Demokratie sind jedoch vielfältiger. Neben den Möglichkeiten der Mitbestimmung sind auch die Stabilität des politischen Systems und seine Funktionsfähigkeit von Bedeutung für einen stabilen Staat. Eine Demokratie, in der zwar breite Mitbestimmung gegeben ist, die ihre Entscheidungen aber nicht umsetzen kann, die also keinen legitimierte Output hervorbringt, ist für die Lebensqualität ihrer BürgerInnen ähnlich abträglich wie eine Demokratie, in der die Zugangschancen zur politischen Willensbildung sehr ungleich verteilt sind. Von unmittelbaren Kausalitäten oder gar monokausalen Zusammenhängen kann bei all dem jedoch nicht ausgegangen werden. Das subjektive Wohlbefinden wird von der Qualität der Demokratie und den politischen Teilhabemöglichkeiten eher indirekt beeinflusst (Inglehart 2006).

2 Theoretisches Konzept: Prinzipien, Funktionen und Indikatoren

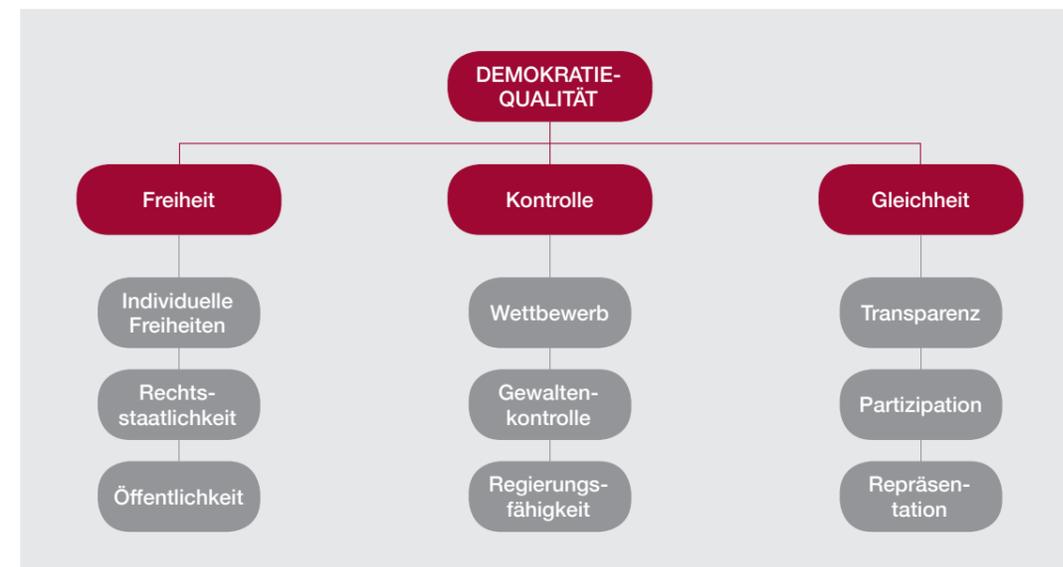
Um dem Verhältnis zwischen Lebensqualität, demokratischer Mitbestimmung und politischer Stabilität gerecht zu werden, bietet sich ein genauerer Blick auf unterschiedliche Aspekte von Demokratiequalität an. Die Qualität der Demokratie wird in der Politikwissenschaft seit ihren Anfängen diskutiert und analysiert. Empirisch akribisch und auf Basis von einer Reihe von Indikatoren wird dies jedoch erst seit einigen Jahrzehnten gemacht. In den 1970er Jahren entstand ein Index für den Freiheitsgrad von Nationalstaaten, der Freedom House Index (vgl. Website Freedom House). Dieser analysiert eine Reihe von Indikatoren zu den Dimensionen *politische Bürgerrechte* (political rights) und *zivile Freiheiten* (civil liberties). Seit den 1980er Jahren gilt der nach einem finnischen Politologen benannte Vanhanen-Index als wichtige Bezugsgröße. Er unterscheidet Indikatoren nach dem *Partizipationsgrad* und dem *Wettbewerbsgrad* und orientiert sich dabei an Robert Dahls Polyarchie-Konzept (Vanhanen 2000; Dahl 1971). Durch diese Instrumente ist es möglich geworden, auf solider Basis zu beurteilen, ob ein Staat als Demokratie oder als autoritäres Regime einzustufen ist. In Hinblick auf die verschiedenen Ausprägungen und Besonderheiten von Demokratien greifen diese Instrumente allerdings zu kurz. Sie sind nicht differenziert genug, um die Unterschiede in der Qualität verschiedener demokratischer Staaten oder deren Stabilität zufriedenstellend einschätzen zu können. Darüber hinaus werden bisherige Indizes auch aufgrund methodischer Mängel kritisiert (vgl. Müller und Pickel 2007). Der Versuch, eine weltumspannende Analyse aller Staaten zu leisten, wie dies Freedom House und der Vanhanen-Index anstreben, erweist sich außerdem als qualitätsmindernd und vereinfachend. Die empirische Demokratieforschung hat daher neue, differenziertere Ansätze entwickelt, die auf breiteren und theoretisch anspruchsvolleren Grundlagen basieren. Mit dem Democracy Barometer wurde im Jahr 2008 das wohl ausgefeilteste und differenzierteste Instrument zur Messung von Demokratiequalität vorgelegt (vgl. Bühlmann et al. 2012). Die Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel, Marc Bühlmann u. a. gehen dabei von drei Prinzipien einer Demokratie aus: den Grundwerten *Freiheit* und *Gleichheit* sowie einer zwischen diesen vermittelnden *Kontrolle*. Damit orientieren sie sich an einem Demokratiemodell „mittlerer Reichweite“ und heben sich von minimalistischen Demokratiemessungen, die nur ausgewählte Freiheitsindikatoren berücksichtigen, ab. Genausowenig werden jedoch höchste Ansprüche an den Output von Demokratien gestellt, wie dies bei manchen sozialen oder partizipatorischen Theorien der Fall ist (vgl. Meyer 2006; Crouch 2008). Mit „mittlerer

Reichweite“ ist also der normative Gehalt der angewandten Demokratiedefinition des Democracy Barometer gemeint (Bühlmann et al. 2012, 118).

Ein Problem in der öffentlichen Debatte über Demokratie liegt zweifellos in einem Mangel an begrifflicher Präzision. *Demokratie* ist in den letzten Jahrzehnten geradezu ein hegemonialer Begriff geworden, der mit zum Teil völlig unterschiedlichen Erwartungen gefüllt und im politischen Diskurs von manchen AkteurInnen auch bewusst missbräuchlich als Kampfbegriff eingesetzt wird. Für eine seriöse Beurteilung dessen, was eine Demokratie leisten muss, um als solche bezeichnet zu werden, ist eine theoretische Fundierung unumgänglich.

Die Basis jeder Demokratie ist der Wert der gleichen Freiheit von StaatsbürgerInnen (vgl. Pabst 2010). Das beinhaltet die gleiche Chance für alle, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und möglichst wenigen staatlichen Zwängen ausgeliefert zu sein. Diese Aspekte einer Demokratie sind für das subjektive Wohlbefinden von Individuen bedeutsam. Sowohl in der Bedürfnispyramide von Abraham Maslow als auch in anderen gängigen psychologischen, sozialpsychologischen oder medizinischen Lebensqualitätsdefinitionen spielen Partizipation und Selbstbestimmung eine wichtige Rolle (vgl. Antonovsky 1996; Maslow 1981). Ganz ohne Zwänge geht es jedoch nicht, wenn nicht das Faustrecht herrschen soll. Denn die Freiheit des/der Einzelnen endet dort, wo die Freiheit eines/einer Anderen beeinträchtigt wird. Das gleiche Recht auf Freiheit bedeutet politische Gleichheit. Und diese meint neben der Gleichheit vor dem Gesetz auch die Gleichheit in Bezug auf politische Mitbestimmung. Der Zusammenhang zur Lebensqualität ergibt sich hieraus nicht unmittelbar, sondern indirekt über Vergleichsmechanismen und Gerechtigkeitsfragen. Wie in mehreren Studien nachgewiesen werden konnte, führt Ungleichbehandlung bereits unter Tieren zu Ärger, Wut, Aggression und damit zu einer Minderung des subjektiven Wohlbefindens (vgl. Brosnan und De Waal 2004). Unter Menschen gelten Gerechtigkeit und ein Mindestmaß an Gleichheit als wichtige Werte (vgl. Rawls 1979; Honneth 2000). Gleichheit in Hinblick auf ökonomische Verhältnisse wird im Democracy Barometer zwar nicht

Abbildung 1: Demokratiequalität nach dem Democracy Barometer



Quelle: Eigene Darstellung nach www.democracybarometer.org.

berücksichtigt, jedoch weisen DemokratietheoretikerInnen bereits seit Aristoteles darauf hin, dass für die Stabilität einer Demokratie ein gewisses Maß an sozioökonomischer Gleichheit wichtig und ein hohes Maß an Ungleichheit abträglich ist (vgl. Pabst 2010). Indikatoren, die diesen Aspekt unter die Lupe nehmen, werden im Kapitel zu sozialer Inklusion und Teilhabe vorgestellt.

Damit gleiche Freiheit in der Realpolitik nicht nur ein unerreichbares Ideal bleibt, braucht es Kontrollinstanzen. Kontrolle ist somit neben Freiheit und Gleichheit das dritte wichtige Demokratieprinzip. In Kombination führen diese drei Prinzipien zu stabilen demokratischen Verhältnissen. Politische Stabilität wiederum wirkt sich insgesamt positiv auf die Lebensqualität in einem Staat und auf das subjektive Wohlbefinden seiner BürgerInnen aus. Diese Prinzipien werden im Democracy Barometer mit jeweils drei Funktionen versehen, auf Basis derer Indikatoren abgeleitet und analysiert werden.

Das Prinzip der Freiheit hängt zuerst davon ab, wie die individuellen Freiheiten gesetzlich gesichert und praktisch realisiert sind. Negative Freiheit meint die Abwesenheit von staatlichen Zwängen, die durch den Schutz des Individuums gegenüber anderen Individuen, insbesondere aber gegenüber dem Staat zu sichern ist. Dazu zählen Menschenrechte wie das Recht auf Leben und freie Meinungsäußerung, auf die freie Ausübung der Religion, der Schutz auf Unversehrtheit, auf die Integrität von Leib und Leben und das Recht auf Eigentum. Hinzu kommen Informationsfreiheit, Datenschutz, Versammlungsfreiheit und andere Aspekte. Zur Gewährung und Sicherung dieses Schutzes und dieser Rechte braucht es Rechtsstaatlichkeit, also die Sicherheit, dass der Staat seine freiheitssichernden Gesetze auch vollzieht und dabei auf einer unabhängigen Rechtsprechung gründet. Um neben negativer Freiheit auch die positive Freiheit zu gewährleisten, also die Möglichkeit aktiv mitzuwirken und aus alternativen Argumenten auszuwählen, braucht es einen öffentlichen Raum zum Meinungsaustausch. Öffentlichkeit bedeutet, dass es einen freien Informationsfluss unter den BürgerInnen einer Demokratie gibt, die zu diesem uneingeschränkten Zugang haben (Bühlmann et al. 2012).

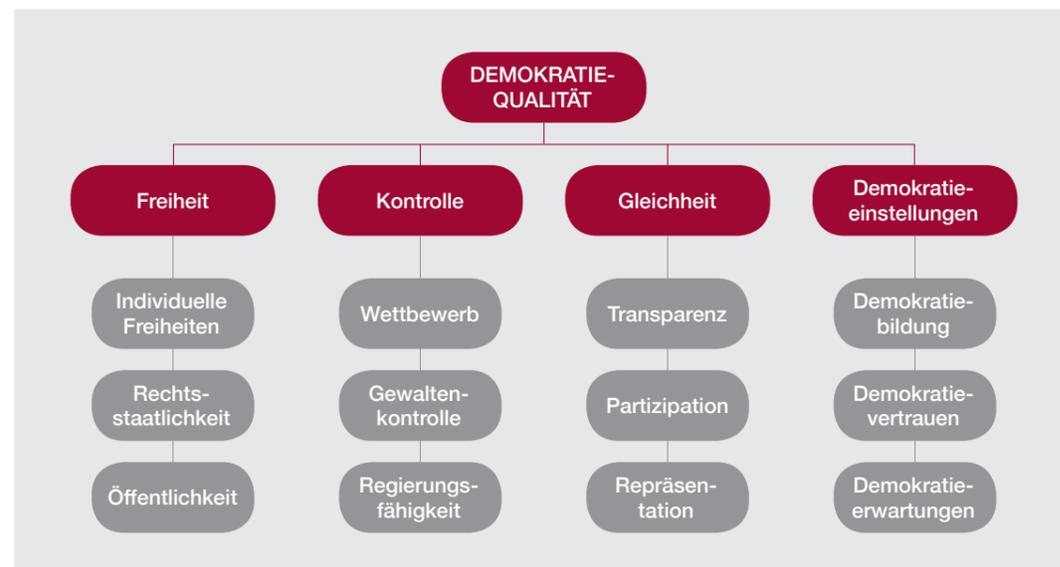
Das Prinzip der Gleichheit, das sich auf politische Gleichheit bezieht, lässt sich philosophisch mit der Überzeugung begründen, dass kein Mensch von Natur aus höherwertig ist als ein anderer, dass unter den Menschen also eine natürliche Gleichheit gegeben ist, was ihre fundamentalen Rechte betrifft. Gleichbehandlung im politischen Prozess und gleiche Zugangschancen zu politischer Macht und Mitbestimmung sind in Demokratien die logische Konsequenz daraus. Die Aufklärung hat diese normativen Grundlagen in den Vordergrund gerückt. Die nationalstaatliche Demokratie hat sie gegenüber ihren BürgerInnen verfassungsmäßig verankert. Damit das Prinzip der politischen Gleichheit erfüllt werden kann, braucht es Transparenz, Partizipation und Repräsentation. Transparenz gewährleistet, dass alle BürgerInnen den gleichen Informationsstand haben und nicht einzelne privilegierten Zugang zu Informationen bekommen. Partizipation ist sowohl in ihren konventionellen Formen als Wahlbeteiligung von Bedeutung als auch in unkonventionelleren Formen wie Demonstrationen, Petitionen, Streiks usw. Repräsentation soll gewährleisten, dass die Zusammensetzung der gewählten Parlamente sowie anderer staatlicher Einrichtungen die Gesellschaft in ihrer Vielfalt widerspiegelt.

Damit Freiheit und politische Gleichheit in einer Balance zueinander gehalten werden, benötigt es das dritte Prinzip Kontrolle. Bereits Charles de Montesquieu hat die Machtbegrenzung zwischen den verschiedenen Teilen eines Staates als wesentliche Elemente betont. Die Macht müsse die Macht begrenzen (Montesquieu 1748/1986). Niemand – auch keine Institution – sollte in einer Demokratie uneingeschränkt oder unkontrolliert bleiben. So braucht es horizontale Kontrolle zwischen den Institutionen des Staates, vor allem eine Exekutive, die durch eine unabhängige Judikative und eine ebensolche Legislative kontrolliert wird. Vertikale Kontrolle muss durch Dezentralisierung bzw. ein gewisses Maß an Föderalismus gesichert sein. Die Vergabe von Parlamentssitzen oder Regierungs-

ämtern kommt nicht ohne Kontrollmechanismen aus. Wettbewerb zwischen Parteien und PolitikerInnen ist dabei für eine Demokratie von fundamentaler Bedeutung. Wo nur eine einzige Partei zur Auswahl steht, kann keine Rede von Kontrolle sein. Ist eine Regierung erst einmal an der Macht, so muss ihre Amtszeit beschränkt sein und kontrolliert werden. Gleichwohl muss sie auch in der Lage sein, regieren und legitimierte Entscheidungen durchsetzen zu können. Wären die Kontrollmechanismen so ausgestaltet, dass jedes Gesetz durch Vetos beeinsprucht werden könnte, so wäre das Land unregierbar (vgl. Scharpf 1997). Auch hier braucht es also eine gewisse Balance in der Ausgestaltung der konkreten demokratischen Abläufe (vgl. Bühlmann et al. 2012).

Das Democracy Barometer leitet aus diesen Überlegungen eine Reihe von Indikatoren für Freiheit, Gleichheit und Kontrolle ab. Da sich das Instrument in erster Linie auf Nationalstaaten bezieht, sind nicht alle dieser Indikatoren für die Analyse der Demokratiequalität im Bundesland Salzburg gleich bedeutend. Was das Democracy Barometer außerdem nicht oder nur am Rande berücksichtigt, sind die Demokratieeinstellungen der BürgerInnen. Für das vorliegende Projekt werden diese miteinbezogen. Denn Demokratiequalität hängt ganz maßgeblich von den Demokratieeinstellungen der BürgerInnen ab. Gerade wenn es um die Zusammenhänge zur allgemeinen Lebensqualität geht, ist es wichtig, diese zu berücksichtigen. Je nach Erfüllungsgrad der damit zwölf Funktionen einer Demokratie ist deren Qualität einzuschätzen. „Je höher der Erfüllungsgrad der einzelnen Funktionen ist, desto besser ist die Demokratiequalität“ (Bühlmann et al. 2012, 124). Eine simultane Maximierung der zwölf Funktionen ist dabei jedoch nicht möglich, da es zwischen einzelnen Funktionen und mehr noch zwischen einzelnen Indikatoren zu Trade-offs kommen kann.

Abbildung 2: Demokratiequalität erweitert um Demokratieeinstellungen



Quelle: Eigene Darstellung, in Erweiterung des Democracy Barometer.

Durch die Einbeziehung des vierten Prinzips Demokratieeinstellungen entsteht ein vollständiges Bild über objektive Kriterien der Demokratie und die subjektive Wahrnehmung der BürgerInnen. Deren Einstellungen spielen eine wesentliche Rolle für die Stabilität und die Qualität einer Demokratie.

Demzufolge muss nicht nur ein demokratisches System mit seinen Institutionen eine Reihe von Funktionen erfüllen, sondern es müssen auch einige Funktionen in Hinblick auf die Einstellungen der BürgerInnen erfüllt sein. Die erste dieser Funktionen ist Demokratiebildung. Hier muss von Seiten des Systems ein Angebot an politischer Bildung vorhanden sein, welches zu Interesse und Kompetenz der BürgerInnen führt. Da die Menschen nicht bereits als DemokratInnen geboren werden, braucht es eine gewisse Heranführung an die Werte, Prinzipien und Prozesse der Demokratie, die durch ein staatliches Angebot an Demokratiebildung vermittelt werden. So sollen ein gewisses Grundwissen und Kompetenzen zu politischem Interesse und zur Partizipationsbereitschaft führen. Die Funktion Demokratievertrauen muss gewährleisten, dass der repräsentativen Demokratie und ihren Institutionen mit Vertrauen begegnet wird und dass die BürgerInnen mit ihren Leistungen zumindest nicht gänzlich unzufrieden sind. Fehlen Vertrauen und Zufriedenheit in der Bevölkerung vollkommen, so steigt die Gefahr, dass das politische System abgelehnt oder sogar offen bekämpft wird. Schließlich müssen Demokratieerwartungen vorhanden sein, die ein realistisches Maß zwischen den Idealen der Demokratie und der Machbarkeit konkreter Aspekte reflektieren. Die Erwartung muss gegeben sein, dass die Politik in der Lage ist, Lösungen für Probleme anzubieten und durchzusetzen. Ist die Erwartung an die Problemlösungskapazität gering und die Zukunftsperspektive pessimistisch, so schadet dies der Stabilität der Demokratie. Aus all dem ergibt sich die folgende Indikatorenliste:

Tabelle 1: Prinzip Freiheit

Prinzip	Funktion	Subfunktion	Indikator	
Freiheit	Individuelle Freiheiten	Recht auf körperliche Unversehrtheit	Folterverbot in der Verfassung	
			Ratifizierte Anti-Folter-Konvention	
			Kein politischer Terror	
			Keine Folter oder andere unmenschliche Bestrafung	
			Tiefe Mord- und Kriminalitätsrate	
		Recht auf Selbstbestimmung	Keine politischen Krawalle	
			Verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit	
			Verfassungsmäßig garantierte Bewegungsfreiheit	
			Effektive Religionsfreiheit	
			Effektive Bewegungsfreiheit	
		Rechtsstaatlichkeit	Gleichheit vor dem Gesetz	Staatlicher Schutz von Eigentumsrechten
				Schutz der persönlichen Freiheit und des privaten Eigentums
				Verfassungsschutz für faire Organisation der Gerichte
				Verfassungsmäßig garantierte Öffentlichkeit der Gerichte
				Unabhängigkeit der Justiz
	Qualität der Justiz		Unabhängigkeit der Gerichte von politischem Einfluss	
			Keine Ineffizienz und Manipulation des Rechtssystems	
			Integrität des Justizsystems	
			Professionalität als Bedingung für Richteramt	
			Unbeschränkte Amtsdauer	
	Öffentlichkeit	Vereinigungsfreiheit	Hohes Vertrauen in das Rechtssystem	
			Hohes Vertrauen in die Polizei	
			Vereinigungsfreiheit	
			Versammlungsfreiheit	
			Organisationsgrad ArbeitgeberInnen	
	Meinungsfreiheit		Organisationsgrad ArbeitnehmerInnen	
			Mitgliedschaftsgrad öffentliche Interessen	
			Zivilgesellschaftliche AkteureInnen	
			Meinungsfreiheit	
			Pressefreiheit	
Medienkonzentration				
Internetzugang				
Ideologische Balance des Pressesystems				

Quelle: Eigene Darstellung, erweitert und adaptiert nach Democracy Barometer.

Tabelle 2: Prinzip Kontrolle

Prinzip	Funktion	Subfunktion	Indikator
Kontrolle	Wettbewerb	Umstrittenheit	Durchschnittliche Wahlkreisgröße
			Keine Möglichkeit der Manipulation von Wahlen
			Geringe Stimmenkonzentration auf stärkste Partei
			Geringe Stimmdifferenz zwischen stärkster und zweitstärkster Partei
			Geringer Sitzzahlunterschied zwischen größter und zweitgrößter Partei
		Offenheit	Tiefe effektive Hürden, um KandidatIn zu werden
			Keine oder tiefe effektive Eintrittshürden
			Chancen für kleine Parteien, Sitze zu gewinnen
			Effektive Anzahl an Parteien, die an Wahlen teilnehmen
			Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative
	Gewaltenteilung	Horizontale Gewaltenteilung	Gleichgewicht zwischen Regierung und Opposition
			Geringer Sitzanteil für Regierungsparteien
		Vertikale Gewaltenteilung	Föderalismus
			Fiskale Autonomie
			Dauer einer Legislaturperiode
	Regierungsfähigkeit	Ressourcen	Amtszeitbeschränkung
			Hohes Vertrauen in die Regierung
			Tiefe Tendenz zu antidemokratischem Verhalten
			Hohe Regierungsstabilität
			Legitime Aktionen gegen die Regierung
Bedingungen für Regierungs- und Implementierungsfähigkeit			Illegitime Aktionen gegen die Regierung
			Keine politischen Eingriffe durch Militär
			Keine religiösen Eingriffe
			Effektive Implementierung von Regierungsbeschlüssen
			Funktionierende Bürokratie

Quelle: Eigene Darstellung, erweitert und adaptiert nach Democracy Barometer.

Tabelle 3: Prinzip Gleichheit

Prinzip	Funktion	Subfunktion	Indikator
Gleichheit	Transparenz	Absenz von Geheimhaltung	Vorschriften zur Offenlegung von Parteifinanzien
			Geringe Verbreitung von Bestechung und Korruption
			Keine Korruption in öffentlicher und politischer Sphäre
		Voraussetzungen für Transparenz	Keine Einschränkungen der Informationsfreiheit
			Hohe Effektivität an Informationsfreiheitsgesetzen
			Keine rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten in Berichterstattung
			Keine Möglichkeit politischer Eingriffe
			Bereitschaft zur transparenten Kommunikation
			Transparenz von Parlamentsdebatten
	Repräsentation	Substantielle Repräsentation	Anzahl Sitze pro EinwohnerIn
			Direktdemokratische Instrumente
			Partizipations- und Zustimmungsquoren
			Disproportionalität zwischen Stimm- und Sitzanteilen
			Kongruenz Links-Rechts-Präferenzen zwischen Parlament und Bevölkerung
		Deskriptive Repräsentation	Schutz politischer Rechte für Frauen
			Offenheit, passives Wahlrecht
			Kein Verbot ethnischer Parteien
			Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament
			Anteil weiblicher Regierungsmitglieder
	Partizipation	Gleichheit der Partizipation	Verbreitung des universellen Wahlrechts
			Anteil registrierter WählerInnen an der Gesamtbevölkerung
			Wahlbeteiligung nach Bildung und Einkommen
			Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht
			Alternative Partizipation nach Bildung und Einkommen
			Alternative Partizipation nach Alter und Geschlecht
		Effektive Partizipation	Instrumente (z. B. Wahlkarten)
WählerInnenregistrierung nicht obligatorisch			
Hohe Partizipation an Wahlen			
Anzahl direktdemokratischer Abstimmungen			

Quelle: Eigene Darstellung, erweitert und adaptiert nach Democracy Barometer.

Tabelle 4: Prinzip Demokratieeinstellungen

Prinzip	Funktion	Subfunktion	Indikator	
Demokratie-einstellungen	Demokratie-bildung	Angebot an Demokratiebildung	Schulfach Politische Bildung in verschiedenen Schulstufen	
			Unterrichtsprinzip	
			Angebot an Politischer Bildung in der Erwachsenenbildung	
			Politikkompetenz und Politikinteresse	
			Selbsteinschätzung des Wissens über Politik	
		Interesse an Politik		
		Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Prozessen		
		Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes		
		Demokratie-wahrnehmung	Vertrauen in die Demokratie als politisches System	Vertrauen in das politische System
				Vertrauen in die politische Selbstwirksamkeit
	Sehnsucht nach „dem starken Mann“			
	Vertrauen in die Parteien und BerufspolitikerInnen			
	Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie auf verschiedenen Ebenen			
	Demokratie-erwartungen	Inputerwartungen	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie	
			Zufriedenheit mit der Arbeit der politischen Eliten	
Wunsch nach mehr direkter Demokratie				
Wunsch nach stärkerem Persönlichkeitswahlrecht				
Wunsch nach alternativen Formen politischer Partizipation				
Demokratie-erwartungen	Outputerwartungen	Wunsch nach Wahlrecht für AusländerInnen		
		Wunsch nach Abschaffung des Bundespräsidenten		
		Erwartungen an die Lösungskapazität der Politik		
		Klar zuschreibbare Erwartungen		
		Erwartungen zur Zukunft		

Quelle: Eigene Darstellung.

3 Methodische Vorbemerkungen

Die Indikatoren wurden einzeln anhand unterschiedlicher Methoden abgearbeitet. Bei manchen Indikatoren, die für Österreich gesamt relevant sind und etwa Verfassungsrang haben, wurden Einschätzungen aus den Ergebnissen des Democracy Barometer oder anderer aktueller empirischer Analysen als Ausgangsbasis genommen und auf Veränderungen seit der jeweils letzten Erhebung geprüft. Gab es keine erkennbaren oder nennenswerten Änderungen, so wurden weitgehend die Einschätzungen dieser Quellen übernommen und entsprechend zitiert. Daten der Statistik Austria und der Salzburger Landesstatistik bildeten wichtige Grundlagen für eine Vielzahl von Indikatoren. Manche Entwicklungen der jüngeren Zeit wurden auf Basis von Zeitungsberichten oder ExpertInneninterviews aus Medien reflektiert. Wo immer möglich, flossen die jüngsten offiziellen Berichte oder wissenschaftlichen Bewertungen ein, wie etwa der Menschenrechtsbericht, Rechnungshof-, Polizeiberichte, Kriminalstatistiken, Medienanalysen usw. Bei vielen Indikatoren wie etwa der Wahlbeteiligung konnte auf statistische Daten zurückgegriffen werden. In manchen Fällen waren sekundärstatistische Berechnungen nötig, wie etwa bei der Vertretungszahl von BürgerInnen durch Abgeordnete oder dem Anteil von Frauen in den Landtagen. Für die Einschätzungen der BürgerInnen wurde auf Umfragedaten rekurriert. Eine wichtige Quelle mit einer aktuellen Fragebatterie stellte die für dieses Projekt in Auftrag gegebene Umfrage von FHS/IFES 2016 dar sowie Vergleichsdaten aus einer ähnlichen Umfrage ZfZ/IFES aus dem Jahr 2008. Auch Umfrageinstrumente wie Eurobarometer, OGM-Vertrauensindex usw. wurden verwendet. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projekts mehrere persönliche Interviews mit ExpertInnen für die Salzburger Landespolitik im Allgemeinen oder für deren Teilbereiche geführt. Auf eine durchgehende Quantifizierung, ein Rating oder Ranking wurde bewusst verzichtet. Gerade in einem so komplexen Feld wie der Demokratiequalität besteht die Gefahr, dass eine Zahl den Diskurs und die verbalisierte, qualitative Beschreibung unzulässig verkürzt. Der Ausformulierung in Worten wurde daher der Vorzug vor der Indexierung gegeben. Einen Ausgangspunkt dieses Kapitels bildet also der Länderbericht des Democracy Barometer, der 2008 über Österreich erstellt wurde. Dies bietet sich an, weil erstens das hier für Salzburg angewandte und erweiterte Messkonzept mit seinen Prinzipien, Funktionen und Indikatoren auf dem Democracy Barometer beruht und weil zweitens der Länderbericht den Zeitraum vor der Wirtschaftskrise von 2008 umfasst. In Kombination mit anderen Daten aus 2008 und Folgejahren lässt sich also ein Vergleich der Demokratiequalität Österreichs und in Ableitung Salzburgs vor Ausbruch der globalen wirtschaftlichen Krise und nach bzw. am Ende dieser Krise anstellen.

4 Ergebnisse der Untersuchung

Die Ergebnisse der Untersuchung werden in der Folge entlang der vier Demokratieprinzipien dargestellt.

4.1 DAS PRINZIP FREIHEIT IN DER SALZBURGER DEMOKRATIE

Das Prinzip Freiheit wird in drei Funktionen unterteilt: Individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit.

Individuelle Freiheiten

Die individuellen Freiheiten werden unterteilt in das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Selbstbestimmung. Untersucht werden dahingehend die verschriftlichten Verfassungsideale und die Verfassungswirklichkeit. Als Indikatoren werden das Folterverbot in der Verfassung, die ratifizierte Anti-Folter-Konvention, Vorkommnisse in Hinblick auf politischen Terror oder Folter sowie die Mord- bzw. Kriminalitätsrate und das Ausmaß von politischen Krawallen herangezogen. Für das Recht auf Selbstbestimmung erfolgt ebenfalls eine Gegenüberstellung von Verfassungsideal und Verfassungswirklichkeit. Die Garantie sowie die Realität der Religionsfreiheit und der Bewegungsfreiheit und der Schutz von Eigentumsrechten werden untersucht.

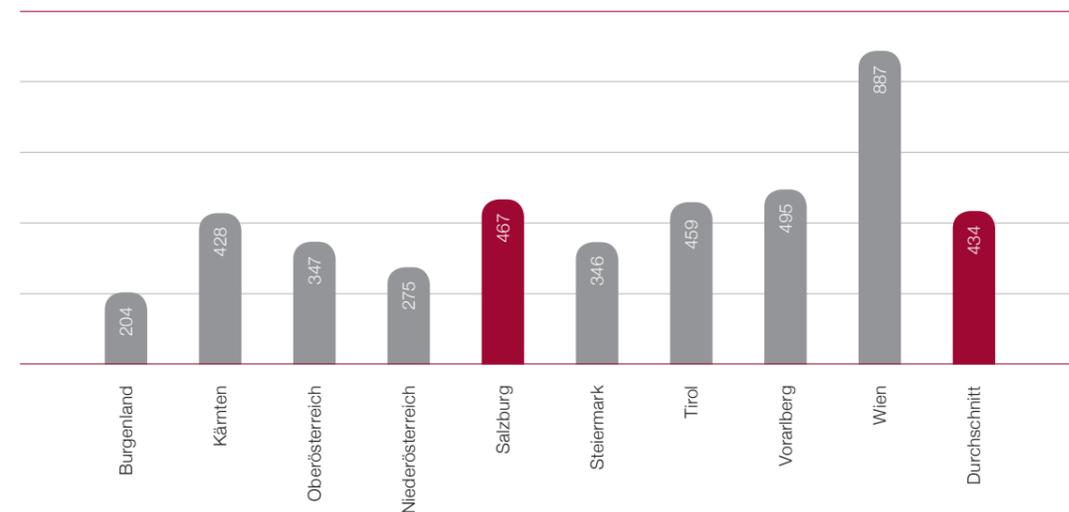
Recht auf körperliche Unversehrtheit

Die österreichische Verfassung garantiert das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Österreich und damit auch alle seine Bundesländer haben die Menschenrechte anerkannt. 1958 ratifizierte Österreich ohne Durchführungsvorbehalt die Europäische Menschenrechtskonvention und erhob sie 1964 mit einer B-VG-Novelle ausdrücklich in Verfassungsrang. Dennoch galt das Foltern in Österreich lange Zeit als Kavaliersdelikt und es wurde auch erst sehr spät ein Folterparagraf im Strafgesetzbuch eingeführt, wie der UN-Sonderberichterstatter noch 2010 kritisierte (vgl. Der Standard 10.11.2010). Der Fall des Bakary J., der sich seiner Abschiebung widersetzte und dafür von der Polizei gefoltert wurde, hat dahingehend vor einigen Jahren großes Aufsehen erregt. Die Haftstrafen für die Täter

fielen relativ gering aus. Trotz dieser Vorfälle und einer regelmäßigen Kritik von Amnesty International ist zumindest in den letzten Jahren für das Bundesland Salzburg kein Folterfall bekannt. Politischer Terror oder systematische unmenschliche Behandlung durch Staats- oder Landesorgane sind nicht dokumentiert.

Das bedeutet freilich nicht, dass die Menschenrechtslage uneingeschränkt positiv wäre. Der Menschenrechtsbericht für Salzburg 2016 zeigt Schwierigkeiten bei den Rechten von Asylsuchenden auf, insbesondere beim Recht auf Familienleben und beim Zugang zu Asyl, aber auch im Umgang mit Menschen in besonderen finanziellen und sozioökonomischen Notlagen (Liebing 2016, 4 f.). Positiv hervorgehoben wird die finanzielle Stabilisierung des Projekts Menschenrechtsbericht, die 2016 zugesagt wurde. Trotz kritischer Aspekte wird das Recht auf körperliche Unversehrtheit von den Salzburger Institutionen in hohem Maße respektiert. Auch bei der gegenseitigen Akzeptanz des Rechts auf Unversehrtheit weist die Salzburger Bevölkerung ein hohes Niveau sozialen Friedens auf. Im Jahr 2015 gab es in ganz Österreich 39 angezeigte Morde und 96 angezeigte Mordversuche. Zwar liegt offiziell keine Liste von Tötungsdelikten pro Bundesland vor, jedoch ergeben Recherchen in Medien, dass die Bundeshauptstadt Wien die Liste mit Abstand anführt, während in Salzburg lediglich über einige wenige vollendete Tötungsdelikte berichtet wird, die sich mit einer einzigen Ausnahme auf Beziehungstaten zurückführen lassen (vgl. BKA 2016, 19 f.). Zieht man darüber hinaus auch die angezeigten vorsätzlichen Körperverletzungen heran, so gab es in Österreich 2015 insgesamt einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % auf 37.822 Anzeigen. Jene in Bezug auf Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung sind hingegen um 1,7 % von 2.418 im Jahr 2014 auf 2.376 im Jahr 2015 gesunken (ebd. 2015).

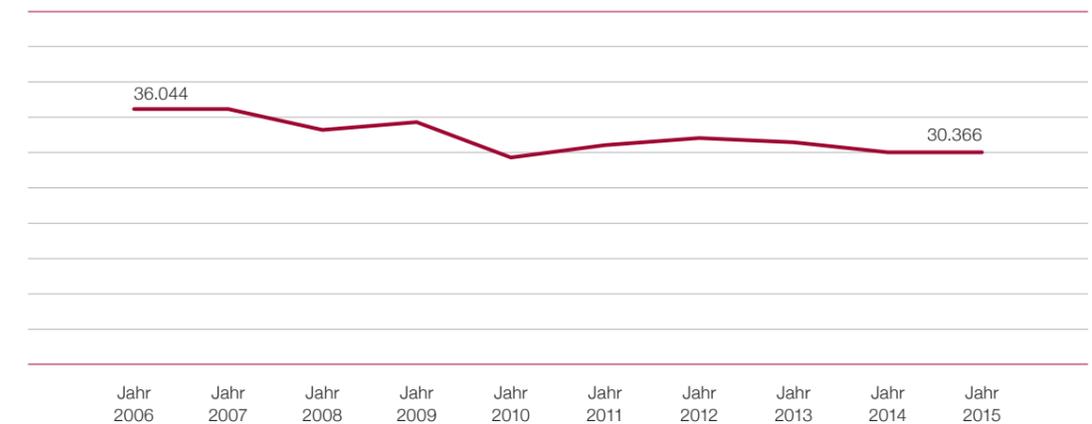
Abbildung 3: Anzeigen von Gewaltdelikten pro 100.000 EinwohnerInnen pro Bundesland



Quelle: BKA (2016, 19 f.).

Zieht man die Anzeigen von Gewaltdelikten heran, so zeigt sich, dass Salzburg hier mit 2.513 angezeigten Gewaltdelikten insgesamt, also 467 Anzeigen pro hunderttausend EinwohnerInnen, etwas über dem österreichischen Durchschnitt liegt (ebd. 2016). Im internationalen Vergleich zählt Österreich insgesamt und damit auch Salzburg als Bundesland zu einem Land mit sehr geringer Kriminalität. Der Global Peace Index des Internationalen Friedensinstituts in Stockholm wies Österreich hinter Island und Dänemark im Jahr 2015 als drittfriedlichstes Land der Welt aus (Global Peace Index 2015).

Abbildung 4: Gesamtkriminalität – Angezeigte Fälle



Quelle: BKA (2016, 14 f.).

Im Langzeittrend hat sich die Gesamtkriminalität nach angezeigten Fällen in Salzburg seit 2006 verringert. Von 2014 auf 2015 hat es einen leichten Anstieg um ca. 130 Fälle gegeben. Im Bundesland Salzburg haben in den letzten Jahren kaum politische Krawalle stattgefunden. Ein bereits länger zurückliegender gewalttätiger Konflikt aus politischen Gründen wurde in Salzburg im Jahr 2001 rund um die Veranstaltungen des Weltwirtschaftsforums ausgetragen. Damals kam es zu Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden GlobalisierungsgegnerInnen und PolizistInnen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden (Der Spiegel 01.07.2001). Seither sind keine größeren politischen Krawalle vermerkt. Im Sommer 2014 kam es allerdings bei einem internationalen Fußballspiel zwischen einem französischen und einem israelischen Klub in Bischofshofen zu politisch motivierten Ausschreitungen, als türkischstämmige Österreicher Spieler des israelischen Klubs attackierten und mit palästinensischen Flaggen den Platz stürmten (Kurier 24.07.2014). Von diesen Ausnahmefällen abgesehen sind politische Krawalle in Salzburg nicht dokumentiert. Im Bundesländervergleich schneidet bei diesem Indikator Wien als einzige österreichische Millionenstadt erwartungsgemäß am schlechtesten ab. Dort kommt es rund um diverse Veranstaltungen häufiger als im Rest Österreichs zu politischen Krawallen und Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden.

Neben politischen Krawallen, die sich eher spontan im Zuge von Kundgebungen oder Veranstaltungen äußern, gehören politische Extremismen zu einer ständigen Gefahr für Demokratien und stellen eine Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensqualität in einem Land dar. Österreich hat dahingehend in den letzten Jahrzehnten insbesondere Erfahrungen mit rechtsextremen Gruppierungen und TäterInnen gemacht. In den 1990er Jahren forderten die terroristischen Briefbombenat-

tacken des später verhafteten und verurteilten Rechtsextremisten Franz Fuchs mehrere Todesopfer und Verletzte. Schändungen von jüdischen Gräbern und Holocaust-Gedenkstätten kommen immer wieder vor (SN 10.11.2014). Auch in Salzburg gibt es eine aktive rechtsextreme Szene, die in den letzten Jahren u. a. durch Beschmierungen der Stolpersteine, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, aufgefallen sind. Für Österreich berichtet das Innenministerium insgesamt über einen starken Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten, und zwar um 54,1 % von 2014 (750 Taten) auf 2015 (1156 Taten) (BMI 2016, 12 f.). Hinzu kommt eine neue Form des rechtsextremen Engagements, das sich auf Manipulationen und Fehlinformationen in sozialen Netzwerken stützt und antidemokratische Aktionen im öffentlichen Raum durchführt. Die Identitären gelten als eine der bekanntesten dieser Gruppierungen. „Im Jahr 2015 wurde für die Sicherheitsbehörden ersichtlich, dass die ‚Neuen Rechten‘ durch gezielt gesetzte aktionistische Agitationen und Mobilisierungen, vor allem im Kontext ‚Migration und Flüchtlingsproblematik‘, eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit erlangen. Diese Entwicklung zeichnete sich durch einen signifikanten Anstieg von Mitgliedern und Sympathisanten ab“ (BMI 2016, 13). Ein Sonderfall des Rechtsextremismus in Österreich stellt die türkische Bewegung der Grauen Wölfe dar, die 2016 auch in Salzburg aktiv war (vgl. SN 25.03.2016).

Neben der bereits bekannten und sich neu formierenden rechtsextremen Szene ist in den letzten Jahren eine dschihadistische antidemokratische Bedrohung hinzugekommen, die jedoch in Österreich und Salzburg noch zu keinen größeren Straftaten geführt hat. Nachgewiesen wurde allerdings, dass Personen, die mit Attentätern in Europa in Verbindung stehen, auch in Salzburg lebten oder Salzburg passierten. Das Innenministerium und der Verfassungsdienst betrachten diese Entwicklungen als ernsthafte Sicherheitsbedrohung. Die Zahl der radikalisierten Anhänger salafistischer Dschihadisten ist ebenso angestiegen wie die der sogenannten Foreign Fighters und der Rückkehrer aus dem syrischen Bürgerkrieg. Das Potenzial gewaltbereiter Dschihadisten ist somit in Österreich deutlich angestiegen (BMI 2016). Linksextremismus ist im Vergleich dazu rückläufig (BMI 2016, 20), sowohl was Tathandlungen als auch was Anzeigen betrifft. In der Bundeshauptstadt Wien, die als Hotspot gilt, wurden 61 Tathandlungen angezeigt. Die meisten davon standen in Zusammenhang mit Kundgebungen gegen den Wiener Akademikerball (ebd. 2016).

Recht auf Selbstbestimmung

Das Recht auf Selbstbestimmung, Religionsfreiheit und Bewegungsfreiheit wird sowohl in der Verfassung als auch in der Realität in Österreich und im Bundesland Salzburg weitgehend zugesichert. Zwar gab es im Jahr 2016 eine Debatte in verschiedenen Bundesländern über eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit von AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen, die eine Mindestsicherung beziehen, aber diese hat bisher noch zu keinem Aufenthaltszwang für diese Personengruppen geführt.

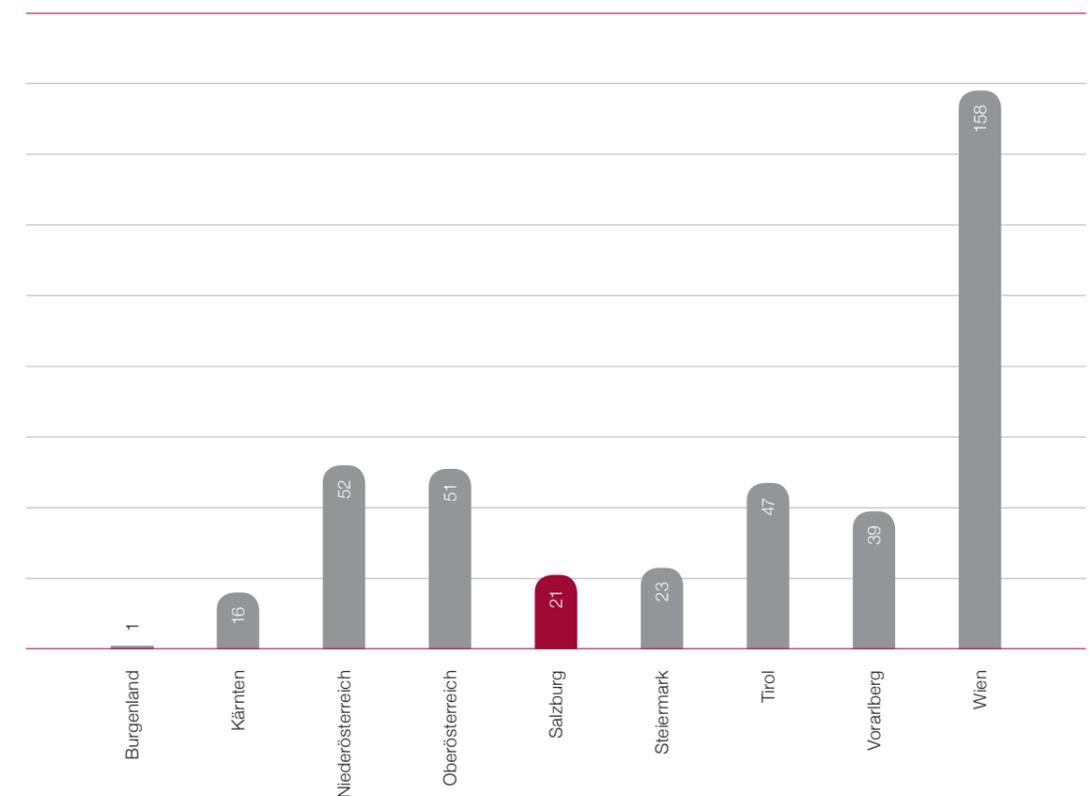
Kritisch diskutiert wird in diesem Zusammenhang ein Bettelverbot in der Stadt Salzburg. Dieses wurde mit der Begründung eingeführt, dass bettelnde Menschen die Bewegungsfreiheit anderer einschränken würden, sofern es sich um sogenannte aggressive Formen handelt, bei denen Menschen aktiv um Geld gebeten werden. In einer Feststellung des Landesverwaltungsgerichts Salzburg heißt es zum sektoralen Bettelverbot der Stadt: „Es handelt sich demnach bei allen Standorten um solche, die durch eine hohe Anzahl von Bettlern, durch beengte Platzverhältnisse und/oder durch begrenzte Zu- und Ausgänge (Fluchtwege) gekennzeichnet sind und welche nicht geeignet sind, dauernd sitzende Personen und Passanten zu vereinen ohne gleichzeitig Abstriche für die Gesundheit und Sicherheit, das Vermögen, den Gemeingebrauch und die Bewegungsfreiheit zu machen, weil die Gefahr für Verletzungen und versperrte Fluchtwege bei Massenpaniken und Verunreinigungen massiv steigt.“ (LVwG-Salzburg 2016, 405-10/54/1/9-2016). Im Menschenrechtsbericht wird das Bettelverbot hingegen massiv als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit kritisiert. Es wird auf einen Bescheid des

Verfassungsgerichtshofs verwiesen, der stilles Betteln als legitime Meinungsäußerung erachtet, mit der Armutsbetroffene auf ihre Notlage und ihren Hilfebedarf aufmerksam machen (Schoibl 2016, 66). Die Selbstbestimmung dieser Personen ist durch das Bettelverbot eingeschränkt.

Religions- und Bewegungsfreiheit für Menschen, die in Salzburg leben, herrscht weitgehend vor. Im Menschenrechtsbericht der Salzburger Plattform für Menschenrechte wird jedoch kritisiert, dass Menschen muslimischen Glaubens gewisse Diskriminierung erfahren. „Beispielsweise wird Musliminnen das Tragen eines Kopftuches bei der Arbeit in der Gastronomie oder im Handel häufig verwehrt. Die Plattform hat auch Fälle dokumentiert, wo weibliche Jugendliche bei der Arbeitssuche aufgrund des Kopftuches benachteiligt werden“ (vgl. Website Plattform für Menschenrechte). Neben Diskriminierungen im Alltag sind auch tätliche Übergriffe auf Frauen mit Kopftuch dokumentiert (vgl. ebd.).

Einschränkungen in den Möglichkeiten der Religionsausübung gibt es für MuslimInnen auch dahingehend, dass sie in Salzburg weniger Vereine, Moscheen und Gebetsräume vorfinden als in den meisten anderen österreichischen Bundesländern.

Abbildung 5: Anzahl an islamischen Vereinen und Moscheen



Quelle: Medienservicestelle/Islamische Glaubensgemeinschaft 2016.

Für Angehörige des Islam sind im Bundesland Salzburg 21 Vereine, Moscheen und Gebetshäuser zugänglich (Website Medienservicestelle Migration und Integration). Nur Kärnten und das Burgenland weisen weniger auf. Nicht nur Muslime und Musliminnen, sondern auch ProtestantInnen und

Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften sind in der Ausübung ihrer Religionen aufgrund infrastruktureller Nachteile im Bundesland Salzburg etwas eingeschränkt. Dies betrifft auch die Dichte von religiösen Bildungs- oder Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Seelsorge. Für die Lebensqualität religiöser Menschen aus nicht-katholischen Konfessionen sind somit gewisse Einschränkungen anzunehmen, insbesondere in ländlichen Regionen und solchen, die weit von der Stadt Salzburg entfernt liegen. Mit den genannten Abstrichen kann dennoch festgehalten werden, dass es ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit und Ausübungsmöglichkeiten gibt.

Der staatliche Schutz von privaten Eigentumsrechten, der persönlichen Sicherheit und des privaten Eigentums ist in Österreich insgesamt und somit auch in Salzburg gegeben.

Rechtstaatlichkeit

Im Bereich Rechtsstaatlichkeit werden die Gleichheit vor dem Gesetz und die Qualität der Justiz analysiert. Die meisten dieser Indikatoren sind über die österreichische Verfassung erfüllt.

Gleichheit vor dem Gesetz

Die Unparteilichkeit der Gerichte ist garantiert und realisiert. Die Gerichtsprozesse und Verhandlungen sind verfassungsgemäß öffentlich und die Justiz agiert unabhängig von politischen Einflüssen. Das Justizsystem Österreichs gilt als relativ effizient, nicht manipuliert und insgesamt als integer.

Qualität der Justiz

Auch die Qualität der Justiz ist durch eine Reihe von Indikatoren abgesichert. Die Professionalität der RichterInnen und deren unbeschränkte Amtsdauer sind gewährleistet. Als weiterer Indikator für die Qualität der Justiz wird das Vertrauen der StaatsbürgerInnen in das Rechtssystem, in faire Rechtspraxis sowie in die Polizei und in deren Zuverlässigkeit betrachtet. Diese Vertrauensaspekte weisen in Österreich verglichen mit anderen europäischen Staaten gute Werte auf. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Justiz vertrauen 71 % der ÖsterreicherInnen der Polizei und 56 % der Justiz (Europäische Kommission 2016). Österreich befindet sich somit im EU-Vergleich an vierter Stelle. Im Zeitvergleich seit 1989 zeigt sich zuletzt sogar eine Erhöhung des Vertrauens in Polizei und Justiz (ebd. 2016). Konkrete Daten für die Bundesländer liegen nicht vor.

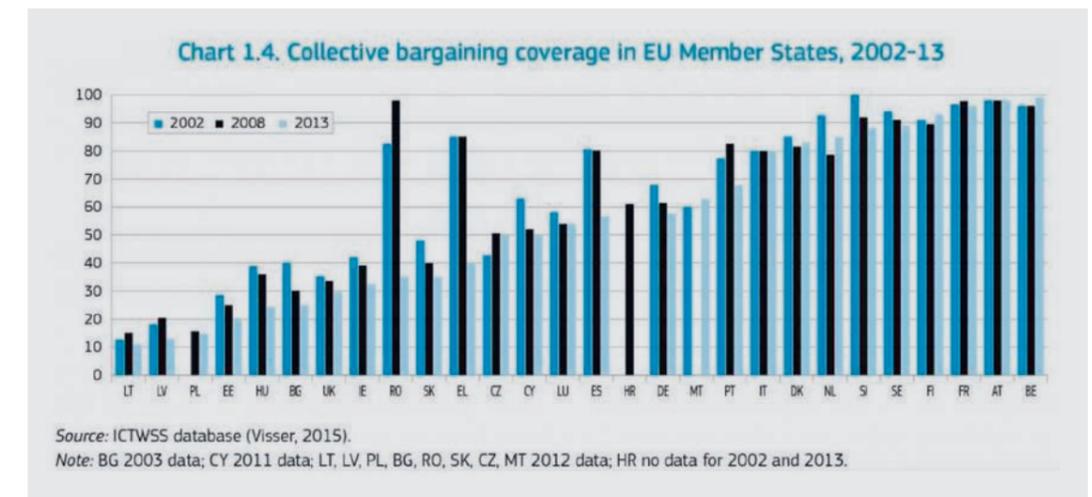
Öffentlichkeit

Die Funktion Öffentlichkeit wird in die Bereiche Vereinigungsfreiheit und Meinungsfreiheit unterteilt.

Vereinigungsfreiheit

Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind in der österreichischen Verfassung festgeschrieben. Der Vereinigungsgrad in Hinblick auf ökonomische Interessen gilt in Österreich im europäischen und internationalen Vergleich als besonders hoch. Das gilt für die ArbeitgeberInnen, deren Mitgliedschaft in den Wirtschaftskammern verpflichtend ist genauso wie für die ArbeitnehmerInnen, die gesetzlich verpflichtend Mitglieder in den Arbeiterkammern sein müssen. Auch die Gewerkschaftsdichte und die Mitgliedschaft in Berufsverbänden gelten im europäischen und im internationalen Vergleich in Österreich als sehr hoch. Daraus resultiert ein hohes Maß an Koordination und Absprache, was der Grund für eine auch politisch bedeutende Interessenvertretung beider Seiten und eine traditionell starke Sozialpartnerschaft ist (Famira-Mühlberger und Leoni 2014, 15). Dennoch hat sich in den letzten Jahren eine Veränderung in der Bedeutung der Kammern und Gewerkschaften ergeben. Die Rolle der Sozialpartnerschaft ist zwar nach wie vor wichtig, aber nicht mehr so stark wie in den ersten Dekaden der Nachkriegszeit (vgl. Hinterseer 2014).

Abbildung 6: Abdeckungsgrad kollektivvertraglicher Verhandlungen in EU Staaten 2002–13



Quelle: Visser (2016).

Abbildung 6 (vgl. Visser 2016) zeigt den Abdeckungsgrad an Kollektivverträgen in den Ländern der Europäischen Union in den Jahren 2002, 2008 und 2013. Österreich ist dabei gleichbleibend auf hohem Niveau um die 95 % Abdeckungsgrad.

Auch die Mitgliedschaft in Menschenrechtsorganisationen ist in Österreich schätzungsweise hoch. Zwar gibt es keine übersichtliche Gesamtstatistik und die Angaben der NGOs sind schwer vergleichbar, aber Einschätzungen können aufgrund der Berichte von einzelnen Organisationen getroffen werden. Amnesty International Österreich weist etwa für das Jahr 2015 49.012 fördernde Mitglieder aus und 32.648 SpenderInnen. Die stimmberechtigten Mitglieder werden mit ca. 1.000 Personen beziffert (Website AI Österreich 2015). Im Vergleich dazu gibt Amnesty International Deutschland für das Jahr 2014 ca. 30.000 Mitglieder (wohl mit Stimmrecht) und über 50.000 SpenderInnen an (Website AI Deutschland 2014). Greenpeace Österreich spricht in seinem Jahresbericht von 153.882 SpenderInnen im Jahr 2015 (Website Greenpeace 2015). Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern liegt nicht vor. Auch Tierschutzorganisationen haben hohen Zulauf.

In Salzburg gibt es neben diesen global agierenden Organisationen und Mitgliedschaften auch eine regional und lokal agierende Zivilgesellschaft, die sich zunehmend darum bemüht, Synergien herzustellen und Kräfte zu bündeln. Die Salzburger Plattform Zivilgesellschaft versucht, als Knotenpunkt und Kontaktstelle für NGOs aus politisch relevanten Bereichen zu agieren (Website Plattform Zivilgesellschaft). Sie vernetzt ATTAC-Regionalgruppen, das Salzburger Friedensbüro und andere sozialpolitisch und menschenrechtlich engagierte Vereine und Organisationen untereinander. Ein regionales Netzwerk von mehr als 30 Sozialeinrichtungen umfasst außerdem die Salzburger Armutskonferenz, die sich der strukturellen Armutsbekämpfung im Bundesland verschrieben hat. Zu ihren Mitgliedern zählen u. a. Organisationen wie die Salzburger Arbeiterkammer, die Caritas oder das Frauenhaus Salzburg (Website Salzburger Armutskonferenz). All diese Initiativen unterstreichen einen hohen und demokratiepolitisch wichtigen Vereinigungs- und Aktivitätsgrad in verschiedenen Bereichen. Eine wichtige Frage dabei ist, wie die Berufspolitik gegenüber der Zivilgesellschaft agiert. Im Sinne einer Good Governance, wie sie etwa bereits in einem Weißbuch der Europäischen Kom-

mission 2001 definiert wurde, sind im Umgang mit der Zivilgesellschaft gewisse Kriterien einzuhalten (vgl. Europäische Kommission 2001). Eine möglichst breite und frühe Einbeziehung im Gesetzgebungsprozess ist dabei aus demokratiepolitischer Perspektive wünschenswert. „Was gut wäre, wäre ein echtes Bekenntnis der Landespolitik zur Zusammenarbeit mit den NGOs, und eine Antwort auf die Frage: Wie gehen wir mit all diesen Vereinen und Initiativen der professionalisierten Zivilgesellschaft um. Es geht darum, dass die Politik auch fragt: Welche Ressourcen habt ihr überhaupt? Was braucht ihr für gutes Funktionieren? Welche Kommunikationswege haben wir denn gemeinsam, wo gibt es einen Austausch? Machen wir regelmäßige Gespräche usw. Da gibt es ganz viele Möglichkeiten“ (Interview Buggler 2016).

Für ein neues Rollenverständnis der politischen Parteien und der repräsentativen Organe argumentiert auch der Experte der Landtagsdirektion, Josef Hörmandinger: „Parteien und Abgeordnete haben eine Rolle als Gemeinschaftsmanager. Sie müssten Prozesse moderieren. Mögliches Szenario: Parteien werden die bestfunktionierenden Organisatoren der Partizipation durch ein neues Rollenverständnis“ (Interview Hörmandinger 2016).

Meinungsfreiheit

Im Bereich der Meinungsfreiheit gilt deren verfassungsmäßige Garantie als ein demokratisches Grundprinzip, das in Österreich und damit auch im Bundesland Salzburg ebenso wie Pressefreiheit erfüllt ist. Das Democracy Barometer hat für Österreich jedoch nachgewiesen, dass das Medienangebot nicht sehr hoch ist. Vielmehr gibt es eine hohe Medienkonzentration, also eine marktbeherrschende Stellung weniger Unternehmensgruppen und Personen, die Österreich im europäischen Vergleich zu einem Sonderfall macht (Democracy Barometer 2008). In der Zweiten Republik hat sich eine starke Marktdurchdringung der „Neue Kronen Zeitung“ ergeben, die sich in den letzten Jahren durch weitere Konzentrationsphänomene zugespitzt hat (vgl. Steinmaurer 2012). Die Neugründungen im Boulevardbereich, die mit der Gratiszeitung „Heute“ und der kostenpflichtigen Tageszeitung „Österreich“ gesetzt wurden, haben die Presselandschaft nicht erweitert, sondern die Medienkonzentration sogar erhöht. Dies ist aus demokratiepolitischer Sicht problematisch. Das Democracy Barometer hat diese Tatsache für Österreich als Nachteil in Hinblick auf die Demokratiequalität eingestuft (vgl. Democracy Barometer 2008), weil die Gefahr besteht, dass anstatt kritischer Aufarbeitung und Berichterstattung politischer Inhalte eine einseitige Beeinflussung der öffentlichen Meinung betrieben wird. Die österreichische Verlagsgruppe Mediaprint kontrolliert 62 % der Auflage aller österreichischen Tageszeitungen, 62 % der Auflage aller Wochenpublikationen und sogar die Gesamtheit aller politischen Magazine in Österreich (vgl. Website Demokratiezentrum).

Österreich stellt sich im europäischen Kontext also nach wie vor als Land mit geringer Medienvielfalt und einem hohen Grad an ökonomischer Konzentration dar. Dies wirkt sich auch nachteilig auf die ideologische Balance der Berichterstattung aus. Für das Bundesland Salzburg gilt dies auch, aber in geringerem Ausmaß, da mit den Salzburger Nachrichten eine Tageszeitung aus dem Qualitätsbereich Marktführer ist und damit mit der Mediaprint und ihren Partnern stark konkurriert. Die Chefredakteurin des Lokalteils der Salzburger Nachrichten, Sylvia Wörgetter, bestätigt dies in einem Interview: „Hier gibt es zwei stark konkurrierende Tageszeitungen und ein in der Tradition sehr selbstbewusstes Landesstudio des ORF, das eigentlich nie Hofberichterstattung gemacht hat“ (Interview Wörgetter 2016).

Durch die rasanten Veränderungen der Medienlandschaft sowie der Kommunikations- und Informationstechnologien spielt das Internet eine zunehmend wichtigere Rolle in der auch politisch relevanten Mediennutzung. Der Zugang zum weltweiten Netz ist somit ein wichtiger Indikator für die Möglichkeiten der Meinungsfreiheit geworden. In Österreich hat sich entsprechend den interna-

tionalen Trends die Internetnutzung in den letzten Jahren stark erhöht. Heute haben über 80 % der österreichischen Haushalte einen Internetzugang und Breitbandverbindungen. Statistiken aus dem Jahre 2011 zeigen, dass Österreich damals im europäischen Vergleich hinter Ländern wie den Niederlanden oder Deutschland, aber deutlich vor anderen wie Bulgarien lag. Innerhalb Österreichs lag Vorarlberg an der Spitze, das Burgenland, Kärnten und die Steiermark hingegen am unteren Ende. Salzburg, Tirol, Oberösterreich bildeten in etwa den Durchschnitt ab (Statistik Austria 2011). Für alle Bundesländer gilt, dass Haushalte mit Personen höheren Alters seltener einen Internetzugang haben als solche mit BewohnerInnen jüngeren Alters.

Die Auswirkungen der sozialen Medien auf die Meinungs- und die Pressefreiheit sowie die Demokratie insgesamt sind indes vor allem in den letzten Jahren sehr umstritten. Im Zuge der hohen Zuwanderung hat sich die politische Diskussion im Internet deutlich verschärft. Es ist dabei zu einer Zunahme von Hass- und Verhetzungspostings, Drohungen, Radikalisierung und antidemokratischen Meinungsäußerungen gekommen. Dieses noch relativ junge Problemfeld stellt Demokratien auf allen Ebenen vor neue Herausforderungen. Im Bundesland Salzburg ist man mit diversen Initiativen wie Exit B und einem Netzwerk gegen Extremismus sowie entsprechenden Projekten aktiv (vgl. Website Land Salzburg Exit B).

4.2 DAS PRINZIP KONTROLLE IN DER SALZBURGER DEMOKRATIE

Das Prinzip Kontrolle umfasst die drei Funktionen Wettbewerb, Gewaltkontrolle und Regierungsfähigkeit.

Wettbewerb

Für den Bereich Wettbewerb unterscheidet das Democracy Barometer zwischen Umstrittenheit und Offenheit.

Umstrittenheit

Zur Umstrittenheit zählen formelle Regeln wie die Wahlkreisgröße und die Gefahren einer Wahlmanipulation. Das Land Salzburg wird für Landtagswahlen in sechs Wahlbezirke eingeteilt. Die Verhältnismäßigkeit der Abgeordneten pro Bezirk ist durch ein entsprechendes Verfahren in der Landtagswahlordnung geregelt (vgl. LGBl Nr. 116/1998). Die Einteilung der Wahlbezirke orientiert sich an den Verwaltungsbezirken des Bundeslandes und ist somit wenig umstritten. Möglichkeiten einer Wahlmanipulation sind weitgehend ausgeschlossen, da die Auszählung durch WahlbeisitzerInnen aller Parteien durchgeführt und kontrolliert wird. Unregelmäßigkeiten in der Ausstellung von Wahlkarten und formale Fehler wurden zwar im Zuge der Bundespräsidentenwahlen 2016 aufgedeckt, jedoch gab es auch in diesem Fall keine Hinweise auf Manipulationen.

Ein weiterer Indikator für die Umstrittenheit ist die Knappheit des Wahlausgangs, gemessen an der Stimmenkonzentration auf die stärkste Partei und der Stimmendifferenz zur zweitplatzierten Partei. Nimmt man die letzten Landtagswahlen als Gradmesser, so betrug der Anteil der stärksten Partei 29 % und jener der zweitstärksten Partei 23,8 %, womit ein demokratiepolitisch geringer Grad an Stimmenkonzentration für die stärkste Partei gegeben ist (vgl. Website Land Salzburg). Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Salzburg damit im Bereich des politischen Wettbewerbs demokratiepolitisch ausgewogener aufgestellt. Nur in Oberösterreich und der Steiermark ist der Wettbewerb ähnlich ausgeglichen. Niederösterreich, Vorarlberg, Tirol, das Burgenland und Kärnten weisen eine relativ hohe Stimmenkonzentration auf die stärkste Partei auf. Auch in Hinblick auf die Offenheit des

Zugangs zu Wahlen und Ressourcen ist das Bundesland Salzburg vergleichsweise besser als der Rest Österreichs. Auch der Salzburger Politikwissenschaftler Franz Fallend bewertet den Wettbewerb im Bundesland positiv: „Ich denke, dass Salzburg dahingehend nicht schlecht dasteht, weil es kaum Phasen gegeben hat, wo eine politische Kraft oder Partei dominiert. In der Regel war das früher eine Proporzregierung und jetzt aktuell eine Dreiparteienregierung. Und das heißt: Politik war dadurch gekennzeichnet, dass verschiedene politische Parteien oder Kräfte zusammenarbeiten mussten, und das verhindert, dass irgendeine dominante Partei ihre Vorstellungen einseitig durchsetzt“ (Interview Fallend 2016).

Offenheit

Die Offenheit einer Demokratie lässt sich anhand der Eintrittshürden und der Chancen für kleinere Parteien ablesen. Die effektiven Hürden, um KandidatIn zu werden, sind in Österreich gering. Jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin ab 18 Jahren darf für ein Amt kandidieren und somit auch gewählt werden. Für eine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten muss man 35 Jahre alt sein. Es sind 6.000 Unterstützungserklärungen von wahlberechtigten ÖsterreicherInnen erforderlich, um als KandidatIn zugelassen zu werden. Um bei Nationalratswahlen als wahlwerbende Partei antreten zu können, braucht es einen Wahlvorschlag, der je Bundesland eingebracht wird. Für eine bundesweite Kandidatur sind 2.600 Unterstützungserklärungen erforderlich. Für das Bundesland Salzburg braucht es 200 Unterstützungserklärungen (vgl. LGBl 116/1998). Laut Landtagswahlordnung Salzburg ist ein Antreten bei Landtagswahlen auf Basis von Bezirkswahlvorschlägen möglich, die von wenigsten drei Mitgliedern des Landtags unterschrieben oder von mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlbezirks unterstützt werden müssen (ebd.). Die Chancen für kleinere Parteien, diese Eintrittshürden zu überspringen, sind vergleichsweise gut. Bei den Landtagswahlen 2013 traten sieben Parteien an. Die Offenheit ist somit rechtlich abgesichert. In vergleichbaren Fällen wie in den Schweizer Kantonen ist die Zahl der Unterschriften in einem ähnlichen Bereich wie in Österreich. Die Mindestzahlen bewegen sich dort zwischen 100 Unterschriften in Kantonen mit zwei bis zehn Sitzen und 400 Unterschriften in Kantonen mit mehr als 20 Sitzen. In den meisten deutschen Bundesländern sind mindestens 1.000 Unterschriften erforderlich. Das zeigt, dass die Zugangshürden in Österreich und somit auch in Salzburg relativ gering sind. Faktisch haben kleinere und jüngere Parteien, die keine Unterstützung von Abgeordneten vorweisen können, dennoch meist geringere Chancen auf Einzug in den Landtag. Auch in Hinblick auf finanzielle Voraussetzungen zum Führen eines Wahlkampfes, auf die Möglichkeiten, sich bekannt zu machen, und auf die Medienaufmerksamkeit ist es für neue Parteien und KandidatInnen ungleich schwieriger.

Gewaltenkontrolle

Horizontale Gewaltenkontrolle

Die horizontale Gewaltenkontrolle drückt sich in der Balance zwischen Exekutive und Legislative aus. Die Gewaltenteilung ist verfassungsmäßig grundgelegt und die Verfassungsgerichtsbarkeit ist gegeben. Auf Bundesländerebene gab es in der Zweiten Republik über viele Jahrzehnte hinweg das Proporzprinzip, d. h. die Regierungämter wurden nach dem Verhältnis der Stimmenanteile auf alle Parteien aufgeteilt. Dies war ein grundlegendes Moment der österreichischen Konkordanzdemokratie. Für die ersten Jahrzehnte der Nachkriegszeit war dieses Prinzip ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Konflikte zwischen den beiden großen Parteien sollten nicht wie in der Ersten Republik zu Staatskrisen und Bürgerkriegen führen, sondern durch ein Modell der Konsensdemokratie abgefedert werden (vgl. Dachs 1996). Politische Opposition gegenüber Landesregierungen wurde stark entschärft und aus dem öffentlichen Diskurs herausgenommen, weil alle Parteien an diesen Regierungen beteiligt

waren. Die Verbindungen zwischen Exekutive und Legislative waren personal relativ eng, die Kontrolle nicht besonders streng. Für Salzburg hat sich dafür der Begriff des Salzburger Klimas etabliert (vgl. Dachs 1991), das lange Zeit von politischem Konsens und geringer Konflikthaftigkeit geprägt war. In den 1990er Jahren kam die Konsenskultur qua Proporz zu einem Ende. In Salzburg hat sich im neuen Jahrtausend ein lebendiges Verhältnis zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik entwickelt. Der Landtag nimmt seine Kontrollaufgaben gegenüber der Landesregierung und der Verwaltung wahr, wodurch die horizontale Gewaltenkontrolle im Zeitvergleich deutlich wichtiger geworden ist. Auch im Bundesländervergleich ist die Kontrolle der Regierung durch den Landtag nicht zuletzt nach den Erfahrungen des Finanzskandals relativ stark ausgeprägt. Dennoch gibt es gewisse Überschneidungen zwischen Exekutive und Legislative. So ist aufgrund des faktischen Klubzwangs die Exekutive wie in ganz Österreich auch in Salzburg immer noch der treibende Akteur in legislativen Fragen. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Helmut Mödlhammer hat das in seiner Biografie sehr kritisch betrachtet: „Als ich im März 1994 in den Salzburger Landtag kam, habe ich den Klubzwang kennengelernt. Für mich ein echter Zwang, der eines demokratisch gewählten Abgeordneten unwürdig ist“ (Mödlhammer 2013, 50 f.).

Vertikale Gewaltenkontrolle/Föderalismus

Das bundesstaatliche Prinzip der österreichischen Verfassung garantiert den Föderalismus. Für die Qualität einer Demokratie ist dieser zweckmäßig, allerdings bezieht er sich in den gängigen Messinstrumenten auf die Frage, inwiefern Nationalstaaten in sich föderalistische Strukturen aufweisen. Unterhalb der Bundesländerebene ist dies in so kleinen Einheiten wie dem Bundesland Salzburg kein weiteres starkes Kriterium für Demokratiequalität. Dennoch spielt die bundesstaatliche Ausprägung des österreichischen Föderalismus eine wesentliche Rolle bei der Bewertung der Demokratiequalität sowohl auf Bundes- als auch auf Bundesländerebene.

Die österreichischen Bundesländer haben relativ wenige Kompetenzen in der Gesetzgebung. Der Bundesrat, durch den sie auf Bundesebene vertreten sind, ist nur ein konsultatives Gremium mit aufschiebenden Vetomöglichkeiten. Durch die mittelbare Bundesverwaltung, die zu den Aufgaben der Länder zählt, werden Verantwortungen zwischen Bund und Ländern häufig hin- und hergeschoben (vgl. Fallend 2015). Eine klarere Kompetenzaufteilung wäre zwar demokratiepolitisch ein Gewinn, ist von der Politik und der Bevölkerung aber nicht eindeutig gewünscht (ebd. 2015). Fiskale Autonomie für Bundesländer gibt es in Österreich nicht. ExpertInnen argumentieren im Zuge der Staatsreformdebatte häufig für mehr Spielraum, klare Kompetenzverteilung und fiskale Eigenständigkeit, also Steuerhoheit für die Bundesländer. Die derzeitige Situation des Föderalismus in Österreich ist jedenfalls demokratiepolitisch verbesserungsfähig.

Regierungs- und Implementierungsfähigkeit

Für die Qualität und Stabilität der Demokratie ist auch die Regierungs- und Implementierungsfähigkeit bedeutsam. Eine politische Entität, in der permanente Handlungsunfähigkeit oder häufige Regierungswechsel existieren, sind für die Lebensqualität ihrer Bevölkerung nachteilig. Daher ist die verfassungsmäßig vorgesehene und die effektive Dauer einer Legislaturperiode ebenso zu betrachten wie ein Mindestmaß an Vertrauen der Bevölkerung in die Regierungstätigkeit. Beispiele europäischer Nationalstaaten wie zuletzt Spanien oder vor einigen Jahren Belgien zeigen, wie die Unfähigkeit, eine Regierungsmehrheit zustande zu bringen, zu politischem Stillstand führt (vgl. Brack et al. 2015). Die Dauer der Legislaturperiode in Salzburg entspricht mit fünf Jahren den gängigen Standards von stabilen Demokratien. Auch effektiv wurde die gesetzlich vorgesehene Dauer in Salzburg in der Regel eingehalten, nur 2013 wurde die Wahl zum Landtag aufgrund des Spekulationskandals auf Mai vor-

gezogen. Die Regierungsfähigkeit der Landesregierung im Sinne von Implementierungskompetenz wird weder durch ein stark geäußertes Misstrauen der Bevölkerung noch durch politische Protestaktionen, militärische oder religiöse Eingriffe unterminiert. Regierungsbeschlüsse können in der Regel effektiv umgesetzt werden. Die Bürokratie ist funktionsfähig und weitgehend effizient, wenn auch durch eine Vielzahl von Regulierungen gewisse Hürden bei der Erledigung von Behördengängen in Teilbereichen vorhanden sind. Kritisiert wird vor allem die Überbürokratisierung, mit der Betriebe und Unternehmen zu kämpfen haben und die Betriebsansiedelungen erschwert (SN 06.07.2016). Die Landesregierung hat daher 2016 ein Deregulierungspaket vorgelegt sowie Bezirkshauptmannschaften und Abteilungen um Vorschläge zum Bürokratieabbau gebeten. Mit einer Reihe von Maßnahmen sollen Hürden schrittweise abgebaut werden.

4.3 DAS PRINZIP GLEICHHEIT IN DER SALZBURGER DEMOKRATIE

Das Prinzip Gleichheit umfasst die Funktionen Transparenz, Partizipation und Repräsentation. Wie bereits erwähnt, zielt die Analyse der Demokratiequalität nicht auf ökonomische Gleichheit im engeren Sinne ab. Entsprechende Indikatoren für diesen Bereich werden im Kapitel zu sozialer Inklusion betrachtet. Im hier folgenden Punkt geht es um politische Gleichheit, die es ermöglicht, dass alle StaatsbürgerInnen gleichen Zugang zum politischen System und zum demokratischen Meinungsaustausch haben.

Transparenz

Ohne Transparenz ist es ausgeschlossen, gleiche Information zu ermöglichen und damit gleiche Zugangschancen im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu erreichen. Für die Funktion Transparenz gelten daher die Absenz von Geheimhaltung, gewisse Transparenz Voraussetzungen und Informationszugang als wichtigste Indikatoren.

Absenz von Geheimhaltung

Bei der Absenz von Geheimhaltung spielen mehrere Aspekte eine Rolle, v. a. aber die Geheimhaltung im öffentlichen Dienst sowie jene in der Parteifinanzierung. In Österreich herrscht nach wie vor ein relativ striktes Amtsgeheimnis vor, das im europäischen Vergleich einzigartig ist. Das Amtsgeheimnis ist seit 1925 in Artikel 20, Absatz 3 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes verankert und gilt somit auch für Salzburg. „Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Organe anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen, im wirtschaftlichen Interesse einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, zur Vorbereitung einer Entscheidung oder im überwiegenden Interesse der Parteien geboten ist (Amtsverschwiegenheit)“ (B-VG Artikel 20, Abs. 3). Beamte/Beamtinnen und ehemalige Beamte/Beamtinnen, die das Amtsgeheimnis verletzen, können mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Diese Regelungen werden zwar seit Jahren scharf kritisiert, sind aber nach wie vor aufrecht. Trotz konkreter Vorschläge und ExpertInnenhearings im Verfassungsausschuss des österreichischen Parlaments ist es noch nicht zur nötigen Zweidrittelmehrheit gekommen, um das Amtsgeheimnis zu schwächen und die Auskunftspflicht gegenüber den BürgerInnen zu stärken. Das Land Salzburg hat jedoch mit einem Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterverwendung,

Datenschutz, Landesstatistik und Geodateninfrastruktur bereits wichtige Schritte in Hinblick auf mehr Transparenz geschaffen und ist damit weiter gegangen als andere Bundesländer. In § 15 über die Erleichterung des Zugangs zu Dokumenten und Transparenz ist festgehalten, dass öffentliche Stellen praktische Vorkehrungen zur Erleichterung des Zugangs zu Dokumenten zu treffen haben. Sie können dafür Informationsstellen und Auskunftspersonen benennen (vgl. LGBl 73/1988). Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gilt die Einführung einer Informationsfreiheitsbehörde als eine wünschenswerte Maßnahme, um den Zugang zu Informationen zu erleichtern (vgl. LBI-MR 2014).

Salzburg unterliegt darüber hinaus dem österreichischen Parteiengesetz und damit den Bestimmungen zur Transparenz der Parteienfinanzierung. Dieses wurde 2012 verschärft, nachdem der Rechnungshof wiederholt auf Missstände hingewiesen hat. Auch der Länderbericht zu Österreich, der 2008 von den ExpertInnen des Democracy Barometer verfasst wurde, unterstrich die bis dahin demokratiepolitisch negativen Auswirkungen der intransparenten Parteienfinanzierung (vgl. Democracy Barometer 2008). Die Verpflichtung zur Offenlegung der Parteifinanzierung ist im Parteiengesetz geregelt. Dies betrifft sowohl die Parteieinnahmen als auch die Parteiausgaben. Die Ausgaben für Wahlwerbung werden auf sieben Millionen Euro beschränkt. Im Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien, dem sogenannten Parteiengesetz 2012, heißt es zur Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben wörtlich in § 4.(1): „Jede politische Partei darf für die Wahlwerbung zwischen dem Stichtag der Wahl und dem Wahltag zu einem allgemeinen Vertretungskörper oder dem Europäischen Parlament maximal 7 Millionen Euro aufwenden. Wird derselbe Wahlvorschlag von zwei oder mehreren politischen Parteien unterstützt, so gilt die Höchstsumme für die zusammengerechneten Ausgaben dieser Parteien. In die Höchstsumme sind auch die Ausgaben einzelner Wahlwerber, die auf einem von der politischen Partei eingebrachten Wahlvorschlag kandidiert haben, einzurechnen, wobei Ausgaben eines Wahlwerbers für auf seine Person abgestimmte Wahlwerbung bis zu einem Betrag in der Höhe von 15.000 Euro außer Betracht zu bleiben haben“ (BGBl I Nr. 57/2012). Mit diesem Gesetz und nach Einrichtung eines Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senats im Jahre 2012 hat sich die Situation gegenüber zuvor etwas verbessert. Die Offenlegung von Parteifinanzien ist jedoch aus Sicht des Rechnungshofs bis heute nicht zufriedenstellend geregelt (Rechnungshof 2016). Als Kritik wird der Mangel an Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen geäußert. „Somit verfügt der Rechnungshof über keine Befugnisse für eine echte Finanzkontrolle. Damit ist ein wesentliches Ziel des Parteiengesetzes, nämlich die umfassende Transparenz hinsichtlich der Finanzierung aller Parteien, nicht erreicht“ (Rechnungshof 2016, 34). Der Rechnungshof nimmt eher die Rolle einer Meldestelle ein, kann aber nicht sanktionieren. Seine Rolle beschränkt sich auf die Entgegennahme, die formale Kontrolle und Veröffentlichung jener Informationen, die durch die Parteien in deren Rechenschaftsberichten zur Verfügung gestellt werden. Umfassende Transparenz ist damit weiterhin nicht gegeben, die Vermögenssituation der Parteien bleibt undurchsichtig. Eine Bagatellgrenze von 5.000 Euro verhindert überdies bei Inseraten in Medien eine klare Sicht auf die Vergabe von Werbeaufträgen. Der Rechnungshof kritisiert eine nach wie vor geringe Bereitschaft der Parteien, volle Transparenz zu gewährleisten und Rechenschaftsberichte vorzulegen sowie Unklarheiten im Gesetz (vgl. Rechnungshof 2016). All diese Kritikpunkte beziehen sich auf Österreich und das Bundesland Salzburg gleichermaßen.

Die Abwesenheit von Korruption ist ein weiterer wichtiger Aspekt in Hinblick auf die Absenz von Geheimhaltung. Laut einem Korruptionswahrnehmungsranking, das jährlich von der NGO Transparency International unter 174 Staaten durchgeführt wird, liegt Österreich für das Jahr 2015 auf Rang 16 (Website Transparency International). Der Index fußt auf einer Befragung von ManagerInnen über die Verbreitung von Korruption und Bestechung im öffentlichen Sektor sowie den Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung. Kritisiert wird insbesondere das österreichische Lobbyistengesetz. Es sei

unpräzise und leicht umgehbar (vgl. Trend 15.04.2015). Zwar ermöglicht es Einblick in die Liste von Lobbyisten, nicht aber in deren konkrete Kontakte zur Politik und ebenso wenig über Zahlungsflüsse. Sozialversicherungsträger und Religionsgemeinschaften sind überdies von dem Gesetz ausgenommen, was ebenso kritisiert wird wie die Tatsache, dass die Kammern keine Namen von MitarbeiterInnen angeben müssen. Transparency Österreich schätzt sogar, dass zwei Drittel der tatsächlichen Lobbyisten von diesem Gesetz nicht erfasst seien. Sogenannte Cooling-off-Phasen für einen Wechsel von PolitikerInnen in die Privatwirtschaft fehlen überdies (vgl. Reinberg-Leibel 2014).

Daten für die österreichischen Bundesländer liegen zwar nicht vor, aber das Bundesland Salzburg hat aufgrund des Finanz- und Spekulationsskandals im Jahr 2013 erheblichen finanziellen und öffentlichen Schaden erlitten. Und das, obwohl das Land bereits zuvor verschiedene Bemühungen unternommen hat, um präventiv gegen Korruption vorzugehen. Neben entsprechenden Informationsveranstaltungen wurde etwa ein Handbuch für Landesbedienstete erstellt. Für öffentliche Unternehmen mit Landesbeteiligung gibt es seit 2012 einen Corporate Governance Kodex (Land Salzburg 2012), für den der Salzburger Landesrechnungshof Überarbeitungen anregt: „Der LRH regt an, den SCGK zu überarbeiten und seine Inhalte präziser, ähnlich denen auf nationaler und internationaler Ebene zu formulieren. So sollte etwa konkret angeführt werden, ob eine Bestimmung zwingend anzuwenden ist, ob ein Abweichen möglich ist und zu begründen ist oder ob es sich lediglich um eine Empfehlung handelt. Ziel sollte sein, die Anwendbarkeit in der Praxis zu erleichtern.“ (SLRH 2016, 17). Wie in anderen geltenden Regelwerken im Zusammenhang mit Transparenz ist auch hier die Verbindlichkeit noch zu verschärfen. Schärfere Regeln und umfassende Information wären aufgrund der Erfahrungen im Land dringend zu empfehlen. Auch die Stadt Salzburg hat 2013 ein Handbuch mit rechtlichen Hinweisen und Beispielen erstellt. Ähnliches gibt es vom Bundeskanzleramt und vom österreichischen Städtebund. Dieser hat mit den Landesgruppen Steiermark und Kärnten und unter aktiver Beteiligung von ExpertInnen der Städte Wien, Villach und Graz außerdem ein eigenes E-Learning-Programm für kommunale Bedienstete entwickelt (vgl. Website ÖSTB). Die Stadt Salzburg hat außerdem mit dem Subventionschecker ein Instrument entwickelt, das in Transparenzfragen ein gutes Beispiel gibt (vgl. Website Offener Haushalt).

Für den Salzburger Landtag ist in Hinblick auf Transparenz positiv zu vermerken, dass seit 2008 die Landtagssitzungen live im Internet mitverfolgt werden können. Auch die Website des Landtags und der Landesregierung sind im Vergleich zu anderen Bundesländern auf einem sehr aktuellen Stand und bieten übersichtliche Informationen.

Voraussetzungen für Transparenz

Zu den Voraussetzungen für Transparenz zählen Informationsfreiheit, also der Zugang der BürgerInnen zu den staatlichen Dokumenten, offene und freie Berichterstattung sowie die Bereitschaft zur transparenten Kommunikation. Die Informationsfreiheit ist wie bereits beschrieben durch das Amtsgeheimnis eingeschränkt, auch wenn grundsätzlich Auskunftspflicht ebenfalls rechtlich vorgesehen ist. Die beiden Gesetze stehen sich hier gegenseitig im Wege. Im internationalen Right to Information Rating liegt Österreich sogar auf dem letzten Platz unter 111 Nationen (vgl. Website Access Info). Die Einführung eines Transparenzportals auf Bundesebene hat zwar zu mehr Klarheit über Förderungen geführt, ist aber nur ein erster ungenügender Schritt (vgl. Website Transparenzportal). Die Einführung einer/eines Informationsbeauftragten, die auf bundesstaatlicher Ebene eingefordert wird, wäre auch auf Landesebene eine sinnvolle Maßnahme zur Verbesserung des Informationszugangs. Allerdings können nur strenge Gesetze als wirksame Voraussetzung für Transparenz betrachtet werden. In Hinblick auf mediale Berichterstattung herrscht prinzipiell Informationsfreiheit vor, aber auch hier wirkt die rechtliche Situation durch das Amtsgeheimnis nachteilig, weil Medien über

gewisse Sachverhalte nicht informiert werden bzw. eben keine Auskünfte erhalten. Politische Eingriffe in die Berichterstattung sind in Salzburg nicht dokumentiert. Die Bereitschaft der transparenten Kommunikation unter den politischen Eliten ist jedoch eher gering ausgeprägt (vgl. Reinberg-Leibel 2014). Welche Verbesserungen möglich wären, zeigt die Stadt Hamburg, in der seit 2012 eine Veröffentlichungspflicht für alle offiziellen Akte und Entscheidungen gilt, mit Einschränkungen nur im Bereich personenbezogener Daten.

Repräsentation

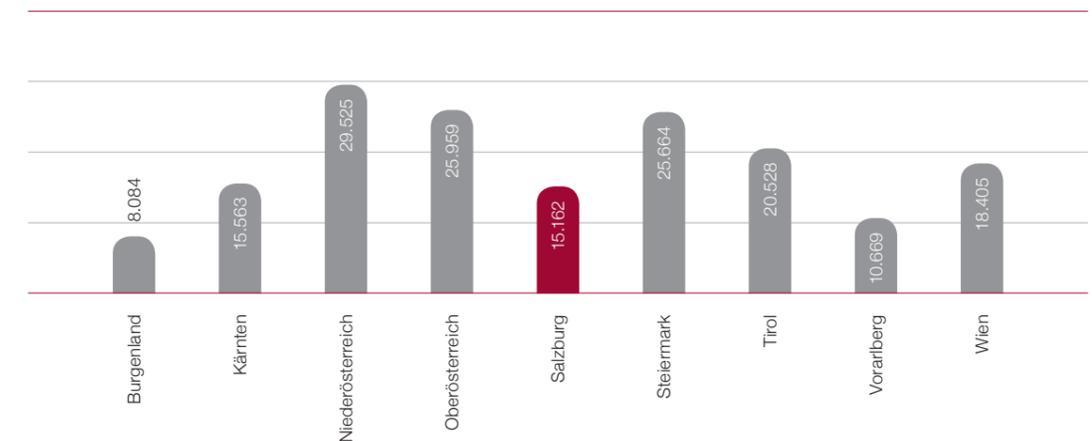
Eine der zentralen Funktionen einer repräsentativen Demokratie ist die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse in einem Parlament bzw. in den politischen Entscheidungsgremien. Für die Funktion Repräsentation wird daher unterschieden in substantielle Repräsentation und deskriptive Repräsentation.

Substantielle Repräsentation

Die substantielle Repräsentation wird auf Basis einiger Indikatoren untersucht, zu denen die Sitzzahl pro EinwohnerIn, die konstitutionellen Möglichkeiten direkter Demokratie und Verzerrungsindikatoren zählen.

Im Salzburger Landtag sind 36 Sitze bei einer EinwohnerInnenzahl von 545.815 (Stand 01.01.2016) zu vergeben. Das heißt, dass auf eine/n Abgeordnete/n ca. 15.162 EinwohnerInnen des Bundeslands Salzburg kommen. Damit liegt Salzburg im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ gut, nämlich an dritter Stelle hinter dem Burgenland und Kärnten (vgl. Website Land Salzburg).

Abbildung 7: Anzahl der EinwohnerInnen pro Abgeordneter/m



Quelle: Websites der Bundesländer.

Im Vergleich zum österreichischen Nationalrat, wo auf eine/n Abgeordnete/n ca. 45.300 EinwohnerInnen kommen, und zum EU-Schnitt, der bei ca. 50.900 EinwohnerInnen pro Abgeordnetem/Abgeordneter liegt, schneiden die österreichischen Bundesländer hier sehr gut ab (vgl. Website Parlament). Dabei gilt, je größer die EinwohnerInnenzahl in einem Land oder Staat ist, umso schlechter ist das „fiktive Vertretungsverhältnis“. In Deutschland liegt es etwa bei 132.300 EinwohnerInnen pro

Abgeordnetem/Abgeordneter. Dänemark, das in Demokratiemessungen stets unter den ersten zu finden ist, hat ein Vertretungsverhältnis von 26.000 und kommt damit den österreichischen Bundesländern relativ nahe. Die Repräsentation ist im Bundesland Salzburg also dahingehend auf einem guten Niveau im nationalen wie im internationalen Vergleich.

Unter dem Aspekt der Repräsentation werden auch die Möglichkeiten der direktdemokratischen Einflussnahme durch die Bevölkerung gefasst. Diese ist in der Salzburger Landesverfassung gegeben. Sie sieht die Möglichkeit von Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen vor (vgl. L-VG Salzburg). Allerdings wurde in der Geschichte Salzburgs selten von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Zuletzt hat eine landesweite Volksbefragung zu einer Olympia-Bewerbung im Jahre 2005 eine Wahlbeteiligung von ca. 19 % ergeben (vgl. Website Politik Lexikon). Eine von der Opposition beantragte Volksbefragung über den Wohnbaufonds wurde 2014 aufgrund formaler Mängel abgewiesen. Die Volksbefragung ist ein Minderheitenrecht im Salzburger Landtag. Ein Drittel der 36 Abgeordneten kann eine solche beantragen.

Bürgerbegutachtungsverfahren, wie sie im Burgenland, in Niederösterreich, Oberösterreich, der Steiermark und Vorarlberg existieren, sind hingegen nicht vorgesehen (vgl. Welan 2000). Auch Verwaltungsinitiativen, bei denen eine bestimmte Anzahl von Stimmberechtigten von der Landesregierung die Vornahme eines bestimmten generellen Verwaltungsaktes verlangen kann, gibt es in der Salzburger Landesverfassung nicht.

Im Rahmen der Fragestellung von Einflussmöglichkeiten für BürgerInnen innerhalb der repräsentativen Demokratie hat der Salzburger Landtag von 2013 bis 2016 eine Enquete-Kommission eingesetzt, um über eine Demokratiereform zu diskutieren. Auf der entsprechenden Website heißt es dazu: „Am 11. September 2013 hat der Salzburger Landtag die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Vorbereitung neuer Mittel der Teilhabe, Mitbestimmung und direkten Demokratie für Salzburgs Bürgerinnen und Bürger beschlossen (...). Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe! Auf der Seite ‚Mein Vorschlag‘ finden Sie ein Textfeld, in dem Sie uns Ihren Vorschlag oder Wunsch nach zu (sic) einer Verbesserung unseres demokratischen System zuschicken können“ (Website Enquête-Kommission). Diesem Auftakt folgten mehrere Sitzungen, in denen verschiedene Themen wie eine Wahlrechtsreform, eine Erhöhung des Frauenanteils in der Politik, ein mehrstufiges Modell der Mitentscheidung, öffentliche Hearings für Mitglieder der Landesregierung, Berichte der Beiräte der Landesregierung an den Landtag diskutiert sowie BürgerInnenräte durchgeführt wurden. Die Bemühungen einer breiten Einbeziehung der Bevölkerung fruchteten auf der genannten Website zwar kaum, doch wurden über BürgerInnenräte neue Methoden partizipativer Demokratie erprobt. Diese BürgerInnenräte sind moderierte Beteiligungsverfahren, bei denen zufällig ausgewählte BürgerInnen über Landes- und Gemeindepolitik beratschlagen. Die Ergebnisse der Enquête-Kommission zur Demokratiereform sind in den meisten Bereichen eher auf der symbolischen Ebene bzw. bei Empfehlungen geblieben (vgl. Website Enquête-Kommission). Der Salzburger Landtag bekennt sich aber zur partizipativen Demokratie und zur weiteren Durchführung von BürgerInnenräten (vgl. Salzburger Landtag Antrag 216). Die Vorteile dieses Modells bestehen zweifellos im aleatorischen Auswahlverfahren, der beratenden Einbeziehung der BürgerInnen, der Förderung des Dialogs und der gegenseitigen Toleranz. Die Schwächen liegen in der Unverbindlichkeit, in einer eher geringen Nachhaltigkeit der punktuellen Beratungen sowie in den schwer zu organisierenden Herausforderungen einer vor- und nachbereitenden Arbeit mit den ausgewählten Personen (vgl. Oppold 2012; Helmer-Denzel und Weber 2013). Obwohl die Ergebnisse der Enquête-Kommission vorrangig konsultativen Charakter haben, ist das Engagement des Landtags und sein Bekenntnis zur weiteren Durchführung von BürgerInnenräten ohne Frage ein demokratiepolitischer Fortschritt. Die Qualität der Repräsentation kann davon profitieren. Allerdings ist anzumerken, dass gerade in komplexen und sehr umstrittenen Politikfeldern

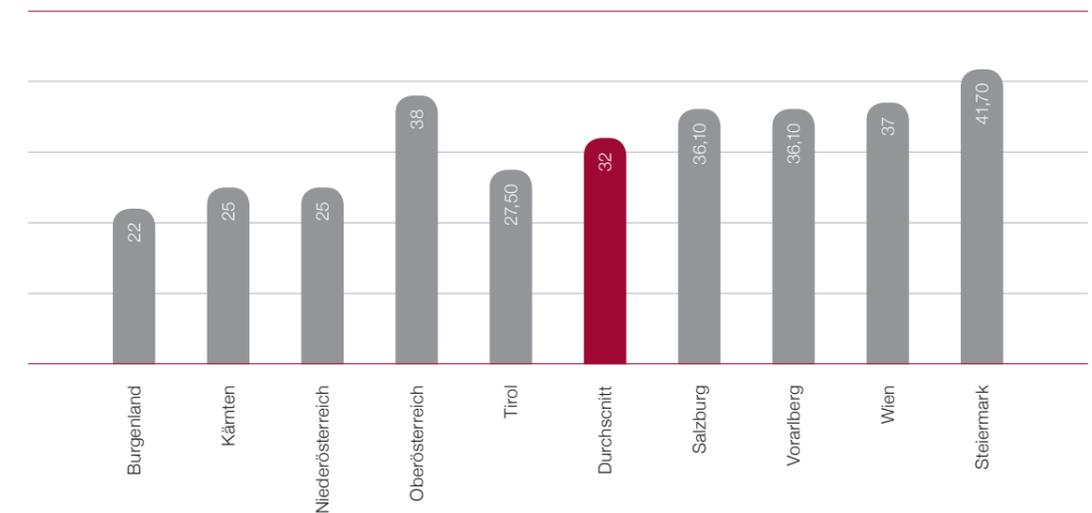
wie etwa Migrationsfragen die Anwendung dieser Methoden an ihre Grenzen stößt und weder die Konsultation von ExpertInnen noch die politische Entscheidungskompetenz der gewählten RepräsentantInnen ersetzen kann.

Eingeschränkt wird die Repräsentativität der Salzburger Demokratie insgesamt dadurch, dass es erwachsene Personen mit Wohnsitz in Salzburg gibt, die über kein Wahlrecht für den Landtag verfügen und somit auch nicht gewählt werden können. Das sind Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Hier zeigt sich, dass in Salzburg als Bundesland mit der drittgrößten Quote von AusländerInnen von 15,6 % (85.298 Personen) und unter Abzug der unter 16-Jährigen dieser Gruppe bereits 13 % der im Bundesland lebenden Menschen kein Wahlrecht aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft besitzen. In absoluten Zahlen sind dies Anfang 2016 also 72.093 Personen (vgl. Website Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik). In Wien liegt der Anteil der AusländerInnen über 16 Jahren bei 22,9 %. Aus demokratiepolitischer Sicht ist der Faktor Repräsentation durch diese Zahlen etwas eingeschränkt, da ein beträchtlicher Anteil der Wohnbevölkerung sich nicht zur Wahl stellen und auf Landes- und Bundesebene freilich auch nicht wählen kann. Anders stellt sich die Lage für EU-AusländerInnen auf kommunaler Ebene dar. Hier haben sie auch das passive Wahlrecht und können in Gemeinderäte gewählt werden.

Deskriptive Repräsentation

Die deskriptive Repräsentation zeigt die konkreten Vertretungsverhältnisse nach verschiedenen Kriterien. Das Geschlecht spielt hierbei eine besonders wichtige Rolle. Empirisch ist bekannt, dass trotz einem Anteil der weiblichen Bevölkerung von etwa 50 % an der Gesamtbevölkerung ihre Repräsentation in politischen Institutionen deutlich geringer ist.

Abbildung 8: Frauenanteil in österreichischen Landtagen (in Prozent, Stand 2016)



Quelle: Eigene Berechnung nach Websites der Landtage.

Der Frauenanteil in den österreichischen Landtagen war im Durchschnitt höher als im österreichischen Nationalrat, wo er 2016 bei 30,6 % lag. Salzburg befindet sich knapp über dem Durchschnitt mit 36,1 % Frauen im Salzburger Landtag. Im internationalen Vergleich haben 2016 Länder wie Ruanda¹ (63,8 %), Bolivien (53,1 %) und Kuba (48,9 %) die höchsten Frauenanteile. Das europäische Land mit dem höchsten Frauenanteil im nationalen Parlament ist Schweden mit einem Anteil von 43,6 %. Auch in Finnland und Island liegt der Anteil über 40 %, in allen anderen europäischen Staaten darunter. Das Bundesland Salzburg ist in etwa auf einer Ebene mit dem deutschen Bundestag. In den deutschen Länderparlamenten ist der durchschnittliche Anteil an Frauen in etwa bei 30 % – mit einer ähnlichen Bandbreite wie in Österreich (vgl. Website IPU).

Der Frauenanteil in den Landesregierungen ist tendenziell geringer als der in den Landtagen. Den höchsten Frauenanteil (Stand 2016) mit 50 % (4 von 8) weist Tirol auf, gefolgt von Wien (6 von 13) und Niederösterreich (4 von 9). Mit zwei Frauen von sieben Mitgliedern der Landesregierung liegt Salzburg hier gleichauf mit dem Burgenland, Kärnten und Vorarlberg. Geringer ist der Anteil weiblicher Regierungsmitglieder damit nur noch in Oberösterreich, wo nur eine Frau unter den neun Regierungsmitgliedern vertreten ist. Mit nur drei Ministerinnen und einer Staatssekretärin bei einer Regierung von 16 Personen ist der Frauenanteil auch in der österreichischen Bundesregierung mit 25 % relativ gering (vgl. Websites der Landtage). Das Bundesland Salzburg hat aktuell eine Landtagspräsidentin und hatte auch bereits einen weiblichen Landeshauptmann². Letzteres trifft ansonsten bisher nur auf die Steiermark zu.

In Hinblick auf die ethnische Herkunft bzw. Migrationshintergrund ist die österreichische Politik insgesamt wenig repräsentativ. Die Zugangschancen für Minderheiten sind gering. In den meisten Parteien der meisten Landtage werden Personen mit Migrationshintergrund aus welchen Gründen auch immer selten auf wählbaren Plätzen aufgestellt. Die Funktion der Repräsentation der Gesellschaft wird von den Parteien damit nur eingeschränkt und in unterschiedlichem Ausmaß erfüllt. Sowohl was die Geschlechter als auch was den ethnischen Hintergrund betrifft, sind die Parteien kaum ein Spiegel der pluralistischen Gesellschaft. Lediglich in Hinblick auf die Diversität des Alters der Abgeordneten gibt es positive Entwicklungen zu verzeichnen. So ist ein wachsender Anteil an jüngeren PolitikerInnen im Salzburger Landtag zu beobachten.

Partizipation

Partizipation ist ein entscheidender Gradmesser für die Qualität und die Akzeptanz einer Demokratie. Sie wirkt sich, wie eingangs bereits erwähnt, auch auf die Lebensqualität unmittelbar aus als andere Aspekte. Zentral sind dabei die Gleichheit der Partizipation aus rechtlicher Perspektive und die effektive Partizipation.

Gleichheit der Partizipation

Die Gleichheit der Partizipation misst sich an einer Reihe von Indikatoren, die den rechtlichen Rahmen und konkrete Ausprägungen beinhalten. Ein erster Ausgangspunkt ist die Verbreitung des universellen Wahlrechts, die in Österreich und damit auch in Salzburg flächendeckend gegeben ist. Es besagt nichts anderes, als dass alle österreichischen StaatsbürgerInnen das Recht haben, zu wählen und gewählt zu werden, sobald sie das 16. bzw. 18. Lebensjahr vollendet und damit das aktive bzw. passive Wahlalter erreicht haben. Ein Ausschluss vom Wahlrecht ist nur bei einer unbedingten Freiheitsstrafe zulässig, die fünf Jahre übersteigt und bei der es eine ausdrückliche Begründung des Gerichts für den Entzug des Wahlrechts gibt. Neben den Regelungen der österreichischen Bundesverfassung hält für Landtagswahlen auch die Landesverfassung fest: „Das Wahl- und Stimmrecht ist gleich und wird geheim, unmittelbar, persönlich und frei ausgeübt“ (L-VG Salzburg, Artikel 6). Salzburg war im

Jahr 2005 das dritte Bundesland Österreichs nach Wien und dem Burgenland, in dem die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf Landesebene beschlossen wurde. Damit zählt das Wahlrecht Österreichs und Salzburgs auch international betrachtet zu den inklusivsten. Auf kommunaler Ebene sind zudem nach europäischem Recht auch EU-AusländerInnen mit Wohnsitz wahlberechtigt.

Ein weiterer Indikator neben dem universellen Wahlrecht ist der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung. Der Faktor der Gleichheit der Partizipation wird durch die Anzahl der Menschen, die kein Wahlrecht haben, eingeschränkt. Dies wurde bereits unter dem Aspekt der Repräsentation vermerkt. In Salzburg betrifft dies etwa 13 % der erwachsenen Bevölkerung. Aus demokratiepolitischer Sicht ist der Faktor Partizipation durch diese Zahlen etwas eingeschränkt, da ein gewisser Anteil der Wohnbevölkerung auf Landes- und Bundesebene und Drittstaatsangehörige auch auf Gemeindeebene nicht wählen können.

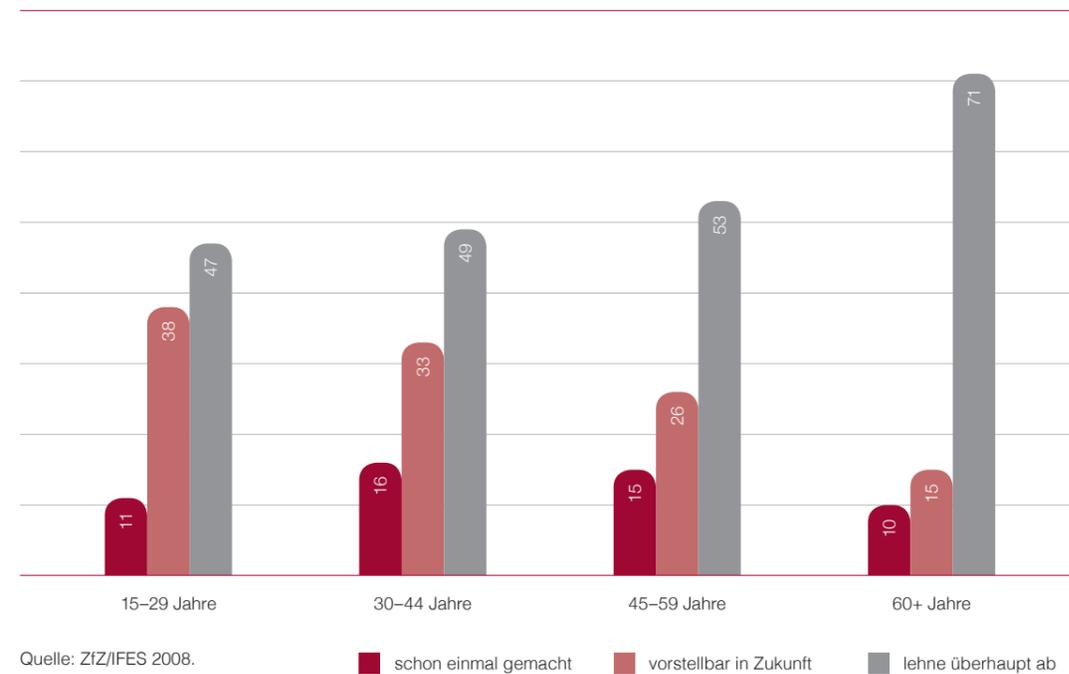
Hinzu kommt, dass in Salzburg viele Menschen aus benachbarten Regionen wie Bayern oder Oberösterreich zur Arbeit oder zum Studium einpendeln. Diese Personen verbringen damit zwar einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit in Salzburg, können über die politischen Bedingungen aber nicht mitentscheiden und entwickeln umgekehrt auch keine politische Loyalität zu Salzburg. Diese Problematik wird zwar politisch kaum wahrgenommen, stellt demokratiepolitisch aber eine Herausforderung dar. Der Schweizer Politikwissenschaftler Reiner Eichenberger hat dazu 2002 den Vorschlag eines funktionalen Föderalismus entwickelt, bei dem PendlerInnen unter gewissen Voraussetzungen ein Mitspracherecht in ausgewählten politischen Belangen eingeräumt wird (vgl. Eichenberger 2002). Der österreichische Politikwissenschaftler Reinhard Heinisch bringt die Herausforderung in einem für das Projekt durchgeführten Experteninterview auf den Punkt: „Die Frage ist: Wie kann man deutsche oder oberösterreichische Pendler in politische Entscheidungen in Salzburg einbinden? Bisher findet ein Interessenausgleich nicht statt, weil es auch das Gremium dafür nicht gibt. Dasselbe betrifft auch einen Ausgleich zwischen Gemeinden innerhalb Salzburgs“ (Interview Heinisch 2016). Damit wird ein grundlegendes Problem demokratischer Beteiligung angesprochen, das gerade in Ballungsräumen und Grenzregionen von Bedeutung ist. Wenn demokratiepolitisch der Grundsatz gilt, dass die von Entscheidungen dauerhaft Betroffenen auch partizipieren sollen, dann wären innovative Reformen nötig, die einpendelnden ArbeitnehmerInnen gewisse (zumindest beratende) Mitspracherechte gewähren. Während Unternehmen durch Lobbying und andere Methoden Zugang zu Entscheidungsmechanismen haben, sind diese Wege für andere Bevölkerungsgruppen meistens versperrt. Eine entsprechende Innovation wäre hier ein Demokratieverbund etwa in den Grenzen der Europa-region, der betroffene Gemeinden und deren BürgerInnen vernetzt.

Die Gleichheit der Partizipation spiegelt sich maßgeblich auch an den Beteiligungsraten nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen wider. Bildung, Einkommen, Alter und Geschlecht sollten sich möglichst wenig auf das Partizipationsverhalten auswirken. Die empirischen Daten der Demokratieforschung zeigen jedoch auch in Österreich und Salzburg eine deutliche Diskrepanz in der Wahlbeteiligung zwischen Menschen mit höherem formalen Bildungsabschluss und solchen mit einem niedrigeren. Anders formuliert: Je höher der formale Bildungsabschluss eines Menschen, desto eher nimmt er/sie an Wahlen und anderen Formen politischer Partizipation teil. Bildung ist somit der stärkste Indikator für Wahlbeteiligung. Unterschiede gibt es aber auch in Hinblick auf Geschlecht und Alter sowie Einkommen. Ältere Menschen wählen eher als jüngere und Männer wählen eher als Frauen. Je höher das Einkommen, umso eher wird gewählt. Hinzu kommt in Salzburg ein Land-Stadt-Gefälle. So ist die Wahlbeteiligung am Land in der Regel höher als in der Stadt. Der typische Wähler im Bundesland Salzburg ist zugespitzt formuliert also ein älterer, gebildeter, wohlhabender Mann, der in einer kleineren Gemeinde lebt, während die typische Nichtwählerin eine junge, weniger gebildete Frau mit geringem Einkommen ist und in der Stadt Salzburg lebt. Zwar gibt

es im Bundesländervergleich hierzu keine konkreten Untersuchungen, aber eine Studie des Zentrums für Zukunftsstudien (ZfZ) aus dem Jahr 2008 zeigt die Unterschiede für Österreich deutlich auf. Während von den Wahlberechtigten unter 29 Jahren nur 52% bereits an Wahlen teilgenommen haben, liegt dieser Anteil bei den über 60-Jährigen bei 86%³. Die 30- bis 44-Jährigen haben zu 74% bereits partizipiert, die 45- bis 59-Jährigen zu 77%. Personen, deren höchster Bildungsabschluss die Pflichtschule ist, haben nur zu 61% an Wahlen teilgenommen. Jene mit Matura und mehr zu 83% (ZfZ/IFES 2008).

Etwas anders stellt sich die Situation bei alternativen oder unkonventionellen Partizipationsformen wie Streiks, Demonstrationen, Petitionen usw. dar. Diese werden in Österreich tendenziell kritisch betrachtet. Die politische Kultur ist nach wie vor und trotz vieler Weiterentwicklungen als eher passiv einzustufen. Unkonventionelle Partizipationsformen werden eher von Gebildeten wahrgenommen, jedoch dreht sich die Alterszugehörigkeit ins Gegenteil. Besonders bei Demonstrationen zeigt sich, dass es die Jüngeren sind, die dieser Partizipationsform positiver gegenüberstehen, während die Älteren sie mehrheitlich ablehnen.

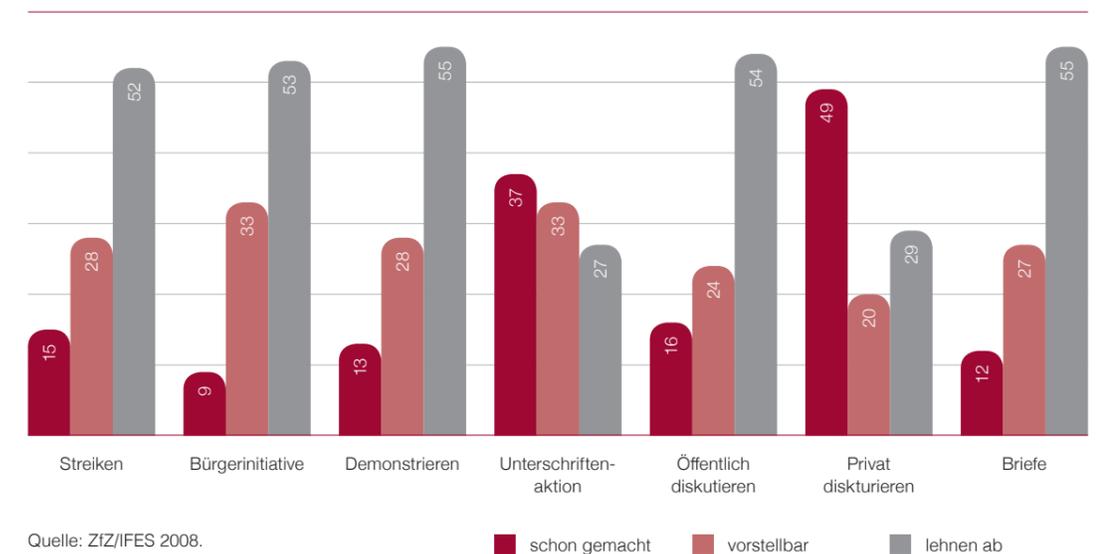
Abbildung 9: Partizipationsbereitschaft Demonstrationen



Wie die Abbildung zeigt, lehnten 2008 71% der über 60-jährigen ÖsterreicherInnen die Teilnahme an Demonstrationen überhaupt ab. Bei den 15- bis 29-Jährigen trifft dies immer noch auf 47% zu. Von den jüngeren Menschen können sich 38% vorstellen, in Zukunft zu demonstrieren, während das bei den über 60-Jährigen nur für 15% in Frage kommt. Dass Österreich bis heute insgesamt eine politisch eher passive Kultur aufweist, zeigt sich aber daran, dass über alle Altersgruppen hinweg durchschnittlich 55% die Teilnahme an Demonstrationen überhaupt ablehnen und nur 10% schon einmal demonstriert haben (vgl. ebd. 2008). Menschen in ländlichen Regionen sind Demonstrationen gegenüber

skeptischer als StadtbewohnerInnen. Am höchsten ist die Bereitschaft zu demonstrieren unter StadtbewohnerInnen, die mindestens die Matura haben. Die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und WestösterreicherInnen sind in dieser Frage relativ gering. Gemessen am Haushaltseinkommen gilt: Je höher dieses ist, umso höher ist auch die Bereitschaft, an Demonstrationen teilzunehmen. Bildungsgrad und Einkommen spielen also auch bei dieser Frage eine große Rolle. Von den Personen mit Pflichtschulabschluss lehnten 2008 72% die Teilnahme an einer Demonstration grundsätzlich ab, jene mit Matura nur zu 42%. Unterschiede gibt es auch in Hinblick auf das Geschlecht. Frauen lehnten Demonstrationen zu 60% ab, Männer zu 50%. Diese Daten stammen wie erwähnt aus dem Jahr 2008 und beziehen sich auf ganz Österreich (vgl. ZfZ/IFES 2008). Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Tendenz auch für Salzburg oder andere Bundesländer und das Jahr 2016 gilt. Die Gleichheit der Partizipation ist somit vor allem durch Unterschiede im Bildungsgrad, aber auch durch solche des Alters, der Geschlechtszugehörigkeit, des Einkommens und des Wohnorts beeinträchtigt. Die Altersunterschiede bei der Wahlteilnahme gleichen sich zwar durch die Teilnahmebereitschaft an alternativen oder unkonventionellen Beteiligungsformen etwas aus, die anderen soziodemografischen Unterschiede bleiben aber aufrecht. Vergleicht man Salzburg oder Österreich hier mit anderen Staaten, so zeigt sich dennoch eine relativ ausgewogene Beteiligung. Deutlich schlechter schneidet dahingehend etwa die Schweiz ab, in der die soziale Selektivität in der Partizipation besonders ausgeprägt ist. Deutlich besser schneiden die skandinavischen Staaten ab, die eine deutlich geringere soziale Selektivität in allen Beteiligungsformen aufweisen.

Abbildung 10: Bereitschaft und Akzeptanz unkonventioneller Partizipationsformen

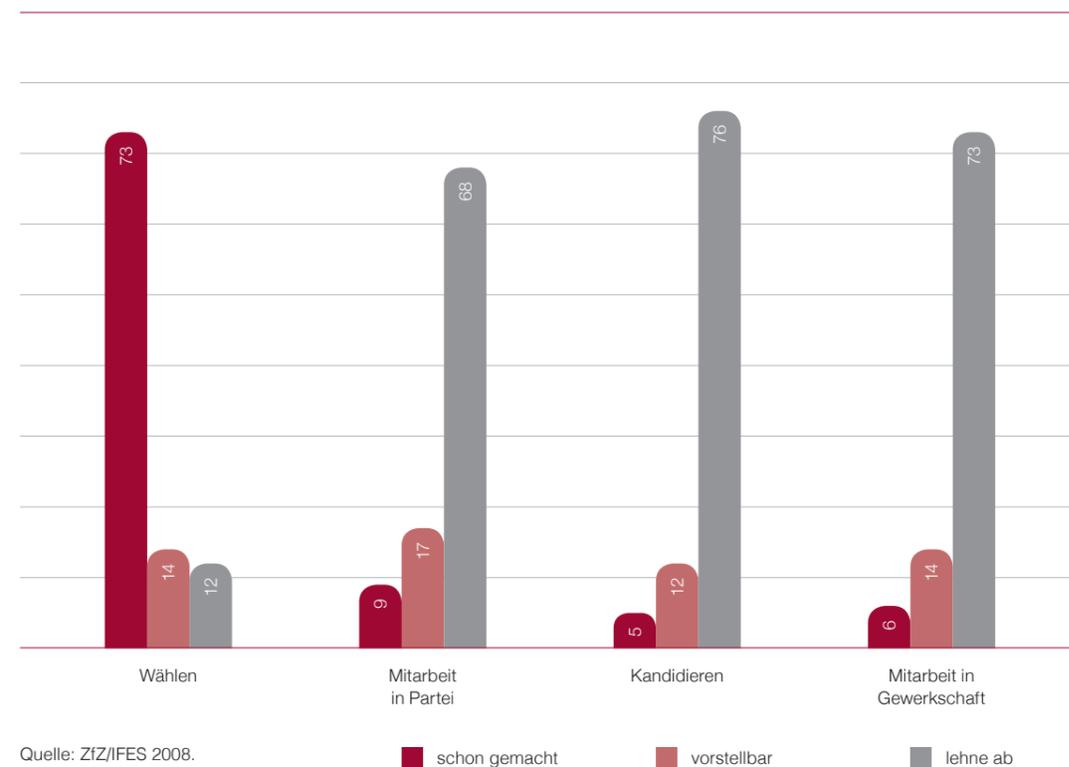


Auffallend ist bereits 2008 die hohe Ablehnung der Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen. So lehnten es 55% ab, Leserbriefe oder Briefe an PolitikerInnen zu schreiben. Im Westen Österreichs war dies sogar für 59% unvorstellbar. Gleichzeitig war 2008 aber auch ein Großteil anderer Formen politischer Beteiligung für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen nicht vorstellbar, nämlich streiken, sich in Bürgerinitiativen engagieren, demonstrieren, öffentlich über Politik diskutieren oder eben Leserbriefe/

Briefe an PolitikerInnen verfassen (vgl. ZfZ/IFES 2008). Diese Daten untermauern eindrucksvoll, dass Österreich eine passive politische Kultur aufweist, die auch für Salzburg gilt. Veränderungen in den letzten Jahren sind nicht auszuschließen, aber eine deutliche Trendwende ist unwahrscheinlich.

Auffällig ist in ganz Österreich die geringe Bereitschaft, sich selbst in einem politischen Amt zu engagieren. 2008 lehnten dies 76 % grundsätzlich ab (ebd. 2008). Nur 12 % konnten sich ein politisches Amt auf Gemeindeebene vorstellen. Im Westen Österreichs war dieser Anteil mit 15 % geringfügig höher. Es ist davon auszugehen, dass sich an diesen Werten seither keine nennenswerten Veränderungen ergeben haben. Dem allgemeinen Trend entsprechend wäre im Falle von Veränderungen allerdings eher ein weiteres Absinken anzunehmen, während sich möglicherweise die Bereitschaft zur Teilnahme an unkonventionellen Formen erhöht hat.

Abbildung 11: Bereitschaft zu weiteren Formen politischer Beteiligung 2008



Auch die Mitarbeit in Parteien war 2008 bereits für 68 % der ÖsterreicherInnen unvorstellbar. Und sogar in Gewerkschaften, deren Image doch noch deutlich besser ist als jenes der Parteien, kam für 73 % eine Mitarbeit nicht in Frage.

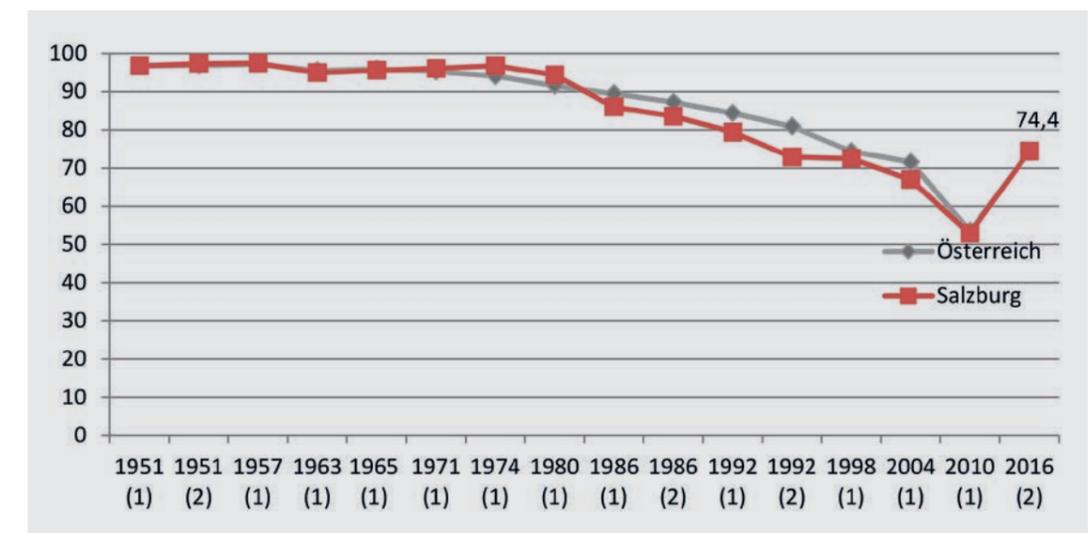
Effektive Partizipation

Zu den Indikatoren für effektive Partizipation zählen die verfügbaren Instrumente der Wahl. Diese wurden neben der persönlichen Stimmabgabe im Wahllokal bereits vor einigen Jahren um die Briefwahl erweitert. Die Einführung der Briefwahl gilt als wichtige Zugangserleichterung bei Wahlen, die auf großes und zunehmendes Interesse stößt. Trotz formaler Schwierigkeiten in der Durchführung

und Auszählung der Briefwahlstimmen, die im Rahmen der Bundespräsidentenwahl deutlich wurden, gibt es keinen Hinweis auf Manipulationsgefahr. Österreichweit wurden bei der Wahl zum Bundespräsidenten in der später aufgehobenen Stichwahl im Mai 2016 mehr als 885.000 Wahlkarten beantragt. Bei der gültigen Stichwahl im Dezember 2016 waren es trotz der zuvor monatelangen Debatten um die Briefwahl immer noch 708.000, davon im Bundesland Salzburg ca. 38.000, also fast 10 % aller Wahlberechtigten (ca. 390.000). Bei der Salzburger Landtagswahl 2013 waren ca. 28.000 Wahlkarten ausgestellt worden (vgl. Website BMI, Wahlen). Das zeigt einen steigenden Trend, der sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch künftig fortsetzen wird. Die Wählerregistrierung ist dabei nicht obligatorisch. Da alle ÖsterreicherInnen mit Hauptwohnsitz im Inland automatisch in die Wählerevidenz aufgenommen werden, gibt es keine weiteren Hürden, um an den Wahlen auch teilnehmen zu können. Für ÖsterreicherInnen, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben, ist ein Antrag auf Eintragung bzw. Verbleib in der Wählerevidenz nötig.

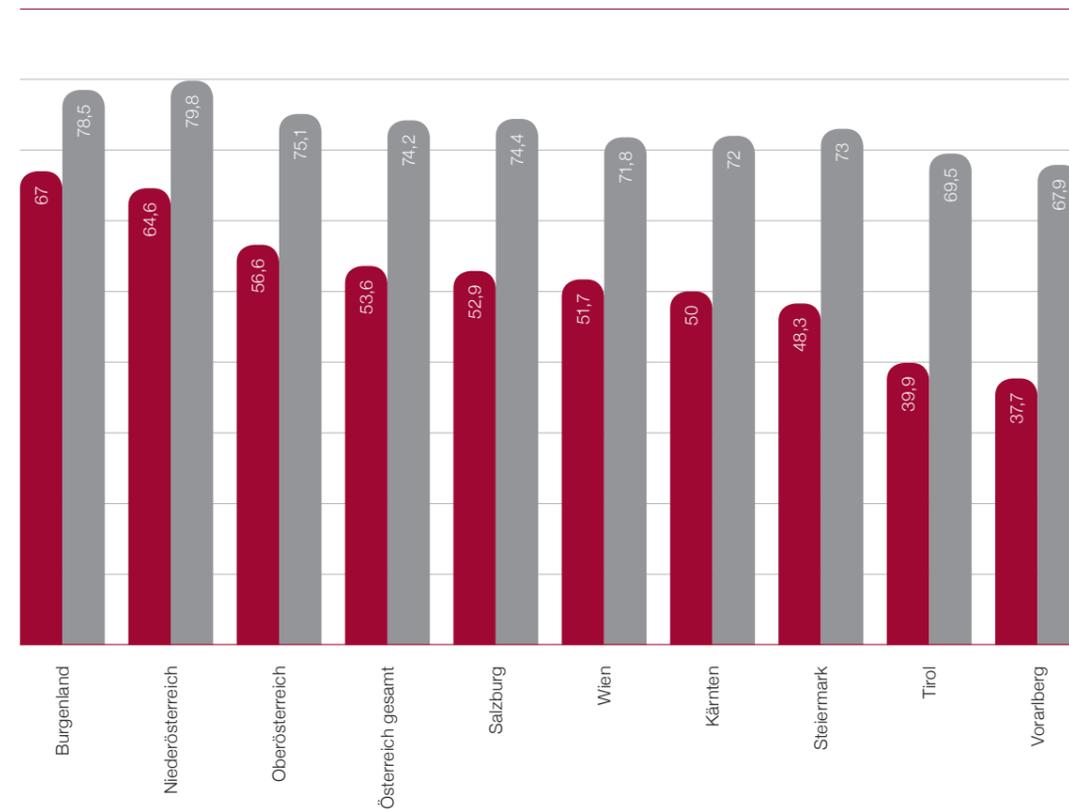
Die effektive Partizipation an Wahlen ist in Österreich insgesamt vergleichsweise hoch. Salzburg bewegt sich dabei meist im Mittelfeld.

Abbildung 12: Beteiligung bei Wahlen zum Bundespräsidenten Österreich/Salzburg



Die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Bundespräsidenten ist österreichweit seit der Abschaffung der Wahlpflicht in den 1980er Jahren kontinuierlich zurückgegangen und hat 2010 einen Tiefstand erreicht. 2016 jedoch wurde der Trend eindrucksvoll umgekehrt und es kam zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung um über 20 Prozentpunkte. Salzburg liegt dabei ganz im österreichischen Durchschnitt.

Abbildung 13: Beteiligungsrate bei Wahlen zum österreichischen Bundespräsidenten 2010/2016 nach Bundesländern



Quelle: Website BMI, Wahlen.

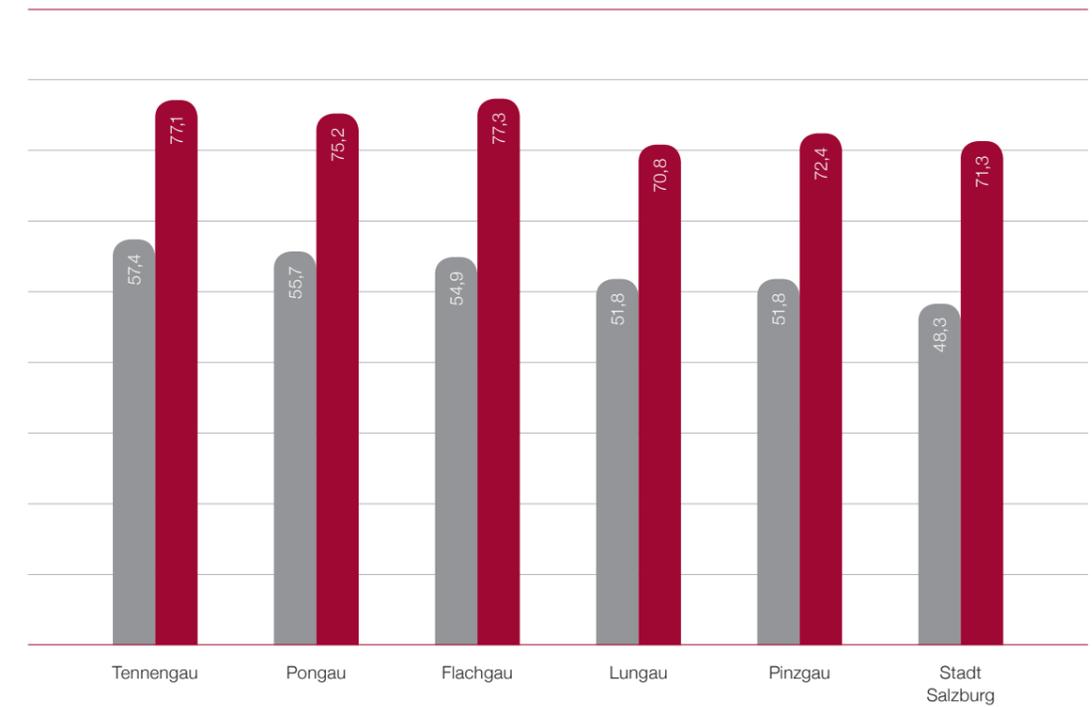
Deutlich erkennbar ist ein Ost-West-Gefälle bei der Beteiligung an Wahlen zum österreichischen Bundespräsidenten, wie auch in den Partizipationsraten der letzten Wahlen deutlich wird. Ausführliche empirische Studien zu diesem Phänomen sind nicht verfügbar.

In den Salzburger Bezirken schwankte die Wahlbeteiligung sowohl 2010 als auch 2016 zwischen einigen Prozentpunkten. Die Analyse des Salzburger Landesstatistischen Dienstes führt die Wahlbeteiligung in den einzelnen Bezirken auf den Anteil der jeweils dort ansässigen ÖVP- oder SPÖ-StammwählerInnenenschaft zurück (Landesstatistischer Dienst 2010). So wird etwa argumentiert, dass in Bezirken mit hohen ÖVP-StammwählerInnenanteilen die Wahlbeteiligung geringer ausfiel, da es keinen ÖVP-Kandidaten gab.

Bei Nationalratswahlen, den folgenreichsten Wahlen im österreichischen politischen System, hat sich die Beteiligung seit Abschaffung der Wahlpflicht in den 1980er Jahren von über 90 % auf unter 80 % verringert (Website BMI, Wahlen), wie Abbildung 15 zeigt.

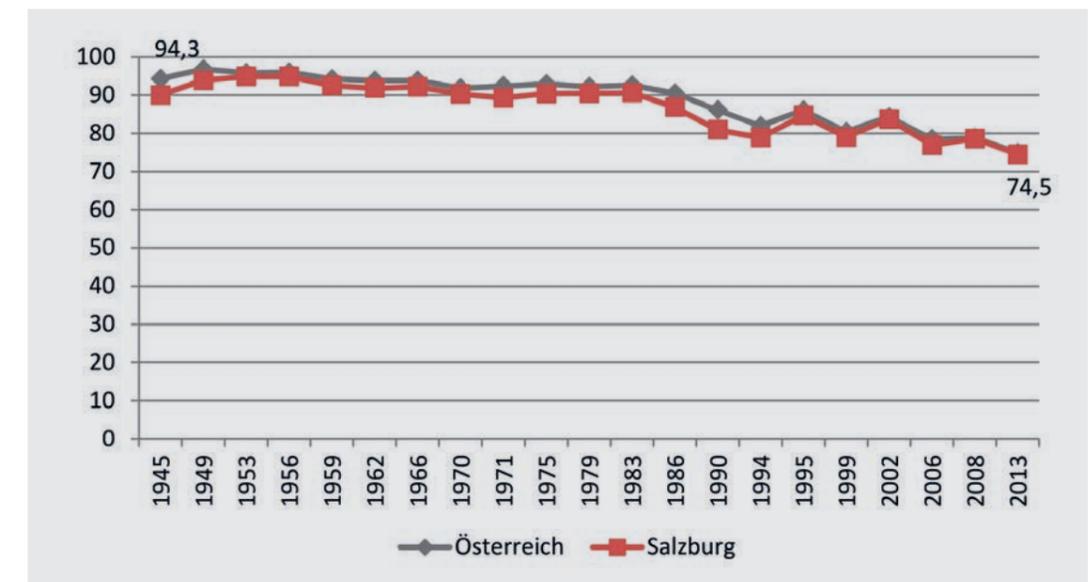
Bei den Nationalratswahlen liegt die Beteiligung im Bundesland Salzburg ziemlich genau im österreichischen Durchschnitt. Das war während der Zweiten Republik fast immer so. Nur im Jahre 1990 wich Salzburg mit 80,9 % vom Rest Österreichs mit 86,1 % etwas deutlicher ab. Die Partizipation bei Nationalratswahlen ist also seit den 1980er Jahren in ganz Österreich gesunken.

Abbildung 14: Wahlbeteiligung Bundespräsidentenwahlen 2010 nach Salzburger Bezirken



Quelle: Website BMI, Wahlen.

Abbildung 15: Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen seit 1945 in Österreich/Salzburg

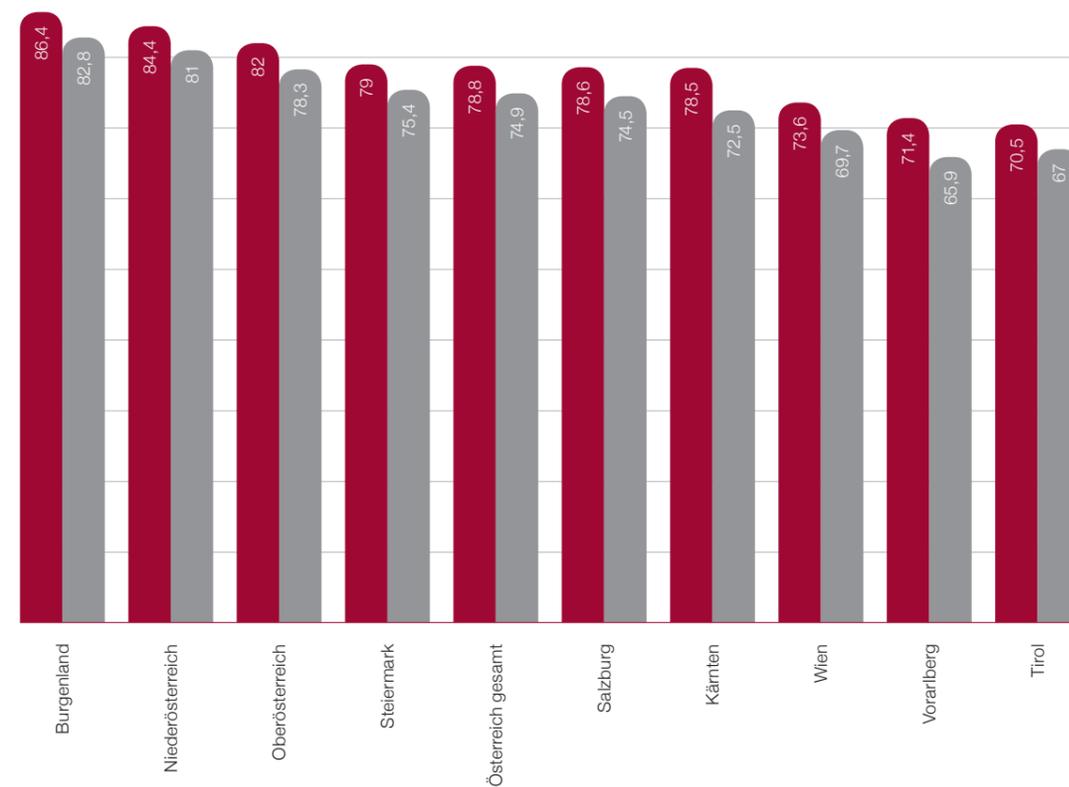


Quelle: Website BMI, Wahlen.

Wie erwähnt lag Salzburg bei fast allen Nationalratswahlen der Zweiten Republik im Schnitt der österreichischen Wahlbeteiligung, bei den Wahlen 2008 traf dies sogar ganz exakt zu. Wiederum ist ein Ost-West-Gefälle erkennbar, mit einem relativ großen Abstand zwischen dem Bundesland mit der stärksten Beteiligung (86,4/82,8 % im Burgenland) und jenem mit der schwächsten (70,5 % in Tirol 2008 bzw. 65,9 % in Vorarlberg 2013). Auffällig ist hier die Diskrepanz zwischen den Landbezirken und der Stadt Salzburg. Ein möglicher, auch von empirischen Langzeitstudien gestützter Erklärungsansatz für diese unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung verweist darauf, dass in den Landbezirken ein höherer Anteil an sogenannten traditionellen WählerInnenschichten gegeben ist, deren politisches Verhalten von ihrer Zugehörigkeit zu einer der beiden Großparteien abhängt (vgl. Plasser und Ulram 2000). Im Vergleich dazu ist der Anteil an WechselwählerInnen und NichtwählerInnen in den Ballungszentren höher ausgeprägt. Die Mobilisierung der WählerInnen ist in den urbanen Gebieten schwieriger als am Land. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Landtags- und Gemeinderatswahlen.

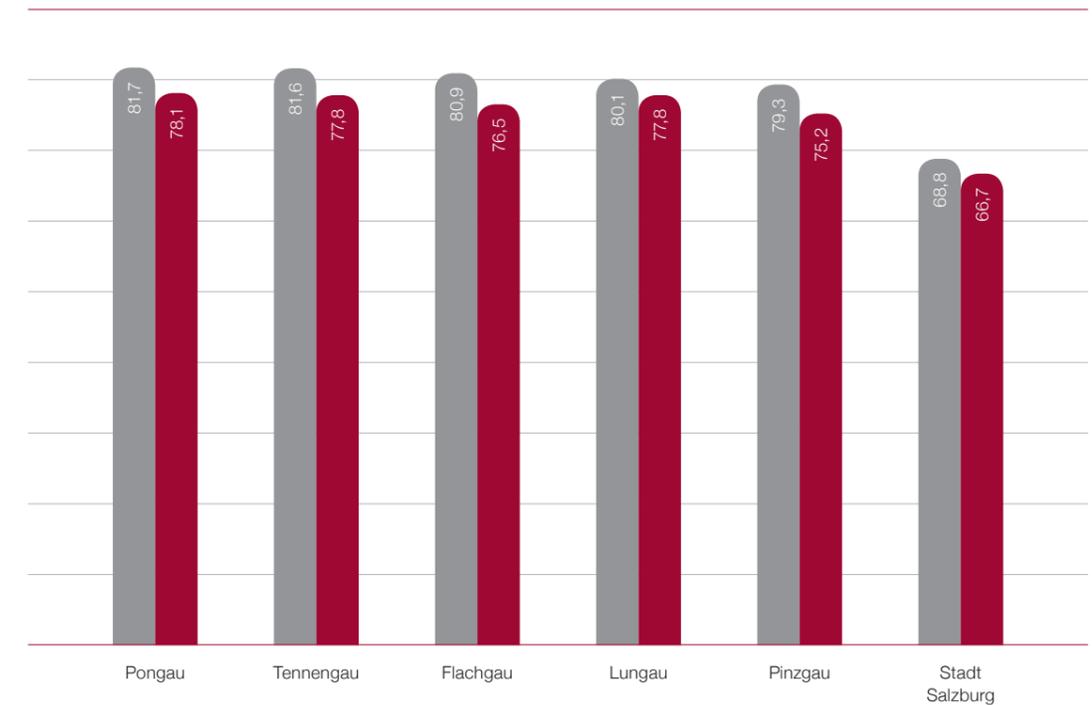
Die Wahlbeteiligung bei Salzburger Landtagswahlen- und Gemeinderatswahlen hat sich seit 1945 zwar schwankend entwickelt, aber der Langzeittrend geht eindeutig nach unten. Der Tiefststand wurde bei den Gemeinderatswahlen 2014 mit nur 64,8 % erreicht, bei den Landtagswahlen 2013 mit 72,1 %, wie Abbildung 18 auf der Seite 136 veranschaulicht.

Abbildung 16: Wahlbeteiligung Nationalratswahl 2008/2013 nach österreichischen Bundesländern



Quelle: Website BMI, Wahlen.

Abbildung 17: Wahlbeteiligung Nationalratswahl 2008/2013 nach Salzburger Bezirken



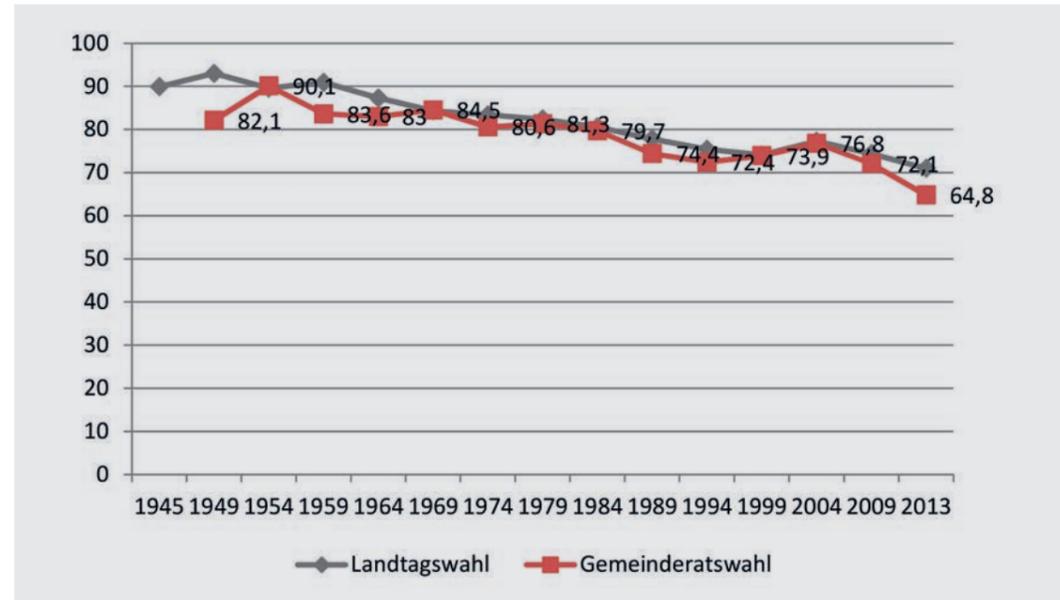
Quelle: Website BMI, Wahlen.

Der oben festgestellte Trend in der Wahlbeteiligung setzt sich hier fort. Die Landbezirke weisen deutlich höhere Partizipationsraten auf als die Stadt Salzburg (siehe Abbildung 19, Seite 136).

Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist in Österreich seit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahre 1995 deutlich gesunken. Während bei der Volksabstimmung über den Beitritt 1994 noch knapp 82 % ihre Stimme abgaben (und mit 67 % mit Ja stimmten), belief sich die Beteiligung bei den ersten in Österreich durchgeführten Wahlen zum Europäischen Parlament immerhin noch auf 67,7 %, 1999 schon nur mehr auf 49,4 %. Die niedrigste Beteiligung wurde 2004 mit nur 42,4 % österreichweit erreicht. 2009 gab es wieder eine leichte Steigerung auf 46 %. Im Bundesland Salzburg lag die Beteiligung jeweils noch ein Stück unter dem österreichischen Durchschnitt. Auch hier macht sich ein Ost-West-Gefälle bemerkbar, jedoch fällt Salzburg gegenüber anderen Wahlen bei Europawahlen besonders deutlich ab. So ist es mit Ausnahme von 1994/96 immer unter dem EU-Durchschnitt und auch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt zu finden. Das ist insofern bemerkenswert, als Salzburg von offizieller Seite stets als proeuropäisch aufgetreten ist, seine Rolle im Herzen Europas betont und als Grenzregion von der Europäischen Union besonders profitiert. Warum das Interesse an Wahlen zum Europäischen Parlament derart abfällt, ist eine Frage, die näherer Untersuchungen bedarf.

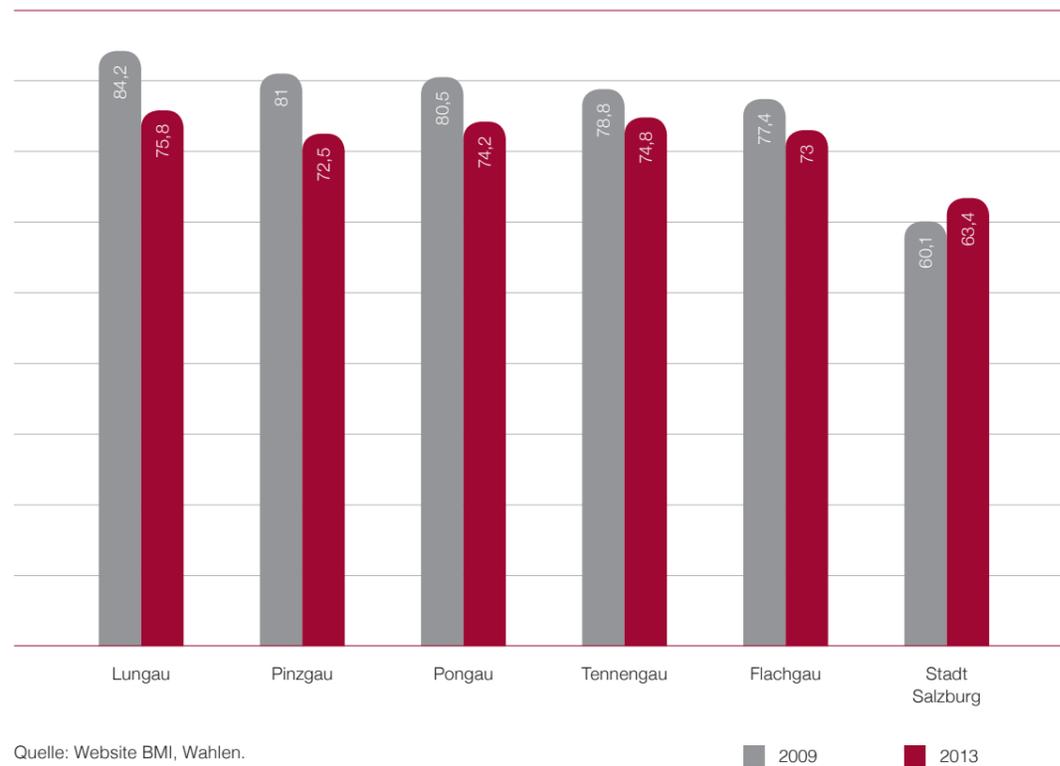
Abbildung 21 auf der Seite 138 zeigt die schon erwähnte und bei allen Wahlen auffällige Differenz zwischen den östlichen und den westlichen Bundesländern. Nach Bezirken betrachtet fällt auf, dass sich bei Europawahlen nicht nur die BewohnerInnen der Stadt Salzburg, sondern auch die Menschen im Lungau und im Pinzgau unterdurchschnittlich beteiligen.

Abbildung 18: Wahlbeteiligung bei Salzburger Landtags- und Gemeinderatswahlen seit 1945



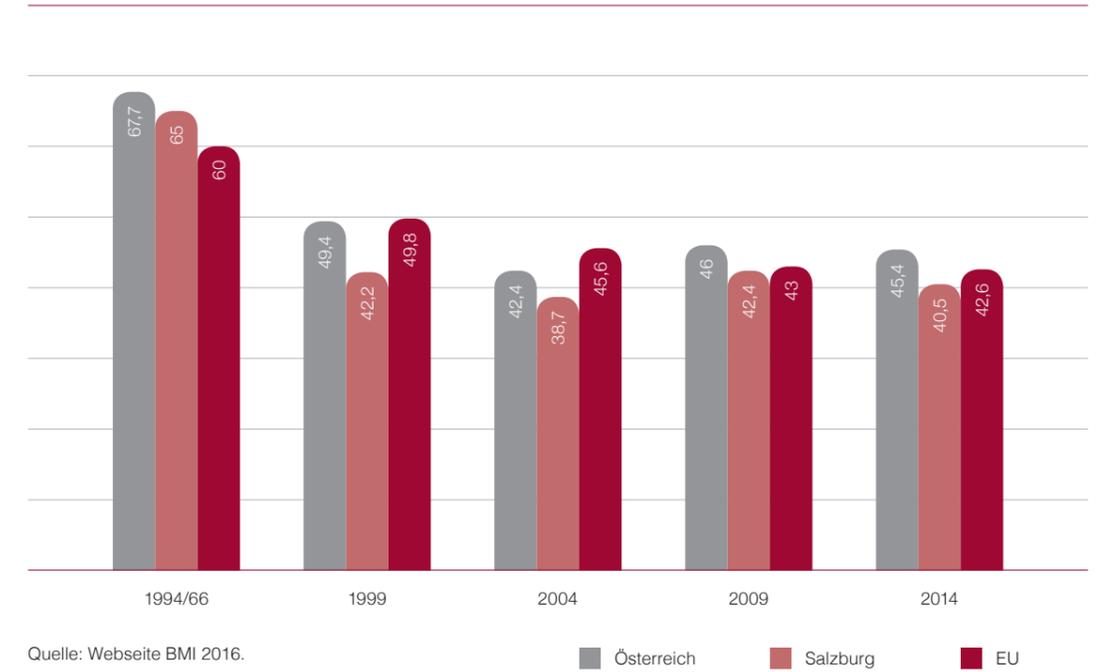
Quelle: Website BMI, Wahlen.

Abbildung 19: Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen 2009/2013 nach Bezirken



Quelle: Website BMI, Wahlen.

Abbildung 20: Wahlbeteiligung bei Europawahlen in der EU/in Österreich/in Salzburg seit 1994/96



Quelle: Webseite BMI 2016.

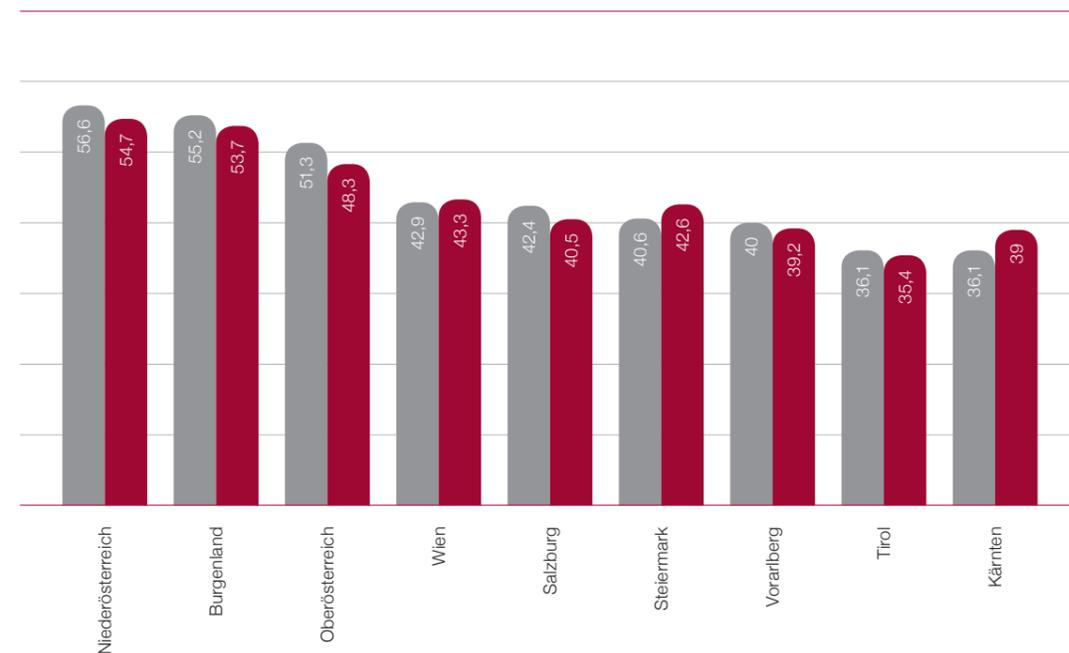
Die effektive Partizipation bei Wahlen verändert sich also seit einigen Jahren deutlich. Der allgemeine Trend weist auf eine stetig abnehmende Wahlbeteiligung hin. Dieser Trend wurde zwar bei den Bundespräsidentenwahlen gestoppt, aber dies ist für kommende Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderats- oder Europawahlen nicht zu erwarten.

Zu anderen Formen konventioneller Partizipation zählt die Mitgliedschaft in politischen Parteien. Für das Bundesland Salzburg gilt wie für ganz Österreich, dass es seit den 1980er Jahren einen kontinuierlichen Mitgliederverlust gegeben hat. Mit diesem Schwund an Mitgliedern geht ein Wandel der politischen Kultur einher. So werden die Parteien zum einen nicht mehr als lebensnotwendig erachtet, d. h. sie werden nicht mehr als relevante Akteure für die Existenzabsicherung empfunden, wie das früher der Fall war (Poier 2009). Zum anderen haben sich die Parteien nicht in dem Maße modernisiert, wie dies einer sich rasch wandelnden Gesellschaft entsprechen würde. So hat sich etwa auch der Anteil der WechselwählerInnen seit den 1980er Jahren deutlich erhöht.

Einen Zuwachs gab es seit 1945 bei einer anderen politischen Beteiligungsform, nämlich dem Volksbegehren. Von den 38 Volksbegehren fanden mehr als die Hälfte in den letzten 15 Jahren statt (vgl. Website BMI, Volksbegehren). Seit 1999 gab es fast jährlich eines. Obwohl die überwiegende Zahl der Begehren im Nationalrat behandelt werden musste, mündeten nur die ersten drei, die den ÖRF, die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Abschaffung der 13. Schulstufe betrafen, in konkrete Gesetze. Die Stimmbeteiligung bei einem der erfolgreicheren Volksbegehren der letzten Jahre (Volksbegehren Bildungsinitiative) lag im Durchschnitt in Österreich bei ca. 6%, in Salzburg etwas darunter. Beim Gentechnik-Volksbegehren von 1997 lag die Beteiligung in Österreich bei 21%, in Salzburg bei fast 28% (vgl. ebd.). Die schwankenden Beteiligungsraten und die Häufung der Volksbegehren zeigen jedenfalls, dass das Instrument in der Salzburger Demokratie immer wieder als direktdemokratische Option genutzt wird.

Mit dem Siegeszug der elektronischen Medien haben sich im Partizipationsspektrum auch neue Formen entwickelt, die besonders bei jüngeren Menschen Anklang finden. Unter dem Begriff E-Partizipation werden jene politischen Aktivitäten verstanden, die sich über die Nutzung von Kommunikationstechnologien abspielen (Macintosh 2007). Dazu zählt etwa das E-Voting, bei dem man seine Stimme in diversen Wahlen nicht mehr persönlich in einer Wahlkabine, sondern per Mausklick über den Computer oder Laptop abgibt. In Österreich wurde diese Form der Stimmabgabe erstmals bei den Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft 2009 versucht. Der Verfassungsgerichtshof erklärte 2011 das E-Voting in der bis dahin praktizierten Form allerdings für gesetzeswidrig, da das Funktionieren des Systems nicht garantiert werden konnte und Manipulationsgefahr gegeben war. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl von E-Petitionen, Unterschriftenaktionen, Protestbriefen usw., die per E-Mail-Umlauf verbreitet und dann an die jeweiligen AdressatInnen – meist eine Regierungsinstitution – geschickt werden. Auch Diskussionen in Internetforen oder Postings zu Onlinedebatten gelten als neue Form der politischen Teilhabe. Der Vorteil dabei sind der geringe Aufwand und die große Geschwindigkeit, mit der Meldungen und Meinungen ausgetauscht und verbreitet werden. Außerdem kann die politische Mobilisierung, die über Internetplattformen wie Facebook oder Twitter möglich ist, zu neuen Partizipationswellen führen, wie das etwa in den Aufständen in Nordafrika Anfang des Jahres 2011 zu beobachten war. Auch in Österreich versuchen sich politische Bewegungen immer öfter über Facebook und andere soziale Netzwerke zu organisieren, wie das im Falle der Studierendenproteste und der Bewegung „Uni brennt“ 2010 geschah. Gleichzeitig birgt die politische Kommunikation in den sozialen Medien auch Gefahren einer Radikalisierung und einer Verrohung der Sprache. So zeigt sich insbesondere seit 2015 eine starke Politisierung in Internet-Foren wie Facebook, Twitter o.ä., die häufig durch sogenannte Hasspostings, Diskriminierung, Drohungen oder Gewaltaufrufe gekennzeichnet ist.

Abbildung 21: Wahlbeteiligung Europawahlen 2009/2014 nach österreichischen Bundesländern



Quelle: Webseite BMI, Wahlen.

4.4 DAS PRINZIP DEMOKRATIEEINSTELLUNGEN IN DER SALZBURGER DEMOKRATIE

Das Prinzip Demokratieeinstellungen besteht aus drei Funktionen: Demokratiebildung, Demokratievertrauen und Demokratieerwartungen.

Demokratiebildung

Die Funktion Demokratiebildung kann unterteilt werden in Angebot und Politikinteresse bzw. Politikkompetenz. Das Angebot an Demokratiebildung kann in Schulen, in der Erwachsenenbildung und in anderen Kontexten analysiert werden (Interview Windischbauer 2016). Dabei ist zu betonen, dass es in der Demokratiebildung darum geht, kritische DemokratInnen hervorzubringen, die nicht nur am Wahltag wissen, wo sie ihr Kreuz einfügen müssen, sondern die im Idealfall auch in der Lage sind, während einer Legislaturperiode die Politik kritisch zu verfolgen und mitzugestalten sowie im Alltag und in ihrem sozialen Interagieren demokratische Standards einzuhalten. Es reicht also nicht, sich auf die reine Institutionenkunde zu beschränken, wie sie im älteren Verständnis politischer Bildung dominierte. Neben Wissen und Urteilsfähigkeit umfasst dieses Verständnis von Demokratiebildung auch politische Handlungskompetenz mit dem Ziel der politischen Partizipation (Krammer 2008, 29).

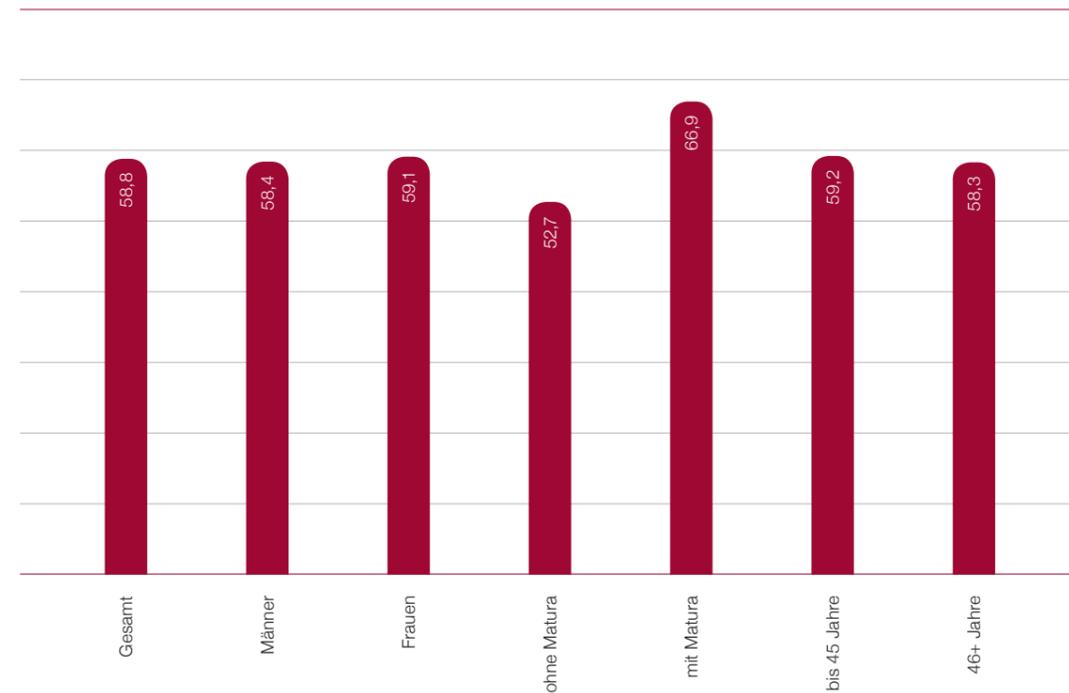
Demokratiebildungsangebot

Das Angebot an Demokratiebildung in Schulen wird gesetzlich auf Bundesebene geregelt. Dementsprechend gibt es in Österreich ein Schulfach *Politische Bildung* sowie ein Unterrichtsprinzip mit demselben Namen. Der Salzburger Landtag hat sich mehrfach dafür ausgesprochen, dass Politische Bildung als Schulfach breit eingeführt werden sollte (vgl. Landtag Salzburg, Antrag 272). Aus einer vergleichenden Fallstudie zu neun Salzburger Volksschulen und anderen Analysen geht jedoch hervor, dass es in der Umsetzung von demokratischer Bildung an Schulen noch größere Defizite gibt, die mehrere Ursachen haben. Eine davon liegt in der Tatsache, dass das Unterrichtsfach Politische Bildung an den Geschichtsunterricht gebunden ist und damit die zeitlichen Möglichkeiten bereits stark eingeschränkt sind. Inwieweit das Unterrichtsprinzip zur Umsetzung kommt, hängt sehr von den konkreten LehrerInnen und der jeweiligen Schulsituation ab (vgl. Ginzinger 2015; Neubacher 2015). Dies ist freilich kein Salzburger Spezifikum, sondern ein österreichweites Problem. Initiativen zu einer besseren Umsetzung von politischer Bildung wurden zuletzt in Kärnten mit der Plattform Politische Bildung gesetzt. Deren Ziel ist es, mit Unterrichtsmaterialien und Vernetzungsaktivitäten die Lehrkräfte und SchülerInnen zu unterstützen (vgl. Website Plattform Politische Bildung Kärnten). Auch in der Erwachsenenbildung gibt es Angebote, die sich mit politischen Fragen beschäftigen, allerdings fehlt hier derzeit noch ein genauer Überblick.

Politikkompetenz und Politikinteresse

Der wichtigste Indikator für die erfolgreiche Umsetzung von Demokratiebildung als lebenslanges Lernen von der Schule bis ins hohe Alter ist deren Ergebnis als Demokratieinteresse und Demokratiekompetenz in Hinblick auf Sachwissen, Urteils-, Medien- und Handlungskompetenz. Einschätzungen darüber, wie hoch die derart definierte Demokratiekompetenz in Salzburg ist, liegen derzeit nicht vor. Aus der FHS/IFES-Umfrage von 2016 geht jedoch hervor, dass ein hoher Anteil der SalzburgerInnen der Meinung ist, dass politische Bildung bereits ab der Volksschule unterrichtet werden sollte.

Abbildung 22: Zustimmung zur Forderung nach politischer Bildung ab der Volksschule



Quelle: FHS/IFES 2016.

Das Interesse an der mit Institutionen, Parteien und BerufspolitikerInnen verbundenen Politik ist in den letzten Jahren in Salzburg und Österreich wie in vielen europäischen Staaten gesunken. Im Langzeittrend hat etwa die Beschäftigung mit innenpolitischen Vorgängen zwischen dem Jahr 2000 und 2015 abgenommen. Daten des Umfrageinstituts IMAS zeigen, dass sich der Anteil jener, die sich sehr oder ziemlich stark mit aktuellen innenpolitischen Vorgängen und Problemen beschäftigten, von 48 % auf 31 % gesunken ist (vgl. Website IMAS).

Aufgrund der politischen Zuspitzung und der hohen Mobilisierung während der Bundespräsidentenwahl, die über das gesamte Jahr 2016 andauerte, ist anzunehmen, dass dieser Trend gestoppt wurde. Darauf deutet auch ein Ergebnis aus der für dieses Projekt durchgeführten Umfrage von FHS/IFES 2016 hin. So stimmten 58 % der Aussage, dass Politik alle interessieren sollte, voll und ganz zu. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2008, als nur 24 % voll und ganz dieser Meinung waren („Politik sollte jeden interessieren“), wie Abbildung 23 zu entnehmen ist.

Unterschiede gibt es in Hinblick auf das Alter. So sind die über 45-Jährigen (65,5 %) noch deutlich stärker an Politik interessiert als die bis 45-Jährigen (51,1 %). Die Werte für das Bundesland Salzburg stimmen mit jenen für Gesamtösterreich weitgehend überein. Das zeigt, dass das grundsätzliche Politikinteresse in Zeiten politischer Krisen über fast alle Bevölkerungsgruppen hinweg rasch ansteigen kann. Aus früheren Untersuchungen ist überdies bekannt, dass das Interesse an kommunaler und nationalstaatlicher Politik in der Regel am stärksten ausgeprägt ist. Danach folgt das Interesse an Regionalpolitik. Am wenigsten interessieren sich die ÖsterreicherInnen hingegen für Welt- und Europapolitik. Hier gibt es deutliche Schwankungen nach Bildungsgrad. Menschen mit Matura sind weit stärker an EU- und Weltpolitik interessiert als solche ohne Matura.

Das Interesse an Politik zeigt sich auch an der Bereitschaft zur Partizipation. Die entsprechenden Erkenntnisse dazu wurden bereits im Kapitel über Partizipation dargelegt.

Demokratievertrauen

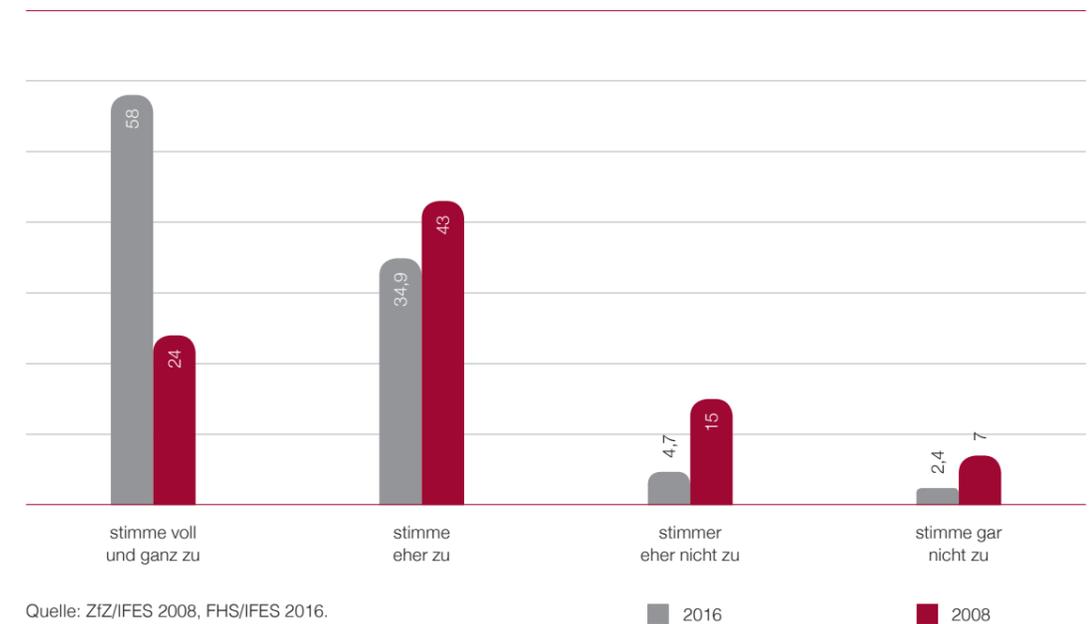
Die Funktion Demokratievertrauen kann in das Vertrauen in konkrete Institutionen einerseits und das Vertrauen in die Demokratie als allgemeiner Wert andererseits unterteilt werden.

Vertrauen in die Institutionen

Das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie ist in den letzten Jahren stark gesunken. Das betrifft alle Ebenen der Politik, von der regionalen bis zur europäischen.

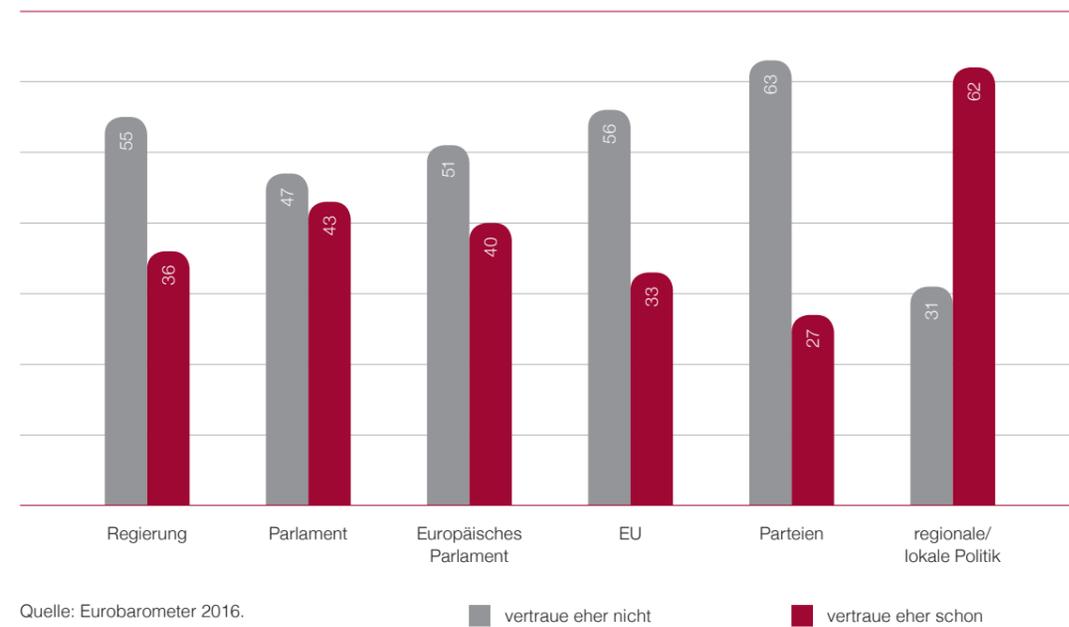
Laut den jüngsten verfügbaren Eurobarometer-Daten hatten 2016 55 % der ÖsterreicherInnen kein oder eher kein Vertrauen in die Regierung, 36 % vertrauten eher schon. Dem österreichischen Parlament vertrauten 47 % eher nicht oder gar nicht. Dem Europäischen Parlament gegenüber brachten 51 % kein oder nur wenig Vertrauen auf. Den Parteien wird mit nur noch 27 % das geringste Vertrauen entgegengebracht, während bereits 63 % eher kein oder gar kein Vertrauen in politische Parteien haben. Mit Abstand am größten ist das Vertrauen in die regionale und lokale Politik. 62 % der Befragten vertrauen ihren Institutionen auf Gemeinde- und Landesebene. Nur 31 % vertrauen eher nicht (Eurobarometer 2016) – auf Seite 142 stellt Abbildung 24 diesen Umstand dar.

Abbildung 23: Zustimmung zur Aussage „Politik sollte jeden interessieren“



Quelle: ZIZ/IFES 2008, FHS/IFES 2016.

Abbildung 24: Vertrauen in politische Institutionen (in Prozent)



Vertrauen in die Demokratie

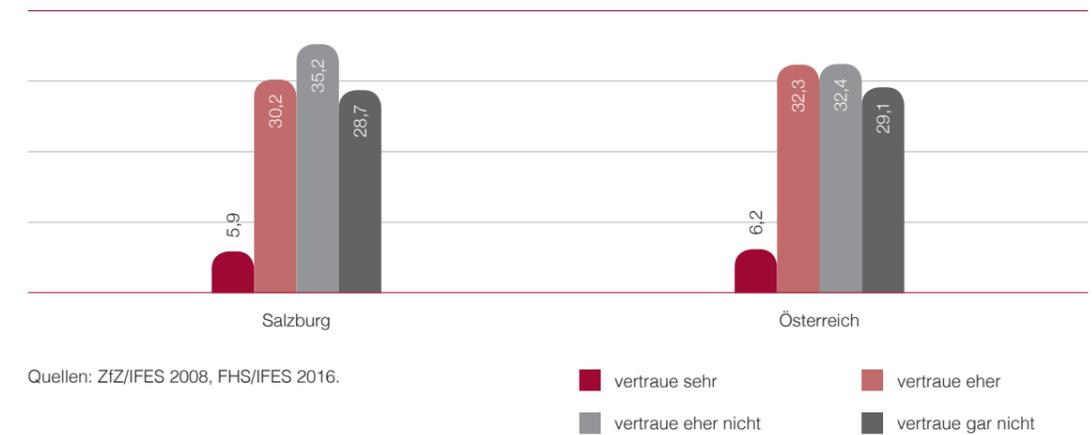
Das Vertrauen in die Demokratie als Staats- und Regierungsform kann mit Hilfe der Analyse autoritärer Einstellungen betrachtet werden. Dahingehend haben mehrere Studien der letzten Jahre belegt, dass es in Österreich eine Zunahme autoritärer und antidemokratischer Einstellungen gegeben hat (vgl. Rathkolb et al. 2015; Atac und Rosenberger 2013). So stimmten in den 1990er Jahren 15 % der ÖsterreicherInnen der Aussage sehr oder eher zu, dass ein starker Führer besser wäre als eine parlamentarische Demokratie oder Wahlen. 2008 waren es bereits 23 % und 2015 bereits 39 % (vgl. Zandonella et al. 2014). Während dies 2007 noch 71 % das klar ablehnten, waren es 2016 nur mehr 36 % (vgl. Falter 21/16). Jüngere Menschen in Österreich weisen insgesamt geringere Zustimmungsraten zur Demokratie als Ideal auf (vgl. Riederer und Teitzer 2012). Nach der grundsätzlichen Haltung gegenüber der Demokratie als Regierungsform gefragt, antworteten 2014 bereits weniger Menschen als 2007, dass sie die beste Regierungsform sei: „Insgesamt stimmen rund 85 % der Befragten der Aussage (sehr oder ziemlich) zu, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“ (Rathkolb/Zandonella/Ogris 2015, 7).

Das Vertrauen in das politische System ist in Österreich und Salzburg stark erschüttert. Nur um die 36 % haben in Salzburg starkes oder eher Vertrauen, während fast 64 % eher kein oder gar kein Vertrauen haben. Die Werte für Österreich sind nur ganz geringfügig besser (FHS/IFES 2016). Diese Frage bezieht sich auf eine sehr allgemeine Einschätzung des politischen Systems. Die Zufriedenheit mit der Landes- und der Gemeindeebene ist hier wie bereits gezeigt deutlich höher. Starke Diskrepanzen gibt es entlang dem Bildungsgrad. Je weniger gebildet, umso stärker ist das Misstrauen in die Demokratie und das politische System insgesamt.

Ein wichtiger Aspekt in Hinblick auf die Einstellungen zur Demokratie ist auch die Frage, ob man das Gefühl hat, etwas bewirken zu können. Nur wer sich selbst als politisch wirksam erlebt, kann der Demokratie dauerhaft positiv gegenüberstehen. In Österreich war dieser Aspekt stets schwächer als

in anderen Ländern, d. h. die ÖsterreicherInnen erlebten sich selbst nicht als besonders wirksam in politischen Fragen (vgl. Plasser und Seeber 2012). Allerdings ist die Wahrnehmung hier ebenfalls stark vom Bildungsgrad abhängig, d. h. die formal höher Gebildeten nehmen sich selbst als wesentlich wirksamer wahr als die weniger Gebildeten. Etwa 45 % der SalzburgerInnen und ebenso viele ÖsterreicherInnen sind außerdem der Meinung, dass die Politik an ihren Lebensumständen ohnehin nichts ändern könne (FHS/IFES 2016).

Abbildung 25: Vertrauen in das politische System



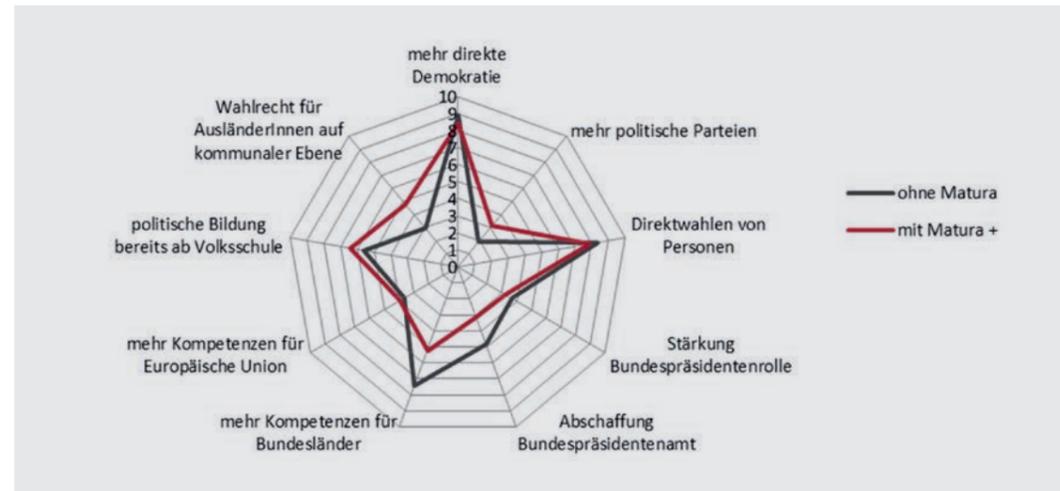
Demokratieerwartungen

Die Erwartungen, die an die Demokratie, ihre Institutionen und RepräsentantInnen gestellt werden, können aufzeigen, ob die BürgerInnen ein realistisches oder eher utopisches bzw. ein paternalistisches oder eher aktives Bild von den Möglichkeiten der Demokratie haben. Sie sagen außerdem einiges über die erwünschten Demokratieinnovationen aus. Unterteilt werden können sie in Inputerwartungen und Outputerwartungen.

Inputerwartungen

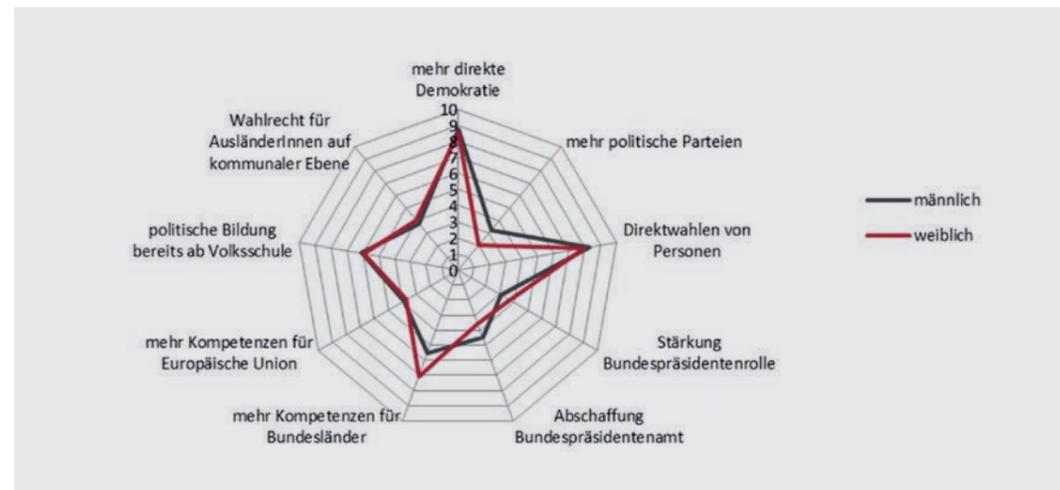
Bei den Erwartungen über den Input zeigt sich, dass es ein sehr weit verbreitetes Bedürfnis nach mehr direkter Einflussnahme auf die Politik gibt. Da das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und ihre Organe im Sinken begriffen ist, wird ein Mehr an direkter Demokratie gefordert. Etwa 86 % der ÖsterreicherInnen und ebenso viele in Salzburg wünschen sich mehr direkte Demokratie. Dieser Wunsch zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen. Hingegen sind nur etwa 24 % für ein größeres Angebot an politischen Parteien. Das zeigt eindeutig, dass die gewohnten AkteurInnen der repräsentativen Demokratie in ihrer Popularität im Vergleich zu direkten Volksentscheiden ins Hintertreffen geraten sind. Zustimmung findet auch der Vorschlag der Direktwahlen von Personen bei über 80 % der Menschen. Mehr Kompetenzen für die EU wünschen sich hingegen nur um die 30 %. 58 % sind der Meinung, dass politische Bildung bereits ab der Volksschule unterrichtet werden sollte. Für ein Wahlrecht für AusländerInnen plädieren ca. 35 % der Bevölkerung (vgl. FHS/IFES 2016).

Abbildung 26: Wunsch nach politischen Veränderungen Österreich nach Bildungsgrad



Quelle: FHS/IFES 2016.

Abbildung 27: Wunsch nach politischen Veränderungen Österreich nach Geschlecht



Quelle: FHS/IFES 2016.

Nach soziodemografischen Merkmalen unterschieden fällt auf, dass große Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen bestehen. Der formale Bildungsgrad beeinflusst die politischen Entscheidungen und Einstellungen am stärksten. Dies zeigt sich vor allem in Hinblick auf das Wahlrecht für AusländerInnen auf kommunaler Ebene, das fast 50 % der Menschen mit Matura, aber nur knappe 30 % derer ohne Matura für sinnvoll halten. Die weniger Gebildeten sind auch bei einem Mehr an politischen Parteien skeptischer. Sie halten mehr Kompetenzen für die EU für etwas weniger wünschenswert, sind dafür aber deutlich öfter für ein Mehr an Kompetenzen für die Bundesländer.

Eine Änderung der Rolle des Bundespräsidenten ist ebenfalls bei denen ohne Matura deutlich beliebter als bei denen mit Matura. Fast 50 % der weniger Gebildeten wünschen sich sogar eine Abschaffung des Amtes des Bundespräsidenten (ebd.). Für einen größeren Einfluss von Fachleuten in den Regierungen sprechen sich fast 90 % aus.

Unterschiede in den Einstellungen zum politischen Input gibt es auch unter den Geschlechtern, auch wenn diese geringer ausfallen als unter den verschiedenen Bildungsgruppen. Am deutlichsten fallen die Diskrepanzen bei der Frage nach den politischen Parteien, der Rolle des Bundespräsidenten und den Kompetenzen für die Bundesländer aus. Frauen sind deutlich öfter für eine Stärkung der Bundesländer, öfter für eine Abschaffung oder Stärkung des Bundespräsidenten und wünschen sich seltener ein Mehr an politischen Parteien.

Die Trends für Salzburg sind ähnlich. In einigen wenigen Bereichen fallen sie noch stärker aus als auf gesamtösterreichischer Ebene. So wünschen sich die SalzburgerInnen noch öfter eine Stärkung der Bundesländer.

Outputerwartungen

Bei Fragen des politischen Outputs sind die Erwartungen zum einen sehr vielfältig, zum anderen häufig widersprüchlich. So gibt es zwar eine große Skepsis gegenüber der Europäischen Union – gleichzeitig werden von ihr aber Lösungen in den wichtigsten gesellschafts- und sozialpolitischen Themen erwartet. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Kontrolle der Zuwanderung stehen häufig als Erwartung an die Politik ganz oben. Gleichzeitig gibt es zunehmende Skepsis über die Lösungskapazitäten der Berufs- und Parteipolitik. Diese wird als tendenziell korrupt und egoistisch wahrgenommen, das Vertrauen sinkt (vgl. ebd.). Das führt dazu, dass die Bevölkerung eher ein Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit entwickelt. Das österreichische politische System hat hierzu einiges beigetragen, indem sich führende PolitikerInnen selbst als ohnmächtig darstellen, weil im Mehrebenensystem und innerhalb eines koalitionsären Arbeitens viele Veto-Player verantwortlich gemacht werden können (vgl. Weiss 1998). Die Menschen reagieren mit zwei unterschiedlichen Mustern auf die empfundene Ohnmacht: mit dem Wunsch nach einem starken Führer einerseits und dem Wunsch nach mehr eigenem Einfluss andererseits. Von beidem versprechen sich die jeweiligen AnhängerInnen eine Lösung der Probleme, die sie als dringlich erachten. Dazu gehören in Österreich wie in weiten Teilen Europas derzeit die Zuwanderung, der Terrorismus und die Arbeitslosigkeit (vgl. Eurobarometer 2016). Das Vertrauen darauf, dass die Politik diese Probleme lösen kann, ist ein Indikator dafür, was der Demokratie zugetraut wird. Abgelesen werden kann dies an den Einstellungen der Zukunft gegenüber. Hier zeigt sich, dass zuletzt der Pessimismus in vielen Bereichen gewachsen ist. 84 % der SalzburgerInnen sind der Meinung, dass das Leben in 15 Jahren nicht besser sein wird, mehr als drei Viertel erwarten, dass sie sich persönlich stärker werden einschränken müssen. Zwei Drittel halten es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass es in 15 Jahren noch Arbeit und soziale Sicherheit für alle geben wird (vgl. FHS/IFES 2016). Diese Daten zeigen deutlich, dass das Vertrauen in die Lösungskapazität der Politik stark angeschlagen ist und man keine hohen Outputerwartungen hegt.

Abschließende Betrachtungen

Die Qualität der Salzburger Demokratie ist im Vergleich zu anderen Bundesländern in Österreich in vielen Bereichen überdurchschnittlich gut. Das betrifft vor allem Aspekte des Wettbewerbs zwischen den politischen BewerberInnen, die Vielfalt an Parteien, die verhältnismäßig geringe Dominanz einer einzigen politischen Gruppierung sowie das Engagement in der Suche nach partizipativen Methoden zur breiteren Einbindung der BürgerInnen. Der Salzburger Landtag bemüht sich glaubwürdig um eine stärkere Rückbindung von politischen RepräsentantInnen an die BürgerInnen, um einen Dialog

zwischen verschiedenen AkteurInnen und um Verbesserungen im Bereich der Transparenz. Die Vielfalt der Medienlandschaft ist in ganz Österreich durch die Dominanz einiger weniger AkteurInnen beeinträchtigt. Hier zeigt sich in Salzburg im Printbereich aber etwas mehr Pluralität als in den meisten anderen Bundesländern.

Schwächen weist die Salzburger Demokratie dort auf, wo es einerseits problematische bundesgesetzliche oder bundesverfassungsmäßige Rahmenbedingungen gibt wie im Falle der eingeschränkten Auskunftspflichten bzw. dem Amtsgeheimnis oder der Parteienfinanzierung sowie im Bereich der Repräsentation von Frauen und Minderheiten im politischen Prozess. Besonders ethnische und religiöse Minderheiten haben es in Salzburg schwer, sich gleichberechtigt in den politischen Prozess einzubringen, sich Gehör zu verschaffen oder von den Parteien auf wählbaren Listenplätzen aufgestellt zu werden. Unzufriedenstellend ist auch die Partizipation in Hinblick auf die Gleichheit nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen. Hier kann man von zunehmender ungleicher Partizipation sprechen. So sinkt die Wahlbeteiligung im Langzeittrend insgesamt, was zu einer stärkeren sozialen Differenzierung der WählerInnen und damit zu ungleichen Partizipationsverhältnissen beiträgt. Diese Ungleichheit bezieht sich in erster Linie auf den Bildungsgrad, das Einkommen, das Alter und etwas weniger auf das Geschlecht. Gerade diese Entwicklung im Bereich der Partizipation ist auch für die Lebensqualität mancher Bevölkerungsgruppen alarmierend. Wie aus vielen Studien bekannt ist, korrelieren Zufriedenheit und Partizipationsbereitschaft in hohem Maße miteinander. Eine sinkende Wahlbeteiligung deutet daher auch längerfristig auf Einbußen in der Lebenszufriedenheit und in der Zuversicht gegenüber künftigen Entwicklungen hin. Als kritisch ist in diesem Zusammenhang und trotz aller Bemühungen des Salzburger Landtags das Verhältnis zwischen Politik und BürgerInnen insgesamt einzustufen. Hier herrschen zunehmendes Misstrauen und Unzufriedenheit mit den AkteurInnen und Institutionen der repräsentativen Demokratie vor. Die Bereitschaft der SalzburgerInnen, sich selbst politisch zu engagieren, ist gering. Die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen als Mittel der Beteiligung wird weitgehend abgelehnt. Aufgrund der kritischen Haltung gegenüber der repräsentativen Demokratie werden Veränderungen in hohem Maße gewünscht. So sind 86 % für eine Stärkung der direkten Demokratie, über 80 % für die Direktwahl von Personen und gerade in Salzburg auch eine klare Mehrheit für eine Stärkung der Bundesländerkompetenzen. Diese Wünsche sind jedoch mehr ein Ausdruck der Unzufriedenheit als präzise durchdachte Innovationsvorschläge. Denn auch fast 90 % sprechen sich dafür aus, dass Fachleute regieren sollten. Daher müssten Reformen hier in jedem Fall sehr differenziert und gut durchdacht ausfallen. In den meisten politischen Fragestellungen unterscheidet sich die Meinung der SalzburgerInnen kaum von jener in anderen Bundesländern. Im Zeitvergleich mit früheren Perioden kann die aktuelle Situation demokratiepolitisch in den meisten Bereichen als besser bewertet werden. Dennoch gibt es breiten Raum für Verbesserungen und Demokratieinnovationen. Transparenz und Informationsfreiheit können durch Vereinbarungen oder auf freiwilliger Basis weiter gestärkt werden, sofern rechtliche Regelungen nicht möglich oder mehrheitsfähig sind. Ein Informations- oder Transparenzportal, ein Subventionscheck oder ein Salzburger Lobbyingregister wären denkbar. Der Kontakt zur professionellen Zivilgesellschaft kann durch gezieltes Aufeinanderzugehen verbessert werden. Dies kann über einen Jour fixe oder regelmäßige, institutionalisierte Meetings zwischen Regierung, Landtag und NGOs gewährleistet werden. Das Angebot an politischer Bildung sowie demokratisches Empowerment für jene Gruppen, die weniger Ressourcen für politisches Engagement aufweisen, können verbessert werden, etwa in dem sich Salzburg als Modellregion für Demokratiebildung etabliert und entsprechende Maßnahmen setzt. Die politischen Institutionen können Zugangshürden abbauen, RepräsentantInnen noch mehr den Kontakt zu den BürgerInnen suchen. Nicht zuletzt ist der Kampf gegen antidemokratisches Verhalten, gegen politischen Extremismus und manipulative Kommunikation

eine der dringlichsten Aufgabe aller demokratischen Institutionen und AkteurInnen. Dahingehend empfiehlt sich die Einsetzung eines Demokratierats, der aus PolitikerInnen, ExpertInnen und Zivilgesellschaft besetzt zu einer ständigen Instanz für Demokratiefragen im Bundesland wird.

Anmerkungen

- 1 Der Hauptgrund dafür liegt in der Tatsache, dass die männliche Bevölkerung durch den Krieg und den Völkermord in den 1990er Jahren massiv dezimiert wurde.
- 2 Die Bezeichnung Landeshauptfrau gibt es in der österreichischen Verfassung (noch) nicht.
- 3 Anzumerken ist freilich, dass über 60-Jährige aufgrund ihres Alters bereits deutlich mehr Möglichkeiten hatten, an Wahlen teilzunehmen. Aber diese Einschränkung ist nur geringfügig relevant, da weitere Studien zeigen, dass auch bei den jüngsten Wahlen stets die Älteren deutlich mehr partizipierten als die Jüngeren.

Literaturverzeichnis

- Antonovsky, A. (1996): The salutogenetic model as a theory to guide health promotion. *Health Promotion International* 11/1, 11–18.
- Atac, I., & Rosenberger, S. (2012): Politik der Inklusion und der Exklusion. Wien: V&R Unipress Verlag.
- BKA – Bundeskriminalamt (2016): Sicherheit 2015, Wien: Bundeskriminalamt.
- BMI – Bundesministerium für Inneres (2015): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. Wien: Bundesministerium für Inneres.
- BMI – Bundesministerium für Inneres (2015): Sicherheitsbericht Kriminalität 2015. Wien: Bundesministerium für Inneres.
- BMI – Bundesministerium für Inneres (2016): Verfassungsschutzbericht 2015. Wien: Bundesministerium für Inneres.
- Brack, N., De Waele, J.-M., & Pilet, J.-B. (Hrsg.) (2015): Les Démocraties Européennes. Institutions, élections et partis politiques. Paris: Armand Colin.
- Brosnan, S. F., De Waal, F. B. M. (2004): Animal behavior : Fair refusal by capuchin monkeys. *Nature* 428/140, DOI: 10.1038/428140b.
- Bühlmann, M., Merkel, W., Müller, L., Giebler, H., & Weßels, B. (2012): Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6/Supplement 1, 115–159.
- BVG – Österreichisches Bundesverfassungsgesetz, Artikel 20, Abs. 3.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dachs, H. (1991): Politische Kontrolle und „Salzburger Klima“. In Dachs, H., & Floimair, R. (Hrsg.): *Salzburger Jahrbuch für Politik* 1991. Salzburg: Residenz Verlag, 146–152.
- Dachs, H. (1996): Zwischen Proporz und Konkurrenz. Bemerkungen zur Demokratiequalität in Österreichs Bundesländern. In Campbell, D. F. J., Liebhart, K., Martinsen, R., Schaller, C., & Schedler, A. (Hrsg.). *Die Qualität der österreichischen Demokratie: Versuche einer Annäherung*. Wien: Manz, 119–130.
- Dahl, R. (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Democracy Barometer (2008): Country Report Austria. http://www.democracybarometer.org/country_reports/cr_Austria1990-2007.pdf (Zugriff am 20.12.2016).
- Easton, D. (1965): *Systems Analysis of Political Life*. Hoboken, New Jersey: Wiley & Sons.
- Eichenberger, R. (2002): Starker Föderalismus. Drei Reformvorschläge für fruchtbaren politischen Wettbewerb. In Wagschal, U., & Rentsch, H. (Hrsg.): *Der Preis des Föderalismus*. Zürich: Orell Füssli, 177–199.
- Eurobarometer (2016): https://ec.europa.eu/germany/news/eurobarometer-umfrage-fr%C3%BChjahr-2016-deutsche-und-europ%C3%A4er-unterst%C3%BCtzen-die-priorit%C3%A4ten-der_de (Zugriff am 20.12.2016).

Europäische Kommission (2001): White Paper of Good Governance. Brüssel.

Europäische Kommission (2016): EU-Justizbarometer 2016. Brüssel.

Fallend, F. (2015): Redundant Second Chamber? The Austrian Bundesrat in Comparative Perspective. In Bischof, G., & Karhofer, F. (Hrsg.): Austrian Federalism in Comparative Perspective. Contemporary Austrian Studies, Vol. 24. New Orleans/Innsbruck: UNO Press/Innsbruck University Press, 34–53.

Famira-Mühlberger, U., & Leoni, T. (2014): Die wirtschaftliche und soziale Lage in Österreich. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

FHS/IFES (2016).

Frey, B. S., & Stutzer, A. (2000): Happiness Prospers in Democracy. *Journal of Happiness Studies* 1: 79–102.

Fromm, E. (1993): Die Furcht vor der Freiheit. München: DTV.

Ginzinger, J. (2015): Volksschule – Ein Ort für nachhaltiges Demokratie-Lernen im Kontext der Partizipation: Eine quantitative Studie zur Teilhabe und Verwendung formaler Methoden der Teilhabe. Abschlussarbeit Master „Innovationsentwicklung im Social-Profit-Sektor“. Fachhochschule Salzburg, Puch/Urstein.

Global Peace Index (2015): http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2015/06/Global-Peace-Index-Report-2015_0.pdf (Zugriff am 20.12.2016).

Helmer-Denzel, A., & Weber, U. (2013): BürgerInnenräte in Baden-Württemberg. Evaluation für das Ministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Baden-Württemberg. Evaluation BürgerInnenräte. https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_s_B%3BC3%BCrgerengagement/BuergerInnneraete-in-BW_Evaluation_2013.pdf (Zugriff am 20.12.2016).

Hinterseer, T. (2014): Sozialpartnerschaft in Zeiten der Krise. Eine Erweiterung der Szenarien zur Zukunft der Sozialpartnerschaft. *WISO* 37/2, 135–147.

Honneth, A. (2000): Das Andere der Gerechtigkeit: Aufsätze zur praktischen Philosophie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Inglehart, R. (2006): Democracy and Happiness. What Causes What? Paper presented at conference on human happiness at Notre Dame University, 22–24. Oktober 2006.

Krammer, R. (2008): Kompetenzorientierte Politische Bildung. In Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen der Politischen Bildung Bd. 29, Innsbruck/Wien/Bozen.

Landesstatistischer Dienst (2010): Interpretation Wahlergebnisse, Salzburg.

Land Salzburg (2012): Salzburg Corporate Governance Index. Fassung vom 25.01.2012. Herausgegeben von LH-Stv. Mag. David Brenner. Land Salzburg.

LBI-MR – Ludwig-Boltzmann Institut für Menschenrechte (2014): Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz hinsichtlich der Veröffentlichung von Informationen von allgemeinem Interesse sowie des Rechts auf Zugang zu Informationen geändert wird. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/SNME/SNME_00987/imfname_349411.pdf (Zugriff am 20.12.2016).

Liebing, U. (2016): Einleitung. In Plattform für Menschenrechte (Hrsg.): Salzburger Menschenrechtsbericht 2016. Salzburg.

MacIntosh, A. (2007): eParticipation and eDemocracy Research in Europe. In Chen, H., Brandt, L., Gregg, V., Traunmüller R., Dawes, S., Hovy, E., Macintosh, A., & Larson, C. A. (Hrsg.): Digital Government: eGovernment Research, Case Studies, and Implementation. New York: Springer US, 85–102.

Marcuse, L. (1996): Philosophie des Glücks. Von Hiob bis Freud. Zürich: Diogenes Verlag.

Maslow, A. (1981): Motivation und Persönlichkeit. Frankfurt a. M.: Rowohlt.

Medienservice Österrich (o. J.): Migration und Integration. http://medienservice.at/migration_bewegt/2016/06/06/rund-600-000-musliminnen-in-oesterreich/ (Zugriff am 20.12.2016).

Meyer, T. (2006): Praxis der Sozialen Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag.

Mödlhammer, H. (2013): Mein Lebensweg für die Gemeinden: Graz: Styria Verlag.

Montesquieu, Charles Secondat de (1748/1986): Vom Geist der Gesetze. Leipzig: Reclam.

Müller, T., & Pickel, S. (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes. *Politische Vierteljahresschrift* 48/3, 511–539.

Neubacher S. (2015): Volksschule – Ein Ort für nachhaltiges Demokratie-Lernen im Kontext der Partizipation: Eine quantitative Studie zur Teilhabe und den Möglichkeiten informeller Beteiligung. Abschlussarbeit Master „Innovationsentwicklung im Social-Profit-Sektor“. Fachhochschule Salzburg, Puch/Urstein.

Oppold, D. (2012): Partizipative Demokratie in der Praxis: Die „BürgerInnenräte“ in Vorarlberg. Bachelor-Arbeit an der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Department Public Management und Governance. <https://www.vorarlberg.at/pdf/oppolddanielbachelorarbei.pdf> (Zugriff am 20.12.2016).

Österreichische Bundesverfassung.

Pabst, A. (2010): Die athenische Demokratie. München: C. H. Beck.

Parteien-Förderungsgesetz (2012): <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007891> (Zugriff am 20.12.2016).

Plasser, F., & Ulram, P. A. (2000): Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In Pelinka, A., Plasser, F., & Meixner, W. (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Wien: Facultas, 169–202.

Plasser, F., & Seeber, G. (2012): Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich. In Helms, L., & Wineroither, D. M. (Hrsg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich. Baden-Baden: Nomos, 269–292.

Przeworski, A. (2003): Freedom to Choose and Democracy. *Economics and Democracy* 19, 265–279.

Rathkolb, O., Zandonella, M., & Ogris, G. (2014): Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich. Eine Studie des SORA-Instituts und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, finanziert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich.

Rawls, J. (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Rechnungshof (2016): Bericht des Rechnungshofs. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2016/berichte/teilberichte/bund/Bund_2016_24/Bund_2016_24_1.pdf (Zugriff am 20.12.2016).

Reinberg-Leibel, M. (2014): Lobbying in Österreich. Wer vertritt wessen Interessen? Was dürfen wir darüber wissen? Transparency International Austrian Chapter.

Riederer, B., & Teitzer, R. (2012): Effekte der sozialen Position auf Vertrauen in Politik und Demokratie in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 37/1, 5–22.

Scharpf, F. (1997): Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie. MPIFGF – Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung. Working Paper 97/9, Köln.

Scharpf, F. (1998): Interdependence and Democratic Legitimation, MPIFGF – Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung. Working Paper 98/2, 1–18.

Schoibl, H. (2016): Mit Recht (?) gegen Armut und Armutsbetroffene. In Plattform für Menschenrechte (Hrsg.): Salzburger Menschenrechtsbericht 2016. Salzburg.

SLRH – Salzburger Landesrechnungshof (2016): Bericht zur Prüfung Innovations- und Technologietransfer Salzburg GmbH (ITG). April 2016, 003–3/174/12-2016.

Statistik Austria (2011): IKT-Einsatz in Haushalten 2016. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/informationengesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html (Zugriff am 20.12.2016).

Steinmaurer, T. (2012): Medien und Medienpolitik in Österreich. Ein Überblick. In Forum Politische Bildung (Hrsg.): Medien und Politik. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 35, Innsbruck/Wien/Bozen.

Vanhanen, T. (2000): A New Dataset for Measuring Democracy, 1810–1998. *Journal of Peace Research* 37/2, 251–265.

Veenhoven, R. (2000): Freedom and Happiness. A comparative study in 46 nations in the early 1990's. In Diener, E., & Suh, E. M. (Hrsg.): Culture and subjective wellbeing. Cambridge, MA: MIT Press, 257–288.

Visser, J. (2016): What happened to collective bargaining during the great recession? *IZA Journal of Labor Policy* 5/9, DOI: 10.1186/s40173-016-0061-1.

Website Access Info (o. J.): <https://www.access-info.org/?s=Austria&lang=en> (Zugriff am 20.12.2016).

Website AI – Amnesty International (2015): Jahresbericht. <https://www.amnesty.at/de/jahresbericht/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website AI – Amnesty International (2014): Jahresbericht. <https://www.amnesty.de/laenderbericht/deutschland> (Zugriff am 20.12.2016).

Website BMI (o. J.): Volksbegehren. http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_wahlen/volksbegehren/ (Zugriff am 20.12.2016).

Website BMI (2016): Wahlen. <http://wahl16.bmi.gv.at/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Demokratiezentrum (o. J.): <http://www.demokratiezentrum.org/themen/mediengesellschaft/medienmacht.html> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Enquete-Kommission (o. J.): <https://demokratie.salzburg.at/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Exit B (o. J.): https://www.salzburg.gv.at/gesellschaft_/Documents/broschuere_exit_b-neu.pdf (Zugriff am 20.12.2016).

Website Freedom House (o. J.): <https://freedomhouse.org/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Greenpeace Österreich (2015): Jahresbericht. <http://www.greenpeace.org/austria/jahresbericht/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website IMAS International (o. J.): Politische Meinungsforschung, Umfrage. <http://www.imas.at/index.php/de/produkte/gesellschaftspolitische-meinungsforschung/sozialforschung-de> (Zugriff am 20.12.2016).

Website IPU – Inter Parliamentary Union) (o. J.): <http://www.ipu.org/WMN-e/classif.htm> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Burgenland (o. J.): Abgeordnete. <http://www.bglld-landtag.at/organe/abgeordnete.html> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Kärnten (o. J.): Landtag. http://www.kaerntner-landtag.ktn.gv.at/39861_DE (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Niederösterreich (o. J.): Abgeordnete. <http://www.landtag-noe.at/personen-ausschuesse/aktuelle-abgeordnete-ausschuesse> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Oberösterreich (o. J.): Abgeordnete. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/12748.htm> (Zugriff am 19.12.2016).

Website Land Salzburg (o. J.): Abgeordnete. <https://www.salzburg.gv.at/pol/landtag/lt-klubs> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Salzburg (o. J.): Wahlergebnisse. <https://www.salzburg.gv.at/pol/ls-wahl/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Steiermark (o. J.): Abgeordnete. <http://www.landtag.steiermark.at/cms/ziel/66952994/DE/> (Zugriff am 19.12.2016).

Website Land Tirol (o. J.): Abgeordnete. <https://www.tirol.gv.at/landtag/abgeordnete/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Land Vorarlberg (o. J.): Abgeordnete. <http://www.vorarlberg.at/landtag/landtag/abgeordnete/aufgaben.htm> (Zugriff am 19.12.2016).

Website Wien (o. J.): Zusammensetzung des Wiener Landtags. <https://www.wien.gv.at/politik/landtag/zusammensetzung.html> (Zugriff am 19.12.2016).

Website OECD Better Life Index (o. J.): <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/topics/civic-engagement-de/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Offener Haushalt (o. J.): <https://www.offenerhaushalt.at/gemeinde/salzburg/finanzdaten/subventionen> (Zugriff am 16.12.2016).

Website ÖSTB – Österreichischer Städtebund (o. J.): <https://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/oegz-beitraege/oegz-beitraege-details/artikel/die-verantwortung-liegt-bei-mirverhaltenskodex-zur-korruptionspraevention.html> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Plattform Zivilgesellschaft Salzburg: <https://zivilgesellschaftsalzburg.org/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Parlament Österreich (o. J.): <https://www.parlament.gv.at/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Plattform für Menschenrechte (o. J.): Religionsfreiheit. <http://www.menschenrechte-salzburg.at/themen/religionsfreiheit/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Plattform Politische Bildung Kärnten (o. J.): <http://plattform-politische-bildung.at/kaerntner-landtag> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Politik Lexikon (o. J.): <http://www.politik-lexikon.at/print/volksbefragung/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Rechnungshof (o. J.): Korruptionsprävention. <http://www.rechnungshof.gv.at/beratung/kernaussagen/kernaussagen/detail/erstellen-eines-verhaltenskodex.html> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Salzburger Armutskonferenz (o. J.): <http://www.salzburger-armutskonferenz.at/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Statistik Austria (o. J.): Bevölkerung nach Herkunft. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html (Zugriff am 20.12.2016).

Website Transparency International (o. J.): Corruption-Perception-Index. <https://www.transparency.org/cpi2015/> (Zugriff am 20.12.2016).

Website Transparenzportal (o. J.): <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/situation/buerger/> (Zugriff am 20.12.2016).

Weiss, L. (1998): *The Myth of the Powerless State*. Ithaca, New York: Cornell University Press.

Weitz-Shapiro, Re., & Winters, M. S. (2008): *Political Participation and Quality of Life*. Working Paper #638, Inter-American Development Bank. Washington, DC: Columbia University.

Welan, M. (2000): *Die direkte Demokratie in Österreich im Vergleich*, Demokratiezentrum Wien. <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/welan.pdf> (Zugriff am 20.12.2016).

ZfZ/IFES (2008).

Interviews:

Buggler, Robert (2016): Experteninterview vom 09.06.2016, Salzburg.

Fallend, Franz (2016): Experteninterview vom 08.03.2016, Salzburg.

Heinisch, Reinhard (2016): Experteninterview vom 03.02.2016, Salzburg.

Hörmandinger, Josef (2016): Experteninterview vom 28.02.2016, Salzburg.

Wörgetter, Sylvia (2016): Expertinneninterview vom 09.02.2016, Salzburg.

Windischbauer, Elfriede (2016): Expertinneninterview vom 04.02.2016, Salzburg.

Zeitungsartikel:

Kurier, 24.07.2014: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/maccabi-haifa-gegen-lille-nach-platzsturm-tuerkenfordern-schaerfste-straefe/76.407.036> (Zugriff am 20.12.2016).

Der Standard, 10.11.2010: <http://derstandard.at/1288659943767/Manfred-Nowak-im-Chat-UN-Sonderberichterstatter-Folter-in-Oesterreich-oft-eine-Art-Kavaliersdelikt> (Zugriff am 20.12.2016).

Der Spiegel online, 01.07.2001: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/salzburg-weltwirtschaftsforum-beginnt-mit-krawallen-a-142870.html> (Zugriff am 20.12.2016).

Falter 21/16: Der Kampf um die Mitte. https://www.falter.at/archiv/FALTER_2016052540EE0055E4/der-kampf-um-die-mitte (Zugriff am 20.12.2016).

SN – Salzburger Nachrichten, 10.11.2014: <http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/chronik/sn/artikel/unbekannte-schaenden-denkmal-am-kommunalfriedhof-127492/> (Zugriff am 20.12.2016).

SN – Salzburger Nachrichten, 25.03.2016: <http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/politik/sn/artikel/salzburgs-gruene-warnen-vor-propagandaauftritt-der-grauen-woelfe-189215/> (Zugriff am 20.12.2016).

SN – Salzburger Nachrichten, 06.07.2016: <http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/politik/sn/artikel/land-salzburg-228-massnahmen-gegen-ueberbordende-buerokratie-203881/> (Zugriff am 20.12.2016).

Rechtstexte:

B-VG: Österreichische Bundesverfassung, Fassung vom 20.12.2016.

BGB I Nr. 57/2012.

L-VG: Landesverfassung Salzburg, Fassung vom 20.12.2016.

LGBI 73/1988, Fassung vom 20.12.2016.

Landtagswahlordnung (o. J.): <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=10001107&ShowPrintPreview=True> (Zugriff am 20.12.2016).

Salzburger Landesgesetz (o. J.): <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20000164> (Zugriff am 20.12.2016).

Auskunftspflichtgesetz (o. J.): <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000916> (Zugriff am 20.12.2016).

Salzburger Landesverfassung (o. J.): <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=10001123> (Zugriff am 20.12.2016).

Landtag Salzburg (o. J.): Antrag Nr. 216 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages (4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode).

Landtag Salzburg (o. J.): Antrag Nr. 272 zu Politischer Bildung. <https://www.salzburg.gv.at/002011pi/15Gesetzgebungsperiode/4Session/272.pdf> (Zugriff am 20.12.2016).

Lebensqualität und Arbeit

REINHARD HOFBAUER



Einleitung

Lebensqualität und Arbeit hängen in besonderer Weise zusammen: Erwerbsarbeit vermittelt nicht nur die materiellen Voraussetzungen für hohe Lebensqualität, Erwerbsarbeit nimmt einen bedeutenden Teil der Lebenszeit ein, ist ein bedeutender gesellschaftlicher Integrationsfaktor und wesentliche Sozialisationsinstanz und vermittelt über Beziehungen, Sinn und Anerkennung auch wichtige nichtmaterielle Beiträge zu hoher Lebenszufriedenheit. Die enge Beziehung zwischen allgemeiner Lebenszufriedenheit und hoher Arbeitszufriedenheit zeigt sich in einer Reihe von Forschungsergebnissen, die über eine hohe und signifikante Korrelation berichten: Arbeitszufriedenheit beeinflusst allgemeine Lebenszufriedenheit, wer zufriedener mit seiner Arbeit ist, bekundet auch höhere Lebenszufriedenheit (Loscocco und Roschelle 1991; Argyle und Martin 1991).

Auf regionaler Ebene bestätigt der Arbeitsklima Index den starken Zusammenhang ($p = 0,00$, $r = 0,52$) (Grössenberger und Hofbauer 2016), im Rahmen der Bevölkerungsbefragung des gegenständlichen Projekts zeigt sich ein etwas geringerer Zusammenhang zwischen Lebens- und Arbeitszufriedenheit ($p = 0,00$; $r = 0,46$).¹

Die Bedeutung guter Arbeit für hohe Lebensqualität schlägt sich daher auch in aktuellen Wohlfahrts- und Lebensqualitätsmaßen nieder, die arbeitsbezogenen Aspekten einen wichtigen Stellenwert einräumen. Im Better Life Index der OECD etwa wird Lebensqualität durch elf Indikatoren gemessen: Mit „work-life balance“, „education & skills“, „income“ sowie „jobs“ sind vier der elf Indikatoren arbeitsbezogen.

Die Beobachtung und Messung der Arbeitsqualität hat in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt deshalb verstärkte Aufmerksamkeit gefunden, weil sie vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen in der Arbeitswelt stattfindet. Zu nennen sind die Flexibilisierung der Arbeitsprozesse und der Arbeitszeiten, die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Entgrenzung und Verdichtung von Arbeit (Senghaas-Knobloch 2009), die wachsende Bedeutung von Wissens- und Interaktionsarbeit, die Ausbreitung prekärer und befristeter Beschäftigungsverhältnisse, umfassende Restrukturierungen und hoher Kostendruck in vielen Branchen, ausbleibende Einkommenszuwächse und ein gestiegenes Arbeitslosigkeitsrisiko.

Die Anforderungen an ArbeitnehmerInnen sind insgesamt gestiegen und umfassen nicht mehr nur Arbeitsbereitschaft, Wissen oder anwendungsbezogene Qualifikationen, sondern auch ein hohes

Maß an emotionaler Identifikation mit der Arbeitssituation. Im Vergleich zur individuellen Lebenszufriedenheit ist hohe Arbeitszufriedenheit nicht nur im Interesse der betroffenen Personen, sondern liegt auch im betrieblichen Interesse. Hohe Arbeitszufriedenheit unter Beschäftigten kann die Fluktuation von ArbeitnehmerInnen und damit Kosten reduzieren (Lance 1991)² und gilt als wichtiger Baustein der betrieblichen Arbeitsproduktivität, da zufriedene MitarbeiterInnen als motivierter, leistungsfähiger und innovationsbereiter gelten, wobei ein eindeutig hoher Zusammenhang zwischen Arbeitszufriedenheit und Arbeitsleistung nicht einfach belegt werden kann.³

Gute Arbeitsbedingungen und hohe Arbeitszufriedenheit gelten angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen auch deshalb als unerlässlich, weil sie der besseren Ausschöpfung des Humankapitals dienen (Marrs 2010) und die vorrangigen EU-Ziele „intelligentes und nachhaltiges Wachstum ohne gute Jobs nicht zu haben sind“ (Holtgrewe 2013, 4).

Nicht nur „mehr und bessere Arbeitsplätze“ (Europäischer Rat 2000) stehen daher im Fokus hochrangiger politischer Initiativen, sondern auch die Verbesserung der Arbeitsqualität, wie sie etwa im Strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014–2020 zum Ausdruck kommt (Europäische Kommission 2016). Eines von sieben Zielen darin betrifft die Verbesserung der Erhebung statistischer Daten im Interesse einer besseren Informationsgrundlage und Weiterentwicklung von Monitoringinstrumenten zur Erfassung der Arbeitsbedingungen. Dieses Kapitel liefert einen Beitrag zum Monitoring der Arbeitsbedingungen auf regionaler Ebene.

1 Theorie und Modelle der Arbeitszufriedenheit

Arbeitszufriedenheit kann nicht direkt beobachtet, sondern nur aus Indikatoren erschlossen werden. Konstrukte gelten im Rahmen der Theoriebildung als nützliche Annahmen.

Das Konstrukt „Arbeitszufriedenheit“ steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt kritischer Auseinandersetzungen von PsychologInnen und SozialwissenschaftlerInnen, wobei die Vorstellungen zur Entstehung der Arbeitszufriedenheit unterschiedlicher AutorInnen teils weit auseinander gehen. „Arbeitsqualität“, „Beschäftigungsqualität“, „Arbeits- und Beschäftigungsqualität“, „faire Beschäftigung“, „menschenwürdige Arbeit“ – es gibt verschiedene Bezeichnungen für Konzepte, um die Qualität der Arbeit im weitesten Sinne zu messen. Die Konzepte wurden aus ganz unterschiedlichen Gründen entwickelt und dienen sehr verschiedenen Zwecken. Manche messen Fortschritt vor dem Hintergrund eines politischen Prozesses, andere gehen von der Konzeptualisierung verschiedener Dimensionen der Arbeitsqualität aus, die aber nicht zwangsläufig von politischen AkteurInnen verabschiedet wurden und der Messung eines politischen Prozesses dienen (Metzger et al. 2011).

Einflussreiche Theorien der Arbeitszufriedenheit – also des Zusammenhangs von Arbeitsbedingungen und subjektivem Wohlbefinden sind das Anforderungs-Kontroll-Modell (job demand control „DC“ model) das zwei Parameter zu Bestimmung von Belastung und Beanspruchung von ArbeitnehmerInnen nennt: die Arbeitsanforderungen und den Handlungsspielraum bzw. die Autonomie am Arbeitsplatz. Beide können sowohl in geringer als auch in hoher Ausprägung vorliegen. Das DC-Modell geht davon aus, dass starke Belastungen am Arbeitsplatz entstehen, wenn die Arbeitsanforderungen hoch sind, aber den Arbeitenden aufgrund von fehlender Autonomie nur ein geringer Handlungsspielraum zur Verfügung steht. Kommt aufgrund fehlender Autonomie keine Handlung zustande, geht die Handlungsenergie als „mental strain“ in Stresssymptome über (Drenth et al. 2001).

Das Effort-Reward-Imbalance-Modell (ERI-Modell) von Siegrist (2000) geht davon aus, dass es zu Gratifikationskrisen kommt, wenn die Balance zwischen Arbeitseinsatz und entsprechender Belohnung nicht ausgeglichen ist. Gratifikationskrisen können folglich zu psychischer Belastung und langfristig zu psychischen Erkrankungen führen.

Einsatz und Anstrengungen müssen Gratifikationen in einem ausgeglichenen Verhältnis gegenüberstehen, damit ArbeitnehmerInnen dauerhaft motiviert sind und keine gesundheitlichen Folgeschäden erleiden. Gratifikationen können zum Beispiel in Form von Wertschätzung, Bezahlung,

adäquatem beruflichem Status, Arbeitsplatzsicherheit, Weiterbildungs-, Karriere- und Einflussmöglichkeiten erfolgen (Sigrist 2000).

Im Fokus des Modells stehen damit nicht nur Belastungen am Arbeitsplatz, sondern auch die Erreichbarkeit entsprechender Gratifikationen. Das ERI-Modell wurde empirisch mehrfach bestätigt. So konnten Rydstedt et al. zeigen, dass bei qualifizierten MitarbeiterInnen mit hoher extrinsischer und intrinsischer Anstrengung sowie niedriger Belohnung signifikant hohe Belastungen auftreten. Bei FacharbeiterInnen dominierten Zusammenhänge von extrinsischer Anstrengung mit Stresswerten. Psychosoziale Belastungen werden offenbar von unterschiedlichen Berufsgruppen mit spezifischen Belastungssituationen unterschiedlich erlebt (Rydstedt et al. 2007).

Das Modell der Qualitäten der Arbeitszufriedenheit von Bruggemann (1975) basiert nicht auf der Analyse der Gesamtarbeitszufriedenheit, sondern betrachtet einzelne Qualitäten, also verschiedene Zustände der Zufriedenheit. In diesem Modell wird das Verhältnis zwischen Person und Situation als dynamisch verstanden: Veränderungen der Arbeitssituation durch die Person in Abhängigkeit von ihren situativen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten werden ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der Ziele und des Anspruchsniveaus auf der Seite der Person. In diesem Licht ist Arbeitszufriedenheit nicht ein Produkt, sondern Abbild eines Prozesses, und es geht nicht um Quantitäten, sondern um Qualitäten von Zufriedenheit. Welche Form der Arbeitszufriedenheit auftritt, ist zunächst von einem individuellen Vergleich zwischen den eigenen Bedürfnissen und Erwartungen einerseits (= Soll) und den Möglichkeiten ihrer Realisierung in der jeweiligen Arbeit andererseits (= Ist) abhängig. Je nach Ausgang des Soll-Ist-Vergleichs und des Anspruchsniveaus ergeben sich dann die unterschiedlichen Formen der Arbeitszufriedenheit bzw. -unzufriedenheit. Bruggemann unterscheidet etwa Progressive Arbeitszufriedenheit: Der Soll-Ist-Vergleich ist positiv und das Anspruchsniveau steigt dadurch. Bei „Stabilisierter Arbeitszufriedenheit“ ist der Soll-Ist-Vergleich positiv und das Anspruchsniveau bleibt stabil. Bei „Resignativer Arbeitszufriedenheit“ ist der Soll-Ist-Vergleich negativ und zur Kompensation sinkt das Anspruchsniveau. Weitere Formen der Arbeitszufriedenheit sind Pseudo-Zufriedenheit mit einem negativen Soll-Ist-Vergleich, aber unverändertem Anspruchsniveau, dafür wird die Situation verfälscht (geschönt) wahrgenommen. Bei Konstruktiver Arbeitszufriedenheit fällt der Soll-Ist-Vergleich ebenfalls negativ aus, das Anspruchsniveau bleibt unverändert, aber man arbeitet an Lösungsversuchen (Bruggemann 1976).

Viele Elemente dieser und weiterer Theorien haben Eingang in Erhebungsinstrumente zur Arbeitszufriedenheit gefunden.

1.1. INDIKATOREN FÜR ARBEITZUFRIEDENHEIT UND GUTER ARBEIT

Subjektive Arbeitszufriedenheit wird von vielen Faktoren beeinflusst. Als „Determinanten“ der Arbeitszufriedenheit gelten keineswegs nur monetäre Anreize, sondern auch die konkrete Arbeitstätigkeit und allgemeine Arbeitsbedingungen wie etwa die Ausstattung des Arbeitsplatzes, Entwicklungsmöglichkeiten sowie soziale Aspekte der Arbeit, wie gute Beziehungen zu den KollegInnen, verbale Anerkennung und Wertschätzung durch Vorgesetzte (Führungsstil) oder Beförderungsmöglichkeiten. Van Saane et al. (2003) ermittelten in einer Metastudie über 35 Arbeitszufriedenheitsuntersuchungen zehn relevante Aspekte der Arbeitszufriedenheit: Arbeitsinhalt, Autonomie, Entwicklungsmöglichkeiten, Einkommen, Unterstützung, Kommunikation, MitarbeiterInnenbeziehungen, Sinngehalt und Arbeitsbelastungen.

Eine Analyse der Daten des European Working Conditions Survey 2010 fördert weitere wichtige Indikatoren für gute Arbeitsplätze zutage: keine Schicht- oder Nachtarbeit, keine Arbeit in ermüden-

der oder schmerzhafter Haltung oder unter Zeitdruck, gute Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, hoher Ermessensspielraum und hohe soziale Unterstützung bei der Arbeit, gute Karriereaussichten und Sicherheit des Arbeitsplatzes (Eurofound 2012).

Auf der Grundlage langjähriger Daten für den österreichischen Arbeitsklima Index hält Raml fest: „(...) die wichtigsten Punkte für die Arbeitszufriedenheit sind das Betriebsklima, das Verhältnis zum Vorgesetzten und den Arbeitskollegen, die ergonomischen Belastungen, die psychischen Überforderungen am Arbeitsplatz wie Zeitdruck und Verantwortung, die Unterbrechungen des Arbeitsvollzugs und Gratifikationskrisen“ (Raml 2012, 19).

Neben unterschiedlichen Aspekten der konkreten Arbeitssituation und des Arbeitsumfeldes üben „Moderatorvariablen“, den tatsächlichen Bewertungen der Arbeitsbedingungen vorgelagert, Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten aus. Zu diesen zählen biografische sowie Persönlichkeitsmerkmale, wobei letzteren von ForscherInnen eine unterschiedlich hohe Bedeutung beigemessen wird und Arbeitszufriedenheit zuweilen als Folge von individuellen, relativ unbeeinflussbaren Persönlichkeitsmerkmalen gesehen wird (Kirchler und Hölzl 2005).

Fietze untersuchte auf Basis des deutschen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) den Einfluss von Arbeitsbedingungen und Persönlichkeitseigenschaften sowie ihrer Interaktion und kam zum Ergebnis: „Individuelle Arbeitsbedingungen (insb. eine geringe Effort-Reward-Imbalance und hohe Autonomie) und Persönlichkeit (insb. emotionale Stabilität) spielen eine entscheidende Rolle, um höhere Arbeitszufriedenheit zu erreichen, aber: Die höchste Erklärungskraft haben die Arbeitsbedingungen (Effort-Reward Imbalance und Autonomie)“ (Fietze 2011, 2).

In dieselbe Richtung deuten die Ergebnisse von Abele et al.: „Arbeitszufriedenheit (...) beruht vielmehr auf mehr oder weniger positiven Wahrnehmungen der eigenen Arbeitsbedingungen“ (Abele et al. 2006, 225).

Gute objektive Arbeitsbedingungen bilden damit die Grundlage der Arbeitszufriedenheit, das konkrete Zufriedenheitsurteil ist allerdings durch biografische und komplexe innerpsychische Prozesse, bei denen Ansprüche, Erwartungen, Vergleiche an die Situation bzw. mit anderen Situationen eine wichtige Rolle spielen, moderiert. So schlagen sich idente Arbeitsbedingungen bei unterschiedlichen Personen oder zu unterschiedlichen Zeiten nicht zwangsläufig in der gleichen Bewertung der Arbeitszufriedenheit nieder. Neben der Erhebung „objektiver“ Arbeitsbedingungen kommt der subjektiven Zufriedenheit mit spezifischen Aspekten der Arbeitssituation für die Arbeitszufriedenheit eine wichtige Funktion zu.

Holman und Clelland stellten die Dimensionen verschiedener Untersuchungen zur Arbeitsqualität zusammen (Holman und McClelland 2011):

Tabelle 1: Dimensionen der Arbeitsqualität in ausgewählten Untersuchungen

Tangian (2007)	EC Laeken Job Quality Index (2001)	Leschke/Watt/Finn (2008)	Green (2006)	Eurofound (2014)	Grimshaw/Lehndorff (2010)	Arbeitsklima Index Ö
Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten	Intrinsische Qualität der Arbeitsplätze	Entlohnung	Qualifikation	Einkommen	Arbeitsqualität	25 Basisindikatoren 16 Subdimensionen in den 4 Teilindizes: Gesellschaft Betrieb Arbeit Erwartungen
Möglichkeiten für Kreativität	Qualifikation, Lebenslanges Lernen und berufliche Entwicklung	Atypische Beschäftigung	Arbeitseinsatz	Perspektiven am Arbeitsplatz	Beschäftigungsqualität	
Aufstiegs-möglichkeiten	Gleichstellung der Geschlechter	Arbeitszeit und Work-Life-Balance	Handlungsspielräume bei der Arbeit	Qualität der Arbeitszeit	Teilhabequalität	
Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten	Arbeitschutz	Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit	Entlohnung	Arbeitsplatzqualität		
Informationsfluss	Flexibilität und Sicherheit	Qualifikationen und Karriere-möglichkeiten	Risiko und Sicherheit			
Führungsqualität	Eingliederung und Zugang zum Arbeitsmarkt	Interessenvertretung	Arbeitszufriedenheit			
Betriebskultur	Kollegialität					
Sinngehalt der Arbeit	Arbeitsorganisation und Vereinbarkeit von					
Arbeitszeitgestaltung	Arbeitsleben und Privatleben					
Arbeitsintensität	Sozialer Dialog und ArbeitnehmerInnen-mitbestimmung					
Körperliche Anforderungen	Diversifizierung und Nichtdiskriminierung					
Emotionale Anforderungen	Gesamtwirtschaftsleistung und Produktivität					
Berufliche Zukunftsaussichten und Arbeitsplatzsicherheit						
Einkommen						

Quelle: Holman und Mc Clelland (2011); Eurofound (2015); Arbeitsklima Index.

1.2. ERHEBUNGSINSTRUMENTE

Zu den bekanntesten differenzierten Erhebungsinstrumenten und wichtigsten Quellen der arbeitsqualitätsbezogenen empirischen Forschung zählen der europaweit durchgeführte Working Conditions Survey der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound), die europäische Arbeitskräfteerhebung, der DGB-Index „Gute Arbeit“ für Deutschland und der Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer in Österreich.

Vor allem der European Working Conditions Survey und die Europäische Arbeitskräfteerhebung dienen auch als Quelle für europaweit vergleichende Arbeitsqualitätsindizes. Munoz de Bustillo et al. haben die Positionen ausgewählter Länder in verschiedenen Arbeitsqualitätsindizes verglichen (Munoz des Bustillo 2011). Wiewohl die Messindikatoren der Untersuchungen unterschiedlich sind, zeigen die Gesamtplatzierungen der Ergebnisse bei allen Indizes konsistente Ergebnisse. Österreich liegt dabei um Platz zehn.

Tabelle 2: Positionen ausgewählter Länder in verschiedenen Indizes der Arbeitsqualität

Länderauswahl	LU	DK	NL	AT	DE	IT	CZ	PL	HU
Arbeitsqualitätsindex*	1	2	5	10	11	12	19	22	23
Arbeitsqualitätsindex ohne Lohn*	4	1	2	10	12	8	21	18	23
ETUI-Index**	6	1	2	9	14	15	17	27	25
Index von Tangian***	6	1	2	9	10	18	23	25	14

Quelle: * Munoz des Bustillo (2011); ** ETUI-Index: Index des Europäischen Gewerkschaftsinstituts; *** Tangian (2007).

Die größten Unterschiede zwischen den Rangplätzen ergeben sich aus dem Lohnniveau, das in unterschiedlicher Weise einbezogen wird. In allen Indizes liegt Österreich im Mittelfeld der kontinental-europäischen Länder, aber vor Deutschland. In Teilindizes der Arbeitsqualität fällt Österreich bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Work-Life-Balance relativ zurück, arbeitet sich bei der intrinsischen Arbeitsqualität – also bei den Handlungs- und Gestaltungsspielräumen – und bei der Beschäftigungsqualität jedoch einige Plätze vor. Die nordischen und die Benelux-Länder liegen an der Spitze (Holtgrewe 2013, 5).

1.3. ARBEITZUFRIEDENHEIT IM BUNDESLAND SALZBURG

Im Rahmen der von der FH Salzburg im Projekt „Lebensqualität und Innovation“ 2016 durchgeführten Bevölkerungsbefragung zu Aspekten der Lebensqualität wurde auch eine Reihe von Fragen zur Qualität des Arbeitslebens gestellt.⁴

Auf die zusammenfassende Frage „Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit Ihrer beruflichen Tätigkeit?“ liegt der Mittelwert auf einer Skala von 0 bis 10 bei 7,5 und damit sogar etwas höher als bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der subjektiven Lebensqualität (MW: 7,1). Rund 10 % der Befragten berichten keine oder eine geringe Arbeitszufriedenheit, 12,8 % berichten eine mittelmäßige Zufriedenheit, rund 45 % sind eher zufrieden und mit 32,3 % ist rund ein Drittel sehr zufrieden mit der beruflichen Tätigkeit insgesamt. Im Österreichvergleich zeigen sich nennenswerte Unterschiede

lediglich bei den Zufriedenen: Während bei Erwerbstätigen im Bundesland Salzburg die häufigste Antwort auf die Frage nach der Qualität der Arbeitszufriedenheit „eher zufrieden“ lautet, ist es in der österreichischen Stichprobe „sehr zufrieden“. Insgesamt zeigt sich auf diese zusammenfassende Frage in beiden Stichproben ein hohes Zufriedenheitsausmaß.

Tabelle 3: Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit

	überhaupt nicht zufrieden	eher nicht zufrieden	mittelmäßig	eher zufrieden	sehr zufrieden	MW (0-10)	Std.abweichung
Salzburg	2,6	7,1	12,8	45,3	32,3	7,5	2,1
Österreich	3,9	7,1	11,8	36,9	40,1	7,6	2,3

Quelle: FHS/IFES 2016.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich keine Mittelwertunterschiede, ebenso nicht bei der höchsten abgeschlossenen Ausbildung. Dagegen sind ältere Erwerbstätige (45+) etwas zufriedener (MW: 7,8) als Jüngere (MW: 7,3). Nennenswerte Unterschiede zeigen sich bei der beruflichen Stellung: ArbeiterInnen und Angestellte (jeweils MW: 7,4) sind weniger zufrieden mit ihrer beruflichen Situation als öffentlich Bedienstete (MW: 7,8).

Lässt sich von hohen Werten bei der bekundeten Arbeitszufriedenheit umstandslos auch auf eine gute Bewertung der Arbeitssituation schließen? Bedeutet ein hoher Wert bei der Arbeitszufriedenheit demnach, dass es den Menschen bei der Arbeit tatsächlich gut geht?

Zur Prüfung der Frage, ob eine hohe Arbeitszufriedenheit mit guten Arbeitsbedingungen einhergeht oder ob hohe Werte auch mit weniger befriedigenderen Arbeitssituationen wie geringer Motivation, wenig sinnvoller Arbeit oder gar einer resignativen Arbeitshaltung vereinbar sind, wurden die Erwerbstätigen zu unterschiedlichen Aspekten ihrer Arbeitssituation befragt. Die Aussagen umspannen Gedanken, Gefühle und Einstellungen hinsichtlich Sinnerfüllung, Motivation, Erwartungen und Ziele an das Arbeitsleben.

Diese Aussagen zu spezifischen Bewertungen der Arbeitssituation werden anschließend mittels einer Faktorenanalyse zu unabhängigen Faktoren komprimiert und mit den Ergebnissen der allgemeinen Arbeitszufriedenheit korreliert. Das Ergebnis gibt Aufschluss über die Frage, ob hohe Arbeitszufriedenheit mit einer guten Bewertung der Arbeitssituation einhergeht.

Der Aussage „Beruflich läuft es gut und ich werde noch einiges“ erreichen stimmen mit 66,8 % rund zwei Drittel der Salzburger Erwerbstätigen zu. Dieser Wert ist um rund sieben Prozentpunkte niedriger als der österreichische Vergleichswert. 11,5 % stimmen der Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zu, 22,1 % sind unentschieden. Hinsichtlich des Geschlechts und des Alters zeigen sich keine Mittelwertunterschiede.

Tabelle 4: Beruflich läuft es gut und ich werde noch einiges erreichen

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.abweichung
Salzburg	6,1	5,0	22,1	36,8	30,0	7,1	2,4
Österreich	5,5	5,3	19,8	32,1	37,3	7,3	2,5

Quelle: FHS/IFES 2016.

Die Aussage „Ich habe mich mit meiner beruflichen Situation abgefunden“ bringt eine resignative Haltung und die Adaption an die gegebenen Verhältnisse zum Ausdruck. Rund 48 % der Salzburger Erwerbstätigen stimmen der Aussage eher oder voll und ganz zu. Rund 31 % stimmen der entsprechenden Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zu, rd. 21 % sind unentschieden. Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich keine Mittelwertunterschiede. 41 % der Erwerbstätigen unter 45 Jahren stimmen dieser Aussage zu, 58 % der Erwerbstätigen über 45 Jahren. Erwerbstätige ohne Matura stimmen der Aussage deutlich häufiger zu (MW: 6,4) als Personen mit Matura (MW: 5,1)

Tabelle 5: Ich habe mich mit meiner beruflichen Situation abgefunden

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.abweichung
Salzburg	17,8	13,5	20,6	25,5	22,5	5,8	3,6
Österreich	22,0	9,3	16,3	22,3	30,1	5,9	3,6

Quelle: FHS/IFES 2016.

Rund zwei Drittel der Befragten geben an, mit ihrer Situation zurechtzukommen. Rund 15 % stimmen dieser Aussage nicht oder eher nicht zu, 19 % sind in dieser Frage unentschieden. Erwerbstätige unter 45 Jahren kommen durchschnittlich weniger gut zurecht (MW: 6,8) als Erwerbstätige über 45 Jahren (MW: 7,3).

Tabelle 6: Ich komme zurecht, es kann so bleiben, wie es ist

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.abweichung
Salzburg	6,3	8,5	19,1	34,6	31,5	7,1	2,5
Österreich	7,1	7,6	18,4	29,0	38,0	7,2	2,7

Quelle: FHS/IFES 2016.

Der Aussage „Es geht mir nicht gut, aber andere haben gar keine Arbeit“ stimmen knapp 22 % der Befragten zu. Der Salzburger Wert liegt unter dem österreichischen Wert von 26 %. Rund 64 % der Salzburger Erwerbstätigen stimmen hier nicht zu, rd. 60 % der österreichischen Befragten. Deutliche Unterschiede zeigen sich hier bei der Ausbildung. Ein Viertel der Befragten ohne Matura stimmt der Aussage zu, aber nur 18 % der Erwerbstätigen ohne Matura.

Tabelle 7: Es geht mir nicht gut, aber andere haben gar keine Arbeit

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg	51,1	12,5	14,8	15,2	6,4	3,3	3,4
Österreich	52,4	8,4	13,2	12,2	13,9	3,5	3,7

Quelle: FHS/IFES 2016.

Fast 22 % aller Befragten stimmen der Aussage „Derzeit läuft es schlecht, aber ich schaue nach vorn und werde es schaffen“ zu. In Österreich stimmen dieser Aussage sogar 26 % zu. Rund 15 % der Salzburger Erwerbstätigen und 13 % der österreichischen Erwerbstätigen stimmen teilweise zu. Diese Aussage bringt eine schlechte aktuelle Arbeitssituation zum Ausdruck, der aber mit Optimismus begegnet wird.

Tabelle 8: Derzeit läuft es schlecht, aber ich schaue nach vorn und werde es schaffen

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg	51,1	12,5	14,8	15,2	6,4	3,3	3,4
Österreich	52,4	8,4	13,2	12,2	13,9	3,5	3,7

Quelle: FHS/IFES 2016.

Ihren eigenen Arbeitsplatz halten rund 70 % der Salzburger Erwerbstätigen für sicher, für 13,3 % ist das nicht der Fall und 18,3 % sind unentschieden. Während sich bei der Frage beim Geschlecht keine Unterschiede zeigen, beurteilen 75 % der Erwerbstätigen mit Matura ihren Arbeitsplatz als sicher, aber nur 63 % der Erwerbstätigen ohne Matura.

Tabelle 9: Mein Arbeitsplatz ist sicher

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg	5,0	7,3	18,3	27,2	42,2	7,4	2,6
Österreich	7,0	6,7	18,7	22,9	44,6	7,4	2,7

Quelle: FHS/IFES 2016.

Annähernd 83 % der Salzburger Erwerbstätigen empfinden ihre Tätigkeit als sinnvoll, 11 % stimmen dieser Aussage nur teilweise zu und lediglich 6,3 % stimmen eher oder gar nicht zu. Jüngere Erwerbstätige erkennen mit 9 % keinen Sinn in ihrer Arbeitstätigkeit, aber lediglich 3 % der älteren Erwerbstätigen.

Tabelle 10: Ich empfinde meine Arbeit als sinnvoll

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg	3,7	2,6	11,0	32,5	50,3	8,1	2,2
Österreich	2,7	3,7	11,6	25,9	56,0	8,2	2,2

Quelle: FHS/IFES 2016.

92 % der Salzburger Erwerbstätigen geben an, dass es ihnen wichtig ist, dass die Arbeit Freude macht. Es zeigen sich dabei keine Unterschiede bei Alter, Geschlecht oder Ausbildung.

Tabelle 11: Mir ist wichtig, dass mir meine Arbeit Freude macht

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg		1,5	6,0	22,5	70,0	8,9	1,5
Österreich	0,5	1,5	5,4	21,4	71,2	8,2	2,2

Quelle: FHS/IFES 2016.

Berufliche Herausforderungen sehen nahezu 82 % der Salzburger Erwerbstätigen als Ansporn. Auch hier zeigen sich keine Unterschiede bei Geschlecht, Alter oder Ausbildung.

Tabelle 12: Berufliche Herausforderungen spornen mich an

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg	2,4	2,9	12,9	34,8	47,0	8,0	2,1
Österreich	3,7	4,2	13,4	32,0	46,7	7,9	2,3

Quelle: FHS/IFES 2016.

Das gesunde Erreichen des Pensionsantritts hat für 59 % der Salzburger Erwerbstätigen höchste Priorität, sie stimmen der Aussage „Am wichtigsten ist es, gesund in die Pension zu kommen“ voll und ganz zu. Rund 23 % stimmen eher zu, rund 8 % stimmen der Aussage nicht zu. Unter älteren Erwerbstätigen ist die Zustimmung mit 87 % deutlich höher als bei jüngeren Erwerbstätigen mit 79 %. Die Zustimmung fällt bei Erwerbstätigen ohne Matura mit knapp 90 % deutlich höher aus als bei Personen ohne Matura, in dieser Gruppe stimmen der Aussage lediglich 76 % zu.

Tabelle 13: Am wichtigsten ist es, gesund in die Pension zu kommen

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0-10)	Std.ab- weichung
Salzburg	2,6	5,2	10,5	22,6	59,1	8,3	2,3
Österreich	6,3	4,0	12,3	20,0	57,5	8,0	2,7

Quelle: FHS/IFES 2016.

Zusammenfassend zeigen die Antworten ein hohes Maß an bekundeter Arbeitszufriedenheit, ein großes Interesse an guter, sinnerfüllter Arbeit. Die Erwerbstätigkeit stellt für die allermeisten Personen eine mehr als notwendige Tätigkeit zum Gelderwerb dar, die Salzburger Erwerbstätigen messen der Freude an der Arbeit höchsten Stellenwert zu.

Andererseits zeigt sich aber auch ein hohes Maß an Abgeklärtheit gegenüber der Erwerbstätigkeit. So geben etwa 48 % an, sich mit ihrer beruflichen Situation abgefunden zu haben und 83 % meinen, es sei am wichtigsten, das Pensionsalter gesund zu erreichen (MW: 8,3). Dies gilt weitgehend unabhängig davon, ob die Arbeitssituation gut oder schlecht bewertet wird.

Ein Anteil von etwa 15 % bis 25 % der Salzburger Erwerbstätigen bewertet die eigene aktuelle Arbeitssituation schlecht oder eher schlecht. Diese Gruppe unterscheidet sich nicht nach Geschlecht oder Alter, aber es überwiegen Erwerbspersonen mit geringerer Qualifikation.

Mittels einer Faktorenanalyse wurden die Aussagen zur Arbeitssituation zu einer kleineren Zahl von unabhängigen Einflussgrößen reduziert, wobei drei Faktoren extrahiert wurden. Inhaltlich werden dabei jene Variablen, die stark untereinander korrelieren, zu einem Faktor generiert.

Tabelle 14 zeigt anhand der Komponentenmatrix der Faktorenanalyse, wie stark die Aussagen zum Arbeitsleben auf die drei extrahierten Faktoren laden. Der erste Faktor erklärt rd. 30 % der Gesamtvarianz, der zweite Faktor rd. 16 % und der dritte Faktor rd. 11 %.⁵

Tabelle 14: Komponentenmatrix der Faktorenanalyse

	Faktoren		
	1	2	3
Es geht mir nicht gut, aber andere haben gar keine Arbeit	-,724		
Ich komme zurecht, es kann so bleiben, wie es ist	,590		,539
Mein Arbeitsplatz ist sicher	,586		
Berufliche Herausforderungen spornen mich an		,806	
Mir ist wichtig, dass mir meine Arbeit Freude macht		,797	
Ich empfinde meine Arbeit als sinnvoll		,560	
Beruflich läuft es gut und ich werde noch einiges erreichen		,557	
Ich habe mich mit meiner beruflichen Situation abgefunden			,774
Am wichtigsten ist es, gesund in die Pension zu kommen			,622
Die hohe Arbeitslosigkeit macht mir Sorgen			

Quelle: Eigene Berechnungen.

Der inhaltliche Zusammenhang des ersten Faktors bringt ein emotional distanziertes und nüchternes Verhältnis zur beruflichen Tätigkeit zum Ausdruck. Dieser Faktor 1 lässt sich als stabiles, aber unmotiviertes Arbeitsleben beschreiben: Der Arbeitsplatz bietet zwar wenig Herausforderungen, wird aber als sicher bewertet. Variablen, die Motivation oder Sinnerfüllung ausdrücken, laden nicht auf diesen Faktor. Auffällig ist, dass die Variablen „Derzeit läuft es schlecht“ und „Es geht mir nicht gut ...“ besonders negativ auf diesen Faktor laden. Personen, die bei diesem Faktor hohe Werte aufweisen, wollen trotz mäßiger Motivation und geringen Ansprüchen und Perspektiven offenbar keinesfalls jammern.

Faktor 2 bringt Motivation und Arbeitsfreude zum Ausdruck und lässt sich kurz als positives, motiviertes Arbeitsleben beschreiben. Der Faktor kennzeichnet eine motivierte Arbeitssituation („Herausforderungen spornen mich an“) und eine zuversichtliche („... werde noch einiges erreichen“). Die Arbeit ist sinnerfüllt und bereitet Freude.

Faktor 3 lässt sich kurz als resignatives Arbeitsleben beschreiben. Personen mit hohen Werten bei diesem Faktor haben sich mit ihrer schlechten Situation arrangiert („... habe mich abgefunden“). Die Erwartungen beziehen sich auf die Zeit jenseits des Arbeitslebens („Am wichtigsten ist es, gesund in die Pension zu kommen“). Auch auf diesen Faktor lädt die Variable „Ich komme zurecht“. Zumindest gegenüber anderen verbietet man sich, die schlechte Arbeitssituation zu beklagen.

Bewerten Personen mit hohen Werten beim Faktor „resignatives Arbeitsleben“ ihre Arbeitszufriedenheit nun gering? Und umgekehrt, bewerten Personen mit hohen Werten beim Faktor „positives, motiviertes Arbeitsleben“ ihre Arbeitszufriedenheit hoch? Zu erwarten wäre, dass eine mäßige und resignative Arbeitssituation stark mit einer geringen subjektiven Arbeitszufriedenheit korreliert, eine progressive Arbeitssituation dagegen stark mit hoher Arbeitszufriedenheit einhergeht.

Zur Prüfung dieser Frage wurden für die extrahierten Faktorwerte drei Variablen generiert und ein spezifischer Wert für jeden Faktor berechnet. Diese Werte werden anschließend mit den Werten der subjektiven Arbeitszufriedenheit korreliert.

Tabelle 15: Werte der Faktoranalyse

Faktor	Stabiles, unmotiviertes Arbeitsleben	Positives, motiviertes Arbeitsleben	Schlechtes, demotiviertes Arbeitsleben
r	.531	.463	.164

Quelle: Eigene Berechnungen; p ist jeweils < .001.

Die Tabelle zeigt für alle Korrelationskoeffizienten ein positives Vorzeichen. Das ist irritierend, denn es bedeutet, dass eine hohe Ausprägung jedes Faktors des Arbeitslebens positiv mit subjektiver Arbeitszufriedenheit, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, korreliert. Ein stabiles, aber unmotiviertes Arbeitsleben (Faktor 1) korreliert am stärksten mit hoher Arbeitszufriedenheit ($r = .531$; $p < .001$) und damit stärker als ein positives, motiviertes Arbeitsleben ($r = .463$; $p < .001$).

Offenbar führt eine als wenig euphorisch, aber sicher und stabil empfundene Arbeitssituation zu hoher Zufriedenheit, auch wenn die Arbeitssituation nicht als motivierend oder sinnvoll empfunden wird. Zwei Variablen laden deutlich negativ auf diesen Faktor und zwar jene, die eine schlechte Bewertung der Arbeitssituation ausdrücken. Personen mit hohen Werten bei Faktor 1 (stabiles, aber unmotiviertes Arbeitsleben) stimmen Aussagen, die zum Ausdruck bringen, dass es schlecht läuft, gar nicht zu. Offenbar verbietet sich eine schlechte Bewertung der eigenen Arbeitssituation, zumindest wird es als unangebracht empfunden, das in einer Befragung zu vermitteln. Ein herausforderndes, freud- und sinnvolles Arbeitsleben korreliert ebenfalls mit einer hohen Arbeitszufriedenheit, erstaunlicherweise aber geringer als die zuvor beschriebene nüchterne und weniger motivierte Arbeitssituation. Das deutet darauf hin, dass Motivation, Freude und Herausforderungen im Arbeitsleben zwar wichtige Korrelate der Arbeitszufriedenheit abgeben, aber keineswegs wichtigere als Sicherheit und Stabilität der Arbeitssituation. Inwieweit diese Befunde konjunkturelle und soziale Problemzeiten überdauern, muss hier dahingestellt bleiben.

Auch für die im Arbeitsleben Resignierten (Faktor 3) lässt sich ein positiver, wenn auch sehr schwacher Zusammenhang sowohl mit hoher Arbeitszufriedenheit als auch mit hoher Lebenszufriedenheit feststellen. Folgt man der Hypothese, dass sich schlecht bewertete Arbeitsbedingungen in einem entsprechenden Zufriedenheitsurteil abbilden, wäre ein negatives Vorzeichen zu erwarten gewesen, also eine schlechte Bewertung der Arbeitszufriedenheit. Obwohl Personen mit hohen Werten bei diesem Faktor ihre Arbeitssituation als nicht veränderbar einschätzen und kaum aktive Problemlösungsversuche unternehmen („Am wichtigsten ist, es gesund in die Pension zu kommen“), bewerten die Resignierten ihre Arbeitszufriedenheit nicht negativ.

Offenbar trachten ArbeitnehmerInnen danach, ihre gesamte Arbeitssituation nicht schlecht zu bewerten, auch dann nicht, wenn detailliertes Nachfragen eine wenig zufriedenstellende Arbeitssituation offenlegt. Zumindest will man die gesamte Arbeitssituation nicht gegenüber Dritten in einer anonymen Interviewsituation schlecht bewerten.

1.4. INTERPRETATION DER ERGEBNISSE

In Bruggemanns Modell der Arbeitszufriedenheit beruhen Arbeitszufriedenheitsurteile zu einem beträchtlichen Teil auf Soll-Ist-Vergleichen zwischen Ansprüchen an die gesamte Arbeitssituation (Soll) und der wahrgenommenen Realität (Ist).

Ein Ausgleich zwischen Soll- und Ist-Zustand findet hier über eine Herabregulierung der Erwartungen, Ansprüche und Ziele statt. Menschen passen sich an gegebene Rahmenbedingungen an und adaptieren ihre Erwartungen entsprechend. Die Adaption der Erwartungen und Ansprüche an eine mäßig oder gar schlecht bewertete Arbeitsrealität ermöglicht so unterschiedliche Formen von Zufriedenheit und wirkt gewissermaßen als gesunderhaltende Vermeidungsstrategie kognitiver Dissonanz. Eine formal positive Ausprägung von Arbeitszufriedenheit, wie sie hier in sehr schwachem Ausmaß sogar noch bei den Resignierten (Faktor 3) zu beobachten war, ist damit, wie es Bruggemann formuliert, Ausdruck einer „resignativen Zufriedenheit“ (Bruggemann 1976).

Für einen bestimmten Teil der Salzburger Erwerbstätigen scheint eine Interpretation der Arbeitszufriedenheit als resignative Zufriedenheit naheliegend. Während 22 % der Befragten ihre aktuelle Arbeitssituation schlecht bewerten (Frage 5), schätzen lediglich rd. 10 % ihre gesamte Arbeitszufriedenheit schlecht ein.

Die in der Bevölkerungsbefragung der FH Salzburg 2016 für einen nicht unerheblichen Teil der Erwerbstätigen festgestellte, formal positive Ausprägung von Arbeitszufriedenheit trotz mäßiger Rahmenbedingungen stimmt durchaus mit anderen jüngeren Ergebnissen der Messung von Arbeitszufriedenheit überein. Fischer und Belschak resümieren etwa als Ergebnis ihrer Untersuchungen zur Arbeitszufriedenheit: „Selten wurde eine überzogene Klagsamkeit, dagegen häufiger eine typische „kognitive Selbstheilung“ festgestellt“ (Fischer und Belschak 2006, 81).

Auch der Salzburger Arbeitsklima Index zeigt seit 2014 trotz widriger äußerer Bedingungen wie steigender Arbeitslosigkeit, stagnierenden Einkommen und steigender Belastungen steigende Zufriedenheitswerte. Das stützt auf der Basis des Bruggemann-Modells die Interpretation hoher Arbeitszufriedenheitswerte als Folge herabregulierter Erwartungen und der Adaption an vorherrschende Verhältnisse.

1.5. METHODIK DER MESSUNG

Unterschiedliche Formen von Zufriedenheiten, stabilisierte oder gar resignative Zufriedenheit, können durch eine einzige Frage nach der zusammenfassenden Arbeitszufriedenheit nicht erschlossen werden. Eine einzige Frage nach der Arbeitszufriedenheit, wie sie etwa im Statistik-Austria-Projekt „Wie geht’s Österreich?“ zur Erfassung der Arbeitszufriedenheit Anwendung findet, wird der Komplexität des Konstrukts Arbeitszufriedenheit damit nicht gerecht.

Während es vielfältige Theorien und Modelle der Arbeitszufriedenheit und entsprechend viele Messinstrumente gibt, existiert nach wie vor kein „Goldstandard“, der angibt, welche Dimensionen „gute Arbeit“ umfassen und mit welchen Indikatoren Arbeitszufriedenheit einheitlich gemessen werden soll (Van Saane et al. 2003, 194).

Wird nach dem Beitrag der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Lebensqualität gefragt, stößt man auf eine Dominanz von beobachtbaren („objektiven“) Lebensbedingungen, wie Einkommen, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit etc. Zunehmend wird allerdings auch der Bedarf nach subjektiven Einschätzungen dieser objektiven Lebensbedingungen erkannt.

Was Till et al. für die Erfassung und Messung der Lebensqualität einfordern, gilt auch für die Arbeitsqualität: „Wird Lebensqualität als das ‚gute‘ Leben im Sinne des Wohlergehens oder der Wohlfahrt verstanden dann umfasst der Begriff mehr als objektive Lebensbedingungen und bezieht die kognitiven Bewertungen dieser objektiven Lebensbedingungen mit ein“ (Till, et al. 2016).

Mit Blick auf die Arbeitsqualität ist folglich nicht nur die Erfassung von Indikatoren des Einkommens oder der Arbeitszeit, sondern auch die darauf bezogene subjektive Zufriedenheit notwendig.

Erst damit kann eine eindimensionale, reduktionistische Messung um eine gehaltvollere Messung der Vielschichtigkeit des Konstrukts Arbeitsqualität ergänzt werden. Für die Berichterstattung zur Arbeitsqualität hat das zur Folge, dass unterschiedliche Dimensionen der Arbeitsqualität sowie die darauf bezogenen Zufriedenheiten betrachtet werden müssen.

Die hier vorgeschlagenen Indikatoren nehmen diesen Ansatz auf und stellen einer Reihe objektiver Indikatoren auch die subjektiven Bewertungen durch die Betroffenen gegenüber.

Für das Verständnis des Zusammenhangs von Lebensqualität und (Erwerbs-)Arbeit ist es hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, dass subjektives Wohlbefinden eine eher kognitive Komponente der zusammenfassenden Zufriedenheit mit der gesamten Lebenssituation umfasst als auch affektive Komponenten, also mentale Phänomene, die mit einer Veränderung des subjektiven Befindens und Erlebens einhergehen (Diener 1999).

Ereignisse und Veränderungen von Merkmalen des Arbeitslebens wie Einkommen, Gesundheitssituation oder Arbeitszeit beeinflussen das subjektive Wohlbefinden im Verlauf des Arbeitslebens in unterschiedlicher Weise. Indikatoren wie das Einkommen oder der Gesundheitszustand haben stärkeren Einfluss auf die kognitive Komponente der allgemeinen Zufriedenheit, während tägliche Erfahrungen wie Zeitdruck oder ein gutes Arbeitsklima stärker mit der affektiven Komponente des subjektiven Wohlbefindens korrelieren als mit der allgemeinen Arbeitszufriedenheit (Stiglitz et al. 2009).

Viele zusammenfassende Messungen der Arbeitszufriedenheit zeigen über Jahrzehnte ein konstantes Niveau von 70 % bis 80 % an Zufriedenen oder sehr Zufriedenen. Solche zusammenfassenden Bewertungen – ob sie auf Basis von aggregierten objektiven Variablen in der Form eines Index durchgeführt werden oder auf Grundlage von Single-Item-Befragungen – haben jedoch eine begrenzte Aussagekraft, denn sie fassen verschiedenartige Aspekte des Arbeitslebens und der Arbeitszufriedenheit zusammen. Damit kommt es aber zwangsläufig zur gegenseitigen Verrechnung dieser unterschiedlichen Aspekte des Arbeitslebens. Ein hohes Einkommen kann so bei überlangen Arbeitszeiten und schlechten Gesundheitsbedingungen am Arbeitsplatz zu mittlerer Arbeitsqualität führen. Daran ändert auch der Einbezug von Variablen mit subjektiven Bewertungen nichts. Hohe subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen bei schlechten Arbeitsbedingungen kann ebenso zu mittlerer Arbeitsqualität führen. Ebenso kann die Arbeitszufriedenheit infolge schlechter Arbeitsbedingungen aber niedriger oder gesunkener individueller Ansprüche an die Arbeit denselben Wert erreichen wie beste Arbeitsbedingungen bei höchsten Ansprüchen. Zusammenfassende Indikatoren tragen daher eher wenig zur Aufklärung tatsächlicher Arbeitszufriedenheit und ihrer Ursachen bei und dienen eher Marketingzwecken (Preinfalk) und werden in der Arbeitszufriedenheitsforschung daher nicht empfohlen (Wanous et al. 1997). Es wird daher in diesem Bericht auf einen zusammenfassenden Indikator zur Arbeitszufriedenheit verzichtet. Nur umfassende Messinstrumente, die die Vielfalt arbeitsrelevanter Einflussvariablen differenziert berücksichtigen, scheinen geeignet, Arbeitszufriedenheit adäquat abzubilden.

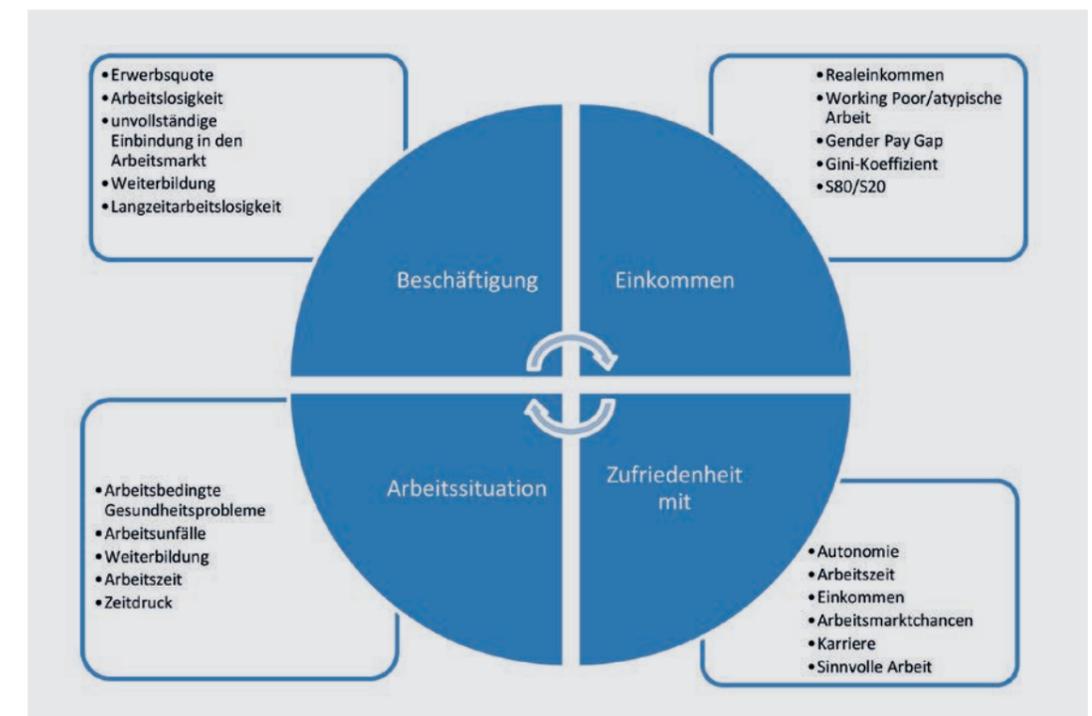
Die Ergebnisse der Faktorenanalyse im Rahmen dieses Projekts zu verschiedenen Einstellungen zum eigenen Arbeitsleben legen zudem nahe, Arbeitszufriedenheit in verschiedenen Dimensionen mit jeweils mehreren Indikatoren zu messen.

1.6 INDIKATORENSYSTEM DER ARBEITSZUFRIEDENHEIT

Diese Erkenntnisse berücksichtigend wird hier ein Indikatorensystem für gute Arbeit und hohe Arbeitszufriedenheit in vier Dimensionen vorgeschlagen, das einerseits objektive Indikatoren umfasst, für die empirisch gesichert ist, dass sie regelmäßig mit subjektivem Wohlbefinden korrelieren und als Determinanten hoher Arbeitszufriedenheit gelten (wie Einkommen oder Arbeitszeit), andererseits sowohl an kognitive Komponenten des subjektiven Wohlbefindens (wie Zufriedenheit mit dem Einkommen, Gesundheitszustand ...) als auch an stärker affektive Komponenten (z. B. Belastungen am Arbeitsplatz) anknüpft.

Die Dimensionen Beschäftigung und Einkommen erfordern dabei Makrodaten, die Dimensionen der Arbeitssituation und der Zufriedenheiten Mikrodaten.

Abbildung 1: Arbeitszufriedenheit Schema



2 Beschäftigung

Indikator Erwerbsquote

Ein hohes Beschäftigungsausmaß ist nicht nur ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Dynamik eines Wirtschaftsraums und erleichtert die Finanzierung (sozial-)staatlicher Ziele, es ist nicht zuletzt eine wichtige Komponente für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lebensqualität. Damit soll auch sichergestellt werden, dass die Vorteile des Wirtschaftswachstums allen zugutekommen. In diesem Sinn hat der Europäische Rat im Rahmen der EU-2020-Strategie im Jahr 2010 mehr und bessere Arbeitsplätze als einen Schlüsselbereich seiner Politik festgelegt (Europäische Kommission, 2010).

In den vergangenen Jahrzehnten wurde auch im Bundesland Salzburg ein sukzessive höherer Anteil der erwerbsfähigen Personen der Wohnbevölkerung in das Arbeitsmarktsystem integriert. Ursächlich dafür war v. a. die Kombination zweier Faktoren: einerseits der starke Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung und andererseits die Zunahme unselbständiger Teilzeitarbeit.

Die wohnortbezogene Erwerbsquote gibt den Anteil der unselbständig und selbständig Beschäftigten sowie der arbeitslos vorgemerkten Personen an der 15- bis 64-jährigen männlichen bzw. 15- bis 59-jährigen weiblichen Wohnbevölkerung an.

In Salzburg war sie im Jahr 2015 mit 79,6 % die höchste in ganz Österreich (76,6 %). Sowohl bei Männern (81,4 % als auch bei Frauen 77,5 %) war Salzburg im Vergleich der Bundesländer führend (AMS 2016).

Tabelle 16: Erwerbsquoten

In %	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	73	73,4	74,5	75,2	76,1	78	78,9	79,6
Österreich	72,3	72,4	73	73,6	74,2	75,1	75,9	76,6

Quelle: AMS.

Indikator Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit hat nicht nur kurzfristig negative materielle Auswirkungen, auch die langfristigen Wirkungen („scarring effects“) der Arbeitslosigkeit sind beträchtlich. So verschlechtern Arbeitslosigkeitsepisoden zukünftige Jobchancen selbst bei gleicher Qualifikation wie bei nichtarbeitslosen Personen. Wiederholt hat sich gezeigt, dass Arbeitslosigkeit zu den Lebensumständen mit den negativsten Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden gehört.

Kognitive Fähigkeiten (z.B.: Informationsverarbeitungscompetenz) beschränken Produktivität und Adaptionsfähigkeit. Nicht-Kognitive wie Verlässlichkeit, Selbstdisziplin, soziale Fähigkeiten wie Kommunikations-, Anpassungsfähigkeit, Beständigkeit oder Selbstvertrauen werden beeinträchtigt. (Daly und Delany 2013)

Sullivan und Wachter konnten zeigen, dass die Sterblichkeitsraten nach dem Verlust des Arbeitsplatzes um 50 % bis 100 % ansteigen (Sullivan und Wachter 2009).

Auch ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Ausmaß bzw. der Dauer von Krankenständen ist empirisch klar belegt: Biffel et al. (2008) zeigten, dass die Krankenstandsquoten der Arbeitslosen deutlich höher sind als die Krankenstandsquoten der aktiv Beschäftigten. Für Deutschland zeigten Badura et al. (2006), dass Arbeitslose ein höheres Krankheitsrisiko aufweisen als Beschäftigte.

Der negative Einfluss von Arbeitslosigkeit auf die gesamte Lebenszufriedenheit ist vergleichsweise gut erforscht. So berichten Alesina et al., dass 40 % der europäischen Arbeitslosen Unzufriedenheit mit dem Leben bekunden gegenüber 19 % der Gesamtbevölkerung, lediglich 15 % der Betroffenen gegenüber 26 % der Gesamtbevölkerung sind sehr zufrieden (Alesina et al. 2001).

Die wohlbefindenssenkenden Auswirkungen von Arbeitslosigkeit haben sich als kulturübergreifend gültig erwiesen. So ermittelten Di Tella et al. (2003), dass durchschnittliche amerikanische Arbeitslose bloß 54 % der üblichen Lebenszufriedenheit erreichen.

In diversen Untersuchungen wurden die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit von den damit verbundenen Einkommensverlusteffekten isoliert. Dabei wird untersucht, um wie viel eine arbeitslose Person mit dem Einkommen x Euro unzufriedener ist als eine beschäftigte Person mit denselben persönlichen Charakteristika (Geschlecht, Alter, Stand etc.) und demselben Einkommen. Blanchflower und Oswald (2004, 13) schätzen den reinen Arbeitslosigkeitseffekt mit 60.000 US-Dollar im Jahr. Selbst wenn man die absolute Höhe dieses Werts in Zweifel zieht, da der Effekt des Einkommens auf die Lebenszufriedenheit nicht allzu hoch ist und der Nutzenverlust von Erwerbsarbeit kaum in monetären Maßstäben auszudrücken ist, sprechen doch die Zahlenverhältnisse eine klare Sprache.

In einer ähnlichen Studie wurde der auf diese Weise isolierte Arbeitslosigkeitseffekt quantitativ als äquivalent mit einem Sturz vom obersten in das unterste Einkommensquartil berechnet (Di Tella et al. 2003, 812). Nach Helliwell (2002) entspricht der isolierte Arbeitslosigkeitseffekt, der Verlust an Lebensqualität durch Arbeitslosigkeit, einer Reduzierung der Einschätzung der Gesundheit um ein Fünftel.

Lucas et al. (2004) kamen zur Erkenntnis, dass selbst bei späterer Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit das alte Zufriedenheitsniveau vor der Arbeitslosigkeit nicht wieder erreicht wird. Arbeitslosigkeit zeitigt Wirkungen weit über die Betroffenen hinaus. Uhde weist einen Rückgang der Lebenszufriedenheit nach, wenn die Sorgen um den Arbeitsplatz zunehmen (Uhde 2010, 425).

Nicht nur Arbeitslosigkeit lässt das individuelle Wohlbefinden sinken, auch die Sorge um den Arbeitsplatz reduziert die Lebenszufriedenheit deutlich. Interessanterweise reduziert Arbeitslosigkeit auch die Lebenszufriedenheit der davon nicht Betroffenen (Clark und et al. 2008). Di Tella et al. (2003, 809) sprechen in diesem Zusammenhang von einem „fear effect“. Ob der isolierte Einfluss der Arbeitslosigkeit den Rückgang der gesamten Lebenszufriedenheit umfassend erklären kann, scheint allerdings fraglich. Eine alternative Erklärung wäre eine durch Vergleichsprozesse moderierte Absenkung des

Anspruchsniveaus an die Arbeitsbedingungen durch die ArbeitsplatzbesitzerIn. In diesem Sinne interpretieren Grössenberger und Hofbauer (2016, 565) die steigenden Werte des Salzburger Arbeitsklima Index nach 2012 bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit im Bundesland Salzburg hat sich zwischen 1995 und 2015 im Verhältnis zum Beschäftigungswachstum deutlich stärker erhöht. Waren 1995 noch 9.280 Arbeitslose beim damaligen Arbeitsamt gemeldet, stieg die Zahl bis zum Jahr 2015 auf 15.450 Personen an. Der Zuwachs von 6.170 Personen entspricht einer Steigerung von 66 %.

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren 6.606 Frauen und 8.844 Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Das bessere Abschneiden von Frauen bei der Arbeitslosigkeit hat mehrere Ursachen: Einerseits die geringere Einbindung insbesondere älterer Frauen mit niedrigerer Qualifikation in das Beschäftigungssystem, andererseits sind Frauen nach wie vor in wenigen Branchen mit hoher Dienstleistungsorientierung aktiv, die weniger konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind.

Als Indikator für die Arbeitslosigkeit liegt die Arbeitslosenquote nahe. Die Arbeitslosenquote stieg im selben Zeitraum von 4,2 % auf 5,9 % an. Im Vergleich mit den gesamtösterreichischen Werten weist Salzburg eine deutlich niedrigere Arbeitslosenrate auf.

Tabelle 17: Arbeitslosigkeit Salzburg-Österreich

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	3,9	5,1	4,7	4,5	4,7	5,1	5,7	5,9
Männer	3,9	5,6	4,9	4,7	4,9	5,5	6,1	6,4
Frauen	3,9	4,7	4,4	4,3	4,4	4,7	5,2	5,3
Österreich	5,8	7,2	6,9	6,7	7	7,6	8,4	9,1
Männer	6,1	7,9	7,5	7,1	7,4	8,2	9	9,8
Frauen	5,6	6,3	6,3	6,3	6,5	7	7,6	8,3

Quelle: AMS.

Indikator Langzeitarbeitslosigkeit

Langzeitbeschäftigungslosigkeit verringert durch die Ausgrenzung vom Erwerbsarbeitsmarkt als zentraler sozialer Integrationsinstanz die Lebensqualität dramatisch. Empirisch gut belegt ist, dass sich mit der Dauer der Arbeitslosigkeit die negativen Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden und den Gesundheitszustand verstärken. Badura et al. (2006) berichten, dass nach einer Langzeitarbeitslosigkeit von zwei Jahren bei 32 % der Arbeitslosen gesundheitliche Beeinträchtigungen festzustellen sind. Die Beeinträchtigungen liegen damit doppelt so hoch wie bei Kurzeitarbeitslosen.

Holleder und Brand (2006) zeigen, dass sich besonders das psychische Befinden bei Arbeitslosigkeit verschlechtert und dass insgesamt das Krankheits- und Mortalitätsrisiko mit der Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich ansteigt.

Im Bundesland Salzburg ist der saisonale Anteil der Arbeitslosigkeit durch den hohen Anteil der Tourismuswirtschaft hoch. Die Arbeitslosenrate schwankt zwischen 1990 und 2014 im Jahresverlauf regelmäßig um rd. 6.000 Arbeitslose. Arbeitslosigkeitsepisoden werden daher vielfach nicht als existenzgefährdend empfunden, insbesondere dann nicht, wenn eine Wiederbeschäftigung mit der/dem ArbeitgeberIn vereinbart wurde. Daher kann davon ausgegangen werden, dass zumindest für diesen Teil der Arbeitslosen die beschäftigungslose Zeit nicht als sorgenvolle Zeit gesteigerter Zukunftsängs-

te empfunden wird. Daher bieten mit Blick auf die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die individuelle Lebensqualität zusätzlich zur Arbeitslosenrate Daten zur Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtige Informationen.

In den vergangenen Jahren war ein Anstieg lang anhaltender Arbeitslosigkeit zu beobachten. An Langzeitarbeitslosigkeit auf Basis von Registerdaten wird sichtbar, wie lange eine Person ohne Berücksichtigung kürzerer Unterbrechungen bereits arbeitslos vorgemerkt ist. Da sich auch bei längeren Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit an der Beschäftigungssituation der betroffenen Person zunächst nichts ändert, wird mit der Langzeitbeschäftigungslosigkeit eine weiter gefasste Kennzahl ermittelt, um langanhaltende Arbeitslosigkeit zu messen.

Ein deutlich erhöhtes Risiko, von Langzeitbeschäftigungslosigkeit betroffen zu sein, haben Menschen mit integrationshemmenden Merkmalen wie beispielsweise einem höheren Erwerbsalter, einer gesundheitlichen Einschränkung, einem niedrigen Ausbildungsniveau sowie mit einer gesundheitlichen Vermittlungseinschränkung.

Im Bundesland Salzburg stieg die Langzeitbeschäftigungslosigkeit zwischen 2009 und 2015 von 10 % auf 16,2 %. Dieser Wert besagt, dass 16,2 % oder rd. 2.500 Arbeitslose aller registrierten arbeitslosen Personen des Jahres 2015 langzeitbeschäftigungslos waren.

Im Österreichvergleich liegt Salzburg trotz des markanten Anstiegs Langzeitbeschäftigungsloser weit unter dem österreichischen Wert von 31 %.

Neben der angespannten Arbeitsmarktlage liegt ein Grund für diese Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit auch in einer Reduktion der Zahl von Schulungen. Gleichzeitig ist die Zunahme aber natürlich auch ein deutlicher Hinweis auf eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit (AMS 2016, 24).

Tabelle 18: Langzeitbeschäftigungslose

In %	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	10	10	9	9,7	11,1	13,7	16,2
Österreich	19	19	18	19	20	24	31

Quelle: AMS.

Qualifikationsstruktur/Weiterbildung

Bezogen auf die allgemeine Lebenszufriedenheit der Wohnbevölkerung sollte der Einfluss des formalen Bildungsabschlusses nicht überschätzt werden. Diener et al. (1999) sowie Helliwell (2002) fanden keinen großen Bildungseffekt auf die Lebenszufriedenheit.

Die Arbeitszufriedenheitsforschung zeichnet dagegen ein durchwegs anderes Bild: Ein seit Jahren durchgängiger Befund unterschiedlicher Untersuchungen (Hadjar et al. 2008) ist die signifikante Wirkung des formalen Bildungsabschlusses auf die Arbeitszufriedenheit. Dass die Zufriedenheit mit der Bildung steigt, gilt für alle Länder der europäischen Union (Poggi und Villosio 2015, 72). So schreibt auch Preinfalk (2012, 8) mit Blick auf Österreich: „Der wirklich dominierende Faktor für die Entwicklung von hoher Arbeitszufriedenheit ist Bildung.“ Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit entsteht allerdings erst „in der kontinuierlichen Ausübung einer ausbildungsadäquaten Tätigkeit mit den damit verbundenen Vorteilen und nicht schon durch den hohen Bildungsabschluss“ (Eichmann und Saupe 2014, 281).

ArbeitnehmerInnen mit Matura oder Hochschulabschluss weisen im Längsschnitt betrachtet eine höhere Arbeitszufriedenheit auf als die übrigen Bildungsgruppen. Zudem sind höher qualifizierte ArbeitnehmerInnen weniger (körperlichen) Belastungen ausgesetzt und haben auch einen leichteren Zugang zu Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Daten aus dem Salzburger Arbeitsklima Index bestätigen den beträchtlichen Einfluss des formalen Bildungsabschlusses auf die Arbeitszufriedenheit. Personen mit Pflichtschulabschluss erreichten 2014 93 Indexpunkte des Arbeitsklima Index, Personen mit Lehrabschluss 101 Indexpunkte, Personen mit Fach- oder Handelsschulabschluss 107 Indexpunkte und Personen mit Matura oder Hochschule als höchstem Bildungsabschluss erreichten 112 Indexpunkte.

Deutlich wird zudem der im Zeitverlauf steigende Einfluss der Qualifikation auf die gesamte Arbeitszufriedenheit. Lag die Differenz der gesamten Arbeitszufriedenheit zwischen Hochqualifizierten und Niedrigqualifizierten zur Hochkonjunktur 2005 innerhalb von sieben Indexpunkten, so ist sie bis 2014 auf 19 Indexpunkte angestiegen.

In den vergangenen Jahren hat sich das Profil der höchsten abgeschlossenen Ausbildung der Salzburger Erwerbsbevölkerung sukzessive verändert. Der Anteil von Personen mit einer Pflichtschule als höchster abgeschlossener Ausbildung ist zwischen 2007 und 2013 von 16,4 % auf 12,9 % zurückgegangen. Der Anteil der Erwerbspersonen mit Lehrabschluss hat sich im Beobachtungszeitraum von 43,6 % auf 43,9 % geringfügig erhöht. Um zwei Prozentpunkte von 14,1 % auf 12,1 % hat sich der Anteil von Personen mit berufsbildender mittlerer Schule reduziert, um 1,3 % von 13,3 % auf 14,7 % hat sich dagegen der Anteil von Personen mit höherem Schulabschluss erhöht. Um knapp 13.000 oder von 12,7 % auf 16,5 % hat sich die Zahl der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss erhöht, auch als Folge des Trends der Akademisierung von Berufsausbildungen (Statistik Austria 2016).

Tabelle 19: Erwerbspersonen mit höchster abgeschlossener Ausbildung

In %	Pflichtschule	Lehre	BMS	Höhere Schule	Tertiärabschluss
2007	16,4	43,6	14,1	13,3	12,7
2008	15,3	41,6	14,9	14,8	13,4
2009	14,1	43,0	14,5	14,1	14,2
2010	14,7	41,2	13,7	15,3	15,1
2011	14,2	43,4	13,9	14,1	14,4
2012	13,2	43,9	13,2	14,8	14,9
2013	12,9	43,9	12,1	14,7	16,5
2014					

Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Indikator Weiterbildung

Daten zu den Weiterbildungsaktivitäten der erwachsenen Bevölkerung bzw. zur beruflichen Weiterbildung im engeren Sinn liefern periodisch durchgeführte europaweite Repräsentativbefragungen wie die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, der AES – Adult Education Survey (2007, 2011/12) sowie die Unternehmensbefragungen.

Hier wird auf den Strukturindikator „Lebenslanges Lernen“ (LLL) Bezug genommen, zu dessen Erhebung sich die EU-Mitgliedsländer verpflichtet haben und der Teil der Strukturindikatoren für Beschäftigung ist. „Lebenslanges Lernen“ wird von der Europäischen Kommission definiert als „alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt“ (Europäische Kommission 2001, 9).

Gefragt wird bei den 25- bis 64-Jährigen nach ihrer Teilnahme an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen in den letzten vier Wochen vor der Erhebung. 2014 ergab der Strukturindikator einen Wert von 14,2 % für Österreich. Im Jahr 2020 soll eine Quote von 20 % erreicht werden. Im europäischen Vergleich liegt Österreich beim LLL-Bildungsstrukturindikator über dem EU-21-Durchschnitt (zugleich OECD-Länder) von 11,8 %, allerdings weit hinter den Vorreitern Dänemark (32,5 %), Schweden (25 %) oder Finnland (23,8 %) – und zugleich deutlich vor Ländern wie Deutschland (7,8 %) und Frankreich (5,5 %) (Austria, Bildung in Zahlen 2013, 65).

Das Bundesland Salzburg liegt 2014/15 beim Indikator Weiterbildung mit 12,7 % um 1,5 Prozentpunkte hinter dem österreichischen Wert.

Tabelle 20: Weiterbildung

	2003	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15
Salzburg	14,6	12,8	13,2	13	12,7
Österreich	12,6*	13,4	14,1	14	14,2

Quelle: Mikrozensus 2003 – Lebenslanges Lernen.

Frauen und Männer haben sich in ähnlichem Umfang an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligt, allerdings zeigen sich für Frauen Benachteiligungen in der beruflichen Weiterbildung. Insgesamt zeigt sich, je höher das schulische Ausbildungsniveau ist, desto höher ist auch die Weiterbildungsbeteiligung.

Indikator Unvollständige Einbindung in den Arbeitsmarkt

International ist es in den letzten Jahrzehnten in den meisten westlichen Gesellschaften im Zuge der Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsmärkten zu einer Restrukturierung von Beschäftigungsverhältnissen gekommen. Österreich konnte sich von dieser Entwicklung nicht abkoppeln, doch die ausgeprägte Rolle sozialpartnerschaftlicher verhandlungs- und Entscheidungsprozesse stellte über lange Zeiträume hohe Beschäftigungsstabilität sowie überwiegende Beschäftigung in Normalarbeitsverhältnissen sicher (Hermann und Flecker 2009, 22 ff.).

Mit der dynamischen Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen in den vergangenen Jahrzehnten haben auch in Österreich neue Beschäftigungsformen zugenommen (Schappelwein und Mühlberger 2008, 948). „Atypische“ Beschäftigungsformen bringen dabei die Abweichung vom Normarbeitsverhältnis im Hinblick auf Arbeitsintensität, Betriebsbindung und ökonomische Absicherung

zum Ausdruck. „Prekäre“ Beschäftigungsformen stellen stärker auf die ökonomische Absicherung der Beschäftigten ab: Diese Beschäftigungsformen bringen weder eine ausreichende ökonomische Absicherung über die Entlohnung noch die mit der Entlohnung verbundene Absicherung gegen soziale Risiken mit sich: Geringfügige Beschäftigung, freie Dienstverträge, Werkverträge, neue Selbständige aber auch Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse mit sehr geringen Stundenlöhnen können hier klassifiziert werden (Lutz und Mayrhofer 2010, 6 ff.).

Auch im Bundesland Salzburg haben atypische und prekäre Beschäftigungsformen in den letzten Jahrzehnten zugenommen, können allerdings durch die an typischen und durchschnittlichen Erscheinungen orientierte administrative Arbeitsmarktstatistik nur unzureichend erfasst und abgebildet werden.

Der Indikator „Ausmaß der Erwerbsintegration“ setzt auf der Makroebene an und fokussiert auf die gesellschaftliche Frage, inwieweit es dem Beschäftigungssystem gelingt, Erwerbstätige dauerhaft in den Arbeitsmarkt einzubinden. Für die Beschäftigten sind durch diesen für subjektives Wohlbefinden und Lebensqualität wichtigen Indikator Fragen des Vertrauens, der Planungssicherheit und der Sorgenfreiheit durch dauerhafte Beschäftigung angesprochen, die über die unmittelbare Arbeitsplatzqualität weit hinausreichen.

Operationalisiert wird der Indikator im Rahmen einer WIFO-Studie (Horvath und Mahringer 2014), indem auf der Grundlage der Individualdaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger und des AMS Arbeitskräfte hinsichtlich ihrer Erwerbsteilnahme am Arbeitsmarkt in drei Gruppen unterschieden werden: Arbeitskräfte mit starker Erwerbsintegration (mehr als 90 % der Arbeitstage eines Jahres in Beschäftigung), Arbeitskräfte mit überwiegender Beschäftigungsintegration mit mindestens 50 % in Beschäftigung und Arbeitskräfte mit schwacher Erwerbsintegration, wenn sie weniger als 50 % der Arbeitstage eines Jahres in Beschäftigung standen. Danach werden diese Erwerbsgruppen hinsichtlich ihrer beruflichen Stellung in unselbständige Vollzeitbeschäftigung, unselbständige Teilzeitbeschäftigung, atypische Beschäftigung, sonstige und selbständige Beschäftigung unterschieden. Dabei wurde jede Arbeitskraft mit jener Beschäftigungssituation und jener Branche identifiziert, die im jeweiligen Kalenderjahr überwiegt. Die Auswertung erfolgte für die Jahre 2000, 2006 und 2012. Die Identifikation von Vollzeit- oder Teilzeitarbeitsverhältnissen erfolgte auf Basis der Mikrozensus der korrespondierenden Jahre sowie auf der Grundlage von Probit-Schätzungen (Horvath und Mahringer 2014). Eine Regionalisierung der Ergebnisse auf Bezirksebene erfolgte durch Verschneidung der anonymisierten Daten des Hauptverbands mit der regionalen Beschäftigungsstatistik für Salzburg.

Der Anteil stark integrierter Erwerbspersonen lag 2012 mit 83,5 % um einen Prozentpunkt niedriger als im Jahr 2000. Überwiegend integriert waren 2012 mit 11,9 % um 0,6 Prozentpunkte mehr als 2000, schwach integriert mit 4,6 um 0,4 Prozentpunkte mehr Personen als im Jahr 2000.

Im Beobachtungszeitraum zwischen 2000 und 2012 mündete die zusätzliche Beschäftigung im Bundesland Salzburg damit zu 75 % in Beschäftigungsverhältnisse mit starker Erwerbsintegration, unabhängig vom Beschäftigungsausmaß. Zu 16,3 % mündete die zusätzliche Beschäftigung in Erwerbsverhältnisse mit überwiegender Integration und zu 7,8 % in solche mit schwacher Integration.

Im Österreichvergleich zeigt sich für Salzburg eine geringere Integration der Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt. Der Anteil stark integrierter Erwerbspersonen liegt mit 83,5 % deutlich unter dem österreichischen Vergleichswert mit 86 %. Der Anteil überwiegend integrierter Personen liegt dagegen um 1,9 Prozentpunkte und der Anteil schwach integrierter Personen um 0,6 Prozentpunkte über dem Österreichwert.

Tabelle 21: Ausmaß der Erwerbsintegration

In %	Salzburg		Österreich	
	2000	2012	2000	2012
Starke Integration	84,2	83,5	86,5	86,0
Überwiegende Integration	11,3	11,9	11,9	10,0
Schwache Integration	4,2	4,6	4,6	4,0

Quelle: Eigene Darstellung nach WIFO.

3 Arbeitssituation

Gesundheitsaspekte des Arbeitslebens

Es gehört zu den Grunderkenntnissen der Arbeitszufriedenheitsforschung wie auch der Sozialmedizin, dass die Arbeitsbedingungen einen wesentlichen Einfluss auf die individuelle Gesundheit der einzelnen Personen nehmen und die Wahrnehmung der eigenen Arbeitsbedingungen damit für die subjektive Arbeitszufriedenheit (und in weiterer Folge für die Lebenszufriedenheit) von überragender Bedeutung ist. Auch der Zusammenhang zwischen arbeitsbezogener Gesundheitssituation und Arbeitszufriedenheit ist gut dokumentiert: Personen mit guter Gesundheit sind mit ihrer Arbeitssituation demnach zufriedener. So schreibt Raml unter Verweis auf langjährige Daten aus dem Arbeitsklima Index: „Personen mit niedrigen Arbeitsklima-Werten sind kaum als ganzheitlich gesund einzustufen, und bei den 25 % mit den höchsten Werten, also Personen mit sehr guten Arbeitsbedingungen sind 80 % als ganzheitlich gesund einzustufen“ (Raml 2012, 19).

Ein kontinuierliches Monitoring von arbeitsplatzbezogenen Gesundheitsproblemen ist daher im Hinblick auf die Arbeitszufriedenheit wichtig.

Als Quellen für arbeitsplatzbezogene Belastungen sowie Gesundheitsprobleme stehen mehrere Quellen zur Verfügung, von denen die bekanntesten mit zumindest teilweise regionalisierten Daten der jährlich durchgeführte Fehlzeitenreport des WIFO, der Arbeitsgesundheitsmonitor von IFES, die Ad-hoc-Module zu arbeitsplatzbezogenen Gesundheitsbedingungen im Rahmen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen sowie die österreichische Gesundheitsbefragung sind. Die genannten Quellen werfen jeweils unterschiedliche Blicke auf arbeitsbezogene Gesundheitsaspekte.

Ihren sichtbarsten Ausdruck findet der Gesundheitszustand bzw. Gesundheitsprobleme von ArbeitnehmerInnen durch das Fernbleiben vom Arbeitsplatz. In Österreich waren die unselbständig Beschäftigten 2014 im Jahresverlauf durchschnittlich 12,3 Tage im Krankenstand, um fast 5 % weniger als 2013 (13,0 Tage). Dieser Wert entspricht einer Krankenstandsquote, d. h. einem Verlust an Jahresarbeitstagen, von 3,4 %. Der Salzburger Vergleichswert liegt mit 2,8 deutlich darunter. Ein Blick auf die Krankenstandsursachen offenbart allerdings, dass die geringere Quote des Jahres 2014 zu einem guten Teil auf eine geringere Zahl an Atemwegserkrankungen zurückgeht und somit maßgeblich durch das Ausbleiben einer starken Grippewelle erklärt werden kann (Leoni 2014). Langfristig ist die Zahl der Krankenstandstage in Österreich wie in Salzburg rückläufig.

Der längerfristige Rückgang lässt sich nicht durch einen einzelnen Faktor erklären. Eindeutig vorteilhaft wirkten sich die Reduktion der Arbeitsunfälle und die Verschiebung der Wirtschaftsstruktur in Richtung Dienstleistungen auf die Entwicklung der Fehlzeiten aus. Auch andere langfristige Trends, wie die Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung und die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen, dürften die Krankenstandsquote gedämpft haben.

Die graduelle Verschiebung in der demografischen Zusammensetzung der Beschäftigten wirkt sich dagegen ungünstig auf die Krankenstandsquote aus, darf aber nicht überschätzt werden. So berichtet Leoni (2014) von einem langfristigen alterungsbedingten Anstieg der Krankenstandsquote von einem knappen Krankenstandstag. Das Bild der wichtigsten Krankenstandsursachen hat sich mit dem strukturellen Wandel der Arbeitswelt verändert. Der Krankenstand wird heute vor allem von den Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und jenen des Atemsystems geprägt. Zusammen verursachen diese Erkrankungen knapp 50 % der Krankenstandsfälle und gut 40 % aller Krankenstandstage. Der Anteil der Verletzungen an den Krankenstandsdiagnosen nahm dagegen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich ab. Ein klarer Aufwärtstrend ergibt sich dagegen nach wie vor für die Häufigkeit von psychischen Erkrankungen, die, von einem geringen Niveau ausgehend, sowohl absolut als auch relativ zu den restlichen Krankheitsgruppen deutlich zunehmen. Dieser starke Aufwärtstrend dürfte aber zumindest teilweise auf eine Veränderung des Bewusstseins infolge einer geringeren gesellschaftlichen Stigmatisierung sowie einer gestiegenen diagnostischen Kompetenz von psychisch bedingten Gesundheitsproblemen zurückgehen. Als Indikator für den Gesundheitszustand bzw. Gesundheitsprobleme von ArbeitnehmerInnen aus dem Blickwinkel der individuellen Lebensqualität ist die Zahl der Krankenstandstage aus mehreren Gründen dennoch wenig geeignet. Einerseits aus administrativen Gründen, weil die Krankenstandsquote aufgrund der Untererfassung von kurzen Krankenstandsepisoden (bis zu drei Tagen) in Wirklichkeit höher liegt, als aus der Statistik hervorgeht. Wichtiger aber ist der Umstand, dass Krankenstandstage gesundheitliche Probleme von ArbeitnehmerInnen im Zusammenhang mit arbeitsbezogener Lebensqualität nur sehr unvollständig abbilden. Zum einen weil ArbeitnehmerInnen trotz gesundheitlicher Probleme zur Arbeit gehen („Präsentismus“). So berichteten im Rahmen der österreichischen Gesundheitsbefragung 2014 über die Hälfte der berufstätigen Personen (52,5 %), dass sie während des vergangenen Jahres trotz gesundheitlicher Probleme zumindest einmal zur Arbeit gegangen sind (Klimont und Baldaszi 2014, 84). Dieser Wert ist gegenüber der vorangegangenen Gesundheitsbefragung 2006/7 unverändert und liegt im Bereich des gesamtösterreichischen Werts.

Zum anderen geht es im Zusammenhang von Lebensqualität und Gesundheit am Arbeitsplatz um ein umfassendes biopsychosoziales Gesundheitsverständnis, das alle Belastungssituationen umfasst, nicht nur jene, die in einen administrativ erfassten Krankenstand münden. Wird Gesundheit nicht im Sinne eines bipolaren Zustands von „gesund“ vs. „krank“ verstanden, sondern eher im Sinne eines Kontinuums, bei dem man mehr oder weniger gesund sein kann, und wird Gesundheit weiters als multidimensionales Konstrukt verstanden, bei dem man etwa körperlich „gesund“, aber „psychisch“ krank sein kann, dann ist klar, dass eine eindimensionale Messung von Gesundheitsaspekten am Arbeitsplatz schnell unterkomplex wird und wenig Informationsgehalt bietet.

Die hier vorgeschlagenen Indikatoren für Gesundheitsaspekte des Arbeitslebens folgen den grundsätzlichen Überlegungen des gegenständlichen Projekts, Lebensqualität als auf objektive Umstände bezogene subjektive Bewertung zu verstehen. Im Hinblick auf Gesundheitsaspekte am Arbeitsplatz bedeutet das, aus einer Vielzahl von relevanten Einflussgrößen auf Gesundheitsaspekte am Arbeitsplatz und deren subjektiver Bewertungen jene Indikatoren auszuwählen, die neben körperlichen auch psychische Belastungsfaktoren und darauf bezogene subjektive Auswirkungen erfassen. Als Quelle für die Indikatoren der Subdimension arbeitsplatzbezogene Gesundheitsprobleme

werden hier Daten des Sondermoduls der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zum Thema „Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme“ herangezogen, das Auskünfte darüber liefert, wie die Beschäftigten arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme sowie auch Arbeitsplatzbelastungen einschätzen. Weil hierfür zumindest teilweise regionalisierte Daten aus zwei Erhebungswellen 2006/7 sowie 2013 vorliegen, ist zudem ein zeitlicher Vergleich möglich.

Indikator Arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme

Über arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme berichten im Bundesland Salzburg im Jahr 2013 51.500 oder 12,4 % der ehemals oder derzeit erwerbstätigen Personen. Die Quote der Betroffenen liegt damit in Salzburg um 3,2 Prozentpunkte unter dem österreichischen Vergleichswert. Gegenüber dem Jahr 2007 sind arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme aus der Perspektive der Salzburger Betroffenen um 3,3 Prozentpunkte zurückgegangen, während der österreichische Vergleichswert unverändert geblieben ist. Über 80 % der Personen, die über arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme berichten, sind im Alltag bzw. im Berufsleben beeinträchtigt, davon 28 % in hohem Ausmaß (Statistik Austria 2014, 110).

Muskel- und Skelettprobleme, Stress und Depressionen sind die schwerwiegendsten arbeitsbedingten Gesundheitsprobleme. So gab beinahe ein Drittel der befragten Personen an, im Jahr vor der Befragung arbeitsbedingte Rückenprobleme gehabt zu haben.

Tabelle 22: Erwerbstätige mit zumindest einem arbeitsbedingten Gesundheitsproblem

In %	2006/7	2013
Salzburg	15,7	12,4
Österreich	15,6	15,6

Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul „Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme“ 2006/7 und 2013; Stichprobenfehler Grundgesamtheit Salzburg: +/-2 %.

Mit steigendem Alter nimmt die Häufigkeit arbeitsbedingter Gesundheitsprobleme zu. Männer berichten dabei etwas häufiger über Probleme als Frauen. Deutlich überdurchschnittlich sind auch MigrantInnen von arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen betroffen (Statistik Austria 2014, 13). Am häufigsten treten arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme im Gesundheits- und Sozialwesen, am Bau und in der Landwirtschaft auf.

Arbeitsbedingte Belastungen

Weit mehr als soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Beschäftigungsausmaß und Beruf sind psychische sowie körperliche Belastungsfaktoren sowohl bei Frauen als auch bei Männern mit dem Vorhandensein von gesundheitlichen Problemen assoziiert. Im Rahmen einer multivariaten Betrachtung kamen Biffel et al. (2011) zum Ergebnis, dass bei männlichen Beschäftigten die Präsenz eines psychischen oder körperlichen Belastungsfaktors mit einem etwa um die Hälfte erhöhten Erkrankungsrisiko einhergeht. Auch die einzelnen psychischen Belastungsfaktoren weisen ähnliche hohe Risk Ratios aus: Zeitdruck, Mobbing, Gewalt und andere psychisch belastende Faktoren sind mit einem erhöhten Erkrankungsrisiko zwischen 49,3 % und 66,5 % assoziiert (wobei jeweils Personen ohne diese Belastungsfaktor die Referenzgruppe darstellen). Im Rahmen des Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungsmoduls „Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme“ 2006/7 und

2013 wurden die Respondenten auch zu gesundheitlichen Risikofaktoren am Arbeitsplatz befragt, wobei zwischen körperlichen und psychischen Risikofaktoren unterschieden wurde.

Österreichweit fühlten sich 2013 über 78 % der Erwerbstätigen einem körperlichen oder psychischen Gesundheitsrisiko ausgesetzt, ein Wert, der auch für das Bundesland Salzburg Gültigkeit hat. Über 70 % der Erwerbstätigen in Salzburg gaben mindestens einen körperlichen Risikofaktor an (71,3 %), 39,7 % klagten über zumindest ein psychisches Risiko. Männer waren häufiger als Frauen von potentiell belastenden Arbeitsbedingungen betroffen. Dieser Unterschied geht zu einem großen Teil auf den höheren Anteil an Männern zurück, die unter körperlich beschwerlichen Bedingungen arbeiten. Generell nehmen mit dem Alter die gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz zu.

Insgesamt ist für die Erhebungswellen 2007 und 2013 ein Anstieg der klassischen „Bürokrankheiten“ zu verzeichnen: Die Betroffenheit von Stress, Depression und Angstzuständen, Kopfschmerzen und Übermüdung der Augen sowie von arbeitsbedingten Nacken- und Schulterschmerzen erhöhte sich sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich. Erwerbs- und bildungsstatistische Merkmale spielen eine wesentliche Rolle, ob man bei der Arbeit physischen und/oder psychischen Risiken ausgesetzt ist. ArbeiterInnen und BeamtenInnen gaben am häufigsten an, zumindest einem beruflichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt zu sein (rund 84 %), Angestellte und freie DienstnehmerInnen am seltensten (74,3 %). Bezogen auf die berufliche Tätigkeit waren Personen in der Landwirtschaft (90,0 %) und in der Baubranche tätige Personen (89,2 %) am stärksten von Gesundheitsrisiken betroffen. Je höher der formale Bildungsabschluss ist, desto stärker berichten Erwerbstätige, von psychischen Risiken belastet zu sein, während körperlich beschwerliche Arbeitsbedingungen am häufigsten von Personen mit Pflichtschulabschluss genannt werden.

Indikator Körperliche Belastungsfaktoren

Rund 198.000 Erwerbstätige im Bundesland Salzburg, das sind rd. 71 % der Erwerbstätigen, sehen sich zumindest einem körperlichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Der Anteil liegt dabei zwei Prozentpunkte unter dem österreichischen Vergleichswert. Werden die Erwerbstätigen nach der Art der körperlichen Belastung gefragt, dann dominieren 2013 mit 34 % Arbeitstätigkeiten, bei denen eine starke Anstrengung der Augen nötig ist. Für jeweils rd. ein Viertel der Erwerbstätigen stellen schwierige Arbeitshaltungen und Bewegungsabläufe, das Hantieren mit schweren Lasten sowie Lärm eine Belastung dar. Wird nach der Art der schwerwiegendsten körperlichen Belastungsform gefragt, sind das für 22,2 % der Salzburger Erwerbstätigen Arbeiten mit starker Anstrengung der Augen (Österreich: 21,2 %), für 10,8 % Arbeiten mit schwierigen Arbeitshaltungen und Bewegungsabläufen (Österreich: 12,1 %) sowie für 10,6 % das Hantieren schwerer Lasten (Österreich: 12,4 %). Unfallgefahr stellt für 9 % der Salzburger Erwerbstätigen die schwerwiegendste körperliche Belastungsform dar (Österreich: 7,4 %).⁶ Ein Vergleich der Jahre 2007 und 2013 zeigt damit einen Anstieg der ergonomischen Belastungen um rd. einen Prozentpunkt. In etwa ebenso großem Ausmaß ist die Beeinträchtigung durch Hantieren mit schweren Lasten angestiegen. Dieser Befund korrespondiert mit den Daten der österreichischen Gesundheitsbefragung, bei denen etwa jede/r vierte Befragte über chronische Kreuzschmerzen oder ein anderes chronisches Rückenleiden berichtet (Klimont und Baldaszi 2014).

Reduziert haben sich die Belastungen durch Lärm, Staub, Zigarettenrauch, Chemikalien, etwas angestiegen ist die Belastungsform durch Hitze. Für einige körperliche Belastungsformen waren die Besetzungszahlen zu gering, um haltbare Aussagen ableiten zu können.

Auf einen Rückgang körperlicher Belastungen weisen auch die Daten des Salzburger Arbeitsklima Index hin, der für den aus einer Reihe körperlicher Belastungen zusammengesetzten Indikator „physische Belastungen“ sinkende Werte ausweist. Zwischen 2008 und 2015 reduzierte sich der entsprechende Wert von 19 auf zwölf Punkte.

Tabelle 23: Art des schwerwiegendsten körperlichen Belastungsfaktors

	Zumindest ein körperlicher Belastungsfaktor	Schwierige Arbeitshaltungen, Bewegungsabläufe	Hantieren mit schweren Lasten	Lärm	Starke Vibrationen	Chemikalien	Staub	Rauch	Zigarettenrauch	Dämpfe	Abgase	Hitze	Kälte	Feuchtigkeit	Belastung der Augen	Unfallgefahr
Salzburg 2007	51,5	9,8	9,7	6,7	0,6	3,6	5,3	0,3	2,6	1,3	1,3	2,5	2,1	1,0	0,0	0,0
Österreich 2007	48,5	8,7	8,7	6,2	0,6	2,9	4,8	0,6	2,8	1,3	1,2	3,0	2,4	0,8	0,0	0,0
Salzburg 2013	71,3	10,8	10,6	5,5	x	1,9	3,7	x	1,4	x	x	3,2	1,3	x	22,2	9,0
Österreich 2013	73,3	12,1	12,4	6,0	0,2	2,7	3,2	x	1,5	0,7	0,7	2,8	1,8	0,4	21,2	7,4

Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul „Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme“ 2006/7 und 2013; x: keine Werte verfügbar.

Indikator Psychische Belastungsfaktoren

Hinweise auf eine deutliche Zunahme psychischer Belastungsfaktoren finden sich in vielen Quellen: Die Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger etwa weisen eine kontinuierliche Steigerung der Krankenstandstage aufgrund von psychiatrischen Krankheiten seit 20 Jahren auf. Für rd. 40 % der Erwerbstätigen wurde im Mikrozensus-Ad-hoc-Modul zu Arbeitsunfällen und arbeitsbezogenen Gesundheitsproblemen zumindest ein psychischer Belastungsfaktor erhoben. Gegenüber 2007 bedeutet das eine Steigerung um sechs Prozentpunkte, wobei die Werte für Salzburg denen für Gesamtösterreich entsprechen. Unter den drei erhobenen psychischen Belastungsfaktoren dominiert starker Zeitdruck oder Arbeitsüberlastung mit knapp 39 %. Die überragende Rolle des Belastungsfaktors Zeitdruck zeigt sich auch im Arbeitsgesundheitsmonitor: 40 % der Beschäftigten, die unter Zeitdruck stehen, weisen mehrfache psychische Belastungen auf (AK Oberösterreich 2016). Für rd. 3,5 % stellen Gewalt oder Gewaltandrohung sowie Belästigung oder Mobbing einen Belastungsfaktor dar.

Tabelle 24: Art des psychischen Belastungsfaktors

	Zumindest ein psychischer Belastungsfaktor	Starker Zeitdruck oder Arbeitsbelastung	Gewalt oder Gewaltandrohung	Belästigung oder Mobbing
Salzburg 2007	34,3	29,3	0,7	2,3
Österreich 2007	34,2	29,0	0,7	2,3
Salzburg 2013	39,7	38,7	2,7	3,5
Österreich 2013	40,3	38,3	3,5	3,4

Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul „Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme“ 2006/7 und 2013.

Männer geben etwas öfter als Frauen an, einem psychischen Belastungsfaktor ausgesetzt zu sein, der Unterschied ist ausschließlich auf den Faktor Zeitdruck zurückzuführen. Während bei jungen Erwerbstätigen etwa jede/r Dritte über psychische Risiken berichtet, waren es bei den älteren Erwerbstätigen rd. 40 %.

Das Ausmaß der Betroffenheit von psychischen Belastungen unterscheidet sich nach höchstem Bildungsabschluss. Am stärksten fühlten sich Erwerbstätige, die eine Hochschule abgeschlossen haben, psychisch belastet (44,5 %), bei den Erwerbstätigen mit Lehre bzw. berufsbildender mittlerer Schule waren es 40,0 % und bei jenen mit Pflichtschule rd. 30 %. Erwerbstätige, die zumindest einem psychischen Risiko ausgesetzt waren, waren auch häufiger von körperlichen Risikofaktoren betroffen. Rund 35 % aller Erwerbstätigen waren sowohl psychischen als auch körperlichen Risiken ausgesetzt und damit mehrfach belastet.

Zeitdruck und Überbeanspruchung werden als Belastungsfaktoren auch in der Arbeitswelt von morgen eine wichtige Rolle spielen. Sie sind den Daten der Arbeitskräfteerhebung zufolge – gerade in jenen Beschäftigtengruppen bzw. Arbeitsplätzen stark verbreitet, die im Wachsen begriffen sind. Der Strukturwandel der Wirtschaft hat die Bedeutung von höher qualifizierten, dienstleistungsorientierten Tätigkeiten stark erhöht, ein Ende dieses Trends ist noch nicht in Sicht (Biffel et al. 2011, 142).

Indikator Arbeitsunfälle

Im Rahmen des Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungsmoduls zu Arbeitsunfällen und gesundheitsbezogenen Gesundheitsproblemen berichteten rd. 4,4 % der Erwerbstätigen im Bundesland Salzburg im letzten Jahr über einen Arbeitsunfall. Gegenüber der Referenzbefragung 2006/7 bedeutet dieser Wert einen Rückgang um 0,7 Prozentpunkte. Damit liegt der Rückgang im Bereich des umfragebedingten Stichprobenfehlers. Für Gesamtösterreich lässt sich der Rückgang der Arbeitsunfälle statistisch allerdings zweifelsfrei belegen, hier sank der Wert um zwei Prozentpunkte.

Arbeitsunfälle passieren zum weit überwiegenden Teil im unmittelbaren Arbeitsumfeld (91 %) und weitaus seltener im Straßenverkehr (9 %). Häufigste Unfallursache sind gefährliche Arbeitsmittel, also Maschinen und Werkzeuge, bzw. Zeitdruck und hohes Arbeitstempo.

Das soziodemografische Profil der Betroffenheit zeigt, dass Männer von Arbeitsunfällen rd. doppelt so stark betroffen sind wie Frauen. Facharbeiter sind am häufigsten betroffen, zur Risikogruppe zählen auch Personen in mittelgroßen Betrieben, Personen mit kurzer Beschäftigungszeit im Betrieb, Erwerbspersonen mit Leih- oder Zeitarbeit und Erwerbspersonen mit Schicht-, Turnus- oder Wechseldiensten.

Tabelle 25: Arbeitsunfälle der Erwerbspersonen

In %	2006/7	2013
Salzburg	5,1	4,4
Österreich	6,1	4,2

Quelle: Modul Arbeitsunfälle der Arbeitskräfteerhebung 2013; Stichprobenfehler Salzburg: +/-3,2 %.

4 Einkommen

Seit rund vier Jahrzehnten wird die Frage nach dem Verhältnis von Einkommen und Lebensqualität in der Lebensqualitätsforschung empirisch erforscht und diskutiert, dies hat zu einer Fülle teils recht widersprüchlicher Ergebnisse geführt.

Die Frage, ob und in welchem Ausmaß Einkommen bzw. Einkommenszuwächse zur Erklärung der Lebensqualität oder des subjektiven Wohlbefindens beitragen kann, berührt einen wichtigen Punkt der Wohlfahrtsmessung insofern, als Wirtschaftswachstum und Einkommenssteigerungen über Jahrzehnte vielfach als gleichbedeutend mit Wachstum und Lebensqualität von Gesellschaften gesehen wurden.

In seiner bahnbrechenden Studie „Does Economic Growth Improve the Human Lot?“ fragte Easterlin (1974), ob reichere Staaten glücklichere Staaten wären. Er fand eine Beziehung zwischen aggregiertem subjektiven Wohlbefinden und Einkommen, die er als „ambiguous“, geringfügig positiv, wenn auch klein, interpretierte. Als „Easterlin Paradox“ wurde forthin die These bekannt, dass es zwischen der ökonomischen Entwicklung und der durchschnittlichen Lebensqualität einer Gesellschaft keinen statistischen Zusammenhang gibt. Mit zunehmendem Wohlstand einer Gesellschaft, meist gemessen als Zuwachs des durchschnittlichen Einkommens pro Kopf, wächst die befragte Lebensqualität nicht mit. Eine Reihe von Befunden wurde seither für einen solchen geringen Einfluss des Einkommens auf die subjektive Wohlfahrt vorgelegt.

Unbestritten und vielfach belegt ist dagegen, dass innerhalb von Ländern Menschen mit höherem Einkommen höhere Zufriedenheit bekunden. In der EU geben 87 % der Personen im obersten Einkommensquartil an, „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ zu sein, gegen bloß 73 % im untersten (Di Tella et al. 2003, 811). Böhnke und Kohler (2009) wies auf Grundlage der Daten des European Quality of Life Survey nach, dass ausnahmslos in allen EU-Ländern Menschen aus dem jeweils höheren Einkommensquartil auch eine höhere Lebensqualität bekunden als im jeweils unteren.

Umstritten ist dagegen der Einfluss von Einkommenszuwächsen auf die Lebensqualität: Helliwell fand einen stark abnehmenden Grenznutzen des Einkommens. Der Sprung vom vierten in das fünfte Dezil der Einkommensskala erhöht die Lebenszufriedenheit um 0,11 Prozentpunkte auf einer zehnstufigen Skala, der vom neunten in das zehnte bloß noch um 0,02 (Helliwell 2002, 16). Di Tella et al. (2007) zufolge geht der Zufriedenheitsgewinn einer Einkommenssteigerung binnen vier Jahren

verloren. Ebenso Layard et al. (2008): Ein zusätzlicher Euro für einen Wohlhabenden bringt bloß ein Zehntel der zusätzlichen Zufriedenheit, die sie einem Armen (mit einem Einkommen von einem Zehntel) bringen würde. Clark et al. (2008, 96) fanden in ihrer Studie, dass zusätzliches Einkommen nichts mehr zur Lebensqualität beiträgt, wenn das BIP pro Kopf eine gewisse Höhe erreicht hat und basale Bedürfnisse befriedigt werden können. Frey und Stutzer (2002, 416) bewerten die Literatur ähnlich: „(...) but once a threshold (around \$ 10.000) is reached, the average income level in a country has little effect on average subjective well-being“.

Dagegen stellten Deaton (2008, 57), Sacks (2010) sowie Stevenson und Wolfers (2008) die These des geringen Einflusses von Einkommenszuwächsen auf die Lebensqualität in Frage. So weisen Stevenson und Wolfers die Easterlin-Hypothese, wonach die Steigungsgerade der Zeitreihenanalyse bezogen auf das Verhältnis Einkommen pro Kopf und SWB null ist, zurück und finden keinen Anhaltspunkt für eine Sättigungsgrenze. Die Beziehung zwischen subjektivem Wohlbefinden und Einkommen existiert dabei für entwickelte und Entwicklungsländer (Stevenson und Wolfers 2008, 9).

Für Österreich lässt sich der Einfluss des Einkommens auf die bekundete Lebensqualität empirisch klar belegen (z. B. Arbeitsklima Index, EU-SILC). Personen mit höheren Einkommen bekunden regelmäßig höhere Lebensqualität (Schulz und Pichler 2005).

Hinsichtlich der Frage, wie sich Einkommenssteigerungen auf die subjektive Lebensqualität auswirken, liegen für Österreich oder gar regionale Ebenen mangels langer Paneluntersuchungen unseres Wissens keine Daten vor.

Bezogen auf die Arbeitszufriedenheit bringt die Höhe des Arbeitseinkommens Anerkennung gegenüber der Arbeitsleistung zum Ausdruck, schafft materielle Sicherheit, soziale Teilhabe und erhöht individuelle Möglichkeitsräume. Nicht zuletzt hat die Einkommenshöhe eine statusvergleichende Funktion.

Die Auswirkungen des Einkommens auf die Arbeitszufriedenheit sind gut erforscht und zeigen regelmäßig eindeutige Unterschiede in der Bewertung der Arbeitszufriedenheit zwischen ArbeitnehmerInnen mit hohem Einkommen und jenen mit niedrigem Einkommen. Einkommensstärkere sind zufriedener als ArbeitnehmerInnen mit niedrigem Einkommen (Bakan und Buyukbese 2013; Eurofound 2004, 2010).

Eine Einschätzung des gesellschaftlichen Wohlstands und der Lebensqualität kann sich nicht allein auf das Durchschnitts- oder das Medianeinkommen stützen, sondern muss auch Verteilungsfragen berücksichtigen. Lageparameter wie Median und arithmetisches Mittel geben nur eine zentrale Tendenz einer Verteilung an und sind unsensibel gegenüber der Verteilung der Werte in der Grundgesamtheit aller Einkommensbezieher.

Entsprechendes steht auch in der vierten Empfehlung des Stiglitz-Sen-Fitoussy Reports. (Stiglitz et al. 2009). Auch die Empfehlungen der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ empfehlen neben dem Wachstum des Einkommens die Einkommensverteilung als Schlüsselindikator (Enquete-Kommission 2013, 242). Dies gilt umso mehr, als Einkommenszuwächse in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend ungleich verteilt sind.

In vielen Ländern ist aber nicht nur eine stärkere Konzentration von Finanzvermögen, ein Rückgang des Anteils der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen, sondern auch eine Zunahme der Spreizung zwischen hohen und niedrigeren Einkommen zu beobachten (Horn et al. 2009).

Für das Bundesland Salzburg lässt sich eine Einkommensspreizung für die letzten 20 Jahre ebenfalls nachweisen. Zwischen 1995 und 2013 haben sich die Anteile der unteren sechs Dezile am Gesamtbruttoeinkommen der ArbeitnehmerInnen rückläufig entwickelt, die Anteile der oberen vier Dezile dagegen sind gewachsen (Hofbauer 2016, 437). Die steigende Einkommensungleichheit in Österreich ist Teil eines allgemeinen internationalen und gut dokumentierten Trends (Dustmann 2009). Es kam

aber in Österreich zu keiner starken Zunahme der Ungleichheit wie in den USA seit Mitte und in Großbritannien seit Ende der 1970er Jahre, nicht zuletzt dadurch, da die primäre Einkommensverteilung durch Umverteilungen des Steuer- und Transfersystems beeinflusst sind (Guger und Marterbauer 2009/11).

Für Salzburg kann gezeigt werden, dass solche Umverteilungswirkungen die ökonomische Situation einkommensschwächerer Haushalte deutlich verbessert haben, aber dennoch der Anteil einkommensschwacher Haushalte (> 60 % Median) zwischen 2005 und 2013 um zwei Prozentpunkte zugenommen hat, während der Anteil der einkommensstarken Haushalte (> 180 % Median) um drei Prozentpunkte gewachsen ist. (Hofbauer 2016, 446).

Zunehmende ökonomische Ungleichheit sagt a priori nichts darüber aus, ob sich die Lebensqualität von Menschen verschlechtert. Aus objektiv messbarer Ungleichheit muss „gefühlte Ungerechtigkeit“ werden, bevor die Lebensqualität sinkt (Liebig und May 2009). Dabei spielen kulturelle Faktoren ebenso eine Rolle. Generell zeigt sich, dass ökonomische Ungleichheit in Europa weniger akzeptiert wird als in den USA oder in Australien (Corneo und Grüner 2000).

Alesina et al. (2001) wiesen anhand der Lebenszufriedenheitsfragen im U.S. General Social Survey bzw. im Eurobarometer nach, dass die durchschnittliche Lebensqualität in Gesellschaften umso geringer ist, je ungleicher die Einkommensverteilung ist. In Europa ist der Effekt stärker ausgeprägt, doch erweist er sich auch in den USA als signifikant. In Europa führt eine ungleichere Einkommensverteilung im Ausmaß einer Erhöhung des Gini-Koeffizienten um zehn Prozentpunkte – das entspricht dem Übergang von der österreichischen zur italienischen Einkommensverteilung – zu einer Abnahme des Anteils der sehr Zufriedenen um rd. fünf Prozentpunkte und einer Zunahme der Unzufriedenen im selben Ausmaß.

Als Indikatoren werden daher hier im Einklang mit Lebensqualitätsmaßen neben der Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens auch der Gini-Koeffizient der Einkommen sowie korrespondierend zum Statistik-Austria-Projekt „Wie geht's Österreich?“ das Verteilungsmaß S80/S20 herangezogen.

Indikator Realeinkommen

Eine Darstellung der aggregierten Einkommensentwicklung hat mit dem Problem zu kämpfen, dass die Gesamteinkommen aus mehreren Gründen verzerrt sind (vor allem durch die steigende Teilzeitbeschäftigung).

Hier werden daher die Einkommen ganzjährig Beschäftigter Personen in Salzburg ausgewiesen. Diese sind als Teilzeit-, Saison- und um Arbeitslosigkeitsepisoden bereinigt zu betrachten und machen Einkommensvergleiche auf der Basis von Vollzeitbeschäftigungen möglich. Dabei handelt es sich um Jahresnettoeinkommen. Zwischen 2009 und 2014 sind die durchschnittlichen Einkommen ganzjährig Beschäftigter im Bundesland Salzburg von 26.790 auf 29.082 gestiegen. Im Beobachtungszeitraum beträgt der Einkommenszuwachs 8,6 %. Der Kaufkraftverlust im Beobachtungszeitraum betrug 8,8 % (VPI 2014 verkettet auf Basis VPI 2005).

Tabelle 26: Durchschnittliches Jahresnettoeinkommen ganzjährig beschäftigter Personen

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Zuwachs
Salzburg	26.790 €	26.905 €	27.470 €	28.176 €	28.754 €	29.082 €	8,6 %
Österreich	27.603 €	27.882 €	28.401 €	29.086 €	29.660 €	30.059 €	8,9 %

Quelle: Lohnsteuerstatistiken.

Real bedeutet die Einkommensentwicklung 2009–2014 bei den ganzjährig vollzeitbeschäftigten Salzburger ArbeitnehmerInnen seit 2009 damit einen Einkommensverlust von 0,2 %, in der österreichischen Vergleichsgruppe einen Einkommenszuwachs von 0,1 %.

Indikator Gender-Pay-Gap

Gemessen an allen unselbständigbeschäftigten ArbeitnehmerInnen verdienen Frauen im Bundesland Salzburg 2014 durchschnittlich rd. zwei Drittel des Einkommens der Männer. Im Österreichvergleich liegt Salzburg damit 1,5 Prozentpunkte hinter dem österreichischen Gesamtwert, aber im Bereich aller Bundesländer mit Ausnahme Wiens, wo die Fraueneinkommen deutlich überdurchschnittlich sind.

Zwischen 2009 und 2014 ist der durchschnittliche Einkommensanteil in Salzburg um 1,6 Prozentpunkte gewachsen, damit um etwas mehr als in Gesamtösterreich (1,3 Prozentpunkte).

Bereits beim Berufseinstieg zeigt sich eine Geschlechterdifferenz. Diese Differenz dürfte teilweise durch das unterschiedliche Arbeitszeitausmaß zwischen Frauen und Männern getrieben sein, das häufig bei – zumeist später auftretenden – Betreuungspflichten entsteht, stärker aber noch durch die geschlechtsspezifische Ausbildung-, Branchen- und Berufswahl (Bock-Schapelwein et al. 2015, 50).

Tabelle 27: Einkommensanteil der unselbständig beschäftigten Frauen in % des Männereinkommens

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg	64,3	64,9	64,8	65,0	65,5	65,9
Österreich	66,1	66,5	66,6	66,7	67,2	67,4

Quelle: Lohnsteuerstatistiken, eigene Berechnungen (auf Basis der Monatsnettoeinkommen).

Bei der Niedriglohnbeschäftigung fällt der geschlechtsspezifische Unterschied noch höher aus. Werden nur die Vollzeitbeschäftigungen für einen Vergleich der geschlechterspezifischen Differenzen herangezogen, dann verdienen Männer in Salzburg durchschnittlich das 1,3-Fache von Frauen in ebensolchen Beschäftigungen (Hofbauer 2016, 452).

Indikator S80/S20

Die Quote S80/S20 ist ein aussagekräftiges Maß, um Veränderungen der Einkommensanteile am oberen und unteren Ende der Einkommensskala anzuzeigen. Dabei wird das gesamte Bruttoeinkommen des obersten Einkommensquintils (20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Bruttoeinkommen) mit dem des untersten Einkommensquintils (20 % der Bevölkerung mit dem geringsten Bruttoein-

kommen) verglichen. Das Maß S80/S20 entspricht dem Wert des Quotienten, mit dem obersten Einkommensquintil als Zähler, dem untersten Einkommensquintil als Nenner.

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist in Österreich in den letzten 20 Jahren deutlich ungleicher geworden. 1995 betragen die Bruttoeinkommen aller ArbeitnehmerInnen des obersten Einkommensfünftels noch rund das 15-Fache des untersten Einkommensfünftels, für Salzburg liegen keine entsprechenden Daten vor.

Im Bundesland Salzburg betragen die Einkommen des obersten Einkommensfünftels im Jahr 2000 das rd. 19-Fache der Einkommen des untersten Einkommensfünftels. Im Jahr 2014 ist diese Differenz deutlich angewachsen und die Einkommen der obersten 20 % der ArbeitnehmerInnen betragen rd. das 24-Fache der Einkommen der untersten 20 %. In den Jahren seit der Wirtschaftskrise hat sich die Einkommensspreizung etwas verlangsamt.

Tabelle 28: ArbeitnehmerInnen gesamt: S80/S20 Salzburg-Österreich

	1995	2000	2005	2010	2013	2014
Österreich	15,37	18,57	20,84	23,44	22,83	23,00
Salzburg		19,39	20,15	22,64	23,5	23,74

Quelle: Lohnsteuerstatistiken, eigene Berechnungen.

Indikator Gini-Koeffizient

Während das S80/S20-Verhältnis lediglich Veränderungen im obersten und im untersten Quintil anzeigt, lässt sich mit dem Gini-Koeffizienten die gesamte Einkommensverteilung nachvollziehen. Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert an zwischen 0 bei Gleichverteilung und 1, wenn nur eine Person das komplette Einkommen erhält (d. h. bei maximaler Ungleichverteilung).

Die Berechnung des Gini-Koeffizienten für die Salzburger Einkommen und im Österreichvergleich erfolgt hier auf der Basis der Lohnsteuerstatistiken ganzjährig vollzeitbeschäftigter ArbeitnehmerInnen, um Basiseffekte wie veränderte Teilzeitquoten auszuschalten.

Auch für Salzburg zeigt sich anhand der Gini-Koeffizienten eine steigende Ungleichheit der unselbständigen Einkommen. Im Zeitraum zwischen 2004 und 2014 ist der Gini-Koeffizient der unselbständigen Bruttojahreseinkommen von 0,292 auf 0,297 angewachsen, wobei die Wirtschaftskrise 2008 offenbar als Ungleichheitsbremse wirksam war. Die Salzburger Entwicklung verläuft dabei im Gleichklang mit dem österreichischen Verlauf. Bei Männern ist die Einkommensungleichheit stärker ausgeprägt als bei Frauen, auch die Zunahme der Einkommensungleichheit verlief ausgeprägter.

Tabelle 29: Gini-Koeffizient der Bruttojahreseinkommen ganzjährig Vollzeit unselbständig Beschäftigter Salzburg-Österreich

	2004	2008	2010	2013	2014
Salzburg	0,292	0,302	0,303	0,298	0,297
Österreich	0,291	0,301	0,301	0,298	0,298
Männer					
Salzburg	0,283	0,297	0,298	0,296	0,297
Österreich	0,288	0,300	0,301	0,298	0,296
Frauen					
Salzburg	0,271	0,281	0,283	0,280	0,280
Österreich	0,271	0,281	0,283	0,280	0,280

Quelle: Lohnsteuerstatistiken, eigene Berechnungen.

5 Zufriedenheiten

Dass „objektiv“ gute oder schlechte Umstände nicht wie selbstverständlich in ein entsprechendes Zufriedenheitsurteil münden, ist in der Lebensqualitätsforschung oft betont worden (Zapf 1984). Menschen beurteilen ihre Lebens- und Arbeitssituation in Abhängigkeit von ihren Persönlichkeitsmerkmalen und passen sich auch an gegebene Umstände an. Schlechtere Arbeitsumstände bedeuten nicht zwingend ein schlechteres Zufriedenheitsurteil und vice versa, wenn sich etwa Vergleichsmaßstäbe verschieben.

Wie im Kapitel „Arbeitszufriedenheit im Bundesland Salzburg“ gezeigt werden konnte, beurteilt ein nicht kleiner Teil der rund 20 % jener Erwerbspersonen, die ihre aktuelle Arbeitssituation in Detailfragen schlecht einschätzen, die gesamte Arbeitszufriedenheit als gut. Dies kann im Einklang mit Bruggemanns Modell der Arbeitszufriedenheit als resignative Arbeitszufriedenheit interpretiert werden, bei der ein Soll-Ist-Vergleich negativ ausfällt, aber das Anspruchsniveau zur Kompensation sinkt. Single-Item-Fragen können diese unterschiedlichen Formen der Arbeitszufriedenheit allerdings nicht erfassen.

In der Dimension Zufriedenheiten werden folgende Indikatoren für die Arbeitsqualität präsentiert, die stärker als unmittelbare Belastungssituationen der unmittelbaren Arbeitssituation wie etwa psychische Belastungen auf die kognitive Bewertung von Aspekten der Arbeitsqualität abzielen. Dies sind die wahrgenommene Autonomie am Arbeitsplatz, die Zufriedenheit mit dem Einkommen wie den Karrierechancen, die wahrgenommenen Arbeitsmarktchancen sowie die empfundene Sinnhaftigkeit der beruflichen Tätigkeit.

Indikator Autonomie

Für die Qualität des subjektiven Wohlbefindens wird dem jeweiligen Autonomiegrad eine wichtige Rolle zugeschrieben. Auch in den Motivationskonzepten der Arbeitspsychologie sind Arbeitszufriedenheit und Mitbestimmung eng miteinander gekoppelt. Im Demand-Control-Modell der Arbeitszufriedenheit spielen Handlungsspielraum und Autonomie, die Erwerbstätige zur Erfüllung der Arbeitsanforderungen haben, eine entscheidende Rolle. Die erlebte Selbstbestimmtheit und auch die Anerkennung der Kompetenz, mit der die eigene Meinung bei Entscheidungen einfließt, fördert die Arbeitszufriedenheit.

Als Quelle für den Indikator Autonomie dient die Frage aus dem Arbeitsklima Index nach der Möglichkeit, Arbeitsabläufe selbst bestimmen können. Die Zufriedenheit mit den Selbstbestimmungsmöglichkeiten liegt im Jahr 2015 bei 2,44 auf der fünfteiligen Notenskala (1 = sehr zufrieden; 5 = gar nicht zufrieden).

Im Zeitverlauf seit 2006 zeigt sich ein Abfall der Zufriedenheit. Die Autonomie sinkt mit der Qualifikation. HilfsarbeiterInnen sowie einfache Angestellte sind deutlich weniger zufrieden als qualifizierte Angestellte und öffentlich Bedienstete. Österreichische Vergleichswerte stehen hier nicht zur Verfügung.

Tabelle 30: Autonomie am Arbeitsplatz

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	2,10	1,89	1,92	2,17	2,04	2,11	2,31	2,39	2,37	2,44

Quelle: Arbeitsklima Index Salzburg.

Indikator Zufriedenheit mit dem Einkommen

Für die Beurteilung der Frage, wie zufrieden Salzburger Erwerbstätige mit ihrem Einkommen sind, muss aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den österreichischen Werten auf einen Verbundindex aus zwei Fragen aus dem österreichischen Arbeitsklima Index zurückgegriffen werden. Der Indikator Einkommenszufriedenheit ist ein zusammengesetzter Indikator aus den zwei Items: „Zufriedenheit mit dem Einkommen“ sowie „Beurteilung ob das Einkommen ausreichend ist“. Beide Teilindikatoren gehen mit einem Gewicht von 0,5 in den Gesamtindikator ein. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen liegt im Jahr 2015 bei einem Wert von 55 eines Maximalwerts von 100. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen ist in den letzten Jahren rückläufig, sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Gesamtösterreich. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen spiegelt die berufliche Stellung sowie die reale Einkommenssituation: HilfsarbeiterInnen und einfache Angestellte sind mit ihrem Einkommen deutlich weniger zufrieden als qualifizierte Angestellte und öffentlich Bedienstete.

Tabelle 31: Zufriedenheit mit dem Einkommen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	58	57	60	54	46	50	55	55
Österreich	58	58	56	54	55	54	54	54

Quelle: Arbeitsklima Index Österreich/Salzburg.

Indikator Zufriedenheit mit der Arbeitszeit

Arbeitszeitfragen sind seit einiger Zeit wieder verstärkt in Diskussion, wofür es mehrere Ursachen gibt: einerseits die gesellschaftlich virulente Frage der Verteilung von Arbeit angesichts des beschleunigten Strukturwandels der Wirtschaft, der andauernden wirtschaftlichen Schwäche nach der Wirtschaftskrise 2008 oder der dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit, aber auch das gestiegene Bewusstsein

für arbeitsbedingte Gesundheitsrisiken; andererseits spiegeln sich in der Arbeitszeitfrage auch unterschiedliche Interessen innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen, was nicht zuletzt auch zur Etablierung der sog. „Freizeitoption“ in mehreren Kollektivverträgen geführt hat.

Ausmaß, Lage und Regelung der Arbeitszeit prägen die individuellen wie betriebs-, berufs- und branchenspezifischen Arbeitsbedingungen wesentlich mit. Nicht umsonst bilden Themen wie Wochenarbeitszeit, Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitflexibilität bis heute Schlüsselthemen in arbeitspolitischen Auseinandersetzungen. Wiederholt hat sich die Arbeitszeit als wichtige Determinante nicht nur der Arbeitszufriedenheit, sondern auch als bedeutender Einflussfaktor der gesamten Lebenszufriedenheit erwiesen.

Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit hängt dabei maßgeblich von den Kontextbedingungen der jeweiligen Arbeitssituation ab, wie der Position im Betrieb oder dem Ausmaß der Selbstbestimmung hinsichtlich der Arbeitszeit, aber wesentlich auch von personenbezogenen Aspekten wie der Familiensituation, dem Einkommen oder dem Alter.

Dennoch lassen sich einige Rahmenbedingungen erkennen, die regelmäßig negativen Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit nehmen. Dazu zählen wiederholte Wochenarbeitszeiten über dem vereinbarten Ausmaß (Arbeitsklima Index 2007) unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie Arbeitszeit außerhalb der Norm (Metzger et al. 2011, 193).

Die Arbeitszeit spielt demnach für die gesamte Arbeitszufriedenheit eine zentrale Rolle. Für Europa gilt: Die Arbeitsplatzzufriedenheit ist bei denjenigen, die außergewöhnlich lange arbeiten, besonders gering (Eurofound 2012, 70; Biffi et al. 2004, 125).

Arbeitszeit in Österreich und Salzburg

Die durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit aller Beschäftigten beträgt in Österreich 2014 36,7 Stunden, damit liegt Österreich im EU-Vergleich auf dem sechsten von 28 Plätzen in puncto kurze Arbeitszeiten, der EU-Schnitt liegt mit 37,2 Stunden etwas höher. In Österreich sind die tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten im Gesamtdurchschnitt über die letzten Jahre rückläufig (Eurostat 2016). Zieht man die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit als Indikator heran, zeigt sich jedoch die Problematik von Indikatoren auf der Basis von Durchschnittswerten. Denn die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit ist nicht auf eine gleichförmige Arbeitszeitverkürzung über alle Beschäftigten zurückzuführen, sondern das Ergebnis eines differenzierten Prozesses. Einerseits steigt die Zahl von atypischen bzw. Teilzeitbeschäftigten, wobei innerhalb des Teilzeitsegments das Arbeitszeitausmaß steigt, andererseits zeigt ein Blick auf die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten, dass die ÖsterreicherInnen mit 41,5 Stunden deutlich länger als im EU-28-Schnitt arbeiten. Dabei schlagen in Österreich insbesondere die Überstunden zu Buche die zu den höchsten der EU zählen (Flecker 2015) und von denen laut WIFO 2012 23 % unentgeltlich geleistet wurden (Eichmann und Saupe 2014, 80). Das bedeutet, dass einerseits relativ viele Menschen in Österreich sehr kurz oder kurz und andererseits viele relativ lang (40 und mehr Stunden) arbeiten.

Angesichts der komplexen Situation bieten anstelle von globalen Durchschnittswerten Verteilungen der Arbeitszeit mehr Information, sodass hier eine detailliertere Darstellung der Arbeitszeitentwicklung nach Arbeitszeitkategorien vorgeschlagen wird, wie sie taxativ im Rahmen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung vorgenommen wird.

Im Zeitraum zwischen 2007 und 2015 sind im Bundesland Salzburg alle der im Rahmen der Arbeitskräfteerhebungen abgefragten Teilzeitkategorien (bis 11 Stunden, 12 bis 24 Stunden, 25 bis 35 Stunden sowie 36 bis 40 Stunden) angestiegen, wogegen die Arbeitszeitkategorien über 40 Stunden rückläufig waren. Dieser Trend entspricht im Wesentlichen auch der gesamtösterreichischen Entwicklung.

Tabelle 32: Anteil des Arbeitszeitkategorie

	Bis 11 Stunden	12 bis 24 Stunden	25 bis 35 Stunden	36 bis 40 Stunden	41 bis 59 Stunden	60+ Stunden
Salzburg 2007	6,3	11,7	13,9	36,0	21,9	10,1
Salzburg 2015	6,9	14,7	16,6	38,6	17,5	5,8
Österreich 2015	7,4	14,0	17,5	37,4	18,8	4,9

Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Die Motive für Teilzeitarbeit, auch sie werden im Rahmen der MZ-Arbeitskräfteerhebung abgefragt, sind unterschiedlich. Im Bundesland Salzburg geben 34 % der Teilzeitbeschäftigten die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen als Ursache für ihre Teilzeitarbeit an, 18,2 % wünschen keine Vollzeitbeschäftigung, 22,3 % nennen persönliche oder familiäre Gründe, 8 % haben keine Vollzeitbeschäftigung gefunden, jeweils 9 % nennen schulische bzw. Ausbildungsgründe oder sonstige Gründe (Statistik Austria 2015).

International zeigen diverse Untersuchungen, dass einige arbeitszeitrelevante Faktoren regelmäßig mit geringer Arbeitszufriedenheit korrelieren, so etwa Nacht-/Schichtarbeit oder zu viele Überstunden (Eurofound 2015). So sind Wochenend-, Spät und Nachtarbeit zwischen 2006 und 2014 tendenziell eher zurückgegangen, Schichtarbeit und die Arbeit von zu Hause aus haben hingegen zugenommen. Nicht zuletzt spielt des wirtschaftliche Umfeld eine Rolle. So zeigt Otterbach auf Grundlage des International Social Survey für 21 Staaten, dass Wünsche nach längerer Arbeitszeit dort gegeben sind, wo Arbeitslosigkeit hoch ist bzw. droht, während dort, wo das Pro-Kopf-Einkommen vergleichsweise hoch ist, ein höher Anteil der Beschäftigten eine Arbeitszeitreduktion präferiert. Ähnlich verhält es sich in Ländern mit gleichmäßiger verteilten Einkommen (Otterbach 2010).

In einer quantitativen Studie zu Arbeitszeitwünschen für Österreich kommen Gerold und Nocker (2015) zum Ergebnis, dass, wer aktuell lange arbeitet, kürzer arbeiten will und vice versa. ArbeitnehmerInnen, die lieber weniger arbeiten würden, sind tendenziell älter, besser gebildet, haben weniger Kinder und arbeiten als Angestellte in eher größeren Betrieben. Im Geschlechtervergleich zeigt sich, dass Frauen hinsichtlich der Arbeitszeit eine Präferenz für familientaugliche Arbeitszeiten haben, Männern hingegen eher Arbeitsbedingungen und die Position im Unternehmen wichtig ist. Das entspricht dem „male breadwinner“-Modell, weshalb die AutorInnen auch von einer „gendered nature of preferences for work time reduction“ sprechen (Gerold und Nocker 2015, 74).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Grözinger et al. (2008, 96) für Deutschland. Die Wunscharbeitszeiten können mit Abstand am besten durch die aktuellen Arbeitszeiten erklärt werden. „Wer mehr arbeiten möchte, arbeitet aktuell wenig, wer dagegen weniger Arbeit anstrebt, arbeitet zurzeit viel“. Zudem zeigen die AutorInnen, dass unerfüllte Arbeitszeitwünsche einen negativen Einfluss auf die allgemeine Arbeits- und Lebenszufriedenheit haben.

In Österreich äußern rd. 9 % der Beschäftigten Wünsche nach einer Verlängerung der Arbeitszeit, Verkürzungswünsche haben rd. 17 % der Beschäftigten; keine Veränderungswünsche haben rd. 74 % der Beschäftigten. Für den Zeitraum 2006 bis 2014 sind diese Zahlen im Wesentlichen unverändert. Schwendinger hält in seiner Studie für Österreich fest: „Betrachtet man Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte separat, zieht sich ein roter Faden durch alle Kapitel: Teilzeitbeschäftigte wollen lieber länger, Vollzeitbeschäftigte wollen lieber kürzer arbeiten“ (Schwendinger 2015, 46). Regionalisierte Daten zur Zufriedenheit mit der Arbeitszeit bietet der Indikator Zufriedenheit mit der Zeiteinteilung aus

dem Salzburger Arbeitsklima Index. Dabei handelt es sich um einen zusammengesetzten Indikator aus den zwei Teilindikatoren „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ sowie „Zufriedenheit mit der Arbeitszeit“. Beide Teilindikatoren gehen mit einem Gewicht von 0,5 in den Indikator ein.

Die Werte zeigen seit 2008 eine deutliche Abnahme der Zufriedenheit. Die Werte sind von 84 auf 67 Indexpunkte gesunken und damit deutlich stärker als im Österreichvergleich.

Besonders bei Vollzeitbeschäftigten ist die Differenz zwischen der tatsächlichen und der gewünschten Arbeitszeit beträchtlich (Salzburger Arbeitsklima Index 2016). Die Werte des Salzburger Arbeitsklima Index zeigen darüber hinaus, je geringer das Arbeitszeitausmaß ist, desto zufriedener sind die Beschäftigten mit den Arbeitszeitregelungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch Belastungsfaktoren wie Zeitdruck und andere psychische Belastungen fallen geringer aus, dagegen ist die Zufriedenheit mit dem Einkommen und der Bedürfnisdeckung unterdurchschnittlich.

Tabelle 33: Zufriedenheit mit der Zeiteinteilung

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	84	82	83	76	72	71	71	67
Österreich	78	77	76	76	77	76	75	75

Quelle: Arbeitsklima Index Österreich/Salzburg.

Indikator Arbeitsmarktchancen

Jenseits von Arbeitsmarktstatistiken und -prognosen bringt die Antwort auf die Frage nach den individuellen Arbeitsmarktchancen die subjektive Einschätzung der Betroffenen zum Ausdruck, wieder eine annehmbare Arbeitsstelle zu finden. Darin spiegeln sich die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und des Arbeitsmarktumfelds sowie der eigenen Möglichkeiten wider.

Grundlage des Indikators ist wiederum eine entsprechende Frage des österreichischen Arbeitsklima Index und der regionalisierten Version für das Bundesland Salzburg.

Der Salzburger Wert erreicht im Jahr 2015 einen Wert von 48 eines Maximalwerts von 100. Die Arbeitsmarktchancen werden von den SalzburgerInnen deutlich besser eingeschätzt als von der gesamtösterreichischen Vergleichsgruppe mit einem Wert von 41. In der Längsschnittbetrachtung zeigt sich analog zur problematischen Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre ein gesunkenes Vertrauen, wieder eine annehmbare Arbeitsstelle zu finden. Die Werte sind von 55 zum Ende der Hochkonjunktur 2008 auf 48 gesunken, die österreichischen Vergleichswerte zeigen eine gleichlaufende Entwicklung auf niedrigerem Niveau.

Tabelle 34: Einschätzung der Arbeitsmarktchancen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	55	42	49	49	52	49	50	48
Österreich	49	47	44	47	46	45	43	41

Quelle: Arbeitsklima Index Österreich/Salzburg.

Indikator Zufriedenheit mit Karriere

Stärker als die Frage nach den Arbeitsmarktchancen fokussiert die Frage nach der Zufriedenheit mit den Karrierechancen auf das individuelle Fortkommen im Arbeitsleben. Die Grundlage des Indikators Zufriedenheit mit der Karriere bildet die Subdimension Karriere des österreichischen Arbeitsklima Index und seiner regionalisierten Salzburger Version. In die Subdimension gehen zwei Items ein: die Zufriedenheit mit den Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten einerseits und die Zufriedenheit mit den Weiterbildungsmöglichkeiten andererseits. Beide Teilindikatoren gehen normiert und gewichtet in den Gesamtindikator ein und erreichen im Bundesland Salzburg im Jahr 2015 den Wert von 59 eines Maximalwerts von 100. Durch das Berechnungsverfahren ist ein direkter Vergleich mit anderen Werten des Arbeitsklima Index nicht möglich.⁷ Innerhalb des Indikators zeigt sich im Zeitverlauf allerdings in Salzburg eine deutliche Abnahme der Zufriedenheit mit den Karrierechancen, im Jahr 2008 lag der entsprechende Wert noch bei 70, während der österreichische Vergleichswert annähernd stabil ist.

Tabelle 35: Zufriedenheit mit den Karrierechancen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Salzburg	70	67	69	66	63	61	60	59
Österreich	65	66	65	63	64	63	61	63

Quelle: Arbeitsklima Index Österreich/Salzburg.

Indikator Sinnvolle Arbeit

Sinn in seiner beruflichen Tätigkeit zu sehen, trägt stark zur Arbeitszufriedenheit bei und die Bedeutung sinnbezogener Aspekte des Arbeitslebens scheint nicht geringer zu werden, wie ein Langfristvergleich von Daten der European Values Studies zeigt. „Noch mehr als die Bedeutung guter Bezahlung und Arbeitsplatzsicherheit hat jene von intrinsischen Berufszielen wie eine interessante Tätigkeit (...) zugenommen“ (Eichmann und Saupe 2014, 296).

Als Indikator für den Sinneaspekt der eigenen beruflichen Tätigkeit dient hier die Antwort auf die Aussage „Ich empfinde meine Arbeit als sinnvoll“ aus der Bevölkerungsbefragung der FH Salzburg im Rahmen des gegenständlichen Projekts. Der Zusammenhang zwischen sinnerfüllter Arbeit und gesamter Arbeitszufriedenheit wird eindrucksvoll bestätigt, die Korrelation ist hochsignifikant, direkt proportional und stark ($p = 0,00$; $r = 0,66$).

Annähernd 83 % der Salzburger Erwerbstätigen empfinden ihre Tätigkeit als sinnvoll, 11 % stimmen dieser Aussage nur teilweise zu und lediglich 6,3 % stimmen eher oder gar nicht zu. Jüngere Erwerbstätige erkennen mit 9 % keinen Sinn in ihrer Arbeitstätigkeit, aber lediglich 3 % der älteren Erwerbstätigen.

Tabelle 36: Ich empfinde meine Arbeit als sinnvoll

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	MW (0–10)	Std.ab- weichung
Salzburg	3,7	2,6	11,0	32,5	50,3	8,1	2,2
Österreich	2,7	3,7	11,6	25,9	56,0	8,2	2,2

Quelle: Bevölkerungsbefragung FH Salzburg.

Zusammenfassung

Hohe Qualität der Arbeit ist ein komplexes theoretisches Konstrukt und nicht einfach zu messen. Es kann nur teilweise durch beobachtbare Indikatoren erfasst werden und wird zunehmend durch die Befragung der Betroffenen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen ergänzt.

Nicht in jedem Fall münden gute Arbeitsbedingungen in hohe Arbeitszufriedenheit. Bisweilen wird auch hohe Zufriedenheit bekundet, wiewohl die Arbeitssituation nicht gut eingeschätzt wird. Die Arbeitszufriedenheit ist nicht einfach ein Spiegel der konkreten Arbeitssituation, sondern in das Zufriedenheitsurteil fließen vielfältige Persönlichkeitsaspekte ein, bei denen auch Anspruchshaltungen, soziale und zeitliche Vergleiche, Gewöhnungseffekte und Anpassungsreaktionen eine Rolle spielen. Für das Bundesland Salzburg konnte gezeigt werden, dass von rund 20 % der Erwerbspersonen, die ihre Arbeitssituation schlecht bewerten, dennoch rund die Hälfte hohe Arbeitszufriedenheit angibt.

Darüber hinaus zeigt sich aber bei vielen Indikatoren der Arbeitsqualität im Hinblick auf die Grundgesamtheit der Erwerbstätigen, dass schlechte oder sich verschlechternde Arbeitsbedingungen signifikant und negativ mit subjektiver Zufriedenheit korreliert sind, sowohl was die eher kognitive Gesamtzufriedenheit betrifft als auch hinsichtlich der eher affektiven Komponenten der Arbeitszufriedenheit wie etwa Zeitdruck. Diese aus internationalen Forschungen etablierten Erkenntnisse (Poggi und Villosio 2015; Böhnke und Kohler 2009) finden sich auch im Bundesland Salzburg bestätigt. Von schlechten Arbeitsbedingungen Betroffene bekunden eine dementsprechend niedrigere Arbeitszufriedenheit, Personen mit guten Arbeitsbedingungen eine höhere Arbeitszufriedenheit.

Zusammenfassend werden die Werte der Salzburger Indikatoren im Österreichvergleich dargestellt. Diese Darstellung dient lediglich der Orientierung, während die Zielgrößen für die Indikatorwerte jene politischen Zielsetzungen sind, wie sie in offiziellen nationalen Dokumenten verankert sind, etwa beim Ziel der Reduzierung der Arbeitslosigkeit, der Verringerung der Einkommensspreizung oder der Schaffung guter und gesunder Arbeitsplätze.

Die Werte der Salzburger Indikatoren zeigen im Österreichvergleich ein differenziertes Bild. Im Bundesland Salzburg sind mehr Menschen in das Erwerbsarbeitsleben integriert und im Verhältnis weniger arbeitslos. Dagegen sind weniger Menschen vollständig und dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert und die Weiterbildungsbeteiligung ist etwas geringer.

Die Realeinkommen der SalzburgerInnen sind geringer, der Einkommensabstand von Frauen ist mit weniger als zwei Drittel der Männereinkommen größer.

Arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme treten bei über 12 % der Erwerbstätigen mit leicht rückläufigem Trend auf und damit in etwas geringerem Ausmaß als im Österreichvergleich. Dennoch sehen sich über 70 % körperlichen Belastungen und 40 % mindestens einer psychischen Belastungsform

ausgesetzt, bei beiden Belastungsformen unterscheiden sich die Salzburger Werte nicht signifikant von den österreichischen Vergleichswerten.

Geringer fällt die Zufriedenheit der Salzburger Erwerbstätigen mit der Arbeitszeit aus. Die Arbeitsmarktchancen werden besser eingeschätzt, die Karrierechancen etwas schlechter. Keine nennenswerten Unterschiede zeigen sich bei der Einkommensungleichheit, der Einkommenszufriedenheit und ein ähnlich hoher Anteil der Erwerbstätigen erachtet seine berufliche Tätigkeit als sinnvoll.

Tabelle 28: Salzburger Indikatoren im Österreichvergleich

	Salzburg	Österreich
Erwerbsquote	79,6	76,6
Arbeitslosigkeit	5,9	9,1
Langzeitarbeitslosigkeit	16,2	31
Weiterbildung	12,7	14,2
Erwerbsintegration	83,5	86
Arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme	12,4	15,6
Körperliche Belastung	71,3	73,3
Psychische Belastung	39,7	40,3
Arbeitsunfälle	4,4	4,2
Zufriedenheit mit der Arbeitszeit	67	75
Einkommenszuwachs*	8,6	8,9
Fraueneinkommen**	65,9	67,4
S80/S20	23,7	23
Gini-Einkommen	29	29
Einkommenszufriedenheit	55	54
Arbeitsmarktchancen	48	41
Karrierechancen	59	63
Sinnvolle Arbeit	83	82

Anmerkungen:
* 2009–2014;
** In Prozent der Männereinkommen.

Anmerkungen

- 1 n = 547.
- 2 Lance berichtet eine kleine, aber signifikante Beziehung zwischen einem niedrigen Niveau der Arbeitszufriedenheit und dem Personalwechsel.
- 3 Judge et al. (2001) errechneten im Rahmen einer Metastudie aus 312 unabhängigen Stichproben einen mittleren Zusammenhang zwischen Arbeitszufriedenheit und Arbeitsleistung von 0.30 und einer deutlich niedrigeren unkorrigierten Korrelation. Die Autoren bezeichnen diese mittlere Korrelation als „moderate in magnitude and distinguishable from zero“.
- 4 Zum Fragenkomplex Arbeitszufriedenheit wurden Selbstständige, Unselbstständige und Lehrlinge im Alter zwischen 20 und 65 Jahren befragt (Salzburg: n = 510–546/Österreich: n = 407).
- 5 Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse; Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; KMO-Test: .775; Signifikanz Bartlett: $p < .001$.
- 6 Ein exakter Vergleich der körperlichen Belastungsfaktoren zwischen den Befragungen 2007 und 2013 ist nicht möglich, da die Liste der Antwortmöglichkeiten 2013 erweitert worden ist.
- 7 Auskunft SORA, 10.01.2017.

Literaturverzeichnis

- Abele, A., Cohrs, J.C., & Dette, D. (2006): Arbeitszufriedenheit – Person oder Situation? In Fischer, L. (Hrsg.): Arbeitszufriedenheit. Konzepte und empirische Befunde. Göttingen, 205–225.
- Alesina, A. (2001): Inequality and happiness: Are Europeans and Americans different? Cambridge, MA: NBER WP 8198.
- AMS – Arbeitsmarktservice (2016): Arbeitsmarktlage 2015. Wien: AMS.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2007): Arbeitsklima Index. Linz: AK Oberösterreich.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2012): media.arbeiterkammer.at.. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/arbeitsgesundheitsmonitor/PKU_Arbeitsgesundheitsmonitor_12122012.pdf (Zugriff am 14.10.2016).
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2016): media.arbeiterkammer.at. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/2016/PKU_2016_Arbeitsgesundheitsmonitor_Dezember_13.12.2016.pdf (Zugriff am 24.12.2016).
- Argyle, M., & Martin, M. (1991): The psychological causes of happiness. In Strack, F., Argyle, M., & Schwartz, N. (Hrsg.): Subjective Well-being: an interdisciplinary perspective.. Oxford: Pergamon Pres, 77–100-
- Badura, B., Schellschmidt, H., & Vetter, C. (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2005. Arbeitsplatzunsicherheit und Gesundheit. Berlin/Heidelberg.
- Bakan, I., & Buyukbese, T. (2013): The Relationship between Employees' Income Level and Employee Job Satisfaction. International Journal of Business and Social Science. An Empirical Study 4/7, 18–25.
- Biffl, G., Faustmann, A., Gabriel, D., Leoni, T., Mayrhuber, C., & Rückert, E. (2011): Psychische Belastungen der Arbeit und ihre Folgen. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Krems/Wien.
- Biffl, G., Guger, A., & Leoni, T. (2008). Fehlzeitenreport 2007: Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich. Wien: WIFO-Monografie.
- Biffl, G., Hudler, M., Hager, I., & Hartel, M. (2004): Betriebliche Mitbestimmung. Endbericht.
- Blanchflower, D.G., & Oswald, A.J. (2004): Well-being over time in Britain and the USA. Journal of Public Economics 88/7, 1359–86.
- Bock-Schapelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Horvath, T., Huemer, U., & Schappelwein, E. (2015): Gleichstellungsindex Arbeitsmarkt. Wien: AMS Österreich.
- Böhnke, P., & Kohler, U. (2009): Well-Being and Inequality. In Immerfall, S. & Göran, T. (Hrsg.): Handbook of European Societies. Heidelberg/New York: Springer.
- Bruggemann, A. (1976): Zur empirischen Untersuchung verschiedener Formen von Arbeitszufriedenheit. Zeitschrift für Arbeitswissenschaft 30, 71–74.

Clark, A. (2008): Boon or Bane? Others' unemployment, well-being and job insecurity. München: CESifo WP2501.

Corneo, G., & Grüner, H.P. (2000): Social limits to redistribution. *American Economic Review* 5, 1491–1507.

Daly, M., & Delany, L. (2013): The scarring effect of unemployment throughout adulthood on psychological distress at age 50: Estimates controlling for early adulthood distress and childhood psychological factors. In *Social Science & Medicine*, Volume 80(3), 19–23.

Deaton, A. (2008): Income, Health and well-being around the world: Evidence from Gallup poll. *Journal of Economic Perspectives*, 22/2, 53–72.

Deci, E.L., & Ryan, R.M. (2008): Self-Determination Theory: A Macrotheory of Human Motivation, Development, and Health. *Canadian Psychology* 49,182–185.

Di Tella, R., MacCulloch, R.J., & Oswald, A.J. (2003): The macroeconomics of happiness. *Review of Economics and Statistics* 85/4, 809–27.

Diener, E. (1999): Subjective Well-being. Three decades of Progress. *Psychological Bulletin* 125/2, 276–303.

Drenth, P., Thierry, H., & De Wolff, C. (2001): Work Psychology. In Wolff, C., Drenth, P.J.D., & Thierry, H. (Hrsg.): *A Handbook Of Work And Organizational Psychology*. Psychology Press.

Dustmann, C., & Schönberg, U. (2009): Training and Union Wages. *Review of Economics and Statistics* 92(2), 363–376.

Easterlin, R. (1974): Does economic growth improve the human lot? David, P.A. (Hrsg.): *In Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramowitz*. New York: Academic Press.

Eichmann, H., & Saupe, B. (2014): Überblick über die Arbeitsbedingungen in Österreich. Sozialpolitische Studienreihe Bd.15, Wien: Sozialministerium.

Enquete Kommission (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Berlin: Deutscher Bundestag.

Eurofound (2012): Sustainable work and the ageing workforce. Report. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Eurofound (2014): Eurofound Jahrbuch 2014. Leben und Arbeiten in Europa. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Europäische Kommission (2001): Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0678:FIN:DE:PDF> (Zugriff am 17.11.2014).

Europäische Kommission (2001): KOM 678. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission (2016): Beschäftigung, Soziales und Integration. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=151&langId=de> (Zugriff am 23.11.2016).

Eurostat (o. J.): <http://ec.europa.eu/eurostat/web/lfs/data/database> (Zugriff am 17.09.2016).

FHS/IFES (2016). Lebensqualität in Österreich und Salzburg. Repräsentative Umfrage, Projektbericht.

Fietze, S. (2011): Arbeitszufriedenheit und Persönlichkeit. Wer schaffen will, muss fröhlich sein! Berlin: SOEPpapers.

Fischer, L., & Belschak, F. (2006): Objektive Arbeitszufriedenheit? In Fischer, L. (Hrsg.): *Arbeitszufriedenheit. Konzepte und empirische Befunde*. Göttingen, 80–110.

Flecker, J. (2015): Arbeit im Wandel - Arbeitszeit im Modernisierungsdruck.. <https://www.gruene.at/...arbeitszeitverkuerzung/vortrag-joerg-flecker-arbeitszeitenque> (Zugriff am 11.12.2016).

Frey, B., & Stutzer, A. (2002): What can economists learn from happiness research? *Journal of Economic Literature* 40, 402–435.

Gerold, S., & Nocker, M. (2015): Reduction of Working Time in Austria. A Mixed Methods Study Relating a New Work Time Policy to Employee Preferences. *WWWforEurope*, Working Paper Nr. 97. http://www.foreurope.eu/fileadmin/documents/pdf/Workingpapers/WWWforEurope_WPS_no097_MS225.pdf (Zugriff am 17.12.2016).

Größenberger, I., & Hofbauer, R. (2016): Arbeitszufriedenheit. In Steiner, R., & Hofbauer, R. (Hrsg.): *Salzburg 2025*. Salzburg: Fachhochschule Salzburg, 547–568.

Grözinger, G., Matiaske, W., & Tobsch, V. (2008): Arbeitszeitwünsche, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitpolitik. *WSI-Mitteilungen* 2, 92–99.

Guger, A., & Marterbauer, M. (2009): Umverteilung durch den Staat 11, 859–877.

Hadjar, A., Haunsberger, S., & Schubert, F. (2008): Bildung und subjektives Wohlbefinden im Zeitverlauf 1984–2002. Eine Mehrebenenanalyse. *Berliner Journal für Soziologie* 3, 370–400.

Helliwell, J.F. (2002): How's life? Combining individual and national variables to explain subjective well-being. NBER WP Nr. 9065. Cambridge, MA.

Hermann, C. (2009): Das Modell Österreich im Wandel. In Hermann, C. (Hrsg.): *Die Dynamik des österreichischen Modells*. Berlin: Sigma, 2009, 17–44.

Hofbauer, R. (2016): Einkommen. In Steiner, R., & Hofbauer, R. (Hrsg.): *Salzburg 2025*. Salzburg: Fachhochschule Salzburg, 417–490.

Hollereder, A., & Brand, H. (2006): *Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit*. Göttingen: Hofgrete Verlag.

Holman, D., & McClelland C. (2011): Job Quality in Growing and Declining Economic Sectors of the EU. Working paper.

Holtgrewe, U. (2013): Qualität der Arbeit in Europa: Vergleichen, aber was? *Trendreport* 2, 4–5.

Holtgrewe, U., Riesenbecker-Caba, T., & Flecker, J. (2015): *Industrie.4.0 – eine arbeitssoziologische Einschätzung*. Endbericht für die AK Wien. Wien.

Horn, G., von Treck, T., & Sturn, S. (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) Die Rolle der Ungleichheit. *IMK Report* 41.

Horvath, T., & Mahringer, H. (2014): *Strukturanalyse des Salzburger Arbeitsmarkts*. Studie im Auftrag der AK Salzburg. Wien.

Judge, T., Thoresen, C., Bono, J., & Patton, G. (2001): The job satisfaction-job performance relationship: A qualitative and quantitative review. *Psychological Bulletin* 127/3, 376–407.

Kirchler, E., & Hölzl E. (2005): *Kapitel Arbeitsgestaltung*. In Kirchler, E. (Hrsg.): *Arbeits- und Organisationspsychologie*. Wien.

Klimont, J., & Baldaszi, E. (2014): *Österreichische Gesundheitsbefragung 2014*. Wien: Statistik Austria.

Lance, C. (1991): Evaluation of a Structural Model Relating Job Satisfaction, Organisational Commitment, and Precursors to Voluntary Turnover. *Multivariate Behavioral Research* 26, 137–162.

Layard, R., Nicksell, S., & Mayraz, G. (2008): The marginal utility of income 92/8-9. *Journal of Public Economics* 92, 1846–1857.

Leoni, T. (2014): *Fehlzeitenreport 2015*. Wien: WIFO.

Liebig, S., & May, M. (2009): Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47, 3–8.

Loscocco, K., & Roschelle, A. (1991): Influences on the quality of work and nonwork life: Two decades in review. *Journal of Vocational Behavior* 39, 182–225.

Lucas, R.E., Clark, A.E., Georgellis, Y., & Diener, E. (2004): Unemployment alters the set-point for life satisfaction. *Psychological Science* 15, 8–13.

Lutz, H., & Mayrhuber, C. (2010): *Folgen der Einführung neuer Arbeitsformen für die Sozialversicherung*. Wien: WIFO.

Marrs, K. (2010) *Herrschaft und Kontrolle in der Arbeit*. In Böhle F., Voß, G., & Wachtler G. (Hrsg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, 331–358.

Metzger, E., Vermeylen, G., & Parent-Thirion, A. (2011): *Arbeits- und Beschäftigungsqualität im European Working Conditions Survey*. WISO 34/Sonderheft, 183–198.

Munoz des Bustillo, R. Fernández-Macías, E., Antón, J.-I., & Esteve, F. (2011): *Measuring more than Money*. The social economics of Job Quality. Elgar.

Otterbach, S. (2010): Mismatches Between Actual and Preferred Work Time: Empirical Evidence of Hours Constraints in 21 Countries. *Journal of Consumer Policy* 33/143, 143–161.

Poggi, A., & Villosio C. (2015): Subjective Well-Being at the workplace.“ In Holtgreve, U., Kirov, V., & Ramioul, M. (Hrsg.): *Hard Work in New Jobs*. New York: Palgrave Macmillan, 70–83.

Preinfalk, H. (2012): Grundsätzliche Gedanken zum österreichischen Arbeitsgesundheitsmonitor. *Der österreichische Arbeitsgesundheitsmonitor – Grundlagen, Ziele und Ergebnisse*, 4–11.

Raml, R. (o. J.): Eine theoretische Evaluierung des Arbeitsklima Index. *Schriftenreihe Österreichischer Arbeitsklima Index* 1, 18–30.

Raml, R. (2012): *Der österreichische Arbeitsgesundheitsmonitor – Grundlagen, Ziel und Ergebnisse*. *Schriftenreihe Österreichischer Arbeitsklima Index* 2, 12–s19.

Rydstedt, L., Devereux, J., & Sverke M. (2007): Comparing and combining the demand-control-support model and the effort reward imbalance model to predict long-term mental strain. *European Journal of Work and Organizational Psychology* 16, 261–278.

Sacks, D.W., Stevenson, B., & Wolfers, J. (2010): Subjective Well-being. Income, economic development and growth. NBER Working paper 16441, Washington D.C.

- Schappelwein, J., & Mühlberger, U. (2008): Beschäftigungsformen in Österreich: Rechtliche und quantitative Aspekte. WIFO-Monatsberichte 12.
- Schulz, W., & Pichler, F. (2005): Lebensqualität in Österreich – ein 20-Jahres-Vergleich. In Schulz, W., Haller, M., & Grausgruber, A. (Hrsg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität. Wien: VS Verlag, 75–114.
- Schwendinger, M. (2015): Arbeitszeiten in Österreich: Zwischen Wünschen und Realität. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 148, AK Wien.
- Senghaas-Knobloch, E. (2009): Wohin driftet die Arbeitswelt? – Entwicklungslinien und Gestaltungsaufgaben. Werkstattbericht: Zukunft:Lebensqualität zwischen Arbeit und Wirtschaft. Dokumentation der Konferenz vom 11. und 12. Mai 2009, Campus Urstein, 1, Puch Urstein: Zentrum für Zukunftsstudien Fachhochschule Salzburg.
- Sigrist, J. (2000): A Theory of Occupational Stress. In Dunham, J. (Hrsg.) Stress in the Workplace. London: Whurr Publishers, 63–662.
- Statistik Austria (2013): Bildung in Zahlen. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria. (2014): Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2013. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2015): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2016): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Wien: Statistik Austria.
- Stevenson, B., & Wolfers, J. (2008): Economic Growth and Subjective Wellbeing: Resassessing the Easterlin Paradox. NBER Working Paper 14282, Massachusetts: National Bureau of Economic Research.
- Stiglitz, J.E., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.
- Sullivan, D., & Wachter, T. (2009): Job displacement and mortality: An analysis using administrative data. Quarterly Journal of Economics, 1265–1306.
- Tangian, A. (2007): Is work in Europe decent? Institut for Economic and Social Sciences.
- Till, M., Oismüller, A., Ponocny, I., & Eiffe, F. (2016): Facetten der Lebensqualität. Statistische Nachrichten 8, 576–589.
- Uhde, N. (2010): Soziale Sicherheit und Lebenszufriedenheit: Empirische Ergebnisse. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 11/4, 407–39.
- Van Saane, N., Sluiter, J.K., Verbeek, J.H., & Frings-Dresen, M. (2003): Reliability and validity of instruments measuring job satisfaction – a systematic review. Occupational Medicine 53, 191–200.
- Wanous, J.P., Reichers, A.E., & Hudy, M.J. (1997): Overall job satisfaction: how good are single-item measures? Journal of applied Psychology 82/2, 247–252.
- Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In Glatzer, W., & Zapf, W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt a. M./New York: Campus, 13–26.

Gesundheit und Lebensqualität

MARKUS PAUSCH

Einleitung

Umfragen zeigen regelmäßig, dass das Thema Gesundheit von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als eine der wichtigsten Schlüsseldimensionen eines guten Lebens erachtet wird (vgl. Bowling 2004). Dies scheint eine sowohl zeitliche als auch kulturelle Konstante zu sein. Gesundheit gilt also in der Regel als normativ wünschenswert und wichtig für eine hohe Lebensqualität. Dennoch liegt bis heute streng genommen keine allgemein verbindliche Definition des Begriffes vor. Ob jemand als gesund oder krank erachtet wird oder sich selbst so fühlt, ist kultur- und zeitabhängig (vgl. Schipperges 2003). Die Definitionshoheit über diese Frage ist meist eine soziale und politische Angelegenheit und bleibt somit nicht dem Individuum oder der Medizin vorbehalten (vgl. Foucault 2015). Gegenwärtig wird dem Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation (WHO) besondere Akzeptanz entgegengebracht. Sie definiert Gesundheit sehr umfassend als einen Zustand des vollkommenen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß als die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen (vgl. WHO). Vielmehr wird hier der Versuch deutlich, ein Gesamtkonzept von Lebensqualität basierend auf Gesundheitsindikatoren heranzuziehen. Die Breite der Definition und ihr Fokus auf einen Idealzustand sorgen in manchen Wissenschaftsdisziplinen jedoch für Kritik. Horn (2002) etwa plädiert statt einer „utopischen Idealdefinition“ für einen funktionalistischen Zugang und versteht unter Gesundheit die psychische und physische Funktionsfähigkeit eines Menschen. Dabei solle ein statistischer Normalzustand als Maßstab für die Bewertung von Gesundheit oder Krankheit angelegt werden. In der Lebensqualitätsforschung spielt neben objektiven Einschätzungen (also etwa Krankheitsdaten) die subjektive Bewertung der Gesundheit durch das Individuum eine wichtige Rolle (Veenhoven 2014). Für die vorliegende Studie werden daher objektive Gesundheitsdaten ebenso wie subjektive Wahrnehmungen des Gesundheitszustands und Angaben zu gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen berücksichtigt. In die objektiven Gesundheitsdaten fließen dabei neben medizinischen Daten auch solche zur Gesundheitsversorgung ein.

1 Stand der Forschung zu Gesundheit und Lebensqualität

Gesundheitsfragen werden in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen beforscht. Für die Lebensqualitätsforschung geht es in erster Linie um den Zusammenhang zwischen einem allgemeinen subjektiven Wohlbefinden und den gesundheitlichen Rahmenbedingungen. Da Gesundheit eines der wichtigsten politischen Aktionsfelder ist, gibt es dazu eine hohe Anzahl an Studien sowohl auf internationaler und europäischer als auch auf nationaler Ebene. Die regionale Erforschung hinkt demgegenüber etwas nach. Der letzte umfassende Gesundheitsbericht für das Bundesland Salzburg stammt aus dem Jahre 2007 (Czirkovits et al. 2008). Seither gab es für Salzburg keine ausführliche Studie mehr auf regionalem Niveau. Durch eine groß angelegte Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2014, die auch repräsentative Aussagen für Salzburg zulässt, ist die Datenlage jedoch relativ aktuell (vgl. Klimont und Baldaszti 2015). Mit den ergänzenden Fragen und Daten der repräsentativen Umfrage von FHS/IFES 2016 ist ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Gesundheit und allgemeiner Lebensqualität im Bundesland Salzburg möglich. Für Österreich gibt es einen aktuellen Bericht der OECD zum Stand der Gesundheit (vgl. OECD 2015).

2 Detailergebnisse objektive Indikatoren

Zu den objektiven Indikatoren im Bereich Gesundheit zählen direkte Daten zur Gesundheit wie die Fertilität und die Mortalität, die Lebenserwartung und die gesunde Lebenserwartung, das Auftreten von Erkrankungen sowie Daten zur Gesundheitsversorgung wie die Anzahl an Personen pro Arzt etc.

2.1 FERTILITÄT, MORTALITÄT, LEBENSERWARTUNG

Die Fertilitätsrate (Anzahl der Lebendgeborenen im Verhältnis zur Anzahl an Frauen im gebärfähigen Alter) liegt im Bundesland Salzburg im Langzeittrend wie in Gesamtösterreich deutlich unter dem Bestanderhaltungsniveau von 2,1, schwankt dabei aber geringfügig von Jahr zu Jahr. 2015 lag sie bei 1,55 Kindern pro Frau (Filipp 2016, 4 f.). In absoluten Zahlen wurden 5.494 Kinder von Salzburgerinnen geboren. Gegenüber dem Jahr 2010 (Fertilitätsrate 1,47) ist das eine Steigerung von ca. 7 %. Im Jahr 2015 sind 4.517 SalzburgerInnen verstorben, wodurch sich eine Geburtenbilanz bzw. ein natürliches Bevölkerungswachstum von 977 Personen ergibt (ebd. 2016). Die Lebenserwartung bei Geburt betrug für ein 2015 geborenes Kind 82,1 Jahre, für ein Mädchen 84,6 Jahre und für einen Buben 79,6 Jahre. Damit hat sich die Lebenserwartung bei Geburt seit 2010 um elf Monate erhöht. Frauen, die 2015 ihren 60. Geburtstag feierten, hatten zu diesem Zeitpunkt statistisch betrachtet noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von weiteren 26,3 Jahren, Männer von 22,8 Jahren (ebd. 2016). Im Österreichvergleich zeigt sich, dass Menschen aus Vorarlberg, Tirol und Salzburg im Schnitt eine höhere Lebenserwartung aufweisen als jene aus Ostösterreich (Statistik Austria 2016).

2.2 GESUNDE LEBENSERWARTUNG

Der Indikator „Gesunde Lebenserwartung“ (Lebenserwartung in Gesundheit) weist aus, ob eine steigende Lebenserwartung auch mit einem Anstieg an gesunden Lebensjahren einhergeht oder ob es vielmehr zu einem Anstieg kranker Lebensjahre und damit höherer Morbidität¹ kommt. Aus Messungen der EU (EU-SILC)² lässt sich die Erwartung an „gesunden Lebensjahren“ bei Geburt im

Ländervergleich ablesen. Für Österreich lag dieser Wert im Jahr 2013 etwas über 60 Jahren (vgl. EHLEIS 2015). In Salzburg liegt dieser Wert überdurchschnittlich gut bei 64,98 Jahren. Nur in Vorarlberg kann man statistisch mit noch mehr gesunden Lebensjahren rechnen (67,97 Jahren) (Scheuringer 2016, 24). Noch deutlich bessere Aussichten bestehen in dieser Hinsicht in Malta, Island oder Norwegen. Österreichische Frauen im 65. Lebensjahr konnten 2013 im Durchschnitt davon ausgehen, noch 41 % ihres restlichen Lebens in guter Gesundheit zu verbringen. Männer, die insgesamt eine kürzere Lebenserwartung aufweisen, konnten damit rechnen, 49 % ihrer verbleibenden Lebenszeit gesund, also ohne körperliche Einschränkungen, zu leben. Über einen längeren Zeitraum betrachtet ist die Lebenserwartung in Gesundheit für beide Geschlechter deutlich angestiegen. Zwischen 1991 und 2014 stieg sie in Österreich bei Männern um 10,2 Jahre, bei Frauen um 9,7 Jahre (Klimont und Baldaszi 2015, 18).

2.3 TODESURSACHEN

Die häufigste Todesursache im Bundesland Salzburg sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen, an denen 2013 1.820 Personen insgesamt, davon 1.714 EinwohnerInnen des Bundeslandes (Eurostat 2016) starben. In der Berechnung der Statistik Austria werden hierzu seit 1970 altersstandardisierte Raten ausgewiesen, die einen besseren Vergleich zulassen. Hier zeigt sich, dass sich die Sterbefälle aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen seit 1970 deutlich verringert haben. Damals betrug die altersstandardisierte Rate für Salzburg 1.070,3, im Jahr 2015 nur mehr 363,1³. Im Österreichvergleich ist Salzburg das Bundesland mit der geringsten Anzahl an Todesfällen aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die zweithäufigste Todesursache sind bösartige Neubildungen, von denen im Jahr 2013 1.175 insgesamt in Salzburg auftraten und davon 1.093 für EinwohnerInnen des Bundeslandes tödlich endeten. Der Trend ist auch hier seit 1970 rückläufig (altersstandardisierter Wert 1970: 349,1; 2015: 213,7). Salzburg weist wiederum die geringste Häufigkeit im Österreichvergleich auf. Bei den Todesfällen aufgrund von Verletzungen und Vergiftungen liegt das Bundesland hingegen mit einer altersstandardisierten Rate von 61,8 im Jahr 2015 hinter Kärnten an zweiter Stelle. Langfristig zeigt sich aber auch hier ein Rückwärtstrend (1970: 155,5) (Eurostat 2016).

2.4 GESUNDHEITSVERSORGUNG DURCH KRANKENHÄUSER UND PFLEGEPERSONAL

Ende des Jahres 2014/Anfang 2015 gab es im Bundesland Salzburg 34 Krankenhäuser mit 5.056 Betten. Das waren 6,1 % mehr als im Jahr 2009. Ebenfalls um 6,1 % stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Belagstage auf insgesamt 1,35 Millionen. Der Personalstand in den Krankenhäusern wuchs zwischen 2009 und 2014 beim Pflegepersonal (Krankenpflegefachdienst, Pflegehilfe und Sanitätshilfsdienst) um 11,1 % (Filipp 2016, 18 f.). 2015 verzeichneten die Salzburger Krankenanstalten einen Personalstand von 4.197 Personen des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege, 1.002 Personen des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes und Fachdienstes sowie MasseurInnen und 906 Personen des Sanitätshilfsdienstes und der Pflegehilfe (ebd 2016).

2.5 KRANKENHAUSAUFENTHALTE

Die Krankenhausaufenthalte, gemessen durch den Indikator Spitalsentlassungen, beliefen sich 2014 auf 223.900, was einer Erhöhung gegenüber 2009 von 6,5 % entspricht. Ein durchschnittlicher Krankenhausaufenthalt dauerte 2014 ca. sechs Tage (ebd 2016).

2.6 GESUNDHEITSVERSORGUNG DURCH BERUFS AUSÜBENDE ÄRZTINNEN

Die Anzahl der berufsausübenden ÄrztInnen in Salzburg betrug Anfang 2015 insgesamt 3.213. Davon waren 955 ÄrztInnen für Allgemeinmedizin, 1.477 FachärztInnen sowie 328 berufsausübende ZahnärztInnen. Auf 1.000 EinwohnerInnen kommen somit in Salzburg sechs ÄrztInnen. Damit liegt Salzburg in allen Kategorien über dem österreichischen Durchschnitt. Nur in Wien und in Tirol ist die Gesamtdichte an ÄrztInnen höher (ebd. 2016, 19).

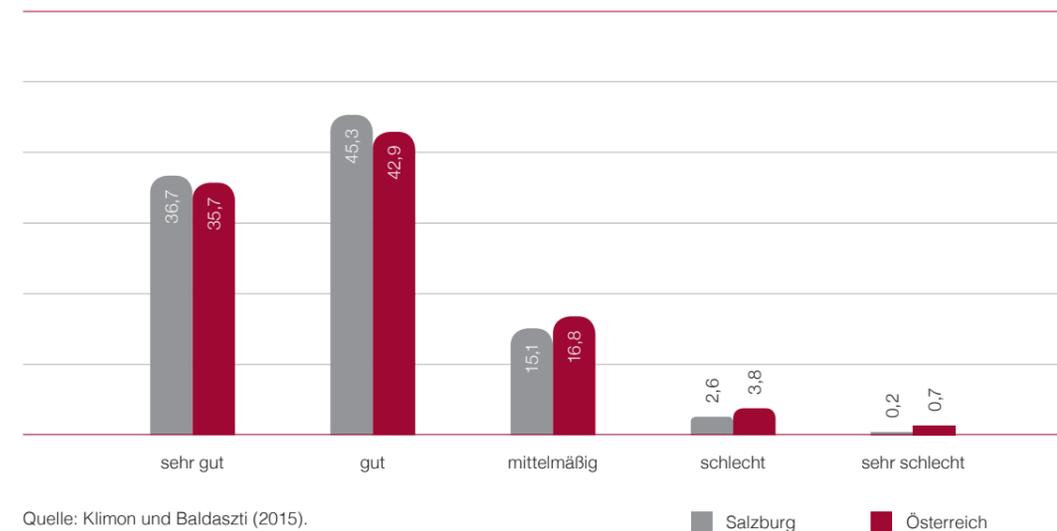
3 Detailergebnisse subjektive Indikatoren

Neben den objektiven statistischen Indikatoren zu Gesundheitsaspekten wurden in Österreich und Salzburg in letzter Zeit auch mehrfach Befragungen zur subjektiven Gesundheitssituation und -wahrnehmung durchgeführt. Die in der Folge dargestellten Daten stammen aus der Umfrage der FHS/IFES 2016 sowie aus der Gesundheitsbefragung 2014.

3.1 SUBJEKTIVER GESUNDHEITZUSTAND/SELBST WAHrgENOMMENE GESUNDHEIT

Ihren subjektive Gesundheitszustand bewerten laut FHS/IFES-Umfrage im Jahre 2016 28,3 % der SalzburgerInnen als sehr gut, 46,7 % als eher gut, 16,5 % als mittelmäßig, 6,1 % als schlecht und 2,5 % als sehr schlecht. Für Gesamtösterreich bekunden 30,1 % eine sehr gute Gesundheit, 45 % eine eher gute, 17 % eine mittelmäßige, 5,7 % eine schlechte und 2,3 % eine sehr schlechte Gesundheit. Damit liegt Salzburg ziemlich genau im Österreichschnitt. Im zeitlichen Vergleich zeigt sich allerdings, dass SalzburgerInnen tendenziell eher eine bessere subjektive Gesundheit angeben als der Rest Österreichs. In der Gesundheitsbefragung von 2014 schätzten etwa 36,7 % der SalzburgerInnen ihren Gesundheitszustand als sehr gut, 45,3 % als gut, 15,1 % als mittelmäßig, 2,6 % als schlecht und 0,2 % als sehr schlecht ein (Klimon und Baldaszi 2015).

Abbildung 1: Selbsteinschätzung der eigenen Gesundheit



Damit waren die SalzburgerInnen zufriedener mit ihrer Gesundheit als der/die durchschnittliche ÖsterreicherIn. Nur in Tirol und Vorarlberg war 2014 die selbst wahrgenommene Gesundheit noch besser als in Salzburg.

Wenig überraschend sind die großen Unterschiede in Hinblick auf verschiedene Altersgruppen⁴, die in der Gesundheitsbefragung von 2014 zutage treten. Die 15- bis 30-Jährigen weisen die beste subjektive Gesundheit auf. Mehr als die Hälfte schätzt sie als sehr gut ein, weitere 40 % als gut. Zwischen dem 45. und 60. Lebensjahr wird die Gesundheit nur mehr von ca. 30 % als sehr gut wahrgenommen, zwischen dem 60. und 75. Lebensjahr nur mehr von ca. 20 % und ab dem 75. Lebensjahr lediglich von 10,6 % der ÖsterreicherInnen. Hier verschiebt sich die Einschätzung zunehmend in Richtung mittelmäßig, ohne jedoch stark ins Negative abzurufen. Von den über 75-Jährigen schätzen ca. 40 % ihre Gesundheit als mittelmäßig ein, nur ca. 10 % als schlecht und 2,4 % als sehr schlecht. Frauen sahen ihren Gesundheitszustand etwas negativer als Männer. Im langfristigen Trend und unter Berücksichtigung der Altersstruktur verbesserte sich die subjektive Gesundheitswahrnehmung in Österreich in den letzten zehn Jahren, wodurch auch die Lebenserwartung in Gesundheit profitierte (vgl. Klimon und Baldaszi 2015, 73 f.).

3.2 CHRONISCHE ERKRANKUNGEN

Chronische Erkrankungen wurden in Salzburg 2014 von 33,5 % der Befragten angegeben, in ganz Österreich von 36 %. Dabei wurde eine Liste von 17 Erkrankungen vorgelegt, von denen chronische Kreuzschmerzen oder ein anderes chronisches Rückenleiden am häufigsten berichtet wurden. Allergien, Bluthochdruck, Nackenschmerzen oder sonstige Schmerzen an der Halswirbelsäule zählen zu den weiteren häufigen chronischen Erkrankungen. Arthrose, Depression, chronische Kopfschmerzen und Harninkontinenz treten bei Frauen häufiger auf als bei Männern. Tendenziell liegen die Werte für Salzburg bei den meisten Beschwerden leicht unter dem österreichischen Durchschnitt. Eine Ausnahme stellen asthmatische Beschwerden dar. Solche werden in Salzburg von 6 % (Prävalenz)

bzw. 5,7 % (mit ärztlicher Diagnose) angegeben. In Österreich berichten insgesamt 4,4 % (Prävalenz) und 3,8 % (mit Diagnose) davon (ebd. 2015, 78).

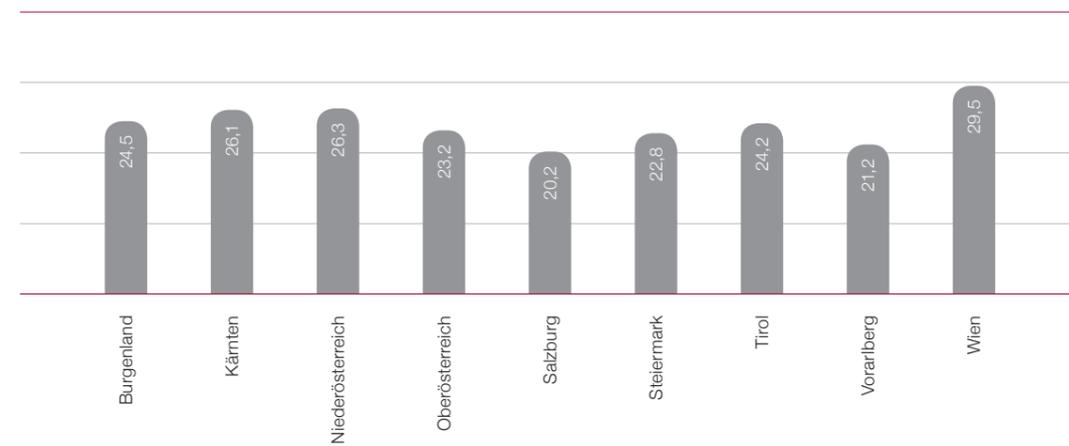
3.3 EINSCHRÄNKUNGEN IM ALLTAGSLEBEN

Starke Einschränkungen im Alltagsleben aufgrund von gesundheitlichen Problemen berichteten 6,7 % der SalzburgerInnen. Weitere 23,8 % betrachteten sich als etwas eingeschränkt und 69,5 % hatten keine Einschränkungen. Diese Werte sind geringfügig besser als die Durchschnittswerte für Österreich (7 % stark eingeschränkt). Auch hier zeigt sich wenig überraschend, dass die Einschränkungen im Alter steigen und ab dem 75. Lebensjahr deutlich zunehmen. Für ganz Österreich geben 23 % der über 75-Jährigen starke Einschränkungen an (ebd. 2015, 75).

3.4 KRANKENSTAND AUFGRUND VON CHRONISCHEN SCHMERZEN

Chronische Schmerzen wie Kreuz- oder Rückenschmerzen ziehen auch Krankenstände nach sich. 24,9 % gaben in ganz Österreich an, wegen chronischer Schmerzen in den letzten zwölf Monaten im Krankenstand gewesen zu sein. Im Bundesland Salzburg waren es 20,2 %. Die Dauer der Krankenstände liegt mit ca. 2,6 Tagen jedoch in einem sehr niedrigen Bereich (ebd. 2015, 80).

Abbildung 2: Krankenstand wegen chronischer Schmerzen⁵



Quelle: Klimon und Baldaszti (2015).

In Salzburg und Vorarlberg gaben am wenigsten Menschen an, wegen chronischer Schmerzen in den letzten zwölf Monaten im Krankenstand gewesen zu sein.

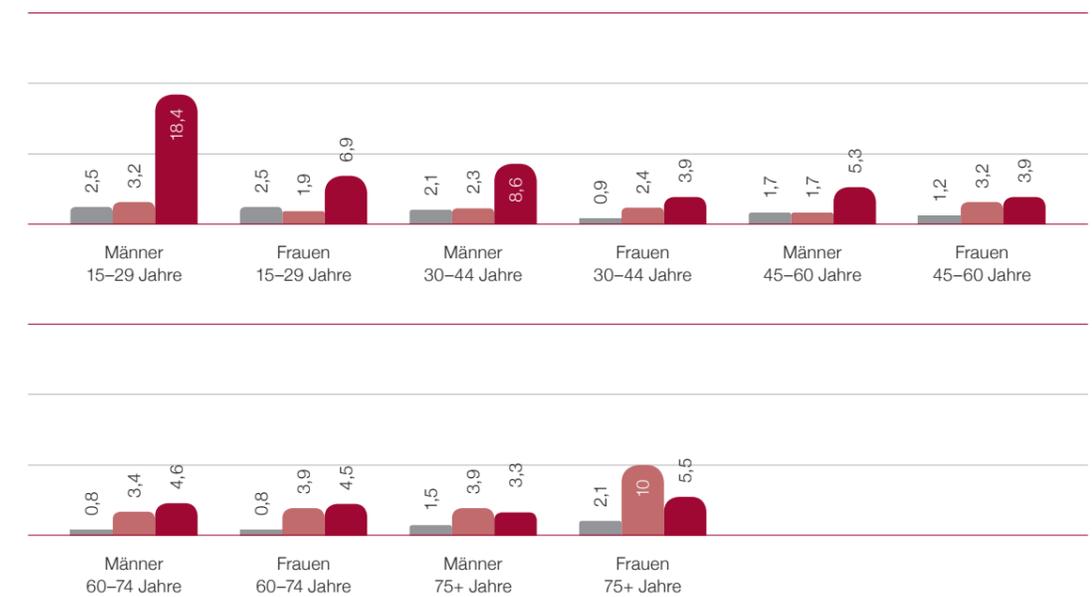
3.5 ABWESENHEIT VOM ARBEITSPLATZ AUFGRUND VON GESUNDHEITSPROBLEMEN

Insgesamt waren aufgrund von gesundheitlichen Problemen laut Gesundheitsbefragung 2014 in den vorherigen zwölf Monaten 44,8 % der SalzburgerInnen und 48,8 % aller Befragten vom Arbeitsplatz abwesend. Also liegt Salzburg auch hier klar unter dem österreichischen Gesamtdurchschnitt. Ein noch größerer Anteil, nämlich mehr als 55 % im Bundesland Salzburg, ging trotz gesundheitlicher Probleme zur Arbeit. Auf ganz Österreich bezogen traf dies vor allem auf Frauen zwischen dem 15. und dem 30. Lebensjahr zu (60 %).

3.6 UNFÄLLE

Neben den Gesundheits- und Krankheitsangaben wurde in der Gesundheitsbefragung 2014 auch erhoben, ob Unfälle mit Verletzung in den letzten zwölf Monaten passiert sind. Hier gaben 2 % der SalzburgerInnen an, einen Straßenverkehrsunfall gehabt zu haben. 2,9 % hatten einen Haushaltsunfall und 7,5 % einen Freizeitunfall. Letzteres traf auf Männer fast doppelt so oft zu als auf Frauen. Die 15- bis 30-jährigen Männer sind hier offenbar besonders gefährdet⁶.

Abbildung 3: Unfälle nach Altersgruppen



Quelle: Klimon und Baldaszti (2015).

■ Straßenverkehrsunfall ■ Haushaltsunfall ■ Freizeitunfall

18,4 % dieser Gruppe gaben an, in den letzten zwölf Monaten einen Freizeitunfall mit Verletzung erlitten zu haben. Frauen im Alter von 30 bis 60 Jahren sowie über 75-jährige Männer sind davon am wenigsten betroffen. Haushaltsunfälle nehmen bei Frauen ab dem 75. Lebensjahr deutlich zu (ebd. 2015, 82).

3.7 SCHMERZEN

Auf die Frage nach der Stärke der empfundenen Schmerzen in den vergangenen vier Wochen antworteten 50,3 % in Österreich, dass sie keine Schmerzen verspürt haben. Für Salzburg liegt der Wert etwas höher bei 54 %. Starke Schmerzen gaben in Salzburg 4,8 % (Österreich 6,4 %) und sehr starke Schmerzen 2,7 % an. Ähnlich wie bei den meisten anderen Gesundheitsaspekten liegt Salzburg hier im Bundesländervergleich in etwa mit Tirol und Vorarlberg gleichauf an der Spitze. Die Gruppe, die am wenigsten Schmerzen verspürt, ist jene der jungen Männer zwischen 15 und 30 Jahren, bei denen österreichweit 70,9 % keine Schmerzen angeben. Auch bei Frauen ist in dieser Altersgruppe die Schmerzhäufigkeit am geringsten, jedoch mit 62,2 % derer, die keine Schmerzen verspüren, deutlich schlechter als bei den Männern derselben Altersgruppe (ebd. 2015, 84).

3.8 NIEDERGESCHLAGENHEIT, SCHWERMUT, HOFFNUNGSLOSIGKEIT

In Hinblick auf die psychischen Gesundheitsaspekte und besonders als Indikator für subjektives Wohlbefinden ist die Frage nach Niedergeschlagenheit, Schwermut und Hoffnungslosigkeit interessant. 79,9 % der EinwohnerInnen des Bundeslands Salzburg gaben an, nie ein solches Gefühl in den letzten zwei Wochen verspürt zu haben. Die konkrete Fragestellung dazu lautete: „Wie oft fühlten Sie sich im Verlauf der letzten zwei Wochen durch folgende Beschwerden beeinträchtigt: Niedergeschlagenheit, Schwermut, Hoffnungslosigkeit?“. Für 16,7 % tauchte dieses Gefühl an manchen Tagen auf, für 1,8 % an mehr als der Hälfte der Tage und für 1,6 % an beinahe jedem Tag (ebd. 2015, 107). Die Werte für Österreich sind dahingehend ähnlich. Frauen über dem 75. Lebensjahr leiden am häufigsten an diesen Beschwerden. 22,7 % gaben in dieser Gruppe an, dass sie an manchen Tagen diese Gemütszustände verspüren.

3.9 SCHLAFSTÖRUNGEN

Mit Schlafstörungen sind 27 % der Menschen in Salzburg an manchen Tagen konfrontiert (Österreich: 26,7 %), 3,4 % (Österreich: 4,7 %) an mehr als der Hälfte aller Tage und 7,3 % (Österreich: 8,2 %) beinahe jedem Tag. Auch hier liegen Frauen über 75 Jahren am deutlichsten voran. Sie sind in ganz Österreich zu 14,7 % beinahe täglich mit Schwierigkeiten beim Ein- oder Durchschlafen oder übermäßigem Schlaf konfrontiert (ebd. 2015, 108).

3.10 SELBSTWERTGEFÜHL

Subjektives Wohlbefinden hängt neben vielen anderen gesundheitlichen Aspekten auch eng mit der eigenen Meinung über sich selbst zusammen. Eine schlechte Meinung von sich selbst oder das Gefühl,

versagt oder die Familie enttäuscht zu haben, gaben für die letzten zwei Wochen in der Gesundheitsbefragung von 2014 ca. 13 % in ganz Österreich und ebenso viele in Salzburg an, wobei davon 11 % nur an manchen Tagen betroffen sind. Frauen zwischen 15 und 45 Jahren leiden unter dieser Einschätzung am öftesten, nämlich zu ca. 20 %. Hier gibt es ein deutliches Gefälle zwischen Männern und Frauen. Männer und ältere Menschen über 60 Jahren kennen diese Beschwerden am wenigsten (ebd. 2015, 111). Die konkrete Frage lautete: „Wie oft fühlten Sie sich im Verlauf der letzten zwei Wochen durch folgende Beschwerden beeinträchtigt? Schlechte Meinung von sich selbst – oder das Gefühl, versagt oder die Familie enttäuscht zu haben“.

Abbildung 4: Selbstwertgefühl



3.11 MEDIKAMENTENKONSUM

Der Medikamentenkonsum wurde mit der Fragestellung „Haben Sie in den letzten beiden Wochen Medikamente eingenommen, die Ihnen von einem Arzt/einer Ärztin verschrieben wurden?“ bzw. „Haben Sie in den letzten beiden Wochen Medikamente, pflanzliche Heilmittel oder Vitamine eingenommen, die Ihnen nicht von einem Arzt/einer Ärztin verschrieben wurden?“. Die Einnahme verschriebener Medikamente gaben in Salzburg 46,4 % (Österreich gesamt: 49,2 %) an, die Einnahme nicht verschriebener Medikamente, Heilmittel oder Vitamine gaben 33,9 % (Österreich: 34,2 %) an. Frauen gaben häufiger die Einnahme von verschriebenen (54,5 %) und nicht verschriebenen Mitteln (40 %) als Männer an, und Ältere über 60 Jahren (verschriebene Mittel: 80,9 %) weisen hier wenig überraschend den höchsten Wert auf (ebd. 2015, 147).

3.11 UNGEDECKTER BEDARF AN GESUNDHEITSLAISTUNGEN

Bei 7,1 % der im Bundesland Salzburg lebenden Menschen hat sich in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung eine Untersuchung oder Behandlung verzögert, weil zu lange auf einen Termin gewartet werden musste (Österreich: 7,9 %). Dies trifft am öftesten auf Frauen zwischen 15 und 60 Jahren zu (10,4 %), weniger hingegen auf jüngere Männer (6,6 %) und ältere Personen (6,8 %) (ebd. 2015, 157).

3.12 UNGEDECKTER BEDARF AN GESUNDHEITSLAISTUNGEN AUS FINANZIELLEN GRÜNDEN

Aus finanziellen Gründen konnten 1,6 % im Bundesland Salzburg einen Bedarf an Gesundheitsleistungen in Hinblick auf medizinische Untersuchung nicht abdecken und 4,4 % in Hinblick auf zahnärztliche Untersuchung oder Behandlung. Auch hiervon sind Frauen zwischen 30 und 45 Jahren besonders betroffen (medizinische Untersuchung: 4,7 %, zahnärztliche Untersuchung oder Behandlung: 8,1 %). (ebd. 2015, 158).

3.13 BODY-MASS-INDEX (BMI) NACH WHO-DEFINITION

Aus der Gesundheitsbefragung von 2014 geht hervor, dass 32,6 % im Bundesland Salzburg Übergewicht aufweisen und 9,6 % Adipositas. Für Gesamtösterreich gilt Übergewicht für 32,4 % und Adipositas für 14,3 %. Hier liegt Salzburg also deutlich darunter und weist im Bundesländervergleich sogar die geringste Häufigkeit von Adipositas auf. Am stärksten betroffen sind Männer zwischen 60 und 75 Jahren, am wenigsten Frauen zwischen 15 und 45 Jahren (ebd. 2015, 160).

3.14 KÖRPERLICHE AKTIVITÄTEN WÄHREND DER ARBEIT

Die körperliche Aktivität ist nach vielen Lebensqualitätsdefinitionen entsprechend der Vita activa ein weiterer bedeutender Indikator für subjektives Wohlbefinden. Gleichwohl ist körperlich belastende Arbeit auf Dauer mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen verbunden. Erfragt wurde die körperliche Aktivität während der Arbeit. 38,7 % geben im Bundesland Salzburg an, dass sie während der Arbeit vorwiegend sitzen oder stehen bzw. leichte körperliche Anstrengungen verrichten (Österreich: 40,6 %). 43,2 % gaben an, dass sie vorwiegend gehen oder mäßig anstrengende körperliche Tätigkeiten verrichten (Österreich: 38,2 %), 7,9 % verrichten vorrangig schwere körperliche Arbeit (Österreich: 7,3 %) und der Rest führt keine arbeitsbezogenen Tätigkeiten aus. Männer bis 60 Jahren geben am öftesten körperlich belastende Tätigkeiten an (15,5 %), Frauen mit 2,3 % insgesamt deutlich seltener. Auffallend ist hier auch eine Diskrepanz zwischen österreichische StaatsbürgerInnen und AusländerInnen. Erstere geben zu 6,9 % belastende Tätigkeiten an, zweitere zu 10 %. Aufgrund der überdurchschnittlichen Beschäftigung von Menschen ausländischer Herkunft in der Baubranche und der Industrieproduktion sowie im Tourismus und der Pflege, sind diese Werte wenig überraschend (ebd. 2015, 161).

3.15 KÖRPERLICHE AKTIVITÄT ENTSPRECHEND WHO-EMPFEHLUNGEN

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt in Hinblick auf körperliche Aktivität, mindestens 150 Minuten pro Woche mäßig intensive Bewegung zu betreiben (Health Enhancing Physical Activity). 63,3 % der Menschen im Bundesland Salzburg geben an, dies zu tun. Damit liegt man deutlich über dem österreichischen Schnitt von 50,5 %. Auch in Hinblick auf Muskelaufbau an zumindest zwei Tagen pro Woche (muscle strengthening physical activity – MSPA) liegt Salzburg vor allen anderen Bundesländern mit 37 %, die diese Empfehlung erfüllen. In Hinblick auf das Alter sind junge Männer am aktivsten bis zum 30. Lebensjahr. Danach fällt der Anteil bis zum 60. Lebensjahr etwas zurück, um zwischen 60 und 64 Jahren wieder anzusteigen. Bei den Frauen fällt auf, dass die aktivste Gruppe die 60- bis 64-Jährigen sind. Am wenigsten Bewegung haben Frauen von 30 bis 45 Jahren (ebd. 2015, 165).

3.16 ERNÄHRUNGSGEWOHNHEITEN

In Hinblick auf Ernährungsgewohnheiten wurde erhoben, wie oft Obst und Gemüse, Fleisch- und Fischspeisen gegessen werden. 60,1 % gaben in Salzburg an, täglich Obst und 56,9 % täglich Gemüse oder Salat zu essen. Weitere 14 % bzw. 18,3 % tun dies vier bis sechs Mal pro Woche. Damit liegt Salzburg bei den Ernährungsgewohnheiten mit Tirol am weitesten vorne und deutlich über dem Österreichschnitt (56,2 % täglich Obst, 47,5 % täglich Gemüse oder Salat). Frauen und ältere Menschen essen deutlich öfter Obst und Gemüse als Männer und Jüngere. Das genaue Gegenteil ist in Hinblick auf Fleisch- und Wurstkonsum festzustellen. Die jüngeren Männer essen zu 56,7 % täglich Wurst oder Fleisch. Für ältere Frauen gilt dies am allerwenigsten, in Salzburg für insgesamt 24,9 %, in Gesamtösterreich für 28,5 %. Fisch wird insgesamt deutlich weniger konsumiert. Nur 0,3 % essen täglich Fisch in Salzburg (Österreich: 0,6 %). 57,1 % essen in Salzburg ein bis zwei Mal wöchentlich Fisch (Österreich: 56,1 %). Ältere Menschen tun dies öfter als jüngere (ebd. 2015, 168 f.).

3.17 AKTUELLER RAUCHERSTATUS

22,7 % der in Salzburg lebenden Menschen sind aktuell RaucherInnen (Österreich: 24,3 %), die täglich Nikotin konsumieren, weitere 5,6 % rauchen gelegentlich (Österreich: 5,7 %) und 23,1 % sind ehemalige RaucherInnen (Österreich: 24,4 %). Als echte NichtraucherInnen deklarieren sich 48,6 %. Männer zwischen 30 und 45 Jahren rauchen am meisten (33,2 % täglich), Frauen über 75 Jahren am wenigsten (2,4 % täglich). Das Durchschnittsalter bei Rauchbeginn liegt bei ca. 18 Jahren, die durchschnittliche Anzahl an täglichen Zigaretten bei 15,6 in ganz Österreich und bei 13,8 in Salzburg. Ca. 30 % in ganz Österreich und ca. 24 % in Salzburg sind von Passivrauchen betroffen (ebd. 2015, 172).

3.18 ALKOHOLKONSUM

In Salzburg konsumieren 6,5 % täglich Alkohol, 1,9 % an fünf bis sechs Tagen pro Woche, 9,2 % an drei bis vier Tagen pro Woche. Der größte Anteil konsumiert an ein bis zwei Tagen pro Woche Alkohol. In Salzburg sind dies 23,3 %, in Österreich insgesamt 21,4 %. Dabei gibt es ein großes Gefälle zwischen Männern und Frauen insgesamt und zwischen älteren und jüngeren Männern zusätzlich. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen steigt der tägliche Alkoholkonsum mit dem Alter an. Bei Frauen allerdings nur auf 5,8 % täglichem Alkoholkonsum bei über 75-Jährigen, bei Männern hingegen auf 23,5 % täglichem Alkoholkonsum bei über 75-Jährigen. Über der Maximalmenge für riskanten Alkoholkonsum sind österreichweit 4 %, in Salzburg 4,4 %. Einschränkend muss bei Fragen zu Alkoholkonsum jedoch hinzugefügt werden, dass hier sozial erwünschtes Antwortverhalten als verzerrendes Phänomen erwartbar ist und daher die Verlässlichkeit der Daten geringer ist als bei anderen Fragen. Tendenzen können jedoch jedenfalls aufgezeigt werden (ebd. 2015, 178 f.).

3.19 PFLEGELEISTUNG

Auf die Frage „Pflegen oder unterstützen Sie mindestens einmal pro Woche eine oder mehrere Personen, die an einem altersbedingten Problem, einer chronischen Krankheit oder einem Gebrechen leiden?“ antworteten 17 % in Salzburg mit Ja. Das ist etwas weniger als in den meisten anderen Bun-

desländern. Am allermeisten trifft dies auf Frauen zwischen 45 und 60 Jahren zu (28,8 %), am wenigsten auf jüngere Männer und Frauen zwischen 15 und 30 Jahren (ebd. 2015, 190).

3.20 SUBJEKTIVER GESUNDHEITZUSTAND DER EIGENEN KINDER

Erfragt wurde auch die Einschätzung der Eltern über den subjektiven Gesundheitszustand ihrer Kinder. 96,2 % geben diesen in Salzburg als sehr gut an (Österreich: 96,3 %). Ein leichtes Sinken ist mit zunehmendem Alter bekundet, d. h. Kinder im Alter von 14 bis 17 Jahren haben laut elterlicher Einschätzung einen leicht schlechteren Gesundheitszustand als jüngere Kinder, v. a. Mädchen zwischen 14 und 17, wobei die Gesamtzahlen auch in dieser Gruppe überwiegend von einem sehr guten oder guten Zustand zeugen. So schätzen immer noch 92,5 % der Eltern den Gesundheitszustand ihrer 14- bis 17-jährigen Töchter als sehr gut oder gut ein (ebd. 2015, 197).

3.21 IMPFUNGEN DER EIGENEN KINDER

In Hinblick auf Impfungen der eigenen Kinder geben in Österreich 91 % an, dass sie das kostenlose Impfangebot nutzen. In Salzburg tun dies nur 85,7 %. Damit ist der Anteil derer, die das kostenlose Impfangebot nicht nützen, in Salzburg von allen Bundesländern am höchsten. Mehr als 77 % derer, die das Angebot nicht nützen, geben an, dass sie Impfungen für überflüssig oder sogar schädlich halten. Der Rest hat keine Information über das Angebot oder musste die Impfungen wegen gesundheitlichen Gründen verschieben (ebd. 2015, 202).

4 Abschließende Betrachtungen

Lebensqualität ist eng mit Fragen der Gesundheit verbunden. Im Bundesland Salzburg ist sowohl die Gesundheitsversorgung als auch die Zufriedenheit mit dieser und mit der jeweils eigenen Gesundheit vergleichsweise hoch. Die SalzburgerInnen bewegen sich mehr und ernähren sich gesünder als der österreichische Durchschnitt. Im Vergleich der Bundesländer fällt allerdings auf, dass die SalzburgerInnen skeptisch gegenüber Impfungen eingestellt sind. Besonders auffällig ist neben diesen Unterschieden in Hinblick auf die Bundesländer die gruppenspezifische Problematik in manchen Gesundheitsbereichen. So lässt sich feststellen, dass Frauen gesünder und länger leben als Männer, jedoch wesentlich häufiger ein schlechteres Selbstwertgefühl und Depressionen haben. Die Unfallhäufigkeit ist bei jungen Männer im Freizeitbereich sehr hoch, während Frauen ab 75 Jahren vor allem von Haushaltsunfällen betroffen sind. In der Pflege von anderen Menschen sind Frauen deutlich stärker engagiert und auch belastet als Männer. Insgesamt zeigt sich, dass in Österreich traditionelle Rollenbilder nach wie vor einen großen Einfluss auf das Gesundheits-, Ernährungs- und Bewegungsverhalten haben. Probleme für Menschen mit geringerem Einkommen und schwächeren sozialen Netzwerken ergeben sich vorrangig im ungedeckten Bedarf aus finanziellen Gründen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass in vielen gesundheitsrelevanten Bereichen die besser Gebildeten und die höheren Einkommenschichten im Vorteil sind, und zwar beginnend bei der Lebenserwartung über das Gesundheits- und Bewegungsverhalten bis hin zum Alkoholkonsum, dem Raucherstatus und dem psychischen Wohlbefinden. Somit ist Gesundheit auch in Österreich und Salzburg nicht zuletzt eine Frage des sozialen Status.

Anmerkungen

- 1 Für die Errechnung der gesunden Lebenserwartung wird die sogenannte Sullivan-Methode (1971) herangezogen, bei der v. a. Umfragedaten zur Selbsteinschätzung mit der gesamten Lebenserwartung verglichen werden.
- 2 Vgl. Eurostat – Minimum European Health Module 2016.
- 3 Zur Berechnung der altersstandardisierten Rate siehe GBE (2016).
- 4 Detaillierte Daten zu Altersgruppen liegen hier zwar nur für Österreich vor, es ist aber davon auszugehen, dass diese auch für Salzburg zutreffen.
- 5 Die konkrete Frage lautete: Waren Sie wegen Ihrer chronischen Schmerzen in den letzten zwölf Monaten im Krankenstand?
- 6 Geschlechterspezifische Daten liegen allerdings nur für Gesamtösterreich vor, nicht nach Bundesländern. Es kann aber vermutet werden, dass Salzburg in dieser Frage dem gesamtösterreichischen Trend entspricht.

Literaturverzeichnis

- Bowling, A. (2004): *Measuring Health. A review of quality of life measurement scales*. Third Edition, Berkshire: Open University Press.
- Czirkovits, C., Hlava, A., & Winkler, P. (2008): *Salzburger Gesundheitsbericht 2007*. Im Auftrag des Amtes der Salzburger Landesregierung Abteilung 9 Gesundheitswesen und Landesanstalten, Salzburg.
- EHLEIS European Health and Life Expectancy Information System (2015): <http://www.eurohex.eu/IS/web/app.php/Ehleis/PopulationDeathBirth> (Zugriff am 20.12.2016).
- Eurostat (2016): *Causes of Death*, <http://ec.europa.eu/eurostat/web/health/causes-death/data/main-tables> (Zugriff am 20.12.2016).
- Eurostat (2016): *Minimum European Health Module*, [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Minimum_European_Health_Module_\(MEHM\)](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Minimum_European_Health_Module_(MEHM)) (Zugriff am 20.12.2016).
- Filipp, G. (Hrsg.) (2016): *Salzburger Zahlenspiegel 2016*. Interpretation, herausgegeben von der Landesamtsdirektion Salzburg, Salzburg.
- Foucault, M. (2015): *Die Macht der Psychiatrie. Vorlesungen am Collège de France 1973–1974*. Herausgegeben von Lagrange, J. Berlin: Suhrkamp.
- GBE Bund Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2016): http://www.gbe-bund.de/gbe10/abrechnung.prc_abr_test_logon?p_uid=gast&p_aid=0&p_knoten=FID&p_sprache=D&p_suchstring=10215 (Zugriff am 20.12.2016).
- Horn, C. (2002): *Krankheit*. In Höffe, O. (Hrsg.): *Lexikon der Ethik*, München, 6/2002, 142.
- Klimont, J., & Baldaszi, E. (2015): *Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation*, erstellt von Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Wien.
- OECD (2015): *Gesundheit auf einen Blick. Wo steht Österreich?*, <https://www.oecd.org/austria/Health-at-a-Glance-2015-Key-Findings-AUSTRIA-In-German.pdf> (Zugriff am 20.12.2016).
- Scheuringer, M. (2016): *Health Outcomes in Österreich. Soziale Sicherheit 1/2016*, 22–25.
- Schipperges, H. (Hrsg.) (2003): *Gesundheit und Gesellschaft. Ein historisch-kritisches Panorama*, Berlin/Heidelberg: Springer.
- Statistik Austria (2016): *Sterbetafeln*, http://www.statistik-austria.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/sterbetafeln/index.html (Zugriff am 20.12.2016).
- Statistik Austria (2016): *Todesursache*, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/gesundheits/todesursachen/todesursachen_im_ueberblick/index.html (Zugriff am 20.12.2016).
- Sullivan, D. (1971). *A Single Index of Mortality and Morbidity*. *HSMA Health Report* 86/4, 347–354.
- Veenhoven, R. (2014): *Individual Quality of Life*. In Michalos, A.C. (Hrsg.): *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*, Dordrecht: Springer, 3236–3237.
- WHO (2016): *Preamble to the Constitution of the World Health Organization as adopted by the International Health Conference, New York, 19–22 June, 1946; signed on 22 July 1946 by the representatives of 61 States (Official Records of the World Health Organization, no. 2, 100) and entered into force on 7 April 1948*.

Umwelt und Nachhaltigkeit

ERICH MILD



1 Umwelt/Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Der Begriff „Lebensqualität“ umfasst verschiedene Komponenten. Ein wichtiger Faktor dabei ist der Zustand der Umwelt, in die das Leben und Wirtschaften der Menschen eingebettet sind. Die längerfristige Erhaltung oder sogar Steigerung der Lebensqualität der Salzburger Bevölkerung ist stark von einer intakten Umwelt abhängig (Klima, Boden, Luft, Wasser). Die seit Beginn der Industrialisierung durch anthropogenen Einfluss auftretenden Belastungen der natürlichen Umwelt ließen intensive Diskussionen in den Themenfeldern Umweltschutz und Umweltpolitik entstehen. Die Notwendigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen für die Menschheit langfristig zu erhalten, führte zum Konzept der „Nachhaltigkeit“.¹ Dieses definiert die Herausforderung, den aktuellen Lebensstandard und die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen zumindest aufrechtzuerhalten oder sogar zu verbessern. Eine umfassende Beurteilung der Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität lässt sich deshalb erst durch die Einbeziehung der Umweltperspektive gewinnen.

Die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft auf eine Transformation der Lebensweise und der Art des Wirtschaftens in eine längerfristig zukunftsfähige Richtung erfolgen vor dem Hintergrund von Analysen, welche bei einer Fortsetzung bestehender Trends irreversible Schäden in vielen Bereichen erwarten lassen. Z. B. betont das „Konzept der planetarischen Leitplanken“ die Notwendigkeit, vor allem in den Bereichen Klimawandel, Ozeanversauerung, Verlust biologischer Vielfalt, Land- und Bodendegradation, Gefährdung durch langlebige anthropogene Schadstoffe und Verlust von Phosphor massiv und rasch gegenzusteuern.² So betonen Stiglitz et al.: „Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (...).“³

Von diesen weltweit angesprochenen Problembereichen sind für Österreich vor allem die Themenfelder Flächeninanspruchnahme, die Emission von Treibhausgasen (THG) und Luftschadstoffen sowie der Energieverbrauch und hier vor allem die Verbrennung fossiler Energien von Bedeutung. Aus diesem Grund wurden für den Bericht Indikatoren aus diesen Bereichen gewählt, um den Zusammenhang von Umwelt- und Lebensqualität darzustellen.

2 Stand der Forschung

Eine kurze Darstellung, in welchem übergeordneten Rahmen sich die Forschung in Salzburg bzw. in Österreich bewegt, ermöglicht eine bessere Einordnung der Ergebnisse.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit dem in Paris Ende 2015 von 195 Ländern verabschiedeten Klimaabkommen klar für die Begrenzung der Klimaerwärmung auf unter zwei Grad Celsius ausgesprochen. Durch die mit breiter Mehrheit am 25. Oktober 2016 im EU-Parlament erfolgte Ratifizierung des Abkommens konnte das Klimaabkommen Anfang November 2016 in Kraft treten (das dafür notwendige Quorum von mindestens 55 Vertragsparteien und 55 Prozent des weltweiten Ausstoßes an THG-Emissionen wurde damit überschritten). Auf EU-Ebene gibt es aktuell mit dem „Klima- und Energiepaket 2020“ das rechtlich verbindliche Ziel, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu reduzieren. Im gleichen Zeitraum sollen der Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Bruttoendenergieverbrauch auf 20 Prozent steigen sowie die Energieeffizienz im Vergleich mit einem „business as usual“-Szenario um 20 Prozent erhöht werden. Mit dem „Rahmen für eine Klima- und Energiepolitik 2030“ als Zwischenziel soll die EU bis 2050 in eine weitgehend CO₂-verbrauchsarme Gesellschaft und Wirtschaft transformiert werden.

Österreich hat sich als EU-Mitglied verpflichtet, im Sinne des EU-Effort-Sharing bis 2020 seine Emissionen von Treibhausgasen (außerhalb des Emissionshandels) um 16 Prozent gegenüber 2005 zu reduzieren. Im Jahr 2011 wurde dazu ein Klimaschutzgesetz verabschiedet.⁴ Dort sind auch Verfahren festgelegt, um für die einzelnen Bundesländer sektorale Höchstgrenzen für Emissionen festzulegen, Maßnahmen für die Einhaltung der Höchstmengen zu erarbeiten sowie auch Sanktionen für den Fall einer Zielverfehlung festzulegen.⁵

Salzburg ist im Rahmen der Lastenverteilung innerhalb der österreichischen Bundesländer gefordert, seinen Beitrag zur Erreichung der österreichischen Reduktionsziele zu leisten. Ein Blick auf die Historie der Energieeinsparungsziele und die aktuelle Situation zeigt, dass die Erfüllung dieses Beitrags alles andere als selbstverständlich ist.

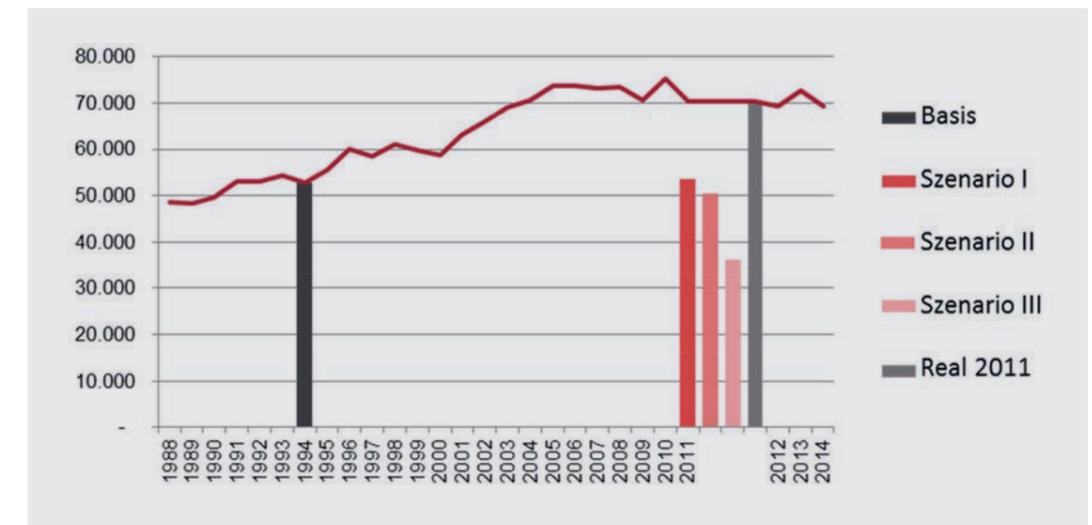
Die Umwelt- und Energiepolitik Salzburgs war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten durch stark steigende Energieverbräuche, welche vor allem durch fossile Energien abgedeckt wurden, geprägt, die die Erfordernisse des Wiederaufbaus und des stark steigenden Wirtschaftswachstums und Konsums befriedigten. In Folge der politisch bedingten Ölknappheiten der 1970er Jahre wurden erstmals

im Energieleitbild 1985 längerfristige Ziele (bis 1997) definiert, welche neben dem Paradigma der Sicherung der Energieversorgung auch bereits Einsparungsziele beinhalteten. Das darauf folgende Energieleitbild 1997 fügte den bekannten Motiven zur sparsamen Verwendung von Energie noch die Reduktion von Treibhausgasen hinzu, eine Folge der vor allem seit Anfang der 1990er Jahre intensiven Bemühungen zur Vermeidung von Klimaerwärmung. Damit gewann auch das Ziel des Ausbaus erneuerbarer Energieträger massiv an Bedeutung. Allerdings gelang es in den Zeiträumen beider Energieleitbilder nicht, die Wachstumsraten der wirtschaftlichen Entwicklung von der Energieverbrauchsentwicklung bzw. von der Zunahme der Treibhausgasemissionen zu entkoppeln. Die reale Entwicklung überrollte die formulierten Zielsetzungen in beiden Zeiträumen derart, dass z. B. der reale Energieverbrauch beide Male über den beiden Status-quo-Szenarien lag, also bei der Annahme, welcher Verbrauch zu erwarten wäre, falls keine Einsparungsmaßnahmen gesetzt würden.

Beim Energieleitbild 1985 wurde im Vergleich des Energieverbrauchs im Basisjahr 1981 von 43.678 Terajoule (TJ) bis zum Zieljahr 1996 in der Status-quo-Prognose (ohne Einsparungsmaßnahmen) eine Zunahme von 34 % auf 58.566 TJ erwartet. Real betrug der Energieverbrauch 60.126 TJ, das sind 2,7 % mehr. Die drei Einsparungsziele leicht (53.240 TJ), mittel (46.135 TJ) und stark (40.713 TJ) wurden um 12,9 %, 30,3 % und bzw. 47,7 % verfehlt.

Noch weiter wurden die Ziele beim Energieleitbild 1997 verfehlt. So wurde ausgehend vom Energieverbrauch des Jahres 1994 von 52.825 TJ eine Status-quo-Prognose für das Jahr 2011 in der Höhe von 60.470 TJ abgegeben. In der Realität betrug der Energieverbrauch 70.433 TJ, immerhin 16,5 % darüber. Die Ziele der drei Einsparungsszenarien wurden noch weit deutlicher verfehlt. Das Szenario I mit leichten Maßnahmen (53.440 TJ) um 31,8 %, das Szenario II mit mittleren Maßnahmen (50.330 TJ) um 39,9 % sowie das ambitionierte und nur mit mithilfe des Bundes für erreichbar gehaltene Szenario III (36.100 TJ) um 95,1 %.⁶ In Folge der Atomkatastrophe in der japanischen Stadt Fukushima im März 2011 kam das Thema der Reduktion von Energieverbräuchen und der Forcierung erneu-

Abbildung 1: Salzburger Energieverbrauch 1988–2014 im Vergleich mit den Szenarien des Energieleitbildes 1997 (energetischer Endverbrauch in TJ – Daten nach Energiebilanz 2014)



erbarer Energieträger verstärkt auf die politische Agenda. Resultat davon war die Ausarbeitung einer neuen klima- und energiepolitischen Leitlinie Salzburgs, welche am 17. November 2011 von der Salzburger Landesregierung beschlossen wurde. In der Folge wurde auf der Grundlage entwickelter Szenarien am 15. März 2012 unter dem Titel „Salzburg 2050: klimaneutral.energieautonom.nachhaltig“ der neue, langfristige Zielpfad für Salzburgs Energie- und Klimaschutzpolitik präsentiert. Das Endziel für 2050 ist eine klimaneutrale und energieautonome Energieversorgung, zu 100 % gedeckt aus erneuerbaren Energieträgern. Auf diesem Wege sind Teilziele in Zehn-Jahres-Schritten formuliert. Bis 2020 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 2005 um 30 % reduziert werden, bis 2030 um 50 %, bis 2040 um 75 % und bis 2050 um 100 %. Der Anteil erneuerbarer Energieträger am gesamten Energieverbrauch soll bis 2020 auf 50 % gesteigert werden, bis 2030 auf 65 %, bis 2040 auf 80 % und bis 2050 auf 100 %. Unstrittig ist, dass diese Ziele nur in Verbindung mit einer deutlichen Reduktion des gesamten Energieverbrauchs erreicht werden können. Kernstück des Masterplans ist die Festlegung quantifizierter Ziele für Einsparungen von Energie und Treibhausgasemissionen (Anteil 54 %) und für den Ausbau erneuerbarer Energien (Anteil 46 %).

Einsparungsziele Energieverbrauch und THG-Emissionen

Um die Ziele für 2020 zu erreichen, ist es laut vom Land Salzburg in Auftrag gegebener Berechnungen notwendig, den im Vergleich zu 2012 bis 2020 ohne Maßnahmen um ca. 3.000 TJ steigenden energetischen Endverbrauch (EE)⁷ um ca. 6.000 TJ zu reduzieren. In Summe also im Vergleich zum Verbrauch 2012 um ca. 3.000 TJ. Als erster Schritt wurden primäre Aktionsfelder definiert, welche jene Maßnahmen umfassen, die vom Land Salzburg sofort (also im Jahr 2012) auf den Weg gebracht werden sollten, um möglichst schnell wirksam zu werden. Diese Aktionsfelder sind die Forcierung des öffentlichen Verkehrs sowie des Radverkehrs, der Austausch alter Ölkessel, Einsparungen bei Landesgebäuden und im großvolumigen Wohnbau und Geothermie. Damit sollten 122 Kilotonnen CO₂-Äquivalent eingespart werden. Eine grobe erste Einschätzung aufgrund veröffentlichter Informationen und nach Vorliegen von Daten der Salzburger Energiebilanz für die Jahre 2012 bis 2014, also nach einem Drittel der verbleibenden Zeit bis zum ersten Etappenziel 2020, ergibt, dass wohl in einigen Teilbereichen Fortschritte zu verzeichnen sein werden, eine Einhaltung des Zielpfades jedoch nicht wahrscheinlich ist.⁸

Ausbauziele bei erneuerbaren Energien

Gleichzeitig ist zur Zielerreichung notwendig, die Produktion erneuerbarer Energien um ca. 5.000 TJ zu erhöhen. Das Land Salzburg kann diesen Ausbau nicht direkt, sondern nur mittelbar durch rechtliche Rahmenbedingungen, Förderungen und strategische Partnerschaften beeinflussen. Dabei wurden Potentiale in folgenden Bereichen identifiziert: Wasserkraft (1.742 TJ), Pellets (881 TJ), Geothermie (752 TJ), Photovoltaik (378 TJ), Solarwärme (172 TJ), Wärmepumpe (504 TJ), Windkraft (396 TJ), Bio-/Klärgas (187 TJ). Von folgenden primären Aktionsfeldern wurde 2012 vom Land Salzburg eine rasche Umsetzung erwartet: Geothermie (752 TJ), Wasserkraft (410 TJ) sowie Photovoltaik und Solarthermie (148 TJ), gesamt also ein Ausbau um 1.310 TJ. Allerdings wurde das Geothermieprojekt der Salzburg AG im April 2016 wegen technischer Komplexität und Unwirtschaftlichkeit gestoppt. Für das beim Energieträger Windkraft in der Analyse angeführte Potential von 396 TJ (entspricht 20 Anlagen mit wurde in den primären Aktionsfeldern vorsichtshalber erst gar kein konkreter Wert mehr eingetragen. Tatsächlich ist es unwahrscheinlich, dass in Salzburg in absehbarer Zeit Windräder einen Beitrag zur erneuerbaren Energieversorgung leisten werden. Ebenso sind raschere Fortschritte sowohl bei der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs als auch beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs unrealistisch, zu groß sind die Interessensgegensätze zwischen den Hauptakteuren Land, Stadt Salzburg und Umlandgemeinden.

3 Methoden und Ergebnisse im Überblick

Die Recherchen galten der Sammlung regional verfügbarer Informationen für die Bereiche Ressourcen, Klimawandel/Emissionen, Energie sowie Verkehr/Mobilität auf quantifizierter und im Zeitverlauf bewertbarer Basis. Die Zusammenstellung des Materials erfolgte indikatorbasiert. Es wurden Indikatoren gewählt, welche geeignet sind, die Erreichbarkeit von Teilzielen der EU-28 sowie davon abgeleitete nationale und regionale Ziele zu Energie und Klimawandel in Österreich und Salzburg zu bewerten. Ausgangsbasis war das Indikatorenset der Studie „Wie geht's Österreich?“ von Statistik Austria, welche jährlich aktualisiert wird.⁹ Wichtige Quellen lieferten Statistik Austria sowie das Umweltbundesamt. Zur Abrundung des Gesamteindrucks wurde jedoch eine Reihe von weiteren Datenquellen ausgewertet.

Der Abschnitt „Detailergebnisse objektive Indikatoren“ beginnt mit Daten zum Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche, welche biologisch bewirtschaftet wird. Hier ist Salzburg im Bundesländervergleich an der Spitze, aber nicht nur in Österreich, sondern mit einem Anteil von ca. 50 % sogar unter allen Regionen Europas. Ein wichtiger Indikator bezüglich des Verbrauchs von Böden ist die Flächeninanspruchnahme. Hier gibt es zwischen den Bundesländern topografisch große Unterschiede, die Flächeninanspruchnahme hat jedoch in Salzburg im Zeitraum 2006 bis 2015 prozentuell weniger stark zugenommen als in den benachbarten, auch teilweise alpinen Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Kärnten.

Bei den Treibhausgasemissionen liegt Salzburg pro Kopf der Bevölkerung unter dem Durchschnitt Österreichs, was in der wirtschaftlichen Struktur begründet ist. Als Transitland ist die Bedeutung des Verkehrs größer als in anderen Bundesländern, wobei in der Analyse die Bedeutung des Kraftstoffexports eine Rolle spielt, welche mitgedacht werden muss. Dieser große Anteil des Verkehrs spielt auch bei der Emission von Luftschadstoffen eine Rolle, hier werden Daten zum Anteil des PM10-Feinstaubes herangezogen.

Was die Energieverbräuche betrifft, so hat sich das Land Salzburg in den letzten Jahrzehnten mehrfach ambitionierte Einsparungsziele gesetzt, welche weit verfehlt wurden. Der Beobachtungszeitraum für eine Beurteilung der aktuell gültigen Ziele für die erste Etappe bis 2020 im Rahmen der Energie- und Klimastrategie „Salzburg 2050“ ist mit den Jahren 2013 und 2014 noch zu kurz, um aussagekräftige Schlüsse zu ziehen. Jedoch gibt es bereits erste Rückschlüsse bei Projekten, welche fix

für die Erreichung des Etappenziels eingeplant waren (z. B. Geothermieprojekt der Salzburg AG). Der Anteil der erneuerbaren Energie in Salzburg ist – besonders durch den hohen Anteil der Wasserkraft – überdurchschnittlich hoch. Zur Erreichung des Etappenziels in der Höhe von 50 % am gesamten Energieverbrauch bis 2020 ist es jedoch auf jeden Fall notwendig, in der bisher stark unterentwickelten Sparte der Photovoltaik aufzuholen, da in anderen Bereichen die Ausbaureserven entweder schon zum Großteil genutzt sind (Wasserkraft und Biomasse) bzw. durch vielfältige Widerstände und Barrieren wahrscheinlich nicht genutzt werden können (Windkraft).

Der Energieverbrauch des Verkehrs spielt in Salzburg eine große Rolle. Im Zeitraum von 1990 bis 2014 wurden hier die höchsten Zuwachsraten verzeichnet, wobei es in den letzten zehn Jahren eine Stagnation des Verbrauchs gab. Im Verkehrsbereich sind besonders langfristige Anstrengungen vonnöten, um Verringerungen des Energieverbrauchs zu erzielen. Hier sind besonders im Bereich der Raumplanung und bei der Forcierung des öffentlichen Verkehrs in den letzten Jahrzehnten große Versäumnisse geschehen, welche Entwicklungspfade in Richtung motorisierten Individualverkehrs gelegt haben, die nur sehr schwer und auch nur langfristig beeinflussbar sind.

Im Abschnitt der „Detailergebnisse subjektive Indikatoren“ sind Umfragen zu zwei Themenbereichen enthalten. Die subjektive Umweltbelastung bezüglich Schadstoffen und Lärmbelastigung ergibt für Salzburg positive Werte, diese Belastungen werden im Vergleich zum österreichweiten Durchschnitt deutlich geringer eingeschätzt. Diese Einschätzung, dass Salzburg bezüglich der Umweltqualität überdurchschnittlich positiv gesehen wird, bestätigt sich im zweiten Indikator, der direkt nach diesem subjektiven Empfinden fragt.

4 Detailergebnisse objektive Indikatoren

4.1 FLÄCHEN MIT BIOLOGISCHER BEWIRTSCHAFTUNG ODER NATURSCHUTZMASSNAHMEN (LT. ÖPUL)

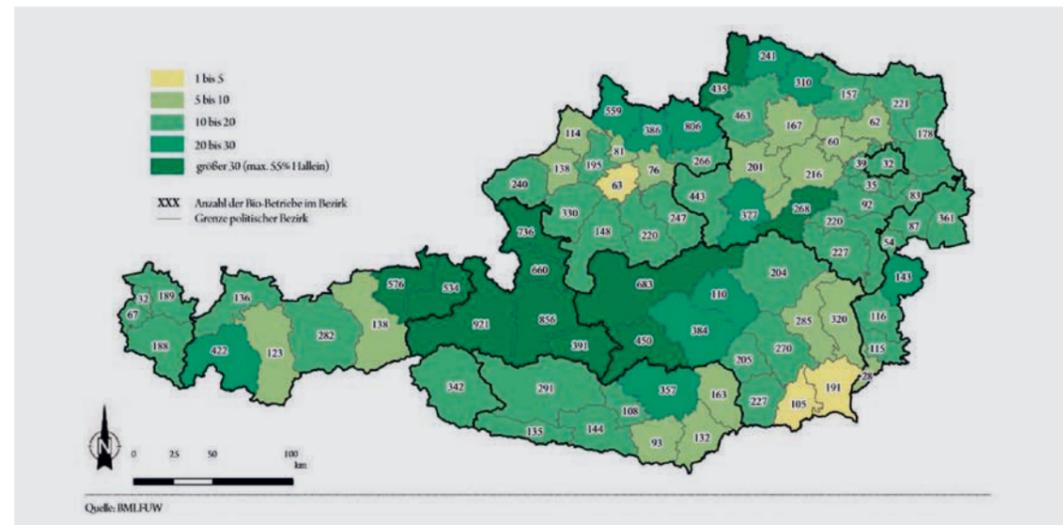
„2014 gab es in Österreich 20.887 biologisch wirtschaftende Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 526.000 ha (inkl. Almen). In der INVEKOS-Datenbank¹⁰ waren 20.750 Bio-Betriebe mit einer Fläche von 524.000 ha erfasst. Der Anteil der geförderten Bio-Betriebe an allen INVEKOS Betrieben stieg weiter auf nunmehr rd. 17,1 % an, die rund 20,0 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen bewirtschafteten.“¹¹

Der letzte Grüne Bericht für Salzburg stammt aus 2010 bis 2012. Aktuelle Daten belegen jedoch die Spitzenstellung Salzburgs bei der Anzahl der biologisch wirtschaftenden Betriebe. Auch bei der biologisch bewirtschafteten Fläche liegt Salzburg in absoluten Zahlen im Spitzenfeld, in relativen Prozentpunkten mit Abstand an der Spitze. Da es in den Jahren 2010 bis 2014 nicht möglich war, in die Förderung „Biologische Wirtschaftsweise“ neu in das ÖPUL Bio-Förderprogramm einzusteigen, kam es österreichweit zu einem weitgehenden Stillstand der Neuanmeldungen. Dieser Stopp wurde 2015 aufgehoben und somit ist, basierend auf den im Herbst 2015 vorliegenden Anträgen, im Jahr 2016 mit einem Zuwachs von ca. 1.500 biologisch wirtschaftenden Betrieben österreichweit zu rechnen. BIO AUSTRIA Salzburg rechnet für Salzburg mit einem Zuwachs von ca. 100 bis 150 Betrieben. Trotz des Förderstopps kam es österreichweit 2014 zu einem leichten Zuwachs von 16,7 % auf 16,9 % an Biobetrieben. In Salzburg lautet diese Zahl 43,3 % Biobetriebe für 2014, welche ca. 50 % der landwirtschaftlich genutzten Landesfläche bewirtschafteten.¹²

Diese Spitzenstellung des biologischen Landbaus in Salzburg hat historische Gründe und ist auf das Zusammentreffen mehrerer begünstigender Faktoren und deren Nutzung in einem „policy window“ zurückzuführen. In der ersten Hälfte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde in Österreich (Landwirtschaftsminister Fischler) und in Salzburg durch wohlgesonnene Landespolitiker eine Bioförderung eingeführt. Der Druck auf eine Qualitätsanhebung durch den bevorstehenden EU-Beitritt wirkte verstärkend. Das große Engagement und hohes Fachwissen verantwortlicher Personen in der Salzburger Interessensvertretung waren zusätzlich ein treibender Faktor. Wichtig war auch die Zusammenarbeit mit einem großen Lebensmittelkonzern, welcher kurzfristig große Mengen an Biomilch

benötigte. Der Anstieg der Biobetriebe verlief besonders in den Jahren 1991 bis 1996 stürmisch und erreichte 2009 einen Höhepunkt. Salzburg ist heute als Region im Biolandbau europaweit an der Spitze, gefolgt vom Schweizer Kanton Graubünden.¹³ Salzburg ist das einzige Bundesland Österreichs, in dem flächendeckend, in allen Bezirken, der Anteil an biologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben größer als 30 % ist. Österreichweiter Spitzenreiter ist der Salzburger Bezirk Tennengau mit 55 %.

Abbildung 2: Anteil der geförderten Bio-Betriebe in allen INVEKOS-Betrieben (Haupt- und Teilbetriebe) 2014 (20.750 Bio-Betriebe; 17,1 % Anteil an allen Betrieben (121.670), in Prozent)



Quelle: Grüner Bericht (2015, 55).

4.2 FLÄCHENINANSPRUCHNAHME INSGESAMT

Der Boden ist für die Gesellschaft als wichtiger Kohlenstoff- und Wasserspeicher, als Genreservoir, als Filter für Schadstoffe, als Lieferant sauberen Trinkwassers und als Grundlage für die Produktion von Lebens- und Futtermitteln sowie von Biomasse von entscheidender Bedeutung. Die in den letzten Jahrzehnten übermäßig hohe Nutzung und Versiegelung von Böden für Siedlungs- und Verkehrsflächen muss deshalb in den kommenden Jahren in eine nachhaltige Bodennutzung transformiert werden. Auf Ebene der EU beabsichtigt die Europäische Bodenschutzstrategie (KOM(2006) 231) diesen Schutz des Bodens. Ziel ist, die Flächeninanspruchnahme bis zum Jahr 2050 schrittweise zu reduzieren, dass bis dahin kein zusätzliches Land mehr verbraucht wird.¹⁴ Der Verbrauch von Boden und die Versiegelung von Böden befinden sich in Österreich noch immer auf sehr hohem Niveau. Kurzfristige Vorteile für die Bauwirtschaft haben langfristig negative Folgen auf die Erhaltung von wichtigen Lebensräumen, Landschaften werden zerschnitten und Zersiedelung erfordert hohe Investitionen in die Infrastruktur. „Die tägliche Flächeninanspruchnahme in Österreich beträgt im Durchschnitt der Drei-Jahres-Periode 2012 bis 2014 19,1 ha/Tag und liegt damit noch immer deutlich über dem Reduktionsziel der Nachhaltigkeitsstrategie von 2,5 ha/Tag. Der tägliche Verbrauch im Jahr 2014 für Bau- und Verkehrsflächen lag bei 7,4 ha/Tag für Betriebs-, Erholungs- und Abbaufächen bei 10,5

ha/Tag.“¹⁵ Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes kommt zum Ergebnis, dass die durchschnittliche Flächeninanspruchnahme für die Jahre 2013 bis 2015 mit 16,1 ha/Tag etwas geringer als in den Vorjahren ausgefallen ist.¹⁶ Laut Umweltbundesamt zählen Bodenverbrauch und Bodenversiegelung zu den großen umweltpolitischen Herausforderungen, da nahezu alle privaten und wirtschaftlichen Aktivitäten befestigte Flächen benötigen (Straßen, Infrastruktur, Gebäude). Europaweit sind Wirtschaftswachstum und Flächeninanspruchnahme eng gekoppelt. Das ist aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen ein Problem: Die Eigenversorgung mit Lebensmitteln wird immer schwerer, die hohen Kosten für die Erhaltung der Infrastruktur belasten die öffentliche Hand, vorwiegend die Gemeindebudgets. In Stichworten sind folgende negative ökologische und ökonomische Effekte durch die Versiegelung der Böden zu beobachten: Verlust biologischer Funktionen, Verlust an Produktivität, Verlust an biologischer Vielfalt, erhöhtes Hochwasserrisiko, Verlust der Staubbinding, Hitzeeffekte vor allem im urbanen Raum.¹⁷

Flächeninanspruchnahme in Österreich 2015 im Bundesländervergleich

Für das Jahr 2015 werden vom Umweltbundesamt folgende Daten ausgewiesen¹⁸: Die Landesfläche Salzburgs beträgt 7.155 km², davon sind 1.433 km² Dauersiedlungsraum, das sind 20 %. Die Landesfläche Österreichs beträgt 83.882 km², davon sind 31.265 km² Dauersiedlungsraum, das sind 37,3 %. Prozentuell beträgt die Flächeninanspruchnahme bezogen auf den Dauersiedlungsraum in Salzburg 21,0 %, in Österreich 17,8 %. Das bedeutet, dass in Salzburg für den Dauersiedlungsraum vor allem durch den hohen Anteil der Alpen, nur ein Fünftel der Landesfläche zur Verfügung stehen, im österreichischen Durchschnitt ist es mehr als ein Drittel. Von diesem Dauersiedlungsraum sind in Salzburg bereits 21,0 % Flächen für menschliche Nutzung in Anspruch genommen worden, im österreichischen Schnitt sind es 17,8 % Interessant ist eine Aufstellung dieser Daten für den Zeitraum 2006 bis 2015. Hier zeigt sich, dass im Zeitraum von nur neun Jahren die Flächeninanspruchnahme in Salzburg um 3,6 % von 17,4 % auf 21,0 % gestiegen ist. Der österreichische Durchschnittswert hat sich um 3,3 % von 14,5 % auf 17,8 % gesteigert. Mit Salzburg am ehesten bezüglich Landesfläche und Gebirgsanteil (Kärnten, Tirol) bzw. Prozentanteil der Dauersiedlungsfläche an der Landesfläche (Vorarlberg) vergleichbare Bundesländer zeigen jedoch noch stärkere Belastungssteigerungen. So stieg die Flächeninanspruchnahme in Kärnten von 2006 bis 2015 um 23,3 %, in Tirol um 22,0 % und in Vorarlberg sogar um 35,2 %. Der Gesamtversiegelungsgrad ist im Jahr 2015 jedoch in Salzburg mit 43,8 % besonders hoch und liegt auch höher als in Kärnten (39,2 %), Tirol (42,6 %) und Vorarlberg (40,4 %).

Tabelle 1: Flächeninanspruchnahme und Gesamtversiegelungsgrad 2006–2015

Bundesland	Fläche in km ²	Prozent DSR an Landesfläche	Flächeninanspruchnahme in % des Dauersiedlungsraums				Steigerung FI des DSR 2006–2015	Gesamtversiegelungsgrad 2015
			2006	2009	2012	2015		
Kärnten	9.537	24,2	17,3	19,0	19,7	21,4	23,3 %	39,2 %
Salzburg	7.155	20,0	17,4	19,6	20,3	21,0	20,6 %	43,8 %
Tirol	12.649	11,9	20,6	22,9	24,1	25,1	22,0 %	42,6 %
Vorarlberg	2.602	22,6	21,0	23,6	26,8	28,6	35,2 %	40,4 %
Österreich	83.882	37,3	14,5	16,3	17,1	17,8	21,6 %	41,4 %

Quelle: Eigene Darstellung von Daten aus: http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme.

4.3 TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Vom Menschen verursachte Emissionen von Treibhausgasen (vorwiegend Kohlendioxid – CO₂, aber auch Methan – CH₄ und andere Gase) bewirken nach Auffassung fast aller Klimaexpertinnen und -experten eine globale Klimaerwärmung. Österreich ist einerseits durch die große Bedeutung klimaschädlicher Wirtschaftssektoren (wie z. B. Tourismus) und andererseits durch die geografische Lage besonders von der Klimaerwärmung betroffen (doppelt so hoher Temperaturanstieg im Vergleich zur vorindustriellen Zeit wie im Weltdurchschnitt).¹⁹

Im Klima- und Energiepakt der EU haben sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Emission von THG bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 um 20 % zu reduzieren. Für Quellen außerhalb des Emissionshandelssektors muss Österreich im Rahmen des „Effort Sharing“ die Emissionen bis 2020 um 16 % gegenüber dem Basisjahr 2005 reduzieren. Für das Zieljahr ist ein Zielwert von 48,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent vorgesehen. Außerdem ist im Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020 ein linearer Reduktionspfad einzuhalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat Österreich 2010 die Österreichische Energiestrategie erarbeitet und 2011 das Klimaschutzgesetz (KSG; BGBl. I Nr. 106/2011) verabschiedet, dem in einer Novelle 2013 sektorale Ziele hinzugefügt wurden, welche in Summe den für Österreich verpflichtenden Zielpfad ergeben. Um österreichweit die Sektorziele zu erreichen, wurden bisher zwei Maßnahmenprogramme beschlossen, für 2013 bis 2014 sowie für 2015 bis 2018. Von den im zweiten Programm beschlossenen Maßnahmen wird gegenüber dem Basisszenario (Emissionsniveau von 51 Mio. Tonnen „mit bestehenden Maßnahmen“ sowie der Annahme eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums um 1,5 %) eine Reduktion der THG-Emissionen um knapp 1,9 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent erwartet. Das bedeutet eine Zielverfehlung von ca. 0,35 Mio. Tonnen, was den Zielwert von 48,8 Mio. Tonnen betrifft, welche im Laufe der nächsten Jahre noch aufgeholt werden muss.²⁰

Dieser Zielwert für 2020 ist außerdem nur als erste Etappe im Rahmen der längerfristigen Energie- und Klimastrategie zu sehen, eine weitere Zwischenetappe ist bis 2030 (EU-weit –40 % THG-Emissionen) terminisiert sowie das Endziel bis 2050 (EU-weit –80 bis –95 % gegenüber 1990). Unter den Experten besteht Übereinstimmung darin, dass insbesondere im Verkehr zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein werden.

Die Höhe der THG-Emissionen ist abhängig von Faktoren wie Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur. In Salzburg lebten 2014 rund 536.000 EinwohnerInnen, das sind 6,3 % der österreichischen Bevölkerung. Die Wirtschaft ist dominiert von Tourismus, Handel und Transport. Der Anteil Salzburgs an den gesamtösterreichischen THG-Emissionen betrug im Jahr 2014 rund 4,9 % und blieb damit gegenüber 2000 fast gleich hoch (4,8 %). Im gleichen Zeitraum sanken die Emissionen um 3,8 %, in ganz Österreich betrug dieser Wert –5,1 %.

Tabelle 2: THG-Emissionen 1990–2014 (in 1.000 t CO₂-Äquivalent)

	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. 1990– 2014 in %	Vrd. 2000– 2014 in %
Salzburg	3.521	3.841	3.858	4.604	4.088	3.873	3.826	3.854	3.710	5,4	-3,8
Sbg-Anteil in %	4,5	4,8	4,8	5,0	4,8	4,7	4,8	4,8	4,9		
Österreich	78.845	79.813	80.429	92.810	84.946	82.627	79.897	80.043	76.333	-3,2	-5,1

Quelle: UBA Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur 1990–2014, 82 und 131.

Mit 6,9 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent lagen die Pro-Kopf-Emissionen Salzburgs 2014 unter dem österreichweiten Schnitt von 8,9 Mio. Tonnen, was auf den starken Dienstleistungssektor und den geringeren Stellenwert energieintensiver Industrie zurückzuführen ist.²¹

Tabelle 3: THG-Emissionen Salzburgs 1990–2014 (in 1.000 t CO₂-Äquivalent)

	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Energie und Industrie	1.061	1.170	953	1.183	1.184	1.159	1.220	1.133	1.057	1.009	990	929	878
Verkehr	1.009	1.161	1.363	1.803	1.702	1.715	1.612	1.561	1.617	1.563	1.554	1.627	1.589
Gebäude	734	785	812	856	819	683	737	624	647	536	516	538	477
Landwirtschaft	610	591	575	569	563	560	565	561	558	559	553	554	561
Abfallwirtschaft	86	81	97	103	104	109	113	111	108	103	108	105	102
F-Gase	22	53	58	89	84	87	90	93	101	102	104	102	103
Summe	3.522	3.841	3.858	4.603	4.456	4.313	4.337	4.083	4.088	3.872	3.825	3.855	3.710

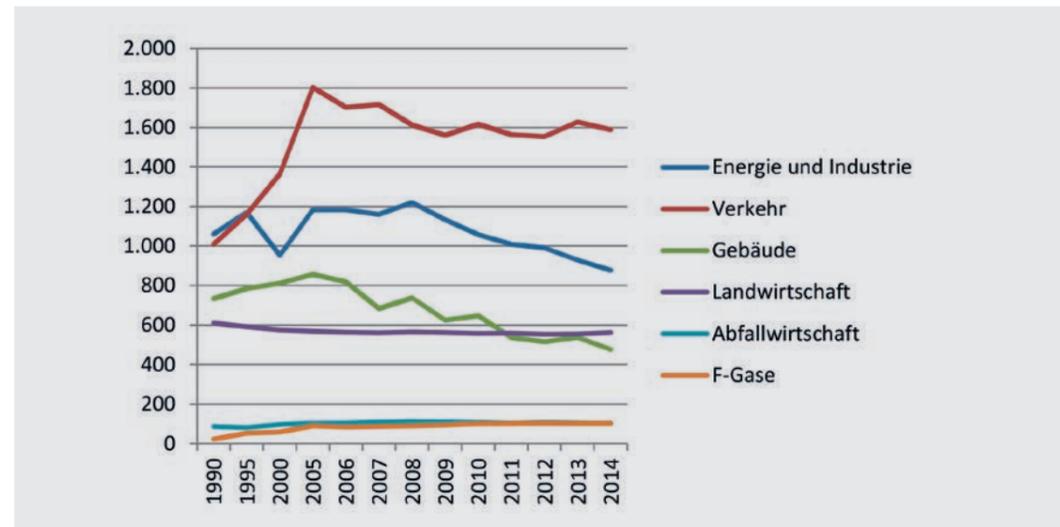
Quelle: UBA Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur Juli 2016.

Aufgeschlüsselt nach Sektoren hatte 2014 in Salzburg der Verkehr mit 42,8 % den weitaus größten Anteil, wobei hier Salzburgs Rolle als Transitland wegen der überdurchschnittlich großen Rolle des Kraftstoffexports zu berücksichtigen ist. Es folgen die Sektoren Energie und Industrie (23,7 %), Landwirtschaft (15,1 %), Gebäude (12,9 %), die kleinste Rolle spielen Abfallwirtschaft (2,7 %) und Fluorierete Gase (2,8 %).

Wichtig für die Analyse ist, dass die absoluten Zahlen der THG-Emissionen von verschiedenen Faktoren abhängig sind:

- Von den Temperaturen, v. a. während der Wintersaison (Anzahl der Heizgradtage). Milde Winter führen zu Rückgängen der Emissionen.
- Vom Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur. Rückgänge der Wirtschaftsleistung führen ebenso zu Rückgängen von Energieverbräuchen und damit der Emissionen.
- Von der Wirksamkeit politischer Maßnahmen.

Abbildung 3: THG-Emissionen Salzburgs 1990–2014 nach Sektoren (in 1.000 t CO₂-Äquivalent)



Quelle: UBA Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur Juli 2016.

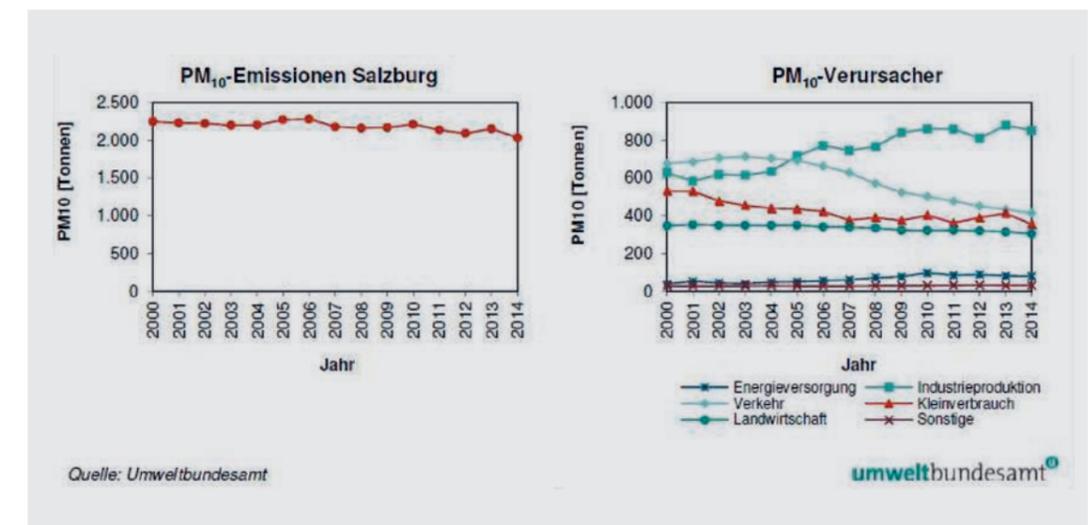
Für die politikwissenschaftliche Beurteilung, ob es strukturell gelingt, die Emission von THG zu reduzieren, ist deshalb eine witterungs- und konjunkturbereinigte THG-Bilanz von Interesse. Aufgrund dieses methodischen Ansatzes kam das Grazer Wegener Center im Jahr 2013 zu der Erkenntnis, dass die THG-Emissionen im Zeitraum ab 2004 bis 2008 relativ stabil auf einem Niveau von ca. 4,5 Mio. t CO₂-Äquivalenten gelegen sind und sich in den Jahren 2009 und 2010 auf normalisierte 3,9 Mio. t verringerten. Die strukturelle Verbesserung erfolgte also später, als dies aus den Primärdaten erkennbar ist.²²

4.4 LUFTSCHADSTOFFE PM₁₀-EMISSIONEN (FEINSTAUB)

Das auf der Umsetzung von EU-Verpflichtungen basierende Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L, BGBl. I Nr. 77/2010)²³ ist ein wichtiges Instrument der Luftreinhaltepolitik Österreichs. Darin sind für bestimmte Luftschadstoffe Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit festgelegt. In § 2 sind Gebiete, in denen sich Emissionsquellen befinden, die einen erheblichen Beitrag zur Immissionsgrenzwertüberschreitung geleistet haben, als „Sanierungsgebiete“ definiert. Das Land Salzburg betreibt ein umfangreiches Netz an Messstationen, die Schadstoffe Ozon, Stickstoffdioxid und Feinstaub sind aufgrund ihrer Relevanz erwähnenswert. Die Grenzwerte für Ozon wurden 2015 an mehreren Messstellen überschritten. Ein chronisches Problem ist die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid entlang viel befahrener Straßen im Ballungsraum Salzburg Nord. Trotz einiger eingeleiteter Maßnahmen (z. B. 80 km/h Beschränkung auf einem Teil der Autobahn) werden die Grenzwerte des IG-Luft nicht eingehalten. In Bezug auf Feinstaub der Größe PM₁₀ ist der Salzburger Zentralraum als „Sanierungsgebiet“ des IG-Luft definiert. Feinstaub ist ein Gemisch partikelförmiger Luftinhaltsstoffe, die in Größe, Form und chemischer Zusammensetzung unterschiedlich sind. Dieser Luftschadstoff steht bisher eher nicht im Fokus der Öffentlichkeit, was mit Schwierigkeiten bei der Messung zusammen-

hängt. Da die gesamte Emissionsmenge schwer zu quantifizieren ist, weil es viele verschiedene Primäremittenten gibt, deren Beitrag kaum mess- oder berechenbar ist, beschränken sich viele Berechnungen auf die Emissionen aus Verbrennungsprozessen und diffuse Emissionen des Straßenverkehrs.²⁴ Auch die Daten der Bundesländer Luftschadstoff-Inventur enthalten ausschließlich „primäre“ Emissionen, also direkt emittierte, luftgetragene Staubpartikel mit einer Größe von < 10 µm bzw. < 2,5 µm (Mikrometer).²⁵ Partikel dieser Größe sind mit freiem Auge nicht zu sehen, gelangen über den Kehlkopf bis tief in die Lungen und sind daher besonders gesundheitsschädlich. Hauptverursacher der Feinstaubemissionen PM₁₀ sind der Verkehr (Diesel-Kfz sowie Aufwirbelung von Straßenstaub), der Hausbrand (veraltete Einzelöfen) und die Industrie (vorwiegend Bauwirtschaft). Im Jahr 2014 wurden in Salzburg 2.034 Tonnen Feinstaub der Kategorie PM10 emittiert. Gegenüber dem Jahr 2000 entspricht das einer Reduktion um 9,5 %, gegenüber 2013 einer Reduktion um 5,4 %. Hauptverursacher mit 42 % war die Industrieproduktion, der Verkehr hat einen Anteil von 20 %, der Kleinverbrauch 17 % und die Landwirtschaft 15 %. Kleinere Beteiligungen weisen die Sektoren Energieversorgung (3,9 %) und Sonstige (1,5 %) auf. Absolut die stärksten Zuwächse seit 2000 sind im Sektor Industrieproduktion zu verzeichnen, hier vor allem bei stationären Verbrennungsanlagen. Steigerungen im Sektor Energieversorgung sind vor allem auf die Verbrennung von Biomasse (Holzabfällen) zurückzuführen.²⁶ Die Belastung mit Feinstaub ist jedoch in den letzten Jahren zurückgegangen. Im Jahr 2015 ist die Feinstaubbelastung so gering gewesen wie noch nie seit Einführung der Messungen. Der Grenzwert wurde im Salzburger Zentralraum nur an sechs Tagen überschritten.²⁷

Abbildung 4: PM₁₀-Emissionen und -verursacher nach Sektoren 2000–2014 (in t)



Quelle: UBA Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990–2014, 171.

4.5 ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH

Die Entwicklung und strukturelle Veränderung der Energieverbräuche wird anhand des energetischen Endverbrauchs (EEV) dokumentiert. Diese Größe umfasst die Energiemenge, welche den Verbrauchern als Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird. Der EEV wuchs in Österreich im Zeitraum 1995 bis 2014 um 27,1 %. Im gleichen Zeitraum wuchs das BIP um 40,5 %. Lange verlief das Wachstum beider Kennzahlen ähnlich, erst seit 2006 zeigt sich eine langsame Entkoppelung in der Wachstumsdynamik. Die deutlich sichtbaren Sprünge sind einerseits auf wirtschaftliche Faktoren (Rückgang im Krisenjahr 2009), andererseits auf klimabedingte Schwankungen und ihren Einfluss auf den Heizbedarf zurückzuführen (z. B. der Rückgang von 2013 auf 2014).

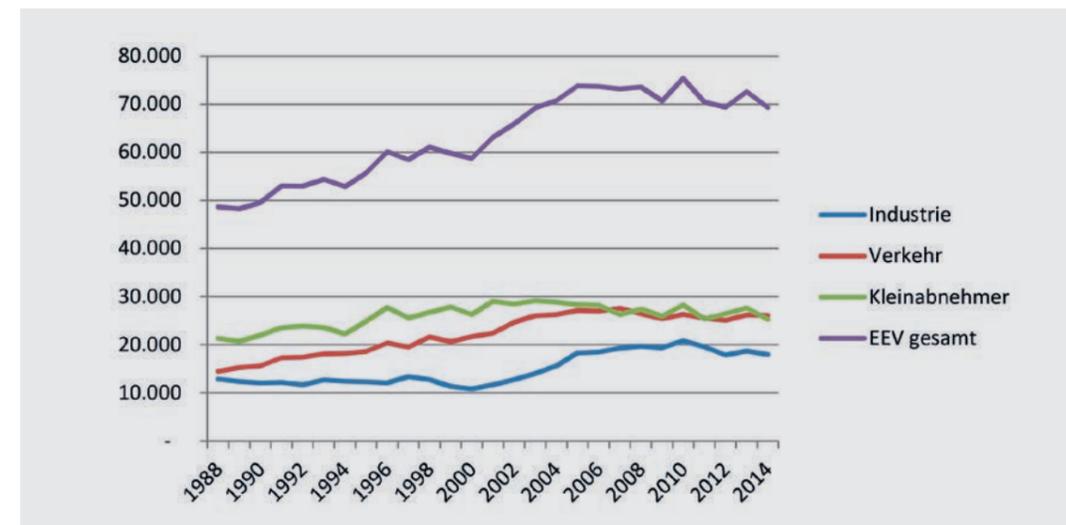
Tabelle 4: Energetischer Endverbrauch in Salzburg und Österreich 1990–2014 (in Petajoule)

	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränd. 1990– 2014 in %
Salzburg	49,5	55,7	58,8	73,8	73,7	73,1	73,5	70,7	75,4	70,4	69,3	72,6	69,3	40,0
Öster.	766,5	844,8	941,3	1103	1099	1087	1100	1056	1116	1077	1073	1111	1063	38,7

Quelle: Statistik Austria: Energiebilanz Salzburg 1988–2014

Die folgende Grafik zeigt die langfristige Entwicklung des EEV seit 1988 mit fast ständig steigenden Verbrauchsmengen bis zum Jahr 2005, einer dann folgenden Stabilisierung und einer leichten Senkung ab dem Jahr 2011.

Abbildung 5: Sektoraler energetischer Endverbrauch (EEV) in Salzburg 1988–2014



Quelle: Eigene Darstellung, Daten aus Statistik Austria: Salzburger Energiebilanz 1988–2014.

Zum besseren Verständnis der strukturellen Veränderungen ist es erforderlich, die Detailzahlen der letzten zehn Jahre in mehrfacher Hinsicht zu erklären.

Tabelle 5: Sektoraler energetischer Endverbrauch (EEV) in Salzburg 1990–2014

	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
EEV gesamt	49.548	55.692	58.760	73.758	73.657	73.133	73.534	70.689	75.377	70.433	69.334	72.572	69.327
Industrie	12.047	12.275	10.828	18.324	18.494	19.289	19.677	19.336	20.813	19.558	17.849	18.716	17.995
Verkehr	15.568	18.594	21.682	27.128	26.973	27.581	26.457	25.432	26.328	25.538	25.075	26.231	26.113
Kleinverbrauch	21.932	24.822	26.251	28.306	28.190	26.263	27.400	25.921	28.236	25.337	26.410	27.625	25.219

Quelle: Statistik Austria: Salzburger Energiebilanz 1988–2014.

So spielt die wirtschaftliche Konjunktur eine Rolle, konjunkturelle Einbrüche verursachen durch einen Rückgang an Produktions- und Transportleistungen auch Rückgänge im Energieverbrauch. So war z. B. der Rückgang um fast 3.000 TJ von 2008 auf 2009 vorwiegend das Resultat der Finanz- und folgenden Wirtschaftskrise. Zusätzlich sind gewisse Schwankungen klimatisch bedingt. Milde Winter bedeuten weniger Heiz- und damit Energiebedarf, strenge Winter erhöhen die Anzahl der Heizgradtage und die Energieverbräuche. Damit ist auch der Rückgang des Energieverbrauchs von 2013 auf 2014 um 4,5 % größtenteils zu erklären. Die Kombination eines milden Winters (die Zahl der Heizgradtage sank um 19 %) verbunden mit einem geringen Anstieg des BIP um 0,4 % führte auch österreichweit zu einem Rückgang um 4,3 %.²⁸

Eine Normalisierung des Energieverbrauchs in Form einer Bereinigung um witterungsabhängige und konjunkturelle Einflüsse zeigt, „... dass der energetische Endverbrauch bis 2008 kontinuierlich anstieg, und ab 2009 eine bisherige Stabilisierung auf hohem Niveau, nämlich (normalisiert) knapp 74 PJ, erfolgte. Die in den Primärdaten sichtbare Stabilisierung bereits ab 2005 war, ebenso wie der deutliche Anstieg 2010, hingegen keine strukturelle, sondern eine durch vom Durchschnittswert abweichenden Temperatur- bzw. Konjunkturverlauf induzierte.“²⁹

Durch die relativ großen Unterschiede in einzelnen Jahren sind mehrjährige Durchschnittswerte aussagekräftiger. So betrug der durchschnittliche energetische Endverbrauch in den fünf Jahren von 2005 bis 2009 72.954 TJ, in den folgenden fünf Jahren 2010 bis 2014 im Durchschnitt 71.409 TJ. Das bedeutet einen Rückgang von 2,1 %. Diese leicht fallende Tendenz heißt, dass es erstmals gelungen ist, die Energieverbräuche leicht von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln. In den Jahren 2012 und 2014 ist der energetische Endverbrauch erstmals seit 2003 wieder unter die Marke von 70.000 TJ gefallen.

Bei einer langfristigen Analyse der wichtigsten Verbrauchssektoren wird deutlich, dass im Vergleich zum Jahr 1990 der Verkehr mit 68 % am meisten zugelegt hat, nun aber im Jahr 2014 sich auf der gleichen Höhe bewegt wie im Jahr 2003, bei ungefähr 26.000 TJ, das bedeutet knapp 38 % Anteil am gesamten energetischen Endverbrauch. Die Zuwächse seit 2003 im Verkehrsaufkommen wurden durch sparsamere Motoren ausgeglichen.

Die zweitgrößte Kategorie, der Kleinverbrauch mit knapp über 25.000 TJ (36 %), hat sich im Zeitraum 1990 bis 2014 um 15 % erhöht, ist jedoch seit bereits Mitte der 1990er Jahre auf ungefähr gleich hohem Niveau. Hier werden die Zuwächse an Wohneinheiten und die Erhöhung der Wohnfläche pro Einwohner durch Fortschritte bei der Dämmung und Einsparungen bei der Beheizung ausgeglichen.

Die industrielle Produktion stellt den drittgrößten Sektor dar, mit einem Anteil von knapp 18.000 TJ im Jahr 2014, das sind 26 % Anteil am gesamten energetischen Endverbrauch. Der Anstieg seit 1990 bis 2014 beträgt rund 49 %, wobei auffällt, dass dieser besonders in den Jahren 2003 bis 2005 im Ausmaß von ca. 12.000 TJ auf 18.000 TJ erfolgte. Davor und danach blieb der Verbrauch relativ stabil.

4.6 ANTEIL DER ERNEUERBAREN ENERGIETRÄGER

Salzburg wie auch Österreich verfügen aufgrund ihrer topografischen Situation über zwei erneuerbare Energieressourcen, welche traditionell stark zur Energieerzeugung eingesetzt werden: Wasserkraft und Biomasse.

Laut Energiebilanz der Statistik Austria ist der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Salzburg nach EU-Richtlinie im Zeitraum von 2005 bis 2014 von 33,3 % auf 45,6 % gestiegen. Die Entwicklung verlief durchwegs langsam ansteigend, mit Ausnahme der Jahre 2009 (über 3 %) und 2010 (knapp 3 %), in denen deutlichere Anstiege erreicht wurden.³⁰ Damit liegt Salzburg sowohl beim absoluten Prozentsatz als auch bei den Zuwachsraten deutlich über dem Durchschnitt Österreichs, welches im gleichen Zeitraum den Prozentsatz von 23,9 % auf 33,0 % steigern konnte.

Tabelle 6: Anteil der erneuerbaren Energieträger (am Bruttoendenergieverbrauch in %)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. 2004– 2014
Salzburg	33,3	34,2	35,7	36,3	39,9	42,8	43,0	43,3	44,2	45,6	12,3
Österreich	23,9	25,4	27,3	28,1	30,0	30,4	30,5	31,5	32,2	33,0	9,1

Quelle: Statistik Austria: Energiebilanz Salzburg 1988–2014 und BMWFW: Energiestatus 2016, 58.

Das von der Salzburger Landesregierung im Masterplan Klima und Energie 2020 im Dezember 2015 fixierte Ziel für das Jahr 2020 verlangt einen 50%-Anteil der erneuerbaren Energie am gesamten Energieverbrauch (das zweite Teilziel sieht eine Reduktion der Emission von Treibhausgasen um 30 % gegenüber dem Referenzjahr 2005 vor). Dieses Ziel soll mit den beiden Säulen „Einsparungen von Energie und Treibhausgasen“ (Anteil 54 %) und „Ausbau erneuerbarer Energie“ (Anteil 46 %) erreicht werden.

Schon im ersten Jahr der Umsetzung gab es jedoch erhebliche Probleme, da zwei Säulen der Strategie des Ausbaus erneuerbarer Energie durch den Verfall der Strompreise aus wirtschaftlichen Gründen nicht im geplanten Ausmaß umgesetzt werden können. Dabei handelt es sich einerseits um die Wasserkraft mit 35 % Anteil am Gesamtvolumen, wo das Projekt in Stegenwald von der Salzburg AG vorläufig ad acta gelegt wurde. Andererseits wurde das in Bayern geplante große Geothermiepro-

jekt der Salzburg AG aus dem gleichen Grund gestoppt. Die Geothermie sollte 15 % zur Umsetzung des Plans beitragen. Da es auch wenig Hoffnung gibt, dass es gelingen wird, in den nächsten Jahren Windkraftprojekte in Salzburg zu realisieren, ist auch der dort geplante 8%-Anteil am Ausbaувolumen unrealistisch. Auch der in Salzburg schon stark ausgebaute Bereich der Pellets (17 % Anteil) lässt sich nicht beliebig steigern. Den Medien ist zu entnehmen, dass die Landesregierung zum Ausgleich den Bereich Photovoltaik stärker als bisher forcieren möchte – Photovoltaik und Solarwärme haben derzeit im Masterplan einen Anteil von 11 % zugewiesen.³¹

4.7 ENERGIEVERBRAUCH DES VERKEHRS

Auf EU Ebene ist im Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ (KOM(2011) 144), das Ziel der Reduktion von Emissionen aus dem Verkehr verankert. Dort wird eine Reduktion verkehrsbedingter CO₂-Emissionen bis 2050 um 60 % gegenüber dem Basisjahr 1990 angestrebt.

Als Anreize zur Erhöhung des Radverkehrsanteils und des Fußverkehrs gibt es von Seiten des Lebensministeriums die Masterpläne „Radfahren“ (BMLFUW 2015) und „Gehen“ (BMLFUW 2015). Schon seit 2012 gibt es von gleicher Stelle einen Umsetzungsplan mit 65 Maßnahmenbündeln zur Förderung der Elektromobilität.³²

In Salzburg spielt der Verkehr aufgrund mehrerer Faktoren eine besonders wichtige Rolle. Zu nennen sind hier die topografische Lage als Durchzugsland großer Verkehrsströme von Norden nach Süden, die relativ große Zersiedelung des Landes aufgrund jahrzehntelanger Versäumnisse in der Raumordnung, die durch Stadtberge und umfangreiche Pendlerströme beengten Verkehrsräume in der Stadt Salzburg und den benachbarten Gemeinden sowie die schlechte Erreichbarkeit der Gebirgsgaue mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Alle diese Faktoren führen dazu, dass der Verkehr nicht nur in der Treibhausbilanz (siehe Kap. 4.3) und bei den Luftschadstoffen (siehe Kap. 4.4) eine sehr große Rolle spielt, sondern auch beim Energieverbrauch.

Die Mobilitätserhebung 2012 ergab im Landesdurchschnitt folgende Aufteilung der Verkehrsmittelwahl: 49 % der Wege werden im motorisierten Individualverkehr (MIV) zurückgelegt, dazu kommen 9 % Beifahrer. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden 12 % der Wege erledigt, mit dem Rad 11 % und zu Fuß 17 %. Zwischen der Stadt Salzburg und den anderen Bezirken gibt es hier naturgemäß relevante Unterschiede. So ist durch ein verstärktes Radwegeprogramm in der Stadt Salzburg der Anteil der mit dem Rad erledigten Wege mit 20 % auch im Vergleich anderer Städte hoch, der Anteil des öffentlichen Verkehrs jedoch relativ niedrig.

Der Sektor Verkehr weist in Salzburg den höchsten energetischen Endverbrauch aller Sektoren auf. Im Zeitraum 1990 bis 2014 hat sich der Energieverbrauch im Verkehr um 67,7 % erhöht. Während bis 2003 hohe Wachstumsraten erzielt wurden, hat sich der Anstieg danach abgeflacht und auf hohem Niveau stabilisiert. In anderen Sektoren ist dagegen bereits gelungen, leichte Rückgänge zu erzielen, z. B. bei den Kleinabnehmern (Gebäuden).

Tabelle 7: Sektoraler energetischer Endverbrauch Salzburg 1988–2014 in Terajoule

	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
EEV gesamt	49.548	55.692	58.760	73.758	73.657	73.133	73.534	70.689	75.377	70.433	69.334	72.572	69.327
Industrie	12.047	12.275	10.828	18.324	18.494	19.289	19.677	19.336	20.813	19.558	17.849	18.716	17.995
Verkehr	15.568	18.594	21.682	27.128	26.973	27.581	26.457	25.432	26.328	25.538	25.075	26.231	26.113
Kleinabnehmer	21.932	24.822	26.251	28.306	28.190	26.263	27.400	25.921	28.236	25.337	26.410	27.625	25.219

Quelle: Statistik Austria: Energiebilanz Salzburg 1988–2014.

Leider liegen zu interessanten österreichweiten Daten im Themenfeld Verkehr, wie z. B. zu den CO₂-Emissionen von Pkw-Neuzulassungen oder zur Verkehrsleistung des Lkw- und Pkw Verkehrs, keine verwertbaren Salzburger Daten vor. Die große Bedeutung des Verkehrs ist jedoch schon in den Kapiteln 4.3 Treibhausgasemissionen, 4.4 Luftschadstoffe und 4.5 energetischer Endverbrauch deutlich geworden. Eine mittelfristige Erreichung der Salzburger energie- und klimapolitischen Ziele ist nur mit relevanten Fortschritten bei der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und bei einem Attraktivitätsgewinn des öffentlichen Verkehrs erreichbar.

5 Detailergebnisse subjektive Indikatoren

Das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung ist eng mit den Umweltbedingungen verbunden. Der Schlüsselindikator „Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung“ umfasst die beiden Problembereiche Luftverschmutzung und Lärmbelastung, ermittelt aufgrund der Selbsteinschätzung der befragten Personen. Dies betrifft vor allem Bewohner der urbanen Räume. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch zu beachten, dass die subjektive Bewertung keine Auskünfte über allfällige objektive gesundheitsrelevante Belastungen, in diesem Fall durch Schadstoffe bzw. Lärm, gibt.

5.1 INDIKATOR: „SUBJEKTIVE UMWELTBELASTUNG IN DER WOHNUNG“

Was die Lärmbelästigung betrifft, so wird der Verkehr als häufigste Ursache genannt. Von Seiten der EU wird die Eindämmung von Straßen-, Schienen- und Fluglärm über die Vorgabe der Erstellung von strategischen Lärmkarten versucht. Die nationale Lärmkartierung Österreichs des Jahres 2012 umfasst die Ballungsräume Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck.³³

Aus einer aktuellen Umfrage der FH Salzburg im Rahmen des Projekts EU-SILC (EU Statistics on Income and Living) liegen Daten zu Salzburg vor, welche hier auszugsweise wiedergegeben werden.

Tabelle 8: Belastungen der natürlichen Wohnumgebung

In %	JA – Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung oder Rauch, Staub oder Gestank	JA – Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße
Salzburg (ZfZ 2016)	9,9	24,0
Österreich (ZfZ 2016)	17,1	24,8
Statistik Austria (WGÖ 2014)	9,8	17,5

Quelle: EU-SILC.

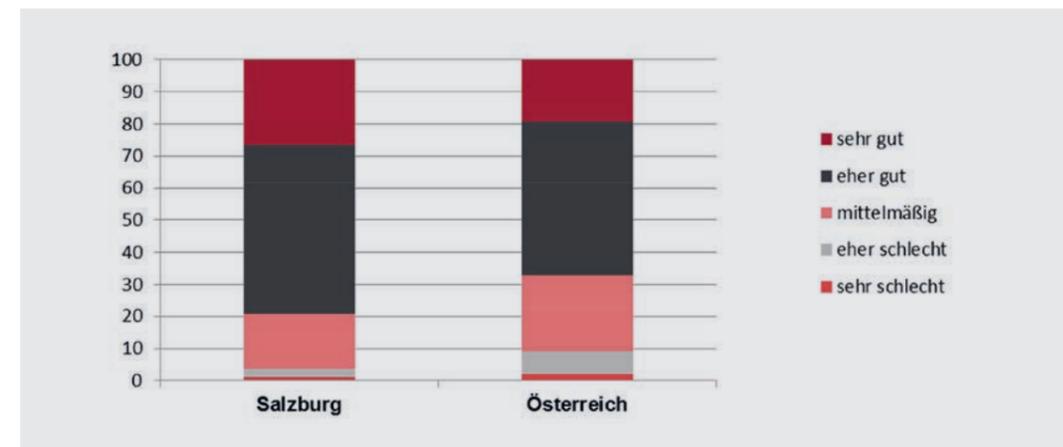
Gegenüber 2014 ist die empfundene Belastung der natürlichen Wohnumgebung in Österreich gestiegen. Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Rauch, Staub oder Gestank äußerten 2014 rund 10 % der österreichischen Bevölkerung, 2016 waren es 17,1 %. In Salzburg werden diese Belastungen von einer deutlich geringeren Anzahl von Menschen empfunden. Rund 10 % geben an, sich belastet zu fühlen. Auch das Belastungsempfinden durch Lärm (Straße, Nachbarn) wird in Österreich 2016 stärker empfunden als 2014. In Salzburg liegt die empfundene Belastung 2016 so hoch wie in Österreich, nämlich bei rund 25 %. Damit fühlt sich jede/r vierte SalzburgerIn durch Lärm, verursacht von Nachbarn oder Straße, belästigt.

Wird nach soziodemografischen Merkmalen unterschieden, so fällt auf, dass sich 28,1 % der jüngeren SalzburgerInnen (bis 45 Jahre) durch Lärmbelästigung gestört fühlen, jedoch nur 19,2 % der älteren BewohnerInnen (ab 46 Jahren). In Österreich ist der Belastungsunterschied das Alter betreffend etwas weniger stark ausgeprägt (26,7 % zu 23 %). Nach beruflicher Stellung fühlen sich Arbeiter und öffentlich Bedienstete durch Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung oder Rauch, Staub oder Gestank stärker belastet. Lärm ist besonders für Arbeiter ein stärkeres Problem als für andere Berufsgruppen. In Salzburg sind das immerhin 33,7 % der Befragten, jedoch nur 18,5 % der Selbständigen, die Angestellten (23,8 %) und öffentlich Bediensteten (25,8 %) liegen dazwischen.

5.2 WIE BEURTEILEN DIE SALZBURGERINNEN DIE UMWELTQUALITÄT IN IHREM BUNDESLAND?

Im Vergleich zum Österreichdurchschnitt aller Bundesländer beurteilen die SalzburgerInnen die Umweltqualität in ihrem Bundesland deutlich besser. Während nur 3,6 % der SalzburgerInnen diese als schlecht oder eher schlecht einstufen, sind das österreichweit immerhin 9,1 %. Die Einstufung mittelmäßig vergeben nur 17,2 % der SalzburgerInnen (österreichweit 23,9 %). Sehr gut oder eher gut finden immerhin 79,2 % der SalzburgerInnen die Umweltqualität in ihrem Bundesland, österreichweit liegt dieser Wert bei 67,0 %.

Abbildung 6: Beurteilung der Umweltqualität in Salzburg und in Österreich



Quelle: EU-SILC.

Die wahrgenommene Umweltqualität steht in einem statistisch signifikanten Zusammenhang zur bekundeten Lebensqualität. Je höher die Umweltqualität wahrgenommen wird, desto höher auch die Lebensqualität und umgekehrt.

Abschließende Betrachtungen

„Lebensqualität“ ist stark abhängig von einer intakten Umwelt (Klima, Boden, Luft, Wasser). Hier gilt es, objektive und subjektive Indikatoren zu unterscheiden.

Objektive Indikatoren

Objektive Indikatoren geben über Messdaten Auskunft über Teilaspekte der Umwelt und ihren Zustand. Zeitreihen geben Aufschluss darüber, ob die Belastung der Umwelt wächst, stagniert oder sinkt. Hier sind vor allem die Themenfelder Flächeninanspruchnahme, die Emission von Treibhausgasen und Luftschadstoffen sowie der Energieverbrauch – vor allem der Verbrauch fossiler Energien – von Bedeutung.

Eine nationale und sogar internationale Spitzenstellung nimmt Salzburg beim Anteil an Flächen mit biologischer Bewirtschaftung ein. Ca. die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird biologisch bewirtschaftet und durch die Preisvorteile für Bioprodukte ist für 2017 mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Dagegen befinden sich der Verbrauch und die Versiegelung von Böden in Salzburg auf einem sehr hohen Niveau. Der verfügbare Dauersiedlungsraum ist in Salzburg mit einem Fünftel der Landesfläche niedriger als im Österreichschnitt mit mehr als einem Drittel. Davon sind bereits 21 % für menschliche Nutzung in Anspruch genommen, österreichweit erst knapp 18 %. Die aktuellen Bemühungen der Salzburger Landespolitik, mit dem in Begutachtung stehenden neuen Raumordnungsgesetz den Raum in Zukunft besser zu ordnen und den Flächenverbrauch außerhalb von Ortskernen einzudämmen, stehen empirisch auf gesicherter Grundlage.

Aufgrund der inzwischen wissenschaftlich gut fundierten Belege für die Klimaerwärmung und internationaler und nationaler Reduktionsverpflichtungen hat die Bedeutung der Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren stark zugenommen. Salzburgs Anteil an den nationalen Emissionen hat sich in den letzten 20 Jahren bei 4,8 bis 4,9 % eingependelt. Der Pro-Kopf-Anteil ist mit 6,9 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent unter dem Österreichschnitt von 8,9 Mio. Tonnen, was mit dem geringeren Stellenwert energieintensiver Industrien und dem starken Dienstleistungssektor erklärbar ist. Eine Salzburger Besonderheit ist der hohe Anteil des Verkehrs, erklärbar durch die Lage als Transitland und durch einen hohen Anteil an Kraftstoffexport, eine politisch gewünschte Folge von im Vergleich zu Nachbarländern günstigen Treibstoffen. Die Analyse der Emissionsmengen zeigt, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, strukturell Einsparungen zu erzielen, welche besonders von der Industrie und dem Gebäudesektor stammen. Allerdings sind die längerfristigen klimapolitischen Ziele Salzburgs nur zu erreichen, wenn auch im Verkehr Erfolge gelingen. Die Salzburger Verkehrspolitik ist jedoch einerseits von Maßnahmen des Bundes abhängig, andererseits gelingt es im Ballungsraum Salzburg Nord bisher noch nicht ausreichend, Übereinstimmung zwischen dem Land, der Stadt Salzburg und den Umlandgemeinden für dafür notwendige große Reformvorhaben zu erreichen. Das Bekenntnis zum Vorrang des öffentlichen Verkehrs ist seit vielen Jahren vorhanden, allerdings fehlt noch die Umsetzung.

Bei den Luftschadstoffen ist beim Feinstaub PM10 in den letzten Jahren eine Verringerung der Belastung festzustellen, ein chronisches Problem stellt an verkehrsbelasteten Standorten die Dauerbelastung mit hohen Stickstoffdioxidwerten dar. Auch in diesem Bereich ist der Verkehr ein großer Belastungsfaktor, z. B. stellen Dieselmotoren dafür eine besonders reiche Quelle dar. Beim energetischen Endverbrauch zeigt eine Analyse mehrjähriger Durchschnittswerte (um konjunkturelle und

witterungsbedingte Schwankungen abzuflachen), dass es in den letzten Jahren gelungen ist, das Wirtschaftswachstum vom Wachstum des Energieverbrauchs ansatzweise zu entkoppeln. Gegenüber den Jahren 2005 bis 2009 sank der Verbrauch in den Jahren 2010 bis 2014 um 2,1 %. Seit 1990 hat der Verkehr bis 2014 um 68 % am meisten zugelegt und hat einen Anteil von ca. 38 %. Allerdings stagniert der Verbrauch seit 2003, die Zuwächse im Verkehrsaufkommen wurden durch sparsamere Motoren ausgeglichen. Rückgänge gibt es im Gebäudebereich durch Fortschritte beim energiesparenden Bauen und Heizen, trotz Zuwächsen bei der Wohnfläche pro Bewohner und bei den Wohneinheiten.

Einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Salzburger Energie- und Klimaziele stellt die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch dar. Von 2005 bis 2014 ist der Anteil von 33,3 % auf 45,6 % gestiegen, allerdings weist die ganz aktuelle Energiebilanz 2015 wieder einen leichten Rückgang auf.³⁴ Da die jährlichen Energiebilanzen durch ständiges Feilen an Datengrundlagen jedoch – auch rückwirkend – zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, sind die Kommastellen wohl ohne Relevanz. Grob betrachtet zeigt sich, dass in den letzten Jahren kaum Fortschritte gelungen sind.

Die große Rolle des Verkehrs, sowohl was die THG-Emissionen, als auch die Luftschadstoffe und den Energieverbrauch betrifft, ist in den jeweiligen Kapiteln 4.3 bis 4.5 deutlich geworden. Die Mobilitätshebung 2012 zeigt, dass mehr als die Hälfte aller Wege im motorisierten Individualverkehr (MIV) zurückgelegt werden. Gerade in diesem nur langfristig steuerbaren Bereich sind für die Erreichung der mittelfristigen energie- und klimapolitischen Ziele des Landes Salzburg deutliche Erfolge bei der Reduktion des MIV und eine Erhöhung des Anteils des öffentlichen Verkehrs erforderlich.

Subjektive Faktoren

Subjektive Indikatoren geben die Meinung der Bevölkerung zu einem bestimmten Thema wieder, z. B. über den Grad der empfundenen Lärmbelastung. Auch hier wird der Verkehr als größte Quelle der Belästigung empfunden. Jede/r vierte SalzburgerIn fühlt sich durch Lärm belästigt, dieser Wert liegt im Durchschnitt Österreichs.

Die allgemeine Beurteilung der Umweltqualität fällt jedoch in Salzburg deutlich besser aus als im Durchschnitt Österreichs. Als schlecht wird sie nur von 3,6 % der SalzburgerInnen eingestuft, österreichweit beträgt dieser Wert immerhin 9,1 %. Als sehr gut oder gut schätzen immerhin 79,2 % der Befragten die Umweltqualität in Salzburg ein, österreichweit sind es nur 69,0 %.

Eine zusammenfassende Einschätzung der Lage zeigt die große Bedeutung längerfristig wirksamer Politik. Das betrifft besonders den Bereich Raumordnung, wo Instrumente zur Eindämmung des Flächenverbrauchs notwendig sind. Ebenso vordringlich sind verkehrspolitische Maßnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs. Das hätte positive Auswirkungen auf viele für die Umweltqualität relevante Bereiche und würde zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen und Luftschadstoffen sowie zur Verringerung des Energieverbrauchs wesentlich beitragen. Um die Salzburger energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen, ist es jedoch notwendig, in allen Bereichen Anstrengungen zu unternehmen und alle Verbesserungs- und Einsparpotentiale zu nutzen.

Anmerkungen

- 1 Erstmals 1987 im „Brundtland-Bericht“ der Vereinten Nationen umfassend formuliert.
- 2 Siehe WBGU (2009, 3 f.).
- 3 Stiglitz et al. (2009, 17 f.).
- 4 Siehe Klimaschutzgesetz, KSG; BGBl. I Nr. 106/2011.
- 5 Siehe UBA, Klimaschutzbericht (2016, 32–34).
- 6 Die Daten beruhen auf dem energetischen Endverbrauch (EEV), ausgewiesen in der Salzburger Energiebilanz 2014.
- 7 EE = Energiemenge, die den Verbrauchern für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird.
- 8 Nach Auskunft der Umweltabteilung des Landes Salzburg ist für Jänner 2017 eine erste genauere Evaluierung zu erwarten, welche leider für die Erstellung dieses Berichts nicht mehr eingesehen werden konnte.
- 9 Siehe: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich. Relevant ist von den drei Teilbereichen der Bereich „Umweltorientierte Nachhaltigkeit“ (die anderen beiden sind „Materieller Wohlstand“ und „Lebensqualität“). Dieser enthält fünf Dimensionen (Ressourcen, Klimawandel/Emissionen, Energie, Verkehr, Monetäre Umweltaspekte) mit je drei Schlüsselindikatoren.
- 10 INVEKOS = Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem, von der EU schrittweise eingeführtes System zur Durchsetzung einer einheitlichen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).
- 11 Grüner Bericht (2015, 54).
- 12 Siehe Mitgliederinformation BIO AUSTRIA Salzburg 2/2015, 4.
- 13 Siehe Mild, Ökologische Weichenstellungen (2013, 93 f.).
- 14 Siehe UBA: Elfter Umweltkontrollbericht (2016, 139).
- 15 Siehe www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/30.03.2016. Durch Änderung der Definitionen 1995 und 2012 sind längerfristige Vergleiche kaum möglich.
- 16 UBA REP0600, 15.
- 17 Siehe http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme.
- 18 Bei Landesfläche und Dauersiedlungsraum gibt es in der Zeitreihe von 2006 bis 2014 kleine Abweichungen, welche jedoch die Prozentsätze der Flächeninanspruchnahme für unsere Zwecke nicht relevant betreffen.
- 19 So stieg die Durchschnittstemperatur im Alpenraum seit Ende des 19. Jahrhunderts um zwei Grad Celsius, weltweit um 0,85 Grad. Siehe WGÖ (2014, 117 ff.).
- 20 Siehe Lebensministerium (2015, 5).
- 21 Siehe UBA: Luftschadstoff-Inventur der Bundesländer 1990–2014, 83.

- 22 Siehe Wegener Center (2013, 10–13).
- 23 BGBl Nr. 115/1997; Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, Immissionsschutzgesetz - Luft, IG-L).
- 24 Siehe http://www.salzburg.gv.at/umweltnaturwasser_/Seiten/semikat-feinstaub.aspx. Abgerufen am 16.04.2016.
- 25 Sekundäre Partikel entstehen durch luftchemische Prozesse aus gasförmig emittierten Vorläufersubstanzen.
- 26 Siehe UBA: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990–2014, 171.
- 27 Land Salzburg: Luftgütebericht (2015, 3).
- 28 BMWFW: Energiestatus (2016, 13).
- 29 Wegener Center (2013, 13).
- 30 Siehe Statistik Austria: Energiebilanz Salzburg 1988–2014. Diese Werte sind allerdings mit gewisser Vorsicht zu betrachten, da in den Grundlagen der Berechnungsmethoden (wie z. B. in den Wirkungsgraden) Möglichkeiten zur Veränderung vorhanden sind, welche nicht nur wissenschaftliche Ursachen haben, sondern teilweise auch Folge von Verhandlungen auf politischer bzw. Beamtenebene sind.
- 31 Siehe Masterplan Klima + Energie 2020, 3–5.
- 32 Siehe UBA REPO600, 69.
- 33 Siehe UBA REP 0600, 84.
- 34 Die Energiebilanz 2015 kommt für das Jahr 2015 auf einen Anteil von 45,7 %, im Vergleich zum Jahr 2010 mit 43,9 % ist das nur eine geringe Erhöhung um 1,8 %.

Literaturverzeichnis

- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft/BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Hrsg.) (2015): Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2015. Wien.
- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (o. J.): Maßnahmenprogramm 2013/14 des Bundes und der Länder als Beitrag zur Erreichung des nationalen Klimaziels 2013–2020. Wien.
- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010): Wohlbefinden der österreichischen Bevölkerung. Wien.
- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012): Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP). Wegweiser zur Schonung natürlicher Ressourcen. Wien.
- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2014): Erneuerbare Energie in Zahlen. Die Entwicklung erneuerbarer Energie in Österreich im Jahr 2013. Wien.
- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015a): Maßnahmenprogramm des Bundes und der Länder nach Klimaschutzgesetz zur Erreichung des Treibhausgasziels bis 2020. Zweite Umsetzungsstufe für die Jahre 2015–2018. Wien.
- BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015b): Grüner Bericht 2015. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Wien.
- BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2016): Energiestatus 2016. Wien.
- Energiebilanzen: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html.
- Energiestatus Österreich 2015 (2015): BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft: Energiestatus Österreich 2015. Entwicklung bis 2013. Wien.
- Fachhochschule Salzburg (2016): SALZBURG 2025. Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Salzburg.
- Forschungsgesellschaft für Verbrennungskraftmaschinen und Thermodynamik mbH (FVT) (2014): NOX/NO2-Immissionskataster Stadt Salzburg. Erstellt im Auftrag des Magistrats Salzburg, Abt. 5/03 Amt für Stadtplanung und Verkehr, Graz.
- Gesellschaft für ökologische Forschung/BUND Naturschutz in Bayern (2015): Der gekaufte Winter. Eine Bilanz der künstlichen Beschneidung in den Alpen. Autoren: Sylvia Hamberger und Axel Döring, ohne Ort.
- Holzinger, H. (2016) Postwachstum als neue Normalität? Salzburgs Wirtschaft im Kontext von Nachhaltigkeit und sinkenden Wachstumsraten. Salzburg: JBZ-Verlag.
- Klima- und Energiefonds/Erneuerbare Energie Österreich (2015): Faktencheck Energiewende. Fakten statt Mythen zur Zukunft der Energieversorgung. Wien.
- Mild, E. (2013): Umsetzung zukunftsfähiger Energiepolitik in Salzburg. Salzburg.

Mild, E. (2012): Energiepolitische Ziele Salzburgs: Ambitionierte Pläne und praktisches Scheitern. Salzburg: JBZ Arbeitspapiere 21.

Neustart für Salzburg: Neustart für Salzburg. Arbeitsübereinkommen von Salzburger Volkspartei, Grünen und Team Stronach. Salzburg, Juni 2013 (PDF-Version).

Newig, J./Voß, J.-P. (2010): Steuerung nachhaltiger Entwicklung. In: Steurer, R./Trattnigg, R. (Hrsg.): Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance.

Land Salzburg (o. J.): Grüner Bericht 2010–12. Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Salzburger Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 2010–2012. Salzburg.

Land Salzburg (o. J.): Salzburg. Standort Zukunft. Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020.

Land Salzburg (2004): Luftschadstoffe. Emissionskataster und Luftgütemessnetz. Salzburg.

Land Salzburg (2013): Arbeitsübereinkommen 2013–2018. Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen, ÖVP, Grünen und Team Stronach. Schriftenreihe des Landes-Medienzentrums, Serie „Salzburg Dokumentationen“, Nr. 122. Salzburg.

Land Salzburg (2015a): Masterplan Klima + Energie 2020. Salzburg.

Land Salzburg (2015b): Salzburger Zahlenspiegel 2015. Information der Landesstatistik. Salzburg.

Land Salzburg (2016a): Wissenschafts- und Innovationsstrategie Salzburg 2025. Beschluss der Salzburger Landesregierung vom 29. Februar 2016. Salzburg.

Land Salzburg (2016b): Luftgüte. Jahresbericht 2015. Salzburg.

Land Salzburg (2016c): salzburg.mobil 2025. Salzburger Landesmobilitätskonzept 2016–2025. Salzburg.

Statistik Austria (2016): Österreich. Zahlen – Daten – Fakten. Wien.

Statistik Austria (2013): Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2011. Ergebnisse des Mikrozensus. Wien.

Statistik Austria (2015): Wie geht's Österreich 2014. Indikatoren und Analysen. Wien.

Statistik Austria (2016): Wie geht's Österreich 2015. Indikatoren und Analysen. Wien.

Stiglitz, J. Sen, A. & Fittoussi, J.: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf.

Umweltbundesamt (2015): Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990–2013. Wien.

Umweltbundesamt (2016a): Austria's Annual Air Emission Inventory 1990–2014. Wien.

Umweltbundesamt (2016b): Elfter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Bericht des Umweltministers an den Nationalrat. Wien.

Umweltbundesamt (o. J.): Kyoto-Bilanz und Ausblick. Treibhausgas-Emissionen 1990–2012. Präsentation, Wien.

Umweltbundesamt (2013): Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Bericht des Umweltministers an den Nationalrat. Wien.

Umweltbundesamt (2016c): Klimaschutzbericht 2016. Wien.

Wegener Center für Klima und Globalen Wandel (2013): Monitoring zum Maßnahmenprogramm Salzburg 2050. Graz.

Wirtschaftskammer Salzburg (2014): Salzburg im Ländervergleich. Regionalstatistischer Bericht. Salzburg.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2014): Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken. Ein Beitrag zur SDG-Debatte. Politikpapier 8. Berlin.

Produktivität, Einkommen, Ressourcen

ZU ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN DER LEBENSQUALITÄT IM BUNDESLAND SALZBURG

ROALD STEINER · MICHAEL SCHWINGSMEHL



1 Einleitung: Produktivität als Schlüssel zur Lebensqualität

Der Produktivität kommt eine Schlüsselrolle für das Niveau und die Entwicklung der Lebensqualität zu.¹ Erst das Produktivitätswachstum, wie es dank des Einsatzes neuer oder verbesserter Maschinerie, Ausrüstungen und Verfahren sowie modernisierter organisatorischer Abläufe in der Leistungserstellung möglich wird, eröffnet in mehrfacher Hinsicht Spielräume zur Verbesserung der Lebensqualität²: Es bildet die nicht hintergehbare Voraussetzung für

- steigenden materiellen Wohlstand,
- Arbeitszeitverkürzungen und damit eine Zunahme der disponiblen freien Zeit,
- die Finanzierung eines hohen Niveaus öffentlicher Versorgungs- und Vorsorgeleistungen.

Produktivitätszuwächse, das heißt die bei konstantem Aufwand zusätzlich erzeugte Menge an Produkten und Dienstleistungen, können zu einer verbesserten materiellen Versorgung genutzt werden. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, einen Teil der Produktivitätsgewinne in mehr Freizeit zu übersetzen. Unter Abwägung der Opportunitätskosten kann also das Arbeitsangebot, das für eine Verbesserung der materiellen Versorgung erforderlich ist, durch ein Mehr an Freizeit substituiert werden. Diese Option besteht, sobald nach Abzug der zu finanzierenden Grundbedürfnisse die verbleibenden finanziellen Ressourcen Verwirklichungschancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen.³

Beide Effekte des Produktivitätswachstums sind gut dokumentiert. Aufgrund anhaltender Produktivitätsfortschritte ist der – in Arbeitszeit gemessene – Aufwand für den Erwerb von Konsumgütern, wie Fourastié (1989) für das 20. Jahrhundert zeigt, drastisch zurückgegangen.⁴ Ein langjähriger Trend einer laufenden Verringerung der Arbeitszeit, die für den Kauf von Waren des täglichen Bedarfs benötigt wird, ist auch für Österreich zu konstatieren. Ein ungelerner Industriearbeiter, so Jetschgo et al. (2004, 91) in ihrem Werk zur österreichischen Industriegeschichte, konnte mit seinem Wochenlohn im Jahre 1910 etwa 58 kg Brot kaufen, im Jahre 2000 dann, mit 244 kg, gut die vierfache Menge. Gleichzeitig ging diese Kaufkraftsteigerung mit einer deutlich – von 58 auf 37,5 Stunden – reduzierten Wochenarbeitszeit einher.

Dieser langanhaltende, den Produktivitätsfortschritten geschuldete Trend setzt sich auch in der jüngeren Vergangenheit fort, wie anhand eines Vergleichs jener Arbeitszeit, die in Österreich ein

Industriearbeiter in den Jahren 1970 und 2010 für den Erwerb von Waren des täglichen Bedarfs aufwenden musste, deutlich wird.⁵ So ist in dieser Zeitspanne der Arbeitsaufwand für den Kauf einer Reihe von Nahrungsmitteln, insbesondere aber für langlebige, industriell gefertigte Konsumgüter stark gesunken. Gleichzeitig reduziert sich der Arbeitsaufwand für den Erwerb personalintensiver Dienstleistungen (Gaststättenbesuch, Reinigung, Handwerksleistungen), bei denen die Arbeitskosten die wichtigste Kostenkomponente darstellen und die Möglichkeit zur Realisierung von Produktivitätszuwächsen relativ begrenzt ist, in deutlich geringerem Umfang oder nimmt sogar zu (Tabelle 1-1).⁶

Tabelle 1-1: Österreich: Am Arbeitsaufwand gemessene Kaufkraftentwicklung eines Industriearbeiters, 1970–2010

	1970	1980	1990	2000	2010	Vrd. 1970/ 2010 (in %)
	Arbeitszeit in Stunden und Minuten					
1 kg Mischbrot, Wecken	16,2 min	10,6 min	11,1 min	10,3 min	11,6 min	- 28,4
1 l Vollmilch	11,4 min	7,9 min	5,1 min	3,7 min	3,7 min	- 67,5
250 g Bohnenkaffee	1 h 2,6 min	37,9 min	20,6 min	19,6 min	16,6 min	- 73,5
250 g Teebutter	26,5 min	15 min	9,9 min	6,5 min	6,1 min	- 77,0
1 kg Schweinefleisch, Schnitzel	2 h 55,2 min	1 h 22,9 min	54,9 min	40,5 min	38,5 min	- 78,0
1 Damenkleid		11 h 26,8 min	8 h 47,6 min	7 h 6,3 min	7 h 8 min	- 37,7**
1 Herrenhemd		4 h 25 min	3 h 31,4 min	3 h 13,1 min	2 h 53,8 min	- 34,4**
Fernsehgerät Schwarz-weiß-/ Farbfernsehgerät*	248 h 53,5 min	40 h 31,8 min/ 229 h 0,7 min	117 h 18,6 min	85 h 8,8 min	38 h 6,6 min	- 83,4**
Spiegelreflexkamera		150 h 40,3 min	84 h 13,7 min	43 h 21,1 min	16 h 28,4 min	- 89,1**
100 km Bahn tarif 2. Klasse	2 h 13 min	1 h 14,9 min	1 h 8,8 min	1 h 10,2 min	1 h 15,1 min	- 43,5
Putzerei (Anzug)		1 h 22,1 min	1 h 11,7 min	1 h 11,6 min	1 h 9 min	- 16,0**
1 Stunde Arbeitszeit, Gas- und Wasserleitungs- installateur, Monteur und Helfer	5 h 5,9 min	4 h 47 min	4 h 43,6 min	5 h 27,2 min	6 h 26,5 min	+ 26,3

Anmerkungen:

(*) Schwarz-weiß-Fernsehgerät 1970 und 1980; Farbfernsehgerät 1980 bis 2000.

(**) Veränderung 2010 gegenüber 1980.

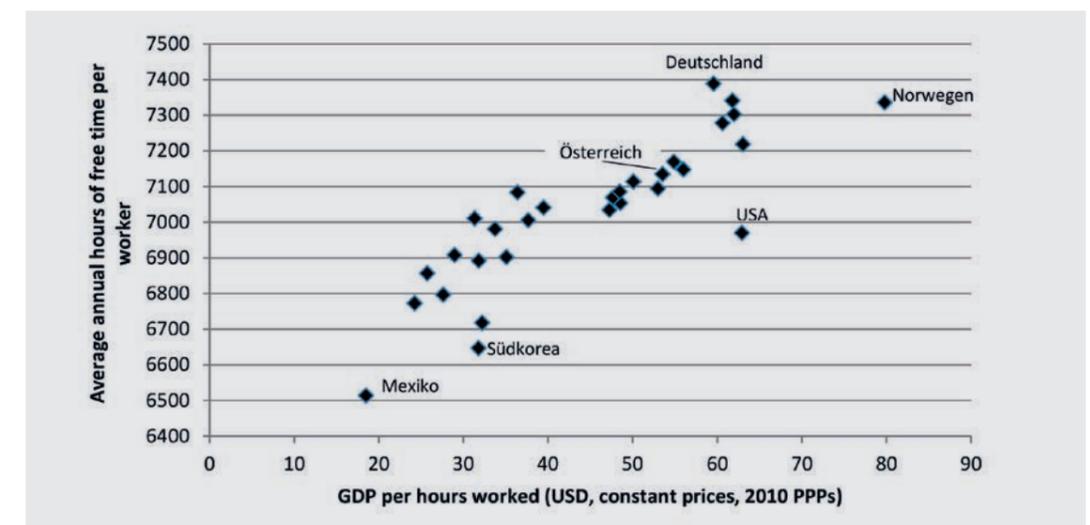
Quelle: Eigene Darstellung nach: W. Pollan, Die Entwicklung ausgewählter Verbraucherpreise von 1970 bis 2000. Wien 2001, 190; F. Sinabell, Entwicklung der Kaufkraft zeigt Veränderungen von Lebensstandards an, Wien 2011, 2.

Die mit dem Anstieg der Produktivität eingesparte Zeit kann zudem auch für andere, nicht der materiellen Produktion gewidmete Zwecke eingesetzt werden. Auch hier zeigt sich ein enger – und zeitlich stabiler – Zusammenhang zwischen dem Produktivitätsniveau, das eine Volkswirtschaft erreicht hat, und dem Umfang der disponiblen, freien Zeit, über die Beschäftigte verfügen können. Wie sehr das Niveau dieser frei verfügbaren, nicht für die Erwerbstätigkeit eingesetzten Zeit in einzelnen Volks-

wirtschaften von der Stundenproduktivität der aufgewendeten Arbeit abhängt, veranschaulicht die nachstehende Darstellung (Abbildung 1-1).

Dabei finden die mit den Produktivitätsfortschritten gewonnenen zeitlichen Freiräume in den sozialen Milieus ganz unterschiedliche Ausgestaltungen, wie Soeffner (2014, 44) treffend skizziert: „Das Bürgertum findet jenseits der Arbeitswelt in der Geselligkeit der Salons und im Ruheraum der Bibliothek oder des Studierzimmers seine räumlichen und zeitlichen Mußeclaven. Wo sich der Adel bei der Jagd für die Natur öffnet, pflegt der Bürger den Spaziergang ... und später das Wandern in der ‚freien Natur‘. Die (Fach-)Arbeiter und ‚kleinen Angestellten‘ bauen ihre Gartenhäuser und pflegen ihre Schrebergärten oder Taubenschläge.“ So werden Dauer und Art, wie die „von Arbeit freie Zeit“ genutzt wird, als „feiner Unterschied“ im Müßiggang ganz im Bourdieuschen Sinne zu einem kulturellen Abgrenzungsmechanismus zwischen gesellschaftlichen Schichten (Bourdieu 1987).⁷

Abbildung 1-1: Arbeitsproduktivität und Freizeit je Beschäftigten, 2015



Quelle: Eigene Darstellung nach: OECD (2016): Hours Worked: Average annual hours actually worked, OECD Employment and Labour Market Statistics, Zugriff: 28.12.2016; OECD (2016): Level of GDP per capita and productivity. OECD Productivity Database, Zugriff: 28.12.2016.

Produktivitätszuwächse sind zudem die Grundlage für die Finanzierung eines hohen Niveaus öffentlicher Versorgungs- und Vorsorgeleistungen. Sie stellen jene Ressourcen bereit, die für die Durchsetzung gesellschaftspolitischer, auf die Verbesserung der Lebensqualität zielender Ambitionen erforderlich sind. In diesem Kontext zeigen empirische Analysen, dass die aus dem Wirtschaftswachstum finanzierten öffentlichen Leistungen erheblich zur relativen Homogenität der Lebensqualität in hochentwickelten Volkswirtschaften beitragen.⁸ Ganz in diesem Sinne sind die zu verteilenden Ressourcen, wie Knecht (2010) in seinem wohlfahrtstaatlichen Modell der Ressourcentransformation analysiert, die Basis für die „Produktion von Lebensqualität“ durch die verschiedenen Politikbereiche (Weymark 2016).

Zusammengefasst eröffnen erst die im Zuge wirtschaftlicher Entwicklung realisierten Produktivitätszuwächse jene Spielräume, die für materielle Verbesserungen, individuell bestimmte Zeitver-

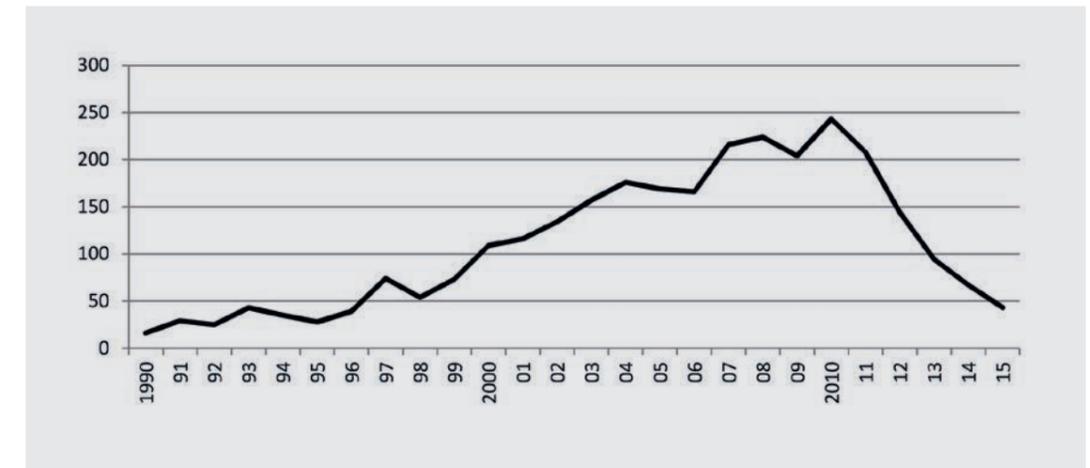
wendung oder eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden können. Insofern können Produktivitätszuwächse als unabdingbare Voraussetzungen einer hohen Lebensqualität angesehen werden. Hierfür sprechen auch die zu beobachtenden „Abstimmungen mit den Füßen“, das heißt die aufgrund individueller Präferenzen erfolgenden Wanderungsbewegungen – nicht zuletzt qualifizierter Arbeitskräfte – in produktivitätsstarke, folglich wettbewerbsfähige und damit auch hinsichtlich ihrer Lebensqualität attraktive Regionen (Faggian et al. 2012). Die vorgenannten Zusammenhänge behalten ihre Gültigkeit auch, wenn die spätestens seit den 1960er Jahren in den Wirtschaftswissenschaften aufkommende Kritik an einer schlichten Gleichsetzung menschlichen Wohlbefindens mit einer Mehrung des materiellen Wohlstands in Rechnung gestellt wird (Mishan 1967; Boulding 1966). Einen wesentlichen Baustein dieser kritischen Position bildet der von Easterlin (1974) vorgetragene empirische Befund, dass ein im Zeitverlauf steigendes Einkommen die Lebenszufriedenheit nicht verbessert, kurzum: Wirtschaftswachstum macht die Menschen nicht glücklicher. Dieser als Easterlin-Paradoxon bekannte Zusammenhang wurde von ihm selbst und anderen bestätigt (Easterlin et al. 2011; van Suntum 2010). Auf der anderen Seite liegt eine ganze Reihe empirischer Untersuchungen vor, die zu dem gegenteiligen Ergebnis kommen, dass also mehr Einkommen sehr wohl zufriedener macht (Gray et al. 2012; Veenhoven 2014; Sacks et al. 2013; Stevenson, Wolfers 2013). Darüber hinaus werden von dieser Seite nicht zuletzt methodische Einwände gegen die Annahme von der „zufriedenheitsmäßigen Neutralität“ des Einkommens vorgetragen.⁹ Gravierend ist dabei insbesondere der Einwand, dass die subjektiven Lebenszufriedenheitsdaten nicht durchgängig verlässlich sind (Schwarz et al. 1987; Krueger, Schkade 2008). Dementsprechend wird aus dieser Perspektive von einem durchaus positiven Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Lebenszufriedenheit ausgegangen, pointiert zusammengefasst: „Geld macht doch glücklich“ (Weimann et al. 2012).

Jenseits dieser – an dieser Stelle nur knapp nachzuzeichnenden – Diskussion kommen einschlägige Untersuchungen zu dem wenig überraschenden Befund: Je höher das verfügbare Einkommen einer Person zu einem gegebenen Zeitpunkt ist, desto höher ist auch die subjektive Lebenszufriedenheit (Hajek 2011). Dabei ist dieser positive Zusammenhang, wie sich anhand der SOEP-Daten für Deutschland zeigen lässt, für niedrige Einkommen stärker als für höhere: „Eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens um 100 Euro wirkt sich unterhalb eines Pro-Kopf-Nettoeinkommens von ca. 1.200 Euro etwa dreimal so stark [auf die Lebenszufriedenheit, d. V.] aus wie oberhalb von 1.200 Euro.“ (Weimann et al. 2012, 19). D'Ambrosio und Frick (2007, 509) erklären das Easterlin-Paradoxon von der „Zufriedenheitsneutralität“ des Einkommens mit dem Umstand, dass für die subjektive Lebenszufriedenheit auch die relative (Einkommens-)Position, die man in einer Gesellschaft einnimmt, von Bedeutung ist: „Happiness/satisfaction is a relative notion indicating that people derive their perceived well-being from being richer not from being simply rich“. Ein allgemeiner Einkommenszuwachs führt deshalb nicht zu einem Anstieg der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit, da sich die durchschnittliche relative Position im „Einkommensgefüge“ nicht verändert. Die Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation ergibt sich danach wesentlich aus dem Vergleich mit einem Referenzeinkommen, also dem Einkommen wichtiger Bezugspersonen oder -gruppen, und hier, wie Mayraz et al. (2009) gezeigt haben, offenkundig insbesondere aus Vergleichen im beruflichen Kontext.¹⁰

Die intensive Befassung mit dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum, materiellem Wohlstand und Lebensqualität hat in der jüngeren Vergangenheit bis in das Jahr 2010 hinein zu einer deutlichen Zunahme wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen zu den Themen Lebensqualität bzw. Well-being geführt. Auch wenn dieser Diskurs in den letzten Jahren offenkundig etwas an Intensität zu verlieren scheint (Abbildung 1-2), so weisen beispielsweise Frey und Stutzer (2002, 2016) doch auf die Fruchtbarkeit dieser ökonomischen „Glücksforschung“ und die Fortschritte in der Messung von Lebensqualität hin: „Happiness research adds considerable new insights to well-known

theoretical propositions. This has been shown with the example of how income, unemployment, inflation, and democracy affect reported individual well-being“ (Frey, Stutzer 2002, 428) Und weiter: „Only a few years ago, most economists took it for granted that utility cannot possibly be measured, and not even reasonably be approximated. Things have dramatically changed: happiness research has made great progress, with economists playing a leading role“ (Frey, Stutzer 2016, 21).

Abbildung 1-2: Wirtschaftswissenschaftliche Publikationen zu den Themen Lebensqualität, Well-being oder ökonomische Glücksforschung, 1990–2015



Anmerkung: Anzahl wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen zu den Themen Lebensqualität, Well-being oder ökonomische Glücksforschung im Katalog des „ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“, der weltweit größten Forschungsinfrastruktur für wirtschaftswissenschaftliche Literatur. Quelle: Eigene Darstellung, ECONIS-Datenbank des ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.

Vor dem Hintergrund dieser Debatte wurde zunehmend thematisiert, dass das Bruttoinlandsprodukt zum einen lediglich einen Teil wirtschaftlicher Aktivitäten abbildet, zum anderen wesentliche ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen des menschlichen Wohlbefindens außer Acht lässt.¹¹ Aus dieser kritischen Perspektive formierte sich über die vergangenen Jahre eine Reihe von Initiativen, die sich der Frage widmeten, wie Fortschritt und gesellschaftliches Wohlbefinden im 21. Jahrhundert gemessen werden sollten. Als prominente Beispiele seien genannt: Die von der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, der OECD und dem WWF 2007 veranstaltete Konferenz zum Thema „Beyond GDP“, die 2008 gebildete Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und die vom Deutschen Bundestag im Jahr 2010 beschlossene Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Als konkrete Projekte, die auf unterschiedliche Weise die aus den genannten Initiativen hervorgebrachten Vorschläge und Empfehlungen umgesetzt haben, sind etwa zu nennen: Der OECD Better Life Index oder „Wie geht’s Österreich“ der Statistik Austria (2016). Mit „Österreich 2025: Eine Agenda für mehr Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit“, hat das WIFO-Institut bereits eine konkrete wirtschaftspolitische Agenda vorgelegt, in welcher nicht nur die Messung der Lebensqualität als Fortschrittsmaß empfohlen wird, sondern zudem Maßnahmen genannt werden, die durch eine höhere ökonomische Dynamik, einen stärkeren sozialen Ausgleich und einer vermehrten ökologischen Nachhaltigkeit dazu beitragen sollen, Österreich erneut an die europäische Spitzenposition zurückzubringen (Aiginger, Scheiblecker 2016).

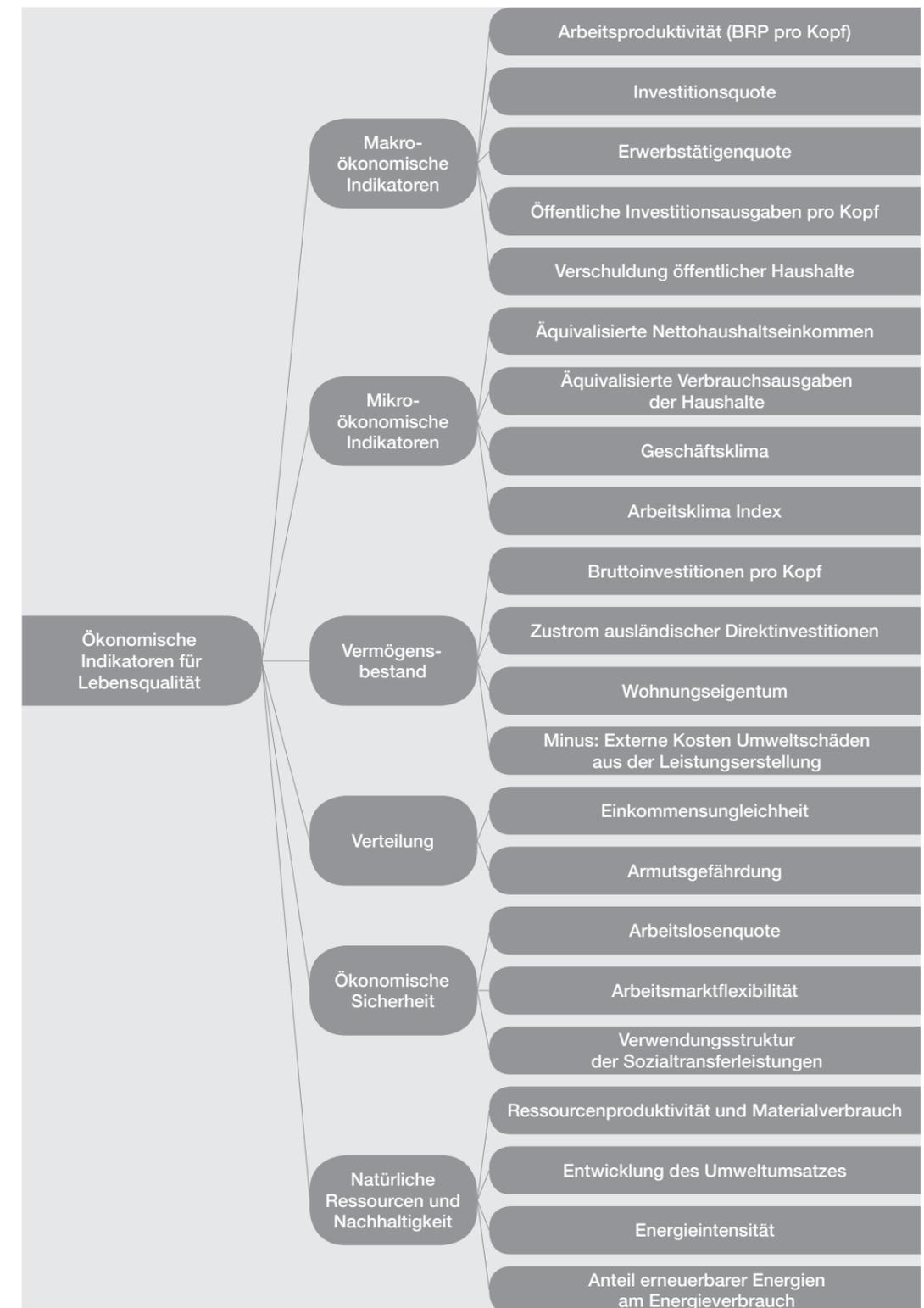
2 Indikatoren zu ökonomischen Aspekten der Lebensqualität

Mit der Initiative „Wie geht's Österreich?“ legt die Statistik Austria (2016) eine auf einem erweiterten Indikatorenkatalog basierende Messung von Wohlstand und Fortschritt auf Bundesebene vor. Mit der gegenständlichen Studie wird nunmehr ein Katalog an ökonomischen Indikatoren¹² für Lebensqualität auf regionaler Ebene, für das Bundesland Salzburg, vorgestellt (Abbildung 2-1).¹³

Zum einen werden dabei die makroökonomischen Bestimmungsgründe individuellen Wohlbefindens herangezogen. Zum anderen wird, anknüpfend an das ordinale Nutzenkonzept der Wirtschaftssubjekte in mikroökonomischen Ansätzen, hier wesentlich auf solche Indikatoren abgestellt, die auf das individuelle, subjektive Wohlbefinden orientieren. Demzufolge wird eine Wohlstandsmessung vorgenommen, in die neben Indikatoren zur Wirtschaftsleistung auch nicht-monetäre Indikatoren zu Wohlbefinden und Nachhaltigkeit eingehen (CAE/SVR 2010; für Österreich: Pesendorfer et al. 2012). Im Einzelnen wird hier die Entwicklung folgender Indikatoren dargestellt:

- **Makroökonomische Faktoren:** Makroökonomische Kenngrößen wie Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Investitionen bilden den Kern einer detaillierten Auseinandersetzung mit ökonomischen Aspekten der Lebensqualität im Bundesland Salzburg. Dazu zählen das Bruttoinlandsprodukt bzw. auf regionaler Ebene das Bruttoregionalprodukt (BRP) pro Kopf als Maß für die Arbeitsproduktivität, die Investitionsquote der Unternehmen (der Anteil der Bruttoinvestitionen an den Umsatzerlösen), die Erwerbstätigenquote (der Anteil der Erwerbstätigen sowie arbeitslos vorgemerkten Personen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter), die öffentlichen Investitionsausgaben pro Kopf und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Regionalisierte, das heißt auf Bundeslandebene verfügbare Daten zu den makroökonomischen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Investitionsquote und Erwerbstätigenquote werden in der Regionalen Gesamtrechnung (RGR)¹⁴ der Statistik Austria und vom AMS publiziert. Daten zu öffentlichen Investitionsausgaben finden sich in der Gebarungsstatistik, die Verschuldung von Bund und Land in der Statistik zu den Maastricht-Indikatoren der Statistik Austria.
- **Mikroökonomische Faktoren:** Als Wirtschaftssubjekte in den Blick genommen werden hier die privaten Haushalte und Unternehmen. Dabei wird das – unter Berücksichtigung von Steuern und Transfers – verfügbare pro Kopf Haushaltseinkommen ebenso betrachtet wie die äquivali-

Abbildung 2-1: Ökonomische Indikatoren für Lebensqualität



Quelle: Eigene Darstellung.

sierten Verbrauchsausgaben der Haushalte und Informationen zum Geschäfts- und Arbeitsklima. Mithilfe dieser Indikatoren können die von den Wirtschaftssubjekten wahrgenommenen Bedingungen wirtschaftlicher Aktivitäten berücksichtigt werden. Daten zum verfügbaren Haushaltseinkommen und den Konsumausgaben sind von der Statistik Austria erhältlich. Der Arbeitsklima Index wird von der Arbeiterkammer Salzburg erhoben, die Daten zum Geschäftsklimaindex entstammen unterschiedlichen Quellen: der Konjunkturerhebung der Wirtschaftskammer Salzburg, der Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung, der WIFO-Konjunkturerhebung und dem Konjunkturtest der KMU-Forschung Austria.

- **Vermögensbestand:** Der Begriff des Vermögensbestandes umfasst im Folgenden vor allem den Kapitalstock des Bundeslandes Salzburg, darüber hinaus auch das Wohnungseigentum. Als Indikatoren werden dementsprechend die Investitionsaktivitäten in Form von Bruttoinvestitionen sowie die Nettoposition der ausländischen Direktinvestitionen herangezogen. Von diesem „Vermögensbestand“ einer Region abzuziehen sind externe Kosten der Umweltschäden, die aus der Leistungserstellung resultieren. Als Indikator wird hier auf die öffentlichen Umweltschutzausgaben abgestellt. Mit Ausnahme der Angaben zu den ausländischen Direktinvestitionen, die von der Oesterreichischen Nationalbank bereitgestellt werden, wird die Entwicklung des Vermögensbestandes im Bundesland Salzburg auf Basis der von Statistik Austria bereitgestellten Daten erhoben. Die Daten zum Wohnungseigentum stammen aus dem Mikrozensus – Hauptwohnsitzwohnungen der Statistik Austria, die Daten zu den Umweltschutzausgaben aus der Gebarungsstatistik der Statistik Austria.
- **Verteilung:** Der Frage, wie sich die im Zuge der Produktivitätssteigerungen entstehenden Zuwächse der Einkommen und in der Güterversorgung verteilen, wird anhand der Indikatoren Einkommensverteilung und Armutsgefährdung nachgegangen. Die Daten zur Einkommensverteilung entstammen der Lohnsteuerstatistik, jene zur Armutsgefährdung dem EU-SILC-Datensatz.
- **Ökonomische Sicherheit:** Als Indikatoren zur ökonomischen Sicherheit werden die Arbeitslosigkeitsquote, die Arbeitsmarktflexibilität, die Auskunft über die Möglichkeit des Wiedereinstiegs in das Erwerbsleben gibt, sowie die Verwendungsstruktur der Sozialtransferleistungen herangezogen. Während sich die Arbeitslosigkeitsquote auf die wirtschaftliche Situation der Beschäftigten und deren Möglichkeiten, Einkommen zu erzielen, bezieht, bildet der Indikator zur Verwendungsstruktur der Sozialtransferleistungen ab, inwiefern Personen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen müssen und in welchem Bereich diese Hilfsbedürftigkeit besteht. Die entsprechenden Daten werden vom AMS und der Statistik Austria bereitgestellt. Hinzugezogen werden Informationen aus dem Arbeitsklima Index.
- **Natürliche Ressourcen und Nachhaltigkeit:** Ein weiterer Faktor, der zur Messung von Wohlstand in den Blick genommen wird, ist die umweltorientierte Nachhaltigkeit. Zu den entsprechenden Indikatoren zählen die Ressourcenproduktivität, der Umweltumsatz, die Energieintensität der Leistungserstellung und der Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung. Über Daten zum Umweltumsatz, zur Energieintensität und zum Einsatz erneuerbarer Energien im Bundesland Salzburg verfügt die Statistik Austria. Hinsichtlich der Ressourcenproduktivität auf regionaler Ebene wird mangels anderer Datengrundlagen auf die in einer Studie des *Economica* – Institut für Wirtschaftsforschung publizierten Daten zurückgegriffen; letztgenannte Daten liegen dabei bis zum Jahre 2012 vor.

Die Entwicklung der vorgenannten ökonomischen Indikatoren von Lebensqualität im Bundesland Salzburg wird, soweit es die verfügbaren Daten zulassen, mit jener in Österreich insgesamt verglichen. Auf diese Weise kann die Situation im Bundesland Salzburg auch vor dem österreichischen Hintergrund interpretiert werden.

3 Makroökonomische Indikatoren

Anhand der makroökonomischen Indikatoren können gleichsam die ökonomischen Rahmenbedingungen der Entwicklung von Lebensqualität abgebildet werden. Dies gilt, wie dargestellt (Kap. 1), zunächst für die Entwicklung der Produktivität, die wesentlich jene Spielräume definiert, die zur Entfaltung der Lebensqualität genutzt werden können. Die zentrale Bedeutung der Investitionsaktivitäten, die hier anhand der Investitionsquote dargestellt werden, ergibt sich wiederum daraus, dass sie wesentlich die zukünftigen technologischen Produktionsmöglichkeiten bestimmen, also die Grundlage für Innovationen und technischen Fortschritt darstellen und damit zukünftige Produktivitätszuwächse determinieren.

Die Erwerbsquote wiederum gibt Auskunft über das Ausmaß, in dem Personen im erwerbsfähigen Alter zur Wertschöpfung beitragen und an den wirtschaftlichen Erfolgen teilhaben, also insbesondere Einkommen realisieren können. Struktur und Niveau der Ausgaben der öffentlichen Haushalte auf Gemeinde- und Landesebene – und im Gegenzug deren Verschuldung – geben Einblicke zur Richtung und zum Umfang staatlicher Interventionen in den Marktprozess, womit eine Grundlage für die Diskussion um den Beitrag der öffentlichen Hand zur Entwicklung der Lebensqualität existiert.

3.1 PRODUKTIVITÄT

Die am Bruttoregionalprodukt (BRP)¹⁵ pro Kopf gemessene Produktivität belief sich im Bundesland Salzburg im Durchschnitt der Jahre 2004–14 auf 40.064 Euro, sie lag damit um mehr als 5.300 Euro über dem Niveau für Österreich insgesamt (Tabelle 3-1).¹⁶ Dabei hat die Produktivität sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich von 2004 bis 2014 deutlich zugenommen: Lag das BRP pro Kopf im Jahr 2004 in Salzburg noch bei 33.100 Euro, so stieg es mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 3,2 % bis 2014 auf 45.200 Euro deutlich an. Dieser Gesamtanstieg um etwa 37 % liegt dabei deutlich über jenem von Gesamtösterreich (etwa 30 %). Auch das jahresdurchschnittliche Wachstum fiel in Gesamtösterreich mit 2,7 % um einen halben Prozentpunkt niedriger aus als im Bundesland Salzburg. Insofern kann für den Betrachtungszeitraum von einem „Salzburger Produktivitätsvorsprung“ gesprochen werden, der über den betrachteten Zeithorizont zunehmend ausgebaut werden konnte.

In der zeitlichen Betrachtung zeigt sich, dass die Vorkrisenjahre 2005 bis 2007 in Salzburg von einem relativ hohen Produktivitätswachstum gekennzeichnet waren. Im Nachgang zur Finanzkrise ging das BRP pro Kopf dann sowohl in Salzburg als auch in Österreich insgesamt um etwa 2 % zurück. Während in Salzburg im Folgejahr 2010 bereits eine deutliche Erholung zu verzeichnen war, das BRP pro Kopf stieg hier um mehr als 5 %, nahm das BRP pro Kopf im österreichischen Durchschnitt mit 2,6 % deutlich verhaltener zu. Seitdem schwächte sich das Produktivitätswachstum im Bundesland Salzburg etwas ab und lag 2013 und 2014, wie in Österreich insgesamt, deutlich unter dem Vorkrisenniveau.

Tabelle 3-1: Bundesland Salzburg und Österreich: Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu laufenden Preisen, 2004–2014

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014*	Vrd. % p. a.
Salzburg (in €)	33.100	34.400	36.400	39.200	40.000	39.100	41.100	43.000	44.500	44.700	45.200	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		3,9	5,8	7,7	2,0	-2,3	5,1	4,6	3,5	0,4	1,1	3,2
Österreich (in €)	29.600	30.800	32.200	34.000	35.100	34.300	35.200	36.800	37.600	38.100	38.500	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		4,1	4,5	5,6	3,2	-2,3	2,6	4,5	2,2	1,3	1,0	2,7

Anmerkungen: Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt, auf Hunderterstelle gerundet.
(*) Vorläufige Zahlen. VGR-Revisionsstand: Juli 2015. Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Regionale Gesamtrechnung.

3.2 INVESTITIONSQUOTE

Die Investitionsquote¹⁷ lag im Bundesland Salzburg zwischen 2004 und 2014 durchschnittlich bei 6,5 %, in Österreich insgesamt bei 5,9 %. Ausgehend von einer Investitionsquote im Jahr 2004, die um 0,2 Prozentpunkte unter dem österreichischen Durchschnittswert lag, konnte das Bundesland Salzburg über die Jahre einen deutlichen Investitionsvorsprung aufbauen, der im Jahr 2014 mit einem Vorsprung von 1,5 Prozentpunkten gipfelte (Tabelle 3-2).¹⁸

Im Beobachtungszeitraum 2004–14 ist die Investitionsquote im Bundesland Salzburg leicht, im österreichischen Durchschnitt hingegen etwas deutlicher zurückgegangen. Im Ausgangsjahr 2004 hatten die Bruttoinvestitionen Salzburger Unternehmen einen Anteil von 6,9 % an den Umsatzerlösen, im Jahr 2014 lag dieser bei 6,4 %. Diesem Rückgang um insgesamt 0,5 Prozentpunkte steht in Österreich ein Gesamtrückgang um 2,2 Prozentpunkte gegenüber, von 7,1 % im Jahre 2004 auf 4,9 % im Jahr 2014.

Tabelle 3-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Investitionsquote, 2004–2014

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014*	Vrd. % 04/14 in PP
Salzburg (in %)												
Gesamt*	6,9	7,2	7,2	6,7	7,1	6,2	6,2	5,7	6,1	6,1	6,4	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,3	0,0	-0,5	0,4	-0,9	0,0	-0,5	0,4	0,0	0,3	-0,5
Sachgüter- erzeugung**	3,9	4,3	3,9	3,9	4,0	4,1	3,2	2,9	3,5	3,3	3,1	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,4	-0,4	0,0	0,1	0,1	-0,9	-0,3	0,6	-0,2	-0,2	-0,8
Dienstleistungs- sektor***	7,8	8,0	8,0	7,5	8,4	7,0	7,3	6,7	7,0	7,1	7,6	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,2	0,0	-0,5	0,9	-1,4	0,3	-0,6	0,3	0,1	0,5	-0,2
Österreich (in %)												
Gesamt*	7,1	6,6	6,4	6,6	6,1	5,6	5,6	5,2	5,1	5,5	4,9	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,5	-0,2	0,2	-0,5	-0,5	0,0	-0,4	-0,1	0,4	-0,6	-2,2
Sachgüter- erzeugung**	4,9	4,3	4,2	4,9	4,5	4,2	3,6	3,5	3,9	3,6	3,8	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,6	-0,1	0,7	-0,4	-0,3	-0,6	-0,1	0,4	-0,3	0,2	-1,1
Dienstleistungs- sektor***	8,4	7,7	7,5	7,4	6,8	6,2	6,5	6,0	5,7	6,5	5,3	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,7	-0,2	-0,1	-0,6	-0,6	0,3	-0,5	-0,3	0,8	-1,2	-3,1

Anmerkungen: Investitionsquote: Anteil der Bruttoinvestitionen an den Umsatzerlösen. Unter Investitionen sind die steuerlich aktivierbaren Anschaffungen zum Anlagevermögen – nur Zugänge im Berichtsjahr – zu verstehen. Die Umsatzerlöse beinhalten die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlösschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

(*) Die Leistungs- und Strukturhebung umfasst die ÖNACE 2008 Abschnitte B bis N sowie Abteilung S95.

(**) ÖNACE 2008 Kategorie C – Herstellung von Waren.

(***) ÖNACE 2008 Kategorien G, H, I, J, K, L, M, N, S.

PP = Prozentpunkte.

Stand der Aktualisierung: 30.06.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturhebung.

Während die Investitionsquote im Bundesland Salzburg von 2004 auf 2005 leicht anstieg, 2006 stagnierte und im Vorkrisenjahr 2007 bereits leicht rückläufig war, zeigten sich in Österreich in den Jahren 2005 und 2006 leichte Rückgänge, im Jahr 2007 jedoch ein leichter Anstieg. Auch im Krisenjahr zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. So stieg die Investitionsquote im Bundesland Salzburg um 0,4 Prozentpunkte an, im österreichischen Durchschnitt war hingegen ein Rückgang von 0,5 Prozentpunkten zu verzeichnen. In den Nachkrisenjahren 2009 bis 2011 zeigte sich sowohl im Bundesland als auch im nationalen Durchschnitt eine ähnliche Entwicklung: Im Jahr 2009 ging die Investitionsquote im Bundesland Salzburg mit -0,9 Prozentpunkten etwas deutlicher zurück als im Bundesdurchschnitt. Auf die stagnierende Investitionsquote im Jahre 2010 folgte ein erneuter Rück-

gang im Jahr 2011; dieser belief sich im Bundesland Salzburg auf -0,5 Prozentpunkte, im österreichischen Durchschnitt auf -0,4 Prozentpunkte. Zwischen 2012 und 2014 nahm die Investitionsquote im Bundesland Salzburg dann leicht zu, im Bundesdurchschnitt hingegen leicht ab.

Entsprechend der durch Dienstleistungen geprägten Salzburger Branchenstruktur¹⁹, lag die Investitionsquote des Salzburger Dienstleistungssektors mit durchschnittlich 7,5 % im Zeitraum 2004–14 recht deutlich über jener für Gesamtösterreich (6,7 %), während gleichzeitig die Investitionsquote im Salzburger Sachgütersektor mit 3,6 % gegenüber dem Bundesdurchschnitt (4,1 %) etwas niedriger war. Sowohl im nationalen Durchschnitt als auch im Bundesland selbst zeigt sich im Betrachtungszeitraum jeweils ein Rückgang der Investitionsquote. In Salzburg ging diese in der Sachgütererzeugung von 3,9 % im Jahr 2004 auf 3,1 % im Jahr 2014 zurück, im österreichischen Durchschnitt sank sie etwas stärker von 4,9 % (2004) auf 3,8 % (2014). Auch jene des Dienstleistungssektors war über den betrachteten Zeitraum sowohl im Bundesland, als auch in Österreich gesamt, rückläufig.²⁰

3.3 ERWERBSTÄTIGENQUOTE

Die Erwerbstätigenquote ist von 2008 bis 2015 sowohl in Österreich gesamt als auch im Bundesland Salzburg angestiegen. Lag sie im Ausgangsjahr 2005 bei 73 % (Salzburg) bzw. rund 72 % (Österreich), so stieg sie bis zum Jahr 2015 auf einen Wert von etwa 80 % (Salzburg) bzw. etwa 77 % (Österreich). Die Salzburger Erwerbsquote ist also über den gegebenen Zeitraum nicht nur deutlich stärker angestiegen als jene des österreichischen Durchschnitts, sie wies auch durchgehend höhere Werte auf. Zu erkennen ist dabei eine zunehmende Divergenz, da die Differenz zwischen dem Bundesland und Österreich gesamt über die betrachtete Zeitperiode zunahm: Betrug sie im Jahr 2005 lediglich 0,7 Prozentpunkte, so trennten den österreichischen Durchschnitt im Jahre 2015 bereits 3,0 Prozentpunkten vom Salzburger Wert. Der höchste Anstieg der Erwerbstätigenquote zeigte sich sowohl im Bundesland als auch im Bundesdurchschnitt im Jahr 2013 (+1,9 bzw. +0,9 Prozentpunkte) (Tabelle 3-3).

Nach Geschlecht differenziert, wiesen Männer sowohl im Bundesland als auch im österreichischen Durchschnitt eine durchgehend deutlich höhere Erwerbstätigenquote auf. Über den betrachteten Zeithorizont zeigt sich jedoch sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene ein Rückgang dieser geschlechterspezifischen Differenz in der Erwerbsbeteiligung, da die Erwerbstätigenquote von Frauen deutlicher rascher zunahm als jene der Männer.

Tabelle 3-3: Bundesland Salzburg und Österreich: Erwerbstätigenquote, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % 08/15 in PP
Salzburg (in %)	73,0	73,4	74,5	75,2	76,1	78,0	78,9	79,6	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,4	1,1	0,7	0,9	1,9	0,9	0,7	6,6
davon Männer (in %)	76,5	76,5	76,8	77,3	78,2	80,1	80,9	81,4	4,9
davon Frauen (in %)	69,2	70,1	72,1	73,0	74,0	75,7	76,8	77,5	8,3
Österreich (in %)	72,3	72,4	73,0	73,6	74,2	75,1	75,9	76,6	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,1	0,6	0,6	0,6	0,9	0,8	0,7	4,3
davon Männer (in %)	76,2	75,7	75,6	76,1	76,5	77,5	78,2	78,8	2,6
davon Frauen (in %)	68,1	68,8	70,0	71,0	71,6	72,6	73,4	74,2	6,1

Anmerkungen: Erwerbstätigenquote: Anteil der unselbstständig und selbstständig Beschäftigten sowie arbeitslos vorgemerkten Personen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Regionale Zuordnung erfolgt nach dem Wohnort (wohnotbezogene Erwerbsquote). PP = Prozentpunkte. Stand: 28.11.2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: AMS Arbeitsmarktprofile Österreich und Salzburg 2008–2015.

3.4 ÖFFENTLICHE INVESTITIONSAUSGABEN PRO KOPF

Die Investitionsausgaben der Gemeinden²¹ beliefen sich im Durchschnitt der Jahre 2005–15 auf 260 Euro pro Kopf; sie bewegten sich damit nur leicht oberhalb des durchschnittlichen Niveaus aller österreichischen Gemeinden (knapp 257 Euro pro Kopf). Dabei haben diese Investitionen im Bundesland Salzburg von 2005 bis 2015 mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 2,7 % insgesamt um über 30 % zugenommen – ein Anstieg der deutlich über jenem der Gemeinden in Gesamtösterreich liegt: Während sie im Bundesland Salzburg von rund 242 Euro auf 317 Euro pro Kopf wuchsen, stiegen sie im österreichischen Durchschnitt mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 0,8 % von rund 269 Euro auf rund 291 Euro pro Kopf nur relativ leicht an.

Dementsprechend ist ein Aufholprozess der Salzburger Gemeinden bei den Pro-Kopf-Investitionen zu erkennen. Lagen diese im Ausgangsjahr 2005 noch um rund 27 Euro unterhalb des Niveaus aller österreichischen Gemeinden, so wiesen die Gemeinden des Bundeslandes Salzburg ab 2011 anhaltend höhere Investitionsausgaben pro Kopf auf. Am ausgeprägtesten war diese Differenz mit 102 Euro pro Kopf im Jahr 2012, danach reduzierte sich dieser „Investitionsvorsprung“ auf Gemeindeebene in den Folgejahren auf rund 27 Euro pro Kopf im Jahre 2015 (Tabelle 3-4).

Tabelle 3-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Investitionsausgaben der Gemeinden pro Kopf, 2005–2015

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % p. a.
Salzburg (in €)												
Gesamt	242,2	220,8	222,6	243,6	216,7	219,0	249,5	327,5	288,5	312,1	317,0	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-8,8	0,8	9,4	-11,0	1,1	13,9	31,3	-11,9	8,2	1,6	2,7
Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	42,1	37,9	30,2	34,3	31,4	25,9	38,7	53,2	51,2	79,6	89,3	7,8
Soziale Wohlfahrt und Wohnbau- förderung	6,9	3,7	7,2	7,6	10,6	7,7	9,4	38,4	31,5	12,6	8,0	1,5
Gesundheit	1,7	1,4	2,4	3,6	6,2	1,2	0,4	1,1	0,6	0,5	0,8	-7,3
Straßen- und Wasserbau, Verkehr	63,7	55,1	58,4	59,6	58,8	54,9	70,7	70,2	71,8	81,2	77,4	2,0
Österreich (in €)												
Gesamt	269,1	260,5	263,5	275,3	273,2	229,5	205,8	225,5	244,1	287,4	290,5	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-3,2	1,2	4,5	-0,8	-16,0	-10,3	9,6	8,2	17,7	1,1	0,8
Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	29,0	33,1	30,7	38,0	43,7	37,2	31,1	31,1	37,7	50,0	54,5	6,5
Soziale Wohlfahrt und Wohnbau- förderung	1,3	1,6	1,9	2,0	2,7	2,4	3,1	4,0	2,7	1,8	1,4	0,7
Gesundheit	1,9	1,6	1,2	1,4	1,7	0,9	1,0	1,0	1,1	1,5	1,5	-2,3
Straßen- und Wasserbau, Verkehr	63,0	64,2	67,4	69,9	73,5	60,6	56,5	60,6	69,9	82,5	79,5	2,4

Anmerkungen: Investitionsausgaben: Ordentliche und außerordentliche Investitionen laut Rechnungsabschlüssen.
Trennung in ordentliche und außerordentliche Investitionen nach den Kriterien (a) Periodizität (o. A.: regelmäßig, ao. A.: unregelmäßig),
(b) Vorhersehbarkeit (o. A.: vorhersehbar, ao. A.: unvorhersehbar), (c) Finanzierungsart (o. A.: laufende Einnahmen, ao. A.:
außerordentliche Einnahmen (insbesondere Schuldenaufnahme)) und (d) zeitlichen Nutzenverteilung (o. A.: nutzstiftend in
laufender Periode, ao. A.: nutzstiftend (auch) in zukünftigen Perioden).
Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.
(* Aggregierte Daten aller Gemeinden Österreichs.)
Stand: 03.10.2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Gebarungstatistik, Gemeinden ab 2000, VA-Gruppen und Abschnitte.

Differenziert nach Investitionsart zeigt sich, dass die Gemeinden sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Gesamtösterreich etwa ein Viertel ihrer Investitionen für den Bereich Verkehr verausgabten, im Bundesland Salzburg fast 66 Euro pro Kopf, in den österreichischen Gemeinden durchschnittlich 68 Euro pro Kopf. Auffällig sind allerdings zwei Salzburger „Besonderheiten“: Zum einen investieren die Salzburger Gemeinden im Durchschnitt der Jahre 2005–15 knapp 47 Euro pro Kopf für den Bereich Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und damit deutlich mehr als die knapp 38 Euro pro Kopf, die österreichische Gemeinden durchschnittlich für Investitionen in diesem Bereich verausgaben. Zum anderen zeigt sich, dass Salzburger Gemeinden in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung gut 13 Euro pro Kopf investierten, gegenüber rund zwei Euro pro Kopf im öster-

reichischen Durchschnitt. Die Investitionsausgaben der Salzburger Gemeinden im Bereich „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ wiesen im Betrachtungszeitraum 2005–15 ein überdurchschnittlich hohes Wachstum – von jahresdurchschnittlich +7,8 % – auf. Auch im Durchschnitt aller österreichischen Gemeinden war dies der Bereich mit dem höchsten Wachstum; dieses lag mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 6,5 % allerdings deutlich unter dem Salzburger Niveau.

Ebenfalls verhältnismäßig hohe jahresdurchschnittliche Wachstumsraten wiesen im Bundesland Salzburg die Pro-Kopf-Investitionsausgaben der Gemeinden in den Bereichen „soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ (1,5 %), sowie „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“ (2,0 %) auf. Die entsprechenden Zuwächse auf Ebene aller österreichischen Gemeinden beliefen sich auf 0,7 % bzw. 2,4 %. Einen deutlichen Rückgang verzeichneten hingegen die Pro-Kopf-Investitionsausgaben der Gemeinden im Bereich „Gesundheit“: In Salzburg betrug dieser Rückgang insgesamt 52,9 %, im österreichischen Durchschnitt insgesamt 21,1 %, die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten belaufen sich auf -7,3 % bzw. -2,3 %.

Die in Tabelle 3-5 dokumentierten, aus dem Landeshaushalt finanzierten Investitionsausgaben bewegten sich im Bundesland Salzburg im Zeitraum 2005–15 zwischen 54 Euro und 90 Euro pro Kopf, im Durchschnitt beliefen sie sich auf 72 Euro. Dabei kann von 2005 bis 2009 zunächst ein deutlicher Anstieg beobachtet werden, seitdem ist dann – mit Ausnahme der Jahre 2012 und 2014 – ein anhaltender Rückgang von 90 Euro auf 54 Euro im Jahre 2015 zu registrieren. Der Vergleich mit dem Durchschnitt aller österreichischen Bundesländer (ohne Wien) zeigt, dass hier die über die Länderhaushalte finanzierten Investitionsausgaben pro Kopf deutlich über dem Salzburger Niveau lagen – einzige Ausnahme bildete das Jahr 2012. Im österreichischen Durchschnitt schwankten diese Investitionsausgaben im Betrachtungszeitraum zwischen 86 Euro und 106 Euro pro Kopf, im Mittel beliefen sie sich auf knapp 95 Euro, lagen also um etwa ein Drittel über dem Salzburger Niveau. Dabei ist für Österreich insgesamt (ohne Wien) bereits seit 2006 ein – durch leichte Schwankungen gekennzeichnet – Trend rückläufiger, über die Landeshaushalte finanzierter Investitionsausgaben pro Kopf zu identifizieren. Beliefen sich diese Ausgaben im Jahre 2006 noch auf über 106 Euro, so ist dieser Wert im Jahre 2015 auf knapp 89 Euro zurückgegangen.

Eine Aufgliederung nach Investitionsbereichen zeigt, dass die Kategorie „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“ sowohl im Bundesland Salzburg, als auch im Durchschnitt der österreichischen Bundesländer (ohne Wien), den mit großem Abstand jeweils höchsten Anteil an den Investitionen einnahm. Im Bundesland Salzburg beliefen sich Investitionsausgaben für Verkehr pro Kopf im Zeitraum 2005–15 auf durchschnittlich 53 Euro, damit wurden fast drei Viertel der vom Land finanzierten Investitionsausgaben für diesen Bereich verausgabt. Im Durchschnitt der österreichischen Bundesländer (ohne Wien) beliefen sich die Pro-Kopf-Investitionsausgaben für diesen Verwendungszweck auf mehr als 64 Euro, der Anteil an den gesamten Investitionsausgaben lag hier mit rund 68 % deutlich unterhalb des Salzburger Niveaus.

Im Bereich „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ investierte das Bundesland Salzburg mit durchschnittlich elf Euro pro Kopf fast doppelt so viel wie im Durchschnitt der Bundesländer (ohne Wien), die für diesen Bereich knapp sechs Euro pro Kopf verausgabten. Auch auf Landesebene ist demnach ein „Salzburger Investitionsvorsprung“ im Bereich Bildung und Wissenschaft zu konstatieren.

Tabelle 3-5: Bundesland Salzburg und Österreich: Investitionsausgaben der Länder pro Kopf, 2005–2015

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. p. a.
Salzburg (in €)												
Gesamt	57,5	75,7	75,3	80,0	90,3	74,7	66,7	89,2	63,1	66,1	53,9	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		31,7	-0,5	6,2	12,9	-17,3	-10,7	33,7	-29,3	4,8	-18,5	-0,6
Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	7,2	6,6	8,3	11,6	14,9	14,9	13,9	17,0	9,5	12,7	4,6	-4,4
Soziale Wohlfahrt und Wohnbau- förderung	0,6	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,5	0,2	0,1	0,1	1,0	5,2
Gesundheit	0,6	0,6	0,6	0,3	0,6	0,5	0,6	0,3	0,4	0,6	0,4	-4,0
Straßen- und Wasserbau, Verkehr	41,2	60,8	61,7	60,1	67,4	53,9	47,3	67,4	49,2	39,4	38,1	-0,8
Bundesländer ohne Wien* (in €)												
Gesamt	96,4	106,4	100,3	101,6	101,1	96,1	87,9	86,9	86,0	91,4	88,9	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		10,4	-5,7	1,3	-0,5	-4,9	-8,5	-1,1	-1,0	6,3	-2,7	-0,8
Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	7,0	5,8	4,7	4,9	6,4	8,4	6,9	5,1	5,2	5,4	5,1	-3,1
Soziale Wohlfahrt und Wohnbau- förderung	1,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6	0,5	0,5	0,8	-6,7
Gesundheit	6,5	7,9	8,2	8,0	4,9	3,0	3,1	3,6	5,2	6,8	4,9	-2,8
Straßen- und Wasserbau, Verkehr	64,7	75,5	67,8	66,9	67,8	61,1	58,6	61,2	59,6	61,4	63,8	-0,1

Anmerkungen Investitionsausgaben: Ordentliche und außerordentliche Investitionen laut Rechnungsabschlüssen. Trennung in ordentliche und außerordentliche Investitionen nach den Kriterien (a) Periodizität (o. A.: regelmäßig, ao. A.: unregelmäßig), (b) Vorhersehbarkeit (o. A.: vorhersehbar, ao. A.: unvorhersehbar), (c) Finanzierungsart (o. A.: laufende Einnahmen, ao. A.: außerordentliche Einnahmen (insbesondere Schuldenaufnahme)) und (d) zeitlichen Nutzenverteilung (o. A.: nutzstiftend in laufender Periode, ao. A.: nutzstiftend (auch) in zukünftigen Perioden). Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt. (*) Aggregierte Daten der Bundesländer ohne Wien. Dementsprechend ins Verhältnis zur Wohnbevölkerung ohne Wien gesetzt. Stand der Aktualisierung: 03.10.2016. Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Gebarungsstatistik, Länder ab 2000, VA-Gruppen und Abschnitte.

Umgekehrt verhält es sich bei den Investitionsausgaben für den Bereich Gesundheit, hier investierte das Bundesland Salzburg 2005–15 durchschnittlich 0,5 Euro pro Kopf, der österreichische Durchschnittswert für die Bundesländer (ohne Wien) lag hier mit 5,6 Euro pro Kopf deutlich höher. Nimmt man die ebenfalls relativ niedrigen Pro-Kopf-Investitionen der Salzburger Gemeinden hinzu, ergibt sich für das Bundesland Salzburg insgesamt das Bild deutlich niedrigerer Investitionen im Bereich der öffentlich finanzierten gesundheitsbezogenen Investitionen. Die Investitionsausgaben für soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung beliefen sich im Bundesland Salzburg 2005–15 auf durchschnittlich gut 0,3 Euro pro Kopf, mit knapp 0,7 Euro pro Kopf lagen sie im Durchschnitt der Bundesländer (ohne Wien) mehr als doppelt so hoch. Offenkundig liegt hier gleichsam ein „Kompen-

sationseffekt“ vor, bewegten sich doch – wie gezeigt – die Ausgaben der Salzburger Gemeinden auf sehr viel höherem Niveau als im Bundesdurchschnitt.

3.5 VERSCHULDUNG ÖFFENTLICHER HAUSHALTE

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Bundesland Salzburg belief sich, wie Tabelle 3-6 zu entnehmen ist, 2012 auf 3,5 Mrd. Euro und damit auf knapp 15 % des Bruttoregionalprodukts (BRP). Bis 2015 reduzierte sich der öffentliche Schuldenstand deutlich – um über 40 % – auf 2,1 Mrd. Euro. Auch der Anteil am BRP ging bis 2014 auf 9,1 % deutlich zurück. Demgegenüber nahm die öffentliche Verschuldung der österreichischen Bundesländer (ohne Wien) im gleichen Zeitraum lediglich um knapp zwei Prozent ab, von 21,1 Mrd. Euro auf 20,7 Mrd. Euro. Dementsprechend ging auch der Anteil des öffentlichen Schuldenstands am BRP gesamt (ohne Wien) auf der gesamten Landesebene (ohne Wien) vergleichsweise leicht zurück, von 8,9 % im Jahre 2012 auf 8,3 % im Jahre 2014. Ungeachtet des vergleichsweise raschen Schuldenabbaus liegt damit der Anteil der öffentlichen Schulden an der Wirtschaftsleistung im Bundesland Salzburg immer noch spürbar über dem Durchschnitt der österreichischen Bundesländer.

Tabelle 3-6: Bundesland Salzburg und Österreich: Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht-Indikatoren, 2012–2015

	2012	2013	2014	2015	% p.a.	2012	2013	2014	Vrd. % 12/14 (in PP)
	in Mio. €					in % des BRP*			
Land** Salzburg	3.528	2.208	2.210	2.110		14,9	9,3	9,1	-5,8
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-37,4	0,1	-4,5	-15,7		-5,6	-0,2	
Landesebene (ohne Wien)***	21.086	20.034	20.353	20.676		8,9	8,3	8,3	-0,6
Vrd. zum Vorjahr (in %/in Prozentpunkten)		-5,0	1,6	1,6	-0,7		-0,6	0,0	

Anmerkungen: Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht-Indikatoren, Bruttokonzept: Ausgewiesen wird der Stand der finanziellen Verbindlichkeiten ohne Gegenrechnung von finanziellen Vermögenswerten wie etwa Kassenmitteln, gewährten Darlehen (etwa Wohnbauförderungsdarlehen) oder Wertpapieren. Auch physische Vermögenswerte und Beteiligungsvermögen bleiben bei dem Bruttokonzept unberücksichtigt (BMF 2015). (*) BIP/BRP zu laufenden Preisen laut RGR. Zahlen für 2014 vorläufig. Aus dem BIP gesamt wurde Wien herausgerechnet. (**) Umfasst Land, Landesfonds, Landeskammern und ausgegliederte Landeseinheiten. (***) Entspricht der Summe der Länder ohne Wien. PP = Prozentpunkte. Stand: 29.11.2016. Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Öffentlicher Schuldenstand – Maastricht-Indikatoren.

4 Mikroökonomische Indikatoren

Das wesentliche Motiv, am Erwerbsleben teilzunehmen, ist für die Wirtschaftssubjekte zweifellos die Erzielung von Einkommen. Wird im Anschluss an die eingangs dargestellte Diskussion (Kap. 1) von einem positiven Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritten, Einkommenshöhe und dem Niveau der Lebenszufriedenheit ausgegangen, ist nachstehend der Frage nach der Höhe der verfügbaren Einkommen im Bundesland Salzburg nachzugehen. Da aggregierte Größen wie das Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttoregionalprodukt keine Auskunft zu den individuell verfügbaren Einkommen geben, sind hier mit Blick auf die materiellen Voraussetzungen individueller Lebensqualität die Einkommen einzelner privater Haushalte, und die damit definierte Menge an Konsummöglichkeiten und Ressourcen, über die verfügt werden kann, von erheblicher Bedeutung. Dementsprechend werden hier als mikroökonomische Indikatoren von Lebensqualität die Haushaltseinkommen und Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte herangezogen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist das Ergebnis von Präferenzen und Einzelentscheidungen der Wirtschaftssubjekte. Die Frage, wie diese Entscheidungen zustande kommen, ist Gegenstand mikroökonomischer Analysen. Dabei spielen für Konsum- und Investitionsentscheidungen die von den Wirtschaftssubjekten wahrgenommenen Bedingungen wirtschaftlicher Aktivitäten, wie sie im Geschäftsklima und im Arbeitsklima Index abgebildet werden, eine wesentliche Rolle.

4.1 ÄQUIVALISIERTES NETTOHAUSHALTSEINKOMMEN

Die privaten Haushalte im Bundesland Salzburg verfügten im Durchschnitt der Jahre 2008–15 über ein jährliches äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen²² in Höhe von 24.748 Euro (Tabelle 4-1). Dieser Wert liegt deutlich – um rund 686 Euro – oberhalb des österreichischen Durchschnittswerts von 24.062 Euro. In der zeitlichen Betrachtung ist jedoch zu erkennen, dass das Bundesland Salzburg nicht durchgehend höhere Werte des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens aufwies. So lag Salzburg etwa in den Nachkrisenjahren 2008 und 2009 (um 125 Euro bzw. 86 Euro) sowie im Letztjahr 2015 (um 35 Euro) unter dem österreichischen Niveau. Ausgehend von einem Niveau von 21.554 Euro im Jahre 2008 realisierten die Salzburger Privathaushalte bis in das Jahr 2015 mit einem jahresdurch-

schnittlichen Wachstum von 2,7 % einen Gesamtzuwachs um 20,3 % auf 25.923 Euro, der österreichische Durchschnittshaushalt erreichte ein Gesamtwachstum des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens von 19,7 % auf 25.958 Euro – dies entsprach einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 2,6 %. Bezüglich der Entwicklung über die Zeit wird sowohl für das Bundesland als auch für den österreichischen Durchschnitt ein ähnliches Muster ersichtlich. So wiesen die Jahre 2009 und 2010 jeweils verhältnismäßig hohe Wachstumsraten des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens auf, in den Jahren 2011 und 2012 fiel dieses Wachstum jeweils etwas verhaltener aus und im Jahr 2013 ging das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen sowohl im Bundesland als auch im Durchschnitt zurück – im Bundesland mit -7,4 % jedoch viel deutlicher als in Österreich (-0,2 %). Das Jahr 2014 wies erneut ein deutliches Wachstum auf – sowohl im Bundesland als auch im österreichischen Durchschnitt das höchste in der betrachteten Periode. 2015 folgte ein Rückgang, der erneut im Bundesland deutlich höher ausfiel als im Durchschnitt (-4,2 % bzw. -0,5 %).²³

Tabelle 4-1: Bundesland Salzburg und Österreich:
Jährliches äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % p. a.
Salzburg (in €)	21.554	22.664	24.500	25.320	26.465	24.511	27.048	25.923	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		5,1	8,1	3,3	4,5	-7,4	10,4	-4,2	2,7
Österreich (in €)	21.679	22.750	23.596	23.642	24.423	24.366	26.080	25.958	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		4,9	3,7	0,2	3,3	-0,2	7,0	-0,5	2,6

Anmerkungen: Ausgewiesene Werte entsprechen dem arithmetischen Mittel. Das Äquivalenzeinkommen eines Haushalts errechnet sich aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte im Haushalt. Die Personengewichte werden auf Basis der EU-Skala berechnet: erste Person = 1,0; zweite und jede weitere Person = 0,5, außer Kinder jünger als 14 Jahre = 0,3. Das verfügbare Haushaltseinkommen entspricht der Summe aus Erwerbseinkommen, Kapitalerträgen, Pensionen und Sozialtransfers minus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, sowie Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen Haushalten.

Stand: Dezember 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – EU-SILC 2008–2015.

4.2 ÄQUIVALISIERTER VERBRAUCHSAUSGABEN DER HAUSHALTE

Die äquivalisierten – also um die jeweilige Haushaltsgröße korrigierten – Verbrauchsausgaben²⁴ haben im Bundesland Salzburg von 1.290 Euro (1999/2000) auf 2.100 Euro (2014/15) deutlich, um über 60 %, zugenommen (Tabelle 4-2). Auch im Bundesdurchschnitt war eine deutliche Zunahme der Verbrauchsausgaben zu erkennen. Das Wachstum über den Gesamtzeitraum lag hier bei rund 46 %, damit jedoch um etwa 15 Prozentpunkte unter jenem des Bundeslandes Salzburg. Folglich ist ein „Aufholprozess“ Salzburgs zu beobachten: In den Jahren 1999/2000 lagen die monatlichen, äquivalisierten Verbrauchsausgaben im Bundesland Salzburg noch um 60 Euro unter, am Ende des Betrachtungszeitraums, 2014/15, dann um 130 Euro über dem Niveau des Bundesdurchschnitts.

In der Periodenbetrachtung wird zudem deutlich, dass die Verbrauchsausgaben insbesondere von 1999/2000 auf 2004/05 noch stark zugenommen haben, in Salzburg um über 33 %, in Österreich insgesamt um knapp 21 %. In den Folgeperioden verlangsamte sich dieser Zuwachs unverkennbar, das Wachstum der Verbrauchsausgaben belief sich zwischen 2009/10 und 2014/15 auf gut 7 % im Bundesland Salzburg und knapp 5 % im österreichischen Durchschnitt.

Tabelle 4-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Monatliche äquivalisierte Verbrauchsausgaben, 1999/2000 bis 2014/15

	1999/00*	2004/05**	2009/10**	2014/15**	Vrd. 99/00 zu 14/15 (in %)
Salzburg (in €)	1.290	1.720	1.960	2.100	62,8
Vrd. zur Vorperiode (in %)		33,3	14,0	7,1	
Österreich (in €)	1.350	1.630	1.880	1.970	45,9
Vrd. zur Vorperiode (in %)		20,7	15,3	4,8	

Anmerkungen: Äquivalenzausgaben arithmetisches Mittel.
Angewandte Rundungsregel: Eurobeträge größer gleich 1.000 Euro sind auf Zehner, Eurobeträge größer gleich 100 Euro auf Einer gerundet.

(*) Die Äquivalenzausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1,00; jede weitere erwachsene Person = 0,70; Kind 0–3 Jahre = 0,33; Kind 4–6 Jahre = 0,38; Kind 7–10 Jahre = 0,55; Kind 11–15 Jahre = 0,65; Kind 16–18 Jahre = 0,70; Kind 19–21 Jahre = 0,80; Kind 22–26 Jahre = 0,70.

(**) Die Äquivalenzausgaben sind nach folgendem Gewichtungsschema berechnet: Die erste erwachsene Person im Haushalt = 1,0; jede weitere Person ab 14 Jahren = 0,5 und Kinder unter 14 Jahren = 0,3.

Stand: 29.11.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999/2000, Konsumerhebung 2004/2005, Konsumerhebung 2009/2010, Konsumerhebung 2014/2015.

4.3 GESCHÄFTSKLIMA

Indikatoren zur Geschäftslage und zu den geschäftlichen Aussichten für die kommenden sechs Monate geben Auskunft über die Erwartungen und Einschätzungen hinsichtlich der gleichsam „klimatischen“ Umfeldbedingungen, unter denen Unternehmen Entscheidungen über Investitionen oder ihre Personalentwicklung treffen.

Für das Bundesland Salzburg kann hier auf Indikatoren zum Geschäftsklima für den Zeitraum 2007–16 bzw. ab 2010 zurückgegriffen werden. Für den erstgenannten Zeitraum bilden Informationen aus der Konjunkturumfrage der Wirtschaftskammer Salzburg (WKS) die Grundlage, für den Zeitraum ab 2010 liefern die Konjunkturumfragen des WIFO-Instituts für die Sachgütererzeugung, der Industriellenvereinigung für die Industrie sowie der KMU Forschung Austria für das Gewerbe und Handwerk entsprechende Informationen.

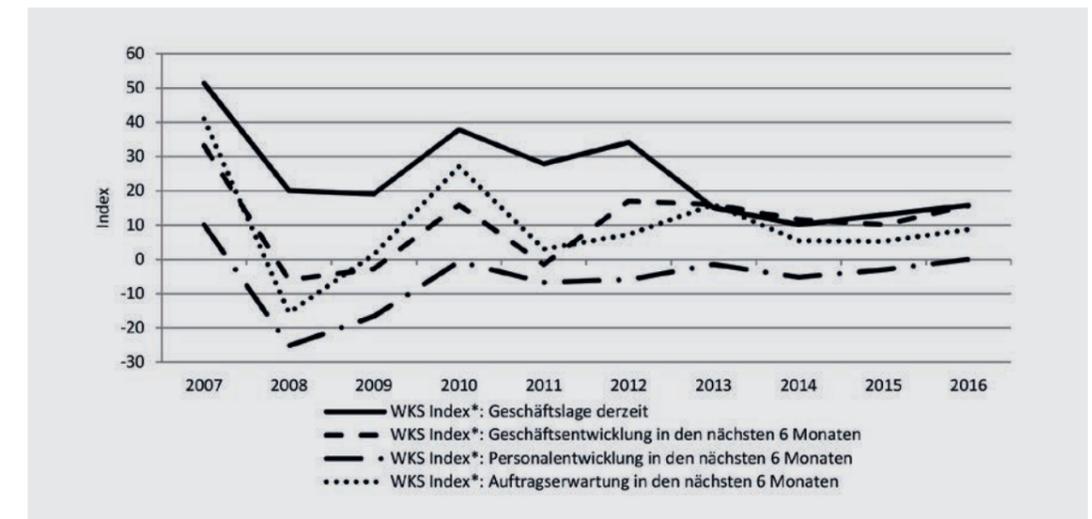
Der WKS-Index zeigt für das Bundesland Salzburg einen signifikanten Einbruch des Geschäftsklimas im Jahre 2008, wobei die aktuelle Geschäftslage auch in diesem Krisenjahr noch verhalten positiv bewertet wurde, während die Erwartungen für das kommende halbe Jahr, insbesondere hinsichtlich der Personalentwicklung, im Betrachtungszeitraum ihren Tiefstand erreichten. Danach setzte eine relativ rasche Erholung ein: Bis 2010 sind mit Ausnahme des Vorlaufindikators „erwartete Personalentwicklung“ alle Indizes wieder im positiven Bereich. Unterbrochen durch einen Rückgang im Jahr 2011 bewegen sich diese Indizes dann ab 2012 bis 2016 auf einem niedrigen positiven Niveau, die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Personalentwicklung verbleiben im leicht negativen Bereich (Abbildung 4-1).

Weiteren Aufschluss zur Entwicklung des Geschäftsklimas gibt Tabelle 4-3. So zeigt der Indikator zur Geschäftslage in Gewerbe und Handwerk für das Bundesland Salzburg einen ähnlichen Verlauf wie der WKS-Index: Relativ ausgeprägte positive Beurteilungen in den Jahren 2010 und 2011, danach aber ein stetiger Rückgang, 2015 wird die Geschäftslage dann negativ beurteilt. Für Gewerbe und Handwerk in Österreich insgesamt ist ein vergleichbarer Verlauf zu beobachten, allerdings auf deut-

lich niedrigerem Niveau, hier wird die Geschäftslage bereits ab 2013 eher negativ beurteilt. Der Vorlaufindikator „Auftrags- und Umsatzerwartungen“ weist ein ähnliches Muster auf, sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt überwiegen die negativen Einschätzungen.

Von den Unternehmen der Sachgüterzeugung wird die Geschäftslage für die eigenen Produkte im Bundesland Salzburg für die Jahre 2010 und 2011 eher positiv bewertet, diese Beurteilung geht dann in den Folgejahren, mit einer leichten Erholung 2013, in eine deutlich negativere Richtung. Dieses Muster ist im Wesentlichen auch für Österreich insgesamt zu beobachten. Der Vorlaufindikator „Beschäftigung in den nächsten Monaten“ weist sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt in den Jahren 2010 und 2011 noch positive Werte auf, wechselt danach aber in deutlich negative Bereiche.

Abbildung 4-1: Bundesland Salzburg: Entwicklung Index zur Konjunkturumfrage der Wirtschaftskammer Salzburg, 2007–2016



Anmerkungen:

(*) Dargestellt wird der jeweilige Saldo, der dem Überhang der positiven Meldungen über den negativen Meldungen in Prozentpunkten entspricht. Neutrale Antworten werden vernachlässigt. Werte über null zeigen eine in Summe positive Einschätzung an, Werte unter null spiegeln eine per Saldo negative Einschätzung wider. Null Indexpunkte zeigen an, dass sich positive und negative Einschätzungen die Waage halten. Der Index kann Werte zwischen +100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind positiv) und -100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind negativ) annehmen. Anzahl und Formulierung der Antwortkategorien können je nach Frage unterschiedlich sein. Werte jeweils November des jeweiligen Jahres. Stand: 20.12.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Wirtschaftskammer Salzburg – Konjunkturumfrage.

Etwas anders stellt sich die Entwicklung des Geschäftsklimas in der Industrie dar. Hier wird die Geschäftslage im Betrachtungszeitraum 2010–15 sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt deutlich positiver eingeschätzt. Der Index liegt hier – mit Ausnahmen im Bundesland Salzburg in den Jahren 2012 und 2013 – jeweils über dem Niveau der entsprechenden Indizes in den anderen Wirtschaftsbereichen. Ähnliches gilt auch für die geschäftlichen Erwartungen, die im Betrachtungszeitraum – mit Ausnahme des Jahres 2012 für Österreich – durchweg positiv sind. Vergleichsweise günstiger stellen sich in der Industrie auch die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Beschäftigungsentwicklung dar, in Österreich insgesamt ist das hier im Betrachtungszeitraum durchgängig der Fall, im Bundesland Salzburg in vier von sechs Jahren.

Eine vorübergehende Eintrübung des Geschäftsklimas lässt sich für die Salzburger Industrie in den Jahren 2012 und 2013 beobachten, während die österreichische Industrie insgesamt die eigene Geschäftslage durchgängig überwiegend positiv einschätzt. Bemerkenswert sind die hohen und zunehmend positiven Werte bei den Einschätzungen der Industrieunternehmen zur aktuellen Geschäftslage in den Jahren 2014 und 2015, die deutlich von dem dargestellten negativen Trend in den anderen Wirtschaftsbereichen abweichen.

Tabelle 4-3: Bundesland Salzburg und Österreich:
Konjunktüreinschätzung der heimischen Unternehmen, 2010–2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Salzburg (in €)						Österreich					
	(in Index- (= Prozent-)punkten)*						(in Index- (= Prozent-)punkten)*					
Konjunkturtest KMU-Forschung Austria (Gewerbe und Handwerk)												
Geschäftslage derzeit	13,3	11,8	9,8	3,8	3,8	-7,8	4,8	7,3	7,3	-3,5	-8,3	-11,5
Auftrags-/Umsatzerwartungen	6,3	10,8	4,8	5,5	-0,3	-9,0	5,8	9,5	2,8	1,5	-4,5	-7,3
Konjunkturtest WIFO (Herstellung von Waren)												
Geschäftslage für eigene Produkte derzeit	9,3	13,9	-1,0	2,7	-12,9	-16,8	5,9	15,1	5,1	-1,0	-11,5	-12,6
Geschäftslage für eigene Produkte in 6 Monaten	2,5	-4,9	-6,9	1,7	0,4	1,6	7,1	-4,7	-7,4	-0,9	-1,1	0,9
Beschäftigung in den nächsten Monaten	9,8	5,1	-4,5	-7,5	-8,6	-9,6	4,1	2,9	-5,3	-6,7	-6,2	-6,1
Konjunkturumfrage der IV (Industrie)												
Geschäftslage derzeit	15,0	34,8	1,8	-1,8	12,8	35,5	30,3	46,3	30,0	22,5	25,0	34,3
Geschäftslage in 6 Monaten	26,5	26,3	4,3	36,3	16,8	8,0	14,5	5,5	-0,8	11,8	8,5	3,8
Beschäftigtenstand in 3 Monaten	6,8	7,8	-8,5	12,8	6,5	-1,8	7,5	8,5	-3,0	-4,5	-5,5	-0,5

Anmerkungen: (*) Dargestellt wird der jeweilige Saldo, der dem Überhang der positiven Meldungen über den negativen Meldungen in Prozentpunkten entspricht. Neutrale Antworten werden vernachlässigt. Werte über null zeigen eine in Summe positive Einschätzung an, Werte unter null spiegeln eine per Saldo negative Einschätzung wider. Null Indexpunkte zeigen an, dass sich positive und negative Einschätzungen die Waage halten. Die Indizes können Werte zwischen +100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind positiv) und -100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind negativ) annehmen. Anzahl und Formulierung der Antwortkategorien können von Umfrage zu Umfrage unterschiedlich sein. Stand: August 2016. Quelle: Eigene Darstellung nach: Landesstatistik Salzburg 2016.

4.4 ARBEITSKLIMA INDEX

Der Arbeitsklima Index ist ein auf Befragungen basierender Indikator, der Auskunft über die Arbeits- und Einkommenszufriedenheit der Beschäftigten gibt (Tabelle 4-4). Für das Bundesland Salzburg ist

im Zeitraum 2007–15 ein deutlicher, 2014 nur leicht unterbrochener Rückgang des Arbeitsklima Index von 120 auf 101 Indexpunkte zu beobachten. Demgegenüber verbleibt der Arbeitsklima Index in Österreich insgesamt mit leichten Schwankungen auf dem Niveau von etwa 108 Indexpunkten. Damit hat sich die günstigere Einschätzung des Arbeitsklimas, die im Bundesland Salzburg gegenüber dem österreichischen Durchschnittswert in den Jahren 2005–10 noch zu beobachten war, danach in ihr Gegenteil verkehrt. Im Jahre 2012 lag der Arbeitsklima Index im Bundesland Salzburg um sechs und im Jahre 2015 dann um fünf Indexpunkte unterhalb des österreichischen Durchschnittswertes.

Tabelle 4-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Arbeitsklima Index, 2005–2015

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. 2005/15 (in IP)
Salzburg (Index)	113	115	120	115	111	114	107	102	104	106	101	
Vrd. zum Vorjahr (in Indexpunkten)		2,0	5,0	-5,0	-4,0	3,0	-7,0	-5,0	2,0	2,0	-5,0	-12,0
Österreich (Index)	107	108	112	110	109	108	108	108	109	106	106	
Vrd. zum Vorjahr (in Indexpunkten)		1,0	4,0	-2,0	-1,0	-1,0	0,0	0,0	1,0	-3,0	0,0	-1,0

Anmerkungen: IP = Indexpunkte Stand: 29.11.2016
Quelle: Eigene Darstellung nach: Arbeitsklima Index für Salzburg 2015.

5 Vermögensbestand

Die Entwicklung der Bruttoinvestitionen pro Kopf gibt nicht nur Auskunft über die Modernität des Kapitalstocks, sie kann auch gleichsam als Vermögensaufbau interpretiert werden. Auch passive Direktinvestitionen – also der Zustrom von Vermögensanlagen eines ausländischen Investors – stellen einen wesentlichen Faktor für regionale Entwicklungsperspektiven dar. Einerseits bewirkt ein derartiger Kapitaltransfer eine Übertragung von Wissen und Technologie (Steiner et al. 2016a), andererseits verhelfen ausländische Direktinvestitionen regionalen Produktionsstandorten zur Einbindung in die globalisierte Wertschöpfungskette (Maza et al. 2013). Für den Vermögensbestand ist zudem der Umfang des Wohneigentums von Bedeutung, wobei zwischen Wohneigentum und Lebensqualität offenkundig ein positiver Zusammenhang besteht (Brettschneider 2015; Zumbro 2008).

Vom Vermögensbestand abzuziehen sind die Kosten von Umweltschäden aus der Leistungserstellung; diese können gleichsam als „Reparatur-“ oder „Vermeidungskosten“ interpretiert werden.

5.1 BRUTTOINVESTITIONEN PRO KOPF

Die Bruttoinvestitionen pro Kopf beliefen sich im Zeitraum 2008–14 im Bundesland Salzburg auf durchschnittlich 6.433 Euro und in Österreich insgesamt auf 4.367 Euro (Tabelle 5-1). Deutlich wird damit auch an den Bruttoinvestitionen pro Kopf der bereits an dem Wachstum des gesamten Investitionsvolumens erkennbare „Salzburger Investitionsvorsprung“ gegenüber dem österreichischen Durchschnittsniveau (Steiner et al. 2016, 79). Die Bruttoinvestitionen pro Kopf lagen im Bundesland Salzburg durchweg um das 1,4- bis 1,7-Fache höher als im österreichischen Durchschnitt. Am höchsten fiel die Differenz im Jahr 2014 aus – hier betrug sie 2.889 Euro pro Kopf.

Die Bruttoinvestitionen pro Kopf, die sich im Bundesland Salzburg im Jahr 2008 noch auf 7.181 Euro beliefen, sind im Zuge der Krise dann auf 5.726 Euro drastisch zurückgegangen. Seitdem ist eine anhaltende Erholung bis auf 6.930 Euro im Jahre 2014 zu verzeichnen. Diese Erholung nach dem krisenbedingten Einbruch verlief in Österreich insgesamt deutlich zögerlicher, hier betrugen die Bruttoinvestitionen pro Kopf im Jahre 2008 4.893 Euro, gingen dann im Jahre 2009 auf 4.109 Euro zurück und schwankten in den Folgejahren zwischen 4.621 Euro und (2013) und 4.041 Euro (2014).

Differenziert nach Investitionsart lässt sich ein wesentlicher Unterschied – gleichsam ein Charakteristikum der Salzburger Wirtschaft – beobachten: Während in Österreich insgesamt die Pro-Kopf-Investitionen in Gebäude und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung die höchsten Anteile an den Gesamtinvestitionen trugen, fielen im Bundesland Salzburg die Pro-Kopf-Investitionen in Transportmittel durchgehend am höchsten aus. Über den betrachteten Zeitraum waren die Pro-Kopf-Investitionen in Transportmittel im Bundesland zwischen 1.511 Euro (2009) bis 2.489 Euro (2014) höher als im Bundesdurchschnitt. Der „Salzburger Investitionsvorsprung“ basiert daher zu einem wesentlichen Teil auf diesen hohen Transportmittelinvestitionen, wobei hier nicht zuletzt die Investitionen in den Ausbau von Seilbahnen eine Rolle spielen. Demgegenüber fielen die Investitionen pro Kopf in Konzessionen, gewerbliche Schutz- und ähnliche Rechte im Bundesland vergleichsweise gering aus. In diesem Bereich ist aber, angesichts einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von knapp 14 %, offenkundig ein Aufholprozess in Gange.

5.2 ZUSTROM AUSLÄNDISCHER DIREKTINVESTITIONEN

Im Durchschnitt über die Jahre von 2004 bis 2014 wies das Bundesland Salzburg passive Direktinvestitionen im Wert von rund 11.179 Euro pro Kopf auf (Tabelle 5-2). Der Wert für Gesamtösterreich lag mit 12.805 Euro um mehr als 1.600 Euro pro Kopf darüber. Wie eine detailliertere Betrachtung zeigt, lag das Bundesland Salzburg bereits im Ausgangsjahr 2004 mit rund 830 Euro pro Kopf unter dem Bundesdurchschnitt. Diese Differenz stieg von 2004 ausgehend zum Nachteil Salzburgs weiter an und nahm im Jahr 2010 mit einem Wert, der um mehr als 7.200 Euro unter dem Niveau für Österreich insgesamt lag, seinen Höchstwert ein. Ab 2010 jedoch änderte sich diese bis dahin zu beobachtende Entwicklung gravierend. Obwohl sich der Zustrom von Direktinvestitionen in das Bundesland Salzburg in den Krisenjahren deutlich verlangsamte (2010 gab es sogar einen deutlichen Rückgang von etwa -35 %), stiegen die passiven Direktinvestitionen Salzburgs pro Kopf im Jahr 2011 um mehr als das Doppelte an (+126,4 %) und lagen in diesem Jahr somit um mehr als 1.500 Euro über dem österreichischen Wert. 2012 konnte Salzburg diesen Vorsprung weiter aufbauen, 2013 ging er erneut zurück, er fiel mit über 1.800 Euro pro Kopf jedoch auch in diesem Jahr beachtlich aus.

Dieser Aufholprozess des Bundeslandes spiegelt sich auch in den jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten wider. Wuchsen die pro Kopf passiven Direktinvestitionen im Bundesland Salzburg von 2004 bis 2014 jahresdurchschnittlich um 11,8 %, so fiel ihr jahresdurchschnittliches Wachstum im Bundesdurchschnitt mit 10,3 % verhaltener aus. Insgesamt betrachtet hat sich der Wert der passiven Direktinvestitionen pro Kopf im Bundesland Salzburg von 2004 bis 2014 mehr als verdreifacht, jener der passiven Direktinvestitionen Österreichs ist um mehr als das 2,5-Fache gestiegen. Während die passiven Direktinvestitionen im Bundesland Salzburg in den Jahren 2013 und 2014 jedoch rückläufig waren (-6,7 % bzw. -2,0 %), stiegen sie im österreichischen Durchschnitt jeweils deutlich an (+3,9 % bzw. +10,4 %). Gleichwohl scheint das Bundesland nicht nur deutlich an Attraktivität für ausländische Investoren gewonnen zu haben, auch konnte es über den betrachteten Zeitraum den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen pro Kopf deutlich überdurchschnittlich erhöhen.²⁵

5.3 WOHNUNGSEIGENTUM

Das Bundesland Salzburg weist eine durchgehend um zwei bis fünf Prozentpunkte höhere Quote des Wohneigentums²⁶ auf als Österreich insgesamt (Tabelle 5-3). Im Durchschnitt der Jahre 2005–15

Tabelle 5-1: Bundesland Salzburg und Österreich: Bruttoinvestitionen pro Kopf, 2008–2014

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. % p. a.
Salzburg (in €)								
Gesamt ¹	7.180,5	5.725,9	5.901,0	6.169,2	6.546,7	6.580,7	6.929,6	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-20,3	3,1	4,5	6,1	0,5	5,3	-0,6
Gebäude (Altbauten und Errichtung und Umbau von Gebäuden und Bauten) ²	2.146,3	1.624,6	1.766,8	1.651,1	1.586,8	1.838,2	1.821,5	-2,7
Maschinen, Betriebs- und Geschäfts-ausstattung ³	1.727,3	1.532,1	1.445,0	1.372,0	1.499,1	1.401,1	1.368,8	-3,8
Transportmittel ⁴	2.853,2	2.158,3	2.248,5	2.714,3	2.806,2	2.877,0	3.262,4	2,3
Software ⁵	88,0	82,3	81,1	104,2	112,3	125,2	113,3	4,3
Konzessionen, gewerbliche Schutz- u. ä. Rechte ⁶	29,2	33,7	78,1	94,1	81,2	66,2	63,9	13,9
Österreich (in €)								
Gesamt ¹	4.893,1	4.108,8	4.285,7	4.337,3	4.284,2	4.621,4	4.040,5	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-16,0	4,3	1,2	-1,2	7,9	-12,6	-3,1
Gebäude (Altbauten und Errichtung und Umbau von Gebäuden und Bauten) ²	1.722,7	1.595,0	1.634,6	1.621,2	1.515,2	1.677,0	1.305,2	-4,5
Maschinen, Betriebs- und Geschäfts-ausstattung ³	1.816,5	1.492,1	1.467,0	1.573,8	1.588,3	1.553,5	1.552,5	-2,6
Transportmittel ⁴	899,6	647,3	680,5	745,9	745,4	711,9	773,8	-2,5
Software ⁵	103,3	113,8	100,5	101,5	103,9	114,4	109,9	1,0
Konzessionen, gewerbliche Schutz- u. ä. Rechte ⁶	118,1	69,5	220,3	104,4	102,6	372,7	121,2	0,4

Anmerkungen: Investitionen: steuerlich aktivierbare Anschaffungen zum Anlagevermögen – nur Zugänge im Berichtsjahr. Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

- (1) Die Leistungs- und Strukturhebung umfasst die ÖNACE 2008 Abschnitte B bis N sowie Abteilung S95.
- (2) Die Investitionen in Altbauten enthalten die Aufwendungen für bestehende (bereits genutzte) Gebäude und Bauten, die im Berichtszeitraum erworben wurden. Wird ein Grundstück mit bestehenden Gebäuden gekauft und der Wert der beiden Komponenten kann nicht getrennt werden, so wird ihr Gesamtwert unter diesem Posten erfasst, wenn davon auszugehen ist, dass der Wert der Gebäude den des Grundstücks übersteigt. Unter Investitionen in Einrichtungen und Umbau von Gebäuden und Bauten fallen die während des Berichtszeitraums für die Errichtung oder Umgestaltung von Gebäuden getätigten Erweiterungen, Umbauten, Modernisierungen und Erneuerungen, die die Nutzungsdauer des Gebäudes verlängern oder seine Produktivität erhöhen.
- (3) Unter diese Variable fallen Aufwendungen für Maschinen (Büromaschinen usw.), maschinelle Anlagen, Geräte, Werkzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung.
- (4) Darunter fallen alle Investitionen in Transportmittel des Unternehmens, wie z. B. Kraftfahrzeuge, Lastwagen, Sonderfahrzeuge aller Art, Schiffe, Waggons sowie spezielle Transportmittel innerhalb des Unternehmens, wie z. B. Gabelstapler.
- (5) Investitionen in Software inkludieren den Kauf sowohl von Paket- als auch von individueller Software, inklusive der einmaligen Lizenzzahlungen für den Softwaregebrauch. Sie gelten nur dann als immaterielle Vermögenswerte, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der künftige wirtschaftliche Nutzen aus dem Vermögenswert zuverlässig bestimmbar ist und wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Vermögenswertes verlässlich bewertet werden können.
- (6) Investitionen in Konzessionen, Patente, Lizenzen, Warenzeichen und ähnliche Rechte gelten nur dann als immaterielle Vermögenswerte, wenn es hinreichend wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der künftige wirtschaftliche Nutzen aus dem Vermögenswert zuverlässig bestimmbar ist und wenn die angefallenen Kosten des Vermögenswertes verlässlich bestimmbar sind. Dies gilt unabhängig davon, ob ein immaterieller Vermögenswert extern erworben oder selbst geschaffen wird.

Stand: 30.06.2016. Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Leistungs- und Strukturhebung (Unternehmensdaten), Statistik Austria – Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

Tabelle 5-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Passive Direktinvestitionen pro Kopf, 2004–2014

	2004	2005	2006	2007*	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. % p. a.
Salzburg*												
(in €)	5.526	5.860	6.479	9.604	9.704	10.556	6.919	15.664	18.496	17.253	16.904	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		6,1	10,6	48,2	1,0	8,8	-34,5	126,4	18,1	-6,7	-2,0	11,8
Österreich												
(in €)	6.355	8.508	10.201	13.304	12.761	14.361	14.187	14.081	14.787	15.361	16.953	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		33,9	19,9	30,4	-4,1	12,5	-1,2	-0,7	5,0	3,9	10,4	10,3

Anmerkungen: Gesamtwert zu Marktpreisen. Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt. (*) Von 2006 auf 2007 gab es einen Sprung bei den passiven Direktinvestitionen, der auf der vorgenommenen Umstellung der Erhebungsmethodik basiert. Stand: 19.10.2016. Quelle: Eigene Darstellung nach: Oesterreichische Nationalbank.

belieft sich die Eigentumsquote im Bundesland Salzburg auf 54 %, im österreichischen Durchschnitt auf gut 50 %. Dabei zeigt sich, dass die Eigentumsquote sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt über den Zeitraum von 2005 bis 2015 hinweg leicht rückläufig war. Lag sie im Ausgangsjahr bei rund 55 % (Salzburg) bzw. rund 51 % (Österreich), so fiel sie bis 2015 auf rund 52 % (Salzburg) bzw. etwa 49 % (Österreich). Dabei verläuft dieser Rückgang im Bundesland Salzburg deutlich rascher als im nationalen Durchschnitt. Der insgesamt zu beobachtende Rückgang der Eigentumsquote fußt im Bundesland Salzburg insbesondere auf verhältnismäßig hohen Rückgängen in den Jahren 2006 (-0,9 Prozentpunkte), 2011 (-1,1 Prozentpunkte) und 2014 (-2,1 Prozentpunkte). Im österreichischen Durchschnitt war eine entsprechende Entwicklung vor allem für die Jahre 2008 (-0,9 Prozentpunkte) und 2010 (-0,6 Prozentpunkte) festzustellen. Den höchsten Zuwachs wies die Eigentumsquote im Bundesland Salzburg – mit +1,8 Prozentpunkten – im Jahr 2013 auf. Das Folgejahr 2014 machte mit einem Rückgang von -2,1 Prozentpunkten diesen Anstieg jedoch wieder zunichte.

5.4 EXTERNE KOSTEN VON UMWELTSCHÄDEN AUS DER LEISTUNGSERSTELLUNG

Die Umweltschutzausgaben des Landes²⁷ beliefen sich im Bundesland Salzburg im Zeitraum 2005–15 auf durchschnittlich 23,4 Euro pro Kopf, im österreichischen Durchschnitt auf 23,6 Euro (Tabelle 5-4). Dabei sind die Umweltschutzausgaben im Bundesland Salzburg von 2005 bis 2015 mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 5,6 % von etwa 17 Euro auf rund 29 Euro pro Kopf angestiegen. Auch im österreichischen Länderdurchschnitt (ohne Wien) war ein Anstieg zu verzeichnen, und zwar von rund 19 Euro auf rund 21 Euro pro Kopf. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 0,7 %, die somit deutlich unter jener des Bundeslandes Salzburg lag. Befanden sich die Umweltschutzausgaben pro Kopf im Ausgangsjahr 2005 im Bundesland Salzburg noch um rund zwei Euro unter dem Niveau von Österreich gesamt, so lagen sie 2015 knapp neun Euro darüber. Starke Zuwachsraten wiesen die Umweltschutzausgaben im Bundesland Salzburg insbesondere in den Jahren 2006 (+21,1 %), 2014 (+18,9 %) und 2015 (+16,7 %) auf. Der höchste Rückgang war im Jahr 2013 zu beobachten. Hier gingen die Umweltschutzausgaben um etwa 27 % zurück. Im Länderdurchschnitt (ohne Wien) wies das Jahr 2007 mit rund +28 % den höchsten Anstieg der Umweltschutzausgaben auf. Rückgänge zeigten sich insbesondere in den Jahren 2011 (-13,1 %), 2013 (-9,0 %) und 2015 (-7,2 %).

**Tabelle 5-3: Bundesland Salzburg und Österreich:
Eigentumsquote von Hauptwohnsitzwohnungen, 2005–2015**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % 05/15 (in PP)
Salzburg (in %)	55,1	54,2	54,0	54,5	54,7	54,9	53,8	53,1	54,9	52,8	52,4	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,9	-0,2	0,5	0,2	0,2	-1,1	-0,7	1,8	-2,1	-0,4	-2,7
Österreich (in %)	50,9	51,2	51,7	50,8	50,8	50,2	49,7	49,3	49,7	49,6	49,2	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,3	0,5	-0,9	0,0	-0,6	-0,5	-0,4	0,4	-0,1	-0,4	-1,7

Anmerkungen: Eigentumsquote: Anteil der im Eigentum (Haus oder Wohnung) bewohnten Hauptwohnsitzwohnungen. Hauseigentum besteht, wenn ein oder mehrere Mitglieder des Haushaltes Eigentümer/in jenes Hauses ist (sind), in dem sich die ausgewählte Wohnung befindet. Als Wohnungseigentümer/in bewohnt ein Haushalt eine Wohnung, wenn einem oder mehreren Mitglied(-ern) an dem Haus, in dem sich die ausgewählte Wohnung befindet, Miteigentumsrechte aufgrund des Wohnungseigentumsgesetzes zustehen (= Eigentumswohnung, Eintragung im Grundbuch); Eigentumswohnungen können auch von Genossenschaften errichtet werden. Gleiches gilt auch für Reihenhäuser, die im Eigentum der Nutzungsberechtigten stehen, wobei aber an der Gesamtliegenschaft, auf der das Reihnhaus errichtet wurde, (nur) Miteigentumsrechte erworben wurden. Falls der/die BesitzerIn eines Reihenhauses auch alleinige/alleiniger Eigentümer/in des Grundstücks ist, auf dem nur dieses Reihnhaus steht, wäre jedoch „Hauseigentum“ zutreffend. PP = Prozentpunkte. Stand: November 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Mikrozensus – Hauptwohnsitzwohnungen.

**Tabelle 5-4: Bundesland Salzburg und Österreich:
Ausgaben der Länder für Umweltschutz pro Kopf, 2005–2015**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % p. a.
Salzburg (in €)	17,1	20,7	23,7	20,0	23,3	22,5	25,8	29,0	21,2	25,2	29,4	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		21,1	14,5	-15,6	16,5	-3,4	14,7	12,4	-26,9	18,9	16,7	5,6
Österreich ohne Wien* (in €)	19,3	21,9	28,0	27,1	25,4	25,1	21,8	25,5	23,2	22,2	20,6	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		13,5	27,9	-3,2	-6,3	-1,2	-13,1	17,0	-9,0	-4,3	-7,2	0,7

Anmerkungen: Ausgaben der Länder für Umweltschutz: Ordentliche und außerordentliche Ausgaben. Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

(*) Dementsprechend auch ins Verhältnis gesetzt zur Wohnbevölkerung Österreichs ohne Wien.

Stand: 03.10.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria Gebarungsstatistik der Länder, VA Gruppen und Abschnitte.

6 Verteilung

Im vorliegenden Kontext ist von Bedeutung, dass für die Lebensqualität jenseits der Einkommenshöhe, über die Einzelne verfügen, auch das Niveau der Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft eine Rolle spielt. So kommen Alesina et al. (2004) und Hasberg (2016) in ihrem Vergleich zwischen Europa und den USA zu dem Ergebnis, dass in europäischen Ländern ein deutlich negativer Zusammenhang zwischen einer ungleichen Einkommensverteilung und der subjektiven Lebenszufriedenheit existiert. Dass dementsprechend das Ausmaß der Armutsgefährdung, so umstritten die Berechnung eines solchen Indikators und die damit verbundenen Abgrenzungsprobleme auch sind, der Sache nach einiges über die Lebensqualität einer Gesellschaft aussagt, war im Übrigen bereits Adam Smith vertraut:

„No society can surely be flourishing and happy, of which the far greater part of the members are poor and miserable“ (Smith 1776/1994, 92).

Als robuster Indikator zur Einkommensverteilung kann die S80/S20-Relation herangezogen werden, die den Einkommensanteil der reichsten 20 % mit jenem der ärmsten 20 % vergleicht, also das Verhältnis zwischen dem gesamten Bruttoeinkommen des obersten Einkommensquintils (das heißt 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen) und jenem des untersten Einkommensquintils (das heißt 20 % der Bevölkerung mit dem geringsten Einkommen) wiedergibt.

6.1 EINKOMMENSVERTEILUNG

Im Bundesland Salzburg lag die S80/S20-Quote – als Maß für die Einkommensungleichheit – der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2004 bei 4,68 (Tabelle 6-1).²⁸ Die Einkommen des reichsten Einkommensquintils waren demnach deutlich mehr als viermal so hoch wie jene der ärmsten 20 %. Bis 2014 ist die S80/S20-Quote dann um knapp 1 % auf 4,72 angestiegen. Die Ungleichverteilung der Einkommen hat somit über die betrachtete Dekade im Bundesland leicht zugenommen. Eine leichte Öffnung der Einkommensschere ist in diesem Zeitraum auch für Österreich insgesamt zu beobachten.

Auf nationaler Ebene stieg die S80/S20-Quote der Einkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten von 4,62 im Jahr 2004 auf 4,68 im Jahr 2014, mit 1,3 % liegt diese Zunahme etwas über jener im Bundesland Salzburg.

In absoluter Höhe ist im Betrachtungszeitraum 2004–14 für das Bundesland Salzburg eine etwas höhere Ungleichverteilung der Einkommen als im Bundesdurchschnitt zu registrieren. Eine Ausnahme bilden die Jahre 2010 und 2013, in denen die Quoten im Bundesland und in Österreich ein (weitgehend) identisches Niveau aufweisen. Auffällig ist, dass die Ungleichverteilung in den Jahren vor der Wirtschaftskrise, bis 2008, sowohl im Bundesland Salzburg auch in Österreich insgesamt recht deutlich um etwa 5 % zugenommen hat, während die insbesondere auch durch relative Verluste bei Finanzanlagen gekennzeichnete Krise zwischen 2008 und 2010 im Bundesland Salzburg zu einem leichten Rückgang der Ungleichverteilung geführt hat.

Tabelle 6-1: Bundesland Salzburg und Österreich: S80/S20 der Einkommen aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten, 2004–2014

	2004	2008	2010	2013	2014	Vrd. 04/14 (in %)
Salzburg	4,68	4,90	4,88	4,72	4,72	
Vrd. zur Vorperiode (in %)		4,7	-0,4	-3,3	0,0	0,9
Österreich	4,62	4,85	4,88	4,73	4,68	
Vrd. zur Vorperiode (in %)		5,0	0,6	-3,1	-1,1	1,3

Anmerkungen: Basis: Lohnsteuerpflichtiges Bruttoeinkommen. Stand: 29.11.2016.
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: Lohnsteuerstatistik, Sonderauswertung Statistik Austria.

6.2 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Im Bundesland Salzburg waren im Jahre 2015 etwa 54.000 Personen, und damit über 10 % der Gesamtbevölkerung, von Armutsgefährdung²⁹ betroffen (Tabelle 6-2). Der Punktschätzer der Armutsgefährdungsquote war zwischen 2008 und 2015 für das Bundesland Salzburg ebenso wie im Bundesdurchschnitt rückläufig. Lag die Armutsgefährdungsquote im Ausgangsjahr bei 12,7 % (Salzburg) bzw. 15,2 % (Österreich), so ging diese bis 2015 auf 10,3 % (Salzburg) bzw. 13,9 % (Österreich) zurück. Das Bundesland Salzburg wies dabei mit -2,4 Prozentpunkten einen Rückgang auf, der um über einen Prozentpunkt höher ausfiel als jener im Bundesdurchschnitt (-1,3 Prozentpunkte).

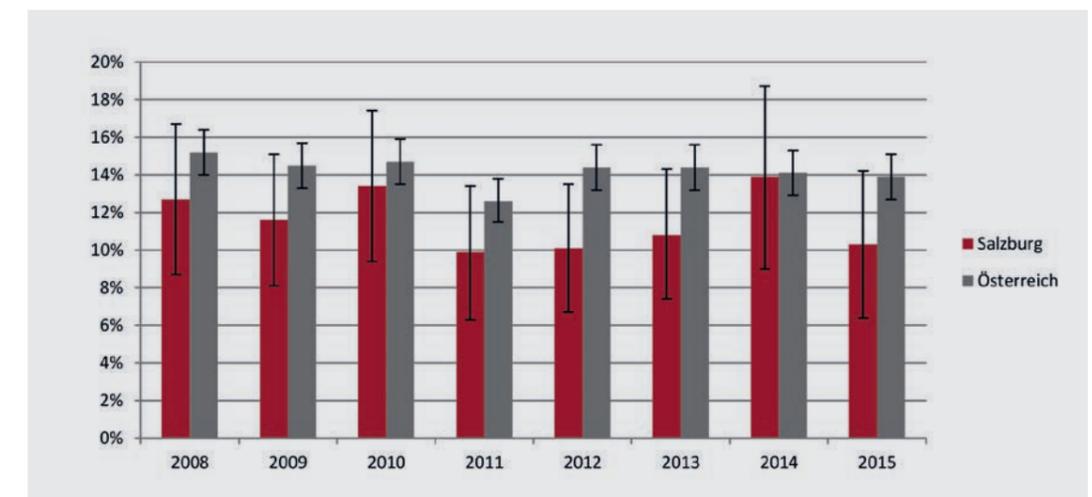
Aufgrund der statistischen Schwankungsbreite, die für das Bundesland Salzburg aufgrund der geringeren Grundgesamtheit deutlich höher ausfällt als für den österreichischen Punktschätzer, sind gerade die Bundeslandergebnisse jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Wie Abbildung 6-1 zeigt, überschneiden sich selbst bei deutlichen Unterschieden des Punktschätzers die Konfidenzintervalle. Gleiches gilt bezüglich des Unterschiedes zwischen dem Bundesland Salzburg und Österreich insgesamt. Nur im Jahr 2012 kommt es zu einer lediglich marginalen Überschneidung der Konfidenzintervalle, wodurch sich zumindest für dieses Jahr die Aussage einer geringeren Armutsgefährdungsquote im Bundesland Salzburg mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit als richtig erweist.

Tabelle 6-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Armutsgefährdungsquote, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % 08/15 (in PP)
Salzburg (in %)	12,7	11,6	13,4	9,9	10,1	10,8	13,9	10,3	-2,4
Österreich (in %)	15,2	14,5	14,7	12,6	14,4	14,4	14,1	13,9	-1,3

Anmerkungen: Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der nach EU-Konvention bei 60% des Medians festgelegten Armutsgefährdungsschwelle liegt, Punktschätzer, bezüglich Konfidenzintervalle siehe Abbildung 6-1. PP = Prozentpunkte. Stand: 18.11.2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – EU-SILC 2008–2015

Abbildung 6-1: Bundesland Salzburg und Österreich: Armutsgefährdungsquote – Punktschätzer und Konfidenzintervalle, 2008–2015



Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – EU-SILC 2008–2015.

7 Ökonomische Sicherheit

Eine zentrale Determinante der Lebenszufriedenheit ist zweifellos die ökonomische Sicherheit, also die Möglichkeit, den gewünschten oder zumindest den gewohnten Standard in der materiellen Versorgung gewährleistet zu sehen. Soweit hierfür nicht Einkommen aus Vermögen oder Renten zur Verfügung steht, ist ökonomische Sicherheit an Erwerbsarbeit oder an Sozialtransferleistungen gebunden.

Gleichwohl ist Erwerbsarbeit nicht nur ein das Einkommen bestimmender Faktor, sondern zugleich auch von fundamentaler Bedeutung für die „soziale Einbettung“, das heißt sie ist elementar für soziale Anerkennung, Status und Selbstbild.³⁰ Dementsprechend ist es ein, in zahlreichen internationalen Studien nachgewiesener, robuster Befund (Knabe, Rätzel 2011; Knabe et al. 2010; Lucas et al. 2004; Clark et al. 2008a), dass der Verlust der Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit die Lebenszufriedenheit dramatisch reduziert: „Joblessness depresses well-being more than any other single characteristic including important negative ones such as divorce and separation“ (Clark, Oswald 1994, 655).

Dabei ist für die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht nur ein Einkommensverlust hinzunehmen, es gilt auch, dass der damit verbundene Rückgang der Lebenszufriedenheit und der Verlust an Selbstwertgefühl nachhaltig sind, an Arbeitslosigkeit „gewöhnt man sich nicht“ (Weimann et al. 2012, 65).

Dementsprechend ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes für die Lebenszufriedenheit von elementarer Bedeutung. Die Arbeitslosenquote, die Auskunft gibt über die generelle Arbeitsplatzsicherheit, ist daher ein zentraler Indikator für die Lebensqualität auch der nicht direkt von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten: „Unemployment leads to social problems that affect people in general. For example, higher unemployment has been observed to increase crime“ (Frey, Stutzer 2016, 23). Ein negativer Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Lebensqualität wird folglich in zahlreichen Studien nachgewiesen (Alesina et al. 2004; Knabe, Rätzel 2009; Clark 2009; Weimann et al. 2012).

Nicht eindeutig ist hingegen der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß sozialpolitischer Sicherungsleistungen, die beispielsweise im Falle von Arbeitslosigkeit gewährt werden, und der Lebensqualität. Dieser Befund ist zunächst deshalb nicht überraschend, da Gerechtigkeitsvorstellungen zwischen streng egalitaristisch und individualistisch auch innerhalb einzelner Gesellschaften nicht unerheblich streuen, und damit auch die Akzeptanz sozialpolitischer Interventionen. Dementsprechend lässt sich beispielsweise für die skandinavischen Länder mit ihren wohlfahrtstaatlichen Tra-

ditionen ein positiver Zusammenhang zwischen den Ausgaben für wohlfahrtstaatliche Programme und der Lebenszufriedenheit konstatieren (Kotakorpi, Laamanen 2010).³¹ Auf der anderen Seite findet Veenhoven (2006) in einer international vergleichenden Untersuchung keinen Zusammenhang zwischen dem Umfang staatlicher Sozialausgaben und der Lebensqualität. Dumbraveanu (2015) weist in diesem Kontext darauf hin, dass hohe Sozialausgaben ab einem gewissen Punkt zur Belastung der öffentlichen Haushalte werden und über eine höhere Besteuerung zu niedrigeren Einkommen und reduzierter Lebenszufriedenheit führen.

7.1 ARBEITSLOSENQUOTE

Die Arbeitslosenquote (ALQ) betrug im Bundesland Salzburg zyklusübergreifend, im Durchschnitt der Jahre 2008–15, knapp 5 % und lag damit deutlich unterhalb der 7,4 % für Österreich insgesamt (Tabelle 7-1). Dabei ist die ALQ im Beobachtungszeitraum 2008–2015 sowohl im Bundesland Salzburg als auch im Bundesdurchschnitt angestiegen. Lag sie im Bundesland im Jahr 2008 noch bei 4,0 %, so stieg sie bis 2015 um beinahe zwei Prozentpunkte auf 5,9 %. Diese Zunahme lag jedoch deutlich unterhalb des nationalen Durchschnitts, da die ALQ in Österreich insgesamt um mehr als drei Prozentpunkte, von 5,9 % (2008) auf 9,1 % (2015), anstieg.

Während die ALQ in den Jahren 2010 und 2011 sowohl im Bundesdurchschnitt als auch im Bundesland Salzburg leicht rückläufig war, stieg sie ab 2012 kontinuierlich an und erreichte auf Landesebene sowie auf Bundesebene 2015 einen Höchstwert. Zudem ist zu erkennen, dass sich die an der ALQ gemessene „Arbeitsmarkt-Performance“ des Bundeslandes Salzburg relativ, gemessen am Bundesdurchschnitt, verbessert hat: Lag die ALQ Salzburgs im Jahr 2005 um 1,9 Prozentpunkte unter dem Bundeswert, so war sie im Jahr 2015 bereits 3,2 Prozentpunkte unterhalb des nationalen Werts.

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass Männer sowohl in Salzburg als auch in Österreich gesamt eine höhere ALQ aufwiesen als Frauen. So lag die ALQ von Männern jeweils um etwa einen Prozentpunkt über der ALQ der Frauen. Differenziert nach Altersgruppen wird deutlich, dass Jugendliche (unter 25 Jahren) jeweils die höchste ALQ aufwiesen.

Eine Untergliederung nach Qualifikation zeigt, dass Personen mit einem Pflichtschulabschluss als höchstem Ausbildungsabschluss durchgehend die höchste ALQ aufwiesen. Nahezu durchgängig am niedrigsten war die ALQ bei Personen mit einer akademischen Ausbildung. Im Vergleich zwischen dem Bundesland und Österreich insgesamt wird ersichtlich, dass für alle Jahre und alle Bildungsebenen das Bundesland Salzburg niedrigere ALQ aufwies als der österreichische Durchschnitt. Nicht nur das Niveau, auch der Anstieg der ALQ von 2008 bis 2015 fiel für alle betrachteten Bildungsabschlüsse im Bundesland deutlich geringer aus. Besonders hoch war die Differenz bezüglich der Personen mit Pflichtschulabschluss als höchstem Ausbildungsabschluss: Stieg die ALQ dieser Personengruppe von 2008 auf 2015 im Bundesland Salzburg um 7,5 Prozentpunkte, so betrug der Anstieg in Österreich insgesamt 11,9 Prozentpunkte.

Tabelle 7-1: Bundesland Salzburg und Österreich: Arbeitslosenquote, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % 08/15 (in PP)
Salzburg (in €)									
Gesamt	4,0	5,2	4,7	4,5	4,7	5,1	5,7	5,9	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		1,2	-0,5	-0,2	0,2	0,4	0,6	0,2	1,9
Frauen	4,0	4,8	4,4	4,3	4,4	4,7	5,2	5,3	1,3
Männer	4,0	5,6	4,9	4,7	4,9	5,5	6,1	6,4	2,4
Nach Alter*									
Jugendliche (unter 25 Jahre)	4,2	5,4	4,9	4,8	5,0	5,2	5,8	6,0	1,8
Erwachsene (25 bis 44 Jahre)	4,0	5,2	4,6	4,5	4,6	5,1	5,6	5,8	1,8
Ältere (größer gleich 45 Jahre)	3,9	5,1	4,6	4,4	4,6	5,0	5,7	5,9	2,0
Nach Ausbildung**									
Pflichtschule	9,5	12,8	11,0	11,3	12,7	14,2	15,6	17,0	7,5
Lehre	3,9	5,0	4,7	4,2	4,3	4,7	5,3	5,4	1,5
BMS	2,1	2,7	2,5	2,4	2,3	2,7	2,7	3,1	1,0
AHS	1,7	2,2	2,1	2,4	2,2	2,3	2,2	1,8	0,1
BHS	1,9	2,9	2,5	2,6	2,6	2,6	2,7	3,0	1,1
Uni/FH/Akademie	1,4	1,6	1,6	1,8	1,7	1,7	2,2	2,2	0,8
Österreich (in €)									
Gesamt	5,9	7,2	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		1,3	-0,3	-0,2	0,3	0,6	0,8	0,7	3,2
Frauen	5,6	6,4	6,3	6,3	6,5	7,0	7,6	8,3	2,7
Männer	6,1	8,0	7,5	7,1	7,4	8,2	9,0	9,8	3,7
Nach Alter*									
Jugendliche (unter 25 Jahre)	6,3	8,1	7,6	7,3	7,6	8,1	8,7	9,2	2,9
Erwachsene (25 bis 44 Jahre)	5,7	7,1	6,8	6,6	6,9	7,5	8,2	9,1	3,4
Ältere (größer gleich 45 Jahre)	6,0	7,1	6,8	6,7	6,9	7,6	8,4	9,1	3,1
Nach Ausbildung**									
Pflichtschule	14,1	17,7	17,9	17,9	18,7	20,9	24,3	26,0	11,9
Lehre	5,0	6,3	6,1	5,7	6,0	6,5	7,2	7,8	2,8
BMS	2,8	3,2	3,1	3,0	3,0	3,3	3,6	3,9	1,1
AHS	3,0	3,6	3,6	3,7	3,8	4,2	4,4	5,2	2,2
BHS	3,1	3,9	4,0	3,7	3,6	3,9	4,2	4,7	1,6
Uni/FH/Akademie	1,9	2,4	2,4	2,4	2,6	2,7	2,9	3,4	1,5

Anmerkungen: Arbeitslosenquote: Vorgemerkte Arbeitslose in % vom Arbeitskräftepotenzial (Arbeitslose + unselbstständig Beschäftigte). Ohne geringfügig Beschäftigte. Unselbstständig Beschäftigte nach Meldung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Jahresdurchschnitte.
 (*) Vorgemerkte Arbeitslose einer Altersgruppe bezogen auf das Arbeitskräftepotenzial (Arbeitslose und unselbstständig Beschäftigte) derselben Altersgruppe.
 (**) Vorgemerkte Arbeitslose einer Bildungsebene bezogen auf das Arbeitskräftepotenzial (Arbeitslose und unselbstständig Beschäftigte) derselben Bildungsebene.
 Stand: 29.11.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: AMS – Arbeitsmarktdaten online, AMS Sonderauswertung, AMS Berichte Arbeitsmarkt und Bildung.

7.2 ARBEITSMARKTFLEXIBILITÄT

Für die ökonomische Sicherheit ist von erheblicher Bedeutung, wie rasch Personen im Falle eines Arbeitsplatzverlustes eine neue Arbeitsstelle finden. Informationen zu den entsprechenden subjektiven Einschätzungen der Beschäftigten werden im Rahmen des Arbeitsklima Index erhoben. Diese liegen für die „Region Mitte“, in der die Bundesländer Salzburg und Oberösterreich zusammengefasst sind, sowie Österreich insgesamt vor (Tabelle 7-2). Der entsprechende Index lag in der „Region Mitte“ zyklusübergreifend mit durchschnittlich über 46 Punkten nur unwesentlich über dem österreichischen Mittelwert von knapp 46 Punkten.

Tabelle 7-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Passive Direktinvestitionen pro Kopf, 2004–2014

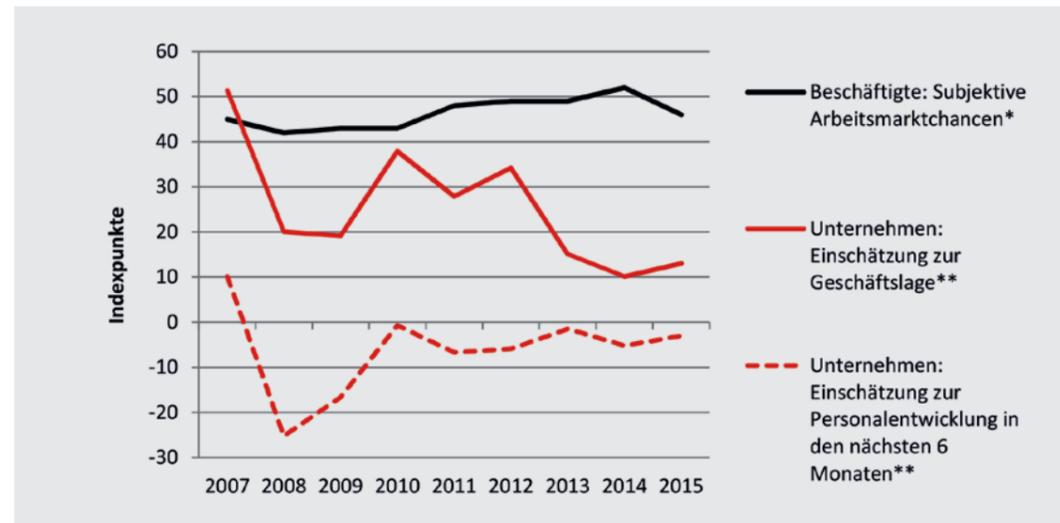
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % 05/15 (in IP)
Region Mitte: (Salzburg, Oberösterreich)	49	44	45	42	43	43	48	49	49	52	46	-3,0
Gesamt- bevölkerung	47	46	49	49	47	44	47	46	45	43	41	-6,0

Anmerkungen: Die subjektiven Arbeitsmarktchancen wurden im Zuge des Arbeitsklima Index erhoben. Die Frage lautete: „Wie schätzen Sie im Falle eines Arbeitsplatzverlustes Ihre Chancen ein, wieder eine annehmbare Arbeitsstelle zu finden?“ Diese Frage konnte von den Respondenten auf einer 4-teiligen Skala von „sehr leicht“ bis „sehr schwer“ beantwortet werden. Zur Indexbildung wurde eine Normierung der Antworten zwischen 0 und 1 vorgenommen und zur besseren Darstellung mit 100 multipliziert. Für eine genauere Methodenbeschreibung siehe Hofinger et al. 2009.
 Werte: IP = Indexpunkte, jeweils Ende August. Stand: 29.11.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: Arbeitsklima Index für Salzburg 2015.

In der zeitlichen Betrachtung wird deutlich, dass die Beschäftigten die Einschätzung ihrer Arbeitsmarktchancen im Betrachtungszeitraum 2007–15 offenkundig weitgehend unabhängig von den Einschätzungen zur geschäftlichen Lage der Unternehmen vornehmen (Abbildung 7-1). Zudem ist auffällig, dass diese Einschätzungen der Beschäftigten offenkundig optimistischer sind als die Erwartungen der Unternehmen über die künftige Entwicklung ihres Beschäftigungsstandes. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass die von den Beschäftigten subjektiv wahrgenommenen Arbeitsmarktchancen und die Einschätzungen der Geschäftslage durch die Unternehmen zwischen 2010 und 2014 deutlich auseinanderklafften. Dieses Muster zeigt sich auch im Verhältnis zwischen den Einschätzungen zu den Arbeitsmarktchancen und den Erwartungen der Unternehmen zur künftigen Beschäftigungsentwicklung: Während letztere von 2010 bis 2014 im Schnitt zunehmend negative Einschätzungen aufweisen, nehmen die Beschäftigten zwischen 2010 und 2014 eine leichte Verbesserung ihrer

Arbeitsmarktchancen wahr. Im Jahr 2015 zeigt sich dann eine gegenläufige Entwicklung – eine pessimistischere Einschätzung der subjektiven Arbeitsmarktchancen, während die Einschätzung zur Beschäftigungsentwicklung der Unternehmen – wenn auch im Gesamten die negativen Einschätzungen noch überwiegen – optimistischer.

Abbildung 7-1: Bundesland Salzburg: Subjektive Arbeitsmarktchancen und Konjunkturverlauf, 2007–2015



Anmerkungen:

(*) Einschätzungen zu den subjektiven Arbeitsmarktchancen durch Beschäftigte in der „Region Mitte“ (Bundesländer Salzburg und Oberösterreich). Die subjektiven Arbeitsmarktchancen wurden im Zuge des Arbeitsklima Index erhoben. Die Frage lautete: „Wie schätzen Sie im Falle eines Arbeitsplatzverlustes Ihre Chancen ein, wieder eine annehmbare Arbeitsstelle zu finden?“ Diese Frage konnte von den Respondenten auf einer 4-teiligen Skala von „sehr leicht“ bis „sehr schwer“ beantwortet werden. Zur Indexbildung wurde eine Normierung der Antworten zwischen 0 und 1 vorgenommen und zur besseren Darstellung mit 100 multipliziert. Für eine genauere Methodenbeschreibung siehe Hofinger et al. 2009.

Werte: Indexpunkte, jeweils Ende August; Stand: 29.11.2016.

(**) Dargestellt wird der jeweilige Saldo, der dem Überhang der positiven Meldungen über den negativen Meldungen in Prozentpunkten entspricht. Neutrale Antworten werden vernachlässigt. Werte über null zeigen eine in Summe positive Einschätzung an, Werte unter null spiegeln eine per Saldo negative Einschätzung wider. Null Indexpunkte zeigen an, dass sich positive und negative Einschätzungen die Waage halten. Der Index kann Werte zwischen +100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind positiv) und -100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind negativ) annehmen. Anzahl und Formulierung der Antwortkategorien können je nach Frage unterschiedlich sein.

Werte jeweils November des jeweiligen Jahres; Stand: 20.12.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Arbeitsklima Index für Salzburg 2015; Wirtschaftskammer Salzburg – Konjunkturumfrage.

Die Frage, wie rasch und welche Art von Beschäftigung, Teilzeit oder Vollzeit, aufgenommen werden kann, ist unter anderem auch von der Arbeitsmarktflexibilität abhängig (Green, Gareth 2013).³² Auskunft hierzu geben Informationen aus dem Mikrozensus zur Teilzeitquote und zur Dauer der Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten (Tabelle 7-3). Im Betrachtungszeitraum 2005–15 lag die Teilzeitquote im Bundesland Salzburg bei 25,7 %, im österreichischen Durchschnitt etwas niedriger bei 24,8 %. Gleichzeitig gab es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Salzburg und Österreich insgesamt hinsichtlich der Dauer der Betriebszugehörigkeit: Im Durchschnitt verzeichneten über 46 % der Beschäftigten eine Betriebszugehörigkeit zwischen einem und zehn Jahren, gut 37 % in Salzburg und 38,5 % in Österreich insgesamt waren zehn oder mehr Jahre in ihren Unternehmen beschäftigt, fast 16 % bzw. gut 15 % hatten eine Betriebszugehörigkeit von weniger als einem Jahr. Auffällig ist dabei, dass die Teilzeitquote von 2005 auf 2015 jeweils zugenommen hat, im Bundesland

Salzburg von 23,3 % auf 28,8 % und in Österreich insgesamt von 21,3 % auf 28,2 %. Hinsichtlich der Dauer der Betriebszugehörigkeit sind im Betrachtungszeitraum sowohl für das Bundesland Salzburg als auch für Österreich insgesamt jenseits leichter Schwankungen keine nachhaltigen Strukturveränderungen zu beobachten.

Mit Blick auf die Möglichkeit für die Beschäftigten, die gewünschte Art von Beschäftigungsverhältnis aufzunehmen, sind folgende Informationen von Bedeutung: Im Bundesland Salzburg ebenso wie in Österreich liegt der Anteil derjenigen, die keine Vollzeitstelle wünschten und insofern mit ihrer Teilzeitbeschäftigung zufrieden waren, im Zeitraum 2005–15 bei durchschnittlich 20 %. Demgegenüber liegt der Anteil derjenigen, die keine Vollzeitstelle gefunden haben und deshalb Teilzeit arbeiten müssen, im Bundesland Salzburg im Zeitraum 2005–15 bei durchschnittlich 7,6 %, in Österreich insgesamt bei 11 %. Der Anteil derjenigen, die in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit gerne mehr Stunden arbeiten würden, beträgt im Bundesland Salzburg im genannten Zeitraum durchschnittlich 3,3 %, im Bundesdurchschnitt 3,6 %. Ausweislich dieser Ergebnisse scheint einiges dafür zu sprechen, dass der überwiegende Teil der Teilzeitbeschäftigten im Bundesland Salzburg zum einen mit der Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten, durchaus einverstanden ist. Zum anderen ist das Ausmaß der Unzufriedenheit mit einer Teilzeitbeschäftigung im Bundesland Salzburg offenkundig merkbar geringer als in Österreich insgesamt.

Tabelle 7-3: Bundesland Salzburg und Österreich: Indikatoren der Arbeitsmarktflexibilität, 2005–2015

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. % 05/15 (in PP)
Salzburg (in %)												
Teilzeitquote*	23,3	23,6	23,6	24,3	25,9	26,3	25,9	26,2	27,0	27,9	28,8	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,3	0,0	0,7	1,6	0,4	-0,4	0,3	0,8	0,9	0,9	5,5
Anteil jener, die keine VZ wünschen	19,0	20,2	19,1	21,9	21,1	18,5	20,9	23,2	20,4	18,9	18,2	-0,8
Anteil jener, die keine VZ gefunden haben**	8,0	7,2	7,8	7,5	8,5	7,8	6,9	7,2	7,7	7,2	7,9	-0,1
Anteil jener, die durch mehr Stunden in der gegenwärtigen Tätigkeit mehr arbeiten wollen***	2,5	3,0	3,1	2,6	3,6	2,9	3,2	3,6	3,4	3,8	4,1	1,6
Dauer der Betriebszugehörigkeit (in %)												
Weniger als ein Jahr	15,1	15,7	17,0	16,1	15,8	15,8	16,0	16,5	15,5	16,0	15,5	0,4
1 bis unter 10 Jahre	47,2	45,8	45,8	46,0	46,8	45,7	45,2	46,8	48,2	47,2	48,2	1,0
10 Jahre und mehr	37,7	38,4	37,1	37,9	37,3	38,4	38,8	36,7	36,4	36,8	36,3	-1,4
Österreich (in %)												
Teilzeitquote*	21,3	22,0	22,7	23,5	24,8	25,3	25,3	26,0	26,8	27,9	28,2	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,7	0,7	0,8	1,3	0,5	0,0	0,7	0,8	1,1	0,3	6,9
Anteil jener, die keine VZ wünschen	18,5	20,4	20,5	20,7	20,5	20,2	19,3	20,1	20,3	20,4	19,6	1,1
Anteil jener, die keine VZ gefunden haben	11,5	11,7	11,8	10,7	10,6	11,0	9,7	9,7	11,3	10,9	11,9	0,4
Anteil jener, die durch mehr Stunden in der gegenwärtigen Tätigkeit mehr arbeiten wollen***	2,8	3,1	3,2	3,4	3,7	3,7	3,4	3,8	4,1	4,4	4,4	1,6
Dauer der Betriebszugehörigkeit (in %)												
Weniger als ein Jahr	15,1	14,9	15,3	15,5	14,6	14,9	15,9	15,2	14,9	14,4	15,0	-0,1
1 bis unter 10 Jahre	46,3	46,4	46,2	46,7	46,9	45,8	44,9	46,7	46,7	47,2	46,8	0,6
10 Jahre und mehr	38,7	38,7	38,5	37,8	38,5	39,2	39,3	38,1	38,3	38,3	38,2	-0,5

Anmerkungen: Bei den hier dokumentierten Zahlen handelt es sich um hochgerechnete Zahlen aus einer 0,6%-Quartalsstichprobe (Jahresdurchschnitt).

(*) Auf Basis der Erwerbstätigen nach ILO-Konzept. Nach diesem gelten Personen dann als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde als Unselbständige, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben. Haben sie nur aufgrund von Urlaub, Krankheit etc. nicht gearbeitet, gehen aber ansonsten einer Arbeit nach, gelten sie ebenfalls als erwerbstätig. Personen in Elternkarenz mit aufrechter Dienstverhältnis, deren Karenzierung nicht länger als 22 Monate dauert, sowie Lehrlinge zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Zuordnung erfolgt auf Basis der direkten Frage nach Teilzeit- bzw. Vollzeiterwerbstätigkeit. Aus Plausibilitätsgründen gelten dabei Personen, die normalerweise weniger als 30 Stunden pro Woche arbeiten, immer als teilzeitbeschäftigt, Personen, die 36 oder mehr Stunden arbeiten, immer als vollzeitbeschäftigt.

(**) Bezieht sich auf Werte mit weniger als hochgerechnet 6.000 Personen und ist deshalb sehr stark zufallsbehaftet. Als Stichprobenfehler ausgewiesen.

(***) Basis: Alle Erwerbstätigen nach ILO-Konzept (Teilzeit und Vollzeit).

PP = Prozentpunkte. Stand: 23.03.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebung.

7.3 SOZIALTRANSFERLEISTUNGEN

Für den Betrachtungszeitraum ab 2004 ist hinsichtlich der Entwicklungen der Sozialtransferleistungen eine Änderung in der statistischen Erfassung zu berücksichtigen. Die bis 2011 im Bereich der offenen Sozialhilfe geführte Sozialhilfestatistik wird seit dem Berichtsjahr 2012 durch die Statistik der bedarfsorientierten Mindestsicherung³³ ersetzt. Dementsprechend werden die Zeiträume 2004–2010/11 und (Tabelle 7-4) 2012–14 (Tabelle 7-5) hier getrennt dargestellt. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der unterschiedlichen Erfassungssystematik ein periodenübergreifender Vergleich nicht möglich ist.

Sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt sind die Ausgaben für Behindertenhilfe, Sozialhilfe und Landespflegegeld pro Kopf von 2004 bis 2010 deutlich angestiegen, im Bundesland Salzburg von rund 295 Euro auf etwa 455 Euro, in Österreich insgesamt von etwa 391 Euro auf rund 611 Euro (Tabelle 7-4). Bezeichnend ist, dass sowohl im Bundesland Salzburg als auch im Bundesdurchschnitt die höchsten Wachstumsraten der Gesamtausgaben pro Kopf in den Krisen-jahren 2008/09 zu erkennen sind: Diese nahmen in Salzburg im Jahr 2008 um +11,5 % und im Jahr 2009 um +14,1 % zu, in Österreich insgesamt um +8,9 % bzw. um +9,9 % zu.

Auffällig ist weiterhin, dass sich im Beobachtungszeitraum 2004–10 eine Schere zugunsten des Bundeslandes Salzburg öffnet: Die Differenz in den Pro-Kopf-Ausgaben für Sozialleistungen zwischen dem Bundesland Salzburg und Österreich insgesamt, die sich 2004 noch auf rund 96 Euro belief, betrug im Jahr 2010 bereits etwa 156 Euro.

Den mit Abstand größten Posten unter den Sozialleistungen nahmen die Ausgaben für die Sozialhilfe ein. Diese Ausgaben verzeichneten auch den höchsten Anstieg, im Bundesland Salzburg über den betrachteten Zeitraum mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 9,4 %, von rund 167 Euro pro Kopf (2004) auf rund 285 Euro pro Kopf (2010), in Österreich insgesamt um jahresdurchschnittliche 8,1 %.

Tabelle 7-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Sozialleistungen auf Landesebene pro Kopf, 2004–2011

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Vrd. % p. a.
Salzburg (in €)									
Gesamt	295,1	317,2	336,1	353,3	394,0	449,3	454,8		
Vrd. zum Vorjahr (in %)		7,5	6,0	5,1	11,5	14,1	1,2		7,5
Ausgaben für Behindertenhilfe	97,0	100,8	104,5	111,3	121,6	132,6	132,3		5,3
Sozialhilfeausgaben	166,8	185,7	200,0	208,7	238,0	279,7	285,4		9,4
Ausgaben für Landespflegegeld*	31,2	30,7	31,5	33,3	34,4	37,0	37,2	37,1	2,5**
Österreich (in €)									
Gesamt	391,3	426,3	455,4	485,1	528,1	580,3	610,9		
Vrd. zum Vorjahr (in %)		8,9	6,8	6,5	8,9	9,9	5,3		7,7
Ausgaben für Behindertenhilfe	100,6	107,3	115,4	127,1	136,5	149,5	158,5		7,9
Sozialhilfeausgaben	255,9	283,2	303,3	320,3	352,3	387,5	407,6		8,1
Ausgaben für Landespflegegeld*	34,8	35,7	36,7	37,7	39,3	43,4	44,7	45,2	3,8**

Anmerkungen: Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

(*) auf Basis der Pflegegeldgesetze der Bundesländer.

(**) von 2004 bis 2011.

Stand: 29.11.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Sozialhilfestatistik und Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2001; Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2002 bis 2004; Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2005 und 2006 sowie Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007; Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Österreichische Pflegevorsorgeberichte 2008 bis 2011.

Im Zeitraum 2012–14 wies das Bundesland Salzburg sowohl hinsichtlich der Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung als auch bezüglich der gesamten Bruttoausgaben in den Betreuungs- und Pflegediensten ein Pro-Kopf-Niveau auf, das – insbesondere hinsichtlich letztgenannter Ausgaben – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lag (Tabelle 7-5). In dieser Zeitspanne sind die Ausgaben für diese wichtigsten Sozialleistungen auf Landesebene im Bundesland Salzburg um knapp 16 % von knapp 263 Euro auf 304 Euro pro Kopf gestiegen. In Österreich ist gleichzeitig eine Zunahme um knapp 10 % von annähernd 429 Euro auf etwa 471 Euro pro Kopf zu verzeichnen.

Die Schere in der Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben, die sich im Zeitraum bis 2010 bereits zugunsten des Bundeslandes öffnete, hat sich auch in den Jahren nach 2012, wenn auch nur leicht, weiter geöffnet: Die Differenz in den Pro-Kopf-Ausgaben für die genannten Sozialleistungen zwischen dem Bundesland Salzburg und dem Bundesdurchschnitt, die 2012 noch 166 Euro betrug, ist 2014 dann auf 167 Euro leicht gestiegen.

Ein Blick auf die Entwicklung der einzelnen Ausgabepositionen zeigt, dass die Ausgaben der bedarfsorientierten Mindestsicherung zwischen 2012 und 2014 im Bundesland Salzburg ebenso wie im Bundesdurchschnitt um etwas über 22 % angestiegen sind: Sie belaufen sich im Bundesland Salzburg im Jahre 2012 auf etwa 44 Euro, im Jahre 2014 dann auf etwa 54 Euro pro Kopf. Deutlich stärker als im österreichischen Durchschnitt haben in Salzburg hingegen die Bruttoausgaben in den Betreuungs- und Pflegediensten zugenommen: Stiegen diese im Bundesland von rund 219 Euro im Jahr 2012 auf rund 250 Euro pro Kopf im Jahr 2014, also um rund 14 %, so lag der Zuwachs über den betrachteten Zeitraum im österreichischen Durchschnitt lediglich bei rund 8 %. Betrachtet man die Unterka-

Tabelle 7-5: Bundesland Salzburg und Österreich: Sozialleistungen auf Landesebene pro Kopf, 2012–2014

	2012	2013	2014	Vrd. % 12/14 (in PP)
Bundesland Salzburg¹ (in €)				
Ausgaben der bedarfsorientierten Mindestsicherung ²	44,3	50,3	54,1	22,1
Vrd. zum Vorjahr (in %)		13,5	7,5	
Bruttoausgaben in den Betreuungs- und Pflegediensten^{3,5}				
gesamt	218,5	226,1	249,9	14,4
Vrd. zum Vorjahr (in %)		3,5	10,5	
Bruttoausgaben mobile Betreuungs- und Pflegedienste ⁴	36,3	39,6	41,8	15,0
Bruttoausgaben stationäre Betreuungs- und Pflegedienste ⁶	178,8	182,5	203,7	13,9
Bruttoausgaben teilstationäre Betreuungs- und Pflegedienste ⁷	1,3	2,0	2,2	64,4
Bruttoausgaben Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen ⁸	0,4	0,4	0,5	15,3
Bruttoausgaben Case- und Caremanagement ¹⁰	1,6	1,5	1,8	10,0
Österreich¹ (in €)				
Ausgaben der bedarfsorientierten Mindestsicherung ²	67,8	74,8	82,9	22,2
Vrd. zum Vorjahr (in %)		10,4	10,7	
Bruttoausgaben in den Betreuungs- und Pflegediensten^{3,5}				
gesamt	360,9	370,8	387,8	7,5
Vrd. zum Vorjahr (in %)		2,8	4,6	
Bruttoausgaben mobile Betreuungs- und Pflegedienste ⁴	60,5	63,6	66,8	10,3
Bruttoausgaben stationäre Betreuungs- und Pflegedienste ⁶	273,4	279,1	291,0	6,4
Bruttoausgaben teilstationäre Betreuungs- und Pflegedienste ⁷	3,1	3,1	3,4	10,7
Bruttoausgaben Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen ^{8,9}	1,5	2,4	2,5	62,9
Bruttoausgaben Case- und Caremanagement ¹⁰	1,2	1,3	1,3	6,4

Anmerkungen:

Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

(1) Jahressummen.

(2) Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb stationärer Einrichtungen sowie Krankenhilfe (vor allem Krankenversicherungsbeiträge); ohne Berücksichtigung allfälliger Rückflüsse aus Kostenersätzen.

(3) Umfassen die in § 3 Abs. 1 Pflegefondsgesetz (PFG) aufgelisteten sechs Dienstleistungsbereiche der Länder und Gemeinden in der Langzeitpflege, soweit ihre (Mit-)Finanzierung aus Mitteln der Sozialhilfe/Mindestsicherung bzw. sonstigen öffentlichen Mitteln erfolgt (mobile, teilstationäre und stationäre Dienste, Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen, Case- und Caremanagement); exkl. Leistungen der Behindertenhilfe und der Grundversorgung sowie exkl. Selbstzahlerinnen und -zahler.

(4) Umfassen gemäß § 3 Abs. 4 Pflegefondsgesetz (PFG) Angebote der sozialen Betreuung, Hauskrankenpflege, Unterstützung bei der Haushaltsführung sowie der Hospiz- und Palliativbetreuung. Exkl. Leistungen der Behindertenhilfe und der Grundversorgung sowie exkl. Selbstzahlerinnen und -zahler.

(5) Die Summe der Unterkategorien ergibt sich nicht zur Gesamtsumme, da die Kategorie „alternative Wohnformen“ aufgrund fehlender Daten ausgenommen wurde.

(6) Umfassen gemäß § 3 Abs. 5 Pflegefondsgesetz (PFG) Hotelleistungen (Wohnung und Verpflegung) sowie Betreuungs- und Pflegeleistungen (inkl. tagesstrukturierender Leistungen) in eigens dafür geschaffenen Einrichtungen (inkl. Hausgemeinschaften) mit durchgehender Präsenz von Betreuungs- und Pflegepersonal. Exkl. Leistungen der Behindertenhilfe und der Grundversorgung sowie exkl. Selbstzahlerinnen und -zahler.

(7) Umfassen gemäß § 3 Abs. 6 und 7 Pflegefondsgesetz (PFG) Angebote einer ganz oder zumindest halbtägigen betreuten Tagesstruktur für Personen, die nicht in stationären Einrichtungen leben (soziale Betreuung, Pflege, Verpflegung, Aktivierung, Therapie, Transport). Exkl. Leistungen der Behindertenhilfe und der Grundversorgung sowie exkl. Selbstzahlerinnen und -zahler.

(8) Umfasst gemäß § 3 Abs. 8 Pflegefondsgesetz (PFG) Angebote einer zeitlich bis zu drei Monaten befristeten Wohnunterbringung, Angebote mit Verpflegung sowie Angebote mit Betreuung und Pflege (inkl. (re-)aktivierender Betreuung und Pflege). Exkl. Leistungen der Behindertenhilfe und der Grundversorgung sowie exkl. Selbstzahlerinnen und -zahler.

(9) Werte 2011 und 2012 ohne Burgenland, Werte 2012 bis 2014 ohne Steiermark.

(10) Umfasst gemäß § 3 Abs. 9 Pflegefondsgesetz (PFG) Angebote der Sozial-, Betreuungs- und Pflegeplanung auf Basis einer individuellen Bedarfsfeststellung, der Organisation der notwendigen Betreuungs- und Pflegedienste und des Nahtstellenmanagements. Exkl. Leistungen der Behindertenhilfe und der Grundversorgung sowie exkl. Selbstzahlerinnen und -zahler.

Stand: November 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Statistik der bedarfsorientierten Mindestsicherung, Pflegedienstleistungsstatistik.

tegorien der Betreuungs- und Pflegedienste, ist zu erkennen, dass im Bundesland Salzburg über den betrachteten Zeitraum insbesondere die Bruttoausgaben der teilstationären Betreuungs- und Pflegedienste (+64,4 %) und die Bruttoausgaben der Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen (+15,3 %) deutliche Wachstumsraten aufwiesen. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings das niedrige Ausgangsniveau des Jahres 2012 von 1,3 Euro pro Kopf für teilstationäre Betreuungs- und Pflegedienste bzw., im Fall der Bruttoausgaben für die Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen, von 0,4 Euro pro Kopf. Beide Ausgabepositionen sind jene Kategorien der Betreuungs- und Pflegedienste, die auch im nationalen Durchschnitt das höchste Wachstum aufwiesen.

8 Natürliche Ressourcen und Nachhaltigkeit

Die Nutzung natürlicher Ressourcen im Zuge der Leistungserstellung spiegelt sich zumeist nicht oder nur unvollkommen in Marktpreisen wider. Liegen derartige negative Externalitäten vor, kann von einem Trade-off zwischen der Leistungserstellung und dem Schutz der natürlichen Umwelt ausgegangen werden.

Wie ausgeprägt dieser Trade-off ist, verdeutlichen die aufschlussreichen Ergebnisse einer international vergleichenden Längsschnittstudie, die aufzeigt, in welchem Umfang sozioökonomische Entwicklung und Fortschritte in der Lebensqualität von der Nutzung natürlicher Ressourcen abhängen. Auf Basis einer multiplen Regressionsanalyse kommen Mayer et al. (2017) für 148 Länder und über den Zeitraum 1950–2010 zu dem Befund eines engen positiven Zusammenhangs zwischen der Lebensqualität, gemessen am Social Progress Index, und der Nutzung natürlicher Materialien und Rohstoffe: „From our statistical model we can derive that, on average, a 1 % increase in cumulative DMI [Direct material input, d. V.] increases SPI2015 [Social Progress Index, d. V.] about 0.15 points“ (Mayer et al. 2017, 6).

Gleichzeitig wird deutlich, dass die natürlichen Umweltbedingungen einen erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität haben. Vorliegenden Untersuchungen ist der eindeutige Befund zu entnehmen, dass Luft- und Wasserverschmutzung oder Lärmbelästigung einen ausgesprochen negativen Effekt auf die Lebenszufriedenheit haben (Welsch 2006; Welsch 2007; Ferreira et al. 2013). Umgekehrt zeigt sich ein deutlich positiver Effekt auf die Lebenszufriedenheit, wenn Großstadtbewohner Zugang zu Grünflächen haben (Bertram, Rehdanz 2015; Krekel et al. 2016). In diesem Sinne kommen Kopmann und Rehdanz (2013, 29) zu dem Befund, „that natural land cover has an effect on subjective well-being for people living in Europe, regardless of region“.

8.1 RESSOURCENPRODUKTIVITÄT UND MATERIALVERBRAUCH

Für die Entwicklung der Ressourcenproduktivität in der Leistungserstellung ist der Anteil des Materialaufwands an der Betriebsleistung, die sogenannte Materialintensität, ein geeigneter Indikator. In wichtigen Sachgüter- und Baubranchen³⁴ im Bundesland Salzburg³⁵ ergibt sich diesbezüglich ein

uneinheitliches Bild (Tabelle 8-1). So ist der Anteil des Materialaufwands an der Betriebsleistung zwischen 2002/03 und 2011/12 in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln um knapp 13 % auf fast 66 % der Betriebsleistung, in der Getränkeherstellung um über 8 % auf knapp 40 % und im Maschinenbau um mehr als 6 % auf 54 % der Betriebsleistung angestiegen. Hier und ebenso bei den sonstigen Bautätigkeiten ist demnach ein Rückgang der Ressourcenproduktivität zu konstatieren.

Im gleichen Zeitraum konnte hingegen der Anteil des Materialaufwandes an der Betriebsleistung bei der Herstellung von Metallerzeugnissen um über 2 % und im Hochbau um über 3 % reduziert werden.

Für Österreich insgesamt zeigt die Entwicklung der Ressourcenproduktivität in den genannten Branchen ein etwas anderes Muster: Einen Anstieg des Materialaufwands an der Betriebsleistung verzeichneten in Österreich ähnlich wie im Bundesland Salzburg die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie der Maschinenbau, allerdings auf etwas niedrigerem Niveau. Abweichend von der Situation im Bundesland Salzburg weist die Herstellung von Metallerzeugnissen in Österreich insgesamt einen Anstieg auf, die Getränkeherstellung und die sonstigen Bautätigkeiten hingegen einen Rückgang der Materialintensität.

8.2 UMWELTUMSATZ

Der Umweltumsatz ist ein von der Statistik Austria erhobener Indikator des Bereichs „Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung“, der die Gesamtheit der Tätigkeiten zur Messung, Vermeidung, Verringerung, Beschränkung oder Behebung von Umweltschäden umfasst (Tabelle 8-2).³⁶ Der Hauptzweck der hier erfassten Güter, Technologien und Dienstleistungen muss der Umweltschutz sein. Ziel dieses bis 2008 unter dem Begriff „Leistungen der Öko-Industrien“ zusammengefassten Bereichs ist es, Daten zur Verfügung zu stellen, die über Umsatzwachstum, Beschäftigungspotenzial, Exporte und Wertschöpfung im Umweltbereich informieren. Gegenwärtig sind Daten zur Beschäftigung und zum Umsatz verfügbar. Daten auf Landesebene liegen bisher nur bis zum Jahr 2011 vor (Statistik Austria 2016b). Der Anteil der umweltorientierten Produktion am nominalen Bruttoregionalprodukt (BRP) ging im Bundesland Salzburg von 2008 bis 2011 von 8,8 % auf 8,3 % leicht zurück. Demgegenüber war im Bundesdurchschnitt ein geringfügiger Anstieg dieses Anteils auf 10,7 % zu verzeichnen. Eine Betrachtung der Einzeljahre zeigt, dass der Anteil des Umweltumsatzes im Bundesland vor allem im Jahr 2010 rückläufig war (-0,7 Prozentpunkte). Im österreichischen Durchschnitt zeigte sich in diesem Jahr nur ein leichter Rückgang um 0,1 Prozentpunkte. Im Vergleich zwischen Salzburg und Österreich insgesamt zeigt sich zudem, dass der Anteil des Umweltumsatzes am nominalen BRP im Bundesland Salzburg durchgehend niedriger ausfiel, wobei diese Differenz mit 2,5 Prozentpunkten im Jahr 2010 am markantesten war.

Betrachtet man die Unterkategorien des Umweltumsatzes, so ist ersichtlich, dass für den Rückgang des Umweltumsatzes am Bruttoregionalprodukt im Bundesland Salzburg insbesondere die Entwicklung im Bereich der Umweltgüter ausschlaggebend war, der diesbezügliche Anteil ging von 4,0 % im Jahr 2008 auf 3,4 % im Jahr 2011 am stärksten zurück. Der Anteil der Umweltdienstleistungen und der Umwelttechnologien blieb demgegenüber unverändert bei 4,0 % bzw. 0,9 %.

Ein ähnliches Muster zeigte sich auch in der vergleichenden Betrachtung. Auf Bundesebene war der Anteil der Umweltgüter ebenfalls rückläufig, wenn auch – mit -0,1 Prozentpunkten – in deutlich geringerem Umfang als im Bundesland Salzburg. Die Anteile der Umweltdienstleistungen und Umwelttechnologien verzeichneten in Österreich insgesamt mit jeweils 0,1 Prozentpunkten einen bescheidenen Zuwachs.

Tabelle 8-1: Bundesland Salzburg und Österreich:
Materialaufwand in % der Betriebsleistung in wichtigen Branchen, 2002/03–2011/12

	02/03	03/04	04/05	05/06	06/07	07/08	08/09	09/10	10/11	11/12*	Vrd. 02/03 zu 11/12 (in PP)
Salzburg (in %)											
C 10 – Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	52,9	50,8	59,3	66,2	57,7	61,2	69,5	66,8	66,6	65,5	12,6
C 11 – Getränkeherstellung		31,4	30,7	28,6	31,9	28,0	36,9	31,5	30,8	39,8	8,4**
C 25 – Herstellung von Metallerzeugnissen	49,1	51,5	49,5	48,8	49,3	46,3	47,4	43,0	43,1	46,9	-2,2
C 28 – Maschinenbau	47,7	53,2	50,3	56,1	50,2	55,2	55,2	46,5	49,3	54,1	6,4
F 41 – Hochbau	32,3	31,4	31,7	31,4	33,4	35,0	34,8	34,3	28,7	29,0	-3,3
F 43 – sonstige Bautätigkeiten	37,8	37,4	37,4	36,5	36,4	40,0	38,5	38,8	38,0	39,7	1,9
Österreich (in %)											
C 10 – Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	60,0	59,2	58,8	59,4	60,2	60,6	62,1	60,5	61,2	63,8	3,8
C 11 – Getränkeherstellung	42,9	44,5	42,6	44,1	44,6	42,8	45,1	42,6	42,9	40,4	-2,5
C 25 – Herstellung von Metallerzeugnissen	43,4	44,4	46,5	46,2	46,9	46,7	46,1	43,0	43,4	45,4	2,0
C 28 – Maschinenbau	48,6	48,2	50,1	50,4	52,0	53,7	53,1	51,0	49,5	51,0	2,4
F 41 – Hochbau	32,6	31,4	34,7	33,2	32,1	31,3	30,7	28,7	27,0	29,4	-3,2
F 43 – sonstige Bautätigkeiten	36,9	35,8	35,6	34,4	36,3	39,6	39,9	39,3	39,0	36,6	-0,3

Anmerkungen:

Wichtige Branchen: Ausgewählt wurden jene Branchen, die laut Leistungs- und Strukturhebung im Jahr 2014 im Bundesland Salzburg die höchsten Wertschöpfungsanteile aufwiesen.

(*) Da erst wenige Bilanzdaten in die Werte der Letztjahre einfließen, sind diese Zahlen mit Vorsicht zu interpretieren.

(**) Vergleich 03/04 mit 11/12.

PP = Prozentpunkte. Stand: 29.11.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Sonderauswertung Economica – Institut für Wirtschaftsforschung, Statistik Austria – Leistungs- und Strukturhebung.

Tabelle 8-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Umweltumsatz in % des BIP bzw. BRP, 2008–2011

	2008	2009	2010	2011	Vrd. 08/11 (in PP)
Salzburg (in %)					
Gesamt	8,8	8,9	8,2	8,3	-0,5
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,1	-0,7	0,1	
Umweltdienstleistungen	4,0	4,1	3,9	4,0	0,0
Umweltgüter*	4,0	3,7	3,5	3,4	-0,6
Umwelttechnologien**	0,9	1,1	0,8	0,9	0,0
Österreich (in %)					
Gesamt***	10,6	10,8	10,7	10,7	0,1
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,2	-0,1	0,0	
Umweltdienstleistungen	4,6	4,8	4,8	4,7	0,1
Umweltgüter*	4,0	4,0	4,0	3,9	-0,1
Umwelttechnologien**	2,0	2,0	2,0	2,1	0,1

Anmerkungen: Jeweils zu laufenden Preisen.

(*) Verbundene und umweltfreundliche Güter. Verbundene Güter dienen direkt und ausschließlich dem Umweltschutz bzw. dem Ressourcenmanagement (z. B. Filter bei Abwasseranlagen). Umweltfreundliche Güter sind bei Produktion, Verbrauch oder Entsorgung weniger umweltbelastend und werden ressourceneffizienter produziert als vergleichbare herkömmliche Güter (z. B. Recyclingprodukte).

(**) End-of-pipe-Technologien und integrierte Technologien. End-of-pipe-Technologien dienen der Kontrolle, Behandlung und Beseitigung von Umweltverschmutzung und Ressourcenabbau (z. B. Kläranlagen). Integrierte Technologien belasten die Umwelt weniger bzw. sind ressourceneffizienter als entsprechende konventionelle Technologien (z. B. Solaranlagen).

(***) Inklusive Hilfstätigkeiten, die nicht extra ausgewiesen werden.

PP = Prozentpunkte. Stand: 21.12.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Umweltgesamtrechnung, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung.

8.3 ENERGIEINTENSITÄT

Die Energieintensität beschreibt den relativen Energieverbrauch, gemessen anhand des Bruttoinlandsverbrauches.³⁷ Sie beschreibt damit die zur Erzeugung einer Einheit des Bruttoinlandsprodukts bzw. Bruttoregionalprodukts notwendige Menge an Energie und gibt in der zeitlichen Dimension Auskunft über die Entwicklung der Energieproduktivität.³⁸

Sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt nahm die Energieintensität über den Zeitraum 2004 bis 2014 deutlich ab (Tabelle 8-3). Lag der Ausgangswert im Bundesland bei 4,5 TJ je Mio. Euro BRP, so sank dieser mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von -3,4 % bis 2014 auf 3,2 TJ je Mio. Euro BRP; dies entspricht einem Gesamtrückgang der Energieintensität von rund 29 %. Etwas geringer fiel der Rückgang im österreichischen Durchschnitt aus, hier war ein Gesamtrückgang um rund 28 %, von 5,8 TJ je Mio. Euro BRP, auf 4,2 TJ je Mio. Euro BRP zu registrieren, der sich ausgehend von 2004 mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von -3,2 % bis 2014 ergab.³⁹

Tabelle 8-3: Bundesland Salzburg und Österreich: Energieintensität, 2004–2014

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014*	Vrd. % p. a.
Salzburg												
(in TJ je Mio. €)	4,5	4,5	4,2	3,9	3,8	3,8	3,8	3,5	3,3	3,4	3,2	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-0,3	-5,9	-8,4	-0,8	-1,5	1,3	-9,6	-5,5	3,2	-4,9	-3,4
Österreich												
(in TJ je Mio. €)	5,8	5,7	5,4	5,0	4,9	4,7	4,9	4,6	4,4	4,4	4,2	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-1,1	-5,1	-7,0	-2,4	-3,5	4,2	-7,6	-3,4	0,0	-5,1	-3,2

Anmerkungen: Energieintensität: Relativer Energieverbrauch, d. h. die zur Erzeugung einer Einheit des BRP notwendige Menge an Energie. Energieverbrauch gemessen als Bruttoinlandsverbrauch. Daten des BRP laut RGR.

(*) Daten des Bruttoregionalproduktes, vorläufige Zahlen.

Stand: Oktober 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Energiebilanz 2014 (Österreich und Salzburg).

Das Bundesland Salzburg verzeichnete jedoch nicht nur einen vergleichsweise stärkeren Rückgang der Energieintensität, es weist auch in absoluten Zahlen durchgehend geringere Werte der Energieintensität als Österreich insgesamt auf. Dabei ist jedoch ersichtlich, dass sich die Werte der Energieintensität über die Zeit leicht annäherten. So lag die Differenz im Ausgangsjahr 2004 noch bei 1,3 TJ je Mio. Euro BRP, diese ging jedoch über die Zeit zurück und lag im Jahr 2014 bei 1,0 TJ je Mio. Euro BRP. Die Wertschöpfung im Bundesland Salzburg erfolgt demnach, bedingt durch die Dominanz wenig energieintensiver Dienstleistungen in der Branchenstruktur, vergleichsweise energieeffizient.

8.4 ANTEIL ERNEUERBARER ENERGIEN

Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoinlandsverbrauch ist von 2005 bis 2015 sowohl im Bundesland Salzburg als auch im österreichischen Durchschnitt deutlich gestiegen (Tabelle 8-4). Lag er im Jahr 2005 noch bei rund 33 % (Salzburg) bzw. rund 24 % (Österreich), so stieg er bis 2014 auf rund 46 % (Salzburg) bzw. etwa 33 % (Österreich). Über den gesamten Zeitraum betrachtet stieg er im Bundesland Salzburg somit um 12,3 Prozentpunkte – ein Wachstum, das deutlich über jenem des österreichischen Durchschnitts lag (+9,1 Prozentpunkte). Der Salzburger Vorsprung beim Einsatz erneuerbarer Energien nahm im Betrachtungszeitraum noch zu: Lag die Differenz zwischen Salzburg und dem österreichischen Durchschnitt im Ausgangsjahr 2004 noch bei 9,4 Prozentpunkten, so stieg diese bis 2014 auf beinahe 13 Prozentpunkte an. Deutlich wird, dass der Anteil erneuerbarer Energien sowohl in Salzburg als auch in Österreich bis 2014 kontinuierlich anstieg.

Tabelle 8-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Anteil erneuerbarer Energieträger, 2005–2014

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. % 05/14 (in PP)
Salzburg (in %)	33,3	34,2	35,7	36,3	39,9	42,8	43,0	43,3	44,2	45,6	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,9	1,5	0,6	3,6	2,9	0,2	0,3	0,9	1,4	12,3
Österreich (in %)	23,9	25,4	27,3	28,1	30,0	30,4	30,5	31,5	32,2	33,0	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		1,5	1,9	0,8	1,9	0,4	0,1	1,0	0,7	0,8	9,1

Anmerkungen: Erneuerbare Energieträger gemäß EU-Richtlinie 2009/28/EG.

PP = Prozentpunkte. Stand: Oktober 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria, Energiebilanz 2014 (Österreich und Salzburg).

Anmerkungen

- 1 Dass Produktivitätssteigerungen eine notwendige Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensumstände sind, hat in den Wirtschaftswissenschaften spätestens seit Adam Smith gleichsam axiomatischen Charakter. Auch wenn in diesem Rahmen auf eine theoriegeschichtliche Befassung mit diesem Zusammenhang verzichtet werden muss, so sollen im Folgenden doch an der einen oder anderen Stelle zumindest entsprechende Hinweise gegeben werden, dass es sich bei dem gegenständlichen Thema keineswegs um „zu entdeckendes“ Neuland handelt und bereits sehr viel früher, als aus der Perspektive einer Wachstumskritik mitunter angenommen wird, auch Aspekte wie beispielsweise die Verteilung der aus den Produktivitätsfortschritten resultierenden materiellen Überschüsse differenziert diskutiert wurden. Dies gilt dabei auch hinsichtlich der bereits früh formulierten Vorbehalte gegenüber einer schlichten Gleichsetzung von materiellem Wohlstand und „Glück“.
- 2 Die Möglichkeit einer besseren Güterversorgung, so das von Adam Smith im „Wohlstand der Nationen“ vorgebrachte Argument, ergibt sich aus dem Anreiz, Maschinen einzusetzen, um Arbeit zu erleichtern und abzukürzen. Die mit dem Einsatz von Maschinen verbundene Erleichterung und Verkürzung der Arbeitszeit steigert die Produktivität des Einzelnen, so dass er in den Stand gesetzt ist, „die Arbeit vieler zu leisten“. Das dadurch mögliche „ungeheure Anwachsen der Produktion in allen Gewerben (...) führt in einem gut regierten Staat zu allgemeinem Wohlstand, der selbst den untersten Schichten der Bevölkerung spürbar wird.“ (Smith 1776/1983, 12 ff.).
- 3 Verwirklichungschancen sind nach Sen (2000, 29) „Möglichkeiten oder umfassende Fähigkeiten („Capabilities“) von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht infrage stellt“.
- 4 So musste ein Industriearbeiter im Jahre 1900 für den Erwerb eines Zentners Weizen 27,5, im Jahre 1985 dann nur noch 1,5 Stunden arbeiten.
- 5 Unberücksichtigt bleibt dabei, dass sich die Qualität vieler Güter im Laufe der Jahre deutlich erhöht hat. Gerade bei industriell hergestellten Gütern führt die Produktentwicklung über die Jahre hinweg zu verbesserten oder neuen nutzenstiftenden Eigenschaften, die zunächst noch Luxusausführungen vorbehalten waren und dann in die Standardmodelle übernommen werden. Angesichts der Vernachlässigung dieser Qualitätseffekte unterschätzen die hier herangezogenen Vergleiche die mit dem Produktivitätsfortschritt verknüpfte Zunahme des Nutzens für die Verbraucher systematisch.
- 6 Bemerkenswert ist in diesem Kontext, dass sich parallel zu der für die Industrieländer seit geraumer Zeit konstatierten Produktivitätsschwäche (Ark 2016) die Kaufkraftzuwächse eines Industriearbeiters bei Gütern des Grundbedarfs in den letzten 20 Jahren offenkundig deutlich abschwächen.
- 7 Auf den hohen Stellenwert der Muße für die soziale Stellung hat frühzeitig und pointiert bereits Thorstein Veblen (1899/1981, 41 ff.) in seiner „Theory of the Leisure Class“ hingewiesen: „Die demonstrative Befreiung von jeglicher Arbeit wird (...) zum konventionellen Merkmal des überlegenen Besitzes und zum herkömmlichen Maßstab des Prestiges.“
- 8 Clark et al. (2012, 1 und 28) zeigen, „that within-country happiness inequality has fallen in the majority of countries that have experienced positive income growth over the last forty years. (...) The interpretation we offer of the new ‚augmented‘ Easterlin Paradox brings a less pessimistic vision of development. If raising the income

of all may not raise the happiness of all, it will at least reduce the gaps between them, provided that income inequality is not too large.“ Ähnlich Rodriguez-Pose, Maslouskaite (2012).

- 9 So beispielsweise Veenhoven (1991), der auf Basis einer Reanalyse der von Easterlin herangezogenen Daten eine statistisch fehlerhafte Analyse Easterlins konstatiert.
- 10 Weimann et al. (2012, 27) geben hierfür ein prägnantes Beispiel: „Eines Tages ruft Sie Ihr Chef zu sich in [das] Büro und nachdem er Ihnen eine gute Tasse Kaffee angeboten hat, eröffnet er Ihnen, dass Sie für Ihre tolle Arbeit eine Gehaltsaufbesserung von 5 Prozent bekommen. Keine Frage, Sie werden hoch erfreut sein, die Lebenszufriedenheit wird augenblicklich ansteigen und Sie verlassen das Büro des Chefs als glücklicher Mensch. Auf dem Flur begegnet Ihnen ein Kollege, der sieht, woher Sie kommen und dem Ihr strahlendes Gesicht auffällt. „Na“, fragt er und klopf Ihnen auf die Schulter, „auch 10 Prozent Gehaltserhöhung bekommen?“ Sagen Sie jetzt nicht, dass Ihnen das nichts ausmachen würde. Aber warum schafft es Ihr Kollege, dass Ihre Lebenszufriedenheit augenblicklich ins Bodenlose fällt?“
- 11 Dabei schlagen weder die vielzitierte französische Fitoussi-Kommission noch die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einen Ersatz des BIP als Wohlstandsindektor vor, ebensowenig wird hier einer grundsätzlichen Abkehr von einer das Wirtschaftswachstum fördernden Politik das Wort geredet. So betont die Fitoussi-Kommission: „GDP is not wrong as such, but wrongly used“ (Stiglitz et al. 2009, 8).
- 12 Den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der deutschen Enquete-Kommission entsprechend werden diese Indikatoren einzeln – als Indikatorenkatalog – dargestellt (Stiglitz et al. 2009; Deutscher Bundestag 2013). Von einer Aggregation zu einem einzelnen „Superindikator“ wird bewusst abgesehen, zumal keine belastbaren Informationen vorliegen, die zur internen Gewichtung der einzelnen Indikatoren herangezogen werden könnten. Die sich aus einem Indikatorenkatalog ergebende Tatsache der schwierigeren medialen Vermittelbarkeit wird in Kauf genommen. Dem ausgesprochenen Ziel, den regionalen Akteuren ein Instrumentarium zur Evaluierung (regional-)politischer Maßnahmen vorzulegen, dürfte diese Einschränkung nicht abträglich sein.
- 13 Mit dieser Regionalisierung wird weitgehend Neuland betreten. Aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit auf regionaler Ebene ergibt sich dabei nicht nur ein Bedarf an Primärerhebungen und Sonderauswertungen, auch gilt es zu untersuchen an welcher Stelle etwaige Einschränkungen hinzunehmen sind oder möglicher weiterer Erhebungsbedarf besteht.
- 14 Daten liegen zum Zeitpunkt der Drucklegung bis zum Jahr 2014 vor.
- 15 Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch zu realen Größen ausgewiesen wird, liegt das Bruttoregionalprodukt (BRP) lediglich zu laufenden Preisen vor. Dementsprechend muss berücksichtigt werden, dass die vorliegenden Zahlen nicht ausschließlich die Entwicklung der tatsächlichen Produktion abbilden, sondern ebenfalls mögliche Unterschiede in den regionalen Preisentwicklungen inkludieren. Eine Relativierung des gesamten BRP einer Region zu den in dieser Region Lebenden ist insofern sinnvoll, da sie eine Vergleichsgröße zum Ergebnis hat, anhand derer man Aussagen bezüglich regionaler Unterschiede treffen kann. Bei der Betrachtung der Pro-Kopf-Größen gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass ein Anstieg (ein Rückgang) des BIP/Kopf auch durch einen Rückgang (einen Anstieg) der Wohnbevölkerung verursacht werden kann.
- 16 Am höchsten war diese Differenz im Jahr 2012, hier betrug sie 6.900 Euro.
- 17 Die berechnete Investitionsquote zeigt den Anteil der Bruttoinvestitionen an den Umsatzerlösen, gibt also Auskunft darüber, zu welchem Teil die erwirtschafteten Umsatzerlöse reinvestiert wurden. Da keine Zahlen verfügbar sind, die zur Berechnung der Abschreibung herangezogen werden können, handelt es sich dabei um Bruttoinvestitionen – d. h. um die Summe aus Ersatz- und Neuinvestitionen.
- 18 Für eine ausführlichere Darstellung der Struktur und Entwicklung der Investitionstätigkeiten im Bundesland Salzburg siehe Steiner et al. (2016a, 78 ff.).
- 19 Zur Wirtschaftsstruktur im Bundesland Salzburg siehe Steiner et al. (2016b, 113 ff.).
- 20 Der an späterer Stelle noch zu betrachtende Indikator der Bruttoinvestitionen gibt zudem Einblick in die Investitionsstruktur und macht die Ursache für diesen „Salzburger Investitionsvorsprung“ sichtbar (siehe Kap.5.1).
- 21 Die öffentlichen Investitionsausgaben werden in der Gebarungsstatistik der Länder der Statistik Austria ausgewiesen. Um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen, werden die Werte ins Verhältnis zur Wohnbevölkerung (Pro-Kopf-Größen) gesetzt.
- 22 Die Daten zu den Haushaltseinkommen stammen aus der auf europäischer Ebene vorgenommenen EU-SILC-Erhebung – es handelt sich also um Stichprobendaten.
- 23 Der Indikator des äquivalisierten Nettohaushalteinkommens hat neben der Äquivalisierung auch die Vorteile, eine Stichprobenerhebung und nicht „Residualgröße“ aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu sein, außerdem ist er auch insofern genauer, als die privaten Organisationen ohne Erwerbzweck hier nicht inkludiert sind. Auf Basis der Regionalen Gesamtrechnung verfügten die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbzweck) im Bundesland Salzburg im Durchschnitt der Jahre 2004–14 über ein

Haushaltseinkommen pro Kopf in Höhe von 20.645 Euro (Tabelle 10-3 im Anhang). Dieser Wert liegt geringfügig oberhalb des österreichischen Durchschnittswerts von 20.418 Euro. Ausgehend von einem Niveau von jeweils 17.400 Euro im Jahre 2004 realisierten die Salzburger Privathaushalte mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 2,7 % bis in das Jahr 2014 einen Gesamtzuwachs um 31 % auf 22.800 Euro, der österreichische Durchschnittshaushalt erreichte ein Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von insgesamt über 28 % auf 22.300 Euro – dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 2,5 %, die um 0,2 Prozentpunkte unterhalb jener des Bundeslandes liegt. Hier ist insofern – analog zum dargestellten „Salzburger Produktivitätsvorsprung“ – eine leichte Öffnung der Schere zugunsten des durchschnittlichen Salzburger Privathaushalts zu beobachten.

- 24 Die Daten zu den Verbrauchsausgaben stammen aus der von der Statistik Austria alle fünf Jahre vorgenommenen Konsumerhebung. Es handelt sich dabei um eine Stichprobenerhebung bei privaten Haushalten (Statistik Austria 2016c).
- 25 Nimmt man die Nettoposition der ausländischen Direktinvestitionen in den Blick, berücksichtigt man also die Differenz zwischen den von heimischen Firmen getätigten Investitionen im Ausland (aktive Direktinvestitionen) und den von ausländischen Firmen ausgeführten Investitionen im Heimatland (passiven Direktinvestitionen), ergibt sich folgendes Bild: Sowohl das Bundesland Salzburg als auch Österreich insgesamt wiesen im Ausgangsjahr 2004 noch eine negative Nettoposition der Direktinvestitionen auf (Tabelle 10-2 im Anhang). Dies bedeutet, dass die Investitionen ausländischer Firmen in der eigenen Region (passive Direktinvestitionen) jene Investitionen überstiegen, die von heimischen Firmen im Ausland getätigt wurden (aktive Direktinvestitionen). Erst ab 2010 verzeichnet Österreich eine deutlich positive (aktive) Nettoposition, wie sie für reichere Staaten charakteristisch ist. Im Bundesland Salzburg ist diese Umkehrung in eine aktive Nettoposition hingegen bereits im Jahre 2006 zu verzeichnen. Von 2006 bis 2014 verbesserte sich die Nettoposition der Direktinvestitionen im Bundesland Salzburg um jahresdurchschnittlich rund 6 %, von etwa 3.569 Mio. Euro auf rund 5.762 Mio. Euro. In Österreich insgesamt verbesserte sich die Nettoposition dann ab 2010 außerordentlich rasch, mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von rund 22 %. Dieser Entwicklung im Bundesland Salzburg lag ein sprunghafter Anstieg der aktiven Direktinvestitionen von 2005 auf 2006 zugrunde, wobei die Entwicklung im Bundesland insgesamt deutlich volatiler verlief als in Österreich insgesamt. So waren etwa in den Jahren 2007 (-12,7 %) und 2011 (-45,2 %) im Bundesland Salzburg jeweils deutliche Rückgänge zu beobachten. Die Nettoposition österreichischer Direktinvestitionen wies demgegenüber nach dem Übergang in eine aktive Nettoposition ein für einige Jahre stetiges Wachstum auf – von 2010 auf 2011 verdoppelte sie sich sogar – reduzierte sich jedoch im Jahr 2014 um rund 19 %.
- 26 Die Daten zum Wohnungseigentum stammen aus dem Mikrozensus – Hauptwohnsitzwohnungen der Statistik Austria. Der Mikrozensus ist eine kontinuierlich vorgenommene Stichprobenerhebung. Es handelt sich folglich um keine Vollerhebung, sondern um hochgerechnete Zahlen aus einer 0,6%-Quartalsstichprobe (Jahresdurchschnitt). Dementsprechend muss berücksichtigt werden, dass die Werte in einem Konfidenzintervall schwanken und man kleinere Veränderungen über die Zeit mit Vorsicht interpretieren sollte.
- 27 Die Daten zu den Umweltschutzausgaben stammen aus der Gebarungsstatistik der Statistik Austria, die selbst auf die Rechnungsabschlüsse der Länder zurückgreift. Herangezogen wurde Abschnitt 5 – Gesundheit, Ansatz 52 – Umweltschutz. Diese Daten werden auch von der Statistik Austria für die Erstellung der Umweltschutzausgabenrechnung (USAR) herangezogen.
- 28 Eine ausführliche Darstellung zur Entwicklung der Einkommensverteilung im Bundesland Salzburg findet sich in Hofbauer (2016a). Auf Basis der Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre) und mit einer neu berechneten S80/S20-Quote kommt Statistik Austria (2016, 8 f.) zu dem Ergebnis, dass die sekundären Einkommen des reichsten Einkommensquintils in Österreich viermal so hoch sind wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist danach seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 praktisch unverändert, zwischen 2008 und 2015 wird hier keine Öffnung der Einkommensschere festgestellt.
- 29 Ausführlich dazu siehe Hofbauer (2016b).
- 30 In diesem Sinne kommen Fellner et al. (2015) in ihrer Studie zur Zeitverwendung und Lebensqualität in Wien zu dem Ergebnis, dass die Befragten ohne das Erfordernis, den Lebensunterhalt verdienen zu müssen, am häufigsten einen Umfang der gewünschten Erwerbsarbeitszeit in Höhe von 20 Stunden angeben. „Daran wird sichtbar“, so die Autoren, „dass Erwerbsarbeit jenseits der Erzielung eines Einkommens eine wichtige Rolle für die Lebensqualität der Befragten spielt und intrinsische Arbeitsmotivation weit verbreitet ist.“
- 31 Eine hohe Akzeptanz finden sozialstaatliche Interventionen, beispielsweise Sicherungsleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, auch in Deutschland (Nüchter et al. 2010, 46).
- 32 Dabei kann Arbeitsmarktflexibilität durchaus unterschiedliche Ausprägungen aufweisen: Im Sinne eines „Hire and Fire“ kann eine hohe Arbeitsmarktflexibilität auch mit einer hohen Unsicherheit für die Beschäftigten und hoher sozialer Ungleichheit einhergehen. Auf der anderen Seite des Spektrums steht hier das skandinavische Modell der „Flexicurity“, das heißt der Versuch, im Interesse sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten eine hohe Arbeitsmarktflexibilität mit einem hohen Maß an sozialer Sicherheit in Einklang zu bringen (Gooderham et al. 2015).

- 33 Erfasst werden hier die vom Land gewährten Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb stationärer Einrichtungen sowie die Krankenhilfe. Die Statistik der Betreuungs- und Pflegedienste erfasst die mobilen, teilstationären und stationären Dienste, Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen, alternative Wohnformen sowie Case- und Caremanagement, soweit diese aus öffentlichen Mitteln (mit-)finanziert wurden. Die zuvor geführte Sozialhilfestatistik und die Behindertenhilfestatistik enden mit dem Jahr 2010. Die Statistik zum Landespflegegeld endet mit dem Jahr 2011, da die Pflegegeldzuständigkeit seit Anfang 2012 zur Gänze auf den Bund übergegangen ist (Statistik Austria 2016a).
- 34 „Am wichtigsten“ hier verstanden im Sinne der höchsten Wertschöpfungsbeiträge im Bundesland Salzburg für das Jahr 2014, laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria.
- 35 Für eine detaillierte Analyse der Materialeffizienz in der Salzburger Wirtschaft siehe Alt und Berrer (2013).
- 36 Die genaue Definition des Umweltbereichs laut Eurostat-Definition lautet: „Der Umweltbereich besteht aus einer heterogenen Gruppe von Produzenten von Gütern, Technologien und Dienstleistungen, welche sich über alle Branchen erstrecken. Umweltprodukte sollen Umweltschäden vermeiden oder zumindest vermindern, sie behandeln, messen und untersuchen. Ressourcenabbau soll durch ressourceneffiziente Güter, Technologien und Dienstleistungen weitgehend vermieden oder zumindest vermindert sowie gemessen, kontrolliert und untersucht werden.“ (Eurostat 2009)
- 37 Manche Studien ziehen den energetischen Endverbrauch als Referenzgröße heran. An dieser Stelle wurde bewusst der Bruttoinlandsverbrauch verwendet, da dieser ins Verhältnis zum BIP gesetzt wird und im Unterschied zum energetischen Endverbrauch auch den Energieverlust sowie den Verbrauch des Energiesektors inkludiert – beides Größen, die im BIP als Produktion des Energiesektors abgebildet sind.
- 38 Eine ausführliche Darstellung der energiepolitischen Entwicklungen und Perspektiven im Bundesland Salzburg findet sich in Rauchenschwandtner und Schwingsmehl (2016).
- 39 Die höchsten Rückgänge der Energieintensität im Bundesland Salzburg fanden sich in den Jahren 2007 (-8,7 %) und 2011 (-8,8 %). Selbiges galt für Österreich gesamt. Auch hier wiesen diese Jahre die höchsten Rückgänge auf (2007: -7,1 %, 2011: -7,6 %). Auch im Jahr 2014 zeigte sich die Energieintensität deutlich rückläufig (Salzburg: -8,4 %, Österreich: -5,4 %).

Literaturverzeichnis

Literatur

- Aiginger, K., Scheiblecker, M. (2016): Österreich 2025: Eine Agenda für mehr Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit. Fortschrittsbericht, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Alesina, A., Di Tella, R., McCulloch, R. (2004): Inequality and happiness: are Europeans and Americans different? *Journal of Public Economics*, Vol. 88, Nr. 9/10, 2009–2042.
- Alt, R., Berrer, H. (2013): Materialeffizienz in der Salzburger Wirtschaft. Eine Branchenanalyse. *Economica* – Institut für Wirtschaftsforschung, RiskRe Agentur für wirtschaftliche Risikoforschung. Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung Salzburg, Wien.
- Ark, B. van (2016): Europe's productivity slowdown revisited: a comparative perspective to the United States. In: P. Askenazy, L. Bellmann, A. Bryson, E. Moreno (eds): *Productivity puzzles across Europe*. Oxford, 26–48.
- Bertram, C., Rehdanz, K. (2015): The role of urban green space for human well-being. *Ecological Economics*, Vol. 120, Nr. 12, 139–152.
- BMF (2015): Öffentliche Schulden. Übersicht gemäß § 42 Abs. 3 Z 6 BHG 2013, https://service.bmf.gv.at/BUDGET/Budgets/2016/beilagen/Oeffentliche_Schulden_2016.pdf, Zugriff am 09.11.2016.
- Bretschneider, F. (2015): Macht Wohneigentum glücklich? Immobilien und Glück in Baden-Württemberg. Studie der Universität Hohenheim im Auftrag der LBS Stiftung Bauen und Wohnen. Stuttgart.
- Costanza, R., Hart, M., Talberth, J., Posner, S. (2009): Beyond GDP: The Need for New Measures of Progress. Pardee Center for the Study of the Longer-Range Future. Pardee Paper No. 4, 1–37.
- Clark, A. E., Diener, E., Georgellis, Y., Lucas, R. E. (2008a): Lags and Leads in Life Satisfaction – A Test of the Baseline Hypothesis. *Economic Journal*, Vol. 118, Nr. 529, 222–243.
- Clark, A. E., Flèche, S., Senik, C. (2012): The Great Happiness Moderation. *DIW SOEPpapers* 468. Berlin.
- Clark, A. E., Fritjers, P., Shields, M. A. (2008b): Relative Income, Happiness, and Utility: An Explanation for the Easterlin Paradox and Other Puzzles. *Journal of Economic Literature*, Vol. 46, Nr. 1, 95–144.
- Clark, A., E., Oswald, A. J. (1994): Unhappiness and Unemployment. *Economic Journal*, Vol. 104, Nr. 424, 648–659.
- Coyle, D. (2014): *GDP. A Brief but Affectionate History*. New Jersey: Princeton.
- D'Ambrosio, C., Frick, J. (2007): Income satisfaction and relative deprivation: An empirical link. *Social Indicators Research*, Vol. 81, Nr. 3, 497–519.
- Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1419.
- Dumbraveanu, A.-A. (2015): The More, the Better: Life Satisfaction in the Bitter Welfare State. *Procedia Economics and Finance*, Vol. 32, 1568–1578.

- Easterlin, R. A. (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence. In: R. David und M. Reder (Eds.): Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramovitz, New York, 89–125.
- Easterlin, R. A., McVey, L. A., Switek, M., Sawangfa, O., Zweig, J. S. (2011): The happiness-income paradox revisited. IZA Discussion paper series 5799. Bonn.
- Fellner, W., Humer, S., Seidl, R.J., Sonnleitner, T. (2015): Projektbericht Zeitverwendung und Lebensqualität in Wien. Wirtschaftsuniversität Wien SRE-Discussion 2015/05. Wien.
- Ferreira, S., Akay, A., Brereton, F., Cuñado, J., Martinsson, P., Moro, M., Ningal, T.F. (2013): Life satisfaction and air quality in Europe. *Ecological Economics*, Vol. 88, Nr. 4, 1–10.
- Fourastié, J. (1989): Warum die Preise sinken: Produktivität und Kaufkraft seit dem Mittelalter. Frankfurt a. M.
- Frey, B., Steiner, L. (2012): Glücksforschung: Eine empirische Analyse. *Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*, Vol. 6, Nr. 1–2, 9–25.
- Frey, B. S., Stutzer, A. (2016): Policy Consequences of Happiness Research. In: Bartolini, S., Bilancini, E., Bruni, L., Porta, P. L. (eds): Policies for Happiness. Oxford, 21–35.
- Frey, B. S., Stutzer, A. (2002): What Can Economists Learn from Happiness Research? *Journal of Economic Literature*, Vol. XL, Nr. 6, 402–435.
- Giesselmann, M., Hilmer, R., Siegel, N. A., Wagner, G. G. (2013): Alternative Wohlmessung: Neue Indikatoren können das Bruttoinlandsprodukt ergänzen und relativieren. *DIW Wochenbericht*, Nr. 9, 3–12.
- Gooderham, P. N., Navrbjerg, S. E., Olsen, K. M., Steen, C. R. (2015): The labor market regime of Denmark and Norway: One Nordic Model? *Journal of industrial relations*, Vol. 57, Nr. 2, 166–186.
- Gray, M., Lobao, L., Martin, R. (2012): Making Space for Well-being. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, Vol. 5, Nr. 1, 3–13.
- Green, C. P., Gareth, D. L. (2013): Job security, financial security and worker well-being: new evidence on the effects of flexible employment. *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 60, Nr. 2, 121–138.
- Hajek, A. (2011): Lebenszufriedenheit und Einkommensreichtum: Eine empirische Analyse mit dem SOEP. *DIW SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research* 362. Berlin.
- Hasberg, R. (2016): Die Wahrnehmung von Einkommensungleichheit: Deutschland und die USA im Vergleich. Wiesbaden.
- Hofbauer, R. (2016a): Beschäftigung und Arbeitsmarkt. In: R. Steiner, R. Hofbauer (Hrsg.): Salzburg 2025: Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag des Landes Salzburg. Salzburg, 349–416.
- Hofbauer, R. (2016b): Einkommen. In: R. Steiner, R. Hofbauer (Hrsg.): Salzburg 2025: Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag des Landes Salzburg. Salzburg, 417–490.
- Hofinger, C., Kien, C., Michenthaler, G., Raml, R. (2009): Zwölf Jahre österreichischer Arbeitsklima-Index – Erkenntnisse und Ausblick. In: E. Kistler, F. Mußmann (Hrsg.): Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe. Die Qualität der Arbeit. Hamburg, 122–142.
- Jetschgo, J., Lacina, F., Pammer, M., Sandgruber, R. (2004): Österreichische Industriegeschichte, Bd. 2: 1848 bis 1955 – Die verpasste Chance. Wien.
- Kettner, C., Köberl, K., Mayrhuber, C., Karmasin, S., Steininger, N. (2012): Mehr als Wachstum. Messung von Wohlstand und Lebensqualität in ausgewählten Ländern mit dem OECD Better Life Index auf Basis der österreichischen Präferenzen. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien.
- Knabe, A., Rätzl, S. (2011): Quantifying the psychological costs of unemployment: the role of permanent income. *Applied economics*. Vol. 43, Nr. 19/21, 2751–2763.
- Knabe, A., Rätzl, S., Schöb, R., Weimann, J. (2010): Dissatisfied with life but having a good day: time-use and well-being of the unemployed. *Economic Journal*, Vol. 120, Nr. 547, 867–889.
- Knecht, A. (2010): Lebensqualität produzieren. Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden.
- Kopmann, A., Rehdanz, K. (2013): A human well-being approach for assessing the value of natural land areas. *Ecological Economics*, Vol. 93, Nr. 9, 20–33.
- Kotakorpi, K., Laamanen, J. (2010): Welfare State and Life Satisfaction: Evidence from Public Health Care. *Economica*, Vol. 77, Nr. 307, 565–583.
- Krekel, C., Kolbe, J., Wüstemann, H. (2016): The greener, the happier? The effect of urban land use on residential well-being. *Ecological Economics*, Vol. 121, Nr. 1, 117–127.

- Krueger, A. B., Schkade, D. A. (2008): The Reliability of Subjective Well-Being Measures. *Journal of Public Economics*, Vol. 92, Nr. 8/9, 1833–1845.
- Lucas, R. E., Clark, A. E., Georgellis, Y., Diener, E. (2004): Unemployment alters the set point for life satisfaction. *Psychological Science*, Vol. 15, Nr. 1, 8–13.
- Mayer, A., Haas, W., Wiedenhofer, D. (2017): How Countries' Resource Use History Matters for Human Well-being – An Investigation of Global Patterns in Cumulative Material Flows from 1950 to 2010. *Ecological Economics*, Vol. 134, Nr. 4, 1–10.
- Mayraz, G., Wagner, G. G., Schupp, J. (2009): Life Satisfaction and Relative Income – Perceptions and Evidence. *DIW SOEP Paper* 214. Berlin.
- Maza, A., Villaverde Castro, J., Gutiérrez-Portilla, M., Gutiérrez-Portilla, P. (2013): FDI and economic growth: evidence from the EU at the regional level. In: E. Guillon, L. Chauvet (eds): Foreign direct investment (FDI): policies, economic impacts and global perspectives. New York, 72–101.
- Nüchter, O., Bieräugel, R., Glatzer, W., Schmid, A. (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen.
- Pesendorfer, K., Eiffe, F., Wegscheider-Pichler, A. (2012): Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt-Implementierung der SSF/ESS Empfehlungen. Wien.
- Pollan, W. (2001): Die Entwicklung ausgewählter Verbrauchspreise von 1970 bis 2000. *WIFO-Monatsberichte* Nr.3, Wien, 189–191.
- Rauchenschwandtner, H., Schwingsmehl, M. (2016): Umwelt- und energiepolitische Szenarien und Diskurse in Salzburg. In: R. Steiner, R. Hofbauer (Hrsg.): Salzburg 2025: Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag des Landes Salzburg. Salzburg, 323–347.
- Sacks, D. W., Stevenson, B., Wolfes, J. (2013): The New Stylized Facts about Income and Subjective Well-Being. *CESifo Working Paper* No. 4067. München.
- Schwarz, N., Strack, F., Kommer, D., Wagner, D. (1987): Soccer, rooms, and the quality of your life: Mood effects on judgements of satisfaction. *European Journal of Social Psychology*, Vol. 18, 69–79.
- Sen, A. (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.
- Sinabell, F. (2011): Entwicklung der Kaufkraft zeigt Veränderungen von Lebensstandards auf. *WIFO-Pressinformation* vom 29.12.2011.
- Smith, A. (1776/1983): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Aus dem Englischen von Horst Claus Recktenwald. München
- Smith, A. (1776/1994): The Wealth of Nations. Edited, with an introduction and notes, by Edwin Cannan. New York.
- Soeffner, H.G. (2014): Muße – Absichtsvolle Absichtslosigkeit. In: B. Hasebrink, P.P. Riedl (Hrsg.): Muße im kulturellen Wandel. Semantisierungen, Ähnlichkeiten, Umbesetzungen. Berlin, Boston, 34–53.
- Statistik Austria (2016): Wie geht's Österreich? Schlüsselindikatoren und Überblick – Kurzfassung. Wien.
- Statistik Austria (2013): Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu den Regionalen Gesamtrechnungen (RGR), nach Wirtschaftsbereichen und NUTS 2. Wien.
- Steiner, R., Hofbauer, R. (Hrsg.) (2016): Salzburg 2025: Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag des Landes Salzburg. Salzburg.
- Steiner, R., Schwingsmehl, M., Wüger, M. (2016a): Wirtschaftsentwicklung im Bundesland Salzburg – ein Überblick. In: R. Steiner, R. Hofbauer (Hrsg.): Salzburg 2025: Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag des Landes Salzburg. Salzburg, 71–112.
- Steiner, R., Schwingsmehl, M., Wüger, M. (2016b): Wirtschaftlicher Strukturwandel. In: R. Steiner, R. Hofbauer (Hrsg.): Salzburg 2025: Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag des Landes Salzburg. Salzburg, 113–156.
- Stevenson, B., Wolfes, J. (2013): Subjective Well-being and Income: Is there any Evidence of Satiation? *CESifo Working Paper* No. 4222. München.
- Stiglitz, J. E., Sen, A., Fitoussi, J. P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.
- Veblen, T. (1899/1981): Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen (Titel der Originalausgabe „The Theory of the Leisure Class“). Frankfurt a. M.
- Veenhoven, R. (2014): The Easterlin illusion: Economic Growth does go with greater happiness. *International Journal of happiness and development*. Vol. 1, Nr. 4, 311–343.

- Veenhoven, R. (2006): World Database of Happiness. Happiness in Nations. Rank Report 2006-1. Erasmus University Rotterdam.
- Veenhoven, R. (1991): Is happiness relative? Social Indicators Research, Vol. 24, Nr. 1, 1–34.
- Verhofstadt, E., Ootegem, L.v., Defloor, B., Bleys, B. (2016): Linking individuals' ecological footprint to their subjective well-being. Ecological Economics, Vol. 127, Nr. 7, 80–89.
- Weimann, J., Knabe, A., Schöb, R. (2012): Geld macht doch glücklich. Wo die ökonomische Glücksforschung irrt. Stuttgart.
- Welsch, H. (2007): Environmental welfare analysis: A life satisfaction approach. Ecological Economics, Vol. 62, Nr. 3/4, 544–551.
- Welsch, H. (2006): Environment and happiness: Valuation of air pollution using life satisfaction data. Ecological Economics, Vol. 58, Nr. 1, 801–813.
- Weymark, J. A. (2016): Social Welfare Functions. In: M. D. Adler, M. Fleurbaey (eds): The Oxford Handbook of Well-being and Public Policy. New York, 126–159.
- Zumbro, T. (2011): The relationship between homeownership and life satisfaction in Germany. CAWM discussion paper 44. Münster.

Statistiken

- AMS (2016): Arbeitsmarktprofile Österreich und Salzburg 2008–2015.
- AMS (2016a): Arbeitsmarktdaten online.
- AMS (2016b): Arbeitsmarktdaten – Sonderauswertung.
- AMS (2016c): Berichte Arbeitsmarkt und Bildung.
- Arbeiterkammer Salzburg (2016): Arbeitsklima Index für Salzburg 2014 – Sonderauswertung.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Österreichische Pflegevorsorgeberichte 2008 bis 2011.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2001.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2002 bis 2004.
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2005 und 2006 sowie Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007.
- Economica (2016): Materialaufwand in % der Betriebsleistung in wichtigen Branchen – Sonderauswertung.
- Eurostat (2009): The environmental goods and services sector, a data collection handbook. Luxembourg.
- Landesstatistik Salzburg (2016): Wirtschafts- und Sozialstruktur Land Salzburg; ausgewählte Daten. Jahresergebnisse 2010–2015. Veränderungen 2010–2015 in Prozent. Amt der Salzburger Landesregierung, Landesdirektion Referat 0/03: Landesstatistik. Salzburg.
- OECD (2016): Hours Worked: Average annual hours actually worked, OECD Employment and Labour Market Statistics.
- OECD (2016): Level of GDP per capita and productivity. OECD Productivity Database.
- Oesterreichische Nationalbank (2016): Statistik Direktinvestitionen – Sonderauswertung.
- Statistik Austria (2016a): Sozialleistungen auf Landesebene.
- Statistik Austria (2016b): Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung – EGSS bis 2008: Leistungen der Öko-Industrien.
- Statistik Austria (2016c): Verbrauchsausgaben.
- Statistik Austria (2016d): Regionale Gesamtrechnung.
- Statistik Austria (2016e): Lohnsteuerstatistik – Sonderauswertung.
- Statistik Austria (2016f): Gebarungsstatistik der Länder, VA Gruppen und Abschnitte.
- Statistik Austria (2016g): EU-SILC 2008–2015.
- Statistik Austria (2016h): Mikrozensus – Hauptwohnsitzwohnungen.
- Statistik Austria (2016i): Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebung.
- Statistik Austria (2016k): Leistungs- und Strukturhebung – Unternehmensdaten.

- Statistik Austria (2016l): Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.
- Statistik Austria (2016m): Öffentlicher Schuldenstand – Maastricht Kriterien.
- Statistik Austria (2016n): Gebarungsstatistik Gemeinden ab 2000, VA-Gruppen und Abschnitte.
- Statistik Austria (2016o): Sozialhilfestatistik.
- Statistik Austria (2016p): Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung – Pflegedienstleistungsstatistik.
- Statistik Austria (2016q): Umweltgesamtrechnung, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung.
- Statistik Austria (2016r): Energiebilanz 2014.
- Statistik Austria (lfd.): Konsumerhebungen.
- Wirtschaftskammer Salzburg (2016): Konjunkturumfrage. Salzburg.

Datenanhang

**Tabelle 10-1: Bundesland Salzburg und Österreich:
Materialaufwand als Anteil der Betriebsleistung, 2002/03–2011/12**

	02/03	03/04	04/05	05/06	06/07	07/08	08/09	09/10	10/11	11/12*
Salzburg (in %)										
C 10 – Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	52,9	50,8	59,3	66,2	57,7	61,2	69,5	66,8	66,6	65,5
C 11 – Getränkeherstellung		31,4	30,7	28,6	31,9	28,0	36,9	31,5	30,8	39,8
C 13 – Herstellung von Textilien					37,4	53,5		43,8		
C 14 – Herstellung von Bekleidung	45,8	40,9	45,9	51,6	45,3	39,5	42,3	33,3	46,5	49,9
C 16 – Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	55,6	56,3	58,1	56,5	61,2	61,0	57,3	57,8	58,7	63,0
C 18 – Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	36,7	37,2	45,9	28,3	34,1	34,9	31,7	30,5	29,0	41,0
C 20 – Herstellung von chemischen Erzeugnissen				48,3	50,5	52,6	53,9	55,2	55,8	57,3
C 22 – Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	47,7	44,6	43,7	45,3	50,9	48,0	49,5	45,4	46,1	51,4
C 23 – Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	47,0	36,3	34,4	38,8	36,9	38,2	41,2	39,4	44,0	33,8
C 24 – Metallerzeugung und -bearbeitung	36,0	75,5	62,6		63,3	57,6	60,7	32,8	41,3	
C 25 – Herstellung von Metallerzeugnissen	49,1	51,5	49,5	48,8	49,3	46,3	47,4	43,0	43,1	46,9
C 26 – Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	55,6	54,7	50,7	49,9	47,5	47,5	47,7	50,8	45,9	47,3
C 27 – Herstellung von elektrischen Ausrüstungen						67,7	51,9	45,6	45,6	44,4
C 28 – Maschinenbau	47,7	53,2	50,3	56,1	50,2	55,2	55,2	46,5	49,3	54,1
C 29 – Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	44,2		60,1	49,1	47,3	61,7	62,8	49,7	52,5	47,9
C 31 – Herstellung von Möbeln	43,9	45,6	48,2	50,0	51,1	50,9	43,2	47,6	42,8	45,1
C 32 – Herstellung von sonstigen Waren	38,8	40,5	30,5	30,3	43,3	36,7	34,7	37,3	46,7	40,6
C 33 – Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen						70,9	65,7	58,2	57,8	59,6
F 41 – Hochbau	32,3	31,4	31,7	31,4	33,4	35,0	34,8	34,3	28,7	29,0
F 42 – Tiefbau	12,3	21,8	33,5	33,0	24,5	33,2	40,1	50,6	37,2	27,5
F 43 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	37,8	37,4	37,4	36,5	36,4	40,0	38,5	38,8	38,0	39,7

Fortsetzung von Tabelle 10-1: Bundesland Salzburg und Österreich:
Materialaufwand als Anteil der Betriebsleistung, 2002/03–2011/12

	02/03	03/04	04/05	05/06	06/07	07/08	08/09	09/10	10/11	11/12*
Österreich (in %)										
C 10 – Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	60,0	59,2	58,8	59,4	60,2	60,6	62,1	60,5	61,2	63,8
C 11 – Getränkeherstellung	42,9	44,5	42,6	44,1	44,6	42,8	45,1	42,6	42,9	40,4
C 13 – Herstellung von Textilien	49,3	50,4	51,1	46,0	49,5	55,3	50,0	49,6	48,1	50,3
C 14 – Herstellung von Bekleidung	46,3	51,3	51,1	52,0	52,2	51,8	49,4	48,8	50,0	56,7
C 16 – Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	57,5	57,5	56,8	56,9	59,4	60,1	57,2	55,9	57,2	59,3
C 18 – Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	35,5	35,8	36,7	39,1	36,4	37,7	37,3	36,2	35,1	38,2
C 20 – Herstellung von chemischen Erzeugnissen	51,4	53,8	55,6	55,7	56,6	59,6	55,6	54,1	55,0	56,1
C 22 – Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	52,2	52,5	52,5	52,1	53,9	52,7	53,5	51,1	51,2	53,3
C 23 – Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	42,0	41,4	41,2	46,1	45,1	43,7	45,1	44,0	43,9	44,8
C 24 – Metallherzeugung und -bearbeitung	53,4	52,1	55,4	58,5	60,8	62,8	67,3	56,2	64,3	65,5
C 25 – Herstellung von Metallerzeugnissen	43,4	44,4	46,5	46,2	46,9	46,7	46,1	43,0	43,4	45,4
C 26 – Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	45,0	42,1	42,7	41,6	48,3	47,9	50,1	47,0	47,2	41,4
C 27 – Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	52,7	53,3	52,7	53,4	55,3	57,8	56,0	55,0	55,7	54,7
C 28 – Maschinenbau	48,6	48,2	50,1	50,4	52,0	53,7	53,1	51,0	49,5	51,0
C 29 – Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	56,1	58,6	62,9	55,0	59,7	65,2	64,3	61,3	63,0	64,5
C 31 – Herstellung von Möbeln	42,8	43,1	44,4	42,3	43,7	44,5	44,4	42,0	40,5	40,8
C 32 – Herstellung von sonstigen Waren	41,8	42,4	42,4	42,4	44,9	46,5	47,5	45,5	43,5	47,5
C 33 – Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	46,5	44,7	45,7	45,1	47,6	48,7	52,1	44,8	41,6	38,6
F 41 – Hochbau	32,6	31,4	34,7	33,2	32,1	31,3	30,7	28,7	27,0	29,4
F 42 – Tiefbau	28,8	31,1	25,6	34,7	35,7	41,7	42,1	41,2	35,5	22,6
F 43 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	36,9	35,8	35,6	34,4	36,3	39,6	39,9	39,3	39,0	36,6

Anmerkung:

(*) Da erst wenige Bilanzdaten in die Werte der Letztjahre eingeflossen sind, sind diese Zahlen mit Vorsicht zu interpretieren.
Quelle: Eigene Darstellung nach: Sonderauswertung Economica – Institut für Wirtschaftsforschung.

Tabelle 10-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Nettoposition der Direktinvestitionen, 2004–2014

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	% p. a.
Salzburg* (in Mio. €)	-494	-457	3.569	3.117	3.418	3.360	6.438	3.527	5.290	5.472	5.762	
Vrd. zum Vorjahr (in %)				-12,7	9,7	-1,7	91,6	-45,2	50,0	3,4	5,3	6,2**
Österreich (in Mio. €)	-666	-9.108	-4.082	-9.269	602	-6.603	13.859	28.431	34.018	38.204	31.029	
Vrd. zum Vorjahr (in %)								105,1	19,7	12,3	-18,8	22,3***

Anmerkungen: Nettoposition der Direktinvestitionen: aktive minus passive Direktinvestitionen, Gesamtwert zu Marktpreisen.

(*) Die deutliche Veränderung in der Nettoposition zwischen 2005 und 2006 ist Resultat einer drastischen Zunahme der aktiven Direktinvestitionen; nach Angaben der Oesterreichischen Nationalbank gab es einen „Fall“ einer umfangreicheren Direktinvestition, zu dem aufgrund des Datenschutzes jedoch keine näheren Informationen vorliegen. Von 2006 auf 2007 gab es zudem einen Sprung bei den passiven Direktinvestitionen, der auf der vorgenommenen Umstellung der Erhebungsmethodik basiert.

(**) Von 2006 bis 2014.

(***) Von 2010 bis 2014.

Stand: 19.10.2016

Quelle: Eigene Darstellung nach: Oesterreichische Nationalbank.

Tabelle 10-3: Bundesland Salzburg und Österreich: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck pro Kopf, 2004–2014

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014*	% p. a.
Salzburg (in €)	17.400	18.500	19.300	20.200	20.800	20.900	20.900	21.500	22.400	22.400	22.800	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		6,3	4,3	4,7	3,0	0,5	0,0	2,9	4,2	0,0	1,8	2,7
Österreich (in €)	17.400	18.500	19.300	20.100	20.600	20.600	20.700	21.200	22.000	21.900	22.300	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		6,3	4,3	4,1	2,5	0,0	0,5	2,4	3,8	-0,5	1,8	2,5

Anmerkungen: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck: Da sich die RGR in ihrer Konzeption auf die Methodik der nationalen VGR stützt, werden Transaktionen und Salden für die Sektoren S.14 (Private Haushalte) und S.15 (Private Organisationen ohne Erwerbszweck) gemeinsam ausgewiesen.

Pro-Kopf-Angaben berechnet auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt, auf Hunderterstelle gerundet.

(*) 2014: Vorläufige Zahlen.

Revisionsstand: September 2015.

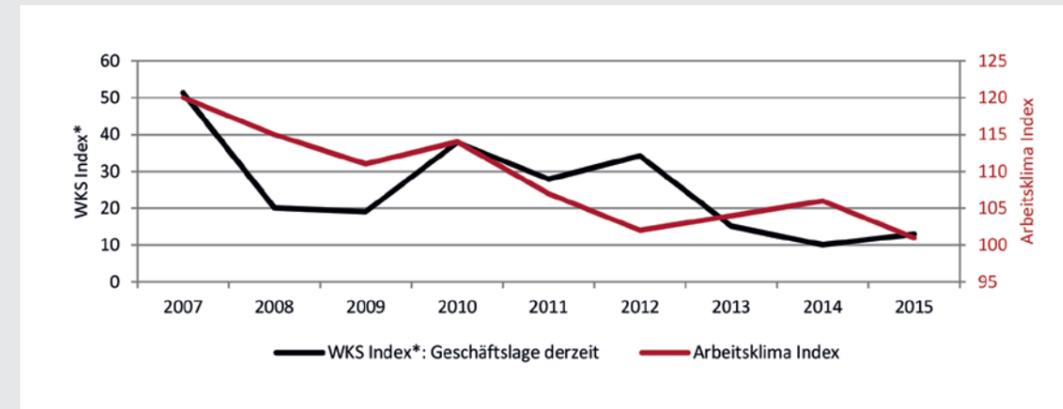
Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Regionale Gesamtrechnung.

Tabelle 10-4: Bundesland Salzburg:
Index zur Konjunkturumfrage der Wirtschaftskammer Salzburg, 2007–2016

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Vrd. 2007/ 16 (in %)
Geschäftslage derzeit	51,4	20,1	19,1	37,9	27,9	34,2	15,1	10,1	13,0	15,8	-35,6
Geschäftsentwicklung in den nächsten 6 Monaten	33,2	-6,0	-2,8	15,9	-1,5	17,0	16,0	11,6	10,1	15,7	-17,5
Personalentwicklung in den nächsten 6 Monaten	10,1	-25,2	-16,6	-0,7	-6,7	-5,9	-1,5	-5,2	-3,0	0,0	-10,1
Auftragserwartung in den nächsten 6 Monaten	41,0	-15,6	1,4	27,1	3,0	7,3	16,0	5,4	5,3	8,7	-32,3

Anmerkungen: Dargestellt wird der jeweilige Saldo, der dem Überhang der positiven Meldungen über den negativen Meldungen in Prozentpunkten entspricht. Neutrale Antworten werden vernachlässigt. Werte über null zeigen eine in Summe positive Einschätzung an, Werte unter null spiegeln eine per Saldo negative Einschätzung wider. Null Indexpunkte zeigen an, dass sich positive und negative Einschätzungen die Waage halten. Der Index kann Werte zwischen +100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind positiv) und -100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind negativ) annehmen. Anzahl und Formulierung der Antwortkategorien können je nach Frage unterschiedlich sein. Werte sind Indexpunkte, jeweils November des jeweiligen Jahres. Stand: 20.12.2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: Wirtschaftskammer Salzburg – Konjunkturumfrage.

Abbildung 10-1: Bundesland Salzburg: Index zur Konjunkturumfrage der Wirtschaftskammer Salzburg und Arbeitsklima Index, 2007–2015



Anmerkungen:
(*) Dargestellt wird der jeweilige Saldo, der dem Überhang der positiven Meldungen über die negativen Meldungen in Prozentpunkten entspricht. Neutrale Antworten werden vernachlässigt. Werte über null zeigen eine in Summe positive Einschätzung an, Werte unter null spiegeln eine per Saldo negative Einschätzung wider. Null Indexpunkte zeigen an, dass sich positive und negative Einschätzungen die Waage halten. Der Index kann Werte zwischen +100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind positiv) und -100 Indexpunkten (alle Einschätzungen sind negativ) annehmen. Anzahl und Formulierung der Antwortkategorien können je nach Frage unterschiedlich sein.
Werte jeweils November des jeweiligen Jahres; Stand: 20.12.2016.

Nachhaltigkeit im Tourismus

MONIKA BRETBACHER · MARIO JOOSS

Abstract

„Nachhaltigkeit ist einer dieser Werte, die unsere Gesellschaft derzeit auf vielen Ebenen bewegen. Für den Paradigmenwechsel, den wir gerade erleben, ist Nachhaltigkeit deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie auf die Zukunft und die Lebensqualität nachfolgender Generationen ausgerichtet ist. Nachhaltiges Planen und Handeln wirkt in alle unsere Lebensbereiche hinein und wird das in Zukunft noch viel stärker tun. Das zeigt sich nicht nur in globalen Klimadiskussionen, in Politik und Kultur, sondern auch in Kernbereichen der westlichen Wirtschaft, wenn man etwa an die wachsenden Marktsegmente für Bio-Produkte oder nachhaltige Kapitalanlagen denkt. Aber auch im Tourismus als einem der ‚Sinnmärkte der Zukunft‘ wird Nachhaltigkeit eine immer stärkere Rolle spielen.“ (ÖW 2012)

Der vorliegende Bericht versucht, die grundsätzliche Begrifflichkeit von Nachhaltigkeit – hier im Speziellen der touristischen Nachhaltigkeit – zu klären sowie eine Möglichkeit aufzuzeigen, wie Salzburger Tourismusdestinationen in dieser Hinsicht vermessen werden können.

Spricht man heute von Nachhaltigkeit im Tourismus, wird zumeist an die ökologische Dimension gedacht, wie die deutsche Reiseanalyse (FUR 2014) zeigt. Auch für Österreich stellen natürliche Ressourcen eine wesentliche Basis des Tourismusangebots dar, das Land kann diesbezüglich bereits hervorragende Bewertungen nachweisen: Beim Travel and Tourism Competitiveness Index 2011 des World Economic Forum belegt Österreich in den Punkten Naturschutz/Nachhaltigkeit weltweit den fünften Rang, eine Spitzenposition weist Österreich ebenfalls in den Bereichen Umweltqualität (Rang zwei) und Umweltschutzbestimmungen (Rang drei) auf. Auch im National Social Responsibility Index des internationalen Beratungsunternehmens MHC International, bei dem das Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) auf Nationen umgelegt wurde, belegt Österreich von 180 untersuchten Ländern den zwölften Platz (vor Deutschland, Großbritannien und Frankreich). Dennoch gehört zu einem ganzheitlich nachhaltigen Angebot mehr: *„Nur in Verbindung mit einer sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit können auch mittel- und langfristige erfolgreiche Angebote entwickelt werden“* (ÖW 2012).

Der vorliegende Bericht führt im Kapitel 1 allgemein in die wirtschaftliche Bedeutung sowie die Nachhaltigkeitsrelevanz des Tourismus für das Bundesland Salzburg ein und versucht, die Bedeutung touristischer Nachhaltigkeit aufzuzeigen.

Im Bereich der Methodik (Kapitel 2) wird die Vermessung touristischer Nachhaltigkeit diskutiert sowie ein Überblick über bestehende Nachhaltigkeits-Indikatorsysteme gegeben.

Während in Kapitel 3 ein Überblick zur Datenlage im Bundesland Salzburg vorzufinden ist, zeigt Kapitel 4 die Ergebnisse der Erhebung, die auf Basis der international anerkannten GSTC-D-Kriterien für Nachhaltiges Destinationsmanagement erhoben wurden und in Kapitel 5 zu Schlussbetrachtungen führen.

1 Einleitung

Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus

Dass die Tourismuswirtschaft eine wesentliche Stütze der österreichischen Wirtschaft insgesamt ist, steht außer Frage. Sie prägt die räumliche Struktur Österreichs und trägt zu einer positiven regionalen Entwicklung bei, vor allem im ländlichen Raum. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus lässt sich an dessen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ablesen. Das seit 2001 von der Statistik Austria und dem WIFO im Auftrag des BMWFJ geführte Tourismus-Satellitenkonto errechnete für das Jahr 2012 direkte Wertschöpfungseffekte des Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen) von 16 Mrd. Euro, was einem Anteil an der Gesamtwertschöpfung (BIP) von rund 7,4 % entspricht. Wird zur touristischen Wertschöpfung der Freizeitkonsum der InländerInnen hinzuge-rechnet, verdeutlicht sich die beachtliche Dimension der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich: 2011 beliefen sich die Wertschöpfungseffekte auf 44,8 Mrd. Euro, also rund 14,9 % des gesamten BIP. So ist auch im Bundesland Salzburg der Anteil an touristischer Wertschöpfung bedeutend: Mehr als 20 % des Regionalproduktes (rund 4,2 Mrd. Euro) konnten im Jahr 2011 an touristischer Wertschöpfung generiert werden. (Statistik Austria 2016; WKO 2014; BMWUF 2013; WKO 2012; Land Salzburg 2013) Die Investitionstätigkeit im Tourismus hat in den vergangenen Jahren (im Vergleich zur Gesamtwirtschaft) ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnet. Auch während der Wirtschaftsrezession 2009 lag der Investitionszuwachs deutlich über der Gesamtwirtschaft. Das Gesamtinvestitionsvolumen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft erreichte 2011 rund fünf Mrd. Euro, wovon ca. drei Mrd. Euro in die Hotellerie investiert wurden. Diese Investitionen wurden vor allem in Ganzjahres- und Winterdestinationen getätigt: im ersten Halbjahr 2012 rund 60 % von Unternehmen, die ein Ganzjahreskonzept verfolgen, 39 % in Wintersaisongebieten und ca. 1 % in reinen Sommerdestinationen. Bei den Investitionsschwerpunkten liegt seit Jahren die „Betriebsgrößenoptimierung“ an erster Stelle, gefolgt von Qualitätsverbesserung. (ÖHV 2010)

Zur Nachhaltigkeitsrelevanz im Tourismus im Bundesland Salzburg

Mit Salzburg als Städtereisedestination und dem Salzburger Land als Urlaubsregion weist das Bundesland Salzburg nach wie vor Zuwachsraten auf; es konnte im Tourismusjahr 2014/15 ein Plus von 2,7 % bei den Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden (Land Salzburg 2015c).

Rund 11.500 Beherbergungsbetriebe bieten gesamt ca. 199.000 Betten an (Stand Sommer 2015) bzw. rund 208.000 (Stand Winter 2015). Die durchschnittliche Auslastung im Sommer liegt in den gewerblichen Betten bei rund ca. 38 %, bei den PrivatzimmeranbieterInnen bei ca. 16 %. Im Winter ist die Auslastung etwas höher und liegt bei ca. 43 % in den gewerblichen Betrieben und bei ca. 26 % in den privaten Unterkünften (Land Salzburg 2016a, 2016b, 2016c, 2016d). Im Sommer 2015 konnten ca. zwölf Mio. Nächtigungen und im Winter 2014/15 rund 15 Mio. Übernachtungen erzielt werden (Land Salzburg 2015b; Land Salzburg 2016b). Das Bettenangebot im Bundesland (mit Stand Sommer 2015) umfasst 198.921 Betten; davon entfallen gesamt ca. 13.800 auf die Stadt Salzburg, rund 16.500 auf den Flachgau, ca. 9.000 auf den Tennengau, rund 66.000 Betten auf den Pongau, ca. 11.500 auf den Lungau und rund 82.000 Betten stellt der Pinzgau. Die Gesamtauslastung dieser Betten konnte im Sommer 2015 in den meisten Regionen des Bundeslandes Salzburg ein Plus von 0,9 % verzeichnen (von 30,0 % auf 30,9 %), ein leichtes Minus gab es im Salzburger Alpenvorland (minus 1,6 %), dem Salzburger Salzkammergut (minus 1,3 %) und der Salzburger Sonnenterrasse (minus 5,1 %) (Land Salzburg 2016a). Auch bei den Übernachtungen konnten fast alle Regionen im Sommer 2015 ein Plus von 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen, einzig der Bezirk Tamsweg hatte rückgängige Nächtigungen von minus 1,9 % (Land Salzburg 2015b).

Ein Plus von 0,6 % gab es auch bei der Auslastung vom Winter 2013/14 auf den Winter 2014/15, das sich in allen Bezirken des Landes widerspiegelt. Insgesamt 207.716 Betten standen in diesem Zeitraum zur Verfügung, davon rund 13.000 in der Stadt Salzburg, rund 14.000 im Flachgau, 9.000 im Tennengau, 72.000 im Pongau, 14.000 im Lungau und 85.000 im Pinzgau. Die größte Auslastungssteigerung bezirkswweit konnte in der Stadt Salzburg generiert werden (plus 1,3 %) und auf regionaler Ebene in der Region Tennengebirge (plus 1,7 %). Negative Auslastungen im Winter 2014/15 zeichneten auf Regionsebene das Salzburger Alpenvorland (minus 1,8 %) und das Lammertal (minus 0,2 %) (Land Salzburg 2016c). Bundeslandweit stiegen die Übernachtungen im Winter 2014/15 ebenso im Vergleich zum Vorjahr, insgesamt um 5 %, es konnten somit um rund 725.000 Nächtigungen mehr als im Jahr davor verzeichnet werden. Rückgänge bei den Nächtigungen aller Unterkünfte wurden in den Umgebungsorten der Stadt Salzburg (minus 0,1 %) und im Salzburger Salzkammergut (minus 1,2 %) verzeichnet. Gesamt wurden 15 Mio. Nächtigungen in diesem Zeitraum erzielt, rund eine Mio. davon in der Stadt Salzburg, ca. 600.000 Nächtigungen im Flachgau, ca. 500.000 im Tennengau, 5,7 Mio. im Pongau, knapp weniger als eine Mio. Übernachtungen im Lungau und 6,2 Mio. im Pinzgau (Land Salzburg 2016b). Diese noch immer steigenden Entwicklungstendenzen führen zu hohen ökologischen Belastungen wie hohem Verkehrsaufkommen, hohem Energieverbrauch und auch Landschaftsverbrauch, u. a. durch den Ausbau von Skigebieten. Ebenso sind im sozialen und kulturellen Bereich Auswirkungen zu spüren: Die Bewahrung oder Verkitschung von Traditionen spielt hier eine große Rolle, ebenso die Belastung der Bereisten durch den hohen Anteil von Gästen in den Dorfgemeinschaften. Aber auch die ökonomischen Auswirkungen sind spürbar – beispielsweise steigende Preisniveaus in Tourismusregionen oder niedrige Löhne. Dies hat massive Auswirkungen auf die Zufriedenheit der einheimischen Bevölkerung und folglich auch auf die Lebensqualität. Nachhaltigkeitsmanagement in der Destination Salzburg sowie in touristischen Unternehmen kann ein Lösungsansatz sein, dieser Entwicklung entgegenzuwirken (FH Salzburg 2013). Dies spiegelt auch die Nachhaltigkeitsthematik des aktuellen Strategieplans Tourismus 2020 des Landes Salzburg wider (Land Salzburg 2013): Er definiert auf Basis des von der Österreich Werbung veröffentlichten Positionspapiers zum Thema Nachhaltigkeit (Österreich Werbung 2012) die Bereiche der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Nachhaltigkeit und der ökonomischen Nachhaltigkeit im Tourismus, um so u. a. gute Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Umfeld anzubieten, klimaverträglich zu sein und das Wirtschaftswachstum weitestgehend vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln (Land Salzburg 2013, 39).

Das Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020 sowie der Salzburger Strategieplan Tourismus 2020 positionieren sich zur Nachhaltigkeit im Tourismus wie folgt (Land Salzburg 2011; Land Salzburg 2013):

- Salzburg ist eine begehrte Tourismusdestination: „Der Tourismus entwickelt Angebote, die den Herausforderungen des Klimawandels Rechnung tragen und die Schönheit und Potenziale des Naturraums nützen, ohne ihn auszubeuten. Salzburger Destinationen setzen auf ein authentisches Angebot.“ (Land Salzburg 2011, 47)
- Salzburg verfügt über ein Wirtschaftssystem, das auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruht: „Fragen der Versorgungssicherheit, der Verfügbarkeit und der Kosten von Energie und Rohstoffen werden zur zentralen Frage für kleinregionale Wirtschaftsräume. Es ist daher notwendig, den Umbauprozess zu einer ressourcenschonenden und klimaverträglichen Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen und das Wirtschaftswachstum weitestgehend vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. (...) Qualität und eine konsequente Orientierung an einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sind die entscheidenden Wettbewerbsvorteile, über die Salzburg als Standort verfügt. (...) Neben diesem ‚ökonomischen‘ Aspekt der Nachhaltigkeit werden auch die weiteren Aspekte gleichrangig in den Mittelpunkt gerückt: die Erhaltung und behutsame ‚Inwertsetzung‘ des weitgehend intakten Lebensraumes und das sorgsame Abwägen weiterer Eingriffe im Sinne einer ‚ökologischen‘ Nachhaltigkeit. Begleitend gewinnt die dritte Dimension, die ‚soziale‘ Nachhaltigkeit, zentrale Bedeutung: Arbeitskräfte werden in Folge der demografischen Entwicklung ‚knapp‘. (...) Wissen wird zum zentralen Wettbewerbsfaktor, gedeiht aber nur in einem entsprechenden Umfeld, das Zugang zu Wissen in allen Altersstufen und für alle sozialen Schichten ermöglicht. Gute Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Umfeld werden mehr denn je zur Basis für das regionale wirtschaftliche Handeln.“ (Land Salzburg 2011, 50)
- Als Chancen aus der Implementierung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise werden im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit (intakter Lebensraum, regionale Besonderheiten), der sozialen (hohe Qualität und Sozialstandards) sowie ökonomischen Nachhaltigkeit (hochqualitative (Nischen-)Produkte in Verbindung mit kundInnennaher Dienstleistung) genannt. Für den Tourismus werden somit Handlungsfelder und Maßnahmenpakete im Bereich der Standortentwicklung, der Unternehmensentwicklung und der Governance definiert (Land Salzburg 2011, 54 ff.).

Als Strategie im Bereich der Standortentwicklung wurden themenorientierte und regionsspezifische Weiterentwicklungen des touristischen Angebots definiert, mit konkreten Maßnahmen zur Entwicklung und Absicherung von Topstandorten im Tourismus (bspw. durch Bereitstellung hochqualitativer Tourismusinfrastruktur) und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der touristischen Angebote (bspw. Forcierung der Positionierung der Tourismuswirtschaft in Salzburg als Reiseziel mit einem „green image“). Das Handlungsfeld Unternehmensentwicklung umfasst u. a. die Bereiche der Reduktion des Ressourcenverbrauchs, der Steigerung der Innovationsaktivitäten etc. Den Tourismus betreffend wurden hier als Strategien (a) die Stärkung der betrieblichen Innovationskraft und (b) die Neuausrichtung des Beschaffungswesens in Richtung KMU-freundliche, innovative und nachhaltige Beschaffung genannt. Die Zielsetzungen im Bereich Governance sind die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung, der Ausbau von Netzwerken und Allianzen, die Erreichung neuer Qualitäten in (über-)regionalen Kooperationen (Unternehmen, Interessensvertretungen, Wissenschaft, Gemeinden, Bund), um gemeinsam Entwicklungen voranzutreiben und wettbewerbsfähige Strukturen und Größen zu erreichen, sowie die gezielte Ausrichtung der Unterstützungsleistungen und -strukturen auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. So formuliert das Expertenpapier „Tourismus in der EU-Strukturperiode 2014–2020“ (BMWWF 2013, 13 ff.): Es gehe um eine ganzheitliche Tourismusdiagnose, um die Schaffung von Ganzjahresdestinationen, bessere Vernetzung von Tourismus und Verkehr, Modellregionen, barrierefreien „Tourismus für alle“, kundInnenfreundliche und nachhaltige Mobili-

tätslösungen, ressourcenorientierte Stadt- und Regionsentwicklung etc. Auch in den EFRE-Programmen für die Tourismuswirtschaft werden konkret solche Ziele genannt, wie bspw. Ziel Nr. 4 „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“ oder Ziel 6 „Umweltschutz und Förderungen der Ressourceneffizienz“ (Ebd., 17 f.).

Zur Bedeutung touristischer Nachhaltigkeit

Im Jahr 2000 hat die Association of British Travel Agents (ABTA) erhoben, dass es für rund 85 % der befragten Personen wichtig ist, dass Tourismus nicht die Umwelt zerstört, und dass 78 % Informationen zu sozialen und Umweltthemen über die Destination in ihrem Reisebüro einholen. Auch das English Tourism Council (ETC) führte im selben Jahr eine Studie durch, in der 84 % der KonsumentInnen angaben, dass sie eine/n AnbieterIn von nachhaltig akkreditierten Programmen wählen würden (Sanabria 2004 nach Skinner et al. 2003). Ebenso zeigen die Ergebnisse des Abschlussberichts zum Forschungsvorhaben „Nachfrage für Nachhaltigen Tourismus“ im Rahmen der für die deutschsprachige Wohnbevölkerung repräsentative Reiseanalyse die gestiegene Bedeutung der Nachhaltigkeit im Tourismus auf (FUR 2014): Aktuell ist für 31 % der Bevölkerung die ökologische Verträglichkeit von Urlaubsreisen wichtig, 38 % möchten sozialverträglich verreisen; 19,4 Mio. Personen bzw. 28 % der Bevölkerung sind Nachhaltigkeitsinteressenten, d. h. sie interessieren sich sowohl für ökologisch als auch für sozial verträgliche Urlaubsreisen; und für 42 % der Bevölkerung ist es wichtig, dass ReiseveranstalterInnen sich in Sachen Nachhaltigkeit engagieren (Bildungsprojekte, Umwelt- und Artenschutz), 12 % sind auch gerne bereit, etwas mehr dafür zu bezahlen. Weiters wurde im Zuge der deutschen Reiseanalyse (FUR 2014) festgestellt, dass die Begrifflichkeit des „nachhaltigen Tourismus“ von 28 % der Befragten mit Umweltaspekten in Verbindung gebracht wird. Wenn es um die Verantwortung des nachhaltigen Tourismus geht, so meinen 65 % der Befragten, ihr eigenes Verhalten anpassen zu müssen, 57 % jedoch sehen die Tourismusindustrie in der Verantwortung, ausreichend nachhaltige Produkte und Angebote bereitzustellen. Weniger als die Hälfte (41 %) sieht den Staat (Kommune, Land, Bund) gefordert, einen entsprechenden Ordnungsrahmen mit Gesetzen oder sonstigen Verhaltensregeln zu erlassen. Auch eine Studie des Zukunftsinstituts (Gatterer et al. 2009) hält in ihren Abschlussbemerkungen fest: „Zukünftig wird die Bedeutung eines sozial korrekten Lebens weiter steigen. Die Gesundheit von Mensch und Umwelt rückt immer stärker ins Bewusstsein der Konsumenten. Der ökologisch und ethisch korrekte Mehrwert wird zu einem entscheidenden Kaufkriterium, speziell auch bei Serviceangeboten.“ Wie wichtig die Nachhaltigkeit für große touristische Player mittlerweile ist, zeigt auch die TUI AG auf und setzt gleich auf mehrere Nachhaltigkeitsindizes (TUI 2014): Als einziger Touristikonzern ist die TUI AG seit 2014 in den Dow Jones Sustainability Indices (DJSI) World und Europe notiert, des Weiteren ist sie Mitglied im FTSE4Good, im DAXglobal Sarasin Sustainability Germany sowie im ECPI Ethical Index €uro. Zertifizierungen nämlich ermöglichen es dem/der Konsumenten/Konsumentin, nach ökologischen und sozialen Produkten und Dienstleistungen zu unterscheiden. Immerhin 42 % der Befragten gaben im Zuge der deutschen Reiseanalyse 2014 an, dass ein klares Siegel oder Gütezeichen für touristische Nachhaltigkeit eine Hilfestellung wäre, die eigene Urlaubsreise nachhaltig gestalten zu können (FUR 2014).

Zentrale Fragestellung des vorliegenden Berichts

Das Prinzip der Nachhaltigkeit spielt somit einerseits eine immer größere Rolle im Tourismus, stellt jedoch andererseits ein relativ komplexes Konzept dar, das auf der Kommunikation vieler Akteure und Systeme beruht. Auf Basis dieser Ausgangslage sowie der Zielsetzung laut Antrag (FH Salzburg 2013) definiert sich die zentrale Fragestellung für vorliegenden Bericht folgendermaßen: Wie nachhaltig agieren die Salzburger Tourismusregionen und wo besteht Optimierungspotenzial?

2 Methodik

Dass ein nachhaltiges Tourismusmanagement von steigender Bedeutung ist, zeigt nicht nur die Vielzahl an Studien, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, sondern auch die parallel entstehende Vielfalt an Zertifizierungssystemen. Derzeit existieren mehr als 50 anerkannte nationale und internationale Zertifizierungen für nachhaltigen Tourismus (Destinet 2016a; Destinet 2016b). Vor allem die wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre zeigen den internationalen Bedarf an einem solchen nachhaltigen Tourismusmanagement auf. Ihnen allen ist gemein, dass die Bedeutung von Nachhaltigkeit zentrales Thema ist und der Bedarf an einem einheitlichen Management- und Monitoringsystem steigt bzw. essentieller denn je ist. (Gössling et al. 2012; Bramwell u. Lane 2012; Andereck 2009; Moore u. Weiler 2009; Smerecnik u. Andersen 2011; Altenburg u. Pegels 2012; Roberts u. Tribe 2008)

Indikatorsysteme im Bereich der Nachhaltigkeit versuchen Toolkits für Tourismusakte für nachhaltigen Tourismus und nachhaltiges Destinationsmanagement zur Verfügung zu stellen, um Hilfestellung bei der Messung und beim Monitoring des Nachhaltigkeitsmanagements zu bieten. Solche Nachhaltigkeitssysteme können grundsätzlich auf drei unterschiedliche Arten eingesetzt werden: (a) um zu evaluieren, wie Effekte erreicht werden können, (b) zur Messung von Zielen, die erreicht werden können, und (c) um in Erfahrung zu bringen, welche Prozesselemente im Nachhaltigkeitsmanagement berücksichtigt werden (Cox 2008).

Der Bedarf an Nachhaltigkeitszertifizierungen basiert einerseits auf immer stärker beanspruchten ökologischen Umwelten, andererseits auf dem Einfluss des weltweit wirtschaftlichen Rückgangs, Trendveränderungen (wovon KonsumentInnen ihre Kaufentscheidung abhängig machen) und einem unglaublich wettbewerbsintensiven, weltweiten Marktplatz für touristische Produkte (Sidhu 2013).

Ein Bewertungssystem zur Messung von nachhaltigem Tourismus hat beispielsweise die United Nations World Tourism Organisation (kurz: UNWTO) vorgeschlagen. Es bezieht sich auf die Bereiche: (a) kulturelle Indikatoren (Well-being der Touristen, Bewahrung der Zufriedenheit der Bereisten, Bewahrung kultureller Güter, Gewährleistung von Sicherheit, Gesundheit und Sicherheit ...), (b) ökonomische Indikatoren (Reduzierung der Saisonalität, nachhaltige Beschäftigung im Tourismus, Leakage-Effekte reduzieren, Value for Money ...), (c) ökologische Indikatoren (Klimawandel, Definition von Carrying Capacities in Destinationen, Energieverbrauch, Wasserversorgung, Abfall, visuelle

Verschmutzung ...) und (d) Managementindikatoren (Entwicklungskontrolle, Transport, Green Tourism, BesucherInnenlenkungsmaß ...). Der Umfang des Guidebooks spricht für sich: Auf mehr als 500 Seiten werden Indikatoren sowie Techniken zur Messung einer ganzheitlich touristischen Nachhaltigkeit genannt. (UNWTO 2004)

2.1 INDIKATORIK FÜR NACHHALTIGEN TOURISMUS

„Tourism to the world's biodiversity hotspots increased by more than 100% between 1990 and 2000“ (Sanabria 2004). Dies zeigt, dass der Einfluss auf natürliche Ressourcen (noch immer) größer wird. „Certification of sustainable tourism and ecotourism can help to reduce the negative environmental and social impacts of tourism, ensure that the tourism industry is held accountable, [and can] provide marketing benefits to those firms that meet the certification standards“ (Sanabria 2004 nach Skinner et al. 2003). Es geht also um Ökologie (den negativen Effekt auf Fauna, Flora, Wasser, Energie, Energiekonsum etc. zu minimieren und durch Schutz und Konservierung der Umwelt positiv beizutragen), Soziokulturelles (soziale Strukturen zu revitalisieren und lokale Traditionen zu bewahren) sowie Ökonomie (das zu einem Well-being der lokalen Bevölkerung beiträgt und sowohl Wirtschaftstreibende und Beschäftigte als auch die ansässige Bevölkerung davon profitieren lässt). (Bien 2006)

2.1.1 Zur Vermessung touristischer Nachhaltigkeit

Lange haben sich lokale politische EntscheidungsträgerInnen beim Monitoring des Tourismus auf eher wenige Statistiken gestützt, wie z. B. BesucherInnenzahlen, Beschäftigung und BesucherInnenzufriedenheit (z. B. T-MONA¹). Diese vermitteln jedoch nur ein unklares Bild von den tatsächlichen Auswirkungen des Tourismus. Werden jedoch Daten über eine Reihe von Themen im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Tourismus auf die lokale Wirtschaft, Bevölkerung und Umwelt erhoben, kann ein genaues Bild von den Folgen des Tourismus entstehen. Diese größere Betrachtung wird generell zur Thematik der Nachhaltigkeit vorgeschlagen. So gibt es bis dato unterschiedlichste Studien zur Analyse von Nachhaltigkeits-Indikatorensets und -Bewertungsverfahren für Tourismusregionen, die einerseits Systeme für einzelne Regionen enthalten und andererseits auch Systeme internationaler Organisationen und wissenschaftlicher Studien. (Choi u. Sirakaya 2006; Bieger u. Rütter 2004; Laimer u. Öhlböck 2004; Baumgartner 2002; Comploi 2010; Tanguay et al. 2011).

Grundsätzlich ist zur Lage bestehender Nachhaltigkeits-Zertifizierungssysteme zu sagen, dass zumeist unterschiedlichste Messinstrumente verwendet werden, je nach Zielsetzung der Destination bzw. der Zertifizierung, allen ist jedoch gemein: Sie sollen als Grundlage für ein Monitoring- und Managementsystem für informierte Entscheidungen dienen. Eine Unterscheidung solcher Nachhaltigkeits-Indikatorenssysteme kann einerseits in den zu erhebenden Thematiken liegen (von statistischen touristischen Basisdaten wie Beherbergungsstruktur bis hin zur Vermessung der TouristInnenaktivitäten), andererseits in der Erhebungseinheit an sich (von einzelnen Produkten über Unternehmen bis hin zu Orten, Regionen und Destinationen).² (Baumgartner 2002; Comploi 2010; VISIT 2004; Statistik Austria 2005)

Dimensionen touristischer Nachhaltigkeit

Detaillierte Definitionen sind vielfältig und über viele verschriftlichte Seiten vorzufinden (UNWTO 1992; UNWTO 2004; BMWA 2004; Bossel 1999), nachstehend folgt eine kurze Begriffsabgrenzung der zentralen Themen der Nachhaltigkeit:

Ökologie – Tourismus und natürliche Ressourcen

„Alle gängigen Klimamodelle gehen von einem Temperaturanstieg von 2° C bis zum Jahr 2050 aus, für den Alpenraum werden sogar 4° C mehr prognostiziert – Wintersport ade!“³

Das Klima ändert sich und die Analyse langer meteorologischer Reihen zeigt, neben stets auftretenden Schwankungen, deutliche Änderungen in den letzten Jahrzehnten. Im letzten Jahrhundert stieg die Temperatur am stärksten in den letzten 1.000 Jahren, die Dekade von 2000 bis 2010 sei sogar die wärmste der letzten hundert Jahre gewesen. (Lang 2008)

Einerseits fallen in diesen Bereich also alle unterschiedlichen Qualitätsaspekte der natürlichen Umwelt, die für eine Tourismusdestination relevant sind (Wasser- und Luftqualität, Landschaftsbild etc.), andererseits geht es auch um den Umgang mit den natürlichen Ressourcen in wirtschaftlichen und sozialen Prozessen einer Destination, worunter beispielsweise Energie- und Wasserverbrauch oder auch Müll- und Abwasserentsorgung fallen. Ökologische Aspekte können einen direkten oder indirekten Einfluss auf das touristische Erlebnis der Gäste haben und werden als essentielle Qualitätskomponenten gesehen. (UMWTO 2004; BMWA 2004; Comploi 2010; Land Salzburg 2013; GSTC 2013)

Tourismuswirtschaft

Hierzu zählen die für nachhaltige touristische Projekte erforderliche Ressourcenausstattung sowie nachhaltige touristische Produkte. Es steht als Oberbegriff der Themenkreis der Wettbewerbsfähigkeit und umfasst Subbereiche wie Qualität (Dienstleistungsqualität, Infrastruktur etc.), Kommunikation und Marketing, Effizienz (Auslastung, Kosten-Benchmarking etc.), Kooperation und Innovationen u. v. a. m. Einen besonderen, nicht zu vernachlässigenden Aspekt stellt die KundInnenzufriedenheit dar, einerseits für die zukünftige Entwicklung der Destination, andererseits für die Akzeptanz der touristischen Nachhaltigkeit selbst. Ökologische Themen wie Energie- und Ressourcenverbrauch spielen eine zentrale Rolle, da diese einen zunehmend wichtigen Kostenfaktor für die Destination darstellen, aber auch alle anderen Bereiche der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, da der/die KonsumentIn die Destination als Bündel von Akteuren, Produkten, Dienstleistungen und Eindrücken erlebt. (UNWTO 1992; BMWA 2004; Comploi 2010, Land Salzburg 2013, GSTC 2013)

Soziokulturelle Themen in touristischen Regionen

Die soziokulturellen Aspekte der touristischen Nachhaltigkeit beziehen sich meist auf die Verwendung lokaler Produkte und Arbeitskräfte, um traditionelles Handwerk und die lokale Landwirtschaft zu fördern und damit Vorteile für die lokale Bevölkerung zu schaffen. Zusätzlich dazu sollten aber auch zentrale Schlüsselaspekte beachtet werden, die u. a. die Lebensqualität der Bevölkerung umfassen, also auch Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entlang der touristischen Dienstleistungskette, eine intakte dynamische Kultur oder die Befriedigung der Gästebedürfnisse. Diesem Bereich sind jedoch ebenso die sozialen Aspekte den/ Kunden/Kundin betreffend zuzuordnen, wie beispielsweise die Gewährleistung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung etc. (Baumgartner 2002; UNWTO 2004; BMWA 2004; Comploi 2010; Statistik Austria 2015)

2.1.2 Überblick bestehender Nachhaltigkeits-Indikatorenssysteme

Gab es 2012 nur fünf international anerkannte Destinations-Zertifizierungsprogramme (GSTC, QualityCoast, BioSphere, Green Globe und Costa Rica's Blue Flag) (Sidhu 2013), sind dies heute (Stand August 2016) bereits mehr als 50 anerkannte nationale und internationale Nachhaltigkeitszertifizierungen (ECOTRANS 2016⁴). Während KritikerInnen teilweise noch immer von „greenwashing“

sprechen (weniger als 1% der weltweit tätigen touristischen AnbieterInnen sind bis dato zertifiziert), bestätigt die Website Sustainable Tourism (www.sustainabletourism.net), dass die Attraktivität touristischer Nachhaltigkeitszertifizierungen nach wie vor am Steigen ist. 2008 wurde eine weltweite Partnerschaft für nachhaltige Tourismuskriterien gebildet und 2009 die entsprechende Organisation: das Global Sustainable Tourism Council (kurz: GSTC). Derzeit sind online mehr als 20 verschiedene Labels genannt, die in der Tourismuswirtschaft Fuß fassen konnten (Sustainable Tourism 2014). Alle zwei Jahre werden die „Sustainable Global Top 100 Destinations“ veröffentlicht (Salman und Tjolle 2014), welche auf Basis der Global Sustainable Tourism Criteria for Destinations (GSTC-D) als nachhaltige Destination bewertet wurden; dazu zählen auch die Zertifizierungen Biosphere Tourism (www.biospheretourism.com), QualityCoast (www.qualitycoast.info) und EarthCheck (www.earthcheck.org). Um sich in diesem mittlerweile bestehenden Dschungel aus Zertifizierungslabels zurechtzufinden, gibt es immer mehr gemeinsame Länder- und Kontinent-übergreifende Initiativen. Eine Analyse solcher Nachhaltigkeitslabels wird regelmäßig vom European Network for Sustainable Tourism Development (ECOTRANS) durchgeführt und auf dessen unabhängiger Onlineplattform Destinet (Knowledge Networking Portal for Sustainable & Responsible Tourism) veröffentlicht. ECOTRANS selbst spricht eine klare Empfehlung im Zertifizierungsbereich für die Verwendung der GSTC-Kriterien aus: „*Ecotrans recommends the Global Sustainable Tourism Criteria as guidance for setting standards and for certifying tourism*“ (Destinet 2016b).

Auch europaweit gewinnt diese Thematik an Bedeutung. So wurde im Februar 2013 von der Europäischen Kommission ein Toolkit für nachhaltige Destinationen veröffentlicht, genannt Europäisches Tourismusindikatorensystem (ETIS). Die Entwicklung dieses europäischen Indikatorensystems war eine Schlüsselinitiative, mit dem das Destinationsmanagement durch ein einfaches Toolkit für Tourismusakteure nachhaltiger gestaltet werden soll. Es verspricht Hilfestellung bei der Messung und beim Monitoring des Nachhaltigkeitsmanagements und ermöglicht den Austausch und Vergleich über Fortschritte und künftige Leistungsfähigkeit (ETIS 2013). Gespräche mit einem Probanden einer ausgewählten Versuchsdestination⁵ ergaben, dass sich (per Stand September 2015) diese Indikatoren noch immer in der Entwicklungsphase befinden. Zu diesem Zeitpunkt wurden erste Berichte der teilnehmenden Regionen zur Pilotphase erstellt (Barcelona/Spanien, Danube/Bulgarien, Milano/Italien, Montenegro, Slowenien), in dem der Prozess der Einführung beschrieben und erste zentrale Ergebnisse der Erhebungen sowie bei der Einführung entstandene Probleme evaluiert wurden, um auf Basis dieser Erfahrungen das Erhebungssystem nochmals zu überarbeiten. Der aktuelle Stand dieses Indikatorensets ist online abzurufen (European Commission 2015). An dieser Stelle sei noch angemerkt, dass dieses Indikatorenset ein zwar noch nicht ausgereiftes, jedoch sehr attraktives weil ganzheitliches ist, umfasst es auch statistische Daten wie Nächtigungs-/Aufenthaltsdauer-/Beschäftigungsentwicklungen und mehr (ETIS 2013).

Während sich die zwei österreichischen Statistiker Laimer und Öhlböck (2004) im Rahmen des 7. Internationalen Forums für Tourismusstatistik in Stockholm für eine Nachhaltigkeitsindikatorik auf Gemeindeebene aussprachen, da „(...) *die regionale und nationale Ebene für den Zweck der Arbeit nicht geeignet sind*“ (Laimer und Öhlböck 2004, 33 ff.), schlagen viele Indikatorensets ein Monitoring auf Destinationsebene vor (ETIS 2013; GSTC 2013). Da jedoch Tourismusdestinationen das Zentrum touristischer Aktivitäten sind, also geographische Räume (z. B. Orte oder Regionen), die als Reiseziel begriffen und auch als solche vermarktet werden (ETIS 2013), sowie eine Vielzahl an öffentlichen und privaten Tourismusakteuren und die dort lebende Bevölkerung inkludieren (die teilweise über die rechtliche Abgrenzung eines Orts hinausgehen), wird auf Basis des Teilauftrags der vorliegenden Studie die regionale Ebene als Erhebungseinheit verwendet. Eine Gliederung der Regionen auf NUTS-3-Ebene⁶ wurde als nicht sinnvoll erachtet, da touristische Regionen oft bezirksübergreifend sind

bzw. einzelne Bezirke mehrere touristisch relevante Regionen aufweisen (Statistik Austria 2005; Baumgartner 2002).

2.2 DEFINITION, MODIFIKATION UND ADAPTION EINES BEWERTUNGSSYSTEMS

Eine Einrichtung, die sich auf Basis des weltweiten Bedarfs an nachhaltiger Zertifizierung gebildet hat, ist das Global Sustainable Tourism Council (kurz: GSTC). Es bewertet Nachhaltigkeitszertifizierungen weltweit und stellt selbst Leistungsindikatoren zur Verfügung, um einen solchen Bedarf zu ermitteln. Die Unternehmung sieht sich weniger in der Durchführung direkter Zertifizierungen als vielmehr in der Bedarfsermittlung, was eine Destination braucht, um nachhaltig akkreditiert werden zu können. Um die vorliegende Studie möglichst nachvollziehbar und wiederholbar zu gestalten, wurde das Kriteriensystem von GSTC verwendet, da es derzeit die weltweit führende Non-Profit-Organisation im nachhaltigen Destinationsmanagement im Tourismus ist (GSTC 2011). Im Hinblick auf die globalen Herausforderungen der „Millenniums-Entwicklungsziele“ der Vereinten Nationen (Milderung der Armut, Geschlechtergleichstellung und ökologische Nachhaltigkeit einschließlich Klimawandel) wurden die GSTC-D-Kriterien so entwickelt, dass sie von jeder Destination (unabhängig von Typ und Größe) angewendet werden können. Sie entstanden auf der Grundlage bereits bestehender Kriterien und Methoden wie beispielsweise den Destinationsindikatoren der UNWTO sowie anderen weitgehend anerkannten Prinzipien und Richtlinien, Indikatoren, Kriterien und Best Practices. (GSTC 2014) Diese GSTC-Kriterien geben an, was getan werden sollte, nicht wie es umgesetzt werden soll oder ob das Ziel erreicht ist; insofern spielen diese eine bedeutende Rolle als Leistungsindikatoren und sind mehr als Beginn eines Prozesses gedacht, um Nachhaltigkeit als Standard in allen Tourismusformen umzusetzen. Der aktuelle Kriterienkatalog für nachhaltige Tourismusdestinationen umfasst 41 Kriterien mit insgesamt 122 entsprechenden Indikatoren (Matus 2012; GSTC 2011). Sie verteilen sich wie folgt:

- 14 Kriterien: **Nachhaltiges Destinationsmanagement**
(A1 Tourismusstrategie, A2 Organisation des Destinationsmanagements, A3 Monitoring, A4 Saisonales Management im Tourismus, A5 Anpassung an den Klimawandel, A6 Verzeichnis des touristischen Bestandes und der Attraktionen, A7 Planungsregelungen, A8 Zugang für alle, A9 Erwerb von Immobilien, A10 BesucherInnenzufriedenheit, A11 Nachhaltigkeitsstandards, A12 Sicherheit, A13 Krisen- und Notfallmanagement)
- 9 Kriterien: **Soziokulturelles**
(B1 Wirtschaftliche Überwachung, B2 Lokale Karrierechancen, B3 Beteiligung der Öffentlichkeit, B4 Meinung der lokalen Bevölkerung, B5 Lokaler Zugang, B6 Tourismussensibilisierung und Aufklärung, B7 Ausbeutung verhindern, B8 Unterstützung der Bevölkerung, B9 Unterstützung lokaler Unternehmen und fairen Handels)
- 6 Kriterien: **Bevölkerung und kulturelles Erbe**
(C1 Schutz von Sehenswürdigkeiten, C2 BesucherInnenmanagement, C3 BesucherInnenverhalten, C4 Denkmalschutz und Denkmalpflege, C5 Interpretation von Sehenswürdigkeiten, C6 Geistiges Eigentum)
- 12 Kriterien: **Umweltthemen**
(D1 Umweltrisiken, D2 Schutz von sensibler Natur und Umwelt, D3 Schutz wildlebender Pflanzen und Tiere, D4 Treibhausgasemissionen, D5 Energiesparen, D6 Wassermanagement, D7 Sicherstellung der Wasserversorgung, D8 Wasserqualität, D9 Abwasser, D10 Abfallreduzierung, D11 Licht- und Lärmschutz, D12 Umweltschonender Transport)

Eine Analyse der Kriterien nach der Häufigkeit ihrer Nennungen ergab, dass der Fokus dieser Zertifizierung tatsächlich in der Analyse der Destination liegt („Destination“ ist Platz eins mit 44 Nennungen, „System“ Platz zwei mit 25 und „Tourismus“ Platz drei mit 20 Nennungen) und weniger in einzelnen Produkten, BeherbergungsanbieterInnen oder ReiseveranstalterInnen. Die Idee dahinter ist, ein Managementsystem für nachhaltige Tourismusdestinationen zu schaffen, um so auch tatsächlich auf regionaler Ebene nachhaltig agieren zu können (Sidhu 2013).

Modifikation und Adaption

Der gesamte Kriterienkatalog der GSTC-D-Erhebung umfasst insgesamt vier Abschnitte, die in die Bereiche (a) Nachhaltiges Destinationsmanagement (A1–A14), (b) Ökonomie (B1–B9), (c) Soziokulturelles (C1–C6) und (d) Ökologie (D1–D12) unterteilt sind. Nicht alle Kriterien wurden im Zuge der vorliegenden Befragung erhoben, da diese teilweise bereits durch andere gesetzliche Regelungen definiert sind, bspw. „A9 – Erwerb von Immobilien“, welcher in Österreich durch die einzelnen Bundesländer geregelt ist (Bundeskanzleramt 2016), „C4 – Denkmalschutz und -pflege“, wofür das Bundesdenkmalamt verantwortlich ist (Bundesdenkmalamt 2016), oder „D9 – Abwasser“, welches in Österreich den Landesgesetzen unterliegt und Kommunalaufgabe ist (BMFLUW 2016).

Der vollständige GSTC-D-Kriterienkatalog ist in vereinfachter Form in deutscher Sprache online verfügbar (GSTC 2014), in englischer Sprache ist er wesentlich umfangreicher (GSTC 2013), weshalb die Erhebung der regionalen Tourismuskoooperationen auf Basis dieses Kriterienkatalogs stattfand.

3 Überblick über die Daten

3.1 AUSGANGSLAGE

Um den Begriff der Region abzugrenzen, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten (siehe Kapitel 2.2). Generell wird unter einer Destination gemeinhin eine räumliche Einheit verstanden, in der der Gast alle für seinen Aufenthalt erforderlichen Einrichtungen vorfindet und die sich daher als Reiseziel anbietet. So stellen Destinationen kompakte Wettbewerbseinheiten dar und können ein Ressort, einen Ort, eine Region, ein Land, ja sogar einen Kontinent umfassen (ÖHV 2010). In Österreich bezieht sich dieser Begriff der Destination in der Regel auf jene räumlichen und organisatorischen Einheiten, welche die einzelnen Landestourismusorganisationen als Destinationen benennen bzw. verstehen und für die zum überwiegenden Teil entsprechende Organisationseinheiten eingerichtet sind (z. B. Tourismusverbände oder regionale Gesellschaften) und die mehrere Gemeinden umfassen bzw. komplette Regionen abdecken. (ÖHV 2010; ÖHV 2006)

Da die GSTC-D-Kriterien für Destinationen erstellt und aufbereitet wurden, stellte sich die Frage nach der Abgrenzung von regionalen Tourismusdestinationen. Eine erste Recherche ergab, dass verschiedene Einrichtungen teils sehr unterschiedliche Regionen differenzieren. Das Statistische Amt des Landes Salzburg unterscheidet in seinen Auswertungen nach Regionen auf Basis der Bezirke (Ausnahme Pongau: hier gibt es auch Orte ohne Regionszugehörigkeit). Die offizielle Dachmarke des Bundeslandes – die SalzburgerLand Tourismus GmbH – bewirbt 17 unterschiedliche Regionen und die Österreichische Hoteliersvereinigung (ÖHV) 16; viele davon werden unterschiedlich bezeichnet und weisen andere Regionszugehörigkeiten auf. (SLTG 2016a; Land Salzburg 2015b; ÖHV 2010; ÖHV 2006)

Letztlich wurde auf die vom Land Salzburg veröffentlichte Liste für regionale Marketingkooperationen zurückgegriffen, welche 15 regionale Kooperationsgemeinschaften definiert (Land Salzburg 2015a): Ferienregion Lungau, Ferienregion Nationalpark Hohe Tauern, Fuschlsee Tourismus, Gasteinertal Tourismus, Gästeservice Tennengau, Hochkönig Tourismus, Saalfelden Leogang Touristik, Salzburger Seenland Tourismus, Salzburger Sonnenterrasse, Salzburger Skiwelt Amadé, Salzkammergut Tourismus-Marketing, Umgebungsorte der Stadt Salzburg, Wildkogel Arena Marketing, Wolfgangseetourismus und Zell am See Kaprun.

3.2 ERHEBUNG UND STICHPROBE

Die Erhebung der eben genannten regionalen Kooperationsgemeinschaften fand von April bis Juli 2016 – sowohl telefonisch, schriftlich als auch vor Ort – statt; als Grundlage für die Befragungen dienten die von GSTC herausgegebenen Kriterien⁷ für nachhaltige Destinationen, adaptiert als strukturiertes Interview. Es konnten alle 15 DMOs (Destination marketing organizations) befragt werden, somit handelt es sich um eine Vollerhebung auf Basis der vom Land Salzburg veröffentlichten regionalen Kooperationen im Tourismus.

Zur Darstellung der Ergebnisse

Da den befragten Unternehmen Anonymität in der Angabe ihrer Daten zugesichert wurde, konnten einige Fragen nicht ausgewertet dargestellt werden; soweit möglich, wurden die relevanten Ergebnisse ausführlich beschrieben und ausgewertet.

4 Touristische Nachhaltigkeit im Bundesland Salzburg

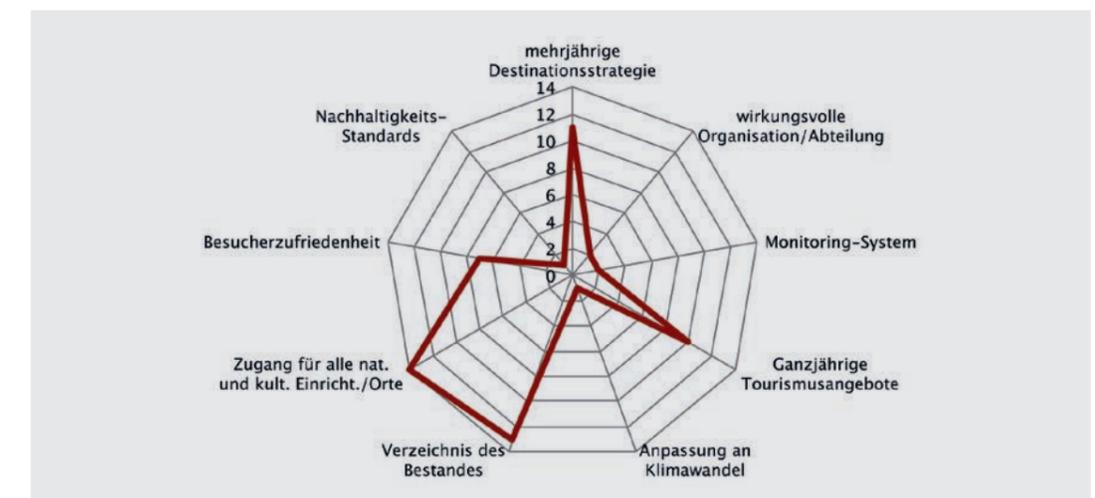
Nachstehende Ergebnisse spiegeln wider, was auch in der Literatur vorzufinden ist: Nur Teilbereiche werden von den regionalen Tourismuskoooperationen bis dato zum Thema touristische Nachhaltigkeit in der Region berücksichtigt.

4.1 ÜBERBLICK ZU DEN ERGEBNISSEN

Nachhaltiges Destinationsmanagement

Die nachstehende Grafik zeigt die unterschiedlichen Bereiche, die ein nachhaltiges Destinationsmanagement beachten kann. Am besten zeigten sich die regionalen Kooperationen im Zugang zu Orten

Abbildung 1: Kernergebnisse – Nachhaltiges Destinationsmanagement



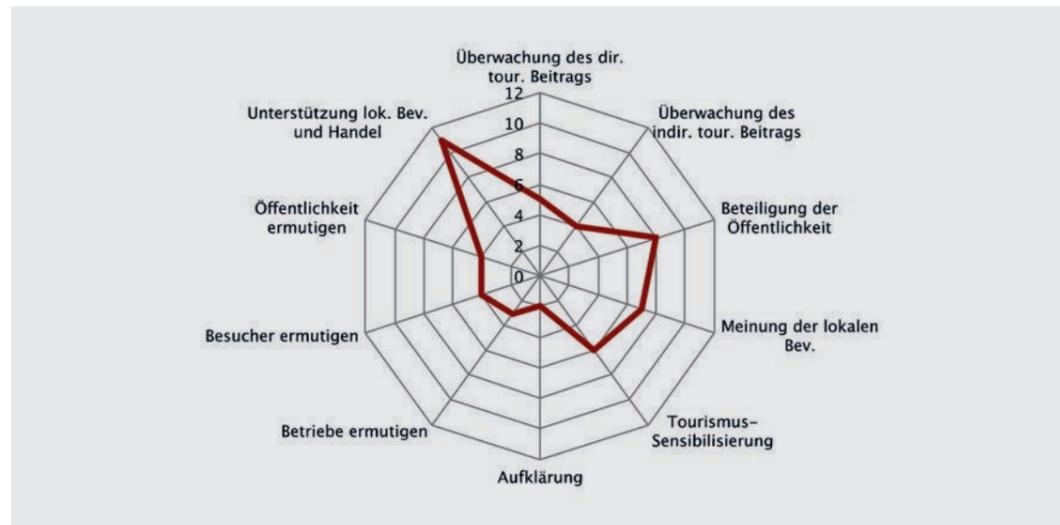
Quelle: Eigene Darstellung.

und Einrichtungen, einschließlich solcher, die wichtig für Natur und Kultur sind (14 von 15), gefolgt von der Verfügbarkeit eines Verzeichnisses des touristischen Bestandes und von Attraktionen, einschließlich Natur- und Kulturstätten (13 von 15). Besonders gering entfielen Möglichkeiten, Risiken und Chancen in Verbindung mit dem Klimawandel zu identifizieren (1 von 15), das Vorhandensein von Systemen, die unterschiedliche Aspekte überwachen, öffentlich darüber berichten und darauf reagieren (2 von 15), sowie das Vorhandensein einer wirkungsvollen Organisation, Abteilung oder Gruppe, welche unter Beteiligung des privaten und öffentlichen Sektors verantwortlich für eine abgestimmte Vorgehensweise für nachhaltigen Tourismus ist (2 von 15). Kurz: Nur zwei der 15 regionalen Kooperationsgemeinschaften weisen also überhaupt eine solche Einrichtung auf. Die genauen Ergebnisse sind Kapitel 4.2.1 Nachhaltiges Destinationsmanagement zu entnehmen.

Ökonomische Nachhaltigkeit

Die 15 touristischen regionalen Kooperationen zeigten als stärksten Punkt die ökonomische Nachhaltigkeit betreffend die Unterstützung lokaler Unternehmen und fairen, lokalen Handels (11 von 15), am schwächsten waren sie (zwei von 15) in der Tourismussensibilisierung und Aufklärung sowie (drei von 15) in der Ermutigung ihrer Betriebe, Beiträge für Bevölkerungs- und Nachhaltigkeitsinitiativen zu leisten. Detailliertere Ergebnisse sind Kapitel 4.2.2 Ökonomische Nachhaltigkeit zu entnehmen.

Abbildung 2: Kernergebnisse – Ökonomische Nachhaltigkeit



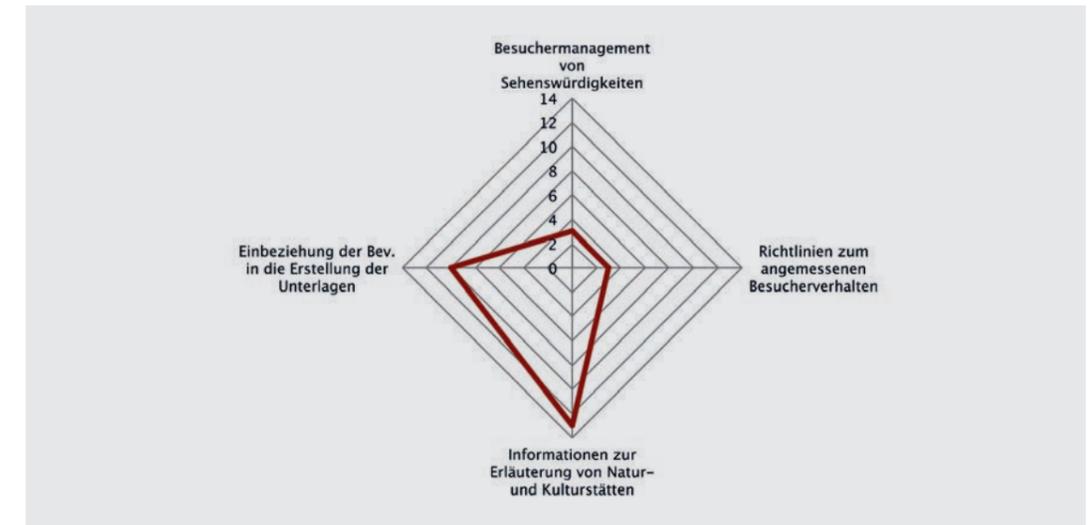
Quelle: Eigene Darstellung.

Soziokulturelle Nachhaltigkeit

Stark zeigen sich die regionalen Kooperationen des Landes bei der Bereitstellung von Informationen zur Erläuterung von Natur- und Kulturstätten (11 von 15); Bedarf ist noch erkennbar (je drei von 15 positiven Antworten) im Betreiben eines BesucherInnenmanagement-Systems von Sehenswürdigkeiten sowie im Bereitstellen von Richtlinien zu angemessenem BesucherInnenverhalten für sensible Sehenswürdigkeiten.

Detaillierte Ergebnisse zur sozialen Nachhaltigkeit von regionalen Kooperationen sind Kapitel 4.2.3 Soziokulturelle Nachhaltigkeit zu entnehmen.

Abbildung 3: Kernergebnisse – Soziokulturelle Nachhaltigkeit

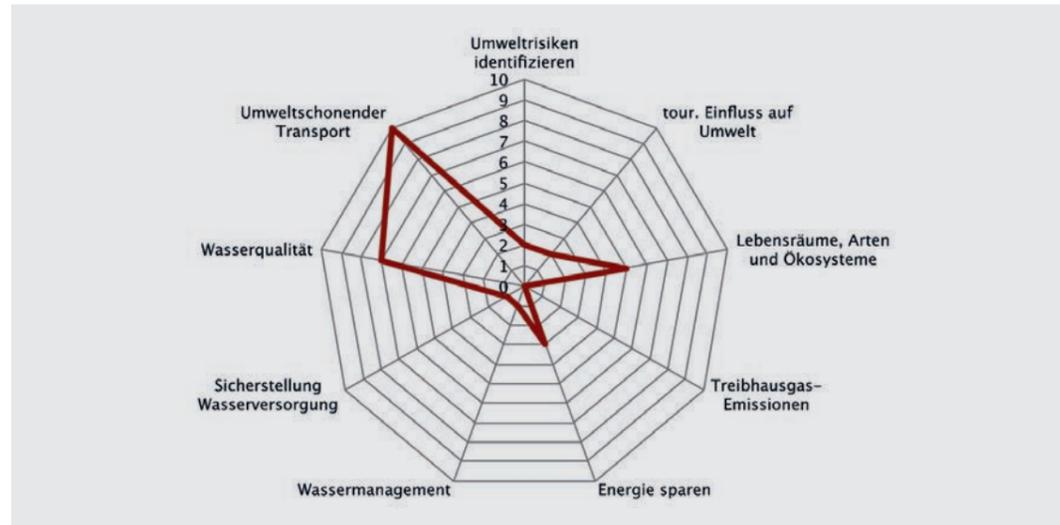


Quelle: Eigene Darstellung.

Ökologische Nachhaltigkeit

Zehn von 15 regionalen Kooperationsgesellschaften verfügen über ein System, um den Nutzen von umweltschonenden Transportmöglichkeiten zu erhöhen (öffentlicher Personennahverkehr, gehen, Rad fahren ...). Jeweils eine von 15 verfügt über ein System, Unternehmen zu ermutigen, ihren Wasserverbrauch zu messen, zu überwachen, zu reduzieren und zu veröffentlichen sowie ihre Wasserressourcen zu überwachen, um sicherzustellen, dass die Nutzung durch die Unternehmen kompatibel mit dem Wasserbedarf der Bevölkerung der Destination ist. Detaillierte Ergebnisse siehe Kapitel 4.2.4 Ökologische Nachhaltigkeit.

Abbildung 4: Kernergebnisse – Ökologische Nachhaltigkeit



Quelle: Eigene Darstellung.

4.2 AUSWERTUNG NACH NACHHALTIGKEITSDIMENSIONEN

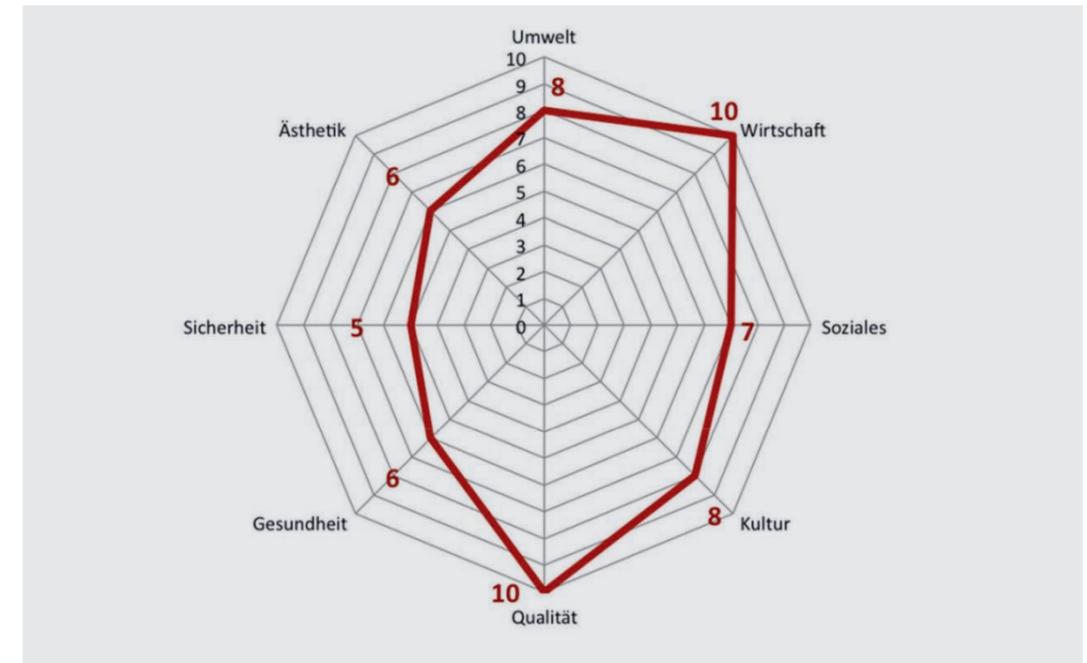
Eine detaillierte Auswertung zu den einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen ist den nachstehenden Kapiteln zu entnehmen.

4.2.1 Nachhaltiges Destinationsmanagement

Herausforderungen im Destinationsmanagement stellen einerseits gesellschaftliche Veränderungen (demografischer Wandel, Individualisierung, Gesundheitsorientierung etc.), wachsende KundInnenansprüche und neue Tourismustrends dar und andererseits ein ständig größeres Wettbewerbsumfeld und steigender Professionalisierungsdruck. Um unter diesen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Orte oder Regionen bzw. DMOs die eigene Tourismusstrategie regelmäßig überprüfen und aktualisieren. Häufig sind auch die Potenziale und Entwicklungsperspektiven neuer Themenfelder zu analysieren und strategisch zu bewerten. Tourismusorganisationen oder DMOs benötigen zeitgemäße Organisationskonzepte. Evaluationen oder Erfolgskontrollen helfen, die eigene Arbeit zu überprüfen und an neue Entwicklungen im Tourismus anzupassen (dwif 2016).

Im Hinblick auf ein solch nachhaltiges Destinationsmanagement haben elf der 15 befragten Kooperationsgemeinschaften eine mehrjährige Destinationsstrategie festgelegt (welche von acht Unternehmen auch umgesetzt wird und von sechs unter Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt wurde) und sie berücksichtigen dabei (zumindest nach den Angaben der befragten Kooperationsgemeinschaften) überwiegend die Bereiche Qualität sowie Wirtschaft, weniger stark Sicherheit, Gesundheit und Ästhetik.

Abbildung 5: Aspekte des Destinationsmanagements



Quelle: Eigene Darstellung.

Nur zwei von 15 Befragten gaben an, eine wirkungsvolle Organisation, eine Abteilung oder eine Gruppe zu haben, welche unter Beteiligung des privaten und öffentlichen Sektors verantwortlich für eine abgestimmte Vorgehensweise für nachhaltigen Tourismus ist; nur einer fand, dass die Aktivitäten dieser Organisation auch angemessen finanziert sind.

Abermals zwei DMOs weisen als Destination ein System auf, das unterschiedliche Aspekte (Wirtschaft sowie Kultur und Tourismus) überwacht, öffentlich darüber berichtet und darauf reagiert. Nur eine Destination im Bundesland Salzburg überwacht auch die Bereiche Umwelt und Soziales mit einem solchen Destinationssystem.

Wenn es um den Ressourceneinsatz geht, die saisonale Variabilität des Tourismus bestmöglich mit unterschiedlichen Bedürfnissen in Einklang zu bringen, so verfolgen 12 von 15 DMOs ein solch saisonales Management. Nachstehende Abbildung zeigt die unterschiedlichen Bereiche der Übereinstimmungsmaßnahmen mit Bedürfnissen, die bereits realisiert wurden: überwiegend jene der lokalen Wirtschaft, gefolgt von jenen der Kultur, Umwelt und der lokalen Bevölkerung.

Abbildung 6: Saisonales Management im Tourismus



Zehn DMOs erkennen in der eigenen Destination ganzjährige Möglichkeiten für Tourismusangebote; eine regionale Kooperation hat die Möglichkeit oder ein System, Risiken und Chancen in Verbindung mit dem Klimawandel zu identifizieren.

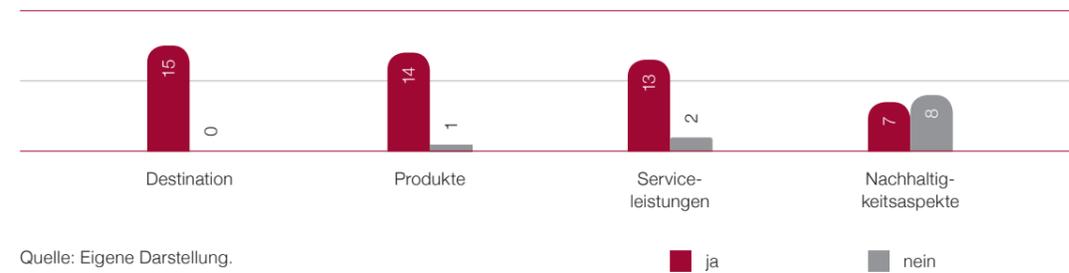
Ein Verzeichnis des touristischen Bestandes und von Attraktionen, einschließlich Natur- und Kulturstätten, bieten 13 DMOs an. Zugang zu Orten und Einrichtungen (einschließlich solchen, die wichtig für Natur und Kultur sind) bieten 14 von 15 DMOs an, neun davon auch für Personen mit Behinderungen und andere Gruppen mit besonderen Zugangsanforderungen [Anm. der Autorin: Wie in Interviews mehrfach erwähnt: sofern dies die natürlichen Bedingungen zulassen; z. B. keine Rollstuhlzugänge zu Gipfeln etc.].

Über ein System, die BesucherInnenzufriedenheit zu überprüfen, verfügen sieben Kooperationsgemeinschaften, jedoch insgesamt neun ergreifen falls notwendig Maßnahmen, um die BesucherInnenzufriedenheit zu erhöhen.

Ein System zur Empfehlung von Nachhaltigkeitsstandards für die Betriebe betreibt eine Unternehmung, jedoch insgesamt fünf bieten eine Liste von als nachhaltig zertifizierten oder geprüften Unternehmen öffentlich zugänglich an.

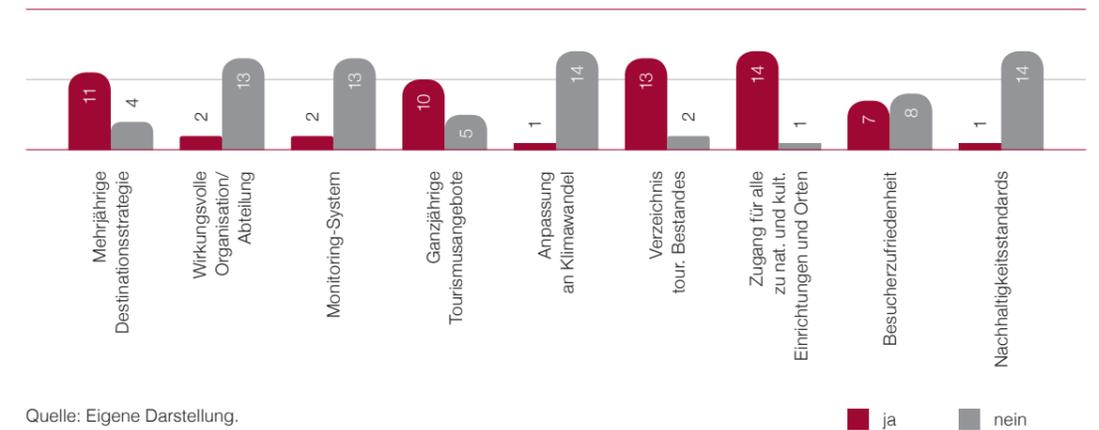
Alle befragten Unternehmen gaben an, für die Destination zu werben; den dabei am stärksten vernachlässigten Bereich stellen die Nachhaltigkeitsaspekte dar, die von insgesamt nur sieben DMOs mitberücksichtigt wurden.

Abbildung 7: Werbung für Nachhaltigkeit



Zusammenfassend zeigt sich, dass ein nachhaltiges Destinationsmanagements vorwiegend in den Bereichen Nachhaltigkeitsstandards, Klimawandel, Monitoringsysteme und was das Vorhandensein einer wirkungsvollen Einrichtung, Abteilung oder Gruppe betrifft, die sich mit dieser Thematik gezielt beschäftigt, noch Potenzial aufweist (siehe nachstehend).

Abbildung 8: Nachhaltiges Destinationsmanagement

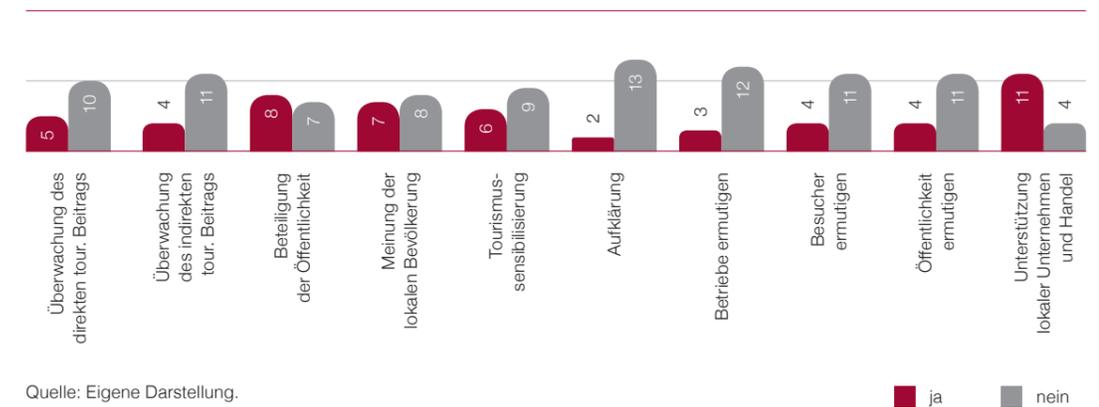


4.2.2 Ökonomische Nachhaltigkeit

Wenn die Österreich Werbung (2012) von ökonomischer Nachhaltigkeit spricht, versteht sie die mittel- und langfristige Sicherung der erforderlichen Ressourcenausstattung für nachhaltige touristische Projekte.

Die nachstehende Abbildung zeigt noch tendenziellen Bedarf im Maximieren der ökonomischen Vorteile auf die gastgebende Bevölkerung bzw. im Minimieren der negative Wirkungen des Tourismus. Der bis dato am stärksten ausgeprägte Bereich stellt die Unterstützung lokaler Unternehmen und des Handels dar, der elf von 15 regionale Kooperationen bereits nachkommen.

Abbildung 9: Detaillierte Ergebnisse zur ökonomischen Nachhaltigkeit



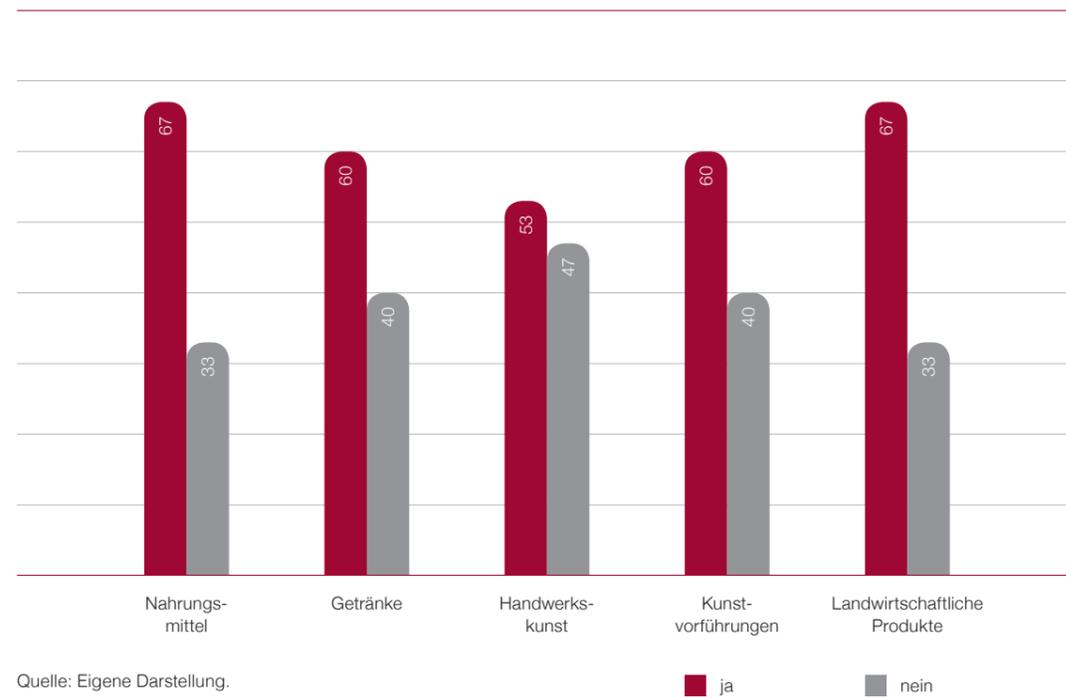
Wirtschaftlich direkte Überwachung („Wird der direkte wirtschaftliche Beitrag des Tourismus für die Wirtschaft der Destination überwacht?“) wird bis dato von fünf, indirekte Überwachung („Wird der indirekte wirtschaftliche Beitrag des Tourismus für die Wirtschaft der Destination überwacht?“) von vier Gesellschaften verfolgt. Eine Förderung der Beteiligung der Öffentlichkeit („Haben Sie ein System, das die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Destinationsplanung und den Entscheidungsprozessen fortlaufend fördert?“) betreiben bereits acht von 15 befragten regionalen touristischen Einrichtungen, die Meinung der lokalen Bevölkerung („Erwartungen, Bedenken und Zufriedenheit der Bevölkerung“) wird bis dato von sieben Destinationsmanagement-Einrichtungen überprüft.

Regelmäßige Programme für betroffene Bevölkerungsgruppen, um deren Verständnis von Chancen und Herausforderungen bezüglich Tourismus zu verbessern („Tourismussensibilisierung und Aufklärung“) bieten sechs von 15 DMOs an, Programme für betroffene Bevölkerungsgruppen, um deren Verständnis und Bedeutung von Nachhaltigkeit zu verbessern, sechs.

Drei regionale Kooperationsgesellschaften verfügen über ein System, das die Betriebe ermutigt und es ihnen ermöglicht, Beiträge für Bevölkerungs- und Nachhaltigkeitsinitiativen zu leisten („Unterstützung der Bevölkerung“), je vier Unternehmen verfügen über ein System, das die BesucherInnen ermutigt und es ihnen ermöglicht, Beiträge für Bevölkerungs- und Nachhaltigkeitsinitiativen zu leisten, sowie eines, das die Öffentlichkeit ermutigt und es ihr auch ermöglicht, Beiträge für Bevölkerungs- und Nachhaltigkeitsinitiativen zu leisten.

Eine Unterstützung lokaler Unternehmen und des fairen Handels bieten elf von 15 Marketinggesellschaften für die Entwicklung und Förderung von lokalen nachhaltigen Produkten und Prinzipien, welche auf der Natur und Kultur der Region basieren. Die größte Unterstützung erfahren hier Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte.

Abbildung 10: Entwicklung und Förderung von lokalen nachhaltigen Produkten und Prinzipien (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung.

4.2.3 Soziokulturelle Nachhaltigkeit

Soziokulturelle Nachhaltigkeit meint die Berücksichtigung der Interessen der ortsansässigen Bevölkerung, die Einbindung regionaler Akteure in relevante Projekte, die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen, die Qualifikation des Personals sowie die Berücksichtigung der lokalen Identität (ÖW 2012). GSTC versteht hierunter, die Vorteile für die lokale Bevölkerung, die BesucherInnen und die Kultur zu maximieren sowie die negativen Wirkungen zu minimieren.

BesucherInnenmanagement („Verfügen Sie über ein System zum BesucherInnenmanagement von Sehenswürdigkeiten, das Maßnahmen zum Erhalt, zum Schutz und zur Verbesserung von Natur-/Kulturschätzen beinhaltet?“) und BesucherInnenverhalten („Haben Sie Richtlinien zu angemessenem BesucherInnenverhalten für sensible Sehenswürdigkeiten bereitgestellt?“) werden von jeweils drei Tourismusgesellschaften thematisch verfolgt, „die Bereitstellung von Informationen zur Erläuterung von Natur- und Kulturstätten“ immerhin von 13 von insgesamt 15.

Abbildung 11: Soziokulturelle Nachhaltigkeit



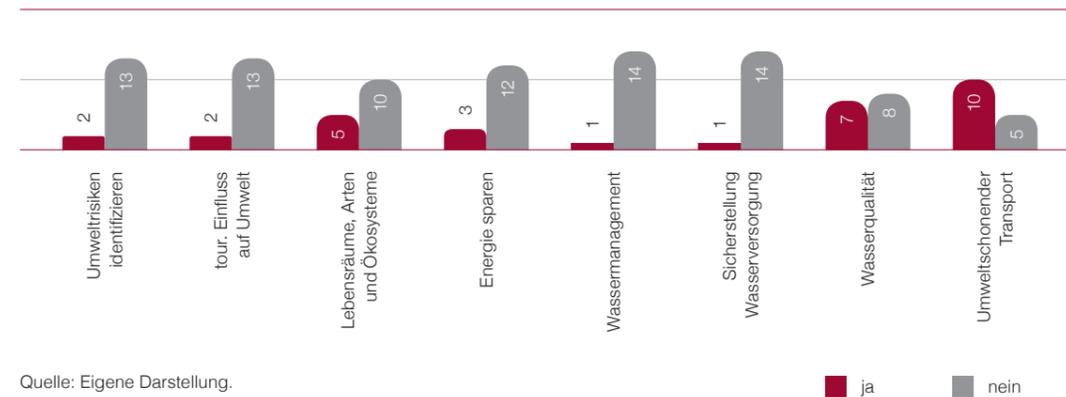
Quelle: Eigene Darstellung.

4.2.4 Ökologische Nachhaltigkeit

Natürliche Ressourcen dürfen nur so beansprucht werden, wie sie sich erneuern können; so lautet die grundlegende Definition der ökologischen Nachhaltigkeit (UN 1987, 41). Hierzu zählen u. a. die schonende Nutzung schützenswerter Naturräume genauso wie der bewusste und sparsame Umgang mit Energie und Ressourcen. Die Österreich Werbung ergänzt in ihrem Grundlagenpapier zur Nachhaltigkeit im Tourismus, dass eine Stärkung des Bewusstseins für ökologische Zusammenhänge bei Gästen und Einheimischen forciert werden soll, ein nachhaltiger Einsatz von Energie und Ressourcen potenziellen Gästen nähergebracht, regionale Produkte und lokale Materialien bevorzugt im Rahmen der Angebote eingesetzt werden und eine Vermittlung des nachhaltigen Umgangs mit natürlichen Ressourcen stattfinden soll. (ÖW 2012)

Die folgende Abbildung spiegelt deutlich die Aufmerksamkeit gegenüber ökologischer Nachhaltigkeit in den touristischen Regionen wider: Großes Potenzial besteht noch im Bereich, die Vorteile für die Umwelt zu maximieren sowie die negativen Wirkungen zu minimieren. Lediglich ein umwelt-schonender Transport wird von fünf (von gesamt 15) Kooperationen bereits inhaltlich verfolgt.

Abbildung 12: Ökologische Nachhaltigkeit



Wenn es darum geht, Umweltrisiken in der Destination zu identifizieren, so können hier zwei von 15 regionalen Gesellschaften zustimmen, beim Schutz von sensibler Natur und Umwelt („Haben Sie ein System, den Einfluss der Touristen auf die Umwelt zu überwachen?“) zwei. Fünf der befragten Kooperationen haben ein System, um die Lebensräume, Arten und Ökosysteme zu erhalten.

Energiesparen („Verfügt die Destination über ein System, Unternehmen darin zu fördern, ihren Energieverbrauch zu messen, zu überwachen, zu reduzieren und zu veröffentlichen sowie die Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen zu reduzieren?“) ist für drei von 15 regionalen Gesellschaften auf der Agenda.

Wassermanagement („Verfügt die Destination über ein System, Unternehmen zu ermutigen, ihren Wasserverbrauch zu messen, zu überwachen, zu reduzieren und zu veröffentlichen?“) ist für eine regionale Kooperationsgemeinschaft zentrales Thema, ebenso die Sicherstellung der Wasserversorgung („Verfügen Sie über ein System, ihre Wasserressourcen zu überwachen, um sicherzustellen, dass die Nutzung durch die Unternehmen kompatibel mit dem Wasserbedarf der Bevölkerung der Destination ist?“).

Die Frage nach der Wasserqualität in der touristischen Region („Haben Sie ein System, das die Trink- und Badewasserqualität mit Hilfe von Qualitätsstandards überwacht?“) können sieben Kooperationen bejahen, die Frage nach einem umweltschonenden Transport („Verfügen Sie über ein System, um den Nutzen von umweltschonenden Transportmöglichkeiten zu erhöhen (ÖPNV, gehen, Rad fahren ...)?“) zehn Kooperationen.

5 Schlussbetrachtungen

Wie nachhaltig agieren nun die Salzburger Tourismusregionen und wo gibt es noch Optimierungspotenzial, wenn es auch um die im Strategieplan Tourismus 2020 genannte Nachhaltigkeit geht, nämlich um ein Bemühen in den Bereichen der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Nachhaltigkeit und der ökonomischen Nachhaltigkeit im Tourismus, um so u. a. gute Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Umfeld anzubieten, klimaverträglich zu sein und das Wirtschaftswachstum weitestgehend vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln (Land Salzburg 2013, 39)?

Da die in der vorliegenden Studie verwendeten Nachhaltigkeitsindikatoren auch als Leistungsindikatoren gesehen werden können, sind sie (GSTC 2014) als Beginn eines Prozesses zu sehen, um Nachhaltigkeit als Standard in allen Tourismusformen umzusetzen. Um diese Umsetzung für regionale Destinationsmanagement-Organisationen im Bundesland Salzburg ganzheitlich voranzutreiben, bedarf es unterschiedlicher Themenbereiche, die vielleicht noch mehr oder anders ins Bewusstsein rücken dürfen. Dazu zählen:

Im Bereich des nachhaltigen Destinationsmanagements: das Etablieren einer wirkungsvollen Organisation, Abteilung oder Gruppe, die verantwortlich für eine abgestimmte Vorgehensweise für nachhaltigen Tourismus ist; die Entwicklung und klare Empfehlung von Nachhaltigkeitsstandards für Betriebe; die Entwicklung eines entsprechenden Monitoringsystems; sowie die Errichtung eines Systems, um Risiken und Chancen in Verbindung mit dem Klimawandel zu identifizieren.

Die ökonomischen Vorteile für die gastgebende Bevölkerung könnten auf Basis der Ergebnisse maximiert werden, in dem die Betriebe ermutigt werden (und dies auch ermöglicht wird!), Beiträge für Bevölkerungs- und Nachhaltigkeitsinitiativen zu leisten. Auch stärkere Tourismussensibilisierung und Aufklärung hinsichtlich Nachhaltigkeit könnten angeboten werden, beispielsweise durch regelmäßige Programme für die betroffenen Bevölkerungsgruppen, um deren Verständnis von Chancen und Herausforderungen des Tourismus sowie von der Bedeutung von Nachhaltigkeit zu verbessern.

Soziokulturelle Nachhaltigkeit bietet auf Basis der Ergebnisse im Bereich BesucherInnenmanagement noch Verbesserungspotenzial. Dies inkludiert einerseits das BesucherInnenmanagement von Sehenswürdigkeiten (Maßnahmen zum Erhalt, Schutz und zur Verbesserung von Natur- und Kulturschätzen), andererseits das Bereitstellen von Richtlinien zum angemessenen BesucherInnenverhalten in sensiblen Sehenswürdigkeiten.

Fast alle Teilbereiche der ökologischen Nachhaltigkeit – von Energie sparen, Umweltrisiken identifizieren, über Treibhausgasemissionen, Wassermanagement bis hin zum touristischen Einfluss auf die Umwelt, um so den Schutz von sensibler Natur und Umwelt zu sichern [Anm. der Autorin: was ein essentielles touristisches Kernprodukt des Landes Salzburg ist bzw. wie es im Strategiepapier *Tourismus 2020* ebenso heißt: „Die intakte Natur und Schönheit der Landschaft ist Kapital des Tourismuslandes Salzburg.“ (Land Salzburg 2013, 39] – bedürfen laut Analyse der Befragungsdaten noch erhöhter Aufmerksamkeit.

Anmerkungen

- 1 T-MONA steht für Tourismus Monitor Austria und bezeichnet ein Gästebefragungsprojekt, das die Österreich Werbung gemeinsam mit dem BMFWF und der WKO, der Firma Manova und den neun Landestourismusorganisationen entwickelt hat. T-MONA wird im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt.
- 2 Nachhaltigkeits-Zertifizierungsangebote auf Angebotsebene wurden in vorliegender Studie nicht berücksichtigt.
- 3 Prof. Hans Elsasser (Universität Zürich) anlässlich der Tagung „Managing Alpine Futures“ im Oktober 2007 in Innsbruck.
- 4 ECOTRANS ist eine Unternehmung, die sich seit 1993 mit Zertifizierungen im Bereich des nachhaltigen Tourismus beschäftigt und auf ihrer Website die Verwendung der GSTC-Kriterien empfiehlt. Auch die vorliegende Studie basiert auf diesen Kriterien.
- 5 Das Gespräch fand mit Massimiliano Coda Zabetta (Istituto Superiore sui Sistemi Territoriali per l’Innovazione) der Destination Piemont (Turin/Italien) im Rahmen der Konferenz „Tourism – Monitoring Sustainability: International Seminar on Environmental and Social Tourism Indicators for Measuring Tourism Development“ im September 2015 in Wien statt.
- 6 NUTS steht für „Nomenclature des unités territoriales statistiques“ und ist eine Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik der Europäischen Union.
- 7 Der gesamte Kriterienkatalog mit den einzelnen Indikatoren kann online unter https://www.gstcouncil.org/images/Dest-_CRITERIA_and_INDICATORS_6-9-14.pdf abgerufen werden.

Literaturverzeichnis

- Altenburg, T. und A. Pegels (2012): Sustainability-oriented innovation systems – managing the green transformation. In: *Journal for Innovation and Development*, 2:1, 5–22.
- Andereck, K. (2009): Tourists' perceptions of environmentally responsible innovations at tourism businesses. In: *Journal of Sustainable Tourism*, 17, 4, 489–499.
- Baumgartner, C. (2002): Prozessorientiertes Bewertungsschema für Nachhaltigkeit im Tourismus. Promotionsarbeit, BOKU Wien.
- Bieger T. und Rütter H. (2004): Nachhaltige Tourismusentwicklung in den Regionen der Alpen: Monitoring und Management. Bericht II Monitoringsystem; NFP48 Landschaften und Lebensräume der Alpen. Universität St. Gallen und Rütter + Partner, Rüschtikon.
- Bien (2006): A Simple User's Guide to Certification for Sustainable Tourism and Ecotourism. Center for Ecotourism and Sustainable Development. Washington, D.C.
- BMFLUW (2016): Abwasser in Österreich. <https://www.bmlfuw.gv.at/wasser/wasserqualitaet/abwasserreinigung/allgemeines.html>. Zugriff im September 2016.
- BMWA (2004): Der globale Ethikkodex für den Tourismus. Wien: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. http://www.oerv.at/de/uploads/pdf/downloads/ethikkodex_tourismus.pdf. Zugriff im April 2014.
- BMWFW (2013): Tourismus in der EU-Strukturfondsperiode 2014–2020. Expertenpapier. http://www.bmwfw.gv.at/Tourismus/Tourismusfoerderung/Documents/Expertenpapier_Tourismus_OeIR_final.pdf. Zugriff im Juni 2014.
- Bossel, H. (1999): Indicators for Sustainable Development: Theory, Method, Applications. A Report to the Balaton Group. International Institute for Sustainable Development. Canada.
- Bramwell, B. und B. Lane (2012): Towards innovation in sustainable tourism research? In: *Journal of Sustainable Tourism*, 20, 1, 1–7.
- Bundesdenkmalamt (2016): <http://www.bda.at/impresum>. Zugriff im August 2016.
- Bundeskanzleramt (2016): <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/20/Seite.200041.html>. Zugriff im August 2016.
- Choi H. S. C. und Sirakaya E. (2006): Sustainability indicators for managing community tourism. In: *Tourism Management*, 27, 1274–1289.
- Comploi, K. (2010): Fünf Nachhaltigkeits-Sterne für Tourismus-Destinationen? http://www.google.at/url?q=https://zidapps.boku.ac.at/abstracts/download.php%3Fdataset_id%3D7708%26property_id%3D107%26role_id%3DNONE&sa=U&ved=0ahUKEwiUvIGX__DPAhWBPxQKHVvFBQQFggUMAA&usg=AFQjCNGawcs6gSzM9Mq-WKoD7AUbwASBIA. Zugriff im Mai 2015.
- Cox, L. (2008): Achieving Sustainable Tourism in Hawai'i Using a Sustainability Evaluation System. College of Tropical Agriculture and Human Resources. University of Hawaii at Manoa.
- Destinet (2016a): Sustainable Tourism Certifications Worldwide. <http://destinet.eu/who-who/market-solutions/certificates/fo1442810>. Zugriff im August 2016.
- Destinet (2016b): A Guide through the Label Jungle 2016. <http://destinet.eu/who-who/civil-society-ngos/ecotrans/publications/guide-through-label-jungle-1/download/en/5/Labelguide%202016%20EN.pdf>. Zugriff im Juli 2016.
- DWIF (2016): Konzepte und Strategien im Destinationsmanagement. <http://www.dwif.de/kompetenzen/konzepte-strategien.html>. Zugriff im August 2016.
- ECOTRANS (2016): <http://destinet.eu/who-who/market-solutions/certificates/fo1442810>. Zugriff im August 2016.
- EITS (2013): Europäisches Tourismusindikatorensystem. TOOLKIT für nachhaltige Destinationen. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- European Commission (2015): http://ec.europa.eu/growth/sectors/tourism/offer/sustainable/indicators/index_en.htm. Zugriff im Oktober 2015.
- FUR (2014): Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben: Nachfrage für Nachhaltigen Tourismus im Rahmen der Reiseanalyse. http://www.fur.de/fileadmin/user_upload/externe_Inhalte/Publikationen/20140912_RA14_BMU_Nachhaltige-Nachfrage-Bericht.pdf. Zugriff im April 2015.
- Gatterer, H. et al. (2009): Hotel der Zukunft. Die wichtigsten Chancenmärkte der österreichischen Hotellerie. <http://www.hotelderzukunft.at/pdf/handbuch-hotel-der-zukunft.pdf>. Zugriff im März 2015.
- Gössling et al. (2012): Transition management: a tool for implementing sustainable tourism scenarios? In: *Journal of Sustainable Tourism*, 20, 6, 899–916.
- GSTC (2011): Ressource Center: <http://www.new.gstcouncil.org/resource-center/resource-center>. Zugriff im April 2014.
- GSTC (2013): Suggested Performance Indicators for Destinations. https://www.gstcouncil.org/images/Dest_CRITERIA_and_INDICATORS_6-9-14.pdf. Zugriff im November 2014.
- GSTC (2014): German Criteria for Destinations. <https://www.gstcouncil.org/en/docs/file/362-german-gstc-dhh-31012014.html>. Zugriff im November 2014.
- Land Salzburg (2011): Salzburg. Standort Zukunft. Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020.
- Land Salzburg (2013): Salzburger Tourismus. Gesund. Nachhaltig. Innovativ. Strategieplan Tourismus 2020. https://www.salzburg.gv.at/tourismus_/Documents/strategieplan_2020_-_internetversion.pdf. Zugriff im April 2014.
- Land Salzburg (2015a): Regionale Kooperationsgemeinschaften im Tourismus. https://www.salzburg.gv.at/kooperationen_homepage_-3.pdf. Zugriff im November 2015.
- Land Salzburg (2015b): Übernachtungen Sommer 2015. https://www.salzburg.gv.at/tourismus_/Documents/sommer_2015.pdf. Zugriff im Jänner 2016.
- Land Salzburg (2015c): Übernachtungen Tourismusjahr 2014/15. https://www.salzburg.gv.at/tourismus_/Documents/tourismusjahr_2014_2015_mit_bettendaten_2014_.pdf. Zugriff im Jänner 2016.
- Land Salzburg (2016a): Bettenstatistik Sommer 2015. https://www.salzburg.gv.at/tourismus_/Documents/betten_sommer_2015.pdf. Zugriff im März 2016.
- Land Salzburg (2016b): Übernachtungen Winter 2015/2016. https://www.salzburg.gv.at/tourismus_/Documents/Winter%202015%202016.pdf. Zugriff im Juli 2016.
- Land Salzburg (2016c): Bettenstatistik Winter 2014/15. https://www.salzburg.gv.at/tourismus_/Documents/betten_winter_2015.pdf. Zugriff im März 2016.
- Land Salzburg (2016d): Salzburger Zahlenspiegel 2016. http://landversand.salzburg.gv.at/WebRoot/Store/Shops/Landversand/57AD/AOCC/6BBE/30D1/D6A4/4DEB/AE3E/64A9/statistik_daten_zahlenspiegel2016-folder.pdf. Zugriff im August 2016.
- Lang, T. (2008): Klimawandel als Chance für den Tourismus in Österreich. Dissertation im Bereich Tourismus geographie, geographisch-integrative Forschung im Alpenraum. Karl-Franzens-Universität Graz.
- Matus (2012): GSTC Destination Training Course: The Global Sustainable Tourism Criteria for Destinations. UNRISD Discussion Papers. Genf: UNRISD.
- Moore, S. und B. Weiler (2009): Tourism-protected area partnerships: stoking the fires of innovation. In: *Journal of Sustainable Tourism*, 17, 2, 129–132.

- ÖHV (2006): Erfolgsfaktoren österreichischer Destinationen. <http://www.oehv.at/OEHV/files/c0/c0065e70-2bb1-4c1c-b802-9ab0318d922c.pdf>. Zugriff im August 2015.
- ÖHV (2010): Österreichs Destinationen im Vergleich. <http://www.oehv.at/OEHV/files/6d/6d13e1c3-d659-45da-a353-969881c2ba39.pdf>. Zugriff im August 2015.
- ÖHV (2015): Nachhaltige Innovationen in der Hotellerie. <http://www.oehv.at/OEHV/files/08/08273f9a-64ab-4678-8cc0-94b4011a03e7.pdf>. Zugriff im April 2015.
- Österreich Werbung (2012): Nachhaltigkeit im Tourismus. Grundlagenpapier und Diskussionsgrundlage der Österreich Werbung. <https://newsroom.austriatourism.com/files/2012/11/positionspapier-nachhaltigkeit.pdf>. Zugriff im Mai 2014.
- Roberts, S. und J. Tribe (2008): Sustainability Indicators for Small Tourism Enterprises – An Explanatory Perspective. In: *Journal of Sustainable Tourism*, 16, 5, 575–594.
- Salman, A. und V. Tjolle (2014): The 2014 Sustainable Destinations. Global Top 100. <http://greendestinations.info/wp-content/uploads/2014/12/Methodology-2014-SD-Top-100-final-v14.pdf>. Zugriff im Mai 2015.
- Sanabria (2004): The STSC's Next Phase: Sustainable Tourism Efforts Launched in the Americas. *Tourism Forum International*.
- Sidhu, J. (2013): An Evaluation of GSTC Destination Criteria & Their Presence in the Industry. http://dukespace.lib.duke.edu/dspace/bitstream/handle/10161/6700/SidhuJ_MP_Final.pdf?sequence=1. Zugriff im Oktober 2014.
- SLTG (2016a): Touristische Orte im Bundesland Salzburg. <http://www.salzburgerland.com>. Zugriff im Februar 2015.
- Smerecnik, K. und P. Andersen (2011): The diffusion of environmental sustainability innovations in North American hotels and ski resorts. In: *Journal of Sustainable Tourism*, 19, 2, 171–196.
- Statistik Austria (2005): Regionaldaten Österreichs in der NUTS-Gliederung. <http://www.univie.ac.at/cartography/lehre/schulkarto/unterlagen/k37-nuts-schulkarto.pdf>. Zugriff im November 2014.
- Statistik Austria (2016): Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Österreich 2000 bis 2015. http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=019848. Zugriff im August 2016.
- Sustainable Tourism (2014): <http://www.sustainabletourism.net/sustainable-tourism/sustainable-tourism-resource/tourism-accreditation-and-certification/>. Zugriff im August 2014.
- Tanguay, G. et al. (2011): Sustainable Tourism Indicators: Selection Criteria for Policy Implementation and Scientific Recognition. Cirano – Centre interuniversitaire de recherche en analyse des organisations. Quebec.
- Tourmis (2015): 11th Tourism Users' Workshop. Monitoring Sustainability: International Seminar on Environmental and Social Tourism Indicators for Measuring Tourism Development. September 2015. Vienna. https://www.modul.ac.at/uploads/files/user_upload/TourMISProgram_15.pdf. Zugriff im August 2015.
- TUI (2014): Geschäftsbericht 2014/14. http://geschaeftsbericht2013-14.tui-group.com/sites/default/files/downloads/de/TUI_GB_2013-14_mit_Magazin.pdf. Zugriff im Mai 2015.
- UN (1987): Report on the World Commission on Environment and Development, "Our Common Future" unter dem Vorsitz von Gro Harlem Brundtland. <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf>. Zugriff im März 2015.
- UNWTO (1992): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro. http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf. Zugriff im Juni 2015.
- UNWTO (2004): Indicators of Sustainable Development for Tourism Destinations. A Guidebook. <http://www.e-unwto.org/doi/book/10.18111/9789284407262>. Zugriff im Mai 2014.
- VISIT (2004): The Visit Initiative. Tourism eco-labelling in Europe – moving the market towards sustainability. In: ECEAT, ECOTRANS.
- WKO (2012): Tourismus in Österreich. Eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung. https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Tourismus_in_Oesterreich_2012.pdf. Zugriff im April 2014.
- WKO (2014): Tourismus und Freizeitwirtschaft in Zahlen. 50. Ausgabe. https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Tourismus_in_Zahlen_2014.pdf. Zugriff im Mai 2015.

INNOVATION IM BUNDESLAND SALZBURG

TEIL ZWEI



Innovation matters: Indikatoren zum Salzburger Innovationssystem

ROALD STEINER · MICHAEL SCHWINGSMEHL · GABRIELE FREISCHLAGER

1 Einleitung: Innovation matters

Innovationen¹ bilden die Grundlage für Produktivitätsfortschritte und sind insofern der entscheidende Treiber wirtschaftlicher Entwicklung und Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität: „Innovative economies are more productive, more resilient, more adaptable to change and better able to support higher living standards“, so das Resümee der OECD in der Studie „Innovation Imperative“ (OECD 2015a, 11).²

Der entscheidende Beitrag von Innovationen zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und damit zu einem Anwachsen der verfügbaren Mengen an Gütern und Dienstleistungen, kann anhand der Wachstumszerlegung nachgezeichnet werden:

- Entsprechende Untersuchungen zeigen, dass der in verbesserte Investitionsgüter inkorporierte – auf Investitionen in Prozessinnovationen, neue Maschinen und Ausrüstungen basierende – technische Fortschritt in den OECD-Ländern zwischen 1985 und 2000 einen Beitrag zum BIP-Wachstum in Höhe von 0,2 bis 0,4 Prozentpunkten geleistet hat (OECD 2003). Neueren Analysen zufolge gingen im Zeitraum 1995 bis 2013 etwa 0,35 Prozentpunkte des Wirtschaftswachstums auf den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zurück (OECD 2015; OECD 2016).
- Investitionen in intangibles Kapital, also in Forschung und Entwicklung, Software, Design, Daten, firmenspezifisches oder organisatorisches Kapital, gewinnen in den OECD-Ländern laufend an Bedeutung, ihr Beitrag zum Wirtschaftswachstum liegt bei etwa 0,5 Prozentpunkten in der EU und bei 0,9 Prozentpunkten in den USA (Corrado et al. 2012).³
- 0,7 Prozentpunkte oder ein Drittel des Wirtschaftswachstums in den OECD-Ländern sind auf die Residualgröße Multifaktorproduktivität zurückzuführen, die wiederum wesentlich ein Ergebnis des technischen Fortschritts und von Effizienzgewinnen ist (OECD 2015; OECD 2016).

„Indeed“, resümiert die OECD (2015a, 19), „in the long run, it is difficult to imagine growth without innovation“. Die im Rahmen des WIFO-Weißbuchs vorgelegte Studie zu den disaggregierten Wachstumsbeiträgen für Österreich von 1990 bis 2004 bestätigt diese Einsicht. Danach sind im genannten Zeitraum etwa zwei Drittel des österreichischen Wirtschaftswachstums auf Qualitätseffekte aus dem

zunehmenden Einsatz höherwertiger Arbeits- und Kapitaleleistungen zurückzuführen, wobei neben Innovationen inländischer Unternehmen auch die Adoption neuer Technologien und nicht zuletzt Lerneffekte eine große Rolle spielen (Peneder et al. 2006).⁴ Das Diktum „innovation matters“ ergibt sich dabei nicht nur aus makroökonomischer Perspektive, auch auf der einzelbetrieblichen Ebene lassen sich positive Wirkungen von Produkt- und Prozessinnovationen auf den geschäftlichen Erfolg, aber auch auf das Beschäftigungswachstum innovativer Unternehmen beobachten (Lachenmaier 2007).⁵

Wohlstand und die Produktivitätsfortschritte eines Landes oder einer Region werden wesentlich über die Fähigkeit von Unternehmen, laufend Innovationen – neue Produkte, Prozesse und organisatorische Lösungen – hervorzubringen, definiert. Hierbei spielen über- und zwischenbetriebliche Kooperationen und Netzwerke eine zunehmend wichtige Rolle: Innovative Produkte beruhen in wachsendem Maße auf der Kombination neuer Technologien und spezialisierter Kompetenzen, so dass die Notwendigkeit zu einer häufig auch branchenübergreifenden Zusammenarbeit wächst, um über die Integration eigener Kompetenzen mit dem Know-how von Partnern Komplementäreffekte zu realisieren (Hotz-Bart 2009). Derartige innovationsorientierte Netzwerke und Kooperationen bilden dabei nicht nur bei innovationsstarken Großunternehmen, sondern angesichts ihrer Kompetenz- und Ressourcenengpässe gerade auch bei Klein- und Mittelunternehmen eine wichtige Voraussetzung für die Erstellung innovativer Produkt- und Dienstleistungsangebote (VDI 2014; Bjerke, Johansson 2015).

Als Kooperationspartner sind im Innovationsprozess dabei nicht nur andere Unternehmen, ob als Kunde, Zulieferer oder Wettbewerber, von Bedeutung. Vielmehr kommt für den Zugang zu hochspezifischem, neuem Wissen, neuen technologischen Lösungen und spezialisierten Kompetenzen auch den Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und intermediären Institutionen (Kammern, Technologietransferstellen, Agenturen) eine wachsende Bedeutung zu. Gerade die mit Forschung und Entwicklung befassten Institutionen haben hier die Funktion eines Impulsgebers. Die Leistungsfähigkeit eines Innovationssystems hängt insoweit, neben der Forschungsstärke und der Kreativität einzelner Akteure, wesentlich von ihrer Zusammenarbeit und dem dadurch möglichen Wissensaustausch ab. Der Schlüssel für den Erfolg ist insofern, dass der Wissenstransfer in die Unternehmen so erfolgt, dass diese das Wissen in innovative Produkte und Prozesse umsetzen können (Ponds et al. 2010). Ist dies nicht der Fall, kann die fehlende Nutzung hochspezifischen externen Wissens dazu führen, dass Innovationsmöglichkeiten nicht wahrgenommen werden können (Laursen, Salter 2006).

Zum Innovationsbegriff

Die hier zugrunde gelegte Definition von Innovation und Innovationsarten basiert auf den Vorgaben und Richtlinien der dritten Auflage des Oslo-Handbuchs der OECD, das die Standardempfehlung der OECD zur statistischen Erfassung von Innovation darstellt (OECD/Eurostat 2005). Der im Oslo-Handbuch erarbeitete Innovationsbegriff wird auch von der Statistik Austria für die Europäische Innovationserhebung herangezogen und deckt auch jene fünf Arten von Neuerungen ab, die Schumpeter (1911/1987, 100 f.) bereits Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben hat:

Innovationsarten nach Schumpeter und Oslo Manual

Schumpeter (1912)	Oslo-Manual (2005)
Herstellung eines neuen Produktes oder einer neuen Produktqualität	Produktinnovationen
Einführung einer neuen (noch unbekannt) Produktionsmethode	Prozessinnovationen
Erschließung eines neuen Absatzmarktes	Marketinginnovationen
Durchführung einer Neuorganisation	Organisatorische Innovationen
Erschließung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen	Organisatorische Innovationen

Quelle: Eigene Darstellung.

Dem Oslo-Handbuch folgend wird Innovation somit definiert als „implementation of a new or significantly improved product (good or service), or process, a new marketing method, or a new organizational method in business practices, workplace organisation or external relations.“ (OECD/Eurostat 2005, 46). Um als eine solche zu gelten, muss eine Innovation zwar neu für das Unternehmen, nicht aber zwingend auch neu für den Markt sein. Auch ist es unerheblich, ob diese Neuerung vom Unternehmen selbst oder von Dritten entwickelt wurde. Die einzelnen Innovationsarten wurden wie folgt definiert (OECD/Eurostat 2005):

Produkt- und Dienstleistungsinnovationen: Eine Produkt- oder Dienstleistungsinnovation ist die Markteinführung eines neuen oder hinsichtlich seiner Merkmale (z. B. integrierte Software, Benutzerfreundlichkeit, Komponenten oder Teilsysteme) merklich verbesserten Produkts oder einer neuen oder merklich verbesserten Dienstleistung. Dies inkludiert substantielle Verbesserungen in den technischen Spezifikationen, Komponenten und Materialien sowie der verwendeten Software, Nutzerfreundlichkeit, Design oder anderer funktionaler Charakteristika.

Prozess- und Verfahrensinnovationen: Eine Prozess-/Verfahrensinnovation ist die Einführung einer neuen oder merklich verbesserten Fertigungs-/Verfahrenstechnik oder eines neuen oder merklich verbesserten Verfahrens zur Erbringung von Dienstleistungen oder zum Vertrieb von Produkten. Dies schließt signifikante Veränderungen in Technik, Ausrüstung und/oder Software ein. Hierzu zählen: (1) neue oder merklich verbesserte Methoden der Herstellung von Waren/Dienstleistungen, (2) neue oder merklich verbesserte logistische Verfahren, Liefer- oder Vertriebsmethoden für Waren/Dienstleistungen und (3) neue oder merklich verbesserte unterstützende Aktivitäten für Prozesse und Verfahren (z. B. Instandhaltungssysteme oder Beschaffungs-, Buchführungs- oder EDV-Aktivitäten).

Organisatorische Innovationen: Eine organisatorische Innovation ist eine neue organisatorische Methode in der Geschäftspraxis (einschließlich Wissensmanagement), in der Arbeitsorganisation oder in den externen Beziehungen des Unternehmens, die bisher von dem Unternehmen nicht eingesetzt worden ist. Unterschieden werden: (1) neue Geschäftspraktiken, um die Organisationsabläufe zu organisieren (zum Beispiel Supply Chain Management, Umgestaltung von Geschäftsprozessen, Wissensmanagement, schlanke Produktion („lean production“) oder Qualitätsmanagement), (2) neue Methoden der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung (z. B. die erstmalige Nutzung eines neuen Systems der Mitarbeiterverantwortlichkeit, Teamarbeit, Dezentralisierung, Zusammenlegung oder Aufspaltung von Abteilungen, Ausbildungs- und Weiterbildungssysteme) und (3) neue Kooperationen mit anderen Unternehmen oder neue Beziehungen zu öffentlichen Einrichtungen (z. B. die erstmalige Nutzung von Bündnissen, Partnerschaften, Outsourcing oder Auftragsvergabe an Subunternehmen).

Das innovationsorientierte Zusammenwirken dieser Akteure prägt insoweit auch wesentlich die Innovationsleistung eines Landes oder einer Region – ein Zusammenhang, der in den gut etablierten Ansätzen des Nationalen bzw. Regionalen Innovationssystems thematisiert wird (Lundvall 1992; Cooke 2004). Hier gilt, dass die Vollständigkeit dieser Austausch- und Zusammenarbeitsbeziehungen, die sich nach den je spezifischen Anforderungen von Innovationsprozessen bemisst, ein Maß für die Qualität eines Innovationssystems ist.⁶

Innovationssysteme haben in der Regel eine starke räumliche Komponente. Dies gilt insbesondere, wenn für die Produktion, Diffusion und Anwendung neuen, ökonomisch relevanten Wissens die Kooperation verschiedener Akteure erforderlich ist. Dieser regionale Bezug ist insbesondere den Externalitäten der Wissensproduktion geschuldet: Aufgrund der externen Effekte bei der Produktion neuen Wissens, also angesichts der Gefahr des unentgeltlichen Wissensabflusses, spielen Vertrauensbeziehungen eine vielfach nicht unerhebliche Rolle. Insoweit wirken soziale und räumliche Nähe als wichtige Katalysatoren bei der Entstehung neuen Wissens. Die Zusammenarbeit innerhalb des regionalen Innovationssystems, im Sinne einer kooperativen Umsetzung innovativer Konzepte in Produkte und Dienstleistungen, ist daher für das Innovationsgeschehen einer Region von erheblicher Bedeutung (Botz-Hart 2009; Tripl 2011; Fritsch, Slavtchev 2011).⁷

Zur Messung der Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen werden zahlreiche Einzelindikatoren, unter anderem aus den Bereichen Qualifikation der Arbeitskräfte, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Innovationsfinanzierung und Patentanmeldungen, herangezogen. Aus den Einzelindikatoren werden beispielsweise im European Innovation Scoreboard dann auch zusammengefasste bzw. Kompositindikatoren zur Messung der Leistungsfähigkeit verschiedener Innovationssysteme gebildet (European Commission 2016; Galindo-Rueda 2013).

2 Indikatoren zum regionalen Innovationssystem im Bundesland Salzburg

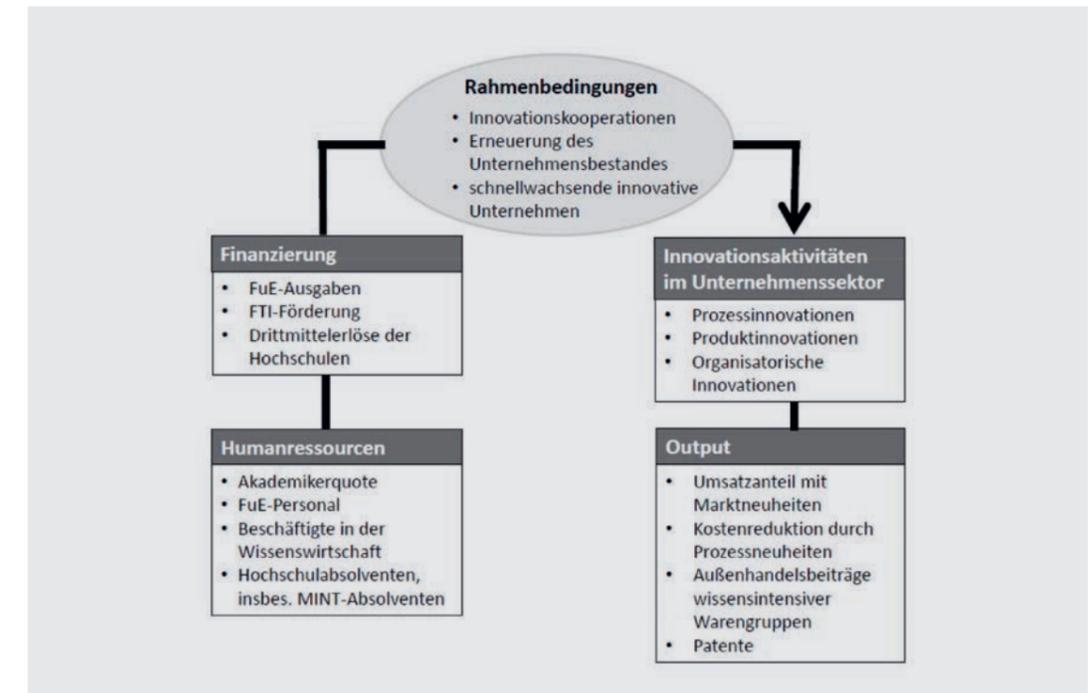
Entsprechend der Bedeutung betrieblicher Innovationsaktivitäten für die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensqualität einer Region, sowie aufgrund des daraus entstehenden Bedarfs zur Messung dieser Innovationsaktivitäten, entstanden zahlreiche Initiativen, die sich die Entwicklung und regelmäßige Publikation einer Innovationsindikatorik zur Aufgabe machten.⁸ Hier anschließend wird im Folgenden ein für das Bundesland Salzburg erarbeiteter Indikatorenkatalog⁹ vorgestellt, der neben den betrieblichen Innovationen auch die Entwicklung der dafür notwendigen (Innovations-)Ressourcen und (Innovations-)Bedingungen abbildet. Wie aus Abbildung 2-1 ersichtlich, liegt diesem Indikatorenkatalog ein wertschöpfungskettenspezifisches Innovationsmodell zugrunde, welches Innovation in einem Produktionssystem verortet und den Innovationsprozess dementsprechend in Input, Throughput, Output sowie das Zusammenspiel dieser Kettenglieder beeinflussende Rahmenbedingungen unterteilt. Einige dieser Indikatoren können direkt oder über Sonderauswertungen gewonnen werden, bei anderen besteht ein Bedarf zur Primärerhebung. Dies betrifft insbesondere die Innovationsaktivitäten selbst, da diese zwar regelmäßig von der Statistik Austria im Rahmen der Europäischen Innovationserhebung („Community Innovation Survey“ (CIS)) für Österreich erhoben werden, bei der aktuellen Befragung jedoch keine belastbaren Daten für Salzburg vorliegen. Dementsprechend wurde von der Fachhochschule Salzburg in Kooperation mit dem Land Salzburg, der Wirtschaftskammer Salzburg und der ITG – Innovationsservice für Salzburg eine umfangreiche Primärerhebung bei Salzburger Unternehmen vorgenommen¹⁰. Der entwickelte Katalog umfasst folgende Indikatoren:

- *Inputfaktoren:* Diese gliedern sich in Humanressourcen- und Finanzierungsindikatoren. Unter erstgenannte fallen die Akademiker/innenquote (der Anteil der Personen mit Abschluss an einer Hochschule oder Akademie an allen 25 bis 64-Jährigen), das FuE-Personal (Anzahl, Beschäftigungssektor und Qualifikation der Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungsbereich und wissenschaftliches Personal an Hochschulen), Beschäftigte in der Wissenswirtschaft, Studierende bzw. belegte Studien an Hochschulen (insbesondere MINT-Fächer) sowie Studienabschlüsse (insbesondere MINT-Fächer). Regionalisierte Daten zur Berechnung der Akademiker/innenquote finden sich in der seit 2008 geführten Abgestimmten Erwerbsstatistik der Statistik Austria, die Daten zum FuE-Personal entstammen einer Sonderauswertung der von der Statistik Austria

durchgeführten Erhebungen über Forschung und experimentelle Entwicklung in allen volkswirtschaftlichen Sektoren, die Personaldaten der Hochschulen stehen auf dem hochschulstatistischen Informationssystem unidata des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zur Verfügung, ebenso Daten zur Zahl der Studierenden. Daten zur Beschäftigung in der Wissenswirtschaft entstammen der Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria, Daten zu Studienabschlüssen und belegten Studien werden ebenfalls von der Statistik Austria zur Verfügung gestellt. Neben dem Faktor Arbeit (respektive Humankapital) bedarf es eines weiteren Inputfaktors für Innovation – des Faktors Kapital (respektive Finanzierung). Darunter fallen die FuE-Ausgaben, finanzielle Mittel der Förderung von Technologie und Innovation (FTI-Förderung) sowie die Erlöse aus FuE-Projekten der Hochschulen. Während die FuE-Ausgaben auf Bundeslandebene erneut aus einer Sonderauswertung der von der Statistik Austria durchgeführten Erhebungen über Forschung und experimentelle Entwicklung stammen, konnten die Zahlen zur FTI-Förderungen den Jahresberichten der jeweiligen Fördergeber (FFG und FWF) entnommen werden. Die Daten zu Drittmittelerlösen entstammen den Wissensbilanzen der Hochschulen.

- **Indikatoren zu den Rahmenbedingungen von Innovationen:** Dieser Punkt umfasst Indikatoren, die das „Produktionsklima“ für Innovationen beschreiben, also Faktoren abseits der Produktionsfaktoren, die die Entstehung von Innovation befördern oder behindern können. Zu diesen Faktoren zählen etwa Innovationskooperationen, deren Aufnahme als Indikator dem Prozesscharakter von Innovationsaktivitäten Rechnung tragen und das Zusammenwirken von Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und intermediären und öffentlichen Institutionen abbilden soll. Weitere Faktoren sind die Erneuerung des Unternehmensbestandes (Unternehmensneugründungen und -schließungen) sowie die Anzahl und der Beschäftigungsumfang schnell wachsender innovativer Unternehmen. Daten zu den Kooperationsaktivitäten der Hochschulen können den Wissensbilanzen entnommen werden, jene zur Kooperation von Unternehmen wurden im Zuge der durchgeführten Unternehmensbefragung erhoben. Regionale Daten zur Erneuerung des Unternehmensbestandes und den schnell wachsenden innovativen Unternehmen finden sich in der Unternehmensdemografie der Statistik Austria.
- **Innovationsaktivitäten im Unternehmenssektor:** Produkt-/Dienstleistungsinnovationen und Prozess-/Verfahrensinnovationen sowie organisatorische Innovationen bilden als tatsächliche betriebliche Innovationsaktivität den Kern der hier vorgeschlagenen Innovationsindikatorik. Da im Zuge der aktuellen CIS-Erhebung der Statistik Austria keine belastbaren, regionalen Daten für das Bundesland Salzburg vorliegen, wurde eine umfangreiche Befragung der Salzburger Unternehmen vorgenommen, deren Ergebnisse als Indikator für die jeweilige Innovationsart herangezogen werden.
- **Output:** Die Indikatoren der Outputseite umfassen Umsatzanteile mit Marktneuheiten, Kostenreduktionen durch Prozessinnovationen, Außenhandelsbeiträge wissensintensiver Warengruppen und Patentanmeldungen. Während die Daten zu den Umsatzanteilen, der Kostenreduktion und der Patentanmeldungen der Salzburger Unternehmen aus der Primärerhebung stammen, wurde für die Außenhandelsbeiträge wissensintensiver Warengruppen und die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (bzw. beim Internationalen Patentsystem (PCT)) erneut auf Sekundärdaten zurückgegriffen. Regionale Daten zu den Außenhandelsbeiträgen finden sich in der Außenhandelsstatistik der Statistik Austria, Daten zu den Patentanmeldungen bei Eurostat. Auf der Grundlage einer solchen umfassenden Innovationsindikatorik können dann Stärken und Schwächen des regionalen Innovationssystems identifiziert werden. Soweit es die Datenlage erlaubt, wird zudem ein Vergleich mit Österreich insgesamt gezogen, so dass eine Einordnung der Situation im Bundesland Salzburg möglich wird.

Abbildung 2-1: Indikatoren zum Salzburger Innovationssystem



Quelle: Eigene Darstellung.

3 Qualifikation der Erwerbsbevölkerung

Bildung und Qualifikation der Erwerbsbevölkerung sind ein Fundament für Innovationsfähigkeit und damit eine wesentliche Voraussetzung für Produktivitätsfortschritte und Prosperität. Diese Einsicht, die nahezu den Charakter eines Allgemeinplatzes hat, kann sich dabei auf den sowohl in der theoretischen als auch in der empirischen Literatur gut dokumentierten Befund eines positiven Zusammenhangs zwischen Qualifikation und Innovation stützen. Investitionen in Ausbildung, Bildung und in ein hohes Qualifikationsniveau gelten demnach als eine grundlegende Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit und die Zukunftsperspektiven eines Landes (Wößmann 2009; Stadler 2003). Dementsprechend gilt der Mangel an qualifiziertem Personal, wie in einer Untersuchung zu den Stärkefeldern im österreichischen Innovationssystem konstatiert wird, als das bei weitem am häufigsten – noch vor Fragen der externen Finanzierung – wahrgenommene Innovationshemmnis (Leitner et al. 2015, 36).

Ein hohes Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung ermöglicht zum einen neue technologische Entwicklungen und erhöht zum anderen die Adaption und Modifikation technischer Neuerungen. Darüber hinaus begünstigt es auch Prozesse organisatorischer Modernisierungen. Jenseits dieser grundlegenden Bestimmungen gilt, wie etwa Edquist (2005, 191 ff.) auf Basis des Innovationssystemansatzes ausgeführt hat, dass im Innovationsprozess unterschiedliche Qualifikationen benötigt werden:

- Hochqualifizierte, akademisch ausgebildete Arbeitskräfte sind für Tempo, Richtung und technologisches Niveau der Innovationsaktivitäten von entscheidender Bedeutung. So hebt Aghion (2008, 38 f.) hervor, dass der Stellenwert einer Hochschul- und Universitätsbildung in Ländern, die weltweit zu den Pionieren der technologischen Entwicklung zählen, besonders hoch ist, woraus er eine eindeutige bildungspolitische Aufgabe ableitet: „More generally, the closer a state gets to the technological frontier, the more growth-enhancing it becomes to invest in higher education.“¹¹ In diesem Kontext wird aktuell für IKT-Anwendungen und IKT-Investitionen, die im Zuge der Digitalisierung der Wertschöpfungsketten an Bedeutung gewinnen, und dem Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte ein signifikant positiver Zusammenhang beobachtet (Vivarelli 2014; Michaels et al. 2010).

- Von zentraler Bedeutung für die Innovationskraft in technologisch avancierten Bereichen sind die sog. MINT-Kräfte¹², die gelernt haben, sich mit Technologien auseinanderzusetzen und diese fortzuentwickeln. Gut ausgebildete Ingenieur/innen, Informatiker/innen und Naturwissenschaftler/innen verfügen in diesem Sinne über „Innovationskapazitäten“ und sind insbesondere im FuE-Bereich der Industrie eine notwendige Voraussetzung für Produkt- und Verfahrensinnovationen (Clasen 2016).¹³ Nicht zu vernachlässigen ist zudem, dass sich die für das Innovationsgeschehen wichtigen Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen angesichts marktnaher Verwertungspotenziale überproportional häufig in den technischen Wissenschaften finden (Leitner et al. 2015, 44).
- Eine wichtige Rolle für die Innovationsleistung eines Landes spielen zudem auch die Qualifikationen von Technikern, gut ausgebildeten Fachkräften und Meistern. Deren Kompetenzen und Fertigkeiten sowie das Erfahrungswissen der in die Leistungserstellung integrierten Beschäftigten bilden eine wesentliche Ressource, die gerade für die schrittweise Verbesserung und Weiterentwicklung von Produkten und Verfahren von Bedeutung ist (Jaeger 1999).¹⁴

Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass die nachstehenden Indikatoren zu den „Humanressourcen“ im Bundesland Salzburg auch eine belastbare Auskunft geben zur Innovationsfähigkeit des Salzburger Innovationssystems. Dargestellt werden der Anteil der Hochqualifizierten an der Erwerbsbevölkerung sowie die Beschäftigungsentwicklung im Bereich Forschung und Entwicklung, in den wissensintensiven Wirtschaftszweigen und beim wissenschaftlichen Personal im Hochschulsektor. Darüber hinaus werden Studierende und Hochschulabsolvent/innen, und hier insbesondere jene im MINT-Bereich, in den Blick genommen.

3.1 AKADEMIKER/INNENQUOTE

Der Hochqualifizierten-Anteil an der Erwerbsbevölkerung wird anhand der Akademiker/innenquote, also am Anteil der Personen mit Abschluss an einer Hochschule oder Akademie an allen 25- bis 64-Jährigen, gemessen.¹⁵ Diese Akademiker/innenquote wies sowohl im Bundesland Salzburg als auch im österreichischen Durchschnitt von 2009 bis 2014 einen deutlichen Anstieg auf (Tabelle 3-1). Lag sie im Bundesland Salzburg im Jahr 2009 bei 13,6 %, so stieg sie bis 2014 auf 15,7 % an. Dieser Zuwachs um 2,1 Prozentpunkte fiel dabei etwas schwächer aus als in Österreich insgesamt (+2,4 Prozentpunkte).

Im Beobachtungszeitraum 2009–14 lag die Akademiker/innenquote des Bundeslandes Salzburg mit durchschnittlich 14,7 % geringfügig, um 0,2 Prozentpunkte, unter jener in Österreich insgesamt. Dabei stieg diese Differenz von 2009 bis 2014 von 0,2 auf 0,5 Prozentpunkte an.

Betrachtet man die zeitliche Entwicklung im Detail, so ist ersichtlich, dass die Akademiker/innenquote im Jahr 2012 ihren stärksten Anstieg aufwies. Hier stieg sie im Bundesland Salzburg um einen halben Prozentpunkt, im Österreichschnitt um 0,6 Prozentpunkte. Insgesamt war jedoch, sowohl im Bundesland als auch im österreichischen Durchschnitt, eine relativ konstante Zunahme des Anteils von Akademiker/innen an der 25- bis 64-Jährigen Bevölkerung zu beobachten.

Tabelle 3-1: Bundesland Salzburg und Österreich: Akademiker/innenquote, 2009–2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. 09/14 (in PP)
Salzburg* (in %)	13,6	14,0	14,4	14,9	15,3	15,7	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	2,1
Österreich (in %)	13,8	14,1	14,6	15,2	15,7	16,2	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,3	0,5	0,6	0,5	0,5	2,4

Anmerkungen: Akademiker/innenquote: Anteil der Personen mit Abschluss an einer Hochschule oder Akademie an allen 25- bis 64-Jährigen. Zu Hochschulen und Akademien zählen Abschlüsse an öffentlichen Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen (einschließlich anerkannter privater Studiengänge privater Rechtsträger, ohne Lehrgänge zur Fortbildung) und Theologischen Lehranstalten. Inklusive Abschlüsse postgradualer Universitätslehrgänge oder Lehrgänge universitären Charakters sowie Abschlüsse einer Berufs- und lehrerbildenden Akademie, Akademie im Gesundheitswesen und Abschlüsse verschiedener Universitätslehrgänge. Stichtag jeweils 31.10.

(*) Regionale Zuordnung nach Wohnort.

PP = Prozentpunkte. Stand: 13.10.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Abgestimmte Erwerbsstatistik ab 2009.

3.2 FUE-PERSONAL IN UNTERNEHMEN UND WISSENSCHAFTSSEKTOR

Die Zahl der FuE-Beschäftigten in Unternehmen, Hochschulen und staatlichen Institutionen stieg im Bundesland Salzburg von 3.415 Personen im Jahre 2006 auf 5.357 Personen im Jahre 2013, also um 57 % und damit stärker als das entsprechende Beschäftigungswachstum in Österreich insgesamt, das sich hier auf gut 39 % belief. Der Anteil des Bundeslandes Salzburg an allen FuE-Beschäftigten in Österreich erhöhte sich damit von 4,1 % auf 4,6 %; beim wissenschaftlichen FuE-Personal stieg der entsprechende Anteil von 4,1 % auf 4,8 % (Tabelle 3-2).

Im Zeitraum 2006–13 stieg die FuE-Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten im Bundesland Salzburg um knapp 56 %, von 1.835 auf 2.856 Vollzeitäquivalente, und damit deutlich rascher als im österreichischen Durchschnitt (34 %). Der entsprechende Anteil des Bundeslandes Salzburg stieg folglich von 3,7 % auf 4,3 % des österreichischen Durchschnittsniveaus. Dabei nahm die Zahl der FuE-Beschäftigten im Hochschulsektor sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt jeweils um etwa ein Drittel zu, der diesbezügliche Salzburger Anteil lag dementsprechend bei 4,7 %. Der Zuwachs der in Vollzeitäquivalenten gemessenen FuE-Beschäftigung im Unternehmenssektor im Bundesland Salzburg fiel mit 59 %, von 1.154 auf 1.839 Vollzeitäquivalenten, deutlich höher aus als in Österreich insgesamt mit 36 %. Der Anteil des Salzburger Unternehmenssektors an der in Vollzeitäquivalenten gemessenen FuE-Beschäftigung in Österreich erhöhte sich damit von 3,4 % auf 4,0 %. Ungeachtet dieses „Aufholprozesses“ bleibt im Beobachtungszeitraum ein unverkennbarer Rückstand des Salzburger Unternehmenssektors gegenüber dem österreichischen Durchschnitt bestehen (Tabelle 3-3).

Der oben genannte Salzburger Rückstand in der FuE-Beschäftigung wird auch anhand der jeweiligen Anteile der FuE-Beschäftigten an den Erwerbstätigen deutlich. Während dieser Anteil im Zeitraum 2006–13 im Bundesland Salzburg von 1,4 % auf 2,0 % zunahm, belief er sich im österreichischen Durchschnitt auf 2,2 % bzw. 2,9 %, er lag also deutlich über dem Salzburger Niveau (Tabelle 3-4).

Tabelle 3-2: Bundesland Salzburg und Österreich: FuE-Beschäftigte in sämtlichen Erhebungsbereichen nach Beschäftigungskategorien, 2006–2013

	2006	2007	2009	2011	2013	Vrd. 06/13 (in %)
Salzburg						
Insgesamt	3.415	3.573	4.214	4.890	5.357	
Vrd. zur Vorperiode (in %)		4,6	17,9	16,0	9,6	56,9
Wissenschaftliches Personal	2.058	2.181	2.623	3.090	3.419	66,1
Höherqualifiziertes nichtwissenschaftliches Personal	980	984	1.245	1.474	1.524	55,5
Sonstiges Hilfspersonal	377	408	346	326	414	9,8
Österreich						
Insgesamt	83.966	89.458	96.502	107.949	117.043	
Vrd. zur Vorperiode (in %)		6,5	7,9	11,9	8,4	39,4
Wissenschaftliches Personal	49.597	53.590	59.341	65.609	71.448	44,1
Höherqualifiziertes nichtwissenschaftliches Personal	23.884	25.623	26.997	30.846	33.879	41,8
Sonstiges Hilfspersonal	10.485	10.245	10.164	11.494	11.716	11,7

Anmerkungen: Die Landeskrankenanstalten wurden nicht mittels Fragebogenerhebung erfasst, sondern es erfolgte eine Schätzung der FuE-Ausgaben durch Statistik Austria unter Heranziehung der Meldungen der Ämter der Landesregierungen. Daher liegen keine Daten über Beschäftigte in FUE vor. Stand: 28.10.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung, Sonderauswertung.

3.3 BESCHÄFTIGTE IN WISSENSINTENSIVEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Im Durchschnitt der Jahre 2008–14 sind im Bundesland Salzburg gut 39.100 Personen in wissensintensiven Wirtschaftszweigen beschäftigt, dies entspricht einem Anteil von 5,6 % aller in Österreich in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten Personen. Im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen sind 2008–14 durchschnittlich 35.360, in der Hochtechnologie 3.100 und in der Spitzentechnologie 680 Personen beschäftigt; dies entspricht einem Anteil von 6,6 %, 2,4 % bzw. 2,1 % der jeweiligen Beschäftigung in Gesamtösterreich (Tabelle 3-5).

Waren im Jahre 2008 in der Salzburger Wissenswirtschaft 37.613 Personen beschäftigt, so ist diese Zahl dann bis 2014 auf 42.075 angestiegen. Das Gros davon, 33.228 (88,3 %) im Jahre 2008 bzw. 38.425 (91,3 %) im Jahre 2014, entfällt auf den Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen.

Im gleichen Beobachtungszeitraum betrug der Beschäftigungsanteil wissensintensiver Wirtschaftszweige im Bundesland Salzburg durchschnittlich 16,8 %, er lag damit deutlich unter dem österreichischen Niveau von 25,2 %. Dabei ist der Salzburger Rückstand bei der Beschäftigung in allen Teilbereichen, der Spitzentechnologie, der Hochtechnologie und auch bei den wissensintensiven Dienstleistungen, unverkennbar (Tabelle 3-6).

**Tabelle 3-3: Bundesland Salzburg und Österreich:
FuE-Beschäftigte in sämtlichen Erhebungsbereichen nach Durchführungssektoren, VZÄ, 2006–2013**

	2006	2007	2009	2011	2013	Vrd. 06/13 (in %)
Salzburg						
Insgesamt	1.835	1.953	2.223	2.561	2.856	
Vrd. zur Vorperiode (in %)		6,5	13,8	15,2	11,5	55,7
Hochschulsektor*	594	645	718	749	791	33,1
Sektor Staat** und privater gemeinnütziger Sektor***	87	85	112	136	227	161,6
Unternehmenssektor****	1.154	1.223	1.393	1.676	1.839	59,3
Österreich						
Insgesamt	49.377	53.252	56.438	61.170	66.186	
Vrd. zur Vorperiode (in %)		7,8	6,0	8,4	8,2	34,0
Hochschulsektor*	12.668	13.613	15.059	16.096	16.840	32,9
Sektor Staat** und privater gemeinnütziger Sektor***	2.584	2.650	3.076	2.977	2.934	13,5
Unternehmenssektor****	34.126	36.989	38.303	42.098	46.412	36,0

Anmerkungen: Die Landeskrankenanstalten wurden nicht mittels Fragebogenerhebung erfasst, sondern es erfolgte eine Schätzung der FuE-Ausgaben durch Statistik Austria unter Heranziehung der Meldungen der Ämter der Landesregierungen. Daher liegen keine Daten über Beschäftigte in FuE vor.

- (*) Universitäten einschließlich Kliniken, Universitäten der Künste, Akademie der Wissenschaften, Fachhochschulen, Privatuniversitäten, Donau-Universität Krems, Pädagogische Hochschulen und sonstige dem Hochschulsektor zurechenbare Einrichtungen.
 (**) Bundesinstitutionen (unter Ausklammerung der im Hochschulsektor zusammengefassten), Landes-, Gemeinde- und Kammerinstitutionen, FuE-Einrichtungen der Sozialversicherungsträger, von der öffentlichen Hand finanzierte und/oder kontrollierte private gemeinnützige Institutionen sowie FuE-Einrichtungen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft; ohne Landeskrankenanstalten. Diese wurden nicht mittels Fragebogenerhebung erfasst, sondern es erfolgte eine Schätzung der FuE-Ausgaben durch Statistik Austria unter Heranziehung der Meldungen der Ämter der Landesregierungen. Daher liegen keine Daten über Beschäftigte in FuE vor.
 (***) Private gemeinnützige Institutionen, deren Status ein vorwiegend privater oder privatrechtlicher, konfessioneller oder sonstiger nicht öffentlicher ist.
 (****) Einschließlich Kompetenzzentren.
 Stand: 28.10.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung, Sonderauswertung.

Allerdings lässt sich im Beobachtungszeitraum ein leichter Aufholprozess identifizieren, da die Anteilswachse in der Salzburger Wissenswirtschaft mit 1,2 Prozentpunkten zwar relativ gering waren, gleichwohl aber doch etwas stärker ausfielen als in Österreich insgesamt (+0,8 Prozentpunkte). Dabei ist diese Ausweitung der Beschäftigungsanteile in der Wissenswirtschaft sowohl im Bundesland Salzburg als auch im Bundesdurchschnitt ausschließlich auf die Zuwächse der Beschäftigungsanteile bei den wissensintensiven Dienstleistungen zurückzuführen. Lag dieser Anteil im Bundesland Salzburg im Jahr 2008 bei 14,4 %, so stieg er bis 2014 auf 16,0 % – ein Anstieg von 1,6 Prozentpunkten, der somit leicht über jenem des österreichischen Durchschnitts lag (Abbildung 3-1).

Der Anteil der im Bereich der Spitzentechnologie im Bundesland Salzburg Beschäftigten blieb hingegen von 2008 bis 2014 unverändert auf dem relativ niedrigen Niveau von rund 0,3 %, während der Anteil der im Bereich der Hochtechnologie Beschäftigten um 0,4 Prozentpunkte abnahm. Dieses Muster – ein unveränderter Anteil in der Spitzentechnologie und ein leichter Rückgang des Beschäftigungsanteils in der Hochtechnologie – zeigt sich im Betrachtungszeitraum auch für Österreich insgesamt.

**Tabelle 3-4: Bundesland Salzburg und Österreich:
Anteil FuE-Beschäftigte in sämtlichen Erhebungsbereichen an den Erwerbstätigen, 2006–2013**

	2006	2007	2009	2011	2013	Vrd. 06/13 (in PP)
Salzburg (in %)						
Insgesamt	1,4	1,4	1,6	1,8	2,0	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,0	0,2	0,2	0,2	0,6
Wissenschaftliches Personal	0,8	0,8	1,0	1,1	1,2	0,4
Höherqualifiziertes nichtwissenschaftliches Personal	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,2
Sonstiges Hilfspersonal	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1
Österreich (in %)						
Insgesamt	2,2	2,3	2,4	2,7	2,9	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		0,1	0,1	0,3	0,2	0,7
Wissenschaftliches Personal	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	0,4
Höherqualifiziertes nichtwissenschaftliches Personal	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,2
Sonstiges Hilfspersonal	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,0

Anmerkungen: Die Landeskrankenanstalten wurden nicht mittels Fragebogenerhebung erfasst, sondern es erfolgte eine Schätzung der FuE-Ausgaben durch Statistik Austria unter Heranziehung der Meldungen der Ämter der Landesregierungen. Daher liegen keine Daten über Beschäftigte in FuE vor. Erwerbstätige nach Mikrozensus und ILO-Konzept. Bei den Zahlen des Mikrozensus handelt es sich um hochgerechnete Zahlen aus einer 0,6%-Quartalsstichprobe (Jahresdurchschnitt). Nach dem ILO-Konzept gelten Personen dann als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde als Unselbständige, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben. Haben sie nur aufgrund von Urlaub, Krankheit etc. nicht gearbeitet, gehen aber ansonsten einer Arbeit nach, gelten sie ebenfalls als erwerbstätig. Personen in Elternkarenz mit aufrechtem Dienstverhältnis, deren Karenzierung nicht länger als 22 Monate dauert, sowie Lehrlinge zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. PP = Prozentpunkte. Stand: 28.10.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung, Sonderauswertung; Statistik Austria – Mikrozensus.

Tabelle 3-5: Bundesland Salzburg und Österreich:
Beschäftigte in wissensintensiven Wirtschaftszweigen, 2008–2014

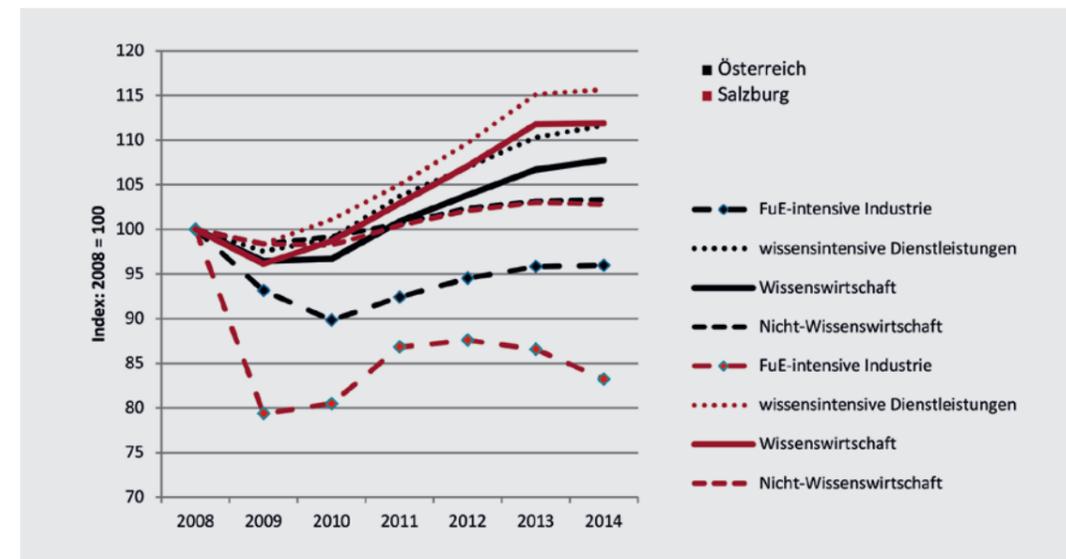
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Salzburg							
Wissenswirtschaft*	37.613	36.164	37.125	38.702	40.282	42.044	42.075
Spitzentechnologie	800	536	496	661	708	758	800
Hochtechnologie	3.585	2.945	3.033	3.147	3.133	3.038	2.850
Wissensintensive Dienstleistungen	33.228	32.683	33.596	34.894	36.441	38.248	38.425
Österreich							
Wissenswirtschaft*	682.985	658.681	660.441	688.917	709.284	728.614	735.905
Spitzentechnologie	32.437	32.122	29.763	30.557	33.011	34.438	34.496
Hochtechnologie	138.033	126.667	123.393	126.967	128.108	128.937	129.112
Wissensintensive Dienstleistungen	512.515	499.892	507.285	531.393	548.165	565.239	572.297

Anmerkungen: Kategorisierung der wissensintensiven Wirtschaftszweige nach Gehrke et al. 2010. Datenbasis bildet die Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria, die den Erhebungsbereich der ÖNACE Abschnitte B bis N sowie Abteilung S95 umfasst. Aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen werden in der Leistungs- und Strukturhebung alle Daten, die weniger als drei Unternehmen betreffen, unterdrückt. Insbesondere auf Landesebene und Vierstellerebene gelangt man somit schnell an die Grenzen der Datenverfügbarkeit. Da zur Kategorisierung der Wissenswirtschaft auch jene Branchen herangezogen wurden, deren Beschäftigungsdaten dieser Unterdrückung unterlagen, kommt es hierbei zu einer gewissen Verzerrung.

(*) Summe aus Spitzen-, Hochtechnologie und wissensintensiven Dienstleistungen.
Stand: November 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Leistungs- und Strukturhebung.

Abbildung 3-1: Bundesland Salzburg und Österreich:
Beschäftigungsentwicklung in der Wissenswirtschaft, 2008–2014



Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Leistungs- und Strukturhebung.

Tabelle 3-6: Bundesland Salzburg und Österreich:
Beschäftigungsanteile wissensintensiver Wirtschaftszweige, 2008–2014

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Vrd. 08/14 (in PP)
Salzburg (in %)								
Wissenswirtschaft*	16,3	16,0	16,4	16,6	17,0	17,5	17,5	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,3	0,4	0,2	0,4	0,5	0,0	1,2
Spitzentechnologie	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,0
Hochtechnologie	1,6	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	1,2	-0,4
Wissensintensive Dienstleistungen	14,4	14,5	14,8	15,0	15,4	15,9	16,0	1,6
Österreich (in %)								
Wissenswirtschaft*	25,1	24,7	24,6	25,1	25,4	25,7	25,9	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,4	-0,1	0,5	0,3	0,3	0,2	0,8
Spitzentechnologie	1,2	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	0,0
Hochtechnologie	5,1	4,8	4,6	4,6	4,6	4,6	4,5	-0,6
Wissensintensive Dienstleistungen	18,8	18,8	18,9	19,4	19,6	20,0	20,1	1,3

Anmerkungen: Kategorisierung der Wirtschaftszweige nach Gehrke et al. (2010). Datenbasis bildet die Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria, die den Erhebungsbereich der ÖNACE Abschnitte B bis N sowie Abteilung S95 umfasst. Aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen werden in der Leistungs- und Strukturhebung alle Daten, die weniger als drei Unternehmen betreffen, unterdrückt. Insbesondere auf Landesebene und Vierstellerebene gelangt man somit schnell an die Grenzen der Datenverfügbarkeit. Da zur Kategorisierung der Wissenswirtschaft auch jene Branchen herangezogen wurden, deren Beschäftigungsdaten dieser Unterdrückung unterlagen, kommt es hierbei zu einer gewissen Verzerrung.

(*) Summe aus Spitzen-, Hochtechnologie und wissensintensiven Dienstleistungen.

PP = Prozentpunkte. Stand: November 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Leistungs- und Strukturhebung.

3.4 WISSENSCHAFTLICHES PERSONAL IM HOCHSCHULSEKTOR

An drei der Salzburger Hochschulen¹⁶ war im Jahre 2005 wissenschaftliches Personal (einschließlich künstlerisches Personal) in Höhe von 1.094 Vollzeitäquivalenten beschäftigt. Diese Zahl stieg bis in das Jahr 2015 um jahresdurchschnittlich 3,0 % auf 1.464 Vollzeitäquivalente. Während die Stärke des wissenschaftlichen Personals im Mozarteum während des Betrachtungszeitraums kaum, um lediglich 0,3 % p. a., zunahm, verzeichnete die Universität Salzburg einen Zuwachs von 3,4 % p. a. und die Fachhochschule Salzburg in Höhe von 7,5 % p. a. Den mit Abstand größten Anteil an der gesamten Beschäftigung von Wissenschaftler/innen im Salzburger Hochschulsektor hat die Universität mit 68,3 % im Jahre 2005 und 71,2 % im Jahre 2015. Gleichzeitig ging der entsprechende Anteil des Mozarteums von 26,0 % auf 20,1 % zurück, während jener der Fachhochschule Salzburg von 5,7 % auf 8,7 % zunahm (Tabelle 3-7). An den beiden öffentlichen Universitäten des Bundeslandes Salzburg, der Paris-Lo-dron-Universität Salzburg und dem Mozarteum, belief sich die Stärke des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals im Durchschnitt der Studienjahre 2005/06 bis 2015/16 auf 1.200 Vollzeitäquivalente, das entspricht einem Anteil in der Höhe von 5,7 % des in Österreich insgesamt an öffentlichen Universitäten beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (gemessen in Vollzeitäquivalenten). Dabei ist diese Beschäftigung in Salzburg um 2,6 % p. a. von 1.032 auf 1.337 Vollzeitäquivalenten angestiegen. Dieser Anstieg lag damit oberhalb der Zuwächse in Höhe von 1,4 % p. a. an allen öffentlichen österreichischen Universitäten (Tabelle 3-8).

**Tabelle 3-7: Bundesland Salzburg:
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Salzburger Hochschulen in VZÄ, 2005–2015**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Vrd. p. a.
Salzburg gesamt	1.093,5	1.180,6	1.235,1	1.283,9	1.290,4	1.303,1	1.310,3	1.332,2	1.363,0	1.398,3	1.464,2	3,0
Index: 2005 = 100	100	108	113	117	118	119	120	122	125	128	134	
Universität*	746,8	831,8	867,9	908,8	909,2	919,0	929,4	944,4	960,3	986,1	1.042,5	3,4
Universität* Index: 2005 = 100	100,0	111	116	122	122	123	124	126	129	132	140	
Mozarteum*	284,9	283,7	292,8	291,8	290,6	281,1	278,1	286,0	281,6	289,1	294,4	0,3
Mozarteum* Index: 2005 = 100	100	100	103	102	102	99	98	100	99	102	103	
Fachhoch- schule**	61,8	65,1	74,4	83,3	90,6	103,0	102,8	101,8	121,1	123,1	127,3	7,5
Fachhoch- schule** Index: 2005 = 100	100	105	120	135	147	167	166	165	196	199	206	

Anmerkungen: Die hier angeführten Salzburger Hochschulen sind die Paris-Lodron-Universität Salzburg, die Universität Mozarteum Salzburg und die Fachhochschule Salzburg (FHS).

(*) Erhebung PLUS und Mozarteum: Wintersemester, Stichtag 31.12. d. J.).

(**) Erhebung FHS: 31.08. d. J., zusätzlich werden im jeweiligen Studienjahr (01.09.–31.08.) externe Lehrbeauftragte (LBA) beschäftigt. Diese stehen jeweils nur in einem kurzen Dienstverhältnis zur FHS und unterrichten max. sechs Semesterwochenstunden.

Nicht inkludiert sind Karenzierte und geringfügig Beschäftigte etc.

Quelle: Datenmeldung der Universitäten auf Basis BidokVUni; Datenprüfung: bm.wf, Abt. I/1; Datenaufbereitung: Datenaufbereitung: bm.wf, Abt. I/9 und FHS. Abgerufen am 20.05.2016 bzw. 10.11.2016.

Hinsichtlich der Entwicklung der Personalstruktur an den drei Salzburger Hochschulen fällt im Beobachtungszeitraum 2005–15 auf, dass die Zuwachsrate der Personalstärke im Bereich des Allgemeinen bzw. Verwaltungspersonals mit 3,1 % p. a. geringfügig über dem Zuwachs des wissenschaftlichen Personals (3,0 % p. a.) lag. Dementsprechend blieb auch der Anteil des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals am gesamten Personalbestand der beiden öffentlichen Salzburger Hochschulen mit etwa 62 % bis 63 % relativ konstant (Abbildung 3-2, Tabelle 3-8). Eine Entbürokratisierung, soweit sie an dieser Relation gemessen wird, ist insoweit im Salzburger Hochschulsektor nicht zu beobachten. Gleichwohl hat das Bundesland Salzburg in dieser Hinsicht keine Sonderstellung inne. Vielmehr ist an den öffentlichen Universitäten in Österreich insgesamt sogar ein Rückgang des Anteils des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an der Gesamtbeschäftigung zu beobachten: Betrug dieser Anteil im Wintersemester 2005/06 noch 64,7 % und im Wintersemester 2009/10 noch 66,6 %, so ist er seitdem recht kontinuierlich auf 61,9 % im Wintersemester 2015/16 zurückgegangen (Tabelle 3-8).

**Tabelle 3-8: Österreich und Bundesland Salzburg:
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an öffentlichen Universitäten in VZÄ, 2005–2015**

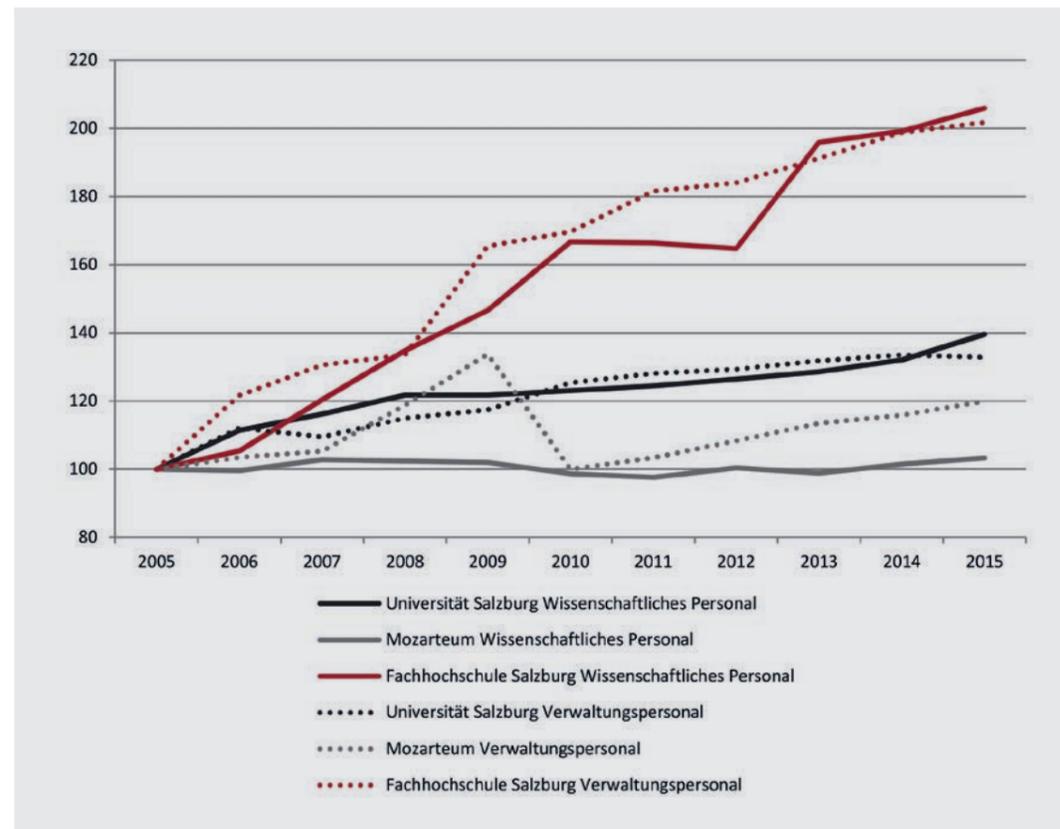
	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	2015/ 16	Vrd. % p. a.
Salzburg*												
Gesamt	1.031,8	1.115,6	1.160,7	1.200,6	1.199,7	1.200,1	1.207,5	1.230,4	1.241,8	1.275,2	1.336,9	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		8,1	4,0	3,4	-0,1	0,0	0,6	1,9	0,9	2,7	4,8	2,6
Anteil am gesamten Personal (in %)	63,3	62,8	64,1	63,4	62,5	62,5	62,1	62,1	61,8	62,1	63,2	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozent- punkten)		-0,5	1,3	-0,7	-0,9	0,0	-0,4	0,0	-0,3	0,3	1,1	
Österreich												
Gesamt	19.255,0	19.504,8	20.621,7	21.647,2	22.455,8	21.142,3	21.354,6	21.045,5	21.397,0	21.605,4	22.063,9	
Vrd. zum Vorjahr (in %)		1,3	5,7	5,0	3,7	-5,8	1,0	-1,4	1,7	1,0	2,1	1,4
Anteil am gesamten Personal (in %)	64,7	64,4	65,1	66,2	66,6	62,3	62,3	61,8	61,9	61,6	61,9	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozent- punkten)		-0,3	0,7	1,1	0,4	-4,3	0,0	-0,5	0,1	-0,3	0,3	

Anmerkungen: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal umfasst alle Verwendungskategorien gemäß Z 2.6 der Anlage 1 BidokVUni. Mit dem Beschäftigungsausmaß gewichtete Personeneinheiten. In Folge der Novellierung des Universitätsgesetzes 2002 vom 13.01.2015 zählen die Ärztinnen und Ärzte in Facharztausbildung zum wissenschaftlichen und künstlerischen Universitätspersonal. Stichtag 31.12. (Wintersemester).

(*) Paris-Lodron-Universität Salzburg und Universität Mozarteum Salzburg. Stand: 21.11.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: unidata.

Abbildung 3-2: Bundesland Salzburg: Entwicklung der VZÄ des wissenschaftlichen und künstlerischen und allgemeinen Personals an Salzburger Hochschulen, 2005–2015



Anmerkung: Salzburger Hochschulen: Paris-Lodron-Universität Salzburg, Universität Mozarteum Salzburg und Fachhochschule Salzburg (FHS).
Quelle: Eigene Darstellung nach: Datenmeldung der Universitäten auf Basis BidokVUni; Datenprüfung: bm.wf, Abt. I/1; Datenaufbereitung: Datenaufbereitung: bm.wf, Abt. I/9 und FHS. Abgerufen am 20.05.2016 bzw. 10.11.2016.

3.5 STUDIERENDE UND HOCHSCHULABSOLVENT/INNEN NACH FACHRICHTUNGEN

An den Salzburger Hochschulen nahm die Anzahl der ordentlich Studierenden zwischen den Wintersemestern 2005/06 und 2015/16 jahresdurchschnittlich um 3,7 %, von knapp 14.000 auf fast 20.160, zu. Während die Anzahl der Studierenden an den öffentlichen Universitäten in diesem Zeitraum mit 3,0 % p. a. leicht unterdurchschnittlich zunahm, verzeichneten die Fachhochschule einen Zuwachs von 5,0 % p. a. und die Privatuniversitäten¹⁷, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau, von 24,3 % p. a. Dementsprechend verschoben sich die Anteile der einzelnen Hochschulen: Studierten 2005/06 noch 87 % der ordentlichen Studierenden in Salzburg an öffentlichen Universitäten, so ging dieser Anteil bis 2015/16 auf 80,6 % (16.250 Studierende) zurück. Der Anteil der ordentlichen Studierenden an der Fachhochschule stieg gleichzeitig von 12,2 % auf 13,7 % (2.770 Studierende), jener der Privatuniversitäten von 0,9 % auf 5,6 % (1.140 Studierende) an (Tabelle 3-9).¹⁸

Im Vergleich zum österreichischen Hochschulsektor zeigt sich, dass die Anzahl der Studierenden an den österreichischen öffentlichen Universitäten im Zeitraum 2005/06 bis 2015/16 mit 3,3 % p. a.

etwas stärker zunahm als in Salzburg, der Anteil der an öffentlichen Universitäten Studierenden an allen Studierenden in Österreich lag dementsprechend im Wintersemester 2015/16 mit 82,8 % etwas über dem Salzburger Niveau. Zudem nahm die Anzahl der Studierenden im österreichischen Fachhochschulsektor mit 6,4 % p. a. stärker zu als an der Fachhochschule Salzburg, die Anzahl der Studierenden an den österreichischen Privatuniversitäten stieg hingegen mit 11,0 % p. a. deutlich langsamer als an den Salzburger Privatuniversitäten.

Im Wintersemester 2005/06 studierten daher noch 6,0 % aller Studierenden an öffentlichen Universitäten Österreichs im Bundesland Salzburg, im Wintersemester 2015/16 ging dieser Anteil auf 5,8 % leicht zurück. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Studierenden an der Fachhochschule Salzburg an allen Studierenden des österreichischen Fachhochschulsektors ebenfalls zurück, von 6,6 % auf 5,8 %. Gegenläufig zu diesen Trends nahm der Anteil der Studierenden an Salzburgs Privatuniversitäten an allen an Privatuniversitäten in Österreich Studierenden deutlich, von 3,6 % auf 11,1 %, zu (Tabelle 3-9).

Die Studierendenquote, also der Anteil von Studierenden an der Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 25 Jahren, nahm zwischen 2005/06 und 2015/16 im Bundesland Salzburg von 25,8 % auf 38,0 % zu. Dieser Trend spiegelt, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau, die österreichweit zu beobachtende Entwicklung, dass ein steigender Teil der jüngeren Erwerbsbevölkerung ein Studium aufnimmt (Abbildung 3-3).

Tabelle 3-9: Österreich und Bundesland Salzburg: Studierende und Studierendenquote, 2005/06–2015/16

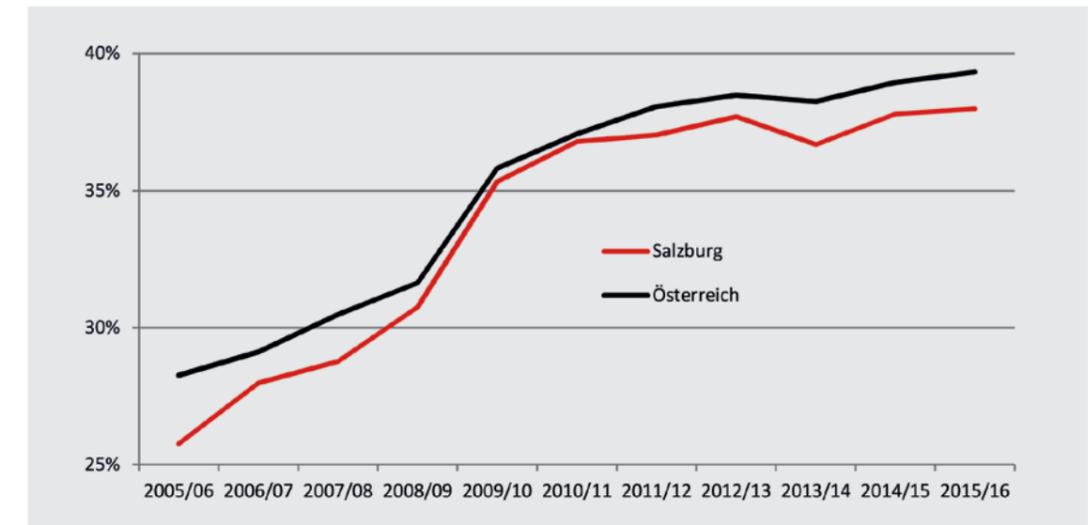
	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	Vrd. % p. a.
Salzburg												
Gesamt	13.964	15.147	15.439	16.342	18.629	19.355	19.426	19.729	19.236	19.859	20.157	3,7
Index: 2005/06 = 100	100	108	111	117	133	139	139	141	138	142	144	
Studierendenquote (in %)	25,8	28,0	28,8	30,7	35,3	36,8	37,0	37,7	36,7	37,8	38,0	
Öffentl. Univer.	12.134	12.979	13.148	13.916	16.027	16.486	16.338	16.425	15.803	16.048	16.254	3,0
Studierendenquote öffentl. Univer. (in %)	22,4	24,0	24,5	26,2	30,4	31,3	31,1	31,4	30,1	30,5	30,6	
Fachhochschule	1.701	1.876	2.068	2.184	2.267	2.222	2.385	2.429	2.525	2.672	2.766	5,0
Studierendenquote Fachhochschule (in %)	3,1	3,5	3,9	4,1	4,3	4,2	4,5	4,6	4,8	5,1	5,2	
Privatuniversitäten	129	292	223	242	335	647	703	875	908	1.139	1.137	24,3
Studierendenquote Privatuniv. (in %)	0,2	0,5	0,4	0,5	0,6	1,2	1,3	1,7	1,7	2,2	2,1	

Tabelle 3-9: Österreich und Bundesland Salzburg: Studierende und Studierendenquote, 2005/06–2015/16

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	2015/ 16	Vrd. % p. a.
Österreich												
Gesamt	232.788	241.714	252.888	262.191	297.475	308.895	318.397	324.205	324.959	332.455	338.698	3,8
Index: 2005/06 = 100	100	104	109	113	128	133	137	139	140	143	146	
Studierenden- quote (in %)	28,3	29,1	30,5	31,6	35,8	37,1	38,1	38,5	38,2	38,9	39,3	
Öffentl. Univers. 203.453	209.416	217.587	223.562	255.561	265.030	272.061	275.523	273.280	277.508	280.445		3,3
Studierenden- quote öffentl. Univers. (in %)	24,7	25,2	26,2	27,0	30,8	31,8	32,5	32,7	32,2	32,5	32,6	
Fachhoch- schule 25.727	28.426	31.064	33.615	36.085	37.564	39.276	41.366	43.593	45.660	48.051		6,4
Studierenden- quote Fach- hochschule (in %)	3,1	3,4	3,7	4,1	4,3	4,5	4,7	4,9	5,1	5,3	5,6	
Privatuniversi- täten 3.608	3.872	4.237	5.014	5.829	6.301	7.060	7.316	8.086	9.287	10.202		11,0
Studierenden- quote Privatuniv. (in %)	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)												
Studierende gesamt	6,0	6,3	6,1	6,2	6,3	6,3	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0	
Studierende an öffentl. Universitäten	6,0	6,2	6,0	6,2	6,3	6,2	6,0	6,0	5,8	5,8	5,8	
Studierende an FHs	6,6	6,6	6,7	6,5	6,3	5,9	6,1	5,9	5,8	5,9	5,8	
Studierende an Privat- univ.	3,6	7,5	5,3	4,8	5,7	10,3	10,0	12,0	11,2	12,3	11,1	

Anmerkungen: Studierendenquote: Berechnet als Anteil der ordentlichen Studierenden an öffentlichen Universitäten, Fachhochschulstudiengängen und Studierenden an Privatuniversitäten an der jahresdurchschnittlichen Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 25 Jahren laut Bevölkerungsstatistik. Ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulstudiengängen und Studierende an Privatuniversitäten. Jeweils Wintersemester. Stichtag ordentliche Studierende Universitäten: 28.02. des jeweiligen Jahres. Stichtag ordentliche Studierende Fachhochschulstudiengänge: 15.11. des jeweiligen Jahres. Stand: 23.11.2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: unidata, Statistik Austria – Bevölkerung im Jahresdurchschnitt.

Abbildung 3-3: Österreich und Bundesland Salzburg: Studierendenquote, 2005/06–2015/16



Anmerkung: Berechnet als Anteil der ordentlichen Studierenden an Universitäten, Fachhochschulstudiengängen und Studierenden an Privatuniversitäten an der jahresdurchschnittlichen Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 25 Jahren. Zahlen bezogen auf jeweiliges Wintersemester.
Quelle: Eigene Darstellung nach: unidata, Statistik Austria – Bevölkerung im Jahresdurchschnitt.

Eine Differenzierung nach studierten Fachrichtungen kann anhand der vorliegenden Informationen zu den belegten Studien entsprechend den ISCED-Ausbildungsfeldern erfolgen.¹⁹ Nach Ausbildungsfeld differenziert zeigt sich sowohl für das Bundesland Salzburg als auch für Österreich insgesamt der Trend eines rückläufigen Anteils von belegten ordentlichen Studien im Bereich „Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“, während der Anteil der belegten ordentlichen Studien im Bereich „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ ebenso wie jener im Bereich „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ eine Zunahme verzeichnete. Der Anteil der belegten Studien in der Fachrichtung „Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ ging zwischen 2005/06 und 2015/16 im Bundesland Salzburg von 41,6 % auf 37,6 %, in Österreich insgesamt von 39,2 % auf 35 %, zurück. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Studien in der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ im Bundesland Salzburg von 12,7 % auf 13,3 % ebenso leicht zu wie in Österreich insgesamt; hier stieg dieser Anteil von 12,9 % auf 14,4 %. Für die Fachrichtung „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ ist gleichzeitig im Bundesland Salzburg ein leichter Anstieg von 3,9 % auf 4,4 %, in Österreich insgesamt hingegen ein deutlich markanterer, zudem auf einem höheren Niveau erfolgender Anstieg von 11,8 % auf 14,5 %, zu registrieren (Tabelle 3-10). Auch bei einer separaten Betrachtung der belegten ordentlichen Studien an den öffentlichen Universitäten war sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt ein deutliches Wachstum zu erkennen. Mit einem jeweiligen jahresdurchschnittlichen Wachstum von 2,0 % nahm die Anzahl der belegten Studien von 2005/06 bis 2015/16 in Salzburg von rund 15.100 auf rund 18.400, in Österreich von rund 281.600 auf 342.900 zu. Die skizzierten Trends eines rückläufigen Anteils der „Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ und jener des Anstiegs des Anteils der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ sowie ebenfalls des „Ingenieurwesens, Herstellung und Baugewerbes“ zeigen sich auch in dieser Betrachtung deutlich (siehe Tabelle 9-2 im Anhang).

Hinsichtlich der belegten ordentlichen Studien an Fachhochschulen lässt sich hingegen ein etwas anderes Bild zeichnen. Zwar nahm auch hier die Anzahl der ordentlichen Studien sowohl im Bundesland als auch im Bundesdurchschnitt deutlich zu (mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 5,0 % bzw. 6,4 %). Allerdings ist im Bundesland Salzburg ein deutlicher Rückgang des Anteils des „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ zu erkennen: Dieser nahm vom Wintersemester 2005/06 bis zum Wintersemester 2015/16 um über 12 Prozentpunkte ab; im österreichischen Fachhochschulsektor fiel dieser Rückgang mit 1,0 Prozentpunkten deutlich geringer aus. Auffällig ist auf der anderen Seite, dass im österreichischen Fachhochschulsektor ein Rückgang des Anteils der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ um 1,6 Prozentpunkte zu verzeichnen war, während sich im Bundesland Salzburg in diesem Bereich ein deutliches Wachstum um 5,9 Prozentpunkte beobachten lässt (siehe Tabelle 9-3 im Anhang).

Tabelle 3-10: Bundesland Salzburg und Österreich: Belegte ordentliche Studien an öffentlichen Universitäten und an Fachhochschulen nach ISCED-Ausbildungsfeldern, 2005/06–2015/16

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	2015/ 16	% p. a.
Salzburg												
Gesamt	16.773	18.024	18.739	19.944	21.699	21.911	22.122	21.868	20.779	21.063	21.138	2,3
Index: 2005/06 = 100	100	107	112	119	129	131	132	130	124	126	126	
Anteil Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechts- wissenschaften (in %)	41,6	40,8	41,4	41,5	41,9	41,0	39,5	38,3	37,6	37,5	37,6	
Anteil Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (in %)	12,7	12,9	12,1	12,2	12,4	12,5	13,0	13,1	13,1	13,4	13,3	
Anteil Ingenieurwesen, Herstellung u. Baugewerbe (in %)	3,9	3,9	3,9	3,7	3,7	3,4	3,5	3,5	4,1	4,3	4,4	
Österreich												
Gesamt	307.307	326.131	344.696	352.123	371.835	377.946	385.135	387.751	383.237	387.350	390.994	2,4
Index: 2005/06 = 100	100	106	112	115	121	123	125	126	125	126	127	
Anteil Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechts- wissenschaften (in %)	39,2	39,8	39,6	38,7	39,5	39,0	38,0	36,7	36,0	35,3	35,0	
Anteil Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (in %)	12,9	13,1	12,9	12,9	12,7	12,7	12,8	13,3	13,4	14,1	14,4	
Anteil Ingenieurwesen, Herstellung u. Baugewerbe (in %)	11,8	12,0	12,1	12,4	12,8	13,1	13,5	13,8	14,3	14,3	14,5	

Anmerkungen: Die Zahl der belegten Studien ist wegen möglichen Mehrfachbelegungen höher als die Zahl der Studierenden. Jeweils Wintersemester. Stand: 23.11.2016
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Zwischen 2005/06 und 2015/16 nahm die Zahl der ordentlichen Studienabschlüsse an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen sowohl im Bundesland Salzburg als auch österreichweit deutlich zu. Dabei verlief dieser Zuwachs in Salzburg allerdings mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von 4,4 %, von 2.033 auf 2.990, gegenüber jenem in Österreich insgesamt weniger rasch; hier stieg die Zahl der Studienabschlüsse um 6,5 % p. a., von 27.095 auf 47.653 (Tabelle 3-11).

Differenziert nach Fachrichtungen zeigt sich im Bundesland Salzburg im Bereich der „Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ zwischen 2005/06 und 2015/16 eine Zunahme der Studienabschlüsse von 785 auf 1.119 (+4,0 % p. a.), im Bereich der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ von 350 auf 373 (+0,7 % p. a.) und im Bereich „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ von 120 auf 178 (+4,5 % p. a.). Dabei existieren markante Unterschiede zur Entwicklung der Studienabschlüsse an allen österreichischen Hochschulen, da hier die Anzahl der Abschlüsse insbesondere in der Fachrichtung „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ mit 7,9 % p. a. und in der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ mit 5,0 % p. a. sehr viel rascher zunahm als in Salzburg (Tabelle 3-11).

Der Anteil der Abschlüsse in der Fachrichtung „Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ an allen Hochschulabschlüssen ging im Bundesland Salzburg zwischen 2005/06 und 2015/16 von 38,6 % auf 37,4 %, der Anteil der Abschlüsse in der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ von 17,2 % auf 12,5 % zurück. Der entsprechende Anteil der Abschlüsse in der Fachrichtung „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ lag sowohl im Wintersemester 2005/06 als auch 2015/16 bei etwa 6 %, wobei dieser Anteil zwischenzeitlich, mit 9,2 % im Wintersemester 2009/10, deutlich höher lag. Dieses Muster der Anteilentwicklungen nach Fachrichtungen lässt sich zum einen auch für Österreich insgesamt beobachten. Sowohl der Anteil der Abschlüsse in der Fachrichtung „Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ ging im Betrachtungszeitraum, von 38,8 % auf 37,2 %, zurück, als auch jener im Bereich der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ (von 15,5 % auf 13,7 %). Markant ist allerdings der Unterschied bei den Anteilen der Abschlüsse in der Fachrichtung „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“, hier verzeichnete Österreich insgesamt eine Zunahme von 15,1 % auf 17,1 % (Tabelle 3-11).

Die dargestellten Entwicklungen verdeutlichen damit den – im Beobachtungszeitraum sogar noch zunehmenden – Rückstand Salzburgs bei den Hochschulabschlüssen im Bereich „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“.

Der Gesamtentwicklung entsprechend zeigt auch eine separate Betrachtung der öffentlichen Universitäten und der Fachhochschulen sowohl im Bundesland Salzburg als auch österreichweit einen Anstieg der ordentlichen Studienabschlüsse. Wiesen die öffentlichen Universitäten im Bundesland Salzburg im Studienjahr 2005/06 rund 1.700 Studienabschlüsse auf, so waren es im Studienjahr 2014/2015 bereits rund 2.200. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 3,0 %. Im Bundesdurchschnitt wiesen die öffentlichen Universitäten über denselben Zeithorizont jedoch ein deutlich stärkeres Wachstum der ordentlichen Studienabschlüsse auf. In diesem stiegen sie von rund 21.900 (2005/06) auf etwa 34.500 (2014/15) – ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 5,2 %. Sowohl in Salzburg als auch im Österreichschnitt nahm die Zahl der Abschlüsse im Bereich des „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“ am stärksten zu. An zweiter Stelle rangierte im Bundesland der Bereich „Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“, wohingegen die Abschlüsse im Bereich „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ mit insgesamt etwa -5 % rückläufig waren. Im Bundesdurchschnitt wies der Bereich der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ mit rund +52 % das über den Zeitraum betrachtet zweithöchste Gesamtwachstum auf, „Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ wuchsen ebenfalls, jedoch mit jahresdurchschnittlich nur 4,4 % am schwächsten (siehe Tabelle 9-4 im Anhang).

Tabelle 3-11: Bundesland Salzburg und Österreich: Ordentliche Studienabschlüsse an öffentlichen Universitäten und an Fachhochschulen nach ISCED-Ausbildungsfeldern, 2005/06–2014/15

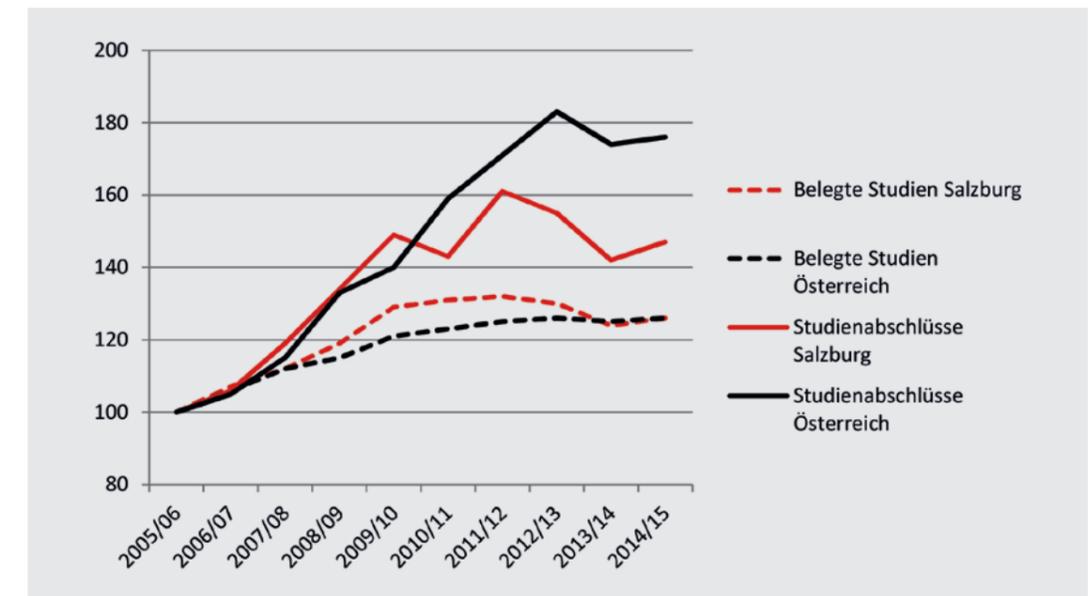
	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	% p. a.
Salzburg											
Gesamt	2.033	2.165	2.410	2.722	3.025	2.901	3.283	3.152	2.891	2.990	4,4
Index: 2005/06 = 100	100	106	119	134	149	143	161	155	142	147	
Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	785	850	903	1.090	1.247	1.255	1.359	1.302	1.070	1.119	4,0
Index: 2005/06 = 100	100	108	115	139	159	160	173	166	136	143	
Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik	350	330	337	406	410	379	438	386	353	373	0,7
Index: 2005/06 = 100	100	94	96	116	117	108	125	110	101	107	
Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe	120	119	141	141	277	178	183	167	205	178	4,5
Index: 2005/06 = 100	100	99	118	118	231	148	153	139	171	148	
Österreich											
Gesamt	27.095	28.542	31.206	36.006	38.020	43.020	46.415	49.635	47.021	47.653	6,5
Index: 2005/06 = 100	100	105	115	133	140	159	171	183	174	176	
Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	10.516	11.023	12.010	13.758	14.431	17.364	18.667	18.282	17.326	17.706	6,0
Index: 2005/06 = 100	100	105	114	131	137	165	178	174	165	168	
Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik	4.206	4.347	4.578	5.335	5.361	5.876	5.982	6.504	6.603	6.513	5,0
Index: 2005/06 = 100	100	103	109	127	127	140	142	155	157	155	
Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe	4.097	4.467	4.733	5.461	6.305	7.070	7.376	7.396	8.187	8.131	7,9
Index: 2005/06 = 100	100	109	116	133	154	173	180	181	200	198	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)											
Gesamt	7,5	7,6	7,7	7,6	8,0	6,7	7,1	6,4	6,1	6,3	
MINT-Fächer*	5,7	5,1	5,1	5,1	5,9	4,3	4,6	4,0	3,8	3,8	

Anmerkungen: Angegeben als Studienjahr.
 (*) Unter MINT-Studien fallen die ISCED-Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“. Stand: 23.11.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Im direkten Vergleich zeigt sich, dass ordentliche Studienabschlüsse an Fachhochschulen über den betrachteten Zeitraum ein deutlich dynamischeres Wachstum aufwiesen als jene an öffentlichen Universitäten. Sowohl im Bundesland als auch im Österreichschnitt haben sich die Abschlüsse an Fachhochschulen zwischen 2005/06 und 2014/15 mehr als verdoppelt. Besonders stark nahmen im Bundesland die Abschlüsse an der Fachhochschule im Bereich der „Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ zu, aber auch im Bereich der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ fand beinahe eine Verdopplung der absolvierten Studien statt. Im Bundesdurchschnitt wuchsen ebenfalls die Abschlüsse an Fachhochschulen im Bereich der „Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ am deutlichsten, das zweitstärkste Wachstum wies hier jedoch der Bereich des „Ingenieurwesens, Herstellung und Baugewerbe“ auf. Die Abschlüsse im Bereich der „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ nahmen hier mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 5,7 % vergleichsweise am wenigsten zu (siehe Tabelle 9-5 im Anhang).

Aufschlussreich ist im vorliegenden Zusammenhang ein Vergleich der Entwicklungen der Studierendenzahlen mit jener der Studienabschlüsse. Hier wird deutlich, dass die Anzahl der ordentlichen Studienabschlüsse im Bundesland Salzburg mit 47 % und in Österreich insgesamt mit 76 % jeweils deutlich rascher zunahm als die Anzahl der belegten Studien, die gleichzeitig um 26 % bzw. 27 % anstieg (Abbildung 3-4).

Abbildung 3-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Entwicklung von belegten ordentlichen Studien und ordentlichen Studienabschlüssen an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen, 2005/06–2014/15



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

3.6 STUDIERENDE UND HOCHSCHULABSOLVENT/INNEN IM MINT-BEREICH

Von hohem Interesse ist, wie eingangs dargestellt, mit Blick auf die Innovationsfähigkeit ein ausreichendes Angebot an MINT-Fachkräften. Die Anzahl der belegten MINT-Studien hat sich im Bundesland Salzburg zwischen 2005/06 und 2014/15 jahresdurchschnittlich um 3,3 %, von 2.789 auf 3.727, in Österreich insgesamt hingegen etwas rascher, um 4,2 %, erhöht (Tabelle 3-12).

Auffällig ist, dass sich die Situation im Bundesland Salzburg hinsichtlich der Entwicklung der MINT-Absolvent/innen vergleichsweise ungünstig darstellt: Zum einen nahm die Anzahl der MINT-Absolvent/innen in Salzburg mit jahresdurchschnittlich 1,8 %, von 470 auf 551, langsamer zu als die Anzahl der MINT-Studierenden. Zum anderen nahm die Anzahl der MINT-Absolvent/innen in Salzburg deutlich – mit 1,8 % p. a. gegenüber 6,5 % p. a. – langsamer zu als in Österreich insgesamt (Tabelle 3-12).

Tabelle 3-12: Bundesland Salzburg und Österreich: Belegte ordentliche Studien und ordentliche Studienabschlüsse im MINT-Bereich an öffentlichen Universitäten und an Fachhochschulen, 2005/06–2015/16

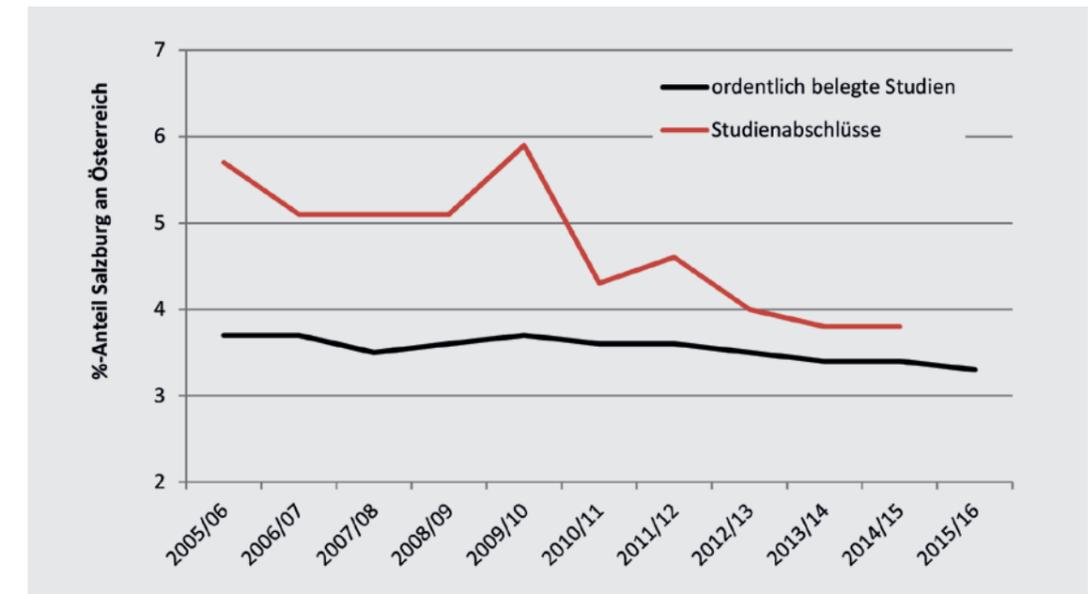
	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	% p. a.
Salzburg											
Belegte Studien	2.789	3.040	3.006	3.183	3.499	3.466	3.649	3.638	3.568	3.727	3,3
Absolvent/innen	470	449	478	547	687	557	621	553	558	551	1,8
Österreich											
Belegte Studien	76.013	81.882	86.093	89.103	94.529	97.588	101.596	105.133	106.148	109.971	4,2
Absolvent/innen	8.303	8.814	9.311	10.796	11.666	12.946	13.358	13.900	14.790	14.644	6,5

Anmerkungen: MINT-Studien: ISCED-Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“. Stand jeweils Wintersemester. Stand: 23.11.2016.
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Vor diesem Hintergrund nahm der Anteil der Salzburger MINT-Studierenden an allen MINT-Studierenden in Österreich zwischen 2005/06 und 2015/16 von 3,7 % auf 3,3 % ab. Noch deutlicher ging der entsprechende Anteil der MINT-Absolvent/innen im Bundesland Salzburg zurück, von 5,7 % im Wintersemester 2005/06 auf 3,8 % im Wintersemester 2014/15 (Abbildung 3-5).

Differenziert nach Universität und Fachhochschule im Bundesland Salzburg ergibt für den Zeitraum 2005/06 bis 2014/15 folgendes Bild: Die Anzahl der MINT-Studierenden nahm in diesem Zeitraum an der Universität um 3,5 % p. a., von 2.135 auf 2.902, zu, an der Fachhochschule um 2,6 % p. a., von 654 auf 825 (Tabelle 3-13).

Abbildung 3-5: Anteile des Bundeslandes Salzburg an den belegten Studien und Studienabschlüssen im MINT-Bereich an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen in Österreich, 2005/06–2015/16



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Auffällig abweichend verhält sich die Entwicklung der MINT-Absolvent/innen: An der Universität ist im Betrachtungszeitraum eine lediglich verhaltene Zunahme von 350 im Wintersemester 2005/06 auf 362 im Wintersemester 2014/15 zu registrieren; das jahresdurchschnittliche Wachstum betrug hier 0,4 %. Die Fachhochschule verzeichnete hingegen eine jahresdurchschnittliche Zunahme der MINT-Absolvent/innen von 5,2 %, die Anzahl stieg hier im genannten Zeitraum von 120 auf 189 (Tabelle 3-13).

Dementsprechend stellt sich das Verhältnis von ordentlichen Studienabschlüssen zur Anzahl der belegten Studien an der Fachhochschule deutlich anders dar als an der Universität: Diese Relation betrug an der Fachhochschule im Wintersemester 2014/15 0,23 und lag an der Universität mit 0,12 hingegen etwa halb so hoch (Tabelle 3-13).

Tabelle 3-13: Bundesland Salzburg: Studierende und Studienabschlüsse im MINT-Bereich an öffentlichen Universitäten und Fachhochschule Salzburg, 2005/06–2014/15

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	% p. a.
Belegte ordentliche Studien											
Öffentliche Universitäten	2.135	2.379	2.353	2.528	2.815	2.845	2.990	2.959	2.800	2.902	
Index: 2005/06 =100	100	111	110	118	132	133	140	139	131	136	3,5
Fachhochschule	654	661	653	655	684	621	659	679	768	825	
Index: 2005/06 =100	100	101	100	100	105	95	101	104	117	126	2,6
Ordentliche Studienabschlüsse											
Öffentliche Universitäten	350	330	337	406	412	370	426	365	346	362	
Index: 2005/06 =100	100	94	96	116	118	106	122	104	99	103	0,4
Fachhochschule	120	119	141	141	275	187	195	188	212	189	
Index: 2005/06 =100	100	99	118	118	229	156	163	157	177	158	5,2
Verhältnis ordentlicher Studienabschlüsse zu belegter ordentlicher Studien											
Öffentliche Universitäten	0,16	0,14	0,14	0,16	0,15	0,13	0,14	0,12	0,12	0,12	
Index: 2005/06 =100	100	85	87	98	89	79	87	75	75	76	-3,1
Fachhochschule	0,18	0,18	0,22	0,22	0,40	0,30	0,30	0,28	0,28	0,23	
Index: 2005/06 =100	100	98	118	117	219	164	161	151	150	125	2,8

Anmerkungen: Unter MINT-Studien fallen die ISCED-Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“. Die Zahl der belegten Studien ist wegen möglichen Mehrfachbelegungen höher als die Zahl der Studierenden. Ordentliche Studienabschlüsse als Studienjahr, belegte Studien jeweils Wintersemester. Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

4 Finanzierung

Die Finanzierung von Innovationsprojekten erfordert finanzielle Mittel, nicht selten von beträchtlichem Umfang. Hierzu zählen unter anderem Anschaffungen von Ausrüstungen, Aufbau einer Serienproduktion, Marketingmaßnahmen oder notwendige innerbetriebliche Schulungen. Einen wesentlichen Bestandteil der Finanzierungsgrundlage von Innovationen bilden die FuE-Ausgaben, die vom Unternehmenssektor, dem Hochschulsektor und dem Staat sowie dem privaten gemeinnützigen Sektor getätigt werden. Für die Finanzierung der Innovationsaktivitäten stehen darüber hinaus, neben den Investitionsmitteln der Unternehmen, auch öffentliche Mittel zur Förderung von Forschung, Technologie und Innovationen zur Verfügung, sei es in der Form gewährter Zuschüsse oder als zinsgünstige Kredite für Forschungs- und Innovationsvorhaben. Eine wichtige Rolle als Förderinstitutionen spielen hier die FFG und der FWF. Von Bedeutung ist mit Blick auf die Leistungsfähigkeit des Salzburger Innovationssystems zudem, in welchem Umfang der Salzburger Hochschulsektor in der Lage ist, Erlöse aus FuE-Projekten zu generieren.

4.1 AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einwohner/in sind, wie Tabelle 4-1 zu entnehmen ist, sowohl im Bundesland Salzburg als auch im Bundesdurchschnitt zwischen 2002 und 2013 deutlich gestiegen. Lagen die FuE-Ausgaben je Kopf im Jahr 2002 bei rund 264 Euro (Salzburg) bzw. etwa 580 Euro (Österreich), so war hier bis zum Jahr 2013 eine deutliche Zunahme auf etwa 638 Euro bzw. 1.129 Euro pro Kopf zu registrieren; dies entsprach einem Anstieg von rund 142 % im Bundesland Salzburg und etwa 95 % im österreichischen Durchschnitt.

Auch wenn das Wachstum im Bundesland somit deutlich höher ausfiel als im österreichischen Durchschnitt, zeigt sich dennoch, dass die FuE-Ausgaben pro Kopf im Bundesland Salzburg über den gesamten betrachteten Zeitraum ein signifikant niedrigeres Niveau aufwiesen als in Österreich insgesamt. Dabei ist zudem zu erkennen, dass dieser Abstand im Betrachtungszeitraum sogar noch zunahm: Im Jahre 2002 lagen die FuE-Ausgaben pro Kopf in Salzburg um 316 Euro, im Jahre 2013 dann bereits um 491 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

Die im Zeitraum zwischen 2002 und 2013 durchgängig höchsten FuE-Ausgaben wies sowohl im Bundesland Salzburg als auch österreichweit der Unternehmenssektor auf. Im Bundesland Salzburg wendeten die Unternehmen im Ausgangsjahr mit rund 140 Euro pro Kopf mehr als die Hälfte (rund 53 %) der Gesamtausgaben auf, 2013 betrug ihr Anteil mit rund 394 Euro pro Kopf bereits rund 62 %. Die Ausgaben des Unternehmenssektors wiesen im Bundesland Salzburg (mit +181 %) zudem ein überdurchschnittlich hohes Wachstum auf; in Österreich insgesamt belief sich dieser Zuwachs auf 106 %. Gleichwohl blieb der Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt mit 406 Euro im Jahr 2013 pro Kopf auf sehr hohem Niveau. Deutlich wird dieser Rückstand auch daran, dass die Salzburger Unternehmen im Jahre 2013 im Vergleich zum österreichischen Durchschnittswert weniger als die Hälfte der FuE-Ausgaben pro Kopf aufwendeten. Der Salzburger Hochschulsektor steigerte seine FuE-Ausgaben pro Kopf von 107 Euro im Jahre 2002 auf 186 Euro im Jahre 2013, und damit um 74 %. Auch in diesem Sektor zeigt sich ein Salzburger Rückstand: Pro Kopf geben die Salzburger Hochschulen im Jahr 2013 88 Euro weniger aus als dies in Österreich insgesamt der Fall ist. Die FuE-Ausgaben des Sektors Staat und des privaten gemeinnützigen Sektors haben im Bundesland Salzburg von rund 17 Euro pro Kopf im Jahr 2002 auf rund 59 Euro im Jahr 2013 kräftig zugenommen. In diesem Bereich konnte das Bundesland Salzburg seinen Rückstand gegenüber Österreich insgesamt aufholen.

Tabelle 4-1: Bundesland Salzburg und Österreich: FuE-Ausgaben pro Kopf, 2002–2013

	2002	2004	2006	2007	2009	2011	2013	Vrd. 2002/13 (in %)
Salzburg (in €)								
Gesamt	263,6	318,9	382,5	399,4	460,8	544,2	638,4	
Index: 2002 = 100	100	121	145	152	175	206	242	142,2
Anteil Salzburg gesamt an Österreich (in %)	45,5	49,6	50,0	48,2	51,4	55,2	56,5	
Hochschulsektor*	107,0	117,7	126,7	138,1	168,3	174,7	186,4	74,2
Sektor Staat und privater gemeinnütziger Sektor**	16,7	19,1	20,0	23,5	27,5	32,6	58,5	250,3
Unternehmenssektor***	139,9	182,0	235,8	237,8	264,9	336,9	393,5	181,3
Österreich (in €)								
Gesamt	579,6	642,6	764,2	827,9	896,7	986,6	1.129,1	
Index: 2002 = 100	100	111	132	143	155	170	195	94,8
Hochschulsektor*	156,7	171,6	184,2	197,4	234,0	252,4	274,6	75,2
Sektor Staat und privater gemeinnütziger Sektor**	35,6	35,7	41,9	46,4	52,1	55,5	54,9	54,2
Unternehmenssektor***	387,4	435,3	538,1	584,2	610,6	678,6	799,6	106,4

Anmerkungen: Einwohner/in: Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

(*) Universitäten einschließlich Kliniken, Universitäten der Künste, Akademie der Wissenschaften, Fachhochschulen, Privatuniversitäten und Versuchsanstalten an den Höheren Technischen Bundeslehranstalten.

(**) Sektor Staat: Bundesinstitutionen (unter Ausklammerung der im Hochschulsektor zusammengefassten), Landes-, Gemeinde- und Kammerinstitutionen, FuE-Einrichtungen der Sozialversicherungsträger, von der öffentlichen Hand finanzierte und/oder kontrollierte private gemeinnützige Institutionen sowie FuE-Einrichtungen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft; ohne Landeskrankenanstalten. Diese wurden nicht mittels Fragebogenerhebung erfasst, sondern es erfolgte eine Schätzung der FuE-Ausgaben durch Statistik Austria unter Heranziehung der Meldungen der Ämter der Landesregierungen. Daher liegen keine Daten über Beschäftigte in FuE vor. Privater gemeinnütziger Sektor: Private gemeinnützige Institutionen, deren Status ein vorwiegend privater oder privatrechtlicher, konfessioneller oder sonstiger nicht öffentlicher ist.

(***) Einschließlich Kompetenzzentren.

Stand: November 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Statistik Austria – Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

4.2 FÖRDERUNG VON FORSCHUNG, TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Die von der FFG verausgabten Fördermittel stiegen im Bundesland Salzburg von 7,5 Mio. Euro im Jahre 2008 auf 10,0 Mio. Euro im Jahre 2015, im Durchschnitt dieser Jahre belief sich die Summe auf 11,6 Mio. Euro. Das jahresdurchschnittliche Wachstum belief sich hier auf 4,2 %, während das Wachstum der FFG-Förderung für Österreich insgesamt mit -2,8 % p. a. negativ war. Dementsprechend verbesserte sich der Salzburger Anteil an der Gesamtförderung der FFG etwas, allerdings, von 1,8 % (2008) auf 2,9 % (2015), auf sehr niedrigem Niveau (Tabelle 4-2).

Gemessen an Gesamtförderungen je Erwerbstitel/r konnte das Bundesland Salzburg im Zeitraum von 2008 bis 2015 einen Anstieg von rund 29 Euro je Erwerbstitel/r auf rund 37 Euro je Erwerbstitel/r realisieren. Im Bundesdurchschnitt war demgegenüber auch hinsichtlich dieser Kennziffer ein deutlicher Rückgang zu erkennen, die Gesamtförderungen gingen hier von 105 Euro (2008) auf rund 83 Euro (2015) je Erwerbstitel/r zurück. Gleichwohl fielen die Förderungen der FFG je Erwerbstitel/r in Österreich insgesamt deutlich höher aus als im Bundesland Salzburg. Am höchsten war diese Differenz mit rund 76 Euro je Erwerbstitel/r im Ausgangsjahr 2008. Zwar war dieser Rückstand rückläufig, dennoch lag die Gesamtförderung der FFG je Erwerbstitel/r auch noch im Jahr 2015 um rund 46 Euro unterhalb des österreichischen Werts (Tabelle 4-2).

Tabelle 4-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Gesamtförderungen der FFG, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	% p. a.
Salzburg									
Gesamt (in Mio. €)	7,5	10,8	15,5	13,2	9,1	14,0	12,7	10,0	4,2
Index: 2008 = 100	100	144	207	176	121	187	169	133	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)	1,8	2,9	3,6	3,8	2,6	3,9	2,7	2,9	
Je Erwerbstitel/r (in €)	28,6	41,1	58,6	49,1	33,6	51,2	47,3	36,8	3,7
Index: 2008 = 100	100	144	205	172	118	179	166	129	
Österreich									
Gesamt (in Mio. €)	419,2	370,8	431,8	349,7	355,7	361,3	478,0	342,6	-2,8
Index: 2008 = 100	100	88	103	83	85	86	114	82	
Je Erwerbstitel/r (in €)	105,0	93,1	107,5	86,3	87,1	88,0	116,2	82,6	-3,4
Index: 2008 = 100	100	89	102	82	83	84	111	79	

Anmerkungen: Gesamtförderungen: Barwerte von Förderungen und Aufwendungen. Erwerbstitel nach Mikrozensus und ILO-Konzept. Stand: November 2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: FFG-Sonderauswertung; Statistik Austria – Mikrozensus.

Der FWF hat im Zeitraum 2008–15 Fördermittel in Höhe von durchschnittlich 8,9 Mio. Euro an Empfänger im Bundesland Salzburg verausgabt. Der Salzburger Anteil an der gesamten FWF-Förderung belief sich damit auf 4,8 %. Das jahresdurchschnittliche Wachstum der FWF-Förderung betrug in diesem Zeitraum in Salzburg 0,2 %, in Österreich 1,8 %. Dementsprechend ist der Salzburger Anteil in dieser Zeitspanne zurückgegangen, von 5,1 % im Jahre 2008 auf 4,5 % im Jahre 2015. Die Gesamtbewilligungen des FWF je Erwerbstitel/r waren über die Periode 2008 bis 2015 im Bundesland

Salzburg leicht rückläufig. Sie sanken jahresdurchschnittlich um -0,4 %, von rund 34 Euro je Erwerbstätigem/r im Jahr 2008 auf rund 33 Euro je Erwerbstätigem/r im Jahr 2015. Österreichweit verzeichneten die Gesamtbewilligungen je Erwerbstätigem/r mit jahresdurchschnittlich 1,2 % hingegen einen leichten Anstieg, von 43 Euro auf 47 Euro je Erwerbstätigem/r. Mit Ausnahme des Jahres 2014 ist zudem zu erkennen, dass die FWF-Gesamtbewilligungen je Erwerbstätigem/r in Salzburg niedriger ausfielen als im österreichischen Durchschnitt. Mit rund 23 Euro fiel diese Differenz zwischen Bundesland und Österreichschnitt dabei im Jahr 2013 am höchsten aus, im Jahr 2014 lag das Bundesland mit rund fünf Euro je Erwerbstätigem/r einmalig über dem österreichischen Niveau – ein Vorsprung, der sich bereits 2015 wieder in einen Rückstand verkehrte (Tabelle 4-3).

Tabelle 4-3: Bundesland Salzburg und Österreich: Gesamtbewilligungen des FWF, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	% p. a.
Salzburg									
Gesamt (in Mio. €)	8,8	4,9	10,1	9,5	7,1	7,2	15,0	8,9	0,2
Index: 2008 = 100	100	56	115	108	81	82	170	101	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)	5,1	3,4	5,9	4,9	3,6	3,6	7,1	4,5	
Je Erwerbstätigem/r (in €)	33,8	18,6	38,2	35,3	26,2	26,3	55,9	32,8	-0,4
Index: 2008 = 100	100	55	113	104	77	78	166	97	
Österreich*									
Gesamt (in Mio. €)	173,1	145,7	170,7	193,8	195,3	201,8	210,4	195,8	1,8
Index: 2008 = 100	100	84	99	112	113	117	122	113	
Je Erwerbstätigem/r (in €)	43,3	36,6	42,5	47,8	47,8	49,2	51,2	47,2	1,2
Index: 2008 = 100	100	84	98	110	110	113	118	109	

Anmerkungen: Gesamtbewilligungen inklusive Cashflows. Erwerbstätige nach Mikrozensus und ILO-Konzept
 (*) Ohne Kategorie „Ausland/k. A.“
 Stand: November 2016
 Quelle: Eigene Darstellung nach: FWF-Jahresberichte 2008–2015.

4.3 DRITTMITTELERLÖSE DER HOCHSCHULEN

Die öffentlichen Universitäten im Bundesland Salzburg erzielten im Zeitraum 2010–15 durchschnittlich 21,8 Mio. Euro pro Jahr an Drittmittelerlösen aus FuE-Projekten, dies entsprach einem Anteil von 3,7 % an den entsprechenden Erlösen aller österreichischen öffentlichen Universitäten.²⁰ Während in diesem Zeitraum die Drittmittelerlöse an den öffentlichen Universitäten in Österreich insgesamt mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 4,4 % kontinuierlich zunahmen, verblieben sie an den öffentlichen Universitäten Salzburgs zwischen 2011 und 2014 unterhalb des Wertes von 23,2 Mio. Euro aus dem Jahre 2010, der erst 2015 dann wieder etwas übertroffen wurde (Tabelle 4-4).

Tabelle 4-4: Österreich und Bundesland Salzburg: Erlöse aus FuE-Projekten öffentlicher Universitäten absolut und je VZÄ wissenschaftlichen und künstlerischen Personals öffentlicher Universitäten, 2010–2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	% p. a.
Salzburg							
Gesamt (in Mio. €)	23,2	18,4	22,3	20,5	23,0	23,6	0,3
Index Salzburg 2010 = 100	100	79	96	88	99	102	
Je VZÄ wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (in €)	19.334	15.260	18.164	16.520	18.006	17.655	-1,8
Österreich							
Gesamt (in Mio. €)	527,7	548,9	587,9	597,5	635,3	654,4	4,4
Index Österreich 2010 = 100	100	104	111	113	120	124	
Je VZÄ wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (in €)	24.958	25.702	27.935	27.925	29.403	29.658	3,5

Anmerkungen: FuE-Projekte: inkl. Projekte der Entwicklung und Erschließung der Künste. Aufgrund von Änderungen in den Erhebungsmethoden sind die Indikatorwerte im zeitlichen Verlauf nicht immer direkt vergleichbar. Stand: 23.11.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: unidata.

Im Verhältnis zu den beschäftigten Wissenschaftler/innen, gemessen an den Vollzeitäquivalenten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, stellt sich die Entwicklung der Drittmittelerlöse im Zeitraum 2010–15 wie folgt dar: Je Vollzeitäquivalent erzielten die öffentlichen Universitäten in Salzburg durchschnittlich 17.490 Euro, während der österreichweite Durchschnittswert 27.597 Euro betrug. Dabei nahmen diese Drittmittelerlöse je Vollzeitäquivalent in Salzburg im Betrachtungszeitraum jahresdurchschnittlich um 1,8 % ab, während sie österreichweit um 3,5 % zunahmen. Betrug demnach der diesbezügliche Abstand zwischen den öffentlichen Universitäten in Österreich insgesamt und jenen in Salzburg im Jahre 2010 noch 5.600 Euro, so hat er sich 2015 auf 12.003 Euro mehr als verdoppelt (Tabelle 4-4).

Die Drittmittelerlöse der Fachhochschule Salzburg nahmen zwischen 2006/07 und 2014/15 von 0,75 Mio. Euro auf 2,1 Mio. Euro zu, verdreifachten sich demnach fast. Bezogen auf das wissenschaftliche Personal stiegen die Drittmittelerlöse in diesem Zeitraum von 10.109 Euro auf 16.825 Euro je Vollzeitäquivalent (Tabelle 4-5).

Tabelle 4-5: Bundesland Salzburg: Erlöse aus FuE-Projekten der Fachhochschule Salzburg, 2006/07–2014/15

	2006/07	2008/09	2010/11	2012/13	2014/15
Gesamt (in €)	752.143	672.163	777.452	1.540.043	2.141.759
Index: 2006/07 = 100	100	89	103	205	285
davon FWF (in €)			53.000	34.295	36.843
davon FFG (in €)	359.616	171.707	284.525	524.760	833.941
davon Unternehmen (in €)	217.831	265.637	207.445	180.378	307.951
Je VZÄ Lehr- und Forschungspersonal**	10.109	7.419	7.563	12.717	16.825

Anmerkungen:

(*) FHS-Erhebung in Wirtschaftsjahren: 2007 = WJ 06/07; 2009 = WJ 08/09; 2011 = WJ 10/11, 2013 = WJ 12/13, 2015 = WJ 14/15.

(**) Da der Personalstand jeweils am 31.08. eines Jahres erhoben wurde, wurde für das Wirtschaftsjahr 2006/07 der Stand 2007, für das Wirtschaftsjahr 2008/09 der Stand 2009, für das Wirtschaftsjahr 2010/11 der Stand 2011, für das Wirtschaftsjahr 2012/13 der Stand 2013 und für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 der Stand 2015 gewählt.

Stand: 23.11.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Fachhochschule Salzburg 2016 (Daten für die Statistik Austria, FuE-Erhebungen 2007, 2009, 2011).

5 Indikatoren zu den Rahmenbedingungen von Innovationen

Die Innovationsleistungen einer Region sind auch abhängig von den Rahmenbedingungen und organisatorischen Voraussetzungen. Als Indikatoren, die Auskunft geben über „innovationsfreundliche“ Rahmenbedingungen und ein „innovatives Milieu“, werden im Folgenden der Umfang innovationsorientierter Kooperationen der Unternehmen, die Kooperationen des Hochschulsektors, das Gründungsgeschehen und die Entwicklung schnell wachsender innovativer Unternehmen herangezogen.

5.1 INNOVATIONSKOOPERATIONEN DER UNTERNEHMEN

Von den im Rahmen einer Innovationserhebung befragten Salzburger Unternehmen²¹ gaben etwas weniger als die Hälfte (rund 47 %) an, sie hätten im Zeitraum 2012 bis 2014 im Kontext ihrer innerbetrieblichen Innovationsaktivitäten mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen des Wissenschaftssektors kooperiert (Tabelle 5-1).

Eine nach Branchen differenzierte Betrachtung zeigt dabei wesentliche Unterschiede. Besonders kooperationsintensiv waren danach die Unternehmen aus dem Bereich der wissensbasierten Unternehmensdienstleistungen (fast 68 %) und aus dem Bereich der Warenherstellung (52 %). Hingegen sind lediglich etwa 37 % der befragten Bauunternehmen eine solche Kooperation eingegangen.

Hinsichtlich der Betriebsgröße ergibt sich das Bild einer deutlichen Größenabhängigkeit. Von den Kleinstunternehmen verzeichnen rund 34 %, von den mittleren Unternehmen rund 68 % innovationsorientierte Kooperationen. Keine markanten Unterschiede in der Kooperationsintensität sind hingegen in der Differenzierung nach Unternehmensalter erkennbar (Tabelle 5-1).

Bevorzugte Kooperationspartner in der innovationsorientierten Zusammenarbeit der befragten Salzburger Unternehmen waren insbesondere, in dieser Reihenfolge, Kunden, Zulieferer und Hochschulen. Mit Blick auf die regionale Struktur der Kooperationsbeziehungen ergibt sich ein heterogenes Bild: Die Kunden, mit denen innovationsorientierte Beziehungen bestanden, waren überwiegend überregional, in anderen Regionen Österreichs angesiedelt. An zweiter Stelle rangieren hier regionale oder lokale, an dritter ausländische Kunden. Bezüglich der Innovationskooperationen mit Hochschulen zeigt sich ebenfalls die Dominanz von Hochschulen außerhalb des Bundeslandes Salzburg,

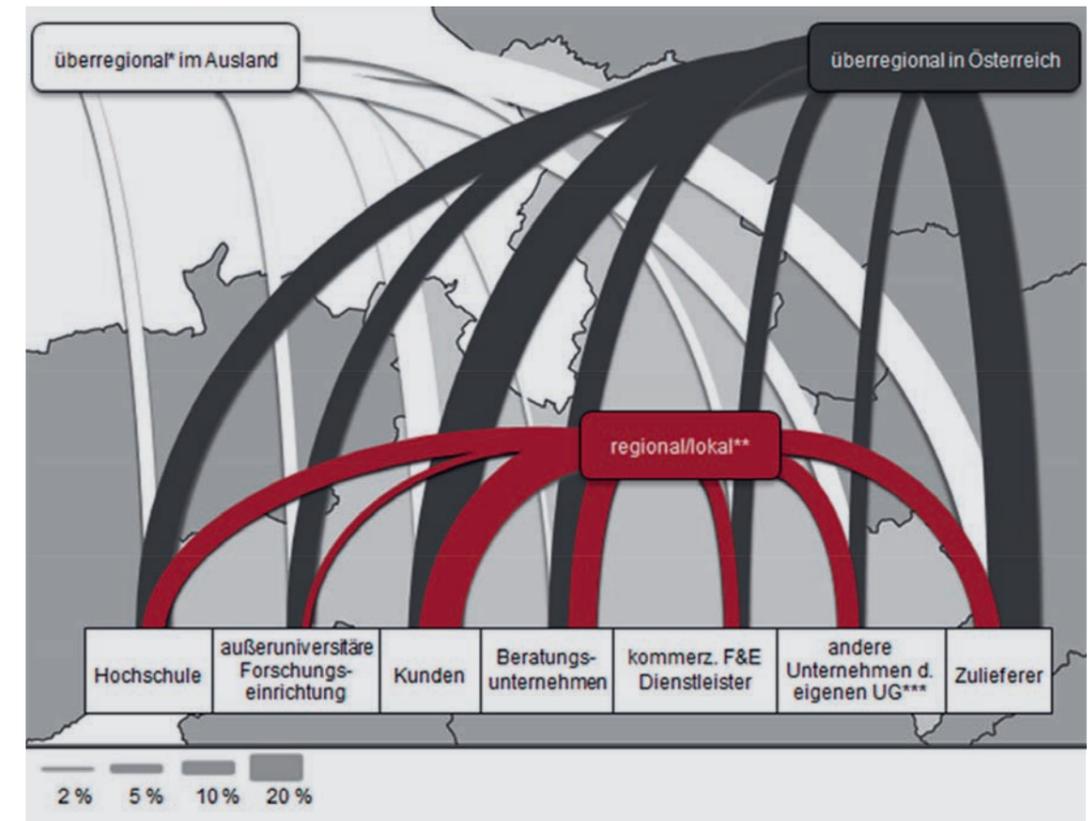
danach folgen die Salzburger Hochschulen, die geringste Bedeutung spielen für die Unternehmen in Salzburg hier die Austauschbeziehungen mit ausländischen Hochschulen. Auf Seiten der innovatorientierten Zusammenarbeit mit Zulieferern zeigte sich ebenfalls, dass andere, nicht im Bundesland Salzburg angesiedelte Zulieferunternehmen die wichtigste Rolle spielten, während regional oder lokal angesiedelte Zulieferer noch hinter jenen aus dem Ausland rangieren (Abbildung 5-1).

Tabelle 5-1: Bundesland Salzburg: Kooperationen bei Innovationsaktivitäten nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Anzahl	in %* aller Unternehmen	in %* innerhalb jeweiliger Kategorie
Gesamt	129	47,1	-
Nach Branche**			
Herstellung von Waren	48	17,5	52,2
Bau	23	8,4	36,5
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	36	13,1	67,9
Nach Größe**			
Kleinstunternehmen (5–9 Beschäftigte)	25	9,1	34,2
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	75	27,4	48,1
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	21	7,7	67,7
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigten)	8	2,9	57,1
Nach Alter***			
Jung (bis 10 Jahre)	17	6,4	51,5
11 bis 30 Jahre	55	20,7	52,4
31 bis 60 Jahre	33	12,4	41,3
Alt (61 Jahre und älter)	23	8,6	47,9

Anmerkungen:
 (*) Gültige Prozent, da n je nach Antwort- und Gliederungskategorie variiert.
 (**) n = 274.
 (***) n = 266.
 Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

Abbildung 5-1: Bundesland Salzburg: Kooperationspartner bei Innovationskooperationen, 2012–2014



Anmerkungen:
 (*) Lokal/regional meint dabei die geschäftliche Tätigkeit innerhalb eines Radius von 50 Kilometern.
 (**) Überregional meint die geschäftliche Tätigkeit, die über einen Radius von 50 Kilometern hinausgeht.
 Gültige Prozent. Die Dicke der Strahlen entspricht dem jeweiligen Stellenwert. Ein Punkt entspricht 2 %. Udl. = Unternehmensdienstleister, UG = Unternehmensgruppe. Die Prozentangaben summieren sich nicht zu 100 %, da Mehrfachnennungen möglich waren.
 Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

5.2 KOOPERATIONEN ZWISCHEN HOCHSCHULSEKTOR UND UNTERNEHMEN

Gemessen an der Anzahl der Kooperationen, nahm die Kooperationsintensität der Salzburger Hochschulen offenkundig zu. Ausweislich ihrer Wissensbilanz stieg die Anzahl der Kooperationen der Universität Salzburg mit Partnerhochschulen und -instituten sowie mit Unternehmen zwischen 2008 und 2015 von 290 auf 388 recht kontinuierlich an. Auffällig ist dabei, dass es sich hier ganz überwiegend um Kooperationen mit anderen Universitäten handelt und die Zahl der in der Wissensbilanz angeführten Kooperationen mit Unternehmen im Betrachtungszeitraum nicht nur vergleichsweise gering, sondern tendenziell sogar rückläufig ist. Die Fachhochschule Salzburg verzeichnete zwischen 2008 und 2015 ebenfalls eine Zunahme der Kooperationen mit anderen Hochschulen, Instituten und Unternehmen, die Anzahl dieser Kooperationen stieg von 108 im Jahre 2008 über 154 im Jahre 2012 auf 124 im Jahre 2015. Dabei ist hier der Anteil der Kooperationen mit Unternehmen deutlich höher als im Falle der Universität Salzburg (Tabelle 5-2).²²

Tabelle 5-2: Bundesland Salzburg: Kooperationen mit Partnerinstituten und Unternehmen, Universität Salzburg und Fachhochschule Salzburg, 2008–2015

	2008	2009	2010*	2011	2012	2013	2014	2015	% p. a.
Universität Salzburg	290	313	368	393	350	350	381	388	4,2
Index: 2006 = 100	100	108	127	136	121	121	131	134	
davon Unternehmen	10	13	13	15	16	7	6	7	-0,5
davon Universitäten	256	280	335	356	313	327	353	358	4,9
Fachhochschule Salzburg**	108	104	86	115	154	136	126	124	2,0
Index: 2006 = 100	100	96	80	106	143	126	117	115	
davon Unternehmen	41	30	22	34	37	42	45	40	-0,4
davon Universitäten	37	36	22	31	54	51	40	40	1,1

Anmerkungen: Aufgrund von Änderungen in den Erhebungsmethoden sind die Indikatorwerte im zeitlichen Verlauf nicht immer direkt vergleichbar.

(*) Der Großteil des Anstiegs in den Kooperationen ist auf die Steigerung der neuen Erasmus-Kooperationen zurückzuführen. Es wurden Universitätspartnerschaften verlängert und unter anderem neu eingegangen (z. B. China Capital Universität). National konnten fünf neue Kooperationen mit Universitäten geschlossen werden.

(**) Die Jahre 2008 und 2009 als Kalenderjahre, die Jahre 2010 bis 2015 in jeweiligen Wirtschaftsjahren (2010 = WJ 09/10).

Stand: 23.11.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Wissensbilanz der Universität Salzburg 2008–15, Wissensbilanz Kennzahl 1.C.1 Gesamtübersicht Anzahl der in aktive Kooperationsverträge eingebundenen Partnerinstitutionen/Unternehmen, FHSYS (für die WJ 09/10, 10/11, 11/12, 12/13, 13/14, 14/15), BIS-Meldung für die Kalenderjahre 2007, 2008 und 2009.

5.3 ERNEUERUNG DES UNTERNEHMENSBESTANDES: GRÜNDUNGEN

Ein wesentliches Element der wirtschaftlichen Entwicklung ist jener Prozess, den Schumpeter als „kreative Zerstörung“ beschrieben hat: Innovative Produkt- und Leistungsangebote und innovative Geschäftsmodelle ermöglichen neuen Unternehmen die Erschließung neuer Wachstumsmärkte, so dass ältere Unternehmen mit einer veralteten Produktpalette und niedrigeren Produktivitätsstandards verdrängt werden.

Diese Erneuerung des Unternehmensbestandes kann anhand der Entwicklung der Neugründungen und Schließungen von Unternehmen nachgezeichnet werden. Im Zeitraum 2007–14 wurden im Bundesland Salzburg durchschnittlich jedes Jahr 3.041 Unternehmen neu gegründet, gleichzeitig waren 2.243 Unternehmensschließungen zu verzeichnen. Damit entfielen jeweils etwa 6,6 % der österreichweiten Neugründungen und Schließungen auf das Bundesland Salzburg (Tabelle 5-3).

Zwischen 2007 und 2014 stieg die Zahl der Unternehmensgründungen im Bundesland Salzburg um 0,6 % p. a., von 2.827 auf 2.938. Dabei war dieses Wachstum ausschließlich auf Gründungen im Dienstleistungssektor zurückzuführen, deren Zahl im genannten Zeitraum um fünf Prozentpunkte zunahm, während die Zahl der Gründungen im Bereich der Warenherstellung rückläufig war. Die Zahl der Unternehmensschließungen nahm 2007–14 um 5,7 % p. a. zu, von 1.721 im Jahre 2007 auf 2.544 im Jahre 2014. Eine besondere Dynamik des Schließungsgeschehens verzeichnete dabei der Dienstleistungssektor; hier nahm die Zahl der Schließungen um 53 Prozentpunkte zu. Im Ergebnis kamen im Bundesland Salzburg im Jahre 2014 auf jede Neugründung fast 0,9 Schließungen, nachdem im Jahre 2007 noch 0,6 Schließungen auf eine Neugründung entfielen (Tabelle 5-3).

Auffällig ist, dass sich das Gründungs- und Schließungsgeschehen im Bundesland Salzburg offenkundig weniger dynamisch darstellt, als es für Österreich insgesamt zu beobachten war. So nahm im Zeitraum 2007–14 die Zahl der Unternehmensgründungen österreichweit mit 2,3 % p. a. fast viermal

so schnell zu wie im Bundesland Salzburg. Gleichzeitig erhöhte sich auch Zahl der Schließungen mit 6,9 % p. a. signifikant rascher (Tabelle 5-3).

Abbildung 5-1 veranschaulicht die Entwicklung der Gründungen und Schließungen im Bundesland Salzburg und in Österreich insgesamt. Entwickelten sich Gründungen und Schließungen in Salzburg bis 2008 quasi parallel, so nahmen ab diesem Jahr die Schließungen deutlich stärker zu, während die jährlichen Unternehmensneugründungen bis 2012 stagnierten und 2013 einen deutlichen Rückgang aufwiesen; erst im Jahre 2014 ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Im Bundesdurchschnitt entsprach die Entwicklung mit einem Jahr Verspätung, ab 2009, weitgehend jener des Bundeslandes.

Die Zahl der Beschäftigten bei neugegründeten Unternehmen sank im Bundesland Salzburg zwischen 2007 und 2014 von 5.008 auf 4.655 Personen, der jahresdurchschnittliche Rückgang lag bei 1,0 %. Demgegenüber nahm mit 8,5 % p. a. die Zahl der von Unternehmensschließungen betroffenen Beschäftigten deutlich zu. Der Saldo der von Gründungen und Schließungen betroffenen Beschäftigten fiel zwar über die betrachtete Periode durchgehend positiv aus, mit +2.052 Personen im Jahre 2007 und +311 Personen im Jahr 2014 nahm er über den Zeitraum jedoch deutlich ab. Auch österreichweit zeigte sich ein durchwegs positiver, aber deutlich rückläufiger Saldo (Tabelle 5-4).

Tabelle 5-3: Bundesland Salzburg und Österreich: Unternehmensneugründungen und -schließungen, 2007–2014

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014*	% p. a.
Salzburg									
Gründungen gesamt	2.827	3.150	3.139	3.136	3.166	3.142	2.833	2.938	0,6
Index: 2007 = 100	100	111	111	111	112	111	100	104	
Herstellung von Waren Index: 2007 = 100	100	102	95	95	100	97	93	97	
Herstellung von Waren Anteil an Gesamt (in %)	4,2	3,8	3,6	3,6	3,8	3,7	3,9	3,9	
Dienstleistungsbranchen** Index: 2007 = 100	100	112	113	113	114	113	102	105	
Dienstleistungsbranchen** Anteil an Gesamt (in %)	87,3	87,9	88,7	88,7	89,0	88,9	88,5	88,1	
Schließungen gesamt	1.721	1.910	2.037	2.389	2.384	2.426	2.535	2.544	5,7
Index: 2007 = 100	100	111	118	139	139	141	147	148	
Herstellung von Waren Index: 2007 = 100	100	113	106	114	118	113	89	84	
Herstellung von Waren Anteil an Gesamt (in %)	5,5	5,5	4,9	4,5	4,7	4,4	3,3	3,1	
Dienstleistungsbranchen** Index: 2007 = 100	100	112	119	141	142	144	150	153	
Dienstleistungsbranchen** Anteil an Gesamt (in %)	87,2	88,0	87,5	88,7	89,4	89,3	89,1	90,4	
Österreich									
Gründungen gesamt	39.181	50.421	46.640	48.529	47.742	47.905	44.981	45.865	2,3
Index: 2007 = 100	100	129	119	124	122	122	115	117	
Herstellung von Waren Index: 2007 = 100	100	108	96	101	98	100	100	108	
Herstellung von Waren Anteil an Gesamt (in %)	3,9	3,2	3,1	3,2	3,1	3,2	3,4	3,6	
Dienstleistungsbranchen** Index: 2007 = 100	100	132	122	127	126	126	117	119	
Dienstleistungsbranchen** Anteil an Gesamt (in %)	86,7	89,1	88,6	89,1	89,5	89,1	88,4	88,3	
Schließungen gesamt	24.673	27.957	30.431	35.738	37.494	36.950	38.781	39.341	6,9
Index: 2007 = 100	100	113	123	145	152	150	157	159	
Herstellung von Waren Index: 2007 = 100	100	108	112	117	119	111	91	98	
Herstellung von Waren Anteil an Gesamt (in %)	5,3	5,1	4,9	4,3	4,2	4,0	3,1	3,3	
Dienstleistungsbranchen** Index: 2007 = 100	100	113	124	147	155	154	163	164	
Dienstleistungsbranchen** Anteil an Gesamt (in %)	86,2	86,3	86,6	87,4	88,1	88,9	89,3	88,5	

Anmerkungen: Das Jahr der Neugründung ist jenes Jahr, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz erzielte oder erstmals mindestens eine(n) unselbständig Beschäftigte(n) hatte. Eine echte Unternehmensneugründung liegt dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren – insbesondere Beschäftigung – geschaffen wird. Keine echten Neugründungen sind Zugänge zum Bestand durch z. B. Fusion oder Umstrukturierung, ein bloßer Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes und das Reaktivieren einer ruhenden Einheit innerhalb von zwei Jahren. Das Jahr der Schließung ist jenes Jahr, in dem das Unternehmen letztmals einen Umsatz erzielte und letztmals unselbständig Beschäftigte hatte. Eine echte Unternehmensschließung liegt vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z. B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Seit 2015 gelangt eine überarbeitete, verbesserte Methode zur Erstellung der Unternehmensdemografiestatistik zur Anwendung. Wesentliche Änderung war die nunmehrige Möglichkeit der Miterfassung kleiner und kleinster Unternehmen durch den Wegfall der Umsatzgrenze. Die Daten wurden bis einschließlich 2007 mit der neuen Methode rückgerechnet.

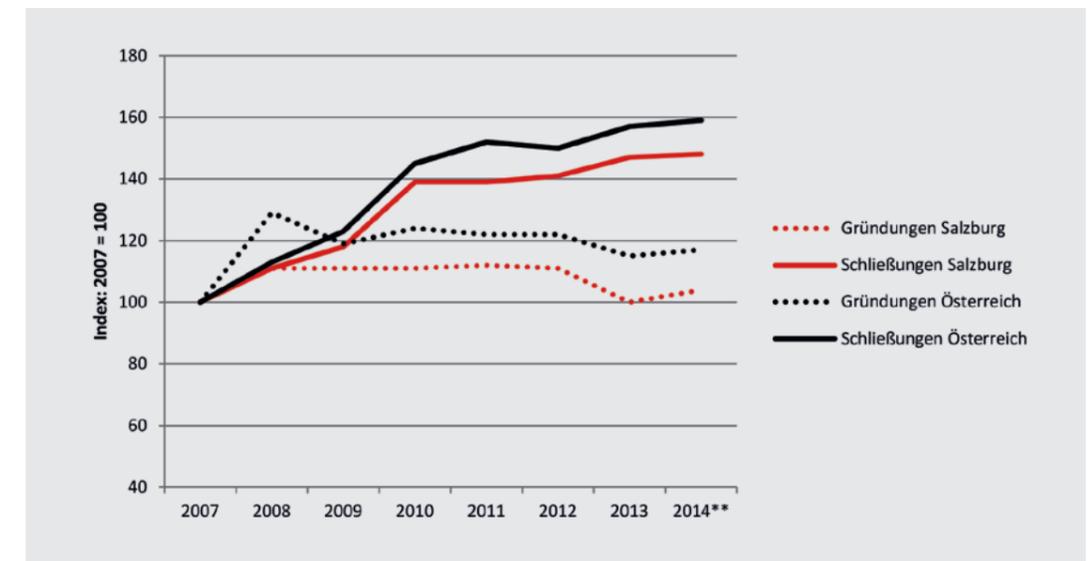
(*) Vorläufige Zahlen. Bei der Erstellung der Statistik für das Berichtsjahr 2014 wurden weitere methodische Schritte zur Annäherung der Daten an die Leistungs- und Strukturerhebung gesetzt. Dies wirkt sich mit einem leichten Zeitreihenbruch im Jahr 2013 aus. Die Zahlen sind daher mit den Jahren vor 2013 nur bedingt vergleichbar.

(**) ÖNACE 2008 Kategorien G–N und P–S.

Stand: 02.09.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Statistik zur Unternehmensdemografie ab 2015.

Abbildung 5-2: Bundesland Salzburg und Österreich: Unternehmensneugründungen und -schließungen, 2007–2014



Anmerkung:

(**) Vorläufige Zahlen.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Unternehmensdemografie.

Tabelle 5-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Unternehmensdemografie: Beschäftigte bei neugegründeten Unternehmen und geschlossenen Unternehmen, 2007–2014

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014*	Vrd. % p. a.
Salzburg									
Beschäftigte bei neugegründeten Unternehmen	5.008	5.671	5.511	5.215	5.443	5.484	4.739	4.655	-1,0
Index: 2007 = 100	100	113	110	104	109	110	95	93	
Beschäftigte bei geschlossenen Unternehmen	2.956	3.575	3.433	3.820	3.947	3.949	3.689	4.344	5,7
Index: 2007 = 100	100	121	116	129	134	134	125	147	
Österreich									
Beschäftigte bei neugegründeten Unternehmen	69.527	82.667	78.596	77.471	77.636	77.360	71.474	72.851	0,7
Index: 2007 = 100	100	119	113	111	112	111	103	105	
Beschäftigte bei geschlossenen Unternehmen	45.551	51.074	51.602	58.431	61.208	58.983	56.593	63.708	4,9
Index: 2007 = 100	100	112	113	128	134	129	124	140	

Anmerkungen: Jeweils Anzahl aller für die Beobachtungseinheit arbeitenden Personen (Selbständige und unselbständig Beschäftigte). Das Jahr der Neugründung ist jenes Jahr, in dem das Unternehmen erstmals mindestens eine(n) unselbständig Beschäftigte(n) hatte und damit zum Arbeitgeberunternehmen wurde. Das Jahr der Schließung ist jenes Jahr, in dem das Arbeitgeberunternehmen letztmals unselbständig Beschäftigte hatte, unabhängig davon, ob das Unternehmen (ohne unselbständig Beschäftigte) weitergeführt wurde oder nicht. Für den Unternehmensfortbestand ist hier das Jahr der Neugründung der betrachteten Unternehmenskohorte auszuwählen. ÖNACE 2008: ohne Gruppe 64.2 „Beteiligungsgesellschaften“.

(*) Vorläufige Zahlen. Bei der Erstellung der Statistik für das Berichtsjahr 2014 wurden weitere methodische Schritte zur Annäherung der Daten an die Leistungs- und Strukturerhebung gesetzt. Dies wirkt sich mit einem leichten Zeitreihenbruch im Jahr 2013 aus.

Die Zahlen sind daher mit den Jahren vor 2013 nur bedingt vergleichbar.

Stand: 02.09.2016.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria STATcube – Statistik zur Unternehmensdemografie ab 2015.

5.4 SCHNELL WACHSENDE INNOVATIVE UNTERNEHMEN

Junge innovative Unternehmen, häufig als „Gazellen“ etikettiert, wachsen überdurchschnittlich schnell, schaffen Arbeitsplätze und zahlen den Beschäftigten relativ hohe Einkommen.²³ Sie sind daher für die Entwicklungsdynamik einer Region von wesentlicher Bedeutung (Dautzenberg et al. 2012; Schlepphorst Schlömer-Laufen 2016). Im Bundesland Salzburg nahm die Zahl dieser „Gazellenunternehmen“ zwischen 2008/11 und 2012/15 um 8,5 Prozent, von 213 auf 231, zu. Österreichweit verlief dieser Zuwachs mit 2,5 Prozent deutlich langsamer. Im genannten Betrachtungszeitraum ging die Anzahl der in diesen Unternehmen unselbständig Beschäftigten im Bundesland Salzburg von 12.616 auf 10.811 recht deutlich, um -14,3 Prozent, zurück. In Österreich insgesamt ist hier ebenfalls ein Rückgang, um -12,3 Prozent, zu registrieren (Tabelle 5-5).

Tabelle 5-5: Bundesland Salzburg und Österreich: Schnell wachsende Unternehmen und unselbständig Beschäftigte, 2008–2011 – 2012–2015

	2008– 2011	2009– 2012	2010– 2013	2011– 2014	2012– 2015	Vrd. 2008– 2011 zu 2012– 2015 (in %)
Salzburg						
Schnell wachsende Unternehmen	213	242	241	214	231	
Index: 2008–11 = 100	100	114	113	100	108	8,5
Unselbstständig Beschäftigte	12.616	13.792	12.134	10.300	10.811	
Index: 2008–11 = 100	100	109	96	82	86	-14,3
Österreich						
Schnell wachsende Unternehmen	2.775	3.085	2.929	2.878	2.845	
Index: 2008–11 = 100	100	111	106	104	103	2,5
Unselbstständig Beschäftigte	202.706	232.437	189.584	185.560	177.816	
Index: 2008–11 = 100	100	115	94	92	88	-12,3

Anmerkungen: Statistik zu schnell wachsenden Unternehmen: Die Statistik zu den schnell wachsenden Unternehmen („High-Growth-Enterprises“) stellt jene Arbeitgeberunternehmen dar, die über einen dreijährigen Zeitraum ein durchschnittliches jährliches Wachstum von mindestens 10 % der Anzahl ihrer unselbständig Beschäftigten aufweisen. Damit die Anteile der schnell wachsenden Unternehmen an der gesamten Anzahl der Arbeitgeberunternehmen nicht verzerrt werden, werden alle Unternehmen ausgeschieden, die zu Beginn der Beobachtungsperiode weniger als zehn unselbständig Beschäftigte aufweisen, da sich bei diesen Unternehmen ein absolut kleiner Beschäftigtenzuwachs in hohen prozentuellen Zuwächsen niederschlagen würde. Unechtes Wachstum ist dann gegeben, wenn der Beschäftigtenzuwachs eines Unternehmens primär durch Zukäufe von Unternehmen oder Fusionen erfolgt. Fälle von „unechtem“ Wachstum müssen daher von der Masse der schnell wachsenden Unternehmen ausgeschieden werden. Unselbständig Beschäftigte bei schnell wachsenden Unternehmen: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten entspricht der jährlichen durchschnittlichen Anzahl aller für das schnell wachsende Unternehmen arbeitenden Personen. Unselbständig Beschäftigte sind Angestellte, Arbeiter/innen und Lehrlinge, welche in einem aufrechten Arbeitsverhältnis zum Unternehmen stehen und von diesem Lohn oder Gehalt beziehen. Das Beschäftigungsausmaß spielt dabei keine Rolle; es zählen daher auch Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Saison- und Aushilfskräfte und Feriapraktikanten und -praktikantinnen zu dieser Gruppe. Außerdem zählen auch im Urlaub oder Krankenstand befindliche Personen, im Mutterschutz befindliche Frauen sowie Personal auf Bau- und Montagestellen und vorübergehend im Ausland Tätige dazu, solange die Bezugsauszahlung vom Unternehmen erfolgt. Stand: 28.12.2016. Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Statistik zu schnell wachsenden Unternehmen.

Während im Durchschnitt der fünf Beobachtungsperioden das Bundesland Salzburg 228 schnell wachsende Unternehmen aufwies, waren es im Bundesdurchschnitt 2.902 Unternehmen. Damit waren im Betrachtungszeitraum etwa 8 % dieser schnell wachsenden Unternehmen im Bundesland Salzburg angesiedelt. Diese schnell wachsenden Unternehmen zählten im Mittel des Betrachtungszeitraums etwa 11.931 (Salzburg) bzw. 197.621 (Österreich) unselbständig Beschäftigte. Auffällig ist dabei, dass ein durchschnittliches „Gazellenunternehmen“ sowohl im Bundesland Salzburg als auch in Österreich insgesamt im Zeitraum 2012/15 weniger Beschäftigte hatte als noch 2008/11: Im Bundesland Salzburg verringerte sich die Beschäftigtenzahl je „Gazellenunternehmen“ zwischen 2008/11 und 2012/15 von 59 auf 47, in Österreich von 73 auf 63 unselbständig Beschäftigte (Tabelle 5-5).²⁴

6 Innovationsaktivitäten des Unternehmenssektors

Die Daten zu den Innovationsaktivitäten des Unternehmenssektors, ebenso für einige der Outputindikatoren, entstammen der von der Fachhochschule Salzburg in Kooperation mit dem Land Salzburg, der Wirtschaftskammer Salzburg und der ITG – Innovationsservice für Salzburg im Jahr 2015 durchgeführten Innovationserhebung (Steiner, Schwingsmehl 2017).

6.1 PRODUKTINNOVATIONEN

Knapp die Hälfte (48 %) der befragten Salzburger Unternehmen hatte im Zeitraum 2012–14 eine oder mehrere Produkt- oder Dienstleistungsinnovationen durchgeführt, also ein neues oder wesentlich verbessertes Produkt- oder Dienstleistungsangebot in die Angebotspalette aufgenommen. Am höchsten war dieser Anteil mit etwa 63 % bei Unternehmen aus dem Herstellungsbereich, danach rangieren mit 61 % Unternehmen aus dem Bereich der wissensbasierten Unternehmensdienstleistungen. Demgegenüber liegt der entsprechende Anteil in der Baubranche mit 23 % deutlich niedriger (Tabelle 6-1).

Es zeigt sich, dass das Ausmaß der Aktivitäten im Bereich der Produktinnovationen größenabhängig ist: Während ein Drittel der befragten Kleinstunternehmen im Zeitraum 2012–14 eine oder mehrere Produkt- und/oder Dienstleistungsinnovationen eingeführt hat, waren es unter den befragten Kleinunternehmen bereits etwa 50 %, bei mittleren Unternehmen rund 63 % und unter den Großunternehmen bereits 75 %²⁵.

Auch hinsichtlich des Unternehmensalters lassen sich hier Unterschiede identifizieren, hier zeigt sich ein gleichsam umgekehrt U-förmiges Muster: Während junge Unternehmen (bis zu zehn Jahren) mit etwa 31 % den geringsten Anteil an produkt- bzw. dienstleistungsinnovierenden Unternehmen aufweisen, waren es unter jenen Unternehmen, die zwischen 31 bis 60 Jahre alt sind, mit etwa 57 % deutlich mehr als die Hälfte. Auch bei den Unternehmen zwischen elf und 30 Jahren gab etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen an, eine solche Innovation eingeführt zu haben. Bei älteren Unternehmen (61 Jahre und älter) fiel der Anteil mit rund 41 % dann wiederum etwas geringer aus.

Tabelle 6-1: Bundesland Salzburg: Produkt- und Dienstleistungsinnovatoren nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Anzahl	in %* aller Unternehmen	in %* innerhalb jeweiliger Kategorie
Gesamt	141	48,3	-
Nach Branche**			
Herstellung von Waren	59	20,2	62,8
Bau	16	5,5	22,5
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	34	11,6	60,7
Nach Größe**			
Kleinstunternehmen (5–9 Beschäftigte)	27	9,2	33,3
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	82	28,1	50,3
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	20	6,8	62,5
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigte)	12	4,1	75,0
Nach Alter***			
Jung (bis 10 Jahre)	11	3,9	31,4
11 bis 30 Jahre	60	21,1	51,7
31 bis 60 Jahre	48	16,9	57,1
Alt (61 Jahre und älter)	20	7,0	40,8

Anmerkungen:

(*) Gültige Prozent, da n je nach Antwort- und Gliederungskategorie variiert.

(**) n = 292.

(***) n = 284.

Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

6.2 PROZESS- UND VERFAHRENSINNOVATIONEN

Prozess- und Verfahrensinnovationen umfassen ein relativ breites Spektrum, von der Einführung neuer oder merklich verbesserter Prozesse und Herstellungsmethoden über neue oder merklich verbesserte logistische Verfahren, Liefer- oder Vertriebsmethoden bis hin zu neuen oder merklich verbesserten unterstützenden Aktivitäten für Prozesse und Verfahren. Etwa 10 % der befragten Salzburger Unternehmen gaben an, in den Jahren 2012 bis 2014 das gesamte Spektrum an Prozess- und Verfahrensneuheiten²⁶ eingeführt zu haben. 24 % der Unternehmen führten zwei der drei Neuerungen ein (Tabelle 6-2). Besonders häufig wurden hier neue oder merklich verbesserte unterstützende Aktivitäten umgesetzt, beinahe die Hälfte (49,3 %) aller befragten Unternehmen gab an, eine oder mehrere Innovationen dieser Art eingeführt zu haben – ein Umstand, der allerdings auch vor dem Hintergrund zu interpretieren ist, dass auch zahlreiche kleinere Neuerungen (wie etwa im EDV-Bereich) zu dieser Innovationsart zählen. Rund 34 % der befragten Unternehmen gab an, eine oder mehrere neue oder merklich verbesserte Herstellungsmethoden eingeführt zu haben, etwa 23 % nannten neue oder merklich verbesserte logistische Verfahren bzw. Liefer- oder Vertriebsmethoden (Tabelle 6-2).

Erwartungsgemäß zeigt sich, dass Unternehmen aus dem Bereich der Herstellung von Waren am häufigsten Prozess- und Verfahrensinnovation implementiert haben, knapp 53 % der Unternehmen dieser Branche haben neue oder merklich verbesserte Herstellungsmethoden, knapp 52 % unterstützende Aktivitäten eingeführt. Nach der Größe der Unternehmen differenziert ergibt sich das Bild eines deutlich positiven Zusammenhangs zwischen der Unternehmensgröße und dem Anteil der im Bereich Prozess- und Verfahrensinnovationen aktiven Unternehmen. So stieg der Anteil der innovationsaktiven Unternehmen sowohl bei den neuen bzw. merklich verbesserten Herstellungsmethoden als auch hinsichtlich der neuen logistischen Verfahren, Liefer- oder Vertriebsmethoden von den Kleinunternehmen zu den Großunternehmen kontinuierlich an²⁷. Hinsichtlich der neuen oder merklich verbesserten unterstützenden Aktivitäten zeigte sich hingegen ein etwas größerer Anteil innovierender mittelgroßer Unternehmen (rund 69 %), während es unter den Großunternehmen nur etwa 63 % waren, die in den Jahren 2012 bis 2014 eine oder mehrere Neuerungen dieser Art hervorbrachten. Jedoch lag auch bei dieser Art der Neuerung der Anteil der innovationsaktiven Unternehmen innerhalb der Kleinst- und Kleinunternehmen deutlich unter jenem der mittleren und Großunternehmen (Tabelle 6-2).

Mit Blick auf das Alter zeigte sich hingegen kein eindeutiges Muster. So lag der Anteil innovationsaktiver Unternehmen bei den neuen/merklich verbesserten logistischen Verfahren, Liefer- oder Vertriebsmethoden zwischen etwa 22 % und rund 26 %, bei neuen oder merklich verbesserten Herstellungsmethoden zwischen 31 % und 34 %, lediglich die Unternehmen, die 61 Jahre oder länger existieren, wiesen bezüglich letztgenannten mit gut 42 % einen deutlich höheren Anteil auf. Auf neue oder merklich verbesserte unterstützende Aktivitäten scheinen insbesondere jüngere Unternehmen zurückgegriffen zu haben. Der Anteil der Unternehmen, der solche Prozess- und Verfahrensinnovationen durchgeführt hat, lag bei den Unternehmen mit einem Lebensalter bis zehn Jahre bei 60 %, bei den anderen „Altersgruppen“ lagen diese Werte zwischen 44 % und 54 % (Tabelle 6-2).

6.3 ORGANISATORISCHE INNOVATIONEN

Unter organisatorischen Innovationen werden neue Geschäftspraktiken mit dem Ziel der Modernisierung von organisatorischen Abläufen, neue Methoden der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung sowie neue Kooperationen mit anderen Unternehmen oder neue Beziehungen zu öffentlichen Einrichtungen verstanden. 41 % der befragten Salzburger Unternehmen gaben an, sie hätten in den Jahren 2012 bis 2014 eine (oder mehrere) neue Geschäftspraktik(en) eingeführt. Etwas mehr, rund 46 %, nannte neue Methoden der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung und 43 % führten an, sie wären in den Jahren 2012 bis 2014 eine (oder mehrere) neue Kooperation(en) mit anderen Unternehmen eingegangen oder hätten neue Beziehungen zu öffentlichen Einrichtungen etabliert (Tabelle 6-3).

Differenziert nach Branchen fallen die Unterschiede hinsichtlich des Umfangs organisatorischer Innovationen deutlich geringer aus als hinsichtlich der Prozess- und Verfahrensinnovationen. Der Anteil der Unternehmen mit organisatorischen Innovationen innerhalb der Warenherstellung lag sowohl bei neuen Kooperationen als auch bei den neuen Methoden der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung jeweils knapp unter dem Durchschnittswert, er wies bei den neuen Geschäftspraktiken jedoch einen Wert auf, der fast sieben Prozentpunkte über dem Durchschnitt lag. Die Baubranche verzeichnete erneut durchgehend unterdurchschnittliche Anteilswerte innovierender Unternehmen auf, wobei die Differenz zum Durchschnitt bezüglich der neuen Geschäftspraktiken mit über elf Prozentpunkten am höchsten ausfiel. Demgegenüber konnten bei den wissensbasierten

Tabelle 6-2: Bundesland Salzburg: Prozess- und Verfahrensinnovationen nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Neue oder merklich verbesserte Methoden der Herstellung von Waren/Dienstleistungen			Neue oder merklich verbesserte logistische Verfahren, Liefer- oder Vertriebsmethoden für Waren/Dienstleistungen			Neue oder merklich verbesserte unterstützende Aktivitäten für Prozesse und Verfahren		
	Anzahl	in %*	in %*	Anzahl	in %*	in %*	Anzahl	in %*	in %*
		Unter.	Unter.		Kat.	Unter.		Kat.	Unter.
Gesamt	97	34,3	-	66	23,2	-	141	49,3	-
Nach Branche**									
Herstellung von Waren	48	16,9	52,7	25	8,8	27,2	47	16,4	51,6
Bau	14	4,9	19,7	15	5,3	21,1	29	10,1	40,8
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	17	6,0	32,1	9	3,2	17,0	27	9,4	50,9
Nach Größe**									
Kleinunternehmen (5–9 Beschäftigte)	24	8,5	30,4	11	3,9	13,9	30	10,5	39,5
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	51	18,0	32,1	39	13,7	24,7	79	27,6	48,8
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	14	4,9	45,2	10	3,5	31,3	22	7,7	68,8
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigte)	8	2,8	57,1	6	2,1	40,0	10	3,5	62,5
Nach Alter***									
Jung (bis 10 Jahre)	11	4,0	32,4	8	2,9	23,5	21	7,6	60,0
11 bis 30 Jahre	39	14,2	34,2	25	9,1	21,9	49	17,6	44,1
31 bis 60 Jahre	25	9,1	30,9	19	6,9	23,5	45	16,2	54,2
Alt (61 Jahre und älter)	19	6,9	42,2	12	4,3	25,5	23	8,3	46,9

Anmerkungen:

(*) Gültige Prozent, da n je nach Antwort- und Gliederungskategorie variiert.

Die Prozentangaben summieren sich nicht zu 100 %, da ein Unternehmen mehrere der gefragten Prozess- und Verfahrensinnovationen eingeführt haben kann.

(**) n = 283, 284 und 286

(***) n = 274, 276 und 278

Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

Unternehmensdienstleistungen jeweils überdurchschnittliche Anteilswerte beobachtet werden. Insbesondere die hohe Differenz bezüglich neuer Kooperationen mit anderen Unternehmen bzw. neuer Beziehungen zu öffentlichen Einrichtungen fällt auf. Diese Art der organisatorischen Innovation scheint für wissensbasierte Dienstleistungen eine herausragende Rolle zu spielen. Beinahe 56 % der befragten Unternehmen dieser Branchengruppe gab an, eine oder mehrere Neuerungen dieser Art eingeführt zu haben – ein Anteil, der beinahe 13 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert lag (Tabelle 6-3).

Die Unternehmensgröße stellt offenkundig auch hinsichtlich organisatorischer Innovationen einen wesentlichen Einflussfaktor dar, stieg doch der Anteil innovierender Unternehmen mit der Unternehmensgröße an. Dabei fiel der Anteilsunterschied zwischen Kleinst- und Großunternehmen bei neuen Geschäftspraktiken mit rund 47 Prozentpunkten am höchsten aus. Weniger ausgeprägt, aber dennoch auffällig, sind diese Anteilsunterschiede zwischen Kleinst- und Großunternehmen auch bei neuen Methoden der Arbeitsorganisation und neuen Kooperationen (rund 24 bzw. etwa 16 Prozentpunkte) (Tabelle 6-3)²⁸.

Weniger deutlich sind erneut die Ergebnisse hinsichtlich des Unternehmensalters. Auffällig ist jedoch, dass der Anteil der Unternehmen mit neuen Methoden der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung und jener mit neuen Kooperationen jeweils bei den jungen Unternehmen (bis zu zehn Jahren) am höchsten ausfiel (etwa 54 % bzw. rund 57 %). Hinsichtlich neuer Geschäftspraktiken zeigte sich demgegenüber ein umgekehrtes Bild. Nannten etwa 43 % der jungen Unternehmen (bis zehn Jahren) diese organisatorische Innovationsart, waren es unter den alten Unternehmen (61 Jahre und älter) etwa 51 % (Tabelle 6-3).

Tabelle 6-3: Bundesland Salzburg: Organisatorische Innovationen nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Neue Geschäftspraktiken, um die Organisationsabläufe zu organisieren			Neue Methoden der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung			Neue Kooperationen mit anderen Unternehmen oder neue Beziehungen zu öffentlichen Einrichtungen		
	Anzahl	in %* aller Unter.	in %* jew. Kat.	Anzahl	in %* aller Unter.	in %* jew. Kat.	Anzahl	in %* aller Unter.	in %* jew. Kat.
Gesamt	117	41,2	-	127	45,5	-	123	43,0	-
Nach Branche**									
Herstellung von Waren	44	15,5	47,8	41	14,7	44,1	40	14,0	42,1
Bau	20	7,0	29,9	27	9,7	41,5	25	8,7	36,8
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	23	8,1	41,8	28	10,0	52,8	30	10,5	55,6
Nach Größe***									
Kleinstunternehmen (5–9 Beschäftigte)	20	7,0	26,0	27	9,7	36,0	32	11,2	40,5
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	66	23,2	41,3	72	25,8	45,6	64	22,4	40,3
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	20	7,0	62,5	19	6,8	61,3	18	6,3	56,3
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigte)	11	3,9	73,3	9	3,2	60,0	9	3,1	56,3
Nach Alter****									
Jung (bis 10 Jahre)	15	5,4	42,9	19	7,0	54,3	20	7,2	57,1
11 bis 30 Jahre	43	15,6	38,7	46	17,0	43,0	47	16,9	42,0
31 bis 60 Jahre	33	12,0	39,8	40	14,8	48,8	35	12,6	42,7
Alt (61 Jahre und älter)	24	8,7	51,1	20	7,4	42,6	20	7,2	40,8

Anmerkungen:

(*) Gültige Prozent, da n je nach Antwort- und Gliederungskategorie variiert.

(**) n = 284, 279 und 286.

(***) n = 284, 279 und 286.

(****) n = 276, 271 und 278.

Die Prozentangaben summieren sich nicht zu 100 %, da ein Unternehmen mehrere dieser Innovationen eingeführt haben kann.

Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

7 Output des Salzburger Innovationssystems

Wie eingangs dargestellt, sind für die Produktivitätsfortschritte und die Wettbewerbsfähigkeit des Bundeslandes Salzburg die Ergebnisse der Innovationsprozesse entscheidend. Dabei kann die Innovationsleistung bzw. der Innovationsoutput durch verschiedene Indikatoren gemessen werden: Vergleichsweise aussagekräftig sind hier auf Seite der Unternehmen der mit Produktinnovationen realisierte Umsatz und die mit Prozessinnovationen realisierten Kostenreduktionen. Beide Innovationen begründen Wettbewerbsvorteile für das betreffende Unternehmen, sei es in Form von höheren am Markt zu erzielenden Preisen oder in Form von Qualitäts- oder Effizienzvorteilen, die sich letztlich in wirtschaftlichen Erfolgen niederschlagen (Thornhill 2006; Lachenmaier 2007). Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive gelten die Patentanmeldungen und die Anteile wissensintensiver Waren an den Exporteinnahmen als geeignete Indikatoren.

7.1 UMSATZANTEIL MIT PRODUKTNEUHEITEN IN SALZBURGER UNTERNEHMEN

Die im Rahmen der Innovationserhebung befragten Salzburger Unternehmen gaben an, dass sie mit den von ihnen eingeführten Produkt- und Dienstleistungsinnovationen im Zeitraum 2012 bis 2014 etwa ein Fünftel ihrer Umsatzerlöse realisierten.²⁹ Dabei zeigen sich je nach Branche deutliche Unterschiede. Die höchsten Anteile wiesen mit knapp 27 % Unternehmen aus dem Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen auf, danach rangieren Unternehmen der Warenherstellung mit knapp 19 %, während der entsprechende Anteil von Bauunternehmen mit knapp 14 % am niedrigsten ausfiel (Tabelle 7-1). Nach Größenklassen gegliedert zeigt sich zwar kein eindeutiges Muster, auffällig ist jedoch, dass der Median von Kleinunternehmen deutlich unter jenem der Gruppe der Großunternehmen lag – die Differenz betrug neun Prozentpunkte. Dennoch lagen die Mittelwerte dieser zwei Gruppen beinahe gleichauf (16,5 % bzw. 16,6 %). Den höchsten Mittelwert wies die Gruppe der Kleinunternehmen auf. Dieser lag mit 23,5 % deutlich über den jeweiligen Werten der Gruppe der Kleinst- und der Großunternehmen. Auch hinsichtlich des Unternehmensalters zeigt sich kein erkennbares Muster. Den höchsten Median wies die Gruppe der 11- bis 30-jährigen Unternehmen auf (20 %), der höchste Mittelwert fand sich hingegen bei den jungen Unternehmen (bis 10 Jahren) – er lag bei 33 %. Die Gruppe der alten Unternehmen (61 Jahre und älter) wies demgegenüber unterdurchschnittliche Werte auf.

Tabelle 7-1: Bundesland Salzburg: Anteil der Produkt-/Dienstleistungsinnovationen an den Umsatzerlösen, nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Mittelwert (in %)	Median (in %)	n
Gesamt	21,4	15,0	130
Nach Branche			
Herstellung von Waren	18,7	13,5	52
Bau	13,6	10,0	16
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	26,6	15,0	32
Nach Größe			
Kleinstunternehmen (5–9 Beschäftigte)	16,5	11,0	26
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	23,5	15,0	74
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	22,4	12,0	19
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigte)	16,6	20,0	11
Nach Alter			
Jung (bis 10 Jahre)	33,0	10,0	11
11 bis 30 Jahre	24,9	20,0	57
31 bis 60 Jahre	15,7	12,0	41
Alt (61 Jahre und älter)	17,1	12,5	20

Anmerkungen:

Der von den befragten Unternehmen angegebene Prozentwert bezog sich auf den Gesamtzeitraum 2012 bis 2014.

Stand: November 2016.

Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

7.2 KOSTENREDUKTION DURCH PROZESSNEUHEITEN IN SALZBURGER UNTERNEHMEN

Prozessinnovationen weisen einen Doppelcharakter auf, sie können sowohl kostensenkende als auch qualitätsverbessernde Wirkungen haben.³⁰ Die Senkung der durchschnittlichen Kosten pro erstellter Einheit stellt einen Beitrag zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dar und ist insofern von Bedeutung für den Unternehmenserfolg. Die von den befragten Salzburger Unternehmen eingeführten Prozess- und Verfahrensneuheiten führten zu einer Kostenreduktion von etwa 11 %. Eine Differenzierung nach Branchengruppen zeigte relativ geringe Unterschiede, bei den Unternehmen aus dem Bereich wissensbasierter Dienstleistungen belief sich der Umfang der so realisierten Kostensenkungen auf knapp 15 %, bei jenen aus dem Bereich der Warenherstellung auf 10 % und bei Bauunternehmen auf 9 %. Hinsichtlich der Unternehmensgröße weisen die Kleinunternehmen mit knapp 13 % und mit Blick auf das Unternehmensalter die bis zu zehn Jahre alten Unternehmen mit gut 15 % deutlich überdurchschnittlich hohe realisierte Kostensenkungen auf (Tabelle 7-2).

Tabelle 7-2: Bundesland Salzburg: Kostenreduktion durch Prozess- und Verfahrensinnovationen nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Mittelwert (in %)	Median (in %)	n
Gesamt	11,2	10,0	149
Nach Branche			
Herstellung von Waren	10,2	10,0	53
Bau	9,0	10,0	32
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	14,7	10,0	27
Nach Größe			
Kleinstunternehmen (5–9 Beschäftigte)	9,4	10,0	35
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	12,8	10,0	80
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	8,6	5,0	23
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigte)	10,3	10,0	11
Nach Alter			
Jung (bis 10 Jahre)	15,2	10,0	19
11 bis 30 Jahre	11,9	10,0	54
31 bis 60 Jahre	10,3	10,0	44
Alt (61 Jahre und älter)	8,5	5,0	29

Anmerkungen: Die Kostenreduktion wurde von den befragten Unternehmen als % der Aufwendungen vor Einführung der Prozess- und Verfahrensneuheiten angegeben.
Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

7.3 AUSSENHANDELSBEITRÄGE WISSENSINTENSIVER WARENGRUPPEN

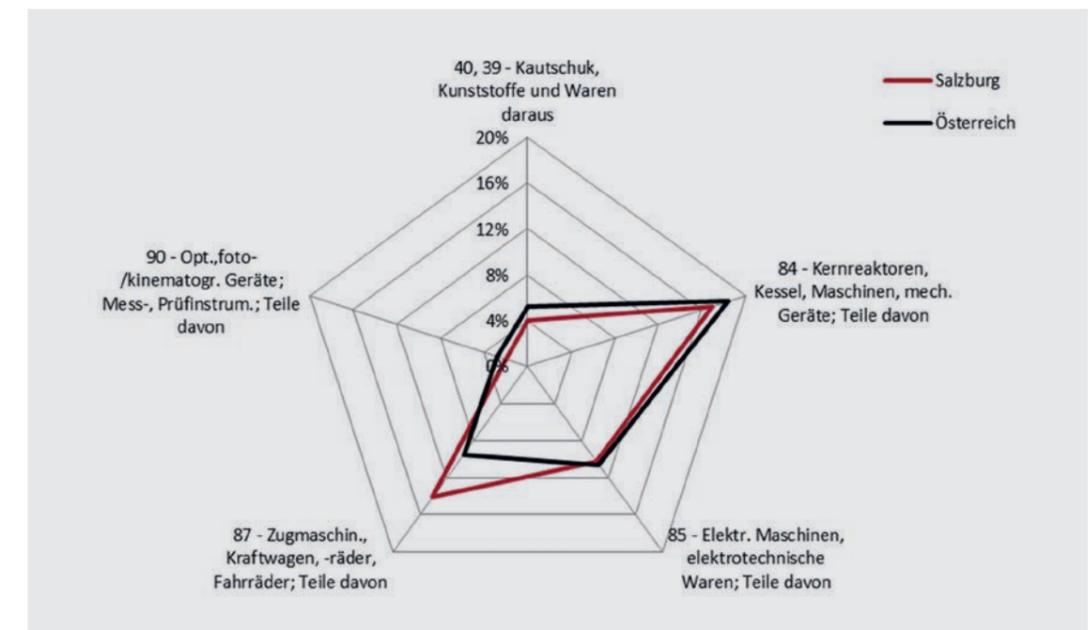
Hochentwickelte Volkswirtschaft und Regionen haben komparative Vorteile bei wissens- und forschungsintensiven Waren.³¹ Dementsprechend gibt die Struktur des Exportwarenkorb einen ersten Fingerzeig zur Positionierung einer Volkswirtschaft bzw. Region im internationalen Qualitäts- und Preiswettbewerb, da sich hier die Ausstattungsvorteile eines hohen Niveaus des technischen Know-hows, hoher FuE-Ausgaben, eines innovativen Leistungsangebots und hoher Qualifikationen der Beschäftigten, niederschlagen.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass der Anteil (ausgewählter) wissensintensiver Warengruppen im Salzburger Exportwarenkorb zwischen 2010 und 2015 – mit leichten Schwankungen – im Durchschnitt 49,3 % betrug. Er liegt damit deutlich unter dem entsprechenden Anteil von Österreich insgesamt, der sich auf 56,0 % belief. Im zeitlichen Verlauf ist dabei zwischen 2010 und 2015 für das Bundesland Salzburg ein leichter Rückgang von 0,3 Prozentpunkten, für Österreich insgesamt hingegen ein Zuwachs von 2,3 Prozentpunkten zu registrieren. Im Betrachtungszeitraum hat sich insofern der Grad, in dem die Exportwarenkörbe des Bundeslandes Salzburg und Österreichs insgesamt durch wissensintensive Außenhandelsgüter geprägt werden, offenbar auseinanderentwickelt (Tabelle 7-3). Eine Differenzierung nach Gütergruppen zeigt, dass im Bundesland Salzburg unter den wichtigsten wissensintensiven Warengruppen die Warengruppe elektrische Maschinen und elektronische Waren (KN 2³² Kategorie 85) mit über fünf Prozentpunkten einen deutlichen Anteilrückgang verzeichnete.

Damit ist der entsprechende Anteil im Salzburger Exportwarenkorb, der im Jahre 2010 mit über 15 % noch deutlich höher lag als im österreichischen Exportwarenkorb insgesamt, auf das österreichische 10%-Niveau zurückgegangen. Einen relativ konstant hohen Anteil mit durchschnittlich fast 17 % weisen demgegenüber im Betrachtungszeitraum die Maschinenbauerzeugnisse (Warengruppe 84 Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, mechanische Geräte) auf. Dieser Wert lag etwas unter dem gesamtösterreichischen Anteilswert, der gleichzeitig gut 18 % betrug. Überdurchschnittlich zugenommen hat hingegen die Bedeutung der Erzeugnisse der österreichischen Kfz-Zuliefererindustrie (Warengruppe KN 2 Kategorie 87 Zugmaschinen, Kraftwagen, -räder, Fahrräder) im Salzburger Exportwarenkorb; der entsprechende Anteil stieg hier von knapp 10 % im Jahre 2010 auf gut 14 % im Jahre 2015 (Tabelle 7-3).

Insgesamt lässt sich anhand der Anteile der Top Fünf der wissensintensiven Warengruppen am Exportwarenkorb im Jahre 2015 zeigen, dass sich das Spezialisierungsmuster des Bundeslandes Salzburg mit jenem Österreichs insgesamt deckt, mit Ausnahme der Warengruppe „Kfz und Kfz-Teile“, bei der der Anteil am Salzburger Exportwarenkorb deutlich oberhalb des österreichischen Anteilswertes liegt (Abbildung 7-1).

Abbildung 7-1: Bundesland Salzburg und Österreich: Anteile der Top Fünf der wissensintensiven Warengruppen am Exportwarenkorb, 2015



Anmerkungen: Außenhandelsanteile: Anteil an Ausfuhrwert
Top Fünf ausgewählter wissensintensiver Warengruppen: Zuordnung auf Basis KN 2 Kategorien für 2015 vorläufige Zahlen
Stand: November 2016
Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Außenhandelsstatistik.

Tabelle 7-3: Bundesland Salzburg und Österreich:
Anteile ausgewählter wissensintensiver Warengruppen am Exportwarenkorb, 2010–15

	2010	2011	2012	2013	2014	2015*	Vrd. 10/15 (in PP)
Salzburg (in %)							
Gesamt	49,5	50,5	49,7	48,2	48,5	49,2	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		1,0	-0,8	-1,5	0,3	0,7	-0,3
28, 29, 38 Chemische Erzeugnisse und versch. Erzeugnisse der chemischen Industrie	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0
30 Pharmazeutische Erzeugnisse	0,9	1,2	1,4	1,5	1,4	1,1	0,2
40, 39 Kautschuk, Kunststoffe und Waren daraus	4,1	3,9	3,9	4,1	4,3	4,0	-0,1
84 Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, mechanische Geräte; Teile davon	15,9	17,1	17,6	17,0	16,9	17,0	1,1
85 Elektrische Maschinen, elektrotechnische Waren; Teile davon	15,3	13,4	11,6	11,1	10,4	10,2	-5,1
86 Schienenfahrzeuge; Gleismaterial; mechanische Signalgeräte	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0
87 Zugmaschinen, Kraftwagen, -räder, Fahrräder; Teile davon	9,8	11,4	11,4	10,7	11,9	14,1	4,3
88 Luftfahrzeuge und Raumfahrzeuge; Teile davon	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0
90 Optische, foto-/kinematografische Geräte; Mess-, Prüfinstrumente; Teile davon	2,5	2,7	2,8	2,9	2,6	2,0	-0,5
Österreich (in %)							
Gesamt	54,9	54,6	55,3	56,7	57,0	57,2	
Vrd. zum Vorjahr (in Prozentpunkten)		-0,3	0,7	1,4	0,3	0,2	2,3
28, 29, 38 Chemische Erzeugnisse und versch. Erzeugnisse der chemischen Industrie	2,8	2,8	3,2	3,3	3,7	3,4	0,6
30 Pharmazeutische Erzeugnisse	5,4	5,2	5,3	5,3	5,5	5,6	0,2
40, 39 Kautschuk, Kunststoffe und Waren daraus	5,3	5,2	5,1	5,2	5,2	5,2	-0,1
84 Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, mechanische Geräte; Teile davon	17,7	17,9	18,1	17,9	18,3	18,4	0,7
85 Elektrische Maschinen, elektrotechnische Waren; Teile davon	10,8	10,3	10,1	10,2	10,3	10,6	-0,2
86 Schienenfahrzeuge; Gleismaterial; mechanische Signalgeräte	1,4	1,1	1,0	1,2	1,2	1,0	-0,4
87 Zugmaschinen, Kraftwagen, -räder, Fahrräder; Teile davon	8,4	8,9	8,8	9,5	9,3	9,5	1,1
88 Luftfahrzeuge und Raumfahrzeuge; Teile davon	0,6	0,6	0,9	1,3	0,8	1,0	0,4
90 Optische, foto-/kinematografische Geräte; Mess-, Prüfinstrumente; Teile davon	2,5	2,5	2,7	2,8	2,7	2,8	0,3

Anmerkungen: Zuordnung der Warengruppen auf Basis KN 2 Kategorien.
(*) Vorläufige Zahlen.
PP = Prozentpunkte. Stand: November 2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Außenhandelsstatistik.

7.4 ANMELDUNG VON SCHUTZMECHANISMEN

Von den im Rahmen der Innovationserhebung (Steiner, Schwingsmehl 2017) befragten Salzburger Unternehmen gaben etwa 19 % an, sie hätten in den Jahren 2012 bis 2014 Patente, Musterschutz, Urheberrechte, Marken oder sonstige formale Schutzmechanismen angemeldet. Mit fast 30 % fiel der Anteil von Unternehmen mit einer solchen Anmeldung in der Branche der wissensbasierten Unternehmensdienstleistungen am höchsten aus. Danach rangieren Unternehmen aus dem Bereich der Warenherstellung mit einem Anteil von gut 23 %, während hier lediglich ein Bauunternehmen aktiv war (Tabelle 7-4).

Eine Differenzierung nach Unternehmensgröße zeigt, dass der Anteil der Unternehmen, die von einem solchen Schutz Gebrauch gemacht haben, mit steigender Unternehmensgröße deutlich zunimmt. Hinsichtlich einer Unterscheidung nach Unternehmensalter zeigt sich kein derart eindeutiges Muster. Hier wies lediglich die Gruppe der Unternehmen mit einem Alter zwischen 31 und 60 Jahren einen mit gut 24 % deutlich über dem Durchschnitt liegenden Wert auf (Tabelle 7-4).

Tabelle 7-4: Bundesland Salzburg:
Anmeldung von Schutzmechanismen nach Branche, Größe und Alter, 2012/14

	Anzahl	in %* aller Unternehmen	in %* innerhalb jeweiliger Kategorie
Gesamt	52	18,6	-
Nach Branche**			
Herstellung von Waren	22	7,9	23,4
Bau	1	0,4	1,5
Wissensbasierte Unternehmensdienstleistungen	16	5,7	29,6
Nach Größe**			
Kleinstunternehmen (5–9 Beschäftigte)	3	1,1	3,9
Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte)	30	10,8	19,1
Mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte)	12	4,3	38,7
Großunternehmen (ab 250 Beschäftigten)	7	2,5	50,0
Nach Alter***			
Jung (bis 10 Jahre)	6	2,2	18,8
11 bis 30 Jahre	16	5,9	14,8
31 bis 60 Jahre	20	7,4	24,4
Alt (61 Jahre und älter)	8	3,0	16,3

Anmerkungen: Schutzmechanismen: Patente, Musterschutz, Urheberrechte (Copyright),
Marken oder sonstige formale Schutzmechanismen.
(* Gültige Prozent, da n je nach Antwort- und Gliederungskategorie variiert.
(**) n = 279.
(***) n = 271.
Quelle: Fachhochschule Salzburg – Innovationsbefragung 2015.

Die Anzahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) je Mio. Einwohner/innen lag im Bundesland Salzburg im Zeitraum 2002–12 bei jährlich 175 Anmeldungen und belief sich damit auf 90 % des entsprechenden Wertes von Österreich insgesamt (194). Im Betrachtungszeitraum lagen diese Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen im Bundesland Salzburg nur einmal, im Jahre 2007, oberhalb des österreichweiten Wertes, im Jahre 2002 erreichten sie mit 128 Anmeldungen 80 % und im Jahre 2012 mit 143 Anmeldungen 74 % des österreichischen Durchschnittswertes (Tabelle 7-5).

Die zeitliche Entwicklung verdeutlicht, dass die Anzahl der Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen sowohl im Bundesland Salzburg als auch im österreichischen Durchschnitt deutlich zugenommen hat: Wurden im Jahr 2002 in Salzburg etwa 128 Patente je Mio. Einwohner/innen angemeldet, so stieg diese Zahl bis 2012 auf 143 deutlich, um 1,1 % p. a., an. Dabei fiel das jahresdurchschnittliche Wachstum in Österreich insgesamt mit 1,8 % deutlich höher aus. Im Vergleich der Jahre 2002 und 2012 hat insofern der Rückstand des Bundeslandes Salzburg bei den Patentaktivitäten deutlich zugenommen (Tabelle 7-5).

**Tabelle 7-5: Bundesland Salzburg und Österreich:
Anzahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt je Mio. Einwohner/innen, 2002–12**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	% p. a.
Salzburg												
Gesamt	128,2	158,0	155,7	163,8	196,2	230,4	189,0	192,5	175,8	194,2	142,8	1,1
Vrd. zum Vorjahr (in %)		23,2	-1,5	5,2	19,8	17,4	-18,0	1,9	-8,7	10,5	-26,5	
Hightech	9,8	22,6	11,5	13,9	27,3	22,8	10,6	30,5	11,1	14,6	9,9	0,1
IuK*	24,6	49,3	32,9	33,1	44,3	47,2	28,7	36,2	21,4	29,4	19,7	-2,2
Biotechnologie	4,0	0,6	4,7	4,6	7,7	16,3	2,4	7,6	2,7	6,9	2,5	-4,6
Österreich												
Gesamt	160,0	171,9	177,6	186,5	212,5	208,0	196,0	204,6	210,7	214,2	190,9	1,8
Vrd. zum Vorjahr (in %)		7,4	3,3	5,0	13,9	-2,1	-5,8	4,4	3,0	1,7	-10,9	
Hightech	27,7	29,7	24,4	29,2	36,9	36,5	22,7	26,0	22,7	25,8	23,3	-1,7
IuK*	39,3	38,9	38,7	41,8	50,5	48,1	38,2	43,2	37,9	42,6	37,7	-0,4
Biotechnologie	7,9	12,2	8,0	8,4	11,3	15,6	11,4	10,1	11,0	12,8	10,1	2,5

Anmerkungen: Patentanmeldungen nach Prioritätsjahr.
(*) Informations- und Kommunikationstechnologie.
Stand: 29.04.2016.
Quelle: Eigene Darstellung nach: Eurostat – EPA-Statistik.

Von den betrachteten Unterkategorien – High-Tech, IuK³³ und Biotechnologie – wiesen im Bundesland Salzburg die IuK-Patente beim EPA den höchsten Anteil, Patente im Bereich der Biotechnologie den geringsten Anteil auf. Zudem ist ersichtlich, dass die High-Tech Patente als einzige hier ausgewiesene Patentkategorie über den betrachteten Zeitraum im Bundesland Salzburg ein Wachstum verzeichneten. Anmeldungen von IuK-Patenten sowie von Patenten im Bereich der Biotechnologie gingen hingegen deutlich zurück (jahresdurchschnittlich um -2,2 % bzw. -4,6%).³⁴ Während die Anzahl der Anmeldungen von Hightech-Patenten beim EPA im Bundesland Salzburg im Betrachtungszeitraum, wenn auch nur in sehr geringem Maße, zunahm, ging die Anzahl der österreichweiten Anmeldungen in dieser Kategorie von 27,7 (2002) auf 23,3 (2012) zurück. Hingegen fiel der Rückgang der IuK-Patentanmeldungen im Bundesschnitt mit einem jahresdurchschnittlichen Rückgang von -0,4 % deutlich geringer aus als im Bundesland Salzburg (-2,2 % p. a.). Deutlich ist zudem die unterschiedliche Entwicklung bei den Patentanmeldungen im Bereich der Biotechnologie: Während im Bundesland Salzburg hier ein Rückgang der beim EPA angemeldeten Patente je Mio. Einwohner/innen um -4,6 % p. a. zu verzeichnen war, nahmen derartige Patentanmeldungen in Österreich insgesamt um 2,5 % p. a. zu (Tabelle 7-5).

Etwas geringere Zahlen wiesen die Patentanmeldungen auf, die unter dem Patent Cooperation Treaty (PCT) eingereicht wurden. Die Anzahl dieser Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen lag im Bundesland Salzburg im Zeitraum 2003–13 bei jährlich 110 und belief sich damit auf 72 % des entsprechenden Wertes von Österreich insgesamt (153) (Tabelle 7-6).

Dabei nahm die Zahl der PCT-Patentanmeldungen auch im Bundesland Salzburg von rund 95 Anmeldungen je Mio. Einwohner/innen im Jahr 2003 auf rund 104 Anmeldungen je Mio. Einwohner/innen im Jahr 2013 jahresdurchschnittlich um 1,0 % zu. Deutlich höher fiel allerdings mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 4,1 % der Zuwachs dieser Anmeldungen im Bundesdurchschnitt aus. Auch zeigt sich, dass das Bundesland hinsichtlich des Niveaus der Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen über den gesamten Zeitraum kontinuierlich unterhalb des österreichischen Durchschnittswertes lag. Am höchsten fiel diese Differenz dabei mit rund 68 Anmeldungen je Mio. Einwohner/innen im Jahr 2013 aus. Angesichts einer deutlich geringeren Differenz im Ausgangsjahr, hier lag das Bundesland mit rund 21 Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen unter dem Bundesdurchschnitt, wird hier also ein zunehmender Rückstand der Patentaktivitäten im Bundesland Salzburg deutlich (Tabelle 7-6).

Während im Bundesland Salzburg zwischen 2003 und 2013 sowohl die PCT-Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (-8,5 % p. a.) als auch jene im Bereich der Medizinaltechnik und Pharmazeutika (-7,3 % p. a.) eindeutig rückläufig waren, stiegen jene im Bereich der Biotechnologie um jahresdurchschnittlich 2,3 % deutlich an. Ein geradezu gegenläufiges Bild der Entwicklung zeigte sich im Bundesdurchschnitt: Hier nahm die Zahl der PCT-Patentanmeldungen je Mio. Einwohner/innen im IuK-Bereich um 1,9 % p. a. und jene im Bereich der Medizinaltechnik und Pharmazeutika um 2,6 % p. a. zu, während jene im Bereich der Biotechnologie einen jahresdurchschnittlichen Rückgang von -1,1 % aufwies (Tabelle 7-6).

Tabelle 7-6: Bundesland Salzburg und Österreich: Anzahl der Patentanmeldungen im Rahmen des Patent Cooperation Treaty, je Mio. Einwohner/innen, 2003–13

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	% p. a.
Salzburg*												
Gesamt	94,8	81,9	107,0	107,2	132,3	113,0	100,9	146,0	104,3	120,7	104,4	1,0
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-13,7	30,7	0,1	23,4	-14,6	-10,8	44,7	-28,6	15,7	-13,5	
luK**	22,1	6,6	18,2	19,4	19,9	12,2	9,3	14,0	11,9	16,1	9,1	-8,5
Biotechnologie	2,3	1,4	4,1	5,5	10,3	0,5	2,9	4,8	4,7	5,7	2,9	2,3
Medizinaltechnik und Pharmazeutika	12,6	8,0	11,5	10,4	7,4	8,7	11,7	13,5	19,4	11,3	5,9	-7,3
Österreich												
Gesamt	116,0	132,0	142,0	158,3	159,8	142,8	153,9	168,9	172,2	166,4	172,6	4,1
Vrd. zum Vorjahr (in %)		13,8	7,6	11,4	1,0	-10,7	7,8	9,8	2,0	-3,4	3,7	
luK**	31,6	34,3	38,7	48,3	46,0	35,0	32,5	31,5	37,4	36,8	38,1	1,9
Biotechnologie	7,7	7,5	6,8	10,1	12,3	9,2	8,2	9,3	11,0	10,7	6,9	-1,1
Medizinaltechnik und Pharmazeutika	14,2	15,0	15,7	19,9	18,0	17,7	16,7	18,2	15,8	19,6	18,4	2,6

Anmerkungen: Patentanmeldungen: Nach Sitz des Erfinders/der Erfinderin und Prioritätsjahr. Patentzählung nach „fractional counts“, d. h. jeder Region wird der jeweilige Beitrag zur Innovation zugeschrieben, sodass die Summe der Anteile aller Regionen 100 % ergibt. PCT: Patent Cooperation Treaty. Einwohner/innen: Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.
 (*) Summe der NUTS-3-Regionen Lungau, Pinzgau-Pongau und Salzburg und Umgebung.
 (**) Informations- und Kommunikationstechnologie.
 Stand: 29.04.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: Eurostat – Patents bei Regions; Statistik Austria – Bevölkerungsstatistik.

7.5 PATENTINVESTITIONEN

Ausweislich der Leistungs- und Strukturhebung investierte Salzburg im Zeitraum 2008–14 in Konzessionen, Patente, Lizenzen, Warenzeichen und ähnliche Rechte durchschnittlich 63,8 Euro pro Kopf und damit etwa 40 % dessen, was ein „typisches“ österreichisches Unternehmen für diesen Verwendungszweck verausgabte (158 Euro pro Kopf). Dabei ist im Beobachtungszeitraum mit jahresdurchschnittlich 13,9 % allerdings ein deutlich höheres Wachstum dieser Investitionen im Bundesland Salzburg als im Bundesdurchschnitt (0,4 % p. a.) zu registrieren, so dass sich der Salzburger Rückstand im Betrachtungszeitraum etwas verringert hat. Mit Blick auf die doch erheblichen jährlichen Schwankungen der für Österreich insgesamt ausgewiesenen Werte ist allerdings nicht ganz eindeutig, wie nachhaltig diese Entwicklung ist (Tabelle 7-7).

Tabelle 7-7: Bundesland Salzburg und Österreich: Investitionen in Patente pro Kopf, 2008–14

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	% p. a.
Salzburg (in €)	29,2	33,7	78,1	94,1	81,2	66,2	63,9	13,9
Vrd. zum Vorjahr (in %)		15,5	131,5	20,4	-13,7	-18,5	-3,5	
Österreich (in €)	118,1	69,5	220,3	104,4	102,6	372,7	121,2	0,4
Vrd. zum Vorjahr (in %)		-41,2	216,9	-52,6	-1,7	263,3	-67,5	

Anmerkungen: Unter Investitionen sind die steuerlich aktivierbaren Anschaffungen zum Anlagevermögen – nur Zugänge im Berichtsjahr – zu verstehen. Investitionen in Konzessionen, Patente, Lizenzen, Warenzeichen und ähnliche Rechte gelten nur dann als immaterielle Vermögenswerte, wenn es hinreichend wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der künftige wirtschaftliche Nutzen aus dem Vermögenswert zufließen wird und die angefallenen Kosten des Vermögenswertes verlässlich bestimmt werden können. Dies gilt unabhängig davon, ob ein immaterieller Vermögenswert extern erworben oder selbst geschaffen wird.
 Pro-Kopf-Angaben auf Basis der Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.
 Stand: November 2016.
 Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistik Austria – Leistungs- und Strukturhebung.

Anmerkungen

- 1 Zu den hier verwendeten Innovationsbegriffen siehe Textbox 1-1.
- 2 „Innovation is essential to economic life, as it is the main determinant of economic productivity and productivity growth in firms, sectors, regions and nations. It is therefore the underlying basis for long-term economic growth. As global competition and opportunities accelerate as a consequence of the rapid globalizing world, international competitiveness increases in importance for both businesses and nations. Hence, the innovation imperative for wealth creation becomes an essential strategic issue for business firms and public policy.“ (Marklund et al. 2009, 3)
- 3 Die positiven Effekte intangiblen Kapitals und des Wissenstransfers für das Produktivitätswachstum zeigen Corrado und Haskel (2014) anhand einer vergleichenden Studie für zehn EU-Länder über den Zeitraum 1998 bis 2007.
- 4 „Der ausschließliche quantitative Zuwachs bestehender Produktionsfaktoren (bei gleicher Qualität und ohne technologischen Wandel)“, so der Befund mit Blick auf das im Zeitraum 1990 bis 2004 realisierte Wachstum in Höhe von 2,4 % p. a., „hätte nicht einmal für ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1 % gereicht“ (Peneder et al. 2006, 26).
- 5 Für eine ausführlichere Diskussion dieser Zusammenhänge siehe Steiner und Schwingsmehl (2017).
- 6 Zu den Stärken und Schwächen des Innovationssystems in Österreich haben Leitner et al. (2015) eine umfangreiche Studie vorgelegt.
- 7 Zum Salzburger Innovationssystem siehe Steiner et al. (2016).
- 8 Als prominente Vertreter dieser Initiativen sind etwa zu nennen: „Der Innovationsindikator“, der ein gemeinsames Projekt der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutschen Telekom Stiftung ist, das „European Innovation Scoreboard“ und „Regional Innovation Scoreboard“ der Europäischen Kommission oder „The Global Innovation Index“, der gemeinsam von der Cornell University, INSEAD und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) seit 2007 erstellt wird.
- 9 Analog zur Vorgehensweise bei der Darstellung der Indikatoren zu den ökonomischen Aspekten der Lebensqualität soll auch an dieser Stelle den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der deutschen Enquete-Kommission entsprochen werden, und auf die Verwendung eines Indikatorenkatalogs – also der Einzeldarstellung der Indikatoren – zurückgegriffen werden (Stiglitz et al. 2009; Deutscher Bundestag 2013). Dies nicht zuletzt auch aufgrund der methodischen Probleme, die sich durch die Erstellung eines Gesamtindikators ergeben (etwa hinsichtlich Normalisierung, Aggregation und Gewichtung – siehe dazu etwa Grupp, Schubert 2010; Munda, Nardo 2005; oder Paruolo et al. 2012).
- 10 Näheres zur methodischen Vorgehensweise dieser Innovationserhebung siehe Steiner und Schwingsmehl (2017).
- 11 Ähnlich das Resümee in einer Studie zum deutschen Innovationssystem: „Den Hochschulen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, bilden sie doch einen großen Teil der akademisch qualifizierten Fachkräfte aus, einer-

seits als Grundlage für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, andererseits als hochqualifiziertes Personal für eine Vielzahl von Branchen und Berufen, in denen wissensintensive Produktionsprozesse und Dienstleistungen erbracht werden.“ (Cordes, Kerst 2016,1)

- 12 MINT: Mathematik – Ingenieurwissenschaften – Naturwissenschaften – Technik.
- 13 Diese wesentlich von der in einer Region vorfindlichen „Ingenieurdichte“ abhängigen Innovationskapazitäten entfalten, wie Maloney und Caicedo (2014) in einer interessanten wirtschaftshistorischen Untersuchung nachzeichnen, nachhaltige Prägekraft für technologische und wirtschaftliche Entwicklungspfade.
- 14 Auch diesbezüglich sind die wirtschaftshistorischen Befunde aufschlussreich: Es sind die „trained engineers, capable mechanics and dexterous craftsmen on whose shoulders the inventors could stand“, so Mokyr (2005, 17).
- 15 Die zugrundeliegenden Daten entstammen der Abgestimmten Erwerbsstatistik, die die administrativen Registerdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungen, des Arbeitsmarktservice, des Melderegisters und des Bildungsstandregisters zusammenfasst und von der Statistik Austria verwaltet wird. Aufgrund der umfangreichen Datenbasis erlaubt sie detaillierte Aussagen über Erwerbsstatistik, Bildungsstand, Familien- und Haushaltsmerkmale etc. von jeder Person der österreichischen Bevölkerung (AMS online 2014).
- 16 Paris-Lodron-Universität Salzburg, Universität Mozarteum Salzburg und Fachhochschule Salzburg.
- 17 Paracelsus Medizinische Privatuniversität und Privatuniversität Schloss Seeburg.
- 18 Die Anzahl belegter ordentlicher Studien an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen stieg im Bundesland Salzburg vom Wintersemester 2005/06 bis zum Wintersemester 2015/16 deutlich, um insgesamt 26 %, an. Mit rund 27 % fiel der bundesweite Anstieg ähnlich hoch aus. Während in den Semestern 2005/06 bis 2009/10 sowohl im Bundesland als auch österreichweit die Anzahl der belegten ordentlichen Studien jeweils deutliche Wachstumsraten aufwies, zeigten sich ab 2010/11 deutlich niedrigere Wachstumsraten. In den Semestern 2012/13 (-1,1 %) und 2013/14 (-5,0 %) wies die Anzahl im Bundesland sogar einen Rückgang auf. Auf Bundesebene war dies lediglich im Semester 2013/14 der Fall (-1,2 %) (Tabelle 3-10).
- 19 Die Zahl der belegten Studien ist aufgrund möglicher Mehrfachbelegungen höher als die Zahl der ordentlich Studierenden. Die ISCED (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens, International Standard Classification of Education) orientiert sich an erworbenen Bildungsabschlüssen. Zur Klassifizierung der berufsfachlichen Ausrichtung wurde im ISCED-System eine dritte Stelle hinzugefügt, die die Ausbildungsfelder darstellt. Im gegenständlichen Zusammenhang werden die an den Salzburger Universitäten wichtigen ISCED-Gruppen „Pädagogik“ und „Geisteswissenschaften und Künste“ nicht näher betrachtet.
- 20 In den Wissensbilanzen der österreichischen Universitäten ist der viel diskutierte Indikator für die Drittmitteleinnahmen unter der Kennzahl I.C.2 „Gesamtübersicht Erlöse aus FuE-Projekten sowie Projekten der Entwicklung und Erschließung der Künste“ erfasst.
- 21 Zur methodischen Anlage und zu detaillierten Ergebnissen dieser Innovationserhebung siehe Steiner und Schwingsmehl (2017).
- 22 An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass den Angaben in den Wissensbilanzen weder Informationen zur „Qualität“ dieser Kooperationsbeziehungen noch zu den Kriterien, nach denen sie in die Listungen aufgenommen wurden, zu entnehmen ist. Insoweit sind auch keine Aussagen zur Vergleichbarkeit der Kooperationen zwischen der Universität Salzburg und der Fachhochschule Salzburg möglich.
- 23 Die Statistik zu schnell wachsenden Unternehmen erfasst jene Arbeitgeberunternehmen, die über die jeweils dreijährige Beobachtungsperiode ein jahresdurchschnittliches Wachstum der unselbständig Beschäftigten von mindestens 10 % aufweisen.
- 24 Im Vergleich der unterschiedlichen Beobachtungsperioden wird ersichtlich, dass die Zahl schnell wachsender Unternehmen und unselbständig Beschäftigter insbesondere von der Periode 2008/2011 zu jener der Jahre 2009/2012 deutlich anstieg. Im Bundesland lag dieser Anstieg bei rund 14 % (Unternehmen) bzw. rund 9 % (Beschäftigte), im Österreichschnitt bei rund 11 % (Unternehmen) bzw. rund 15 % (Beschäftigte). Während in den darauffolgenden Zeitperioden im Bundesdurchschnitt ein anhaltender Rückgang der schnell wachsenden Unternehmen und der bei ihnen unselbständig Beschäftigten zu erkennen ist, ist dies im Bundesland Salzburg zwar ebenfalls für die Perioden 2010/2013 und 2011/2014 ersichtlich, die Beobachtungsperiode 2012/2015 wies in Salzburg jedoch erneut einen Anstieg auf. So wuchs die Anzahl schnell wachsender Unternehmen um rund 8 %, die Anzahl an unselbständig Beschäftigten um 5 %.
- 25 Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch die geringere Fallzahl bei Großunternehmen, wodurch dieses Ergebnis mit Vorsicht zu interpretieren ist.
- 26 Neue oder merklich verbesserte Methoden der Herstellung, neue oder merklich verbesserte logistische Verfahren, Liefer- oder Vertriebsmethoden und neue oder merklich verbesserte unterstützende Aktivitäten für die Prozesse und Verfahren.
- 27 Erneut gilt hier zu beachten, dass die Ergebnisse für die Großunternehmen aufgrund der geringeren Fallzahl mit Vorsicht zu interpretieren sind.

- 28 Erneut sind die Ergebnisse der Großunternehmen aufgrund einer geringeren Fallzahl mit Vorsicht zu interpretieren.
- 29 Der Median lag mit 15 % etwas darunter, was auf eine gewisse Schiefe der Verteilung hinweist.
- 30 Qualitätsverbessernde Prozessinnovationen erhöhen die Qualität des Produkt- bzw. Dienstleistungsangebots, sie gehen häufig mit Produktinnovationen einher.
- 31 Zu den Stärkefeldern der Salzburger Exportwirtschaft siehe Steiner et al. (2016a, 95 ff.).
- 32 KN steht für „Kombinierte Nomenklatur“. Sobald Waren in der Europäischen Gemeinschaft beim Zoll angemeldet werden, werden diese einer bestimmten KN-Kategorie zugewiesen. Diese bestimmt, welcher Zollsatz angewendet wird und wie dieses Gut statistisch erfasst wird. Die Ziffer 2 steht für die Ebene der Erfassung. In diesem Fall handelt es sich um eine Kategorisierung auf Zweistellerebene.
- 33 Informations- und Kommunikationstechnologie.
- 34 Auf der Ebene von Einzeljahren ist auffällig, dass im Bundesland Salzburg von 2011 auf 2012 ein deutlicher Rückgang der Anmeldungen in allen betrachteten Patentkategorien zu erkennen war.

Literaturverzeichnis

- Aghion, P. (2008): Higher Education and Innovation. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Bd.9, 28–45.
- Audretsch, D. B., Keilbach, M. (2006): Entrepreneurship, growth and restructuring. In: M. Casson, B. Yeung, A. Basu, N. Wadeson (eds): *The Oxford Handbook of Entrepreneurship*. Oxford, 281–309.
- Bjerke, L., Johansson, S. (2015): Patterns of innovation and collaboration in small and large firms. *Annals of regional science*, Vol. 55, Nr. 1, 221–247.
- Botz-Hart, B. (2009): Innovation Networks, Regions, and Globalization. In: G. L. Clark, M. P. Feldman, M. S. Gertler (eds): *The Oxford Handbook of Economic Geography*. Oxford, New York, 432–450.
- Clasen, E. (2016): *Kreativität und Kompetenzen von IngenieurInnen. Kontrolle, Steuerung und Eigensinn in wissensintensiver Arbeit*. München.
- Cooke, P. (2004): Introduction: Regional innovation systems – an evolutionary approach. In: P. Cooke, M. Heidenreich, H.-J. Braczyk (eds): *Regional Innovation Systems. The role of governance in a globalized world*. 2nd ed. New York, 1–18.
- Cordes, A., Kerst, C. (2016): *Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2016. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 1-2016*. Hannover.
- Corrado, C. et al. (2012): *Intangible capital and growth in advanced economies: Measurement methods and comparative results*. IZA Discussion Paper No. 6733. Bonn.
- Corrado, C., Haskel, J. (2014): *Knowledge spillovers, ICT and productivity growth*. Centre for Economic Policy Research. London.
- Dautzenberg, K., Ehrlinspiel, M., Gude, H., Käser-Erdtracht, J., Schultz, P. T., Tenorth, J., Tschernitke, M., Wallau, F. (2012): *Studie über schnell wachsende Jungunternehmen (Gazellen)*. Endbericht. Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1419.
- Dolan, P., Metcalfe, R., Powdthavee, N., Beale, A., Pritchard, D. (2008): *Innovation and well-being*. NESTA Innovation Index Working Paper. London.
- European Commission (2016): *European Innovation Scoreboard 2016*. Luxemburg.
- Fritsch, M., Slavtchev, V. (2011): Determinants of the efficiency of regional innovation systems. *Regional Studies*, Vol. 45, Nr. 7, 905–918.
- Galindo-Rueda, F. (2013): The OECD measurement agenda for innovation. In: F. Gault (ed): *Handbook of Innovation Indicators and Measurement*. Cheltenham, 217–246.

- Gehrke, B., Rammer, C., Frietsch, R., Neuhäusler, P., Leidmann, M. (2010): Listen wissens- und technologieintensiver Güter und Wirtschaftszweige. Zwischenbericht zu den NIW/ISI/ZEW-Listen 2010/2011. Expertenkommission Forschung und Innovation. Berlin.
- Grupp, H., Schubert, T. (2010): Review and new evidence on composite innovation indicators for evaluating national performance. In: *Research Policy*, Nr. 39, 67–78.
- Hölzl, W. (2010): Die Bedeutung von schnell wachsenden Unternehmen in Österreich, WIFO-Monatsberichte, 83. Jg., Nr. 11, 887–898.
- Jaeger, D. (1999): Erfahrungswissen der Produktionsarbeiter als Innovationspotential. In: P. Brödner (Hrsg.): *Wissensteilung: zur Dynamik von Innovation und kollektivem Lernen*. München, 193–220.
- Jäger, P., Rujin, S., Schmidt, T., Föllmi, R. (2015): Der Zusammenhang zwischen dem technischen Fortschritt, der Investitionstätigkeit und der Produktivitätsentwicklung. Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft. Strukturberichterstattung Nr. 54/4. Bern.
- Jones, B., Grimshaw, D. (2012): The effects of policies for training and skills on improving innovation capabilities in firms. Nesta working paper series No. 12/08. London.
- Lachenmaier, S. (2007): Effects of Innovation on Firm Performance. ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 28. München.
- Laursen, K., Salter, A. (2006): Open for Innovation: The Role of Openness in Explaining Innovation Performance among UK Manufacturing Firms. *Strategic Management Journal*, Vol. 27, Nr. 2, 131–150.
- Leitner, K.-H. et al. (2015): Stärkefelder im Innovationssystem: Wissenschaftliche Profilbildung und wirtschaftliche Synergien. AIT-IS Report 103. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Wien.
- Lundvall, B.-A (1992): Introduction. In: B.-A. Lundvall (ed): *National Systems of Innovation: Towards a Theory of Innovation and Interactive Learning*. London, 1–19.
- Maloney, W. F., Caicedo, F. V. (2014): Engineers, innovative capacity and development in the Americas. World Bank, Washington D.C.
- Marklund, G., Vonortas, N. S., Wessner, C. W. (2009): Introduction. In: G. Marklund, N. S. Vonortas, C. W. Wessner (eds): *The innovation imperative: national innovation strategies in the global economy*. Cheltenham u. a., 1–6.
- Michaels, G., Nattraj, Van Reenen, J. (2010): Has ICT polarized skill demand? Evidence from eleven countries over 25 years. National Bureau of Economic Research, NBER Working Paper No. 16138. Cambridge, MA.
- Mokyr, J. (2005): The intellectual origins of modern economic growth. *The journal of economic history*, Vol. 65, Nr. 2, 285–351.
- Munda, G., Nardo, M. (2005): Constructing Consistent Composite Indicators: the Issue of Weights. Institute for the Protection and Security of the Citizen, European Commission.
- OECD (2016): *OECD Compendium of Productivity Indicators 2016*. Paris.
- OECD (2015): *OECD Compendium of Productivity Indicators 2015*. Paris.
- OECD (2015a): *The Innovation Imperative. Contributing to Productivity, Growth and Well-being*. Paris.
- OECD (2003): *The Sources of Economic Growth in OECD Countries*. Paris.
- OECD/Eurostat (2005): *Oslo Manual: Guidelines for Collecting and Interpreting Innovation Data, 3rd ed.*, OECD Publishing: Paris.
- Paruolo, P., Saisana, M., Saltelli, A. (2012): Ratings and rankings: voodoo or science? In: *Journal of the Royal Statistical Society*, Vol. 176, Nr. 3, 609–634.
- Peneder, M., Falk, M., Hölzl, W.E., Kaniovski, S., Kratena, K. (2006): WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Teilstudie 3: Wachstum, Strukturwandel und Produktivität. Disaggregierte Wachstumsbeiträge für Österreich von 1990 bis 2004. Wien.
- Ponds, R., van Oort, F., Frenken, K. (2010): Innovations, spillovers and university-industry collaboration: an extended knowledge production function approach. *Journal of Economic Geography*, Vol. 10, Nr. 2, 231–255.
- Schlepphorst, S., Schlömer-Laufen, N. (2016): Schnell wachsende Unternehmen in Deutschland: Charakteristika und Determinanten ihres Wachstums. IfM-Materialien 246. Bonn.
- Schumpeter, J. (1911/1987): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. 7. Aufl. Berlin.
- Stadler, M. (2003): Innovation and growth. The role of labor-force qualification. In: L. Bellmann, R. Hujer (Hrsg.): *Betriebliche Innovationen im Spiegel von Betriebsbefragungen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 277*. Nürnberg, 1–12.
- Statistik Austria (2013): *Endbericht zur Europäischen Innovationserhebung „CIS 2012“*. Wien.

- Steiner, R., Schwingsmehl, M. (2017): Zu den Innovationsaktivitäten Salzburger Klein- und Mittelunternehmen. *Salzburger Managementstudien Nr. 4*. Salzburg.
- Steiner, R., Schwingsmehl, M., Radauer, A., Freischlager, G. (2016): Innovationsaktivitäten und regionales Innovationssystem. In: R. Steiner, R. Hofbauer (Hrsg.): *Salzburg 2025. Szenarien regionaler Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen*. Salzburg, 287–321.
- Stiglitz, J. E., Sen, A., Fitoussi, J. P. (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Paris.
- Thornhill, S. (2006): Knowledge, Innovation and Firm Performance in High- and Low-Technology Regimes. *Journal of Business Venturing*, Vol. 21, 687–703.
- Trippl, M., Maier, G. (2011): Knowledge Spillover Agents and Regional Development. In: P. Nijkamp, I. Siedschlag (eds): *Innovation, Growth and Competitiveness. Dynamic Regions in the Knowledge-Based World Economy*. Heidelberg, 91–111.
- Trippl, M., Tödtling, F. (2012): Regionale Innovationssysteme. In: A. Butzin (Hrsg.): *Innovationsbiographien: räumliche und sektorale Dynamik*. Baden-Baden, 91–107.
- VDI (2014): *Arbeitspapier der VDI-Technologiezentrum GmbH: KMU und Innovation. Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen durch Innovationsnetzwerke*. Bonn.
- Vivarelli, M. (2014): Innovation, Employment and Skills in Advanced and Developing Countries: A Survey of Economic Literature. *Journal of Economic Issues*, Vol. 48, Nr. 1, 123–154.
- Wößmann, L. (2008): *Bildung und Innovation. Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Bd. 9, 1–4.

Statistiken

- AMS (2014): *Thema Arbeitsmarkt*.
- Datenmeldung der Universitäten auf Basis BidokVUni.
- Eurostat (2016a): *EPA Statistik*.
- Eurostat (2016b): *Patents by Regions*.
- FFG (2016): *Sonderauswertung*.
- FWF (lfd.): *Jahresberichte 2008–2015*.
- Statistik Austria (2016a): *Leistungs- und Strukturhebung*.
- Statistik Austria (2016b): *Bevölkerungsstatistik*.
- Statistik Austria (2016c): *Außenhandelsstatistik*.
- Statistik Austria (2016d): *Statistik zu schnell wachsenden Unternehmen*.
- Statistik Austria (2016e): *Statistik zur Unternehmensdemografie ab 2015*.
- Statistik Austria (2016f): *Mikrozensus*.
- Statistik Austria (2016g): *Abgestimmte Erwerbsstatistik ab 2009*.
- Statistik Austria (lfd.): *Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung – Sonderauswertung*.
- unidata (lfd.): *Datawarehouse Hochschulbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft*.
- Wissensbilanz Fachhochschule Salzburg (lfd.).
- Wissensbilanz Paris-Lodron-Universität Salzburg (lfd.).

Datenanhang

Tabelle 9-1: Bundesland Salzburg:
Allgemeines Personal an Salzburger Hochschulen in VZÄ – Index, 2005–2015

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	jahres- durch- schn. WR (in %)
Salzburg gesamt	650,9	724,8	719,1	762,2	808,2	810,7	834,0	846,9	868,4	883,8	886,0	3,1
Index: 2005 = 100	100	111	110	117	124	125	128	130	133	136	136	
Universität*	484,8	543,4	530,9	557,1	569,4	607,9	621,1	627,0	638,9	647,6	643,7	2,9
Universität*	Index: 2005 = 100											
	100	112	110	115	117	125	128	129	132	134	133	
Mozarteum**	113,4	117,3	119,4	134,7	151,6	113,4	117,2	122,9	128,7	131,4	136,0	1,8
Mozarteum**	Index: 2005 = 100											
	100,0	103	105	119	134	100	103	108	113	116	120	
Fachhochschule**	52,7	64,1	68,8	70,4	87,2	89,4	95,7	97,0	100,8	104,8	106,3	7,3
Fachhochschule**	Index: 2005 = 100											
	100	122	131	134	165	170	182	184	191	199	202	

Anmerkungen: Salzburger Hochschulen: Paris-Lodron-Universität Salzburg (PLUS), Universität Mozarteum Salzburg und Fachhochschule Salzburg (FHS).

(*) Erhebung PLUS und Mozarteum: Wintersemester, Stichtag 31.12. d.J.).

(**) Erhebung FHS: 31.08. d. J., Zusätzlich werden im jeweiligen Studienjahr (01.09.–31.08.) externe Lehrbeauftragte (LBA) beschäftigt. Diese stehen jeweils nur in einem kurzen Dienstverhältnis zur FHS und unterrichten max. sechs Semesterwochenstunden.

Nicht inkludiert sind Karenzierte und geringfügig Beschäftigte etc.

Quelle: Datenmeldung der Universitäten auf Basis BidokVUni; Datenprüfung: bm.wf, Abt. I/1; Datenaufbereitung: Datenaufbereitung: bm.wf, Abt. I/9 und FHS. Abgerufen am 20.05.2016 bzw. 10.11.2016.

Tabelle 9-2: Bundesland Salzburg und Österreich:
Belegte ordentliche Studien an öffentlichen Universitäten nach ISCED-Ausbildungsfeld, 2005/06–2015/16

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	2015/ 16	jahres- durch- schn. WR (in %)
Salzburg												
Gesamt	15.072	16.148	16.671	17.760	19.432	19.689	19.737	19.439	18.254	18.391	18.372	2,0
Index: 2005/06 = 100	100	107	111	118	129	131	131	129	121	122	122	
Davon MINT-Fächer*	2.135	2.379	2.353	2.528	2.815	2.845	2.990	2.959	2.800	2.902	2.856	3,0
Anteil Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (in %)	41,8	40,8	41,3	41,4	42,4	41,5	40,0	38,5	37,8	37,7	37,9	-3,9
Anteil Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (in %)	14,2	14,4	13,6	13,6	13,5	13,4	13,9	14,0	14,0	14,5	14,4	0,2
Anteil Ingenieurwesen, Herstellung u. Baugewerbe (in %)	0,0	0,3	0,5	0,7	1,0	1,1	1,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,1
Österreich												
Gesamt	281.580	297.705	313.632	318.508	335.750	340.382	345.859	346.385	339.644	341.690	342.943	2,0
Index: 2005/06 = 100	100	106	111	113	119	121	123	123	121	121	122	
Davon MINT-Fächer*	65.357	70.457	73.921	76.254	80.645	83.305	86.792	89.510	89.408	92.277	94.312	3,7
Anteil Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (in %)	38,4	39,1	39,0	38,1	39,1	38,5	37,5	36,1	35,3	34,5	34,0	
Anteil Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (in %)	12,9	13,1	12,9	13,0	12,8	12,7	12,9	13,5	13,6	14,4	14,8	
Anteil Ingenieurwesen, Herstellung u. Baugewerbe (in %)	10,3	10,5	10,7	11,0	11,3	11,7	12,2	12,4	12,8	12,6	12,7	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)												
Gesamt	5,4	5,4	5,3	5,6	5,8	5,8	5,7	5,6	5,4	5,4	5,4	
MINT-Fächer*	3,3	3,4	3,2	3,3	3,5	3,4	3,4	3,3	3,1	3,1	3,0	

Anmerkungen: Die Zahl der belegten Studien ist wegen möglichen Mehrfachbelegungen höher als die Zahl der Studierenden.
Stand jeweils Wintersemester.
(*) Unter MINT-Studien fallen die ISCED Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“.
Stand: 23.11.2016.
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Tabelle 9-3: Bundesland Salzburg und Österreich:
Belegte ordentliche Studien an Fachhochschulen nach ISCED-Ausbildungsfeld, 2005/06–2015/16

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	2015/ 16	jahres- durch- schn. WR (in %)
Salzburg												
Gesamt	1.701	1.876	2.068	2.184	2.267	2.222	2.385	2.429	2.525	2.672	2.766	5,0
Index: 2005/06 = 100	100	110	122	128	133	131	140	143	148	157	163	
Davon MINT-Fächer*	654	661	653	655	684	621	659	679	768	825	884	3,1
Anteil Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (in %)	39,6	41,0	42,3	42,2	37,6	36,4	35,3	36,3	35,4	35,7	36,2	
Anteil Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (in %)	0,0	0,0	0,0	1,6	3,0	4,1	5,2	6,1	6,4	6,1	5,9	
Anteil Ingenieurwesen, Herstellung u. Baugewerbe (in %)	38,4	35,2	31,6	28,4	27,1	23,9	22,5	21,9	24,0	24,7	26,1	
Österreich												
Gesamt	25.727	28.426	31.064	33.615	36.085	37.564	39.276	41.366	43.593	45.660	48.051	6,4
Index: 2005/06 = 100	100	110	121	131	140	146	153	161	169	177	187	
Davon MINT-Fächer*	10.656	11.425	12.172	12.849	13.884	14.283	14.804	15.623	16.740	17.694	18.653	5,8
Anteil Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (in %)	47,6	47,1	45,6	44,9	43,7	43,0	42,5	42,0	41,9	41,7	41,5	
Anteil Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (in %)	13,0	12,4	12,4	12,0	11,7	12,2	12,3	12,0	12,1	11,7	11,4	
Anteil Ingenieurwesen, Herstellung u. Baugewerbe (in %)	28,4	27,8	26,8	26,3	26,8	25,9	25,4	25,7	26,3	27,1	27,4	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)												
Gesamt	6,6	6,6	6,7	6,5	6,3	5,9	6,1	5,9	5,8	5,9	5,8	
MINT-Fächer*	6,1	5,8	5,4	5,1	4,9	4,3	4,5	4,3	4,6	4,7	4,7	

Anmerkung: Die Zahl der belegten Studien ist wegen möglichen Mehrfachbelegungen höher als die Zahl der Studierenden.
Stand jeweils Wintersemester.
(*) Unter MINT-Studien fallen die ISCED Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“.
Stand: 23.11.2016.
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Tabelle 9-4: Bundesland Salzburg und Österreich: Ordentliche Studienabschlüsse an öffentlichen Universitäten nach ISCED-Ausbildungsfeld, 2005/06 bis 2014/15

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	% p. a.
Salzburg											
Gesamt	1.722	1.859	2.058	2.117	2.200	2.339	2.508	2.426	2.164	2.241	3,0
Index: 2005/06 = 100	100	108	120	123	128	136	146	141	126	130	
Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	668	729	767	821	904	1.032	1.103	1.043	808	856	2,8
Index: 2005/06 = 100	100	109	115	123	135	154	165	156	121	128	
Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik	350	330	337	406	410	357	414	351	313	333	-0,6
Index: 2005/06 = 100	100	94	96	116	117	102	118	100	89	95	
Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe					2	13	12	14	33	29	70,7***
Index: 2009/10 = 100					100	650	600	700	1.650	1.450	
Österreich											
Gesamt	21.930	22.121	23.910	27.232	27.926	31.115	34.460	37.312	34.300	34.539	5,2
Index: 2005/06 = 100	100	101	109	124	127	142	157	170	156	157	
Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	8.214	8.159	8.493	9.767	10.250	11.842	13.147	12.956	11.776	12.141	4,4
Index: 2005/06 = 100	100	99	103	119	125	144	160	158	143	148	
Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik	3.332	3.392	3.585	4.205	4.214	4.618	4.703	5.153	5.209	5.077	4,8
Index: 2005/06 = 100	100	102	108	126	126	139	141	155	156	152	
Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe	2.584	2.532	2.651	3.191	3.492	3.995	4.470	4.479	5.054	4.873	7,3
Index: 2005/06 = 100	100	98	103	123	135	155	173	173	196	189	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)											
Gesamt	7,9	8,4	8,6	7,8	7,9	7,5	7,3	6,5	6,3	6,5	
MINT-Fächer*	5,9	5,6	5,4	5,5	5,3	4,3	4,6	3,8	3,4	3,6	

Anmerkung:
 (*) Unter MINT-Studien fallen die ISCED Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“.
 Stand: 23.11.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Tabelle 9-5: Bundesland Salzburg und Österreich: Ordentliche Studienabschlüsse an Fachhochschulen nach ISCED-Ausbildungsfeld, 2005/06 bis 2014/15

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	% p. a.
Salzburg											
Gesamt	311	306	352	605	825	562	775	726	727	749	10,3
Index: 2005/06 = 100	100	98	113	195	265	181	249	233	234	241	
Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	117	121	136	269	343	223	256	259	262	263	9,4
Index: 2005/06 = 100	100	103	116	230	293	191	219	221	224	225	
Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik						22	24	35	40	40	16,1**
Index: 2010/11 = 100					100	109	159	182	182		
Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe	120	119	141	141	275	165	171	153	172	149	2,4
Index: 2009/10 = 100	100	99	118	118	229	138	143	128	143	124	
Österreich											
Gesamt	5.165	6.421	7.296	8.774	10.094	11.905	11.955	12.323	12.721	13.114	10,9
Index: 2005/06 = 100	100	124	141	170	195	230	231	239	246	254	
Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	2.302	2.864	3.517	3.991	4.181	5.522	5.520	5.326	5.550	5.565	10,3
Index: 2005/06 = 100	100	124	153	173	182	240	240	231	241	242	
Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik	874	955	993	1.130	1.147	1.258	1.279	1.351	1.394	1.436	5,7
Index: 2005/06 = 100	100	109	114	129	131	144	146	155	159	164	
Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe	1.513	1.935	2.082	2.270	2.813	3.075	2.906	2.917	3.133	3.258	8,9
Index: 2005/06 = 100	100	128	138	150	186	203	192	193	207	215	
Anteil Salzburg an Österreich (in %)											
Gesamt	6,0	4,8	4,8	6,9	8,2	4,7	6,5	5,9	5,7	5,7	
MINT-Fächer*	5,0	4,1	4,6	4,1	6,9	4,3	4,7	4,4	4,7	4,0	

Anmerkungen: Als Studienjahr.
 (*) Unter MINT-Studien fallen die ISCED Kategorien „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe“.
 Stand: 23.11.2016.
 Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Tabelle 9-6: Fachhochschule Salzburg:
Ordentliche Studienabschlüsse je VZÄ festangestellten wissenschaftlichen Personals, 2005/06–2014/15

	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	2008/ 09	2009/ 10	2010/ 11	2011/ 12	2012/ 13	2013/ 14	2014/ 15	Vrd. 2005/06 zu 2014/ 15 (in %)
Fachhochschule	5,03	4,70	4,73	7,26	9,11	5,46	7,54	7,13	6,00	6,08	
Index:											
2005 = 100	100	93	94	144	181	108	150	142	119	121	21,0

Anmerkungen: Zusätzlich werden im jeweiligen Studienjahr (01.09.–31.08.) externe Lehrbeauftragte (LBA) beschäftigt. Diese stehen jeweils nur in einem kurzen Dienstverhältnis zur Fachhochschule und unterrichten max. sechs Semesterwochenstunden, sind aber teilweise in die Studienabschlüsse als Betreuer/in und Prüfer/in integriert.
Nicht inkludiert sind Karenzierte und geringfügig Beschäftigte etc.
Quelle: Datenmeldung der Universitäten auf Basis BidokVUni; Datenprüfung: bm.wf, Abt. I/1;
Datenaufbereitung: Datenaufbereitung: bm.wf, Abt. I/9 und FHS. Abgerufen am 20.05.2016 bzw. 10.11.2016.

Innovationsfähigkeit im Tourismus

MONIKA BRETbacher · MARIO JOOSS



Abstract

Innovation ist mehr denn je eines der zentralen Themen in vielen Bereichen und Segmenten, so auch im Tourismus: Trends, KundInnenwünsche, rasante Veränderungen im Markt, Konjunkturschwankungen und noch schnellere Produktlebenszyklen fordern die AnbieterInnen touristischer Leistungen und Produkte; insbesondere die investitionsaufwendige Hotellerie ist mit einem in ständigen Innovationsdruck konfrontiert. Kapitel 1 bietet einen Überblick über die wirtschaftliche Relevanz der Tourismus- und Freizeitwirtschaft, einerseits für Gesamtösterreich, andererseits speziell für das Bundesland Salzburg. Ebenso wird die Bedeutung von Innovationen für den touristischen Markt dargelegt sowie die sich daraus ergebende Fragestellung nach der Vermessung der Innovationsfähigkeit in touristischen Betrieben.

Da jedoch die Begrifflichkeit der Innovation sehr vielfältig verstanden, interpretiert, eingeordnet und vermessen werden kann, widmet sich Kapitel 2 genau dieser Thematik. Es legt dar, welche begrifflichen Abgrenzungen dieser Studie zugrunde liegen, was unter innerbetrieblichem Innovationsprozess verstanden werden darf – auch im Hinblick auf den Sonderfall Produkt- und Dienstleistungen im Tourismus – und wie letztlich Innovationsfähigkeit vermessen werden kann.

Kapitel 3 erläutert die gewählte Methodik für die empirische Erhebung, die von 2015 bis 2016 in der Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Hotellerie im Bundesland Salzburg stattgefunden hat, sowie die Modifikation und Adaption der gewählten Indikatoren. Kapitel 4 beschreibt die Verteilung dieser Erhebung. Eine Analyse nach unterschiedlichen, aus der Literatur abgeleiteten Kriterien ist in Kapitel 5 zu finden.

1 Einleitung

1.1 TOURISTISCH-WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE SALZBURGS

Volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für Österreich: Dass die Tourismuswirtschaft eine wesentliche Stütze der österreichischen Wirtschaft insgesamt ist, steht außer Frage. Sie prägt die räumliche Struktur Österreichs und trägt zu einer positiven regionalen Entwicklung bei, vor allem im ländlichen Raum. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus lässt sich an dessen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ablesen:

Rund 90.000 gewerbeberechtigte Betriebe in der Bundessparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft weisen 618.900 vollzeitäquivalente Beschäftigungsverhältnisse¹ auf, also rund ein Sechstel aller Beschäftigten in Österreich. Nach dem seit 2001 von der Statistik Austria und dem WIFO im Auftrag des BMWFJ geführten Tourismus-Satellitenkontos (TSA) lag die direkte und indirekte Wertschöpfung 2014 bei rund 48,8 Mrd. Euro, also bei rund 14,8 % des BIP. Im Jahr 2015 konnte Österreich 39,4 Mio. Ankünfte (+ 4,9 %) und 135,2 Mio. Nächtigungen (+ 2,5 %) verzeichnen, davon rund 26 Mio. Übernachtungen im Bundesland Salzburg. Die Einnahmen aus dem Tourismus von Gästen aus dem Ausland betragen im Jahr 2014 rund 15,5 Mrd. Euro. Nach dem TSA haben die Gesamtausgaben der Urlaubsgäste, Geschäftsreisenden und TagesbesucherInnen in Österreich im Jahr 2014 35,9 Mrd. Euro betragen. (Statistik Austria 2016a; WKO 2016b; WKO 2015; Land Salzburg 2016b; Land Salzburg 2016c; WIFO 2015; BMWFJ 2013)

Entwicklung der Investitionen: Die Investitionstätigkeit im Tourismus hat in den vergangenen Jahren (im Vergleich zur Gesamtwirtschaft) ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnet. Auch während der Wirtschaftsrezession 2009 lag der Investitionszuwachs deutlich über der Gesamtwirtschaft. Das Gesamtinvestitionsvolumen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft erreichte 2011 rund fünf Mrd. Euro, wovon rund drei Mrd. Euro in die Hotellerie investiert wurden. Die Investitionen wurden vor allem in Ganzjahres- und Winterdestinationen getätigt. Rund 60 % der Investitionen im ersten Halbjahr 2012 kamen aus Unternehmen, die ein Ganzjahreskonzept verfolgen, 39 % aus Wintersaisongebieten und nur ca. 1 % aller Investitionen aus reinen Sommerdestinationen. Bei den Investitionsschwerpunkten liegt seit Jahren die „Betriebsgrößenoptimierung“ an erster Stelle, gefolgt von Qualitätsverbesserung. (ÖHV 2014)

Bedeutung für Salzburg: Was die Entwicklung der Gästebetten der letzten Jahre in Salzburg angeht, sind kontinuierliche Zuwächse sowohl im Sommer als auch im Winter zu verzeichnen. Von den insgesamt 198.912 Betten im Sommer (Stand 2015) entfallen 118.717 auf gewerbliche Beherbergungsbetriebe (davon 95.316 auf Hotels und Ähnliches) und im Winter stellen von den insgesamt 207.716 Betten rund 62 % (127.786) gewerbliche Betten dar, wovon 102.733 Betten auf Hotels und Ähnliches entfallen. Ankünfte und Übernachtungen sind jährlich steigend, letztere sind aktuell (Stand September 2016) kurz davor, erstmals die Nächtigungsschwelle im Bundesland Salzburg von 27 Mio. Übernachtungen zu überschreiten. Salzburger Tourismusbetriebe generieren mehr als vier Mrd. Euro jährlich, was mehr als 20 % des Regionalprodukts entspricht. (WKO 2014; Land Salzburg 2016b; Land Salzburg 2016c; Land Salzburg 2013a)

2013 wurde der Salzburger Strategieplan Tourismus 2020 veröffentlicht; Gesundheit, Nachhaltigkeit und Innovation stellen zentrale Themenfelder dar. Das Strategiepapier basiert auf dem im Herbst 2011 veröffentlichten Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020 und konkretisiert die dort festgelegten Ziele und Strategien durch spezifische Maßnahmen für den Tourismus. Im strategischen Handlungsfeld „Innovation“ ist es vorrangiges Ziel, „den im Tourismus tätigen Unternehmen verstärkte Unterstützung für die Entwicklung und Umsetzung innovativer Projekte in der Produktentwicklung, der Optimierung ihrer Arbeitsprozesse und Managementsysteme zu bieten“ (Land Salzburg 2013). Genannte Subziele der Maßnahme „Innovative Tourismusprojekte aktiv unterstützen“ sind (a) nachweislich mehr Initiativen zum Thema Innovationen im Tourismus als MitbewerberInnen anzubieten und (b) sich als fortschrittliche und innovative Tourismusregion darzustellen, die sich so wirtschaftlich nachhaltig weiterentwickelt. In der Maßnahme „Innovationsberatung im Tourismus“ werden folgende Zielsetzungen definiert: (a) Unternehmerische Innovationen im Bereich Tourismus werden entlang des gesamten Innovationsprozesses angeregt; (b) branchenübergreifende Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette werden unterstützt; (c) betriebliche Projekte sind an übergeordnete Projekte und Programme angeknüpft; (d) innovationsrelevante Qualifizierung der UnternehmerInnen/MitarbeiterInnen wird gefördert und (e) Salzburger Unternehmen können einen relevanten Anteil an den innovationsorientierten Förderungen des Bundes (und der EU) im Bereich Tourismus lukrieren (Land Salzburg 2013).

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend nennt in seinem Expertenpapier (BMWFJ 2013) neben anderen Strategiefeldern (z. B. Produktentwicklung, betriebliche Investitionen etc.) im Strategiefeld Innovation folgende direkte und indirekte Förderungen: Die öffentliche Hand unterstützt verstärkte Innovation und Produktentwicklung im Tourismus, die Fortführung der Bund-Länder-Projekte, wie die „Innovationsmillion für Leuchtturmprojekte im Tourismus“, den österreichischen Innovationspreis Tourismus zur Auszeichnung von touristischen Produkt- und Dienstleistungsunternehmen, den Ausbau von Tourismusforschung, Tourismusinformatik, ganzheitlicher Tourismusdiagnose, die Nutzung der neuen Distributionsmedien. Folgerungen daraus für eine österreichische Tourismusstrategie sind u. a., dass die Innovationsorientierung sich als Grundgedanke durch die gesamte Strategie einstellt, was sich auch im thematischen Ziel 1 der EFRE-Programme für die Tourismuswirtschaft widerspiegelt: Stärkung von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation. (BMWFJ 2013; Land Salzburg 2013)

Ein Auszug des Wirtschaftsprogramms Salzburg 2020. Salzburg. Standort Zukunft ist Annex 5 zu entnehmen. Weitere Handlungsfelder und Maßnahmenpakete den Tourismus betreffend finden sich ebenfalls in Annex 5. (Land Salzburg 2011)

1.2 INNOVATIONEN IM TOURISMUS

Zentraler Begriff in der Diskussion um die künftige Wettbewerbsfähigkeit von Hochlohnländern ist Innovation. Angesichts internationaler Konkurrenz ist es Thema, weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, was kontinuierlicher Innovationsanstrengungen bedarf. Nach Tidd et al. (2005, 67) ist Innovation eine generische Unternehmensaktivität, die auf das langfristige Überleben des Unternehmens und Wachstum ausgerichtet ist. Der Innovationsdruck betrifft jedoch nicht nur große, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die zugleich den Großteil der Unternehmen einerseits in Österreich gesamt (99,7 %; österreichweit in der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft sogar 99,9 %), andererseits auch im Bundesland Salzburg (99,6 %) darstellen und auch die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen (im Bundesland Salzburg rund 63,3 %) beschäftigen (WKO 2013a; WKO 2013b; WKS 2015). Kleinere Unternehmen scheinen tendenziell weniger innovativ zu sein als größere, da die Innovationstätigkeit erst mit steigender Unternehmensgröße zunimmt, das gilt gleichermaßen für produzierende als auch lt. Fueglistaller et al. (2012, 45) sowie Rammer et al. (2005) für Dienstleistungsunternehmen.

Innovationen in KMUs

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland und der Schweiz sind rund 99 % aller Unternehmen KMUs, die mehr als 60 % aller in der Privatwirtschaft arbeitenden Personen beschäftigen. KMUs sind wichtig, da sie Arbeitsplätze schaffen und Wettbewerb, Strukturwandel und Umsetzung von Innovationen fördern (Fueglistaller et al. 2012, 44 f.). Als KMU werden dabei – nach einer Empfehlung der Europäischen Kommission seit dem 1. Jänner 2005 – jene Unternehmen gezählt, die weniger als 250 Beschäftigte, weniger als 50 Mio. Euro Umsatz sowie weniger als 43 Mio. Euro Bilanzsumme aufweisen. (Europäische Kommission 2015; Fueglistaller et al. 2012)

Nachstehend folgt kurz ein Überblick zur Lage der KMUs im Bundesland Salzburg, welche auf Basis der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, 95) der Statistik Austria 2012 erhoben wurde (WKS 2015, 1):

Unternehmen mit (Haupt-)Sitz in Salzburg 2012

Tabelle 1: Unternehmen nach Unternehmensgrößenklassen (2012)

Unternehmen gewerblicher Wirtschaft	Absolut in Mio.	Anteil in %
0–4 Beschäftigte	14.451	69,0
5–9 Beschäftigte	3.330	15,9
10–19 Beschäftigte	1.722	8,2
20–49 Beschäftigte	990	4,7
50–99 Beschäftigte	238	1,1
100–249 Beschäftigte	144	0,7
0–249 Beschäftigte	20.875	99,6
250 und mehr Beschäftigte (Großunternehmen)	79	0,4
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	20.954	100,0

Quelle: WKS (2015).

Beschäftigte von Unternehmen mit (Haupt-)Sitz in Salzburg 2012

Tabelle 2: Beschäftigte nach Unternehmensgrößenklassen (2012)

Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft	Absolut in Mio.	Anteil in %
0–4 Beschäftigte	27.312	12,4
5–9 Beschäftigte	21.651	9,8
10–19 Beschäftigte	22.947	10,4
20–49 Beschäftigte	29.147	13,2
50–99 Beschäftigte	16.647	7,5
100–249 Beschäftigte	21.868	9,9
0–249 Beschäftigte	139.572	63,3
250 und mehr Beschäftigte (Großunternehmen)	80.940	36,7
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	220.512	100,0

Quelle: WKS (2015).

Wie bereits erwähnt, verfügen kleine und mittlere Betriebe im Vergleich zu Großunternehmen über größenspezifische Nachteile, vor allem aber über eine geringe Ressourcenausstattung (z. B. Kapitalausstattung, Qualifikationen, Kompetenzen, Vernetzung nach außen etc.), insofern bedarf es besonderer Innovationsanstrengungen, um trotz dieser Einschränkungen Innovationen in KMUs hervor-zubringen (Tidd et al. 2005). Andererseits weisen KMUs viele Vorteile gegenüber Großunternehmen auf, die positiv für Innovationen sind: Entscheidungswege bei KMUs sind generell kürzer und unbürokratischer, KMUs weisen oft eine größere Markt- und KundInnennähe auf und sie sind meist flexibler in deren Organisationen auf Grund weniger komplexer Unternehmensstrukturen. Dadurch haben kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, sich schneller an neue Umweltbedingungen anzupassen (Fueglistaller et al. 2012, 45).

Letztlich sind aber Innovationen (und hier vor allem Umfang und Art der Innovationen einer Volkswirtschaft) nicht zuletzt von den vom Staat vorgegebenen regulativen Rahmenbedingungen abhängig, wie beispielsweise Steuer- und Zulassungssystemen. Der Staat kann über diverse Instrumente direkt und indirekt in das Innovationsgeschehen eingreifen; er kann einerseits Innovationen über entsprechende Anreize anregen, er kann sie aber auch verhindern, werden keine Mittel dafür zur Verfügung gestellt (Behrendt et al. 1998, 120 f.).

Innovationsrisiken und -hemmnisse kleiner und mittständischer Unternehmen

Da Neuerungen und Neues immer mit Unsicherheiten und Risiken zu tun haben, werden Innovationsprozesse gerade von KleinunternehmerInnen gerne vermieden, während in Großunternehmen häufig eigene Forschungsabteilungen dafür zur Verfügung stehen. Da das Risiko für Innovationen eine dominante Rolle bei Unternehmen spielt (Langer 2001, 31 f.), suchen in Zeiten guter Wirtschaftsentwicklung „lediglich pionierhafte und innovative Unternehmertypen“ (Hinterholzer et al. 2010, B31) nach besonderen Herausforderungen.

Unsicherheiten entstehen sehr oft auf Grund von fehlender Kenntnis des Marktes und seiner raschen Veränderungen. So nennt Langer (2001, 31 ff.) folgende Ursachen für marktbezogene Unsicherheiten: Auf welche Bedürfnisse soll die Innovation treffen? Wie werden sich diese Bedürfnisse in Zukunft verändern? Wie schnell wird sich die Innovation verbreiten? Wie groß ist der potenzielle

Markt und wie entwickelt er sich? Wie werden sich bestehende Absatzmärkte entwickeln? Zusätzlich erwähnen Hinterholzer et al. (2010) auch, dass neben den Eigenrisiken einer Innovation diese auch immer stark von dem Risiko der Imitation betroffen ist, da die Risikoschwelle für Imitationen wesentlich geringer zu sein scheint. Auch nach Mugler (1991) sind die Innovationsrisiken in Kleinunternehmen im Vergleich zu großen Unternehmen höher, da die Gefahr der Abweichung vom erwarteten Erfolg größer ist und da sie vom einzelnen Risiko stärker bedroht sind (hinsichtlich wirtschaftlicher Dimension). KleinunternehmerInnen haben auch weniger Macht, schädliche Ereignisse abzuwenden, und können sich zumeist auch keine Risikospezialisten leisten. Ferner fügt Mugler hinzu, dass das Risiko andererseits kleiner ist, da bessere Überschaubarkeit bei riskanten Innovationen gegeben ist sowie ein Überblick zum Geschehen im Unternehmen fast jederzeit gewährleistet werden kann. Ebenso ist ein höheres Reaktionsvermögen aufgrund größerer Flexibilität gegeben. (Mugler 1991, 40) Trotz vieler Vorteile gegenüber Großunternehmen (z. B. flacher Hierarchien, informeller Kommunikationskanäle, schneller Entscheidungswege und einer hohen Loyalität der MitarbeiterInnen) gibt es jedoch auch vielfältige Probleme hinsichtlich Innovationsmanagement: Beschränkte technische Möglichkeiten, aber auch die fehlenden finanziellen Mittel, Personalkapazitäten und die Zeit, ein Unternehmen professionell zu organisieren, zählen hierzu (Spielkamp u. Rammer 2005, 16). Walder (2004) nennt ebenso noch als innovationshemmende Nachteile für KleinunternehmerInnen die fehlende Marktforschung, Mangel an Zeit, fehlende Finanzierbarkeit von Ideen, Risikoscheue, mangelndes Selbstvertrauen der UnternehmerInnen, fehlendes Innovations-Know-how, Angst vor Technologien bei MitarbeiterInnen und KundInnen, vor allem in Europa auch bürokratische Hemmnisse, traditionelles Denken sowie Trägheit.

Wie aus all diesen Informationen zu Größenvor- und -nachteilen immer wieder schlussgefolgert werden kann, ist die Innovativität von KMUs entscheidend davon abhängig, wie gut sie ihre größenspezifischen Vorteile bewusst verwenden und einsetzen können und wie mit den auch schon mehrfach genannten Nachteilen im Vergleich zu größeren Unternehmen umgegangen wird.

Auf Basis dieser Bestandsaufnahme ist es maßgeblich, die wichtigsten Determinanten und Erfolgsfaktoren für Innovativität zu identifizieren. Es bedarf also eines Bezugsrahmens, innerhalb dessen die Bewertung für Innovationsfähigkeit in KMUs festgestellt werden kann. Mehr dazu folgt im Kapitel 2.

Bedeutung der Innovation für den Tourismus

Ein gesättigter Markt, ein härter gewordener Wettbewerb, zunehmend sinkende Gewinnmargen, sukzessives Angleichen touristischer Zielgebiete, sich immer rascher ändernde touristische Nachfragebedürfnisse, ein Wachstum, das an ökologische Grenzen stößt, und ein Anpassungsdruck in Richtung umwelt- und sozialverträglichem Tourismus stellen die aktuelle Ausgangslage für globalen Tourismus dar. Globalisierung, internationale Vernetzungen durch neue Medien, fast kostenlose Transportmöglichkeiten in weit entfernte Urlaubsziele, neue und starke Destinationen sowie eine rasche Präferenzänderung der KundInnen lassen auch die heimische Tourismuswirtschaft nicht verschont und zwingen sie zur Anpassung durch Veränderung des eigenen Produktes und der eigenen Leistung. (Hinterholzer et al. 2010; Theiner/Steinhauser 2006)

Die sehr starke Dynamik des Wandels, die von der Konkurrenz und den Gästen stets geforderte Erneuerung und Verbesserung des Betriebes werden als ständig vorhandener Druck dargestellt, der auch fortwährend zu neuen Investitionen und damit zur Aufnahme von Krediten und Verschuldung führt (Reso 2016). Wahre Innovationen enden nicht bei der Renovierung; es gilt auch das eigene Konzept zu hinterfragen, branchenfremde Ideen zu integrieren und das Unternehmen neu zu positionieren. Das impliziert auch, nicht länger „den Zielgruppen“ hinterherzurrennen, sondern eigene Nischen zu besetzen (Gatterer 2009).

Die Investitionstätigkeit im Tourismus hat in den vergangenen Jahren – im Vergleich zur Gesamtwirtschaft – ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnet und trägt damit wesentlich zur Stützung der Konjunktur bei. Das Gesamtinvestitionsvolumen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft erreichte 2011 rund fünf Mrd. Euro, davon wurden geschätzte drei Mrd. Euro in der Hotellerie investiert. Bei den Investitionsschwerpunkten liegt seit Jahren die „Betriebsgrößenoptimierung“ an erster Stelle, gefolgt von der Qualitätsverbesserung. Hier befindet sich Österreich im internationalen Vergleich in einem Aufholprozess und ist seit Jahrzehnten einem kontinuierlichen Strukturwandel in Richtung höherer Qualität unterworfen. Im Einklang mit diesen Investitionstrends steht der in den letzten Jahrzehnten erfolgte Strukturwandel zu Quartieren höherer Qualität. Während Betten in Zwei-Sterne-/Ein-Sterne-Betrieben massiv reduziert wurden, haben Betten in Fünf-/Vier-Sterne-Betrieben stark zugenommen; auch die Ankunfts- und Bettenzahlen im Bundesland Salzburg (mit Stand Winter 2014/15) spiegeln dies wider: Während die Betten der Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Hotellerie rund 39 % des gesamten Bettenangebots betragen, wird dennoch mehr als die Hälfte aller Ankünfte in diesem Unterkunftssegment generiert. (BMWFJ 2013; Land Salzburg 2015a) Und auch die Investitionen in der Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Hotelkategorie überwiegen, da höherer Qualitätsstandard bei zunehmender Kategorisierung erwartet wird (ÖHV 2015), weshalb für die vorliegende Studie die innovationsintensivsten Kategorisierungsgruppen (Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Hotels) von besonderer Relevanz sind und beachtet werden.

1.3 FORSCHUNGSLEITENDE FRAGESTELLUNG

Zahlreiche Studien verdeutlichen (siehe Kapitel 1.1 und 1.2), dass gerade der Tourismus im Alpenraum kaum Änderungen am Basisprodukt vornimmt und das Innovationsverhalten äußerst bescheiden ausfällt. Für die bis dato innovationsscheue Tourismusbranche bedeutet dies somit „innovieren statt imitieren“, wofür die eigenen Innovationspotenziale vorab identifiziert sowie innovationsfreundige Bedingungen im Unternehmen geschaffen werden müssen. Die Messung von Innovationen im Tourismus wird in Zukunft Benchmarks liefern und darüber hinaus den Tourismusstandort Salzburg durch diese regelmäßig durchgeführten Messszenarien stärken. (FH Salzburg 2013)

Vor diesem Kontext sollte im Rahmen dieses Teilprojekts ein Maß zur Beschreibung und Bewertung der Innovationsfähigkeit im Tourismus entwickelt werden (siehe Kapitel 3), das auf betrieblicher und regionaler Ebene eingesetzt werden kann. Darüber hinaus sollte ein Softwaretool entwickelt werden (siehe Kapitel 3.2), mit dem Innovationen im Tourismus gemessen werden können. (ebd. 2013)

Zur Entwicklung dieser touristischen Innovationsindikatorik sind auf breiter Ebene Vernetzung und Wissenstransfer vorgesehen. Die Erarbeitung einer validen Datengrundlage macht Primärerhebungen in touristischen KMU-Betrieben zum Entwicklungsstand innovativer Leistungen notwendig.

Die zentralen Leitfragen der vorliegenden Studie sind somit:

- Wie innovationsfähig ist die Salzburger Hotellerie?
- Wo sind die größten Stärken?
- Was sind die größten Hemmnisse bzw. worin liegt noch Bedarf?

2 Innovationsfähigkeit im Tourismus

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Innovationen einerseits von hoher wirtschaftlicher Bedeutung sind, andererseits jedoch auch zumeist hohe Investitionen verlangen und dennoch ein hohes unternehmerisches Risiko in sich bergen, stellt sich zwangsläufig die Frage nach den Einflussfaktoren von Innovationserfolgen oder -misserfolgen. Ein erstes großes Forschungsinteresse diesbezüglich zeigte sich Ende der 50er Jahre, insbesondere an der empirischen Innovationserfolgsmessung. Zunehmend wurde wissenschaftlich versucht, sich verstärkt einer unternehmensumfassenden Untersuchungsperspektive anzunähern, wobei die unternehmensindividuellen Ressourcen und Fähigkeiten in den Mittelpunkt der Betrachtung wanderten. Schewe (1994) äußerte sich dazu: „*We find that innovation's success is, above all, determined by the capabilities of innovative firms.*“ (Schewe 1994, 25); es geht also darum, die bisher unerklärte Fähigkeit, Innovationsinput in Innovationsoutput zu verwandeln; und diese unerklärte Fähigkeit zu innovieren stellt die Grundlage der vorliegenden Untersuchung dar. (Sammerl 2006; Mairesse/Mohnen 2002)

2.1 INNOVATION UND BETRIEBLICHE INNOVATIONSFÄHIGKEIT

2.1.1 Begrifflichkeiten

Der Innovationsbegriff weist in der relevanten Literatur unterschiedlichste Ausprägungen auf: Es stehen hier wissenschaftliche Definitionen mittlerweile sehr praxisorientierten Auslegungen des Begriffs gegenüber. Bevor das gemeinsame Begriffsverständnis für Innovation definiert wird, werden Breite und Auslegungsgrößen der Begrifflichkeit in Tabelle 3 dargestellt. Es folgen dann der eigene Bezugsrahmen zum Begriffsverständnis der Innovation und zur Fähigkeit zu innovieren sowie Definitionen der dieser Studie zugrundeliegenden Begriffsverständnisse.

Zum Innovationsverständnis

Im wissenschaftlichen Bereich ist der Innovationsbegriff auf Grund der Vielzahl möglicher Bedeutungsinhalte mit großen definitorischen Problemen behaftet und wird daher oft als „diffus und unpräzise“ wahrgenommen (König 2003, 8). Dies lässt sich dadurch begründen, dass der Begriff „Innovati-

on“ in seiner etymologischen Herkunft lediglich „etwas Neues“ bzw. eine „Neuerung“ umschließt. Der Terminus basiert auf dem Lateinischen, „novus“ bedeutet „neu“ und „innovatio“ „etwas neu Geschaffenes“. Im deutschen Sprachgebrauch wird der Begriff alltagssprachlich für „Neuheit“, „Neuerung“, „Erneuerung“ oder „Neueinführung“ verwendet und häufig mit Erfindungen, also Inventionen gleichgesetzt. (Hinterholzer et al. 2010, B5; Kirner et al. 2006, 4)

Während im Wörterbuch der Soziologie Innovation als „(...) *wissenschaftl.-techn., wirtschaftl., institutionelle oder allg. soziokulturelle Neuerung*“ bezeichnet wird (Hillmann 2007, 379), wird in den Wirtschaftswissenschaften nach den AkteurInnen der Innovation, der Motivation für die Innovation sowie den Wirkungen von Innovationen auf Unternehmen gefragt. Nach dem österreichisch-amerikanischen Ökonomen Schumpeter (1931) muss zwischen den beiden Begriffen der Innovation und der Invention strikt getrennt werden, da Inventionen an sich noch keinen wirtschaftlichen Bezug aufweisen. Erst durch die erfolgreiche wirtschaftliche Verwertung und Einführung des „Neuen“ in den Markt wird eine Invention zur Innovation (Schumpeter 1931). Inventionen sind somit Teil des Wissenschaftssystems, Innovationen Teil des Wirtschaftssystems, wobei ErfinderIn und InnovatorIn (bei Schumpeter UnternehmerIn) deshalb meist unterschiedliche AkteurInnen darstellen. Ein zentrales Merkmal von Innovationen ist somit die ökonomische Verwertbarkeit durch Umsetzung des zugrunde liegenden Wissens (Vahs/Burmester 2002, 44).

Das eigentliche Ziel von Innovationen beschreibt Schumpeter als „*Durchsetzung neuer Kombinationen von Produktionsmitteln*“ (Schumpeter 1961, 95). König (2003) schärft dies, indem er Innovation als „*zielgerichtete Entwicklung und Umsetzung von neuen (...) werteschaaffenden Problemlösungen (...) bezeichnet, (...) die darauf abzielen, institutionelle und unternehmerische Ziele auf eine neuartige Weise zu erreichen*“. (König 2003, 8; Kirner et al. 2006, 4) Im Kompendium der Innovationsforschung hält Blättel-Mink (2006, 30) allgemein formuliert fest, dass drei Merkmale allen Definitionen gemeinsam sind: (a) dass Innovationen grundlegende Neuerungen oder Verbesserungen von bestimmten Verfahren, Prozeduren oder Strukturen sein können, (b) dass Innovationen neu sind im radikalen Sinne des „zum ersten Mal in der Welt Sein“ oder neu sind für ein System, das diese Innovation einführt, und (c) dass Innovationen soziale Prozesse sind. Hilzenbecher (2005) definiert die Art und Anzahl der Innovationsfelder wesentlich weiter als von Schumpeter beschrieben, denn letztlich kann ihm zufolge ein Unternehmen in allen Geschäftsbereichen Innovationen kommerzialisieren, also innovativ sein. Die zehn für die Praxis wichtigsten Innovationsfelder sind laut Hilzenbecher (2005, 52): materielle und immaterielle Vermögenswerte, Kompetenzen, Prozesse, Strukturen, Produkte und Dienstleistungen, Märkte, Kommunikation, Wirtschaftlichkeit für den Kunden/die Kundin, Wettbewerb und Strategie.

Das Oslo-Manual, das eine Definition und Messung von Innovation anbietet, bezeichnet Innovation zusätzlich zu den eben genannten Faktoren auch als „subjektiv“, da eine Neuerung oder merkliche Verbesserung auch nur aus Sicht des Unternehmens erstmalig sein kann und nicht notwendigerweise eine Neuheit aus Sicht des Marktes darstellt (OECD 2005). (Mehr dazu in nachstehenden Kapiteln.) Wie Tidd et al. (2005) betonen, soll Innovation als kein einmaliges und punktuellere Ereignis betrachtet werden, sondern vielmehr als generische Unternehmensaktivität an sich. Auch Sommerlatte (1997) unterstreicht den prozessualen Charakter von Innovation und definiert Innovation als Managementvorgang, „(...) *der zur Umsetzung einer neuen, nützlichen Idee von ihrer Entstehung bis erfolgreichen praktischen Anwendung führt*“ (Sommerlatte 1997, 155). Goldhar (1980) spricht von Innovation vom Zeitpunkt der Idee bis zur erfolgreichen Vermarktung als einer Abfolge von organisatorischen und individuellen Verhaltensmustern (Goldhar 1980, 284).

Die verschiedenen verwendeten Innovationsdefinitionen verdeutlichen, dass Innovation vielschichtig ist und unterschiedlichste Aspekte wie Neuigkeit, Subjektivität, Marktbezug und einen

prozessualen Charakter beinhaltet. Es wird deutlich, dass Innovation ohne ein Bezugssystem nicht zu verstehen ist. Erst relativ zu vorher definierten Bezugsgrößen kann die Innovativität eines Unternehmens bestimmt werden (Kirner et al. 2006, 5). Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über ausgewählte definatorische Ansätze zum Innovationsbegriff (Sammerl 2006, 23 ff.):

Tabelle 3: Übersicht zu Definitionen von Innovation

Barnett (1953)	„An innovation is ... any thought, behavior or thing that is new because it is qualitatively different from existing forms.“
Vedin (1980)	„An innovation is an invention brought to its first use, its first introduction into the market.“
Marr (1980)	„Der Begriff Innovation (etymologisch: ‚Erneuerung‘) wird in der Literatur prozessual (Innovation als Erneuerungsprozess) oder objektbezogen (Innovation als Ergebnis eines Erneuerungsprozesses) definiert. Aber weder die prozessuale noch die objektbezogene Begriffsauffassung ist einheitlich. Bei prozessualer Interpretation stehen sich eine ganzheitliche (Innovation als alle Phasen des Erneuerungsprozesses einschließend) und eine phasenbezogene Auffassung (Innovation als die der Ideenentwicklung bzw. Invention folgende Durchsetzung einer Neuerung) gegenüber. Divergenzen bei objektbezogener Interpretation resultieren vor allem aus unterschiedlichen Ansichten darüber, wann etwas als ‚neu‘ zu bezeichnen ist.“
Witte (1988)	„Innovation ist die erstmalige (ökonomische) Nutzung einer Erfindung.“
Brockhoff (1994)	„Liegt eine Erfindung vor und verspricht sie wirtschaftlichen Erfolg, so werden Investitionen für die Fertigungsvorbereitung und die Markterschließung erforderlich, Produktion und Marketing müssen in Gang gesetzt werden. Kann damit die Einführung in dem Markt erreicht werden oder ein neues Verfahren eingesetzt werden, so spricht man von einer Produktinnovation oder einer Prozessinnovation. Hiermit ist im engeren Sinne von Innovationen die Rede.“
Pleschak/Sabisch (1996)	„Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist Innovation die Durchsetzung neuer technischer, wirtschaftlicher, organisatorischer und sozialer Problemlösungen im Unternehmen. Sie ist darauf gerichtet, Unternehmensziele auf neuartige Weise zu erfüllen.“
Schlaak (1999)	„Eine Innovation ist der Prozess und das Ergebnis einer aus der Sicht von Mitgliedern der Unternehmung neuen oder veränderten Kombinationen von Zwecken und Mitteln, die eine Verwendung im Markt oder Unternehmen gefunden hat.“
Gerpott (2001)	„Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind Innovationen von Unternehmen mit der Absicht der Verbesserung des eigenen Erfolgs am Markt oder intern im Unternehmen eingeführte qualitative Neuerungen. Bei diesen Neuerungen kann es sich einerseits um Produkte für den Absatzmarkt oder interne Leistungserstellungsverfahren handeln ...“
Hauschildt (2004)	„Innovationen sind im Ergebnis qualitativ neuartige Produkte oder Verfahren, die sich gegenüber dem vorangegangenen Zustand merklich – wie immer das zu bestimmen ist – unterscheiden.“

Quelle: Sammerl (2006, 24).

Bei einem Vergleich dieser Definitionen ist erkennbar, dass nahezu alle Definitionsansätze den Aspekt der Neuheit hervorheben bzw. den Neuheitsgrad problematisieren, auf den Innovationsprozess hinweisen und das Innovationsobjekt umschreiben. (Sammerl 2006, 25)

Relevanz der Innovationsdimensionen für die vorliegende Studie

Für die Unterscheidung der Innovation in ihren Kerndimensionen ist für die vorliegende Studie die Differenzierung hinsichtlich Gegenstandsbereich von Relevanz. Den Gegenstandsbereich betreffend wird im alltäglichen Gebrauch meist von Produktinnovationen gesprochen, wenn von Innovationen die Rede ist, oder technischen Prozessinnovationen (Kirner et al 2006, 7). Wie Schumpeter (1931, 1961) in seinen Arbeiten Anfang des 20. Jahrhunderts bereits festhielt, können sich Innovationen nicht nur auf Produkte, sondern auch auf Dienstleistungen, Märkte, technische Prozesse und Organisationsstrukturen beziehen. Das Oslo-Manual der OECD unterscheidet neben Produkt- und Prozessinnovationen auch noch Marketinginnovationen und organisatorische Innovationen (OECD 2005). Benkenstein und Steiner (2004, 34 ff.) unterscheiden im Bereich der Dienstleistungsinnovationen drei Formen: (a) Ergebnisinnovation (neue oder weiterentwickelte Idee und deren Umsetzung), (b) Potenzialinnovation (anbieterseitige Neuerung an den eigenen Leistungen) und (c) Prozessinnovation (Veränderung oder Neuentwicklung von Prozessen). Vorliegende Abgrenzung ist insofern von Relevanz, als dass in den befragten Unternehmen inputseitig ausschließlich Produkt- und Dienstleistungsinnovationen erhoben wurden. Dies basierte auf der Abstimmung mit dem betriebswirtschaftlichen Teil dieses Gesamtprojekts, um so eine bessere Vergleichsgrundlage der Ergebnisse zu bieten.

Eine Differenzierung hinsichtlich Auslöser (technology push versus market pull) spielen in der Praxis zwar eine essentielle Rolle, bei der Erhebung der internen Innovationsfähigkeit kann diese Unterscheidung jedoch ausgeklammert werden (Hauschildt 2004). Ebenso wird die Differenzierung hinsichtlich Neuigkeitsgrad und Veränderungsumfang weitestgehend ausgeschlossen, da Studien zeigen, dass die Adaption bzw. Modifikation von Neuerungen aus anderen Branchen bei touristischen Dienstleistungen überwiegen (Buer u. Pompl 2006, 21). Außerdem führen die knappe Ausstattung an finanziellen und personellen Ressourcen sowie die starke Ausrichtung auf KundInnenbedürfnisse von KMUs dazu, dass Innovationen im Tourismus meist inkrementellen und nur selten radikalen Charakters sind (Beritelli u. Romer 2006, 53 ff.).

Die Differenzierung nach Subjektdimension ist von Relevanz, als dass die Beurteilung einer Innovation primär von der subjektiven Bewertung der BetrachterInnen abhängt. Es ist daher wesentlich, wer diese Beurteilung vornimmt. Für die vorliegende Studie ist es relevant, eine Unterscheidung zwischen Markt- und Unternehmensneuheiten vorzunehmen, denn eine Innovation muss nicht eine Neuheit für die Welt, ein Land oder einen Industriesektor bedeuten, sondern kann eben auch eine Neuigkeit für einen spezifischen Betrieb, eine Geschäftseinheit oder für eine einzelne Person darstellen. (Benkenstein u. Steiner 2004, 31; Pikkemaat 2005, 90)

Eine weitere im Tourismus gebräuchliche Unterscheidung (Hjalager 2002, 465 f.) ist jene von Produktinnovationen (neues Produkt oder neue Dienstleistung), Prozessinnovationen (Verbesserung des Leistungsprozesses), Managementinnovationen (neue Teams, Hierarchien, Arbeitsplätze etc.), institutionellen Innovationen (Veränderungen auf einer übergeordneten oder behördlichen Ebene), logistischen Innovationen (Veränderung der Unternehmensbeziehungen) und Transaktionsinnovationen (flexiblere und schlankere Produktionssysteme). (Hjalager 2002, 465 f.; Walder 2007, 32 f.)

All dies zeigt, dass Innovation nur relativ zu einem Bezugssystem sinnvoll zu bewerten und zu definieren ist. Da es sich beim angebotenen Produkt im Tourismus zumeist um Produkt- und Dienstleistungen handelt, deren Erstellung in der Regel als Prozess abläuft, verschwimmen die Grenzen zwischen Produkt-/Service- und Prozessinnovation stark. Eine Untersuchung in touristischen Betrie-

ben Österreichs im Jahr 2003 zeigte, dass eine „funktionale Aufgliederung“ nicht ausreicht, um alle von den Unternehmen genannten Innovationen zu erfassen, sondern stattdessen die Rolle der Kernkompetenzen des Unternehmens besonders berücksichtigt werden sollte. (Walder 2007, 35)

Zur Definition des Innovationsbegriffs

Die vorausgegangenen Ausführungen über Definitionsversuche von Innovation haben gezeigt, dass die Beurteilung von Innovationsfähigkeit nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Kontext der Innovation möglich ist. Wird von der klaren Ausrichtung von Innovation an den Unternehmenszielen und vom ganzheitlichen Innovationsverständnis ausgegangen, so lässt sich Innovation für die vorliegende Arbeit auf Basis der Studie des Fraunhofer Instituts für die Erforschung von „Innovation in KMU“ (Kirner et al. 2006, 17) wie folgt definieren:

Innovation nach einem ganzheitlichen Verständnis ist die Realisierung einer für das Unternehmen neuen Idee in Bezug auf Produkte, Dienstleistungen, Herstellverfahren und Organisationsformen oder eine Kombination daraus, die darauf abzielt, Marktvorteile zu verschaffen und damit den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu steigern.

Zur Begrifflichkeit der Innovationsfähigkeit

Der Begriff der Innovationsfähigkeit setzt sich aus den beiden Begrifflichkeiten „Innovation“ und „Fähigkeit“ zusammen. Während der Einzelbegriff der Innovation bereits diskutiert und definiert wurde, meint die Fähigkeit hingegen, Innovationen, die für das eigene Unternehmen sowie für den Markt bedeutsame neue Merkmale aufweisen, zu entwickeln und einzuführen. Ein Blick in die einschlägige Literatur zur Innovationsfähigkeit zeigt, wie in Tabelle 4 dargestellt, dass auch hier wieder unterschiedliche Betrachtungswinkel existieren (Sammerl 2006, 37):

Wie aus Tabelle 4 an Begriffsdefinitionen erkennbar ist, bedeutet nun die Begrifflichkeit der Innovationsfähigkeit, dass „(...) Kompetenzen und Fähigkeiten auf organisationaler Ebene als Handlungspotenzial eines Unternehmens zur Erfüllung von Aufgaben und Erreichung von Zielen verstanden wird.“ (Sammerl 2006, 39) Innovationsfähigkeit wird also als ein Phänomen verstanden, dass die gesamte Organisation umfasst, so dass eine Untersuchung hinsichtlich Innovationsfähigkeitspotenzial auf der Unternehmensebene stattfinden muss (Sammerl et al. 2008, 132). Das Begriffsverständnis des Innovationsprozesses beginnt bereits mit der Problemerkennung und endet bei der Markteinführung des neuen Produktes.

Grundsätzlich können kaum Arbeiten identifiziert werden, die sich schwerpunktmäßig mit der Innovationsfähigkeit von Dienstleistungsunternehmen befassen. Es konnten keine wissenschaftlichen Studien gefunden werden, denen eine empirisch valide Konzeptionalisierung von Innovationsfähigkeit zugrunde liegt und bei denen anders als über direkte Outputgrößen (z. B. Anzahl der Produktinnovationen, Innovationsgrad etc.) gemessen wurde. Laut Sammerl et al. (2008, 133 f.) ist jedoch gerade das Wissen über die Elemente und die Struktur der Innovationsfähigkeit zentral, da nur so Einsicht darüber erlangt werden kann, wie die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens zu steigern ist. Der ressourcenorientierte Theorieansatz versucht zu erläutern, auf welche Weise Unternehmen vor dem Hintergrund eines sich ändernden Umfelds einen Wettbewerbsvorteil herbeiführen bzw. diesen aufrecht erhalten können, da Unternehmen dynamische Fähigkeiten benötigen, die eine Anpassung an neue Umfeldbedingungen ermöglichen. (Collis 1994, 149; Galunic/Eisenhardt 2001, 1229).

Im Gegensatz zur ökonomischen Innovationsforschung geht die betriebliche Innovationsforschung stärker vom Einzelunternehmen aus. Während der marktorientierte Ansatz die Innovationstätigkeit von Unternehmen auf Nachfrage- und Marktbedingungen der Umwelt und ständige Anpassung dar-

an zurückführt (z. B. Kostenführerschaft, Nischenstrategie, Differenzierung etc.),² verfolgt der ressourcenorientierte Ansatz das Ziel, Innovationen auf Basis der unternehmenseigenen Ressourcen und Kompetenzen zu generieren. Letzterer Zugang basiert auf der Idee, dass die internen Ressourcen und Kompetenzen (inklusive der über Kooperationen eingebundenen Ressourcen und Kompetenzen von KooperationspartnerInnen) den Ausgangspunkt der unternehmerischen Strategieformulierung bilden sollten (Kirner et al. 2007; Burr 2004; Prahalad u. Hamel 1990).

Tabelle 4: Übersicht zu Definitionen von Innovationsfähigkeit

Lindmann (1997)	„By capabilities is here meant all the skills or assets which are needed under given resources to perform any new product development activities in order to achieve desired ends.“
Greiling (1998)	„Aufgrund der fehlenden exakten Definitionsvorschläge in der Literatur soll die Innovationsfähigkeit im Folgenden als Eigenschaft verstanden werden, einen individuellen gegenwärtigen und/oder zukünftigen Innovationsbedarf zu suchen, zu erkennen, zu bewerten, zu formulieren und ihn zum Abschluss zur Anwendung bringen.“
Neely/Hii (1998)	„Innovative capacity is the potential of a firm, a region or a nation to generate innovative outputs; this potential is dependent on the synergetic interrelationships of the culture of the firm, internal processes and external environment.“
Neely/Filippini/Forza/Vinelli/Hii (2001)	„A firm's capacity to innovate can be thought of as the potential of that firm to generate innovative outputs.“
Subramaniam/Venkatraman (2001)	„We define transnational new product development capability as the ability to consistently and successfully introduce new products simultaneously in multiple country markets.“
Taikonda/Montoya-Weiss (2001)	„The ability to achieve quality, cost and time objective represents an organization's product development capabilities.“
Hagedoorn/Duysters (2002)	„Innovative capability concerns the specific expertise and competence related to the development and introduction of new processes and products.“
Un (2002)	„The firm's innovative capability is its ability to mobilize the knowledge embodied in its employees and combine it to create new knowledge resulting in product and/or process innovation. This capability is dynamic in that it involves the interaction between a firm's internal knowledge and the demands of the external market.“

Quelle: Sammerl (2006, 37 f.).

Der ressourcenorientierte Ansatz

Nicht das externe Marktumfeld (wie beim marktorientierten Ansatz), sondern die internen Ressourcen und Kompetenzen (inklusive der Ressourcen und Kompetenzen, die über Kooperationen eingebunden sind oder eingebracht werden) sollen der Ausgangspunkt einer unternehmerischen Strategiebildung sein (Burr 2004, Prahalad/Hamel 1990). Bei diesem Zugang werden Unternehmen als Systeme verstanden, die „aufgrund ihrer Elemente und Struktur über bestimmte Fähigkeiten verfügen und diese durch interne Reproduktions- und Wandlungsprozesse weiterentwickeln und selektieren“ (Kirner et al. 2006, 12). So erfolgt eine Anpassung an die veränderten Umwelt- und Wettbewerbsbedingungen „weder deterministisch noch automatisch. Die perzipierten Rahmenbedingungen treffen im Unternehmen vielmehr auf ein Geflecht von Führungspositionen, Gruppenstrukturen und informellen Netzwerken, in denen die Ressourcen und Kompetenzen eingebettet und verankert sind“ (ebd. 12). Es ist

diese Kombination aus eigener Struktur und eigenen Ressourcen und Kompetenzen, die für das jeweilige Unternehmen einzigartig sind, und so bedeutet dies für den ressourcenorientierten Ansatz, dass die verfügbaren Ressourcen des Unternehmens seine Märkte sowie seinen Markterfolg bestimmen. (Burr 2004, 115; Billerbeck 2003, 47)

Auf Basis der Arbeitsdefinition von Innovation (basierend auf den Arbeiten von Kirner et al. 2007, 6; Sammerl 2006, 39 ff.) ist die gewählte Arbeitsdefinition für Innovationsfähigkeit für die vorliegende Arbeit die folgende:

„Innovationen sind Erfolg versprechende (Er-)Neuerungen. Die Fähigkeit, Innovationen hervorzu- bringen, hängt davon ab, wie man das Innovationsergebnis, wie beispielsweise Marktneuheit, Zeit- ersparnis oder Qualitätsverbesserung aus dem Ressourceneinsatz generiert.“
(Kirner et al. 2007, 6)

Wie aus oben stehender Definition hervorgeht, fokussiert diese Begrifflichkeit der vorliegenden Arbeit auf den innerbetrieblichen Innovationsprozess, aus dem ressourcengenerierte Innovationen hervor- gehen.

2.1.2 Der innerbetriebliche Innovationsprozess

Zur Innovationsmessung werden zumeist die beiden Dimensionen des Innovationsinputs und des -outputs verwendet. Solch ein Inputfaktor bei Dienstleistungsinnovationen wäre beispielsweise der Aufwand für die Entwicklung von Dienstleistungsprojekten; Outputfaktoren sind beispielsweise Umsatzanteil oder die Einführung neuer Formen von produktbegleiteten Dienstleistungen.

Die OECD definiert in ihrem Oslo-Manual zahlreiche solcher Input- und Outputgrößen (OECD 2005), und auch die in den EU-Ländern durchgeführte Community Innovation Survey (CIS) basiert auf diesen Empfehlungen zur Messung von Innovation. Beim European Innovation Scoreboard (EIS) bedient sich die Europäische Kommission ebenso der Input- und Outputvariablen des Oslo-Manuals, wenn die Innovationsfähigkeit der Mitgliedsstaaten bestimmt und verglichen wird (European Inno- vation Scoreboard 2005). Da diese Systeme sich jedoch auf die Bestimmung der Innovationsfähigkeit von Staaten fokussieren, werden viele Indikatoren davon nicht der Vermessung der betrieblichen Innovationsfähigkeit gerecht.

Dass die Annahme nicht gilt, dass ein Mehr an Input zu einem Mehr an Output führt, zeigt die höhere Bedeutung des Innovationsprozesses an sich auf, also jenes „fluiden Prozesses“, der zwischen Input und Output liegt, und bei dem es auf nicht-lineare Weise um Feedback, Integration und Lern- prozesse geht (Dodgson et al. 2005). Kirner et al. (2007, 21) bestätigen: „Dem unternehmensinternen Transformationsprozess kommt eine Schlüsselrolle bei der Analyse der Innovationsfähigkeit von Unter- nehmen zu.“

Hinter dieser Annahme steht das theoretische Konzept der Dynamic Capabilities, also dynami- scher Fähigkeiten des Unternehmens, seine Ressourcen als Antwort auf sich ändernde Markt- und Umweltbedingungen zu erneuern und zu rekombinieren (Burr 2004, 132; Pavitt 2002).

2.2 BESONDERHEITEN TOURISTISCHER DIENSTLEISTUNGEN

Laut Benkenstein (2001) ist im Dienstleistungsbereich die scharfe Trennung zwischen Produkt- und Prozessinnovationen nicht einzuhalten, da KundInnen in sowohl internen als auch externen Dienst- leistungsprozessen involviert sind. Auch auf Grund der Tatsache, dass touristische Dienstleistungen aus mehreren Teilleistungen bestehen, sind Neuerungen „lediglich in einzelnen, marginal wahrnehm- baren Bereichen möglich“ (Benkenstein 2001, 693). Walder (2007, 29) fügt dem hinzu, dass außerdem neue Produkte und Dienstleistungen schwerer schützenswert und leichter imitierbar sind als tangible Produkte; demnach sei zu vermuten, dass Prozessinnovationen im Dienstleistungssektor häufiger als Produktinnovationen vorkommen.

Touristische Produkte können als Leistungsbündel von Sach- und Dienstleistungen mit beson- deren Charakteristiken gesehen werden: Sie können nicht gelagert werden, sie sind von den Kompo- nenten Raum und Zeit abhängig, sie verbinden Produktion und Absatz miteinander (Uno-actu-Prin- zip) und sie weisen eine hohe Komplementarität zu anderen Tourismusleistungen auf (Freyer 2001, 229 f.). Ein wesentliches Hauptmerkmal vieler touristischer Innovationen besteht darin, dass oftmals mehrere AkteurInnen (vor allem Dienstleistungsmanagementorganisationen) in den Leistungs- und somit in den Innovationsprozess mit eingebunden sind. Es handelt sich nach Müller (2007, 15) dabei um institutionelle Innovationen. Diese Innovationsart bezieht sich somit nicht auf einzelne Betriebe, sondern auf gemeinschaftliche und behördliche Strukturen und kann sowohl den privaten als auch den öffentlichen Sektor betreffen (Pikkemaat et al. 2006, 4).

Wie bereits durch Freyers Beschreibung des touristischen Produkts ersichtlich wurde, unter- scheiden sich Dienstleistungen also von Sachgütern durch einige besondere Merkmale und stellen somit besondere Anforderungen an das Innovationsmanagement dar. Aus der Immaterialität und Intangibilität des touristischen Produktes können sich Evaluierungsprobleme für KundInnen ergeben: Intangible Leistungen können trotz des darstellenden Leistungsversprechens nur eingeschränkt getestet werden. Dies macht die Leistung als solche nur schwer kommunizierbar (Bruhn/Stauss 2004, 9). Weiters wird die aktive Teilnahme des Kunden am Leistungsprozess für die Konsumation des touristischen Produkts gefordert; die touristische Dienstleistung wird gleichzeitig erstellt als auch genutzt. Hier empfehlen Bruhn und Stauss (2004, 9 f.), die Anregungen, Wünsche und Ideen des/der Kunden/Kundin für den Innovationsprozess zu nutzen und somit die Erfolgswahrscheinlichkeit von Innovationen zu erhöhen. Touristische Dienstleistungen weisen auch die Besonderheit der Hetero- genität auf, die sich aus der Interaktion zwischen KundInnen und DienstleistungserbringerInnen ergibt und zu Schwankungen bei der Leistungsqualität führen kann (Buer/Pompl 2006, 28).

Touristische Dienstleistungen weisen zahlreiche Besonderheiten, Grenzen und Probleme auf, die im produzierenden Sektor kaum bis gar nicht vorhanden sind. Solche Grenzen sind (Müller 2006, 116 f.) weiters die unterschiedliche Innovationsakzeptanz von KundInnen und Gästen, der durch StammkundInnen geprägte Konservatismus an Dienstleistungen sowie die Abhängigkeit von natür- lichen und kulturellen Angeboten per se. Weitere markante Probleme sind die fehlenden rechtlichen Schutzmöglichkeiten und Markteintrittsschranken auf Grund der geringen Komplexität touristischer Innovationen und die dadurch entstehende schnelle, einfache und billige Imitationsmöglichkeit für Mitbewerber. (Buer/Pompl 2006, 29 ff.)

KMUs sind mit ihren knappen Ressourcen also darauf angewiesen, diese letztlich erfolbringend einzusetzen, da Fehlschläge schnell zu existenziellen Problemen führen können. Des Weiteren ver- fügen klein- und mittelständische Unternehmen über einen geringeren Grad an Professionalität im Innovationsmanagement; es fehlt zumeist an einer konsequenten Strategieorientierung sowie einer mittel- und langfristigen Planung; die hohe Arbeitsbelastung im Tagesgeschäft und knappen Perso-

nalressourcen lassen oft keine Innovationsplanung zu; die Innovationskompetenz ist bei KMU so gut wie nicht strukturell verankert und es gibt eine hohe Abhängigkeit vom „Funktionieren“ einzelner Personen. Es stellt sich also weniger die Frage nach der Steigerung des Ressourceneinsatzes bei KMUs, sondern viel mehr danach, trotz der knappen Ressourcen Erfolg versprechende Transformationsprozesse durchzuführen (Kirner et al. 2007, 31 f.)

3 Methodik

Die historischen Ursprünge der Vermessung der Innovationsfähigkeit liegen in der Ressourcentheorie. Der Resource-based View auf die Innovativität von Unternehmen liegt die zentrale Aussage zugrunde, dass Unternehmen in ihrer Ressourcenausstattung sich unterscheiden und dass diese Ressourcenheterogenität ursächlich für Erfolgsunterschiede ist. Nicht Individuen oder Gesellschaften stehen hier im Untersuchungsinteresse, sondern primär organisatorische Unternehmensebenen. (Sammerl 2006) Die Innovativität der touristischen KMUs wird also entscheidend davon beeinflusst, wie gut sie ihre größenspezifischen Vorteile bewusst einsetzen und nutzen und wie sie mit den Nachteilen der vergleichsweise geringen Ressourcenausstattung umgehen können. Aus diesem Grund wird als Bezugsrahmen für die Erhebung der Innovationsfähigkeit der Salzburger Betriebe der innerbetriebliche Transformationsprozess der Ressourcen gewählt. Ein Mess- und Bewertungsinstrument zur Innovationsfähigkeit in produzierenden KMUs entwickelte das Fraunhofer Institut für Innovationsforschung. Es definierte neun zentrale Gestaltungsfelder, innerhalb derer Innovationsprozesse stattfinden, sowie Kritische Erfolgsfaktoren, die durch operationalisierte Indikatoren messbar gemacht wurden. (Kirner et al. 2006) Dieses bestehende System zur Vermessung der betrieblichen Innovationsfähigkeit dient als zentrale Grundlage für die vorliegende Erhebung. Zudem wurden auch Strukturdaten der Betriebe für eine bessere Vergleichbarkeit erhoben sowie Output-orientierte Daten (wie Anteil an Umsatzerlösen durch Produkt- und/oder Dienstleistungsinnovationen oder getätigte betriebliche Innovationsaktivitäten).

3.1 AUSWAHL UND ADAPTION DER INDIKATOREN

Ziel der vorliegenden Studie ist es, ein Softwaretool für die Erhebung und Bewertung der betrieblichen Innovationsfähigkeit zu erstellen. Diese Bewertung basiert auf Vergleichsgrößen von Indikatoren zu Kritischen Erfolgsfaktoren auf Basis der Theorie des Ressourceneinsatzes, die eine Aussage über die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens erlaubt; beide – sowohl die Kritischen Erfolgsfaktoren als auch die entsprechenden Indikatoren – wurden bereits 2006 im Rahmen einer Studie des Fraunhofer Instituts in Workshops mit hoch innovativen Partnerfirmen erhoben.³ Diese prozessualen Faktoren

(also WIE Innovationen im Unternehmen stattfinden) lassen sich neun unterschiedlichen Gestaltungsfeldern zuordnen, die für Innovationen bzw. den Innovationsprozess eine entscheidende Rolle spielen (Kirner et al. 2006; Kirner et al. 2007; Wagner 2006), um diese dann mit unterschiedlichen Indikatoren zu operationalisieren. Gesamt konnten im Zuge der eben genannten Studie 28 operationalisierende Indikatoren an Kritischen Erfolgsfaktoren erhoben werden, die aussagekräftig darüber sind, wie innovationsfähig ein Unternehmen ist. Strukturell lehnt sich die vorliegende Studie an die Methodik und Operationalisierung der eben genannten Indikatorik an, zumal Adaptionen speziell auf die Innovationsfähigkeit im Dienstleistungsbereich vorgenommen wurden (siehe Kapitel 3.1 – Auswahl und Adaption der Indikatoren).

Gestaltungsfelder von Innovationsprozessen

Die neun zentralen Gestaltungsfelder, die für Innovationen bzw. für den Innovationsprozess eine entscheidende Rolle spielen und die auch für die vorliegende Studie herangezogen wurden, umfassen die Bereiche: Innovationskultur, Strategie, Kompetenz und Wissen, Technologie, Produkt und Dienstleistung, Prozess, Struktur und Netzwerk sowie Markt und Projektmanagement⁴. Siehe nachstehend (Kirner et al. 2007; Spath et al. 2001):

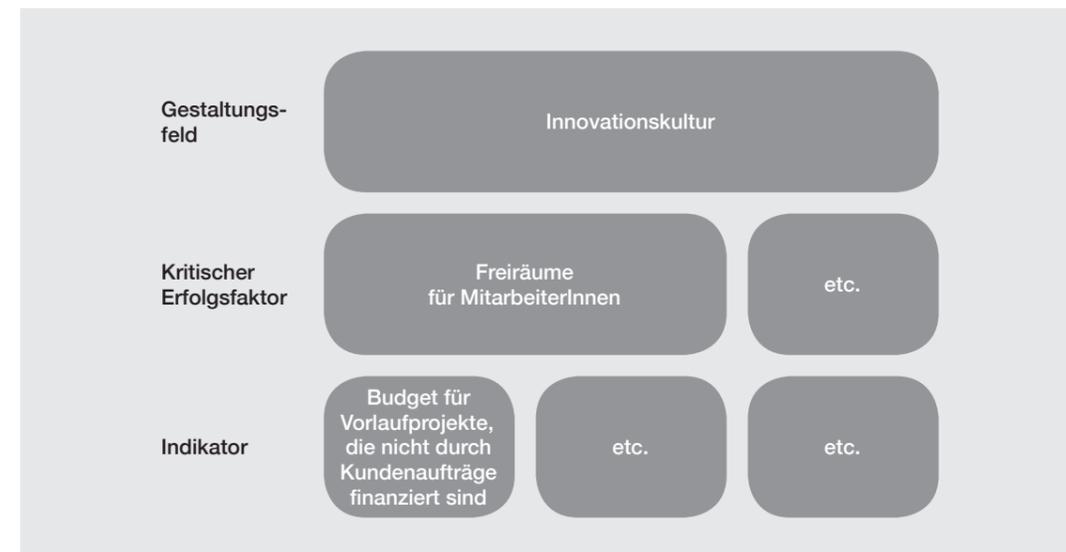
- **Innovationskultur:** Unter Innovationskultur werden jene Bestandteile der Unternehmenskultur betrachtet, die für Innovationstätigkeiten besonders wichtig sind. Hierzu zählen die vorhandenen Werte, Normen und Verhaltensweisen, die sich entweder fördernd oder hemmend auf Innovationstätigkeiten auswirken können. Dieses Gestaltungsfeld prägt entscheidend die Fähigkeit und Bereitschaft der MitarbeiterInnen, neue Ideen zu entwickeln und auch umzusetzen. Hierzu zählen Innovationspromotoren, gelebte Offenheit, Motivation und Identifikation der MitarbeiterInnen im Unternehmen sowie hohes Vertrauen und Wertschätzung des Unternehmens gegenüber seinen MitarbeiterInnen.
- **Strategie:** Unter Strategie fallen die lang- und mittelfristige Zielbindung im Unternehmen sowie die Formulierung von Maßnahmen, wie diese Ziele zu erreichen sind. Werden in der Unternehmensstrategie nicht ausreichend Innovationstätigkeiten berücksichtigt, sinkt die Wahrscheinlichkeit für die Durchführung von innovationsförderlichen Aktivitäten. Durch eine Strategie wird sowohl ein gemeinsames Verständnis von Innovation gefördert als auch mittelbar bestimmt, welche Ideen weiterentwickelt werden. Zu Erfolgsfaktoren im Gestaltungsfeld Strategie zählen beispielsweise die strategische Ausrichtung des Unternehmens, das Vorhandensein einer langfristigen Innovationsstrategie etc.
- **Kompetenz und Wissen:** Unter Wissen werden alle Kenntnisse und Fähigkeiten verstanden, die zur Lösung eines Problems eingesetzt werden, u. a. auch Daten und Informationen. Kompetenz hingegen bezeichnet die Anwendung dieses Wissens in Form von Handlungen. Vorhandene Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen der MitarbeiterInnen sind ein wesentliches Potenzial für neue Ideen in Unternehmen. Kritische Erfolgsfaktoren in diesem Gestaltungsfeld sind beispielsweise das Vorhandensein sowie die Anpassung der notwendigen Kompetenzen und Qualifikationen der MitarbeiterInnen.
- **Technologie:** Um innovationsfähig zu sein, ist es notwendig, passende Technologien einzusetzen und zu beherrschen. Erfolgsfaktoren in diesem Kontext sind beispielsweise der Aufbau von Technologienetzwerken, der Technologietransfer sowie ein zukunftsfähiges Technologiekonzept. (Anm.: Als Technologie wird auf Basis der Definition von Sommerlatte und Deschamps (1986) „die praktische Anwendung von naturwissenschaftlichen oder technischen Möglichkeiten zur Realisierung von Leistungsmerkmalen von Produkten und Betriebsmitteln“ bezeichnet.)

- **Produkt und Dienstleistung:** Ob ein Produkt zum Erfolg wird, hängt maßgeblich davon ab, ob die KundInnenwünsche erfüllt bzw. Problemlösungen für die KundInnen gegeben sind. Nach DIN EN ISO 9000 handelt es sich bei einem Produkt um das „Ergebnis eines Prozesses“, wobei darin vier Produktkategorien unterschieden werden können: Dienstleistungen, Software, Hardware und verfahrenstechnische Produkte. Bei der Dienstleistung handelt es sich laut DIN EN ISO 9000 um ein Produkt, um „das Ergebnis mindestens einer Tätigkeit, die notwendigerweise an der Schnittstelle zwischen dem Lieferanten und dem/der Kunden/Kundin aufgeführt wird und üblicherweise immateriell ist“. So muss es eine Abstimmung zwischen vorhandenen Prozessen, der vorhandenen Organisation und neu zu entwickelten Produkten geben, da eine alleinige Ausrichtung des Prozesses am neu entwickelten Produkt verfehlt wäre, da auch das neue Produkt mit vorhandenen Ressourcen im Einklang stehen muss.
- **Prozess:** Laut DIN EN ISO 9000 ist ein Prozess ein „Satz von in Wechselbeziehung oder Wechselwirkung stehenden Tätigkeiten, der Eingaben in Ergebnisse umwandelt“. So stellt sich bei der Innovationsfähigkeit eines Unternehmens die Frage, inwieweit implementierte Prozesse geeignet sind, Innovationen hervorzubringen. Als Erfolgsfaktoren hierbei sind u. a. unterstützende Routinen zur Risikobeherrschung in Innovationsprojekten zu zählen oder die Möglichkeit, Innovationsprojekte gegebenenfalls schnell und flexibel durchzuführen.
- **Struktur und Netzwerk:** Unter Strukturen und Netzwerken wird im weiteren Sinne die Organisation eines Unternehmens verstanden. Dabei ist die externe Organisation (z. B. PartnerInnen, ZuliefererInnen) genauso zu beachten wie der interne Aufbau. Dem Gestaltungsfeld Struktur und Netzwerke sind Erfolgsfaktoren wie beispielsweise die Auswahl der richtigen ProjektpartnerInnen mit nötiger Kompetenz, Flexibilität und Innovativität als auch formelle und informelle Netzwerke zu anderen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen zugeordnet.
- **Markt:** Um am Markt erfolgreich zu sein, muss sich ein Unternehmen nicht nur am Abnehmer oder KundInnen orientieren, sondern auch am Wettbewerb. Erfolgsfaktoren im Gestaltungsfeld Markt sind somit beispielsweise Schaffung und Ausbau der Markt- und Wettbewerbskenntnis, die Einbindung des/der Kunden/Kundin in die Entwicklung oder die systematische Auswertung von Beschwerden.
- **Projektmanagement:** Unter Projektmanagement wird die Leitung eines Projekts verstanden, wobei diese hauptsächlich die Planung, die Überwachung sowie die Steuerung eines Projekts umfasst. Da viele Innovationsprojekte an mangelndem Projektmanagement scheitern, ist es deshalb wichtig, durch gutes Projektmanagement ein solches Scheitern zu verhindern. Erfolgsfaktoren in diesem Gestaltungsfeld sind u. a. klare Zielsetzungen, Einigkeit über Projektziele, angemessen hohe Flexibilität sowie die zeitgerechte Einbindung der beteiligten Bereiche.

Zur Operationalisierung der Gestaltungsfelder

Es gilt, die einzelnen Gestaltungsfelder durch möglichst unterschiedliche inhaltliche Aspekte abzudecken und durch eine einheitliche Skala mess- und vergleichbar zu gestalten. So wurden Kritische Erfolgsfaktoren definiert, die durch einzelne Indikatoren diese Messbarkeit ermöglichen; eine solche Operationalisierung eines Kritischen Erfolgsfaktors soll kurz an Hand eines Beispiels veranschaulicht werden: Im Gestaltungsfeld Innovationskultur gibt es beispielsweise den Kritischen Erfolgsfaktor „Freiräume für MitarbeiterInnen“, welcher z. B. durch den Indikator „Budget für Vorlaufprojekte, die nicht durch KundInnenaufträge direkt finanziert sind“ operationalisiert wurde.

Abbildung 1: Operationalisierung eines Kritischen Erfolgsfaktors



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Kirner et al. (2007, 10).

Aus Abbildung 1 wird ersichtlich, dass das Abstraktionsniveau vom Gestaltungsfeld (welches teilweise noch diffus und unklar ist) hin zum Indikator abnimmt. Es wurde auf Basis der Fraunhofer-Studie eine eigene Operationalisierungstabelle der Kritischen Erfolgsfaktoren erstellt, die gesamt dem Anhang zu entnehmen ist (siehe Annex 2 – Adaptierte Erfolgsfaktorenliste), ein Ausschnitt davon ist nachstehend vorzufinden. Modifikationen fanden primär im Bereich des Wordings statt; beispielsweise wurde statt des Begriffs des Herstellungsverfahrens die Begrifflichkeit der Dienstleistung verwendet, anstatt Absatzmarkt wurde Markt verwendet etc.

Tabelle 5: Operationalisierung der Kritischen Erfolgsfaktoren

Nr.	Operationalisierung	Kritischer Erfolgsfaktor	Gestaltungsfeld
1	In unserem Unternehmen gibt es viele Personen, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben.	Vorhandensein von Innovationspromotoren im Management des Unternehmens/„langer Atem“ bei der Durchführung von Innovationen/ jeder einzelne Mitarbeiter soll ein Innovationspromotor sein	Innovationskultur
2	Die Personen, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben, sind über alle Hierarchieebenen verteilt.	Vorhandensein von Innovationspromotoren im Management des Unternehmens/„langer Atem“ bei der Durchführung von Innovationen/ jeder einzelne Mitarbeiter soll ein Innovationspromotor sein	Innovationskultur
3	Die Bereitschaft der Geschäftsleitung bzw. des Führungspersonals, sich auf Neues einzulassen, ist sehr hoch (z. B. Verwendung neuer Technologien).	Mut für Neues/Bereitschaft zum Verlassen der Komfortzone bzw. vertrauter Gewässer	Innovationskultur
4	Wir kontrollieren systematisch und methodengesteuert die finanziellen und technischen Risiken von Innovationsprojekten (z. B. durch Risiko- oder SWOT-Analysen).	Routinen zur Risikobeherrschung von Innovationsprojekten	Prozess Projektmanagement

Quelle: Eigene Bewertungseinteilung auf Basis von Kirner et al. (2007).

Strukturdaten der Unternehmen

Als Strukturdaten der Unternehmen wurden die Rechtsform, die Klassifizierung des Betriebes, die Anzahl der Betten und Zimmer, die Anzahl der MitarbeiterInnen, die Betriebsführung (Familienbetrieb) und die Betriebsart (Ganzjahresbetrieb/Saisonbetrieb), das Jahr der Unternehmensgründung, ob es eine Unternehmensübergabe in den letzten zehn Jahren gab, sowie die Postleitzahl des Betriebes abgefragt.

Zusätzliche innovationsrelevante Fragestellungen

Um im Zuge der Indikatorenbewertung weitere relevante Ergebnisse hinsichtlich anderer innovationsrelevanter Unternehmensaktivitäten Input- und Output-seitig zu erhalten (um so eine Vergleichbarkeit mit den betriebswirtschaftlichen Ergebnissen des Gesamtprojekts zu ermöglichen), wurden folgende Fragestellungen ergänzt (der gesamte Fragebogen ist Annex 1 zu entnehmen):

Hat Ihr Unternehmen im Zeitraum von 2012 bis 2014 eine oder mehrere der folgenden Aktivitäten durchgeführt? (Ja-nein-Antwortkategorien)

- Erwerb von externem Wissen von Dritten für Innovation (*Ankauf von Patenten, Lizenzen, nicht patentierten Erfindungen, Know-how und anderen Arten von Wissen von anderen Unternehmen oder Einrichtungen, die speziell zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren beschafft worden sind*)
- Erwerb von frei verfügbarem Wissen für Innovation (*Informationseinholung über Medien wie Fachzeitschriften oder Internet, Austausch mit Forschungseinrichtungen und Technologietransferstellen, Besuch von Vorträgen und Kongressen oder Engagement in relevanten Gremien, Ausschüssen und Arbeitskreisen mit dem Ziel der Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren*)

- Weiterbildungsmaßnahmen (*MitarbeiterInnenschulung und Weiterbildung für die Entwicklung oder Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren und zur besseren Nutzung externen Wissens und/oder der Erhöhung der kreativen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen*)
- Markteinführung von Innovation (Aktivitäten für die Markteinführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten oder Dienstleistungen einschließlich Marktforschung und Einführungswerbung)
- Design (Aktivitäten, die zum Entwurf, zur Verbesserung oder Änderung der Form oder des Erscheinungsbilds von neuen oder merklich verbesserten Produkten oder Dienstleistungen führen)
- Andere Innovationsaktivitäten (sonstige Aktivitäten zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren (z. B. Machbarkeitsstudien, Untersuchungen, routinemäßige Entwicklung von Software))

Hat Ihr Unternehmen im Zeitraum von 2012 bis 2014 eine oder mehrere Produkt- und Dienstleistungsinnovationen eingeführt? (Ja-nein-Antwortkategorien); nachstehende Filterfragen bei Antwort „ja“:

- Wie wurden diese Innovationen entwickelt? Durch ...
 - ... das eigene Unternehmen
 - ... Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen und Einrichtungen
 - ... andere Unternehmen und Einrichtungen
- Bitte schätzen Sie die Umsatzsteigerung, die durch die eingeführte(n) Produkt- oder Dienstleistungsinnovation(en) im Zeitraum von 2012 bis 2014 erlangt werden konnten (in Prozentwerten für den gesamten Zeitraum von 2012 bis 2014 schätzen: ___ %)
- Wie hoch war im Zeitraum von 2012 bis 2014 der Anteil der Produkte/Dienstleistungen, die neu für Ihr Unternehmen waren, an den Umsatzerlösen? Bitte Prozentwerte für den gesamten Zeitraum von 2012 bis 2014 schätzen: ___ %

Hat Ihr Unternehmen in den Jahren 2012 bis 2014 bei seinen Innovationsaktivitäten mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen kooperiert? (Ja-nein-Antwortkategorie)

Filterfrage bei „ja“: Um welche KooperationspartnerInnen handelte es sich dabei und wo waren diese angesiedelt? (Mehrfachantworten möglich; Antwortskala: 1. lokal, regional; 2. überregional in Österreich; 3. überregional im Ausland)⁵

- Hochschulen
- Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
- KundInnen
- Zulieferer
- Kommerzielle Forschungs- und Entwicklungsdienstleister
- Andere Unternehmen der eigenen Unternehmensgruppe
- Beratungsunternehmen

Wie würden Sie die Innovationserfahrung Ihres Unternehmens einstufen? (Antwortskala: hoch/eher hoch/eher gering/gering). Letztere Frage diente der Bewertung der Selbsteinschätzung der Unternehmen.

3.2 ERHEBUNG UND AUSWERTUNG DER DATEN

Detaillierte Informationen zur Ausgangslage und Stichprobe sind Kapitel 4 – „Überblick zu den Daten“ zu entnehmen; nachstehend folgen eine kurze Nennung von Erhebungsdesign und -methode sowie Erläuterungen zur Berechnung der Ergebnisse.

Erhebungsdesign und -methode

Als Erhebungstool wurde eine Online-Befragung gewählt. Es wurde auf Basis der in Kapitel 3 genannten Indikatoren eine Erhebung entworfen, die zusätzlich zur Bewertung der Innovationsfähigkeitsindikatoren und zur Abfrage der strukturellen Informationen des Unternehmens auch noch weitere essentielle Merkmale erhob, wie beispielsweise die Durchführung von Innovationsaktivitäten oder die selbst einzuschätzende Innovationserfahrung. Die gesamte Erhebung wurde online unter <https://check.tourismus-innovationen.eu>⁶ bereitgestellt und den Betrieben als Link per E-Mail zugeschickt. Auf Grund der sehr geringen Rücklaufquote von weniger als 5 % bei insgesamt drei Erhebungswellen wurden letztlich externe Personen beauftragt, die Unternehmen direkt zu besuchen und gemeinsam mit einer zuständigen Person den Fragebogen persönlich auszufüllen. Mehr dazu siehe Kapitel 4.2 – „Stichprobengröße“.

Zur Bewertung und Berechnung der Gestaltungsfelder

Die Zuordnung zu den Gestaltungsfeldern wurde größtenteils bereits durch das Fraunhofer Institut vorgenommen; die Berechnung der jeweiligen Innovationstypen (die je nach Erfüllung der Kriterien in den unterschiedlichen Gestaltungsfeldern bewertet wurden, siehe Kapitel 3.1 – „Auswahl und Adaption der Indikatoren“) fand abweichend davon statt, da die Analyse der Literatur für Dienstleistungsinnovationen teilweise andere Wertigkeiten aufwies, als jene von Kirner et al. (2007) verwendet. Es wurde beispielsweise bei der vorliegenden Studie der Indikator „Kontrolle der Innovationsprojektrisiken“ geringer bewertet als „innovationstreibende Personen im Unternehmen“ oder „Innovationsbereitschaft der Geschäftsführung oder des Managements“, da diese bei Innovationen im touristischen Dienstleistungsbetrieben und KMUs häufiger als essentiell genannt wurden als beispielsweise die Kontrolle der Risiken, was sich somit auf die ganzheitliche Bewertung der Gestaltungsfelder auswirkte. Die Bewertungsgewichtung der Gestaltungsfelder ist Annex 3 zu entnehmen.

Zuordnung der Ergebnisse zu Innovationstypen

Um jedem teilnehmenden Unternehmen am Ende der Befragung eine Einstufung des eigenen Unternehmens im Hinblick auf die eigene Innovationsfähigkeit zu ermöglichen (und ebenso dem Projektauftrag nachzukommen, ein Softwaretool für eine Selbstbewertung zu erstellen), wurden fünf Innovationstypen definiert. Je nach Bewertung der einzelnen Indikatoren und Erfolgsfaktoren sowie der eben genannten gewichteten Zuordnung zu den jeweiligen Gestaltungsfeldern wurden folgende mögliche Bewertungsergebnisse – je nach errechneter Reifegradstufe – zur Verfügung gestellt⁷:

Die Reifegradstufe 1 ist der zufällige Innovator (diese ist vor allem durch eine innovationshemmende Unternehmenskultur gekennzeichnet; Innovationen entstehen zufällig und unsystematisch). Reifegradstufe 2 beschreibt den reaktiven Innovator (welcher durch eine geplante, aber nicht konsequent durchgesetzte Innovationspolitik gekennzeichnet ist). Reifegradstufe 3 ist der aktive Innovator (unternehmensweite Strukturen zur Planung und Steuerung im Unternehmen sind vorhanden und geplant). Reifegradstufe 4 bezeichnet den strategischen Innovator (die MitarbeiterInnen werden ermutigt, kreativ zu sein und Ideen in einem unternehmensweiten Innovationsmanagement zu generieren) und Reifegradstufe 5 beschreibt den prägenden Innovator, der das Innovationsmanagement

in den gesamten Bereichen und miteinander vernetzt. Die Ergebnisse wurden auf Basis der Angaben der Unternehmen definiert; so konnte die Reifegradstufe 5 (der prägende Innovator) erreicht werden, wenn 100 % der Ist-Angaben des Betriebes mit „trifft voll zu“ und „eher ja“ bewertet wurden, jedoch mindestens 75 % davon mit „trifft voll zu“. Reifegradstufe 4 (der aktive Innovator) definierte sich durch ebenso 100%ige Ist-Angabe von „trifft voll zu“ und „eher ja“ der Ist-Situation, und mindestens 50 % „trifft voll zu“. Reifegradstufe 3 (der aktive Innovator) wurde bewertet mit 67%iger Zustimmung („trifft voll zu“ und „eher ja“) und davon mindestens 25 % „trifft voll zu“. Reifegradstufe 2 (der reaktive Innovator) umfasste eine Beurteilung der positiven Ist-Situation mit mindestens 34 % und maximal 66 % „trifft voll zu“ und „eher ja“. Der zufällige Innovator als unterster Reifegrad definierte sich mit weniger als 67 % Beurteilung der Ist-Kriterien mit „trifft voll zu“ und „eher ja“.

Tabelle 6: Bewertung der Reifegradstufen

Innovatortyp und Reifegrad	Bewertungsanteil	Kriterienbeurteilung	Mindestanforderung Kriterienerfüllung
Der prägende Innovator – Reifegrad 5	100 %	„trifft voll zu“ und „eher ja“	mind. 75 % „trifft voll zu“
Der strategische Innovator – Reifegrad 4	100 %	„trifft voll zu“ und „eher ja“	mind. 50 % „trifft voll zu“
Der aktive Innovator – Reifegrad 3	> 67 %	„trifft voll zu“ und „eher ja“	mind. 25 % „trifft voll zu“
Der reaktive Innovator – Reifegrad 2	34–66 %	„trifft voll zu“ und „eher ja“	-
Der zufällige Innovator – Reifegrad 1	< 33 %	„trifft voll zu“ und „eher ja“	-

Quelle: Eigene Bewertungseinteilung auf Basis von Spath et al. (2006).

Die Bewertungsergebnisse, die den Unternehmen am Ende der Befragung zur Verfügung gestellt wurden, beschrieben diese Innovationsergebnisse und -typen wie folgt (Spath et al. 2006; Neun 2015). Eine grafische Darstellung einer solchen Auswertung ist Annex 4 zu entnehmen). Jeder Betrieb erhielt diese Auswertung auf Wunsch auch per E-Mail bereitgestellt.

- **Der prägende Innovator:** Die MitarbeiterInnen werden unternehmensweit explizit aufgefordert und gefördert, neue Ideen zu entwickeln und diese in Innovationen umzusetzen. Solche Projekte werden explizit gefördert und es herrscht eine hohe Risikobereitschaft, Neues auszuprobieren. Das Unternehmen richtet sein unternehmerisches Handeln größtenteils auf die Umsetzung von Innovationsprojekten aus und kommuniziert diese Strategie im Unternehmen. Innovationen werden vorausgeplant und durchgeführt. Ziel ist, einen Vorsprung gegenüber Wettbewerbern zu erlangen, der durch die Schaffung von Markteintrittsbarrieren gesichert wird. Es existieren systematische Möglichkeiten für die MitarbeiterInnen, sich über den aktuellen Wissensstand im Unternehmen zu informieren, dieses Wissen zu nutzen und neues Wissen zu generieren. Die Akzeptanz des Systems und der daraus gezogene Gewinn für die MitarbeiterInnen bei der Umsetzung von Innovationen ist hoch. Die Entwicklung innovativer Technologien wird ständig beobachtet und bewertet. Technologien, die für das Unternehmen als Schlüsseltechnologien gelten, werden zugreifbar gemacht. Das Unternehmen weist viele innovative erfolgreiche Pro-

dukte beziehungsweise Dienstleistungen in seinem Portfolio auf. Dokumentationen über erfolgreiche Innovationen und abgebrochene Entwicklungsprozesse sind zentral verfügbar und dienen als Informationspool für neue Projektideen, was es erleichtert, aus bestehenden Produkten wiederum Innovationen zu erschaffen. Der Innovationsprozess ist strategisch verankert. Der standardisierte Innovationsprozess kann flexibel an sich verändernde Ziele angepasst werden. Die Prozesse im Unternehmen sind kontinuierlich und liefern reproduzierbare Ergebnisse. Schnittstellenprobleme zu anderen Prozessen sind behoben. Das Unternehmen ist in all die Netzwerke eingebunden, die für die Entwicklung und Einführung von Innovationen nötig sind (u. a. KundInnen, ZuliefererInnen, Forschungseinrichtungen ...). Kooperationen mit anderen Unternehmen werden zu strategischen Allianzen. Der strukturelle Ausbau des Unternehmens erlaubt den zielgerichteten Einsatz von Ressourcen. Innovationsprojekte werden in einer Projektorganisation durchgeführt. Projekte sind damit eigenständige strukturelle Einheiten mit ihren eigenen Kontroll- und Regelmechanismen zur Projektsteuerung. Um auf die Anforderungen und Ansprüche des Markts reagieren zu können, wird das KundInnenwissen systematisch genutzt (Customer Knowledge Management) und die Entwicklung der WettbewerberInnen betrachtet (z. B. über Benchmarking). Markt- und KundInnenanalysen sind Bestandteil der alltäglichen Arbeit.

- **Der strategische Innovator:** Das Unternehmen fordert seine MitarbeiterInnen auf, Ideen für Innovationen zu entwickeln, und ermutigt sie, diese Ideen an Vorgesetzte weiterzugeben. Die Wichtigkeit von Innovationen wird betont. Die Innovationen des Unternehmens werden strategisch geplant. Es gibt eine Strategie für Forschung, Entwicklung und Markteinführung der Innovation. Das Wissensmanagement ist unternehmensweit fest implementiert und ermöglicht den Zugang aller MitarbeiterInnen zu den Wissensquellen des Unternehmens. Zur Neuentwicklung von Wissen kommt es nur spärlich. Technologien mit Innovationspotenzial werden im Rahmen eines gezielten Technologiemanagements systematisch herausgefiltert. Die Produkte beziehungsweise Dienstleistungen eines Unternehmens sind innovativ und erzielen Erfolge auf den Märkten. Sie werden systematisch weiterentwickelt und zum Teil für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen wiederverwendet. Die Prozesse, die zu einer erfolgreichen Innovation nötig sind, werden im Unternehmen standardisiert und durch Prozesskennzahlen überwacht sowie auf Kompatibilität mit weiteren unternehmensinternen oder unternehmensfremden Prozessen überprüft. Die Organisation innerhalb des Unternehmens ermöglicht den flexiblen Einsatz von Ressourcen in den Innovationsprojekten. Die Kooperationen z. B. mit TechnologiepartnerInnen werden durch ein Kooperationsmanagement geplant und gesteuert. Die Projektorganisation übernimmt weitestgehend alle für das Innovationsprojekt wichtigen Aufgaben. Spezielle Funktionen sind noch nicht in die Projektorganisation aufgenommen. Benchmarking und Marktscreeing werden systematisch betrieben. Die Innovationen werden systematisch und unter früher Einbeziehung der KundInnen in den Innovationsprozess am Markt positioniert.
- **Der aktive Innovator:** Das Unternehmen zeichnet sich innovationsfreundlich und offen gegenüber neuen Ideen, wie Produkte oder Prozesse neu gestaltet werden können. Strategien werden erarbeitet, um unternehmerische Ziele durch Innovationen umzusetzen. Notwendige Kompetenzen zur Durchführung der Innovationsprojekte werden im Unternehmen aufgebaut. Nicht alle MitarbeiterInnen haben Zugang zu innovationsrelevanten Wissensquellen. Für die Umsetzung der Unternehmensziele erfolgt eine Konzentration auf einzelne Technologien mit Innovationspotenzial. Die Innovationen eines Unternehmens entstehen nebeneinander, ohne dass sich Erkenntnisse oder Erfahrungen einzelner Projekte gegenseitig befruchten. Wissen über

den Entstehungsprozess ist nicht standardisiert dokumentiert oder allgemein zugänglich, daher wiederholen sich Fehler, die vermieden werden könnten. Innovationsprozesse werden für das Unternehmen standardisiert und auf das Ziel Innovationsfähigkeit hin ausgerichtet. Netzwerke werden etabliert und Kooperationen institutionalisiert. Die organisationale Struktur ermöglicht projekthaftes Arbeiten. Innovationsprojekte werden als eigenständige organisationale Einheiten verstanden und besitzen eine eingeschränkte Autonomie. Märkte und Wettbewerber werden beobachtet, Anforderungen und Wünsche bei der Planung von Innovationen berücksichtigt.

- **Der reaktive Innovator:** Das Unternehmen gibt an, innovationsfreundlich zu sein. In der praktischen Umsetzung mangelt es aber an der Bereitschaft zur Umsetzung von Ideen. Das Unternehmen benennt klare Ziele, die es durch den erfolgreichen Einsatz von Innovationsprojekten erreichen möchte. Systematiken zum Austausch von Wissen – der gemeinsame Zugriff auf Daten, Dokumente und Dateien – existieren innerhalb von Unternehmenseinheiten. Der Austausch zwischen den Einheiten ist erschwert. Technologische Trends werden später als bei Wettbewerbern erkannt, dann aber aufgegriffen und konsequent verfolgt. Das Unternehmen produziert Innovationen. Deren Entstehung ist aber so spezifisch dokumentiert, dass die Dokumentation außerhalb der Unternehmenseinheit nur begrenzt kommunizierbar ist. Ein Transfer des während des Innovationsprozesses entstandenen Wissens ist nicht möglich. Aktivitäten und Abläufe, die für den Innovationsprozess innerhalb eines Unternehmens typisch sind, werden erfasst und systematisiert. Starre Aufbau- und Ablauforganisationen sind zugunsten einer flexibleren Organisationsform gelockert. Für Innovationen relevante Netzwerke werden aufgebaut. Innovationsprojekte haben gegenüber der Linienorganisation eine gewisse Selbstständigkeit. Marktbewegungen werden erkannt, doch nicht systematisch aufgenommen und analysiert, was zu einem unvollständigen Wissen über den Markt führt. Daher werden Neuentwicklungen zum Teil an den Interessen des Marktes vorbei entwickelt und der Markterfolg eingeschränkt. Das Unternehmen reagiert auf die Erfolge der Wettbewerber.
- **Der zufällige Innovator:** In Unternehmen dieser Reifegradstufe sind die vorhandenen Kulturprägungen für Innovationen hinderlich. Das Alltagsgeschäft beherrscht den Arbeitsablauf und es bleibt wenig Freiraum für Abweichungen von der Routine. Innovationen sind kein expliziter Bestandteil der Unternehmensstrategie und spielen eine untergeordnete Rolle. Für Innovationen notwendiges Wissen wird hauptsächlich mündlich weitergegeben und auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Eine Systematik zum Austausch von Wissen innerhalb des Unternehmens existiert nicht. Das Auffinden und die entsprechende Nutzung von Wissen sind schwer. Notwendiges Wissen und Informationen werden unter Umständen nicht gefunden, weil deren Existenz im Unternehmen nicht bekannt ist. Das Management solcher Unternehmen greift auf bestehende, bewährte Technologien zurück, die in engen Grenzen verbessert werden. Erfolgreiche Innovationen entstehen in Unternehmen dieser Reifegradstufe zufällig und die Palette innovativer Produkte ist klein. Die Dokumentation über die Entstehung der Innovation ist lückenhaft. Es ist schwer nachvollziehbar, wie die Ergebnisse zustande kamen. Innovationen entstehen nicht innerhalb fest definierter Innovationsprozesse (in diesem Zusammenhang umfasst der Innovationsprozess sämtliche Prozesse, die zur Entwicklung einer Invention zur Marktreife nötig sind). Die vorherrschenden Prozesse sind chaotisch und für jede Innovation speziell. Die Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens erlauben geringe Verschiebungen von Ressourcen (Personal, Betriebsmittel ...), die zum Aufsetzen eines Innovationsprojekts gebraucht werden. Bestehende Netzwerke erlauben keine Einsichten in innovationsrelevante, neuartige Entwicklungen. Die Umsetzung von Innovationsvorhaben erfolgt in Projekten, deren Organisationsstrukturen stark mit den Strukturen der Linienorganisation verflochten sind. Die Eigen-

ständigkeit des Projekts gegenüber denen der Linienorganisation ist gering. Die Möglichkeit, durch Innovationen neues Marktpotenzial zu erschließen, wird nicht betrachtet. Sich verändernde Marktanforderungen und -wünsche sind nicht – oder nur ungenügend – bekannt, sodass innerhalb des Unternehmens kein Veränderungsdruck entsteht.

4 Überblick zu den Daten

4.1 AUSGANGSLAGE

Das Bundesland Salzburg verzeichnete mit Anfang 2016 rund 11.500 „Fremdenunterkünfte“ (Land Salzburg 2016a) mit gesamt 260.400 Betten, wovon ca. 118.000 auf Hotels und ähnliche Gewerbe entfallen und rund 70.000 auf private AnbieterInnen. Zu diesen Fremdenunterkünften gehören sowohl gewerbliche Beherbergungsbetriebe (Hotels und ähnliche Betriebe, gewerbliche Ferienwohnungen und Ferienhäuser), Privatunterkünfte (Privatzimmer und private Ferienwohnungen) und andere Unterkünfte (Jugendherbergen, Kursheime, Schutzhütten etc.) (Land Salzburg, 2015).

Nicht alle UnterkunftsanbieterInnen sind kategorisiert, da eine Einstufung in die Sterneklasse der österreichischen Hotelklassifizierungen auf Antrag des Betriebs erfolgt. Mitgliedsbetriebe der Wirtschaftskammer können diese Leistung der Fachgruppen Hotellerie bzw. des Fachverbandes Hotellerie in den Wirtschaftskammern Österreichs freiwillig in Anspruch nehmen (WKO 2016a).

Wie die Literaturrecherche in Kapitel 1.2 ergab, ist es primär die Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Hotellerie, die den Forderungen nach hochqualitativem Produkt- und Dienstleistungsangebot durch Innovationen nachkommen muss. Auch die Bettenentwicklung in den letzten zehn bis 15 Jahren spiegelt diesen Trend zu höheren Kategorien wider: Der Anteil der Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior-/Fünf-Sterne-Betten an den gesamten gewerblichen Betten im Bundesland Salzburg beträgt rund 33 %, jener der Drei-Sterne-Betten rund 29 %. Im Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Bereich ist das Bettenangebot seit dem Tourismusjahr 2000/2001 um 36 % gestiegen, im Drei-Sterne-Bereich um 6 % und im Zwei-Sterne- und Ein-Sterne-Bereich ist das Angebot um 30 % zurückgegangen (Land Salzburg, 2013).

Einen aktuellen, öffentlich zugänglichen Datenbestand touristischer BeherbergerInnen gibt es angeblich laut Auskunft unterschiedlicher touristischer Einrichtungen nicht [Anm. der Autorin: Es wurden Telefonate mit der Salzburger Land Tourismus GmbH, der Tourismus Salzburg GmbH sowie der WK Salzburg geführt]. Letztlich konnte auf Basis einer von der Wirtschaftskammer Salzburg zur Verfügung gestellten Liste aller kategorisierten Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Betriebe (Stand 2014) sowie durch eigene Recherchen und Adaptierungen eine Gesamtliste erstellt werden, welche mit Stand April 2015 alle öffentlich gelisteten Betriebe der Salzburger Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Hotellerie umfasst.

Alle Recherchen, welche mit Stand April 2015 beendet wurden, ergaben letztlich eine Grundgesamtheit von 462 zu befragende Unternehmen im touristischen Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Beherbergungsbereich im Bundesland Salzburg.

4.2 STICHPROBENGRÖSSE

Im Juni 2015 wurde die erste Erhebungs-E-Mail an die 462 gelisteten Betriebe versendet, mit der Bitte, an der Online-Erhebung teilzunehmen. Nach einem Rücklauf von gesamt acht gültigen Beantwortungen wurde im September 2015 eine weitere personalisierte Online-Aussendung gestartet, mit einem weiteren Rücklauf von zehn Betrieben. Letztlich wurde im Oktober 2015 nochmals eine Erinnerung zur Teilnahme an der Umfrage versendet, worauf weitere vier Antworten verzeichnet werden konnten. Das bedeutet bei gesamt drei Erhebungswellen einen Rücklauf von 22 Antwortbögen.

Um zu einer möglichst repräsentativen Stichprobengröße zu gelangen, wurden von Oktober 2015 bis März 2016 Studierende des Studiengangs Innovation und Management im Tourismus an der FH Salzburg in die unterschiedlichsten Betriebe geschickt, um so eine bessere Ergebnisquote zu erreichen.

Letztlich konnten mit Stand Mai 2016 die Erhebungen abgeschlossen werden, mit einer bereinigten Rücklaufquote von 270 gültigen Antwortsets. Dies entspricht bei einer Grundgesamtheit von 462 touristischen Beherbergungsbetrieben im Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Bereich (mit einem 99%igen Vertrauensniveau, einem max. 5%igem Stichprobenfehler und einer 50%igen Antwortverteilung) einer repräsentativen Verteilung für die Salzburger Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Hotellerie.

4.3 VERTEILUNG DER BEFRAGTEN UNTERNEHMEN

Die befragten 270 Unternehmen zeigen folgende Verteilungen:

4.3.1 Verteilung nach Klassifizierung und Betriebsart

Von den 270 der insgesamt 462 touristischen Unternehmen in der Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Kategorie im Bundesland Salzburg sind 164 Betriebe (61 %) ganzjährig tätig, die restlichen 39 % stellen Saisonbetriebe dar. 224 Unternehmen (rund 83 %) davon sind Familienbetriebe. Die Verteilung in den unterschiedlichen Kategorien stellt sich wie folgt dar: 97,8 % gehören zur Vier-Sterne-Hotellerie, 2,3 % zur Fünf-Sterne-Hotellerie.

Tabelle 7: Verteilung in der Klassifikation der befragten Unternehmen

Kategorie	Anzahl	%	Kumulierte %
4*	227	84,1 %	97,8 %
4*S	37	13,7 %	
5*	5	1,9 %	2,2 %
5*S	1	0,4 %	

Quelle: Eigene Darstellung.

4.3.2 Verteilung nach Unternehmensgröße

Was die Unternehmensgröße der befragten Betriebe hinsichtlich MitarbeiterInnenanzahl betrifft, beschäftigen rund 12 % zwischen null und neun MitarbeiterInnen, rund ein Drittel zwischen zehn und 19 und beinahe die Hälfte (45,2 %) zwischen 20 und 49 MitarbeiterInnen. Insgesamt 11,5 % beschäftigen mehr als 49 MitarbeiterInnen.

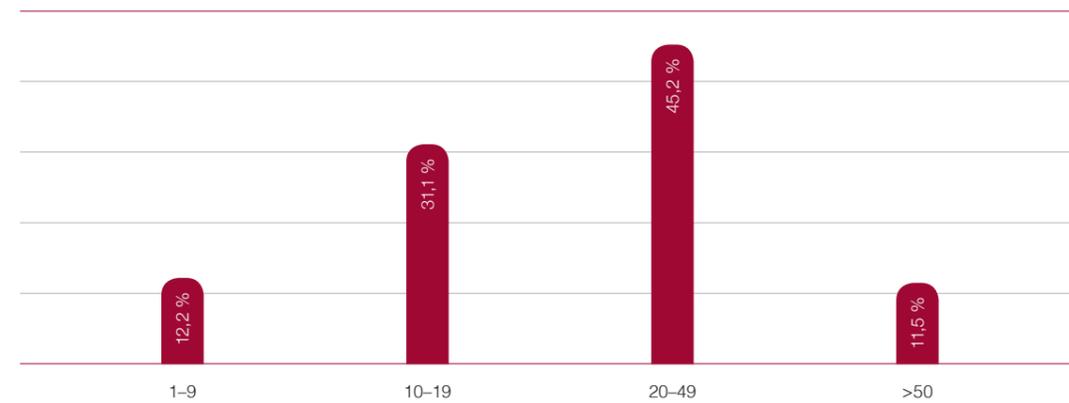
Tabelle 8: Verteilung nach MitarbeiterInnenanzahl

MitarbeiterInnenanzahl	%	Absolute Zahlen
0–4	4,1 %	11
5–9	8,1 %	22
10–19	31,3 %	84
20–49	45,2 %	122
50–99	7,8 %	21
100–249	3 %	8
Mehr als 250	0,7 %	2

Quelle: Eigene Darstellung.

Für die Ergebnisdarstellung wurden unterschiedliche Unternehmensgrößen wie folgt definiert: Kleinstunternehmen (null bis neun MitarbeiterInnen), Kleinunternehmen (zehn bis 19 MitarbeiterInnen), Kleinunternehmen (20 bis 49 MitarbeiterInnen) sowie mittlere und Großunternehmen (mehr als 50 MitarbeiterInnen).

Abbildung 2: Befragte Unternehmen verteilt nach Anzahl der MitarbeiterInnen (in Prozent)



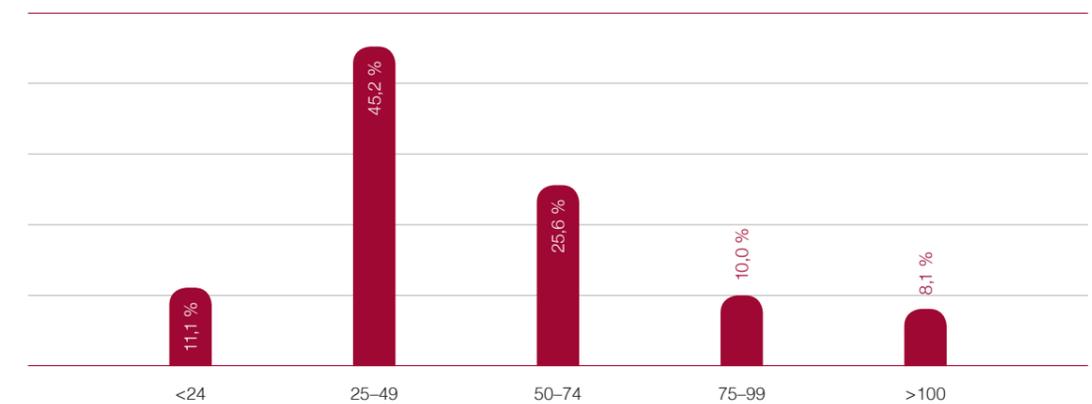
Anmerkungen: Gültige Prozente. n gesamt = 270; n KMU Größe 1–9 = 33; n KMU Größe 10–19 = 84; n KMU Größe 20–49 = 122; n KMU Größe > 50 = 31.
Quelle: Eigene Darstellung.

4.3.3 Verteilung nach Zimmer- und Bettenstruktur

Je rund 10 % bieten weniger als 24 Zimmer (bis zu 50 Betten), zwischen 75 und 99 Zimmer (150–199 Betten) sowie mehr als 100 Zimmer (> 200 Betten), ein Viertel der Betriebe betreibt zwischen 50 und 74 Zimmer (100–149 Betten) und rund die Hälfte der Befragten (45 %) bietet zwischen 25 und 49 Zimmer (50–99 Betten) an.

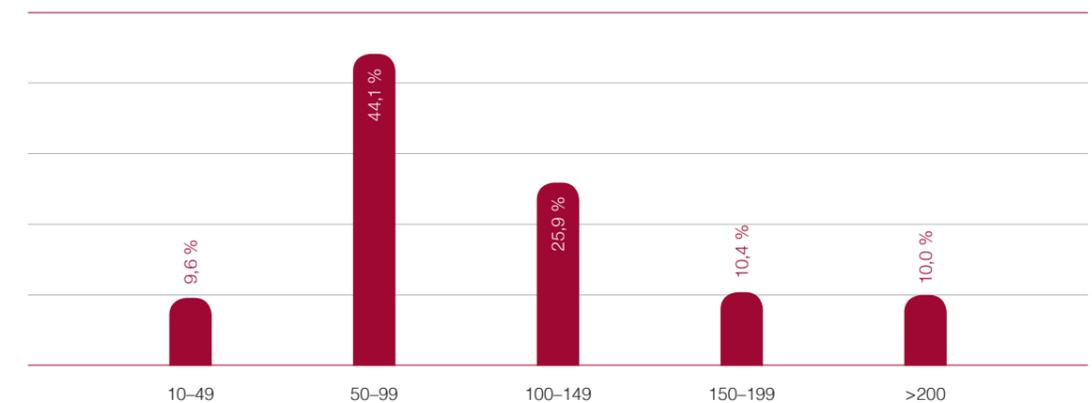
Das Bettenangebot reicht von 10 (0,4 %) bis 947 (0,4 %) Betten, die Anzahl der Zimmer von 4 (0,4 %) bis 257 Zimmer. Bei den kleinsten und größten Werten der Betten- und Zimmeranzahl handelte es sich um einzelne Nennungen. Es wurden für eine bessere Darstellung der Kapazitäten folgende Gruppierungen vorgenommen:

Abbildung 3: Befragte Unternehmen verteilt nach Zimmeranzahl (in Prozent)



Anmerkungen: Gültige Prozente. n gesamt = 270; n < 24 Zimmer = 30; n 25–49 Zimmer = 122; n 50–74 Zimmer = 69; n 75–99 Zimmer = 27; n > 50 Zimmer = 22.
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 4: Befragte Unternehmen verteilt nach Bettenanzahl (in Prozent)



Anmerkungen: Gültige Prozente. n gesamt = 270; n 10–49 Betten = 26; n 50–99 Betten = 119; n 100–149 Betten = 70; n 150–199 Betten = 28; n > 200 Betten = 27.
Quelle: Eigene Darstellung.

4.3.4 Verteilung nach Rechtsform und Unternehmensalter

Rund 26 % der befragten UnternehmerInnen betreiben ihre Unterkünfte in der Rechtsform Einzelunternehmen, die Mehrheit der Befragten (ca. 66 %) als Kapitalgesellschaft (AG, GmbH etc.) und rund 8 % als Personengesellschaft (GbR, OG etc.).

Der älteste Beherbergungsbetrieb wurde 1380, der jüngste 2015 gegründet, die häufigsten Nennungen waren Betriebsgründungen in den Jahren 1989 (elf absolute Nennungen) und 1990 (zehn absolute Angaben). Rund die Hälfte der Betriebe wurde nach 1989 gegründet, 15 % insgesamt in den letzten zehn Jahren (ab 2007).

48 der befragten 270 BeherbergerInnen gaben an, dass in den letzten zehn Jahren eine Unternehmensübergabe stattgefunden hat, dies entspricht rund 18 % der Befragten. Die Hälfte dieser Unternehmensübergaben fand in den letzten fünf Jahren statt.

4.3.5 Regionale Verteilung der befragten Unternehmen

Der größte Rücklauf konnte im Bezirk St. Johann im Pongau erreicht werden (90 %), der geringste im Bezirk Salzburg-Umgebung (22 %). Bis auf die Bezirke Hallein und Salzburg-Umgebung konnte in allen eine mehr als 50%ige Erhebungsquote erreicht werden.

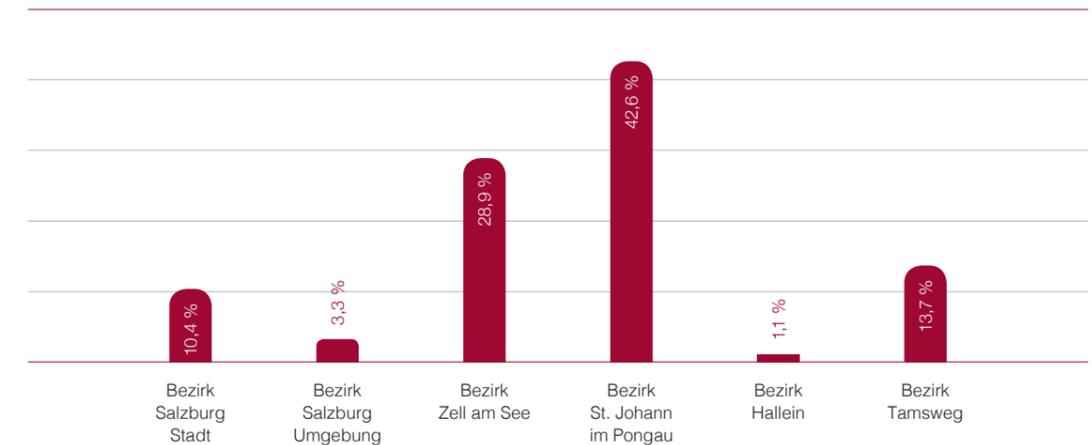
Tabelle 9: Lokale Verteilung der befragten Unternehmen

Bezirk	Unternehmen	Rücklauf (total)	%
Stadt Salzburg	51	28	55 %
Salzburg-Umgebung	41	9	22 %
Hallein	9	3	33 %
St. Johann i. Pongau	128	115	90 %
Zell am See	135	78	56 %
Tamsweg	50	37	74 %

Anmerkungen: n gesamt = 270; n Bezirk Salzburg Stadt = 28; n Bezirk Salzburg-Umgebung = 9; n Bezirk Zell am See = 78; n Bezirk St. Johann im Pongau = 115; n Bezirk Hallein = 3; n Bezirk Tamsweg = 37.
Quelle: Eigene Darstellung.

Die absolute Verteilung der Erhebungen nach Bezirken zeigt nachstehende Abbildung: Rund 43 % aller befragten Betriebe wurden im Bezirk St. Johann im Pongau erreicht, gesamt 1,1 % im Bezirk Hallein und 3,3 % im Bezirk Salzburg Umgebung. Damit spiegelt die Stichprobenverteilung nach Bezirken grob jene der Verteilung nach Nüchtigungen pro Bezirk (Stand Tourismusjahr 2014/15) wider (Land Salzburg 2015b).

Abbildung 5: Verteilung der befragten Unternehmen nach Bezirken (in Prozent)

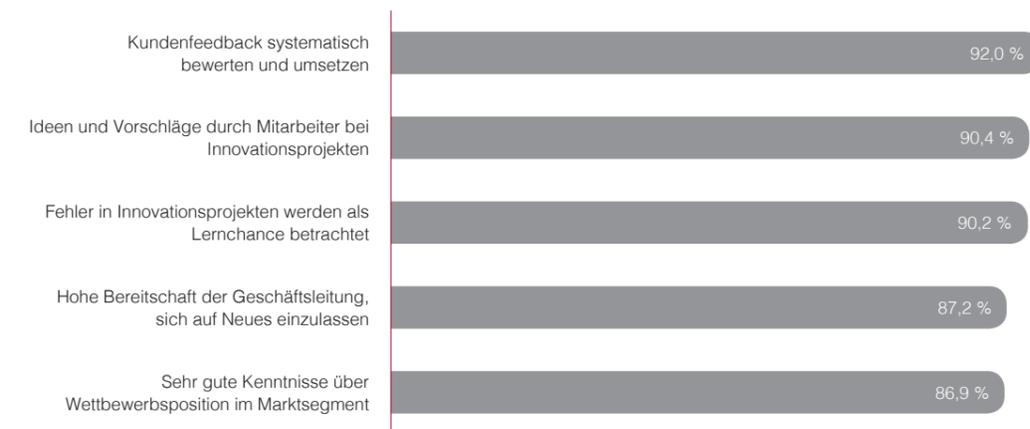


Anmerkungen: Gültige Prozente. n gesamt = 270; n Bezirk Salzburg Stadt = 28; n Bezirk Salzburg-Umgebung = 9; n Bezirk Zell am See = 78; n Bezirk St. Johann im Pongau = 115; n Bezirk Hallein = 3; n Bezirk Tamsweg = 37.
Quelle: Eigene Darstellung.

5 Zur Innovationsfähigkeit touristischer Unternehmen in Salzburg

Die nachfolgend genannten Kernergebnisse der Erhebung beziehen sich vor allem auf die Bereiche der Bewertung der Kritischen Erfolgsfaktoren der Innovationsfähigkeit, auf die innovationsunterstützenden Aktivitäten der Unternehmen sowie die Erfahrung der Betriebe bei Innovationsprojekten.

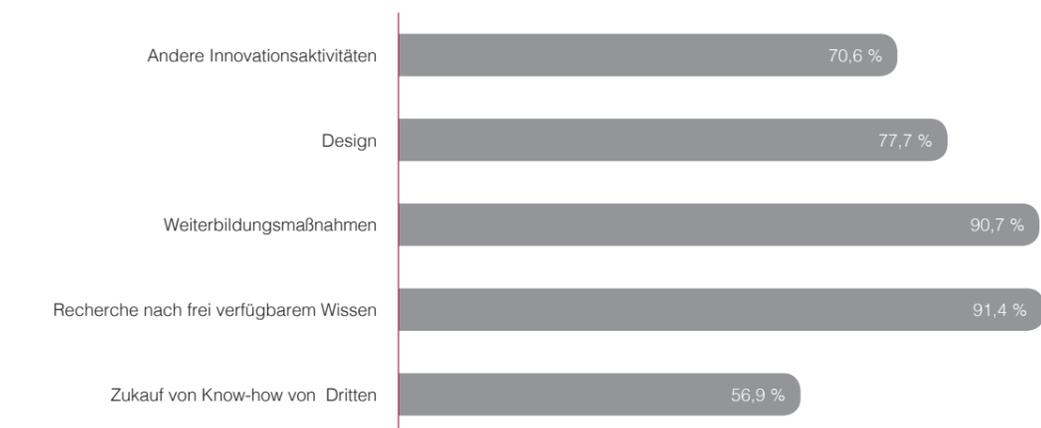
Abbildung 6: Top-Fünf-Erfolgskriterien für alle Betriebe „trifft voll zu“



Anmerkungen: Gültige Prozente, Basis zur Berechnung der Anteilswerte bilden die Angaben „trifft voll zu“; n gesamt schwankt zwischen 245 und 259. Detaillierte Ergebnisse zur Bewertung der Innovationsfähigkeits-Erfolgsfaktoren sind in Kapitel 5.1.1 – „Bewertung der Kritischen Erfolgsfaktoren“ vorzufinden.
Quelle: Eigene Darstellung.

Die Top Fünf der Kritischen Erfolgsfaktoren mit der Bewertung „trifft voll zu“ im Unternehmen (n = 259) sind: (a) das Feedback der KundInnen (z. B. in Form von Beschwerden und Anregungen) nicht nur aufzunehmen, sondern auch systematisch zu bewerten und umzusetzen, (b) dass die MitarbeiterInnen in Innovationsprojekten jederzeit Ideen und Vorschläge einbringen können (z. B. durch ein betriebliches Vorschlagswesen), (c) dass Fehler in Innovationsprojekten als Lernchance betrachtet werden, indem systematisch aus solchen Fehlern gelernt wird (z. B. durch Projektnachbesprechungen), (d) dass die Bereitschaft der Geschäftsleitung bzw. des Führungspersonals, sich auf Neues einzulassen, sehr hoch ist (z. B. Verwendung neuer Technologien) und (e) dass sehr gute Kenntnisse über die Wettbewerbsposition sowie über die AkteurInnen und Spielregeln im jeweiligen Marktsegment vorhanden sind. Damit unterscheiden sich touristische KMUs deutlich von produzierenden, da das KundInnenfeedback den höchsten Stellenwert besitzt, was bei produzierenden KMUs nicht der Fall ist. Von den 156 Betrieben, die im Zeitraum 2012 bis 2014 eine oder mehrere Innovationsaktivitäten durchgeführt haben, gaben die Unternehmen an, diese in folgenden Bereichen vorgenommen zu haben: 143 im Bereich „Recherche nach frei verfügbarem Wissen für eigene Innovationsaktivitäten“ (*Informationseinholung über Medien wie z.B. Fachzeitschriften oder Internet, Austausch mit Forschungseinrichtungen und Technologietransferstelle, Besuch von Vorträgen und Kongressen oder Engagement in relevanten Gremien, Ausschüssen und Arbeitskreisen mit dem Ziel der Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren*), 141 im Bereich Weiterbildungsmaßnahmen (*MitarbeiterInnenschulung und Weiterbildung für die Entwicklung oder Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren und zur besseren Nutzung externen Wissens und/oder der Erhebung der kreativen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen*), 121 im Bereich Design (*Aktivitäten, die zum Entwurf, zur Verbesserung oder Änderung der Form oder des Erscheinungsbilds von neuen oder merklich verbesserten Produkten oder Dienstleistungen führen*), 89 im Bereich Zukauf von Know-how von Dritten (*Ankauf von Patenten, Lizenzen, nicht patentierten Erfindungen, Know-how und anderen Arten von Wissen von anderen Unternehmen oder Einrichtungen, die speziell zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren beschafft worden sind*) und elf Unternehmen in anderen Innovationsaktivitäten (*sonstige Aktivitäten zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren – z. B. Machbarkeitsstudien, Untersuchungen, routinemäßige Entwicklung von Software*).

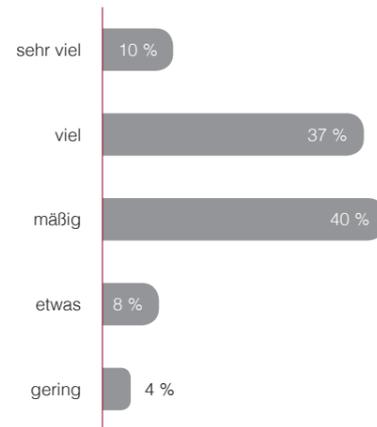
Abbildung 7: Durchführung innovationsunterstützender Aktivitäten



Anmerkung: Gültige Prozente; Auswertung auf Basis der Angabe „ja“ zur Durchführung der Aktivität. n = 156.
Quelle: Eigene Darstellung.

Bei der Frage nach der Erfahrung des Unternehmens mit Innovationsaktivitäten gaben 27 Betriebe „sehr viel Erfahrung“ an, 100 Betriebe „viel Erfahrung“, der Großteil der Betriebe (108) „mäßige“ Innovationserfahrung und je 22 bzw. elf Unternehmen „etwas“ bzw. „geringe Erfahrung“.

Abbildung 8: Selbsteinschätzung Innovationserfahrung



Anmerkung: Gültige Prozente; n = 270.
Quelle: Eigene Darstellung.

Weitere Informationen und Analysen zur Innovationserfahrung der befragten Unternehmen sowie zu den innovationsunterstützenden Aktivitäten sind Kapitel 5.1 – „Detaillierte Ergebnisse zu Innovationsaktivitäten“ zu entnehmen.

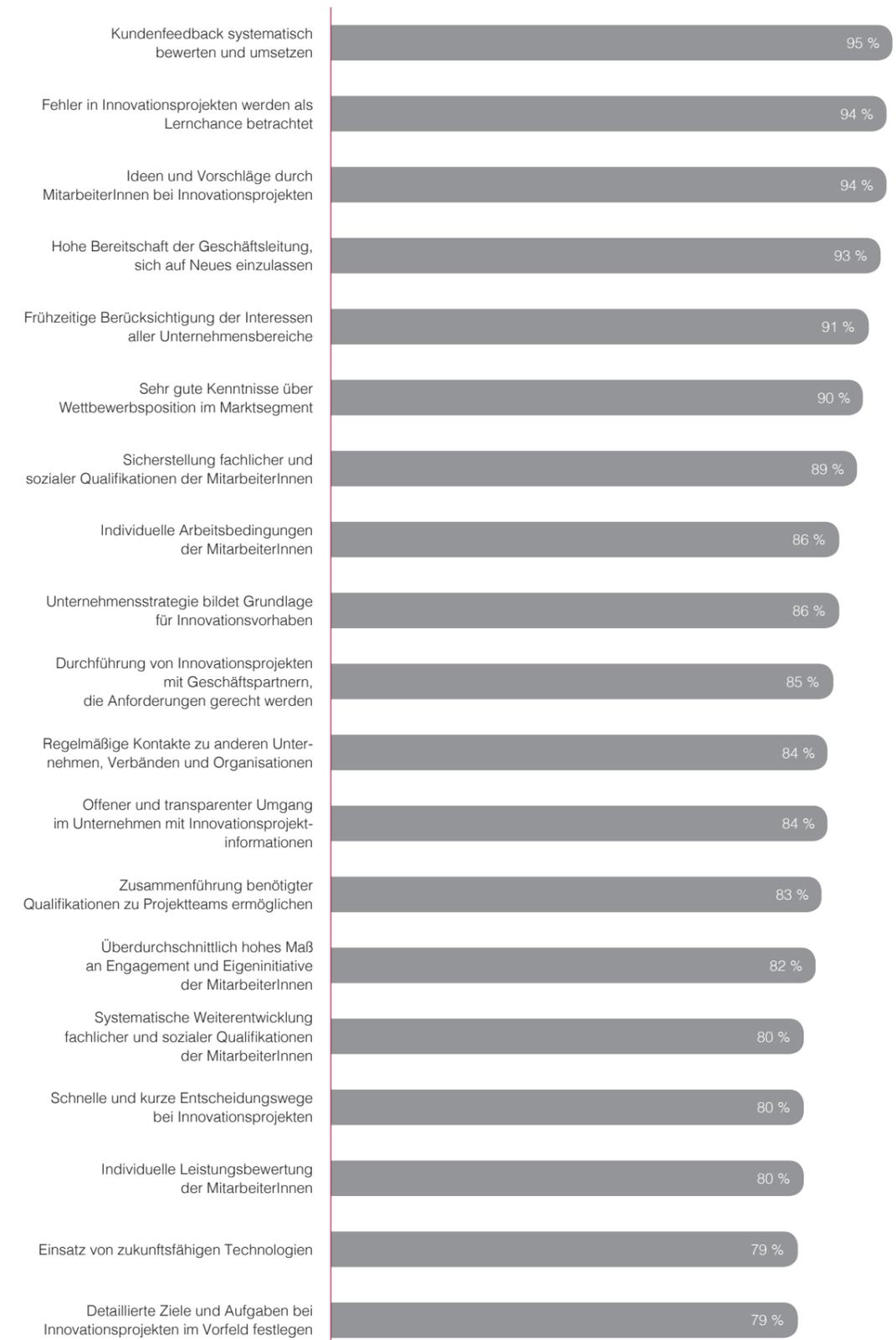
5.1 DETAILLIERTE ERGEBNISSE ZUR INNOVATIONSFÄHIGKEIT

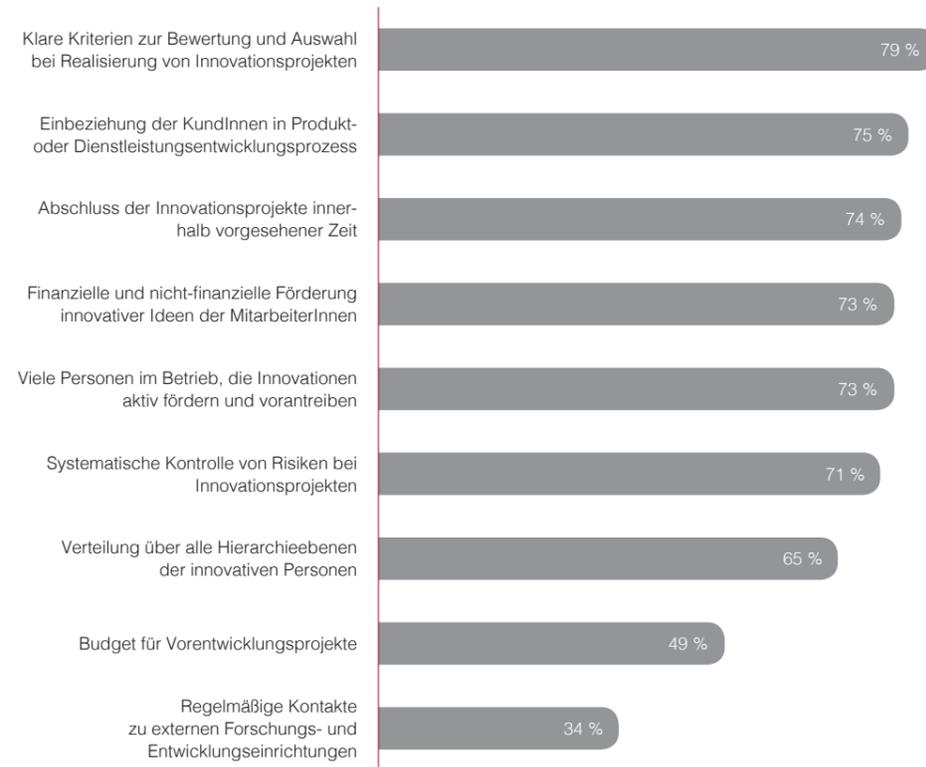
Die befragten Betriebe wurden mit einer Aussage über das maximale Vorliegen der einzelnen Kritischen Erfolgsfaktoren konfrontiert, wobei die Ausprägungen dazu „trifft voll zu“, „eher ja“, „eher weniger“ oder „trifft gar nicht zu“ umfassten. Wurde ein solches Vorhandensein mit „eher weniger“ oder „trifft gar nicht zu“ beantwortet, wurde um zusätzliche Information gebeten, ob es innerhalb der nächsten zwei Jahre im Betrieb dazu Pläne gäbe, den jeweiligen Kritischen Erfolgsfaktor auszubauen, was mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten war. Im Anschluss an diese Bestandsaufnahme wurden die Unternehmen gebeten, Auskunft zur Relevanz der Innovationsfähigkeit der einzelnen Erfolgsfaktoren zu geben; die Skala umfasste „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“ und „unwichtig“. Diese Einschätzung der Relevanz kann als Validierung der abgefragten Kritischen Erfolgsfaktoren interpretiert werden.

5.1.1 Bewertung der Kritischen Erfolgsfaktoren

Von den 270 befragten touristischen Beherbergungsbetrieben im Bundesland Salzburg gaben gesamt 259 Unternehmen an, alle Kritischen Erfolgsfaktoren der Innovationsfähigkeit bereits im Unternehmen realisiert zu haben („trifft voll zu“ und „eher ja“). Von den 28 abgefragten Faktoren wurden durchschnittlich 21 davon mit mindestens 75 % Zustimmung bewertet.

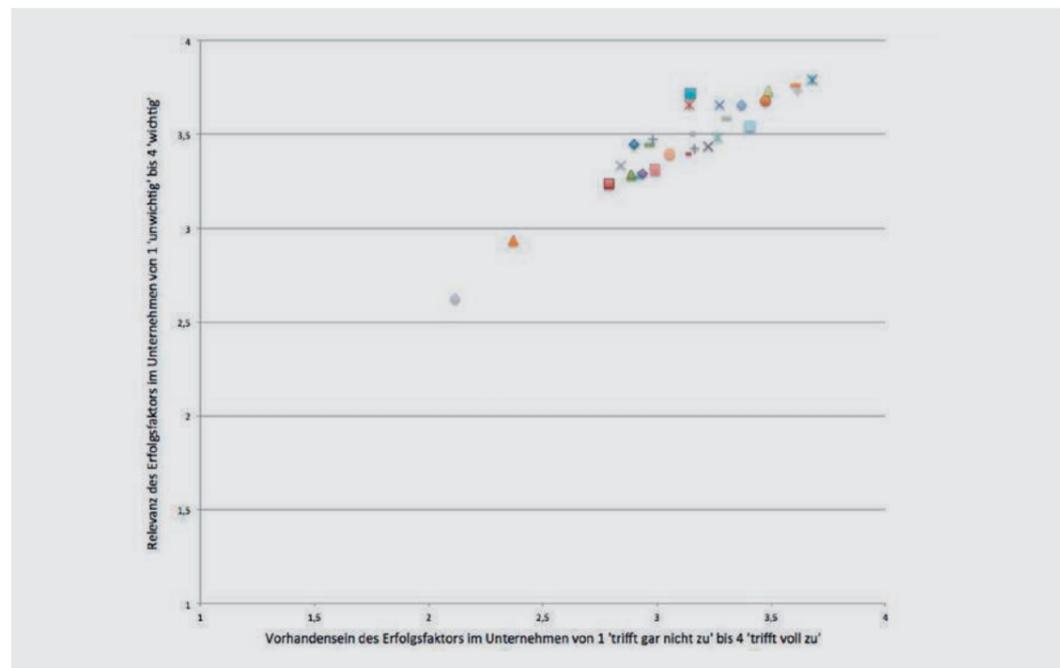
Abbildung 9: Durchschnittliche Realisierung der Kritischen Erfolgsfaktoren im Unternehmen





Anmerkungen: Gültige Prozente. Basis der Berechnungen bilden die Ausprägungen „trifft voll zu“ und „eher ja“; n gesamt = 259.
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 10: Mittelwerte der Erfolgskriterien – Realisierung und Relevanz



- ◆ Regelmäßige Kontakte zu externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen
- ▲ Budget für Vorentwicklungsprojekte
- Verteilung über alle Hierarchieebenen der innovativen Personen
- Einbeziehung des Kunden in Produkt- oder Dienstleistungs- Entwicklungsprozess
- ▲ Finanzielle und nicht- finanzielle Förderung innovativer Ideen der Mitarbeiter
- ◆ Klare Kriterien zur Bewertung und Auswahl bei Realisierung von Innovationsprojekten
- Einsatz von zukunftsfähigen Technologien
- × Systematische Kontrolle von Risiken bei Innovationsprojekten
- Offener und transparenter Umgang im Unternehmen mit Innovationsprojekt- Informationen
- Individuelle Leistungsbewertung der Mitarbeiter
- + Zusammenführung benötigter Qualifikationen zu Projektteams ermöglichen
- × Unternehmensstrategie bildet Grundlage für Innovationsvorhaben
- ◆ Viele Personen im Betrieb, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben
- Abschluss der Innovationsprojekte innerhalb vorgesehener Zeit
- + Detaillierte Ziele und Aufgaben bei Innovationsprojekten im Vorfeld festlegen
- × Individuelle Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter
- Schnelle und kurze Entscheidungswege bei Innovationsprojekten
- Regelmäßige Kontakte zu anderen Unternehmen, Verbänden und Organisationen
- × Systematische Weiterentwicklung fachlicher und sozialer Qualifikationen der Mitarbeiter
- Durchführung von Innovationsprojekten mit Geschäftspartnern, die Anforderungen gerecht werden
- ◆ Frühzeitige Berücksichtigung der Interessen aller Unternehmensbereiche
- × Sicherstellung fachlicher und sozialer Qualifikationen der Mitarbeiter
- Sehr gute Kenntnisse über Wettbewerbsposition im Marktsegment
- Unternehmensstrategie bildet Grundlage für Innovationsvorhaben
- ▲ Hohe Bereitschaft der Geschäftsleitung, sich auf Neues einzulassen
- + Ideen und Vorschläge durch Mitarbeiter bei Innovationsprojekten
- Fehler in Innovationsprojekten werden als Lernchance betrachtet
- × Kundenfeedback systematisch bewerten und umsetzen

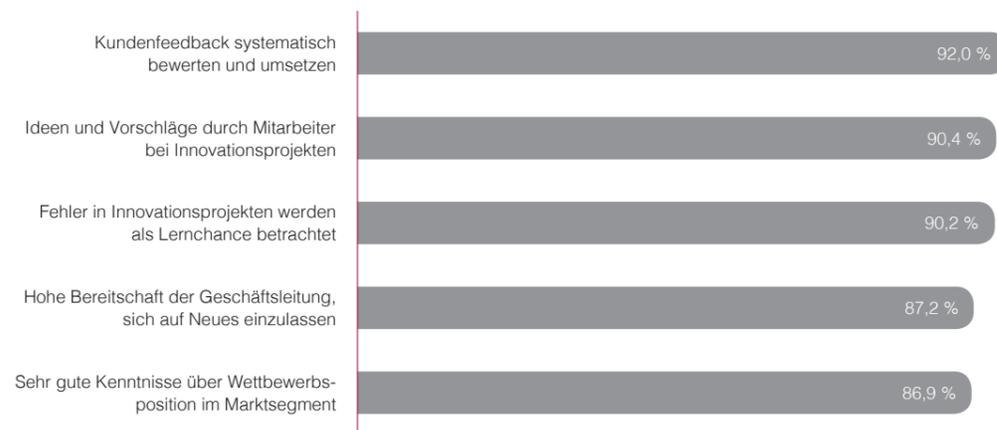
Anmerkungen: Mittelwerte aller Erfolgsfaktoren hinsichtlich Realisierung und Relevanz; n gesamt = 270.
Quelle: Eigene Darstellung.

Eine Analyse aller Bewertungen zeigt eine ähnliche Entwicklung bei der Beurteilung der Zustimmung als auch bei der Relevanz dieses Faktors. So weisen Erfolgsfaktoren mit einer hohen durchschnittlichen Zustimmung auch eine hohe durchschnittliche Relevanz auf, Faktoren mit durchschnittlich geringem Vorhandensein weisen auch eine durchschnittlich geringere Relevanz auf. Auffallend ist die relativ hohe Relevanz der Faktoren „die Unternehmensstrategie bildet die Grundlage für Innovationsvorhaben und diese werden daraus abgeleitet“ (mit durchschnittlicher Relevanz von 3,5) sowie „eine hohe Bereitschaft der Geschäftsführung bzw. des Führungspersonals, sich auf Neues einzulassen“ (mit durchschnittlicher Relevanz von 3,8).

5.1.2 Die Top-Fünf-Erfolgskriterien aller Betriebe

Die Top Fünf der Kritischen Erfolgsfaktoren mit der Bewertung „trifft voll zu“ im Unternehmen (n = 259) sind: (a) das Feedback der KundInnen (z. B. in Form von Beschwerden und Anregungen) nicht nur aufzunehmen, sondern auch systematisch zu bewerten und umzusetzen, (b) die MitarbeiterInnen können in Innovationsprojekten jederzeit Ideen und Vorschläge einbringen (z. B. durch ein betriebliches Vorschlagswesen), (c) dass Fehler in Innovationsprojekten als Lernchance betrachtet werden, indem systematisch aus solchen Fehlern gelernt wird (z. B. durch Projekt-Nachbesprechungen), (d) die sehr hohe Bereitschaft der Geschäftsleitung bzw. des Führungspersonals, sich auf Neues einzulassen (z. B. Verwendung neuer Technologien) und (e) sehr gute Kenntnisse über die Wettbewerbsposition sowie über die AkteurInnen und Spielregeln im jeweiligen Marktsegment zu haben. Siehe nachstehende Abbildung.

Abbildung 11: Top-Fünf-Erfolgskriterien für alle Betriebe „trifft voll zu“



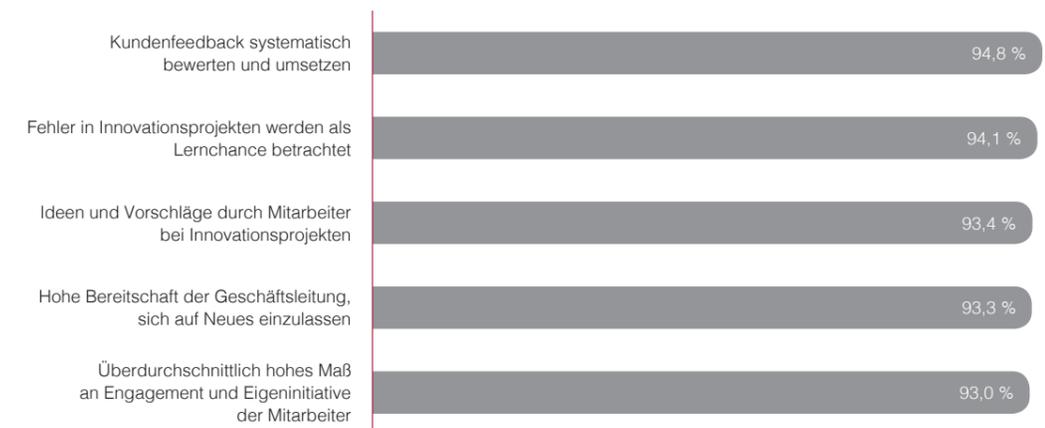
Anmerkungen: Gültige Prozente, Basis zur Berechnung der Anteilswerte bilden die Angaben „trifft voll zu“; n gesamt schwankt zwischen 245 und 259.
Quelle: Eigene Darstellung.

Wenn es um die Bewertung der Relevanz dieser Erfolgsfaktoren mit „sehr wichtig“ geht, so decken sich größtenteils die bereits stattfindende Realisierung im Unternehmen mit Angabe der entsprechenden Relevanz dieses Faktors; lediglich die Angabe über „sehr gute Kenntnisse über die Wettbewerbsposition im Marktsegment“ findet sich in den Top Fünf der relevantesten Erfolgsfaktoren nicht mehr, dafür jedoch der Faktor „bei unseren MitarbeiterInnen ist ein überdurchschnittlich hohes Maß an Engagement und Eigeninitiative vorhanden“ mit 251-facher Nennung als „sehr wichtig“ für das Unternehmen.

5.1.2.1 Die Toperfolgskriterien nach Unternehmensgrößen

Die mit „trifft voll zu“ und „eher ja“ bewerteten Erfolgsfaktoren zeigen nach Anzahl der MitarbeiterInnen unterschiedliche Zustimmungen auf: Während alle Betriebe mit mehr als 50 MitarbeiterInnen angeben, Fehler in Innovationsprojekten als Lernchance zu betrachten, tun dies rund 91 % jener Unternehmen mit einem und neuen MitarbeiterInnen. Interessant zeigt sich auch die Bewertung der Betriebe mit zehn bis 19 MitarbeiterInnen: Nur 83 % gaben an, sehr gute Kenntnisse über die Wettbewerbsposition im Marktsegment vorzuweisen, wohingegen alle anderen Unternehmensgrößen dies

Abbildung 12: Top-Fünf-Erfolgskriterien für alle Betriebe – Relevanz „sehr wichtig“



Anmerkungen: Gültige Prozente, Basis zur Berechnung der Anteilswerte bilden die Angaben „Relevanz sehr wichtig“; n gesamt schwankt zwischen 260 und 265.
Quelle: Eigene Darstellung.

zu je mehr als 90 % taten. Zu bemerken ist auch, dass Unternehmen mit einem bis neun MitarbeiterInnen den höchsten Anteil einer positiven Bewertung von „hoher Bereitschaft der Geschäftsleitung, sich auf Neues einzulassen“ mit 97 % ausmachen.

Die geringste positive Bewertung bei allen Unternehmen erhielt der Innovationsfähigkeiten-Erfolgsfaktor „Wir pflegen aktiv regelmäßig Kontakte zu externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen“ (bei jeweils rund 33 % der Unternehmen mit einem bis neun MitarbeiterInnen, 10 bis 19 sowie 20 bis 19; 42 % bei Betrieben mit mehr als 50 MitarbeiterInnen); gefolgt von einem „Budget für Vorentwicklungsprojekte, das nicht durch direkte Einnahmen finanziert ist“ (je weniger als 50 % Zustimmung von Betrieben zwischen einem und neun, sowie 20 bis 49), und dem auffallend niedrigen Wert für ein Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen, mit nur 55 % Zustimmung zur Aussage „Die Personen, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben, sind über alle Hierarchieebenen verteilt“.

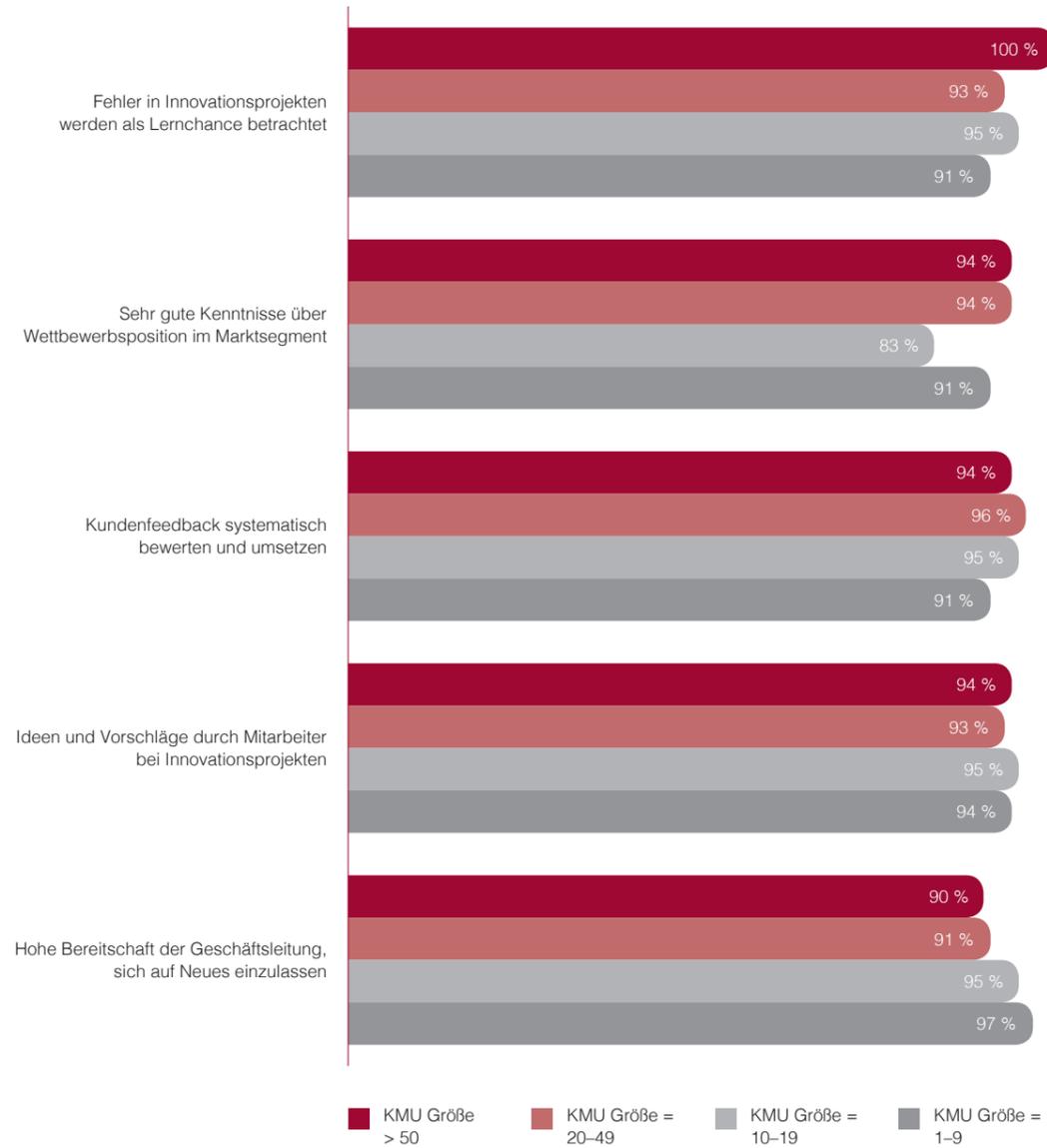
5.1.2.2 Die Toperfolgskriterien nach Betriebsart

Interessant ist, dass sich bei gesonderter Betrachtung der positiv bewerteten Faktoren nach Betriebsart (Ganzjahresbetrieb versus Saisonbetrieb) andere Top Fünf erkennen lassen: 93 % der ganzjährig tätigen Unternehmen gaben an, dass „die in Innovationsprojekten benötigten fachlichen und sozialen Qualifikationen der MitarbeiterInnen (z. B. Technologiekenntnis, Kommunikations- oder Teamfähigkeit) vorhanden“ sind, im Vergleich taten dies nur dazu 84 % der Saisonbetriebe. 87 % der Ganzjahresunternehmen stimmen der systematischen Weiterentwicklung fachlicher und sozialer Qualifikationen der MitarbeiterInnen zu, aber nur 71 % der saisonal geführten Beherbergungsunternehmen.

Ebenso finden sich zusätzlich zu den allgemeinen Top Fünf der Kritischen Erfolgsfaktoren noch folgende in diesen nachstehend abgebildeten Top Zehn: „bei der Durchführung von Innovationsprojekten können wir auf GeschäftspartnerInnen zurückgreifen, die den besonderen Anforderungen solcher Projekte gerecht werden“, „wir berücksichtigen bei Innovationsprojekten frühzeitig die Interessen aller Unternehmensbereiche, also z. B. auch von Finanzen, Marketing und Vertrieb“ sowie „unsere Innovationsvorhaben haben ihre Grundlage in der allgemeinen Unternehmensstrategie, sie leiten sich daraus ab“.

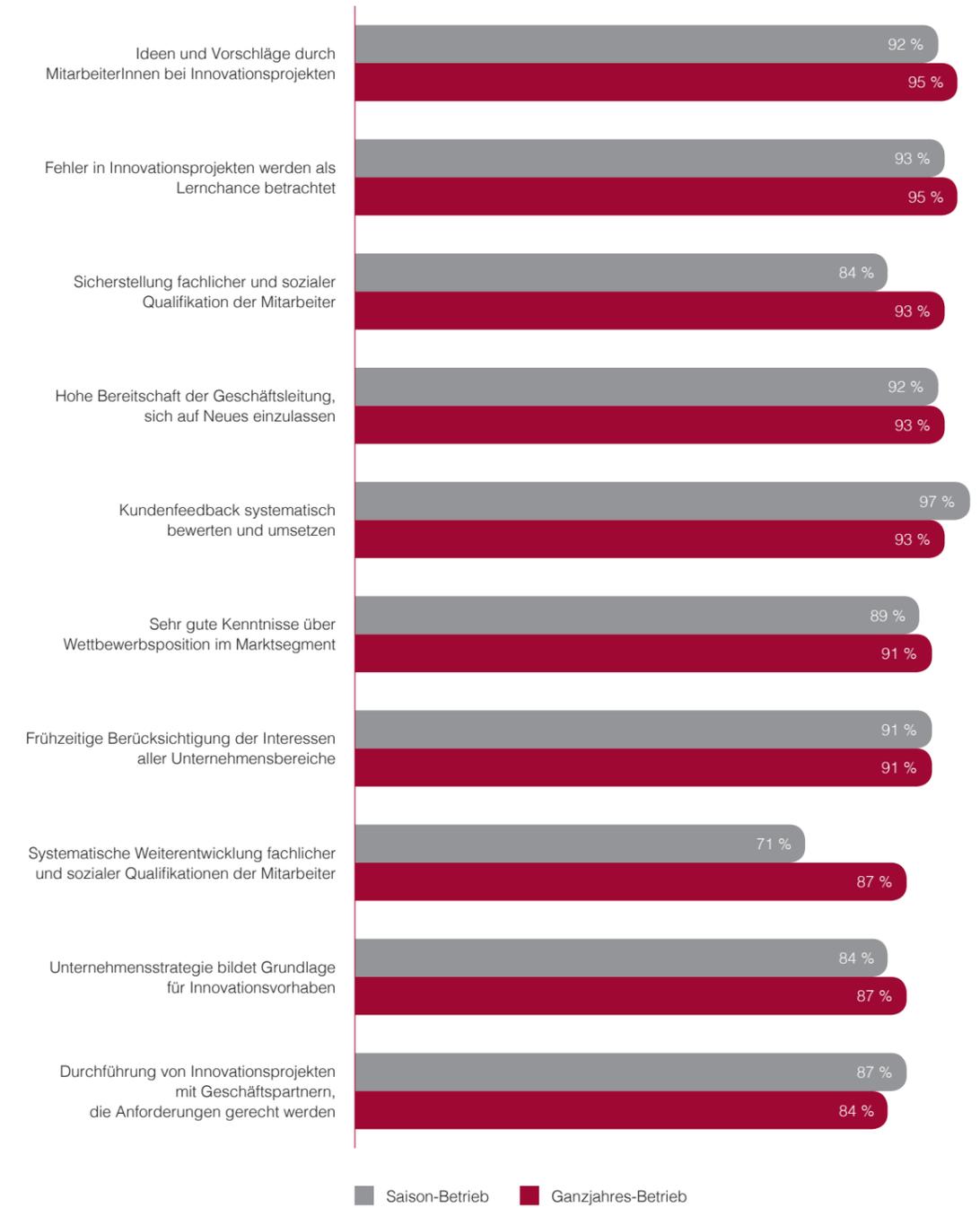
Die geringsten Werte bei „trifft voll zu“ weisen abermals (wie auch bereits bei der Gruppierung nach KMU-Klassen) das nicht direkt durch Einnahmen finanzierte Budget für Vorentwicklungsprojekte sowie der regelmäßige Kontakt zu externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen auf; letzteres bei Saisonbetrieben mit nur 26 %, bei Ganzjahresbetrieben mit 39 % Zustimmung.

Abbildung 13: Top-Fünf-Erfolgskriterien „trifft voll zu“ und „eher ja“ nach Unternehmensgröße



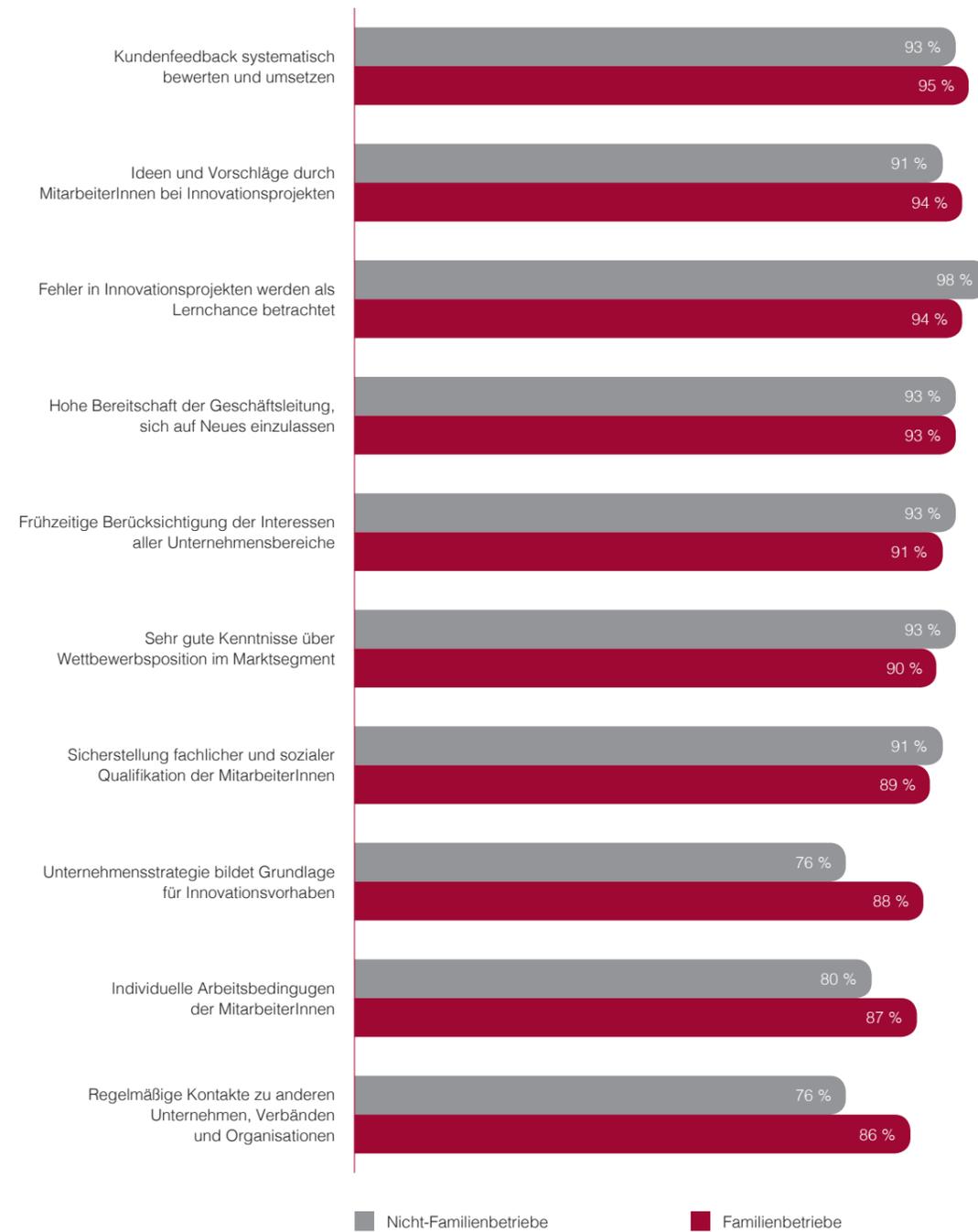
Anmerkungen: Gültige Prozente, Basis zur Berechnung der Anteilswerte bilden die Angaben „trifft voll zu“ und „eher ja“; n gesamt schwankt zwischen 245 und 259; n KMU Größe 1-9 schwankt zwischen 30 und 32; n KMU Größe 10-19 schwankt zwischen 66 und 80; n KMU Größe 20-49 schwankt zwischen 96 und 117; n KMU Größe > 50 schwankt zwischen 24 und 31. Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 14: Top-Zehn-Erfolgskriterien „trifft voll zu“ und „eher ja“ nach Betriebsart



Anmerkungen: Gültige Prozente, Basis zur Berechnung der Anteilswerte bilden die Angaben „trifft voll zu“ und „eher ja“; n gesamt = 196; n Saisonbetrieb schwankt zwischen 75 und 97; n Ganzjahresbetrieb schwankt zwischen 137 und 156. Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 15: Top-Zehn-Erfolgskriterien „trifft voll zu“ und „eher ja“ nach Betriebsführung



Anmerkungen: Gültige Prozente, Basis zur Berechnung der Anteilswerte bilden die Angaben „trifft voll zu“ und „eher ja“; n gesamt = 196; n Familienbetrieb schwankt zwischen 193 und 213; n Nicht-Familienbetrieb schwankt zwischen 35 und 45. Quelle: Eigene Darstellung.

5.1.2.3 Die Toperfolgskriterien nach Betriebsführung

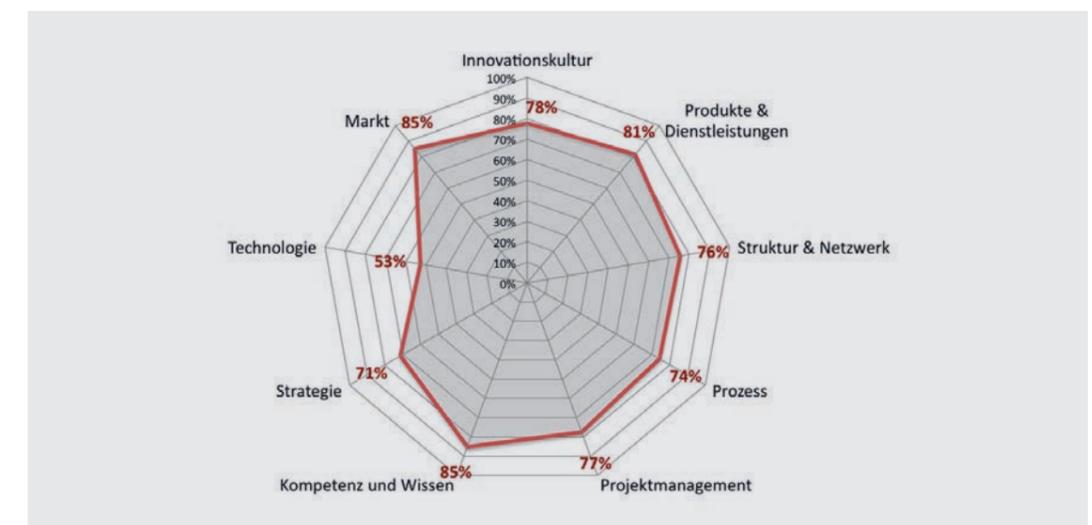
Die Bewertung der Toperfolgskriterien nach bereits erfolgter Realisierung mit „trifft voll zu“ oder „eher ja“ weist drei größere Unterschiede auf, wenn Familienbetriebe Nicht-Familienbetrieben gegenübergestellt werden: Während 88 % der Familienbetriebe angeben, „unsere Innovationsvorhaben haben ihre Grundlage in der allgemeinen Unternehmensstrategie, sie leiten sich daraus ab“, tun dies nur 76 % der nicht familiär geführten Unternehmen. 87 % der Familienbetriebe (gegenüber 80 % der nicht familiär geführten Betrieben) geben an, die Arbeitsbedingungen ihrer MitarbeiterInnen bei Bedarf sehr individuell (z. B. durch Flexibilisierung der Arbeitszeit) zu gestalten, und 86 % geben an, aktiv regelmäßige Kontakte zu den anderen Unternehmen, Verbänden und Organisationen auch über das Alltagsgeschäft hinaus zu pflegen (im Vergleich zu Nicht-Familienunternehmen mit 76 %).

Auch eine Unterscheidung nach Betriebsarten der befragten Unternehmen weist die gleichen niedrigsten Zustimmungen auf: das „Budget für Vorentwicklungsprojekte“ (jeweils niedriger als 50 %) sowie die „regelmäßigen Kontakte zu externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen“ (je weniger als 40 %).

5.1.2.4 Ergebnisse nach Gestaltungsfeldern

Die Gestaltungsfelder sind jene Bereiche, in denen mehrere Erfolgsfaktoren subsummiert werden (detaillierte Informationen zu den Gestaltungsfeldern sind Kapitel 3.1 zu entnehmen). Sie zeigen die jeweilige Stärke in den unterschiedlichen Bereichen auf, wie Innovation in Unternehmen prozessorientiert stattfinden kann. Im Durchschnitt aller befragten 270 Betriebe sind sie am innovationsfähigsten durch (je 85 %) den Markt sowie Kompetenz und Wissen; die deutlich geringste Rolle dabei spielt für sie der Bereich der Technologie (mit 53 %). Mit einer Zustimmung von 71 % bis 81 % sind dabei folgende Gestaltungsfelder von Bedeutung: Innovationskultur, Produkte und Dienstleistungen, Struktur und Netzwerk, Prozess, Projektmanagement und Strategie.

Abbildung 16: Innovationsfähigkeit nach Gestaltungsfeldern



Anmerkung: n gesamt = 270. Zur Berechnung der Gestaltungsfelder wird auf Kapitel 3.1 verwiesen. Quelle: Eigene Darstellung.

Vergleich nach Gestaltungsfeldern und Unternehmensgrößen

Unterschiede in der Bedeutung der Gestaltungsfelder für die eigene Innovationsfähigkeit nach Unternehmensgrößen gibt es vor allem in den Bereichen „Produkte & Dienstleistungen“, „Kompetenz & Wissen“, „Technologie und Markt“. Es lässt sich erkennen, dass die Performance bei „Produkte & Dienstleistungen“, bei „Kompetenz & Wissen“ sowie beim „Markt“ steigt, je größer das Unternehmen ist. Tendenziell schlecht schneidet der Bereich „Technologie“ bei allen Unternehmensgrößen ab.

Tabelle 10: Vergleich nach Gestaltungsfeldern und Unternehmensgrößen

	1-9	10-19	20-49	50+
Innovationskultur	78 %	78 %	75 %	79 %
Produkte & Dienstleistungen	78 %	81 %	82 %	86 %
Struktur & Netzwerk	75 %	76 %	75 %	80 %
Prozess	78 %	73 %	73 %	78 %
Projektmanagement	82 %	76 %	77 %	81 %
Kompetenz & Wissen	84 %	84 %	85 %	88 %
Strategie	69 %	71 %	71 %	77 %
Technologie	52 %	54 %	52 %	56 %
Markt	84 %	84 %	85 %	89 %

Anmerkungen: Gültige Prozente, n gesamt = 270, n KMU Größe 1-9 = 33, n KMU Größe 10-19 = 84, n KMU Größe 20-29 = 122, n KMU Größe > 50 = 31.
Quelle: Eigene Darstellung.

Vergleich nach Gestaltungsfeldern und Saisonalität

Unterschiede sind auch erkennbar zwischen den 106 Saison- und den 164 Ganzjahresbetrieben: Ganzjährig tätige Unternehmen weisen eine tendenziell höhere Innovationskultur (80 % versus 75 %) sowie höhere Werte im Gestaltungsfeld der Technologie (55 % versus 49 %) auf, während Saisonbetriebe höhere Werte im Bereich der Strategie zeigen (67 % versus 63 %).

Tabelle 11: Vergleich nach Gestaltungsfeldern und Saisonalität des Betriebes

	Saisonbetriebe	Ganzjahresbetriebe
Innovationskultur	75 %	80 %
Produkte & Dienstleistungen	83 %	81 %
Struktur & Netzwerk	75 %	76 %
Prozess	76 %	73 %
Projektmanagement	77 %	76 %
Kompetenz & Wissen	83 %	86 %
Strategie	67 %	63 %
Technologie	49 %	55 %
Markt	84 %	86 %

Anmerkung: Gültige Prozente; n gesamt = 270; n Saisonbetrieb = 106; n Ganzjahresbetrieb = 164.
Quelle: Eigene Darstellung.

Vergleich nach Gestaltungsfeldern und Bezirken⁸

Bei der Analyse der Gestaltungsfelder nach Bezirken konnte festgestellt werden, dass die Stadt Salzburg durchschnittlich am schlechtesten bei den Prozessen abschneidet (mit 69 %), gefolgt vom Bezirk Tamsweg mit (70 %), der Bezirk Zell am See am schlechtesten in den Bereichen Strategie (67 %) und Technologie (45 %). Auffällig ist, dass die Bezirke Zell am See, Tamsweg und St. Johann im Pongau überdurchschnittlich schlecht im Feld Markt abschneiden (80-86 % versus 92-95 %); der Bezirk Salzburger Umland überdurchschnittlich gut bei Kompetenz und Wissen (96 %).

Tabelle 12: Vergleich nach Gestaltungsfeldern und Bezirken

	Stadt Sbg.	Umland-bezirke	Hallein	Zell am See	Tamsweg	St. Johann
Innovationskultur	79 %	89 %	80 %	75 %	79 %	78 %
Produkte & Dienstleistungen	85 %	87 %	83 %	79 %	79 %	83 %
Struktur & Netzwerk	79 %	88 %	86 %	71 %	76 %	77 %
Prozess	69 %	81 %	77 %	73 %	70 %	77 %
Projektmanagement	76 %	87 %	82 %	76 %	76 %	78 %
Kompetenz & Wissen	88 %	96 %	91 %	82 %	85 %	85 %
Strategie	75 %	83 %	76 %	67 %	72 %	72 %
Technologie	51 %	69 %	67 %	45 %	55 %	57 %
Markt	92 %	95 %	94 %	80 %	85 %	86 %

Anmerkung: Gültige Prozente; n gesamt = 270; n Bezirk Salzburg Stadt = 28; n Bezirk Salzburg-Umgebung = 9; n Bezirk Zell am See = 78; n Bezirk St. Johann im Pongau = 115; n Bezirk Hallein = 3; n Bezirk Tamsweg = 37.
Quelle: Eigene Darstellung.

5.2 DETAILLIERTE ERGEBNISSE ZU INNOVATIONSAKTIVITÄTEN UND -ERFAHRUNG

Insgesamt 169 von 270 befragten Betrieben gaben an, eine oder mehrere Produkt- und Dienstleistungsinnovationen im Zeitraum 2012 bis 2014 eingeführt zu haben. Der Anteil an den Umsatzerlösen dieser neuen oder merklich verbesserten Produkte/Dienstleistungen betrug zwischen 0 % und 50 %, wobei die Mehrheit der Betriebe (54 %) einen Erlösanteil bis ca. 10 % aufwies.

Von diesen Innovationen waren gesamt nur 1 % neu für den Markt, 71 % neu für das Unternehmen und rund 28 % neu für den Markt und das Unternehmen.

Die Anzahl der Innovationen, die neu für das Unternehmen sind, sinken mit steigender Anzahl der MitarbeiterInnen (100 % Produkt- oder Dienstleistungsinnovationen bei Unternehmen zwischen einem und neun MitarbeiterInnen versus 60 % bei Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen), wohingegen die Anzahl der Innovationen mit steigender MitarbeiterInnenanzahl zunimmt, die neu für den Markt und das Unternehmen waren (0 % bei Unternehmen mit einem bis neun MitarbeiterInnen versus 42 % bei Betrieben mit mehr als 50 MitarbeiterInnen).

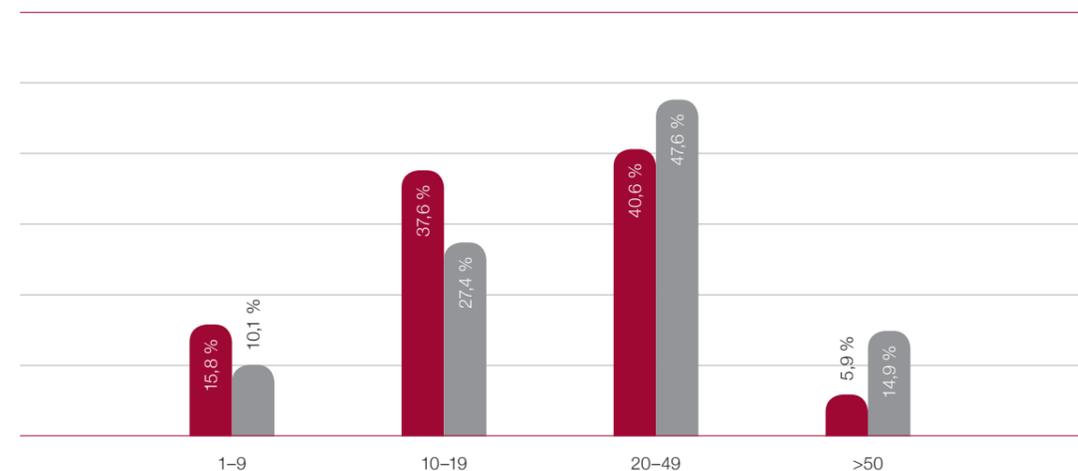
Tabelle 13: Vergleich der Innovationsaktivitäten nach Unternehmensgröße

	1-9	10-19	20-49	> 50
Neu für Markt	0	1	1	0
Neu für Unternehmen	16	29	52	14
Neu für Markt und Unternehmen	0	11	22	10

Anmerkung: Absolute Werte; n = 156; n KMU Größe 1-9 = 16; n KMU Größe 10-19 = 41; n KMU Größe 20-49 = 75; n KMU Größe > 50 = 24.
Quelle: Eigene Darstellung.

Anhand nachstehender Abbildung wird deutlich, dass die Verteilung von Produkt- und Dienstleistungsinnovationen nach Unternehmensgröße der Verteilung der Betriebe nach Unternehmensgröße gleicht (12 % der befragten Unternehmen beschäftigen zwischen einem und neun MitarbeiterInnen; 10 % der gesamten Produkt- und Dienstleistungsinnovationen kommen aus dieser Betriebsgröße; 31 % der Gesamtantworten stammen aus Unternehmen mit 10 bis 19 MitarbeiterInnen, rund 27 % aller neuen Produkt- und Dienstleistungsunternehmen kommen aus solchen; 45 % der Betriebe beschäftigen zwischen 20 und 49 MitarbeiterInnen und weisen rund 48 % der Innovationen auf; 12 % der Betriebe haben mehr als 50 MitarbeiterInnen und stellen rund 15 % der neuen Produkt- und Dienstleistungsinnovationen dar). Relativ betrachtet wird erkennbar, dass die Anzahl der neuen Produkt- und Dienstleistungsinnovationen mit zunehmender MitarbeiterInnenanzahl steigt. Während Unternehmen mit einem bis neun MitarbeiterInnen noch 51,5 % zustimmen zu solchen Innovationen, steigt die Zustimmung zur Durchführung von Innovationen bei Unternehmen mit 10 bis 19 MitarbeiterInnen auf 54,8 %, bei Unternehmen mit 20 bis 49 MitarbeiterInnen auf 65,6 % bis hin zu 80,6 % bei Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen.

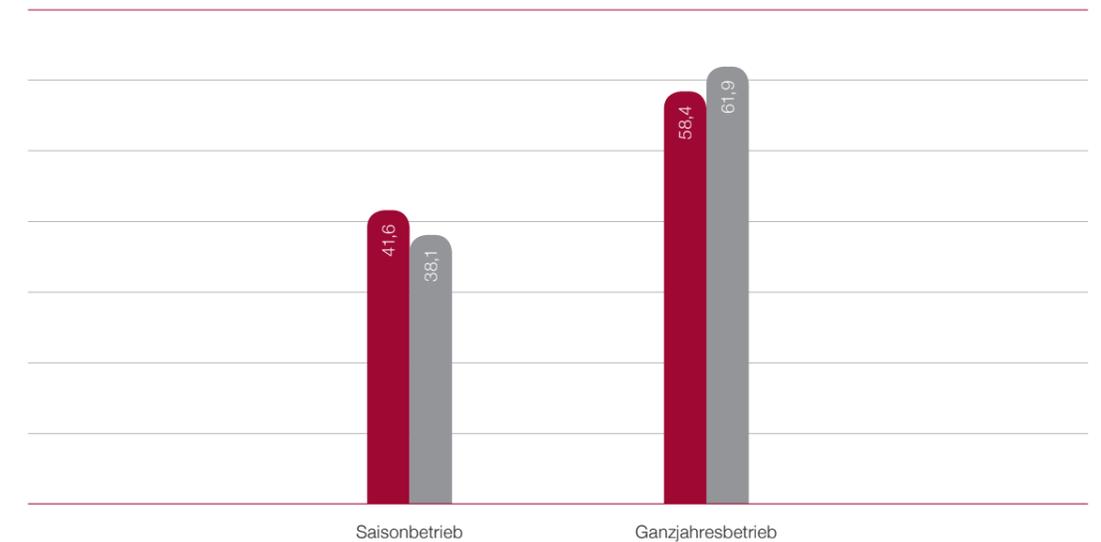
Abbildung 17: Neue Produkt- und Dienstleistungsinnovationen nach Unternehmensgröße (MitarbeiterInnen, in Prozent)



Anmerkungen: Gültige Prozente, n gesamt = 270, n KMU Größe 1-9 = 33, n KMU Größe 10-19 = 84, n KMU Größe 20-29 = 122, n KMU Größe > 50 = 31.
Quelle: Eigene Darstellung.

Anders zeigen sich die Ergebnisse bei der Unterscheidung nach Betriebsart. Absolut betrachtet spiegelt die Verteilung der neuen Produkt- und Dienstleistungsinnovationen nach Betriebsart (62 % in Ganzjahresbetrieben vs. 38 % in Saisonbetrieben) die Verteilung der befragten Unternehmen nach Betriebsart wider (61 % Ganzjahresbetriebe vs. 39 % Saisonbetriebe), relativ betrachtet zeigt sich kaum ein Unterschied in neuen Produkt- und Dienstleistungsinnovationen. Während ganzjährig tätige Unternehmen zu 60,4 % angaben, solche Innovationen zwischen 2012 und 2014 durchgeführt zu haben, taten dies ebenso rund 63 % der Saisonbetriebe.

Abbildung 18: Neue Produkt- und Dienstleistungsinnovationen nach Betriebsart



Anmerkungen: Gültige Prozente, n gesamt = 270, n Ganzjahresbetrieb = 164; n Saisonbetrieb = 106.
Quelle: Eigene Darstellung.

Neue Produkt- und Dienstleistungsinnovationen
■ Nein ■ Ja

Anteil an Umsatzerlösen

Was den geschätzten Anteil dieser Produkt-/Dienstleistungsinnovationen an Umsatzerlösen im gleichen Zeitraum 2012 bis 2014 betrifft, so liegt zwar der Mittelwert dieser genannten prozentuellen Anteile bei rund 15 %, der Median jedoch bei rund 11 %; also rund die Hälfte der Betriebe, die neue Produkt-/Dienstleistungsinnovationen zwischen 2012 und 2014 unternommen haben, konnte daraus bis zu 10 % ihrer Umsatzerlöse in diesem Zeitraum lukrieren. Vier Unternehmen gaben an, dass die Erlöse aus diesen Produkt-/Dienstleistungsinnovationen 50 % betragen.

Bedeutung der Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung

Wie wichtig unternommene Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung in den kommenden drei Jahren sein werden, beantworteten 92 Betriebe (55 %) mit „sehr wichtig“ und 50 Unternehmen (30 %) mit „relativ wichtig“. Keines dieser Unternehmen, die eine solche Innovation im Zeitraum von 2012 bis 2014 tätigten, empfand diese „weniger wichtig“ für die Umsatzentwicklung in den kommenden Jahren.

Gruppiert nach Unternehmensgröße zeigt sich, dass anteilmäßig die größte Wichtigkeit („sehr wichtig“) in diesen Produkt-/Dienstleistungsinnovationen von Unternehmen mit zehn bis 19 MitarbeiterInnen angegeben wurde; keines der 169 Unternehmen gab an, dass diese Innovationen „weniger wichtig“ seien.

Abbildung 19: Anteil der Produkt-/Dienstleistungsinnovationen an Umsatzerlösen

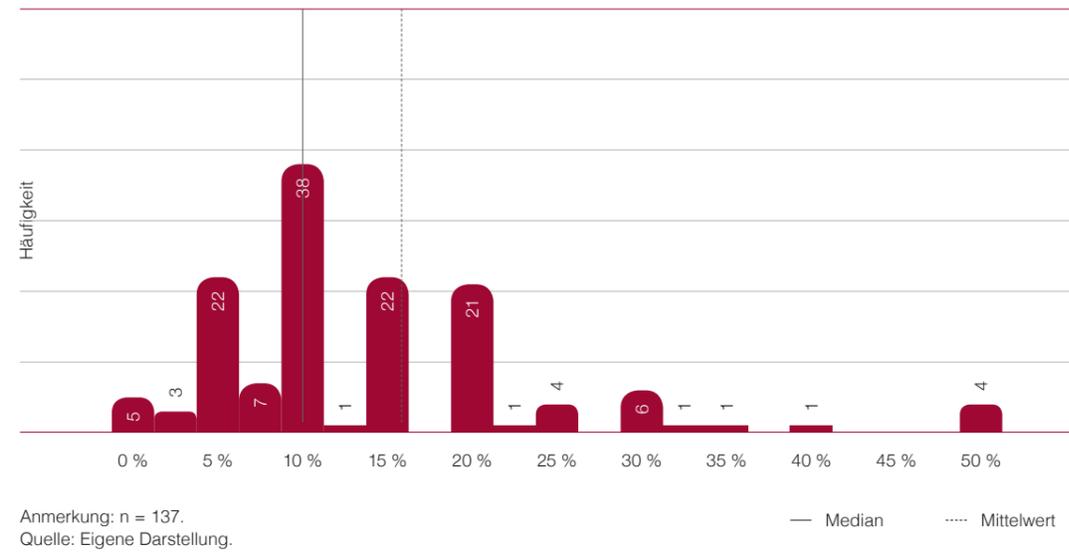


Abbildung 20: Wichtigkeit neuer Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung

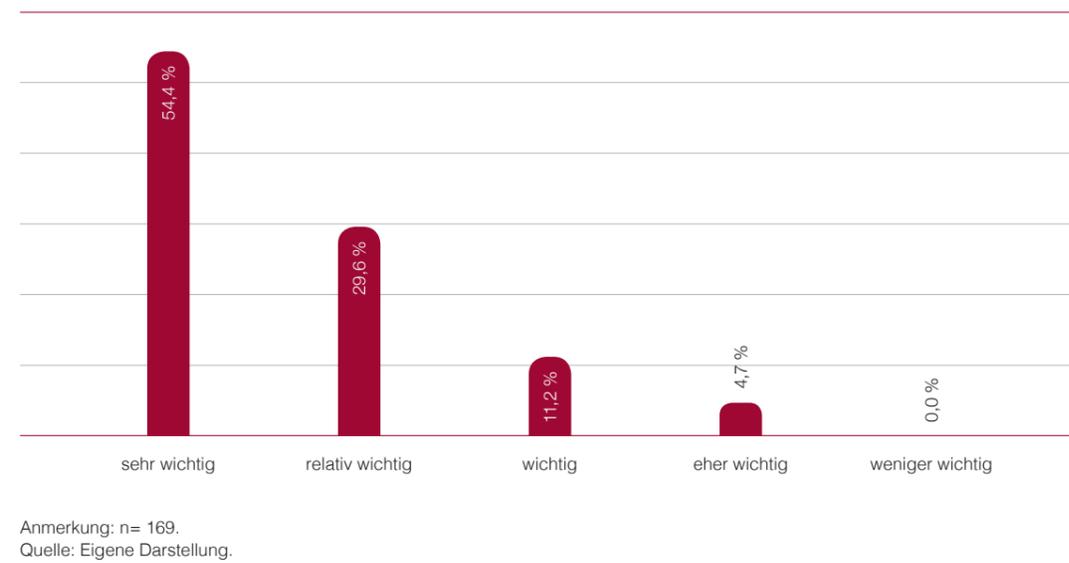


Abbildung 21: Wichtigkeit neuer Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung nach Unternehmensgröße

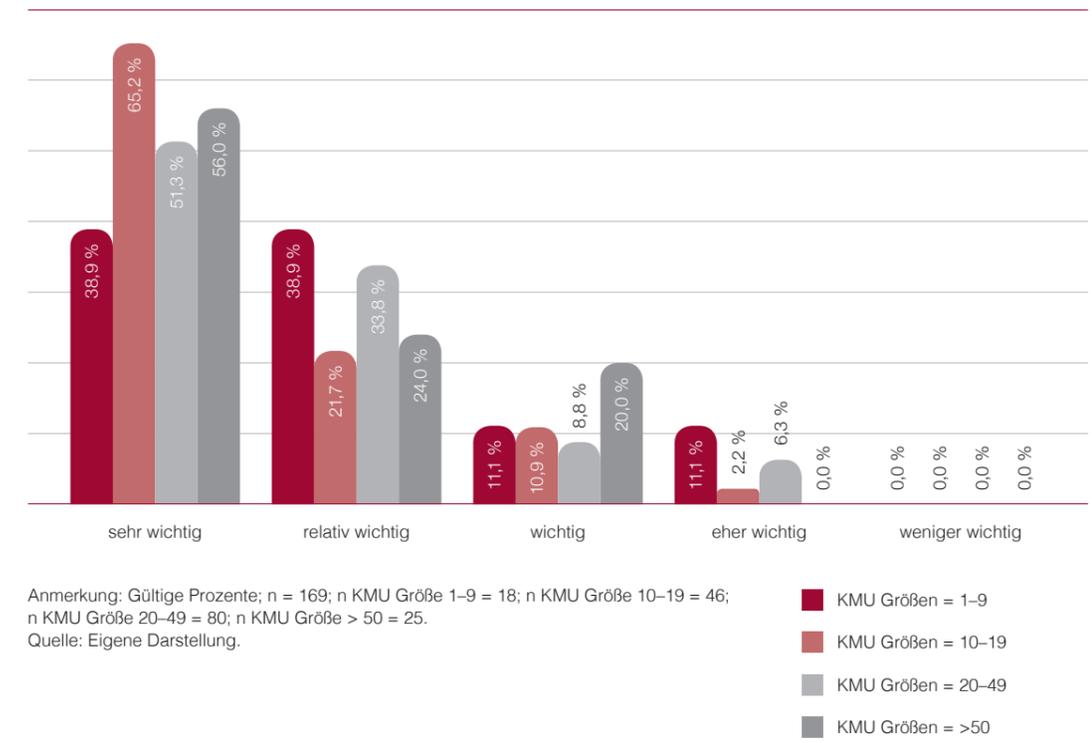
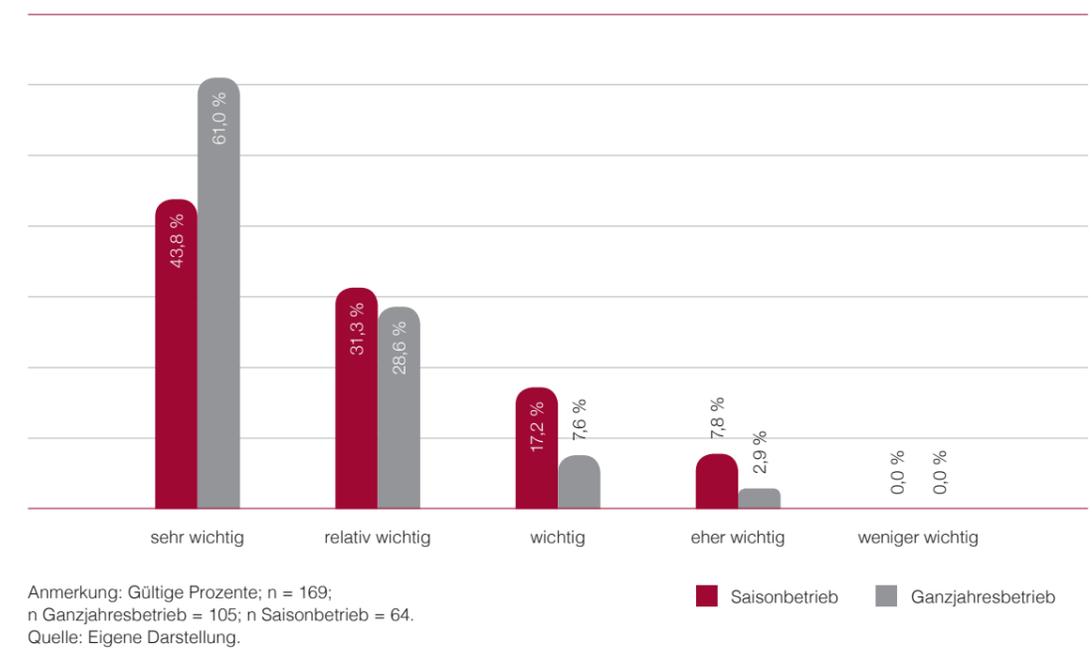


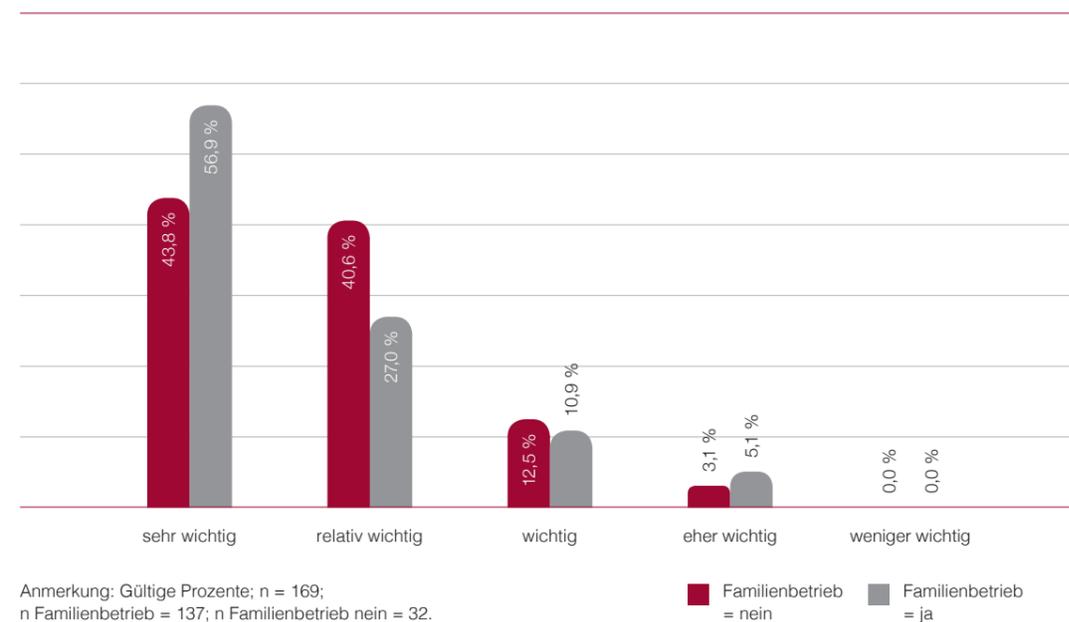
Abbildung 22: Wichtigkeit neuer Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung nach Betriebsart (in Prozent)



Interessant ist, dass Ganzjahresbetriebe mit 61 % die Wichtigkeit dieser Produkt-/Dienstleistungsinnovationen als „sehr wichtig“ beurteilen, während Saisonbetriebe dies überwiegend als „relativ wichtig“, „wichtig“ oder „eher wichtig“ empfinden.

Während Familienbetriebe solche Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzerlöse in den kommenden drei Jahren tendenziell als „sehr wichtig“ beurteilen, sehen Nicht-Familienunternehmen diese überwiegend als „relativ wichtig“.

Abbildung 23: Wichtigkeit neuer Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung nach Betriebsführung (in Prozent)



5.2.1 Innovationsaktivitäten

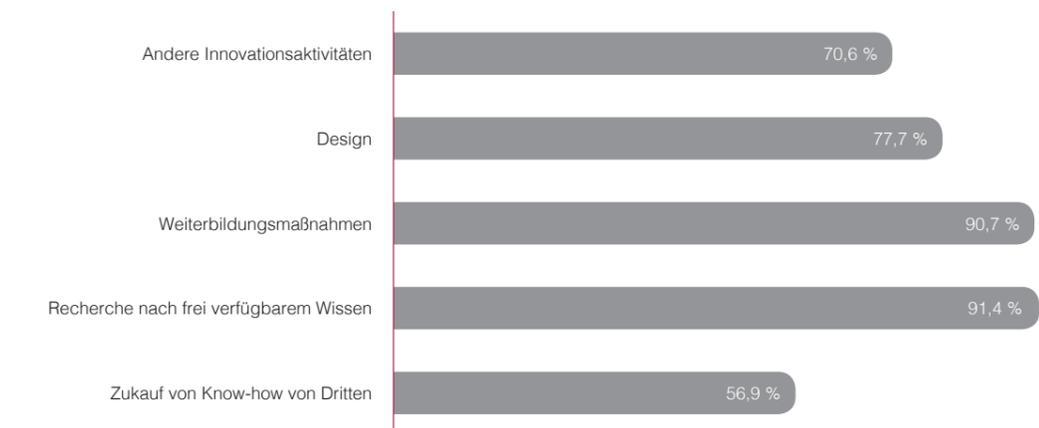
Im Zeitraum 2012 bis 2014 wurden von den befragten Unternehmen eine oder mehrere der folgenden Aktivitäten durchgeführt: 57 % der Betriebe gaben an, einen Zukauf von Know-how von Dritten für eigene Innovationsaktivitäten durchgeführt zu haben (Ankauf von Patenten, Lizenzen, nicht patentierten Erfindungen, Know-how und anderen Arten von Wissen von anderen Unternehmen oder Einrichtungen, die speziell zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren beschafft worden sind). 91 % gingen einer Recherche nach frei verfügbarem Wissen nach (z. B. Informationseinholung über Medien wie z. B. Fachzeitschriften oder Internet, Austausch mit Forschungseinrichtungen und Technologietransferstellen, Besuch von Vorträgen und Kongressen oder Engagement in relevanten Gremien, Ausschüssen und Arbeitskreisen mit dem Ziel der Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren).

Weiterbildungsmaßnahmen führten in diesem Zeitraum 90 % der befragten Betriebe durch (z. B. MitarbeiterInnenschulung und Weiterbildung für die Entwicklung oder Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren und zur besseren

Nutzung externen Wissens und/oder der Erhöhung der kreativen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen).

Designmaßnahmen setzten 77 % der Unternehmen um (Aktivitäten, die zum Entwurf, zur Verbesserung oder Änderung der Form oder des Erscheinungsbilds von neuen oder merklich verbesserten Produkten oder Dienstleistungen führen) und 70 % gaben an, andere Innovationsaktivitäten (sonstige Aktivitäten zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren wie z. B. Machbarkeitsstudien, Untersuchungen, routinemäßige Entwicklung von Software) von 2012 bis 2014 im Unternehmen durchgeführt zu haben.

Abbildung 24: Durchführung innovationsunterstützender Aktivitäten

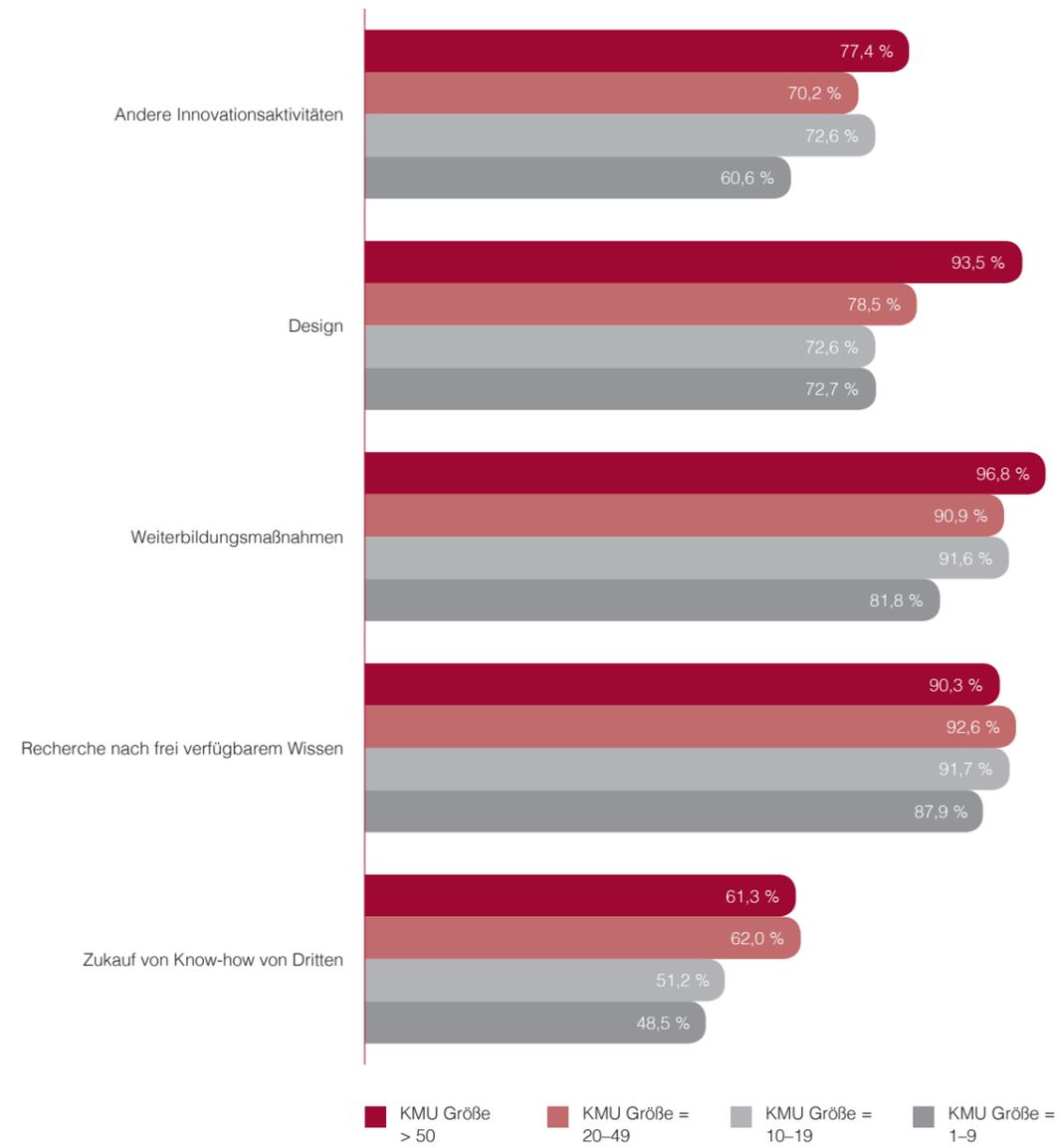


Anmerkung: Gültige Prozente; Auswertung auf Basis der Angabe „ja“ zur Durchführung der Aktivität. n = 156. Quelle: Eigene Darstellung.

Innovationsaktivitäten nach Unternehmensgröße

Der Vergleich nach Unternehmensgröße zeigt, dass Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen die zweithäufigsten Innovationsaktivitäten zwischen 2012 und 2014 im Designbereich vornahmen (mit 94 %) und zugleich auch jene Unternehmen sind, die die meisten Aktivitäten in diesem Bereich durchführen. Auffallend ist auch, dass Unternehmen mit einer MitarbeiterInnenanzahl unter 50 tendenziell aktiver bei der Recherche nach frei verfügbarem Wissen sind als Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen.

Abbildung 25: Innovationsunterstützende Aktivitäten nach Unternehmensgröße

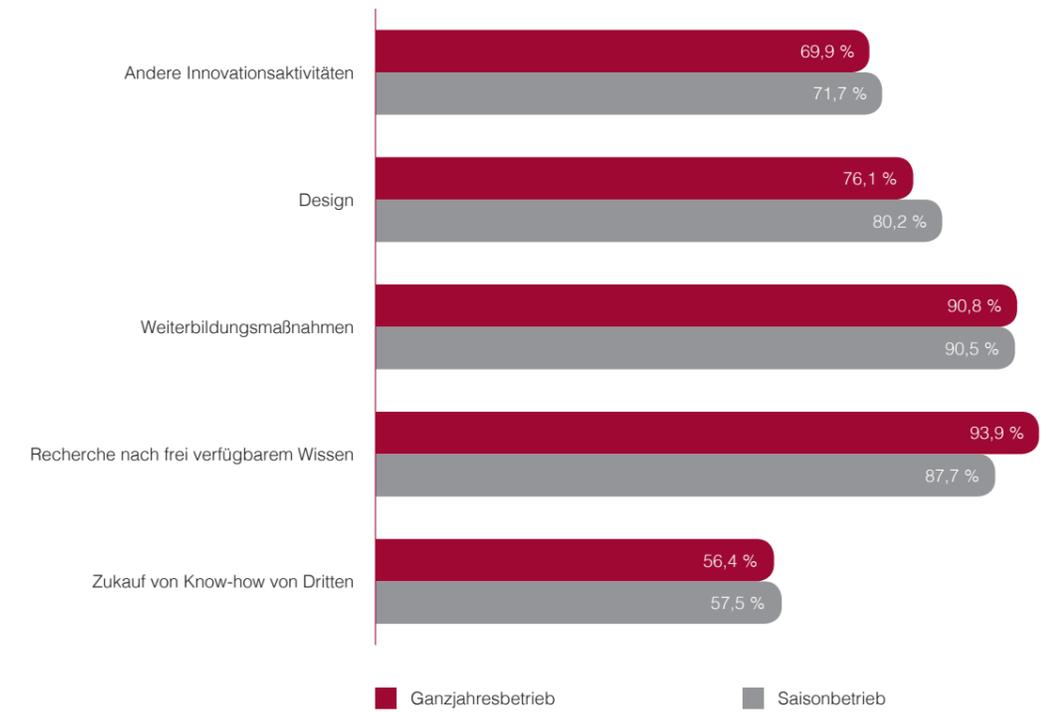


Anmerkungen: Gültige Prozente, n gesamt = 270, n KMU Größe 1-9 = 33, n KMU Größe 10-19 = 84, n KMU Größe 20-29 = 122, n KMU Größe > 50 = 31. Quelle: Eigene Darstellung.

Deutlich mehr Aktivitäten im Bereich der „Recherche nach frei verfügbarem Wissen“ unternahmen 2012 bis 2014 die Ganzjahresbetriebe, wohingegen die Saisonbetriebe mit 80 % (versus 76 %) mehr Aktivitäten im Designbereich durchführten.

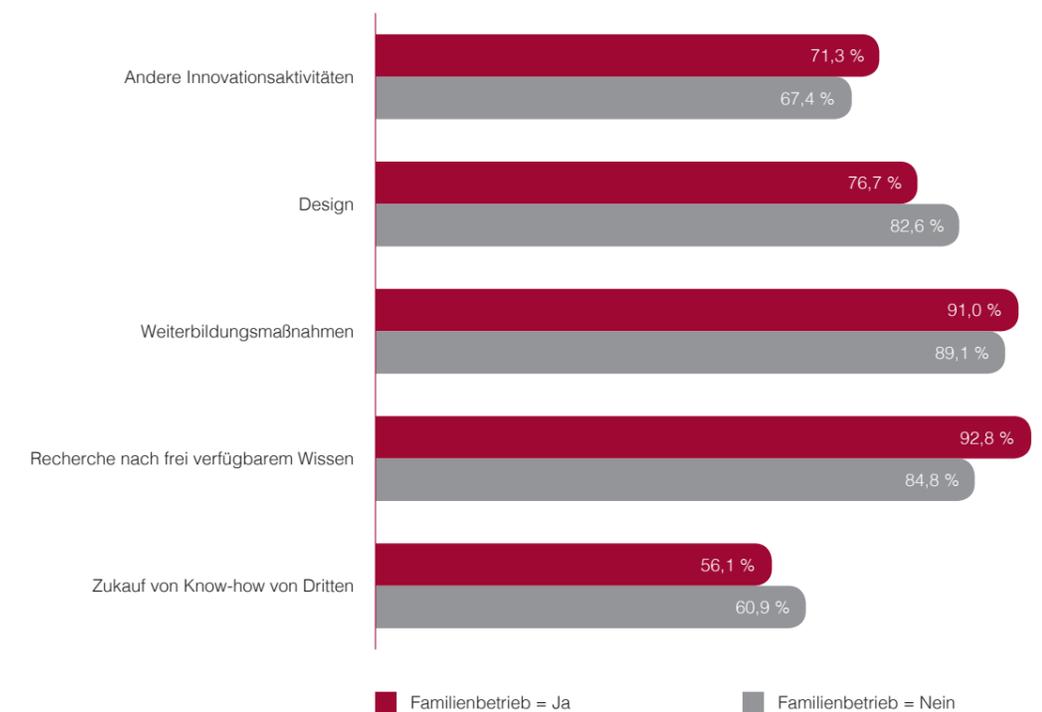
Familienbetriebe unternahmen mehr Weiterbildungsmaßnahmen und betrieben im Durchschnitt mehr Recherche nach frei verfügbarem Wissen als Nicht-Familienbetriebe. Diese hingegen führten prozentuell mehr Aktivitäten im Bereich Design (83 %) und Zukauf von Know-how von Dritten (61 %) durch als familiengeführte Unternehmen. Am wenigsten Aktivitäten wurden im Zeitraum 2012 bis 2014 unternommen im Zukauf von Know-how von Dritten (Ankauf von Patenten etc.).

Abbildung 26: Innovationsunterstützende Aktivitäten nach Betriebsart



Anmerkung: n gesamt = 270; n Ganzjahresbetrieb schwankt zwischen 92 und 163; n Saisonbetrieb schwankt zwischen 61 und 105. Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 27: Innovationsunterstützende Aktivitäten nach Betriebsführung



Anmerkung: n gesamt = 270, n Familienbetrieb schwankt zwischen 125 und 207; n Familienbetrieb nein schwankt zwischen 28 und 41. Quelle: Eigene Darstellung.

5.2.2 Innovationserfahrung

Die Frage nach der Selbsteinschätzung der Innovationserfahrung ergab, dass rund die Hälfte der Befragten (48 %) sehr viel oder viel Erfahrung aufweist. Besonders auffällig ist der hohe Wert von 62,5 % an „sehr viel Erfahrung“ bei Unternehmen mit 100 bis 249 MitarbeiterInnen.

Tabelle 14: Selbsteinschätzung der Innovationserfahrung

Innovationserfahrung	Anzahl Nennungen	%	Kumulierte %
Sehr viel	28	10,4 %	47,6 %
Viel	100	37 %	47,6 %
Mäßig	108	40 %	
Etwas	21	7,8 %	12,2 %
Gering	12	4,4 %	12,2 %

Anmerkung: n gesamt = 270.
Quelle: Eigene Darstellung.

Je rund 10 % der befragten Betriebe in den Bezirken Salzburg Stadt, Zell am See, St. Johann im Pongau und Tamsweg weisen sehr viel Innovationserfahrung auf, die Bezirke Salzburg-Umgebung und Hallein jeweils 0 %.⁹

Innovationserfahrung nach Innovationstypen

Die Frage nach der Innovationserfahrung zeigt generell eine realistische Selbsteinschätzung, lediglich die reaktiven Innovatoren schätzen sich selbst tendenziell mit 25,2 % an sehr viel und viel Erfahrung und 60 % mäßiger Erfahrung zu hoch ein.

Tabelle 15: Selbsteinschätzung der Innovationserfahrung nach Innovationstypen

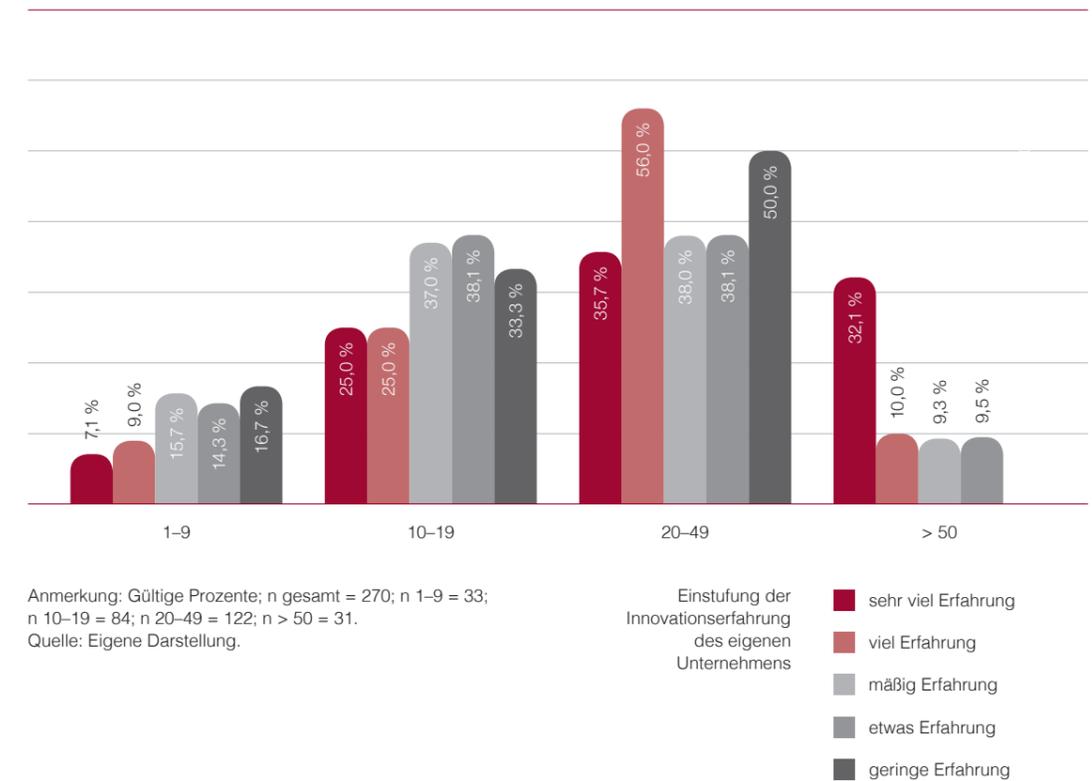
Innovationstyp	Erfahrung	%
Prägender	Sehr viel und viel Erfahrung	89,5 %
Strategischer	Sehr viel und viel Erfahrung	72,8 %
Aktiver	Sehr viel und viel Erfahrung	58,6 %
Reaktiver	Sehr viel und viel Erfahrung	25,2 %
Reaktiver	Mäßige Erfahrung	60 %
Zufälliger	Etwas und geringe Erfahrung	71,4 %

Anmerkung: n gesamt = 270; n prägender Innovator = 19; n strategischer Innovator = 11;
n aktiver Innovator = 133; n reaktiver Innovator = 99; n zufälliger Innovator = 8.
Quelle: Eigene Darstellung.

Auffallend bei der Einstufung der Innovationserfahrung der Unternehmen nach Unternehmensgrößen ist, dass Betriebe mit einem bis neun MitarbeiterInnen tendenziell weniger Erfahrung aufweisen als Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen, die zum Großteil sehr viel Erfahrung nachweisen

können. Interessant ist auch, dass bei Unternehmen mit einer MitarbeiterInnenanzahl von 20 bis 49 beinahe gleich viele viel Erfahrung wie geringe Erfahrung aufweisen; die Streuung in dieser Unternehmensgröße ist hier sehr hoch.

Abbildung 28: Einstufung der Innovationserfahrung nach Unternehmensgröße (Anzahl der MitarbeiterInnen)



Die Stadt Salzburg weist im Vergleich zu den anderen Bezirken im Bundesland eine tendenziell geringe Innovationserfahrung auf. Die überwiegend geringste Innovationserfahrung lässt sich dem Bezirk Zell am See zuordnen. Generell lässt sich festhalten, dass die Selbsteinschätzung „sehr viel Erfahrung“ relativ häufig genannt wurde. Obwohl die Rücklaufquoten aus den Bezirken Salzburg-Umgebung und Hallein nicht repräsentativ sind, werden die Ergebnisse der Vollständigkeit halber in den nachstehenden Grafiken dennoch angeführt.

Abbildung 29: Einstufung der Innovationserfahrung nach Bezirken

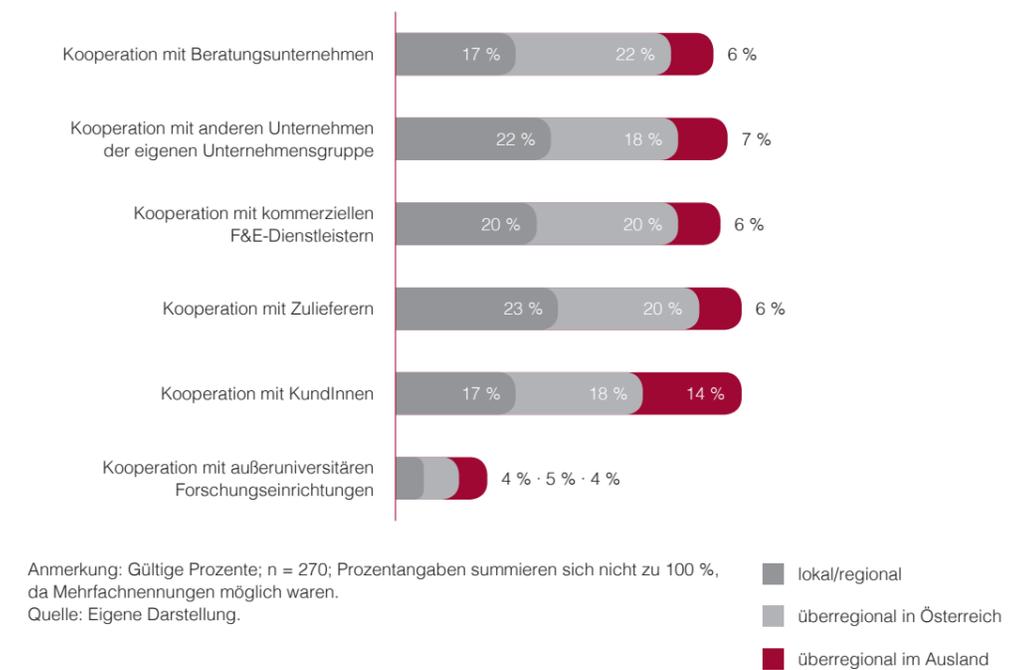


5.2.3 Kooperationen bei Innovationsaktivitäten

Kooperationen spielen vor allem für KMUs eine bedeutende Rolle (siehe Kapitel 1 und 2). Die Frage nach Kooperationen mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen bei Innovationsaktivitäten im Zeitraum 2012 bis 2014 konnten 156 der 270 befragten Betriebe mit „ja“ beantworten, also rund 58 % aller Betriebe. Davon stellten die am häufigsten genannten KooperationspartnerInnen die KundInnen dar (mit gesamt 49 % der Nennungen), die am wenigsten oft genannten waren Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen: Gesamt 13 % der befragten Betriebe gaben an, im Zeitraum 2012 bis 2014 solche Kooperationen bei Innovationsaktivitäten unternommen zu haben. Bei der Wahl der Kooperation wurde unterschieden zwischen lokal/regional (eine geschäftliche Tätigkeit innerhalb eines Radius von 50 Kilometern), überregional in Österreich (eine geschäftliche Tätigkeit, die über einen Radius von 50 Kilometern hinausgeht) und überregional im Ausland.

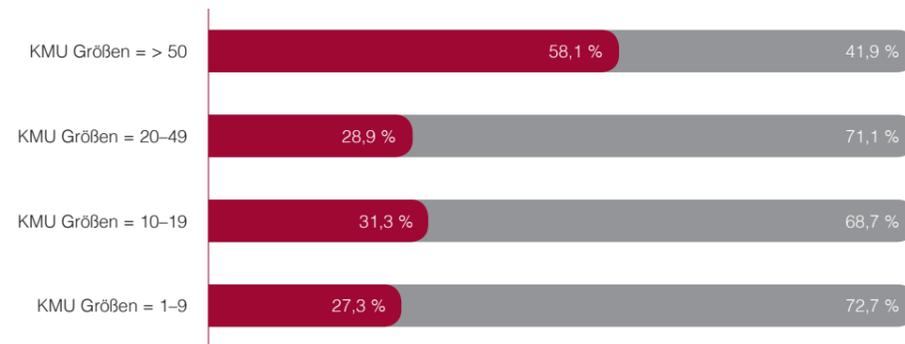
Auffällig ist (siehe auch nachstehende Abbildung), dass rund 14 % der Betriebe, die KundInnenkooperationen durchführten, diese überregional im Ausland vornahm; den größten Bereich an unternommenen Aktivitäten stellen Kooperationen mit ZulieferInnen lokal/regional mit 23 % dar.

Abbildung 30: KooperationspartnerInnen der kooperierenden Unternehmen



Eine Unterscheidung nach Unternehmensgröße zeigt deutlich, dass Unternehmen mit mehr als 50 MitarbeiterInnen insgesamt am häufigsten Kooperationen durchgeführt haben (58 %), am wenigsten (27 %) KMUs mit einer MitarbeiterInnengröße zwischen einem und neun Beschäftigten.

Abbildung 31: Kooperationen bei Innovationsaktivitäten nach Unternehmensgröße



Anmerkungen: Gültige Prozente, n gesamt = 270, n KMU Größe 1-9 = 33, n KMU Größe 10-19 = 84, n KMU Größe 20-29 = 122, n KMU Größe > 50 = 31.
Quelle: Eigene Darstellung.

5.3 VERGLEICH DER INNOVATIONSTYPEN

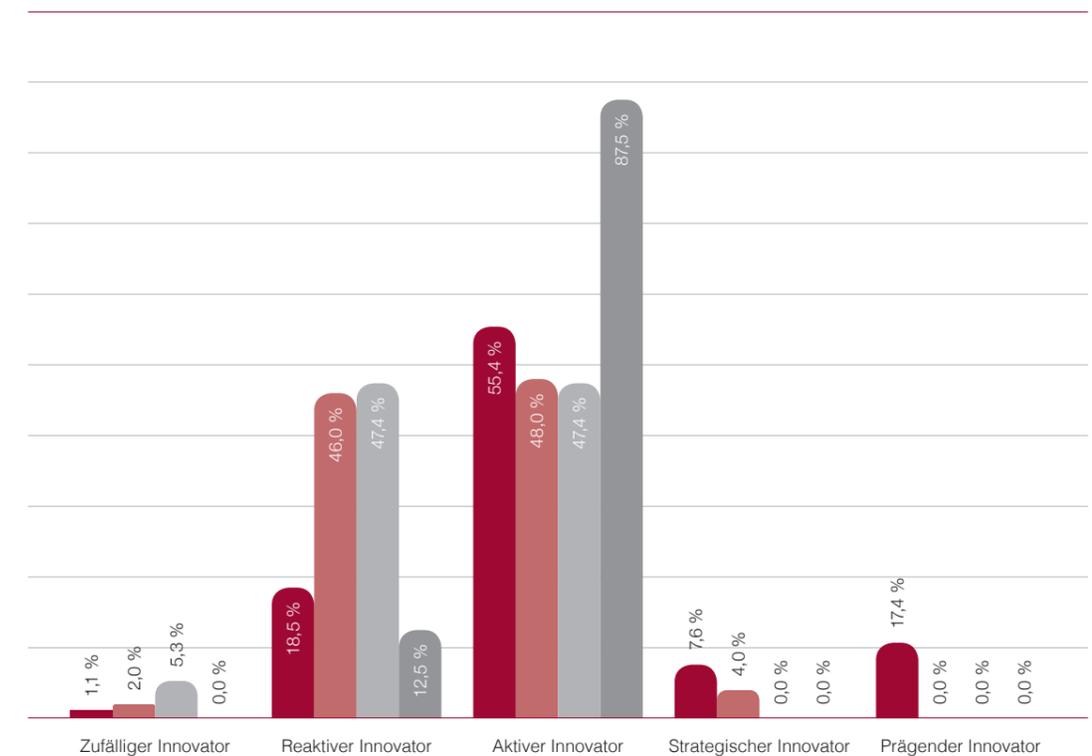
Die Zuordnung zu den diversen Innovationstypen basierte auf der Beurteilung der Kritischen Erfolgsfaktoren der Unternehmen (zur Definition und Berechnung der Innovationstypen siehe Kapitel 3), gesamt gab es für die Betriebe fünf unterschiedliche Reifegrade, zu denen sie auf Basis ihrer Antworten zugewiesen wurden: (a) der höchste Reifegrad des prägenden Innovators, gefolgt von (b) dem strategischen Innovator, (c) dem aktiven Innovator, (d) dem reaktiven Innovator und (e) dem zufälligen Innovator. Die Ergebnisse zeigen, dass rund die Hälfte der befragten Unternehmen dem Typus des aktiven Innovators zugeordnet werden kann, etwas mehr als ein Drittel dem reaktiven Innovator und jeweils weniger als 20 Betriebe den restlichen Typen: dem prägenden Innovator (7 %), dem strategischen (4 %) sowie dem zufälligen Innovator (3 %). In absoluten Zahlen wurden also im Zeitraum 2012 bis 2014 insgesamt 84 Produkt-/Dienstleistungsinnovationen von den aktiven Innovatoren getätigt, 44 Innovationen von den reaktiven Innovationstypen. Spannend ist die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Innovationen des prägenden Innovators neu für Markt und Unternehmen waren, während beim aktiven Innovator drei Viertel der Produkt-/Dienstleistungsinnovationen neu für das Unternehmen waren. Dem prägenden Innovator waren die 2012 bis 2014 durchgeführten Produkt-/Dienstleistungsinnovationen durchgehend „sehr wichtig“, während sie für den aktiven Innovator überwiegend „eher wichtig“ waren.

Tabelle 16: Vergleich der Produkt-/Dienstleistungsinnovationen nach Innovationstypen

	Prägend	Strateg.	Aktiv	Reaktiv	Zufällig
Neu für Markt	0	0	1	1	0
Neu für Unternehmen	6	4	63	36	2
Neu für Markt und Unternehmen	10	4	20	7	1

Anmerkung: Absolute Werte; n = 156; n prägender Innovator = 16; n strategischer Innovator = 9; n aktiver Innovator = 84; n reaktiver Innovator = 44; n zufälliger Innovator = 3.
Quelle: Eigene Darstellung.

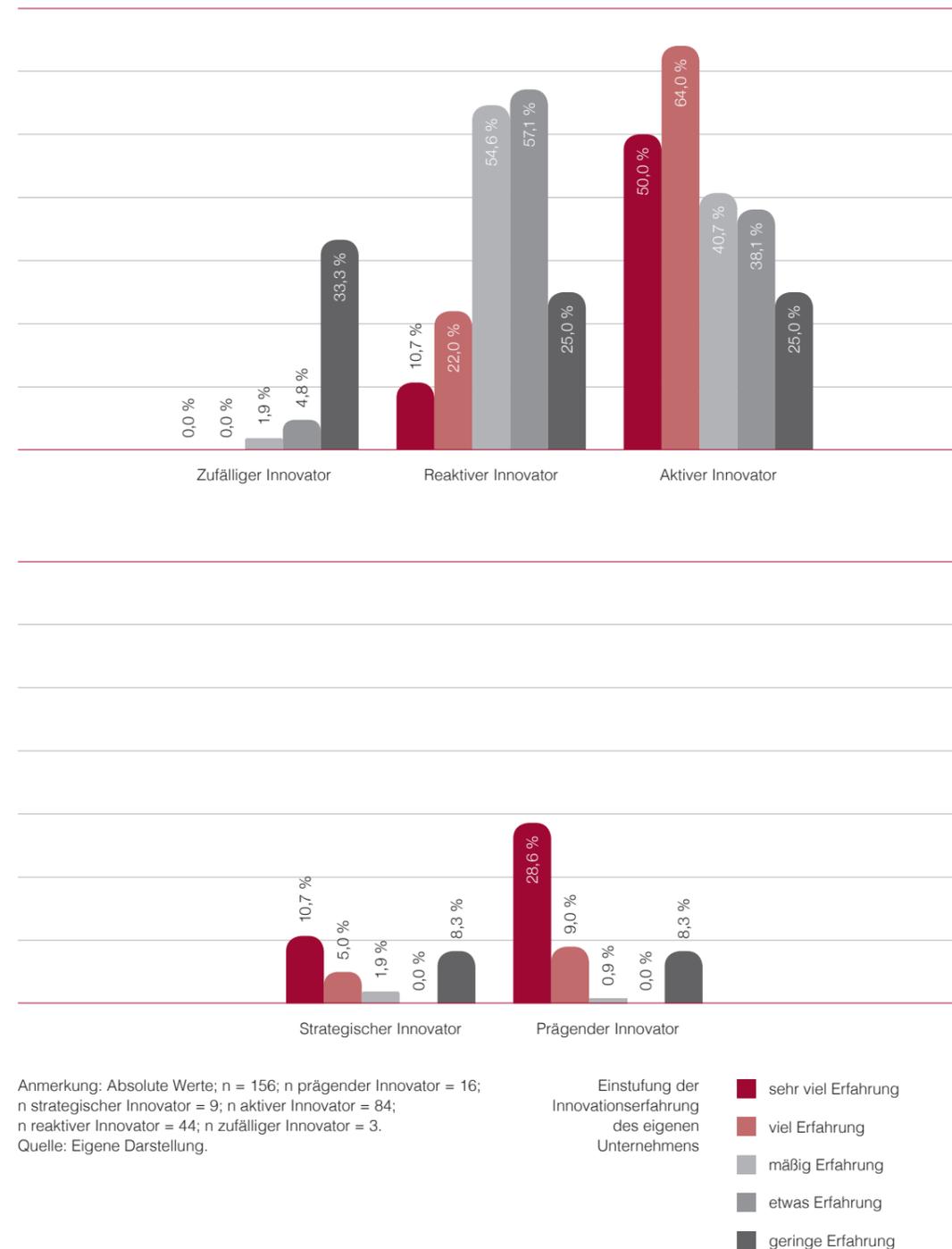
Abbildung 32: Wichtigkeit neuer Produkt-/Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung nach Innovatortyp



Anmerkung: Gültige Prozente; n = 156; n prägender Innovator = 16; n strategischer Innovator = 9; n aktiver Innovator = 84; n reaktiver Innovator = 44; n zufälliger Innovator = 3.
Auch stuft sich der prägende Innovator selbst am häufigsten mit „sehr viel Innovationserfahrung“ ein, während der zufällige Innovator am häufigsten „geringe Erfahrung“ angibt.
Quelle: Eigene Darstellung.

■ sehr wichtig
■ relativ wichtig
■ wichtig
■ eher wichtig

Abbildung 33: Einstufung der Innovationserfahrung nach Innovatortyp



6 Schlussbetrachtung

Das Ziel des vorliegenden Teilprojekts war es, ein Maß zur Beschreibung und Bewertung der Innovationsfähigkeit im Tourismus zu entwickeln (siehe Kapitel 3), das auf betrieblicher und regionaler Ebene eingesetzt werden kann, sowie die Erstellung eines Softwaretools, mit dem die Innovationsfähigkeit im Tourismus gemessen werden kann.

Das Softwaretool zur Messung und Bewertung der Innovationsfähigkeit touristischer Unternehmen ist online unter <https://check.innovationen-destinationen.eu> als Fragebogentool abrufbar. Die gesamte Befragung ist in Annex 1 dargestellt und ein Beispiel einer anschließenden automatisierten Berechnung und Auswertung ist Annex 3 zu entnehmen.

Was die Entwicklung eines Maßes zur Vermessung der Innovationsfähigkeit in den Salzburger Beherbergungsbetrieben betrifft, so waren zentrale Leitfragen in der Erstellung dieser:

- Wie innovationsfähig ist die Salzburger Hotellerie?
- Wo sind die größten Stärken?
- Was sind die größten Hemmnisse bzw. worin liegt noch Bedarf?

Eine erste Bestandsaufnahme wurde mittels einer repräsentativen Primärerhebung in der Salzburger Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Hotellerie gemacht, um diesen Fragen einen ersten Status quo zugrunde zu legen. Die Ergebnisse zeigen, dass die befragten Betriebe im Bundesland tendenziell mit den klassischen Innovationsbarrieren von KMUs gefordert sind. Die Ergebnisse zur Innovationsfähigkeit der befragten Unternehmen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich Relevanzbewertung und Realisierung der Kritischen Erfolgsfaktoren von produzierenden KMUs: Bei letzteren ist beispielsweise der „Mut der Geschäftsleitung für Neues“ der relevanteste Erfolgsfaktor (Kirner et al. 2007, 37), während bei den befragten Hotelbetrieben der Kritische Erfolgsfaktor „das Feedback der KundInnen (z. B. in Form von Beschwerden und Anregungen)“ den relevantesten darstellt. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass touristische Dienstleistungen eine Sonderstellung in österreichischen KMUs einnehmen und das zeigt letztlich wieder die Wichtigkeit des Humanfaktors im Tourismus auf.

Die geringste positive Bewertung aller befragten Unternehmen erzielte der Kritische Erfolgsfaktor „wir pflegen aktiv regelmäßige Kontakte zu externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen“,

sowohl was das Vorhandensein des Faktors im Unternehmen betrifft als auch die Angabe über die Relevanz dieser Kontakte. Nur jeweils rund 33 % der Unternehmen mit einem bis neun MitarbeiterInnen, 10 bis 19 sowie 20 bis 49 und 42 % bei Betrieben mit mehr als 50 MitarbeiterInnen pflegen aktiv Kontakte zu externen F&E-Einrichtungen. Die Ergebnisse stützen die Wichtigkeit der Subziele des vom Land Salzburg definierten Strategieplans Tourismus Salzburg 2020 (Land Salzburg 2013): „Branchenübergreifende Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette unterstützen“ und „Salzburger Unternehmen können einen relevanten Anteil an den innovationsorientierten Förderungen des Bundes (und der EU) im Bereich Tourismus lukrieren“. (Land Salzburg 2013)

Interessant ist, dass sich bei gesonderter Betrachtung der positiv bewerteten Faktoren nach Betriebsart (Ganzjahresbetrieb versus Saisonbetrieb) andere Top-Fünf-Kriterien in der Beurteilung erkennen lassen:

- 93 % der ganzjährig tätigen Unternehmen gaben an, dass die in Innovationsprojekten benötigten fachlichen und sozialen Qualifikationen der MitarbeiterInnen (z. B. Technologiekenntnis, Kommunikations- oder Teamfähigkeit) vorhanden sind (im Vergleich dazu in nur 84 % der Saisonbetriebe).
- 87 % der Ganzjahresunternehmen stimmen der systematischen Weiterentwicklung fachlicher und sozialer Qualifikationen der MitarbeiterInnen zu (im Vergleich dazu nur 71 % der saisonal geführten Beherbergungsunternehmen).

Dies kann als Hinweis gesehen werden, das Ziel des Landes „innovationsrelevante Qualifizierung der UnternehmerInnen/MitarbeiterInnen wird gefördert“ an unterschiedliche Betriebsarten anzupassen, zeigt auch die Literaturrecherche große Unterschiede zwischen Ganzjahres- und Winterdestinationen, beispielsweise bei den Investitionen (*rund 60 % der Investitionen im ersten Halbjahr 2012 kamen aus Unternehmen, die ein Ganzjahreskonzept verfolgen, 39 % aus Wintersaisongebieten und nur ca. 1 % aller Investitionen aus reinen Sommerdestinationen.*)

Die Bewertung der Toperfolgskriterien nach bereits erfolgter Realisierung mit „trifft voll zu“ oder „eher ja“ weist Unterschiede auf, wenn Familienbetriebe Nicht-Familienbetrieben gegenübergestellt werden:

- 87 % der Familienbetriebe gaben an, dass die Arbeitsbedingungen ihrer MitarbeiterInnen bei Bedarf sehr individuell (z. B. durch Flexibilisierung der Arbeitszeit) gestaltet werden, während im Vergleich dazu nur zu 80 % in nicht familiär geführten Unternehmen dasselbe aussagten.
- 86 % der Familienunternehmen und 76 % der Nicht-Familienunternehmen gaben an, aktiv regelmäßige Kontakte zu den anderen Unternehmen, Verbänden und Organisationen auch über das Alltagsgeschäft hinaus zu pflegen.

Speziell im letzten Punkt wäre es interessant zu wissen, worin die Begründung dieser Unterschiede liegt bzw. warum familiengeführte Betriebe scheinbar regelmäßiger Kontakte zu anderen Unternehmen, Verbänden und Organisationen aufweisen als nicht familiär geführte Betriebe. Der Vergleich nach Unternehmensgrößen zeigt, dass die Performance in den Gestaltungsfeldern „Produkte und Dienstleistungen“, „Kompetenz und Wissen“ sowie beim „Markt“ steigt, je größer das Unternehmen ist, gemessen an der Anzahl der MitarbeiterInnen. Weiters konnte festgestellt werden, dass die Anzahl an neuen Produkt- und Dienstleistungsinnovationen mit zunehmender MitarbeiterInnenanzahl steigt. Während der Anteil an solchen Innovationen bei Unternehmen mit einem bis neun MitarbeiterInnen bei rund 52 % liegt, steigt dieser bei Unternehmen mit 10 bis 19 MitarbeiterInnen auf 55 %,

bei Unternehmen mit 20 und 49 MitarbeiterInnen auf 66 % und liegt bei Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten bei rund 81 %.

Fazit: Die vorliegende Studie zeigt auf, dass unterschiedliche Unternehmensgrößen, Betriebsarten und Betriebsgrößen unterschiedliche Herausforderungen bei Innovationsaktivitäten aufweisen. Die Ergebnisse stellen den Status quo der Innovationsfähigkeit touristischer Unternehmen in der Salzburger Vier-Sterne-/Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Hotellerie dar. Um diese innerbetriebliche Fähigkeit auch sinnvoll bewerten sowie Veränderungen in den Aktivitäten der Betriebe vermessen zu können, bedarf es jedoch einer regelmäßigen Zeitreihenerhebung auf Basis des vorliegenden Fragenkatalogs.

Anmerkungen

- 1 Nach dem TSA ergaben die für das Jahr 2013 ermittelten direkten und indirekten Beschäftigungseffekte ein Volumen in der Größenordnung von über 618.900 Vollzeitäquivalenten. Tourismus- und Freizeitwirtschaft generieren damit knapp ein Sechstel der Vollzeitarbeitsplätze in Österreich (WKO 2016b).
- 2 Eines der in der Ökonomie bekanntesten Modelle ist jenes von Porter: die fünf Wettbewerbskräfte.
- 3 Weiterführende Literatur zur Definition und Ableitung von Kritischen Erfolgsfaktoren siehe Wagner et al. 2006.
- 4 Die gesamte Herleitung und Definition der Kritischen Erfolgsfaktoren ist nachzulesen bei Spath et al. (2001).
- 5 Lokal/regional meint die geschäftliche Tätigkeit innerhalb eines Radius von 50 Kilometern und überregional die geschäftliche Tätigkeit, die über einen Radius von 50 Kilometern hinausgeht.
- 6 Das Softwaretool ist in Form eines Online-Fragebogens unter <https://check.tourismus-innovationen.eu> abrufbar.
- 7 Diese Innovationstypen stellen die fünf Reifegradstufen des Innovationsexzellenzmodells des Fraunhofer Instituts dar (Spath et al. 2006; Neun 2015).
- 8 Bei der Interpretation der Daten erhalten die Bezirke Salzburger-Umgebung und Hallein eine Sonderstellung, da hier lediglich 22 % (neun Betriebe) bzw. 33 % (drei Betriebe) der kategorisierten Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Betriebe im jeweiligen Bezirk befragt werden konnten, was die Ergebnisse somit wenig aussagekräftig für den gesamten Bezirk macht.
- 9 Bei der Interpretation der Daten erhalten die Bezirke Salzburg-Umgebung und Hallein eine Sonderstellung, da hier lediglich 22 % (neun Betriebe) bzw. 33 % (drei Betriebe) der kategorisierten Vier-Sterne- und Fünf-Sterne-Betriebe im jeweiligen Bezirk befragt werden konnten und die Ergebnisse somit wenig aussagekräftig für den gesamten Bezirk sind.

Literaturverzeichnis

- Behrendt, S. et al. (1998): Innovationen zur Nachhaltigkeit. Ökologische Aspekte der Informations- und Kommunikationstechniken. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Benkenstein, M. (2001): Besonderheiten des Innovationsmanagements in Dienstleistungsunternehmen. In: Bruhn, M. und H. Meffert (Hg.): Handbuch Dienstleistungsmanagement. Von der strategischen Konzeption zur praktischen Umsetzung. Wiesbaden: Gabler, 687–702.
- Benkenstein, M. u. S. Steiner (2004): Formen von Dienstleistungsinnovationen. In: Bruhn, S. (Hg.): Dienstleistungsinnovationen. Wiesbaden: Gabler, 27–46.
- Benkenstein, M. und S. Steiner (2004): Formen von Dienstleistungsinnovationen. In: Bruhn, M./Stauss, B. (Hg.): Dienstleistungsinnovationen. Forum Dienstleistungsmanagement. Wiesbaden: Gabler.
- Beritelli, P. und D. Romer. (2006): Inkrementelle versus radikale Innovationen im Tourismus. In: Pikkemaat, B. et al. (Hg.): Innovationen im Tourismus. Wettbewerbsvorteile durch neue Ideen und Angebote. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Billerbeck, H. (2003): Der Zeitfaktor im Innovationsmanagement. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Blättel-Mink, B. (2006): Kompendium der Innovationsforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- BMW (2006): Innov.A.Tour. Innovations Programm Tourismus. Innovationsstudie – Schlussbericht. Wien: Eigenverlag.
- BMWFJ (2013): Tourismus in der EU-Strukturfondsperiode 2014–2020. Expertenpapier. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. Abteilung III/4 Tourismus-Förderungen. Wien.
- Bruhn, M. und B. Stauss (2004): Dienstleistungsinnovationen – Eine Einführung in den Sammelband. In: Bruhn, M. und B. Stauss (Hg.): Dienstleistungsinnovationen. Forum Dienstleistungsmanagement. Wiesbaden: Gabler, 3–25.
- Buer, C. und W. Pompl. (2006): Notwendigkeit, Probleme und Besonderheiten von Innovationen bei touristischen Dienstleistungen. In: Pikkemaat, B. et al. (Hrsg.): Innovationen im Tourismus. Wettbewerbsvorteile durch neue Ideen und Angebote. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Burr, W. (2004): Innovationen in Organisationen. Stuttgart: Kohlhammer.
- CIS (2012): Community Innovation Survey. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/203647/203701/Harmonised+survey+questionnaire+2012/164dfdfd-7f97-4b98-b7b5-80d4e32e73ee>. Zugriff im Mai 2015.
- Dodgson, M. et al. (2005): Think, Play, Do. Technology, Innovation and Organization. Oxford: Oxford University Press.
- Europäische Kommission (2015): http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/index_de.htm. Zugriff im Jänner 2015.

- European Innovation Scoreboard (2016): Methodology Report. <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/17821/attachments/1/translations/en/renditions/native>. Zugriff im September 2016.
- FH Salzburg (2013): Projektauftrag Lebensqualität. Auftragsnummer 2013_7050-014 (Unveröffentlichtes Dokument).
- Freyer, W. (2001): *Tourismus. Einführung in die Fremdenverkehrsökonomie*. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Fueglistaller, U. et al. (2012): *Entrepreneurship. Modell – Umsetzung – Perspektiven. Mit Fallbeispielen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer.
- Galunic, D. C. u. Eisenhardt, K. M. (2001): Architectural Innovation and Modular Corporate Forms., *Academy of Management Journal*, 44: 1229–1249.
- Gatterer, H. et al. (2009): Hotel der Zukunft. Die wichtigsten Chancenmärkte der österreichischen Hotellerie. Zukunfts-Institut. <http://www.hotelderzukunft.at/pdf/handbuch-hotel-der-zukunft.pdf>. Zugriff im Mai 2016.
- Goldhar, J. D. (1980): Some Modest Conclusions. In: *Management of Research and Innovation*. Deah, B. and J. D. Goldhar (Hrsg.): Amsterdam: North Holland Publishing Company, 281–285.
- Hall, C. u. A. Williams (2008): *Tourism and Innovation*. New York: Routledge, 111–170.
- Hauschildt, J. (2004): *Innovationsmanagement*. 3. Aufl. Verlag Vahlen: München.
- Herstatt, C. et al. (2007): Innovationshemmnisse in kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Konzeption der empirischen Untersuchung. Technische Universität Hamburg-Hartburg. Institut für Technologie- und Innovationsmanagement. http://www.global-innovation.net/publications/PDF/RIS_Befragung_Konzeption.pdf. Zugriff im September 2014.
- Hillmann, K. (2007): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Kröner Verlag.
- Hilzenbecher, U. (2005): Innovategy. In: Berndt, R. (Hg.): *Erfolgsfaktor Innovation*. Berlin: Springer, 47–70.
- Hinterholzer, T. et al. (2010): *Innovations-Guide. Eine praxisorientierte und theoretisch fundierte Anleitung zur Erneuerung für touristische Leistungsanbieter in Salzburg*. Wien: LIT Verlag.
- Hjalager, A. (2002): Repairing Innovation Defectiveness in Tourism. In: *Tourism Management*, Vol. 23, No. 4, 4 65–474.
- Kirner et al. (2007): *Kritische Erfolgsfaktoren zur Steigerung der Innovationsfähigkeit*. Karlsruhe: Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung.
- Kirner, E. et al (2006): *Innovation im KMU – Der ganzheitliche Innovationsansatz und die Bedeutung von Innovationsroutinen für den Innovationsprozess*. Karlsruhe: Fraunhofer Institut System- und Innovationsforschung.
- König, M. (2003): *Konzept zur Sensibilisierung und Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen für die Anwendung/ Nutzung neuer Techniken im KMU*. Innovationsmanagement http://kim.hs-lu.de/fileadmin/user_upload/images/publikationen/digital/arbeitsberichte/KIM_AB10_Konzept_zur_Sensibilisierung_und_Qualifizierung_fuer_die_AnwendungNutzung_neuer_Techniken_in_KMU.pdf. Zugriff im September 2014.
- Küng, B. et al. (2013): *Lernen von den Besten. Innovationen im alpinen Tourismus*. HTW Chur: FHO Ostschweiz. http://www.htwchur.ch/fileadmin/user_upload/institute/SIFE/3_Forschungsthemen/Start-up/Lernen_von_den_Besten_Final_Web.pdf. Zugriff im September 2014.
- Land Salzburg (2011): *Salzburg. Standort Zukunft. Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020*. https://www.salzburg.gv.at/wirtschaft/_Documents/ssz-wipro2020.pdf. Zugriff im November 2014.
- Land Salzburg (2013): *Salzburger Tourismus. Gesund. Innovativ. Nachhaltig. Strategieplan Tourismus 2020*.
- Land Salzburg (2015a): *Übernachtungen Tourismusjahr 2014/2015*. https://www.salzburg.gv.at/tourismus/_Documents/tourismusjahr_2014_2015_mit_bettendaten_2014_.pdf. Zugriff im Jänner 2016.
- Land Salzburg (2015b): *Statistisches Handbuch Salzburg. Ausgabe 2015*. Amt der Salzburger Landesregierung.
- Land Salzburg (2016a): *Salzburger Zahlenspiegel 2016*. http://landversand.salzburg.gv.at/WebRoot/Store/Shops/Landversand/57AD/AOCC/6BBE/30D1/D6A4/4DEB/AE3E/64A9/statistik_daten_zahlenspiegel2016-folder.pdf. Zugriff im Mai 2016
- Land Salzburg (2016b): *Bettenangebot und Bettenauslastung Winter 2014/2015*. https://www.salzburg.gv.at/tourismus/_Documents/betten_winter_2015.pdf. Zugriff im Juni 2015.
- Land Salzburg (2016c): *Bettenangebot und Bettenauslastung Sommer 2015*. https://www.salzburg.gv.at/tourismus/_Documents/betten_sommer_2015.pdf. Zugriff im Juni 2015.
- Langer, G. (2001): *Innovationen in der Ferienhotellerie*. Innsbruck: Lago Eigenverlag.
- Mairesse, J. u. P. Mohnen (2002): Accounting for Innovation and Measuring Innoativeness: An Illustrative Framework and an Application. In: *The American Economic Review*. May 2002, 226–230.

- Mugler, J. (1991): *Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe II, strategische Führung*. In: Mugler, J. (Hg.): *Materialien der Abteilung für Gewerbe, Klein- und Mittelbetriebe an der Wirtschaftsuniversität*. Wien: Eigenverlag, 35–56.
- Müller, H. (2007): *Innovationsförderung im Schweizer Tourismus. Evaluation von InnoTour II, Schlussbericht*. Bern: Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus.
- Neun, W. (2015): *Innovationen im Mittelstand erfolgreich managen. 25 Tipps für die praktische Umsetzung*. Wiesbaden: Springer.
- OECD (2005): *Oslo Manual. Guidelines for Collecting and Interpreting Innovation Data*. <https://www.oecd.org/sti/inno/2367580.pdf>. Zugriff im Juni 2014.
- OECD (2005): *Statistical Office of the European Communities of the Organsation for Economic Co-Operation and Development: Oslo Manual. Guidelines for Collecting and Interpreting Innovation Data. Third Edition*.
- ÖHV (2015): *Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Steuererhöhung auf die Hotellerie*. <http://www.oehv.at/OEHV/files/09/097e295a-623f-4005-b172-1024a3c086cb.pdf>. Zugriff im September 2016.
- Pavitt, K. (2002): Knowledge about knowledge since Nelson & Winter: a mixed record. <http://www.druid.dk/conferences/nw/paper1/pavitt.pdf>. Zugriff im September 2015.
- Pikkemaat, B. (2005): Zur empirischen Erforschung von Innovationen im Tourismus. In: Pechlaner, H. et al. (Hrsg.): *Erfolg durch Innovation. Perspektiven für den Tourismus- und Dienstleistungssektor*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, 87–102.
- Pikkemaat, B. et al. (2006): *Innovationen im Tourismus – Wettbewerbsvorteile durch neue Ideen und Angebote*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Prahalad, C. K. und G. Hamel (1990): *The Core Competence of the Corporation*. In: *Harvard Business Review*. Vol. 3, 79–91.
- Rammer, C. et al. (2005): *Innovationspotenziale und -hemmnisse unterschiedlicher Gruppen von KMU. Schwerpunktstudie zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands im Auftrag des MBMF. Mannheim und Frankfurt a. M.*
- Reso, E. (2016): *Das Große Ganze. Intergenerationalität in familiengeführten Tourismusbetrieben in Südtirol. Studienreihe des Touriseum. Band 6*. Münster: Waxmann.
- Sammerl, N. (2006): *Innovationsfähigkeit und nachhaltiger Wettbewerbsvorteil*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Schewe, G. (1994): *Successful Innovation Management: An integrative Perspective*. In: *Journal of Engineering and Technology Management*. Vol. 11, 25–53.
- Schumpeter J. A. (1931): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmensgewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. Leipzig.
- Schumpeter J. A. (1961): *Konjunkturzyklen*. Göttingen.
- Sommerlatte, T. (1997): *Die Evolution des Innovationsmanagements*. In: *Management von Innovation und Wachstum*. Arthur D. Little (Hg.): Wiesbaden: Gabler, 155–162.
- Spath, D. et al. (2001): *Mit dem Methodenbaukasten Produkte treffsicher und schnell entwickeln*. In: Spath, D. (Hrsg.): *Vom Markt zum Produkt – Impulse für die Innovation von morgen*. Stuttgart: LOG-X, 7–24.
- Spielkamp, A. u. C. Rammer (2006): *Balanceakt Innovation. Erfolgsfaktoren im Innovationsmanagement kleinerer und mittlerer Unternehmen*. Dokumentation Nr. 06-04. ZWE: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH. <ftp://ftp.zwe.de/pub/zew-docs/docus/dokumentation0604.pdf>. Zugriff im August 2014.
- Theiner, B. u. C. Steinhäuser (2006): *Neue Erlebnisse im Tourismus. Eine Analyse des Innovationsverhaltens von Anbietern und Nachfragern bei der touristischen Produktentwicklung*. Marburg: Tectum.
- Tidd, J. et al. (2005): *Managing Innovation: Integrating Technological, Market and Organizational change*. 2. Aufl. Chichester: Wiley.
- Vahs, D. und R. Burmester (2002): *Innovationsmanagement. Von der Produktidee zur erfolgreichen Vermarktung*. 2. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Wagner, K. et al. (2006): *Die Innovationsfähigkeit des Unternehmens gezielt steigern*. In: Bullinger, H.-J. (Hrsg.): *Fokus Innovation. Kräfte bündeln – Prozesse beschleunigen*. München: Hanser, 41–109.
- Walder (2004): *Innovationen und die Rolle von Markttrends im Tourismus*. <http://www1.messe-berlin.de/vip8.1/website/MesseBerlin/htdocs/www.fair.itb-berlin.de/de/Messeinfos/MarketTrends/walder.pdf>. Zugriff im Juli 2010.
- Walder, B. (2007): *Tourismus – Management von Innovationen*. Marburg: Tectum.

WKO (2013a): KMU-Daten für Österreich. Beschäftigungsstatistik. <http://wko.at/Statistik/KMU/WKO-BeschStatK.pdf>. Zugriff im Jänner 2015.

WKO (2013b): KMU Daten für Österreich / Beschäftigte nach Sparten. <http://wko.at/Statistik/KMU/WKO-BeschStatSparten.pdf>. Zugriff im Jänner 2015.

WKO (2014): Tourismus in Zahlen. https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Tourismus_in_Zahlen_2014.pdf. Zugriff im Mai 2015.

WKO (2015): Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Zahlen. <https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Tourismus-Freizeitwirtschaft-in-Zahlen-Juni-2015.pdf>. Zugriff im Juni 2015.

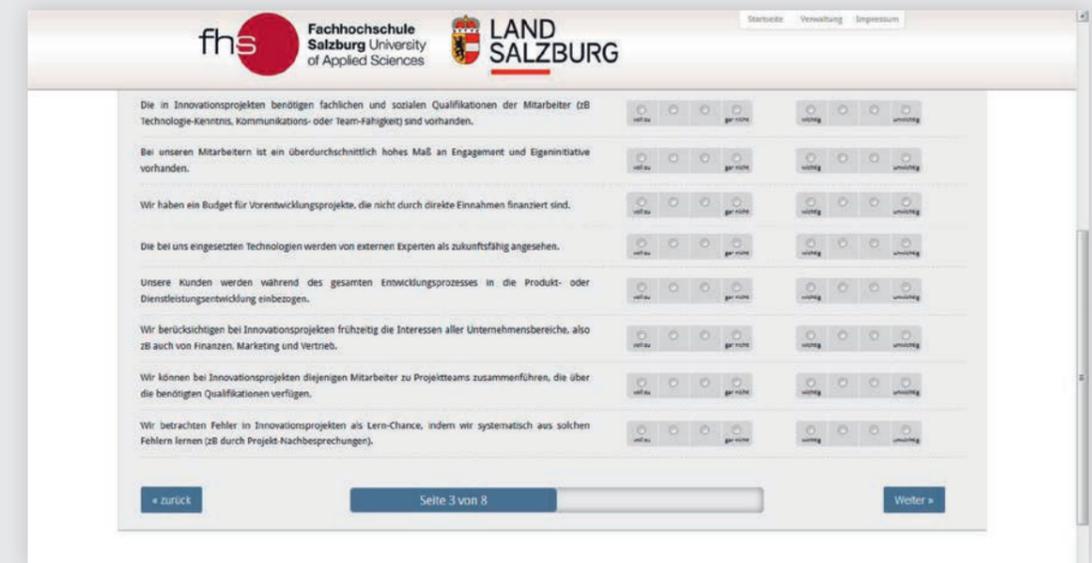
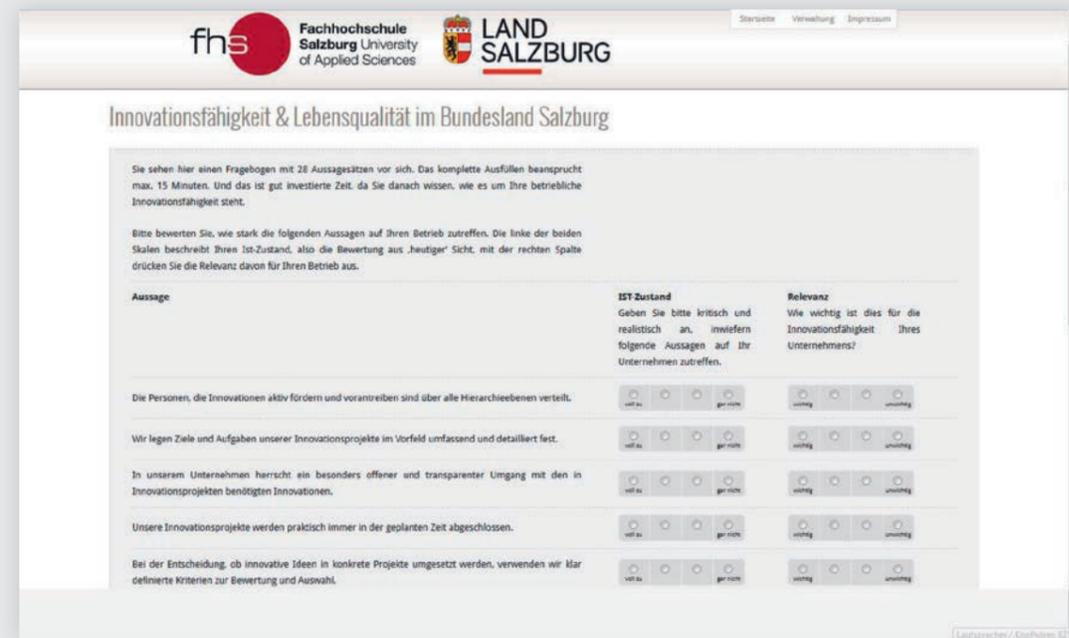
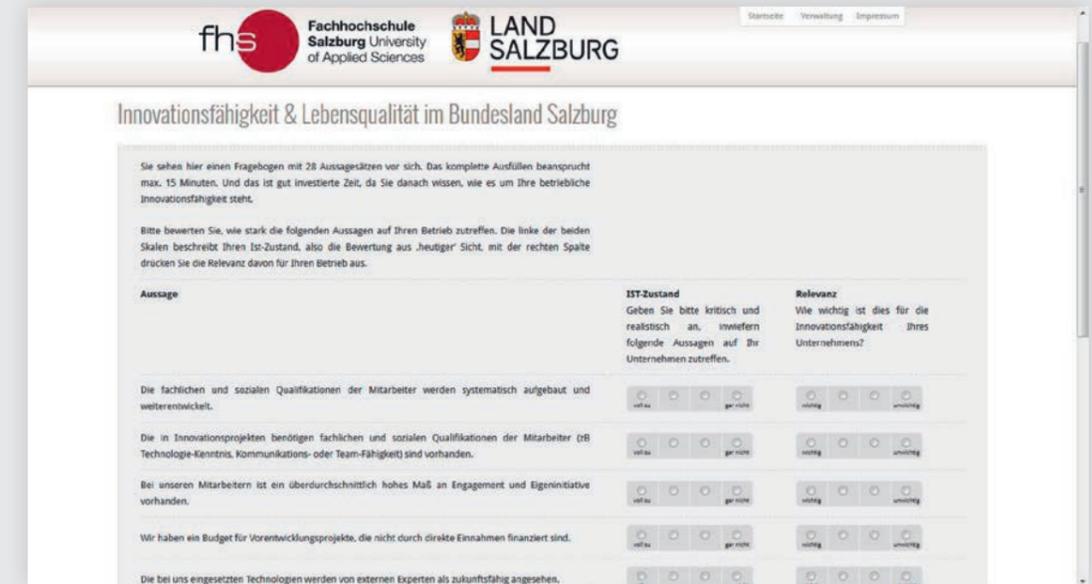
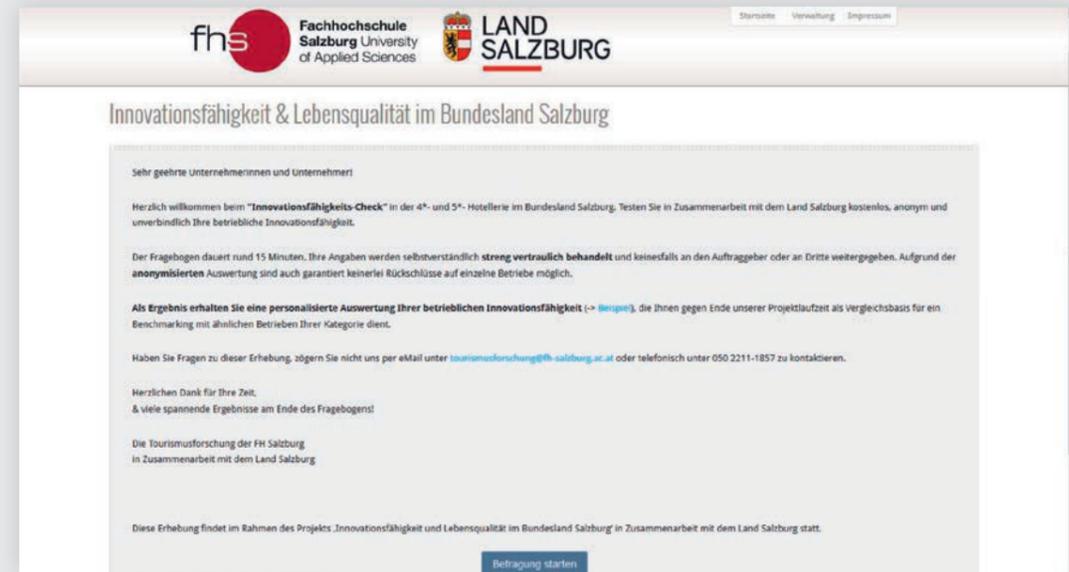
WKO (2016a): Klassifizierungssystem. <https://www.wko.at/Content.Node/hotelsterne/Klassifizierungssystem.html>. Zugriff im April 2016.

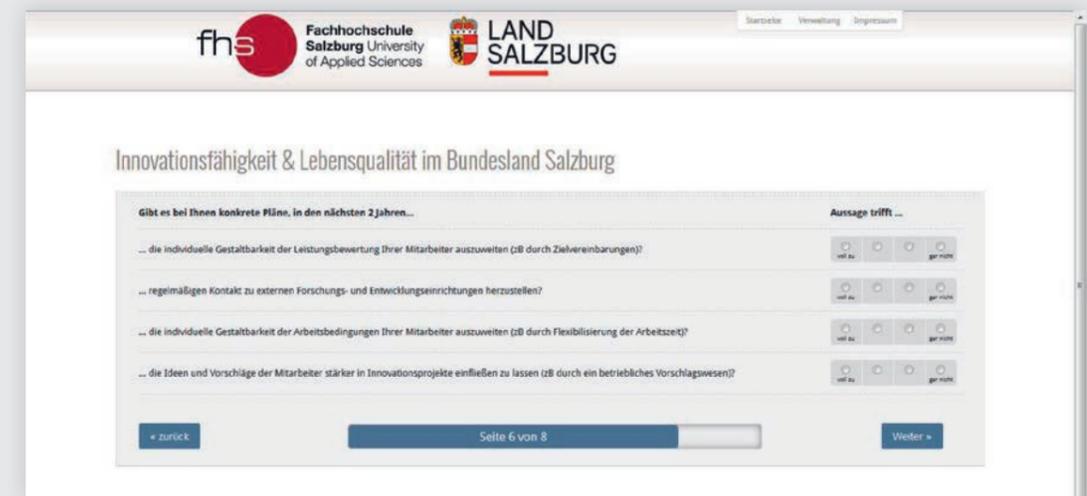
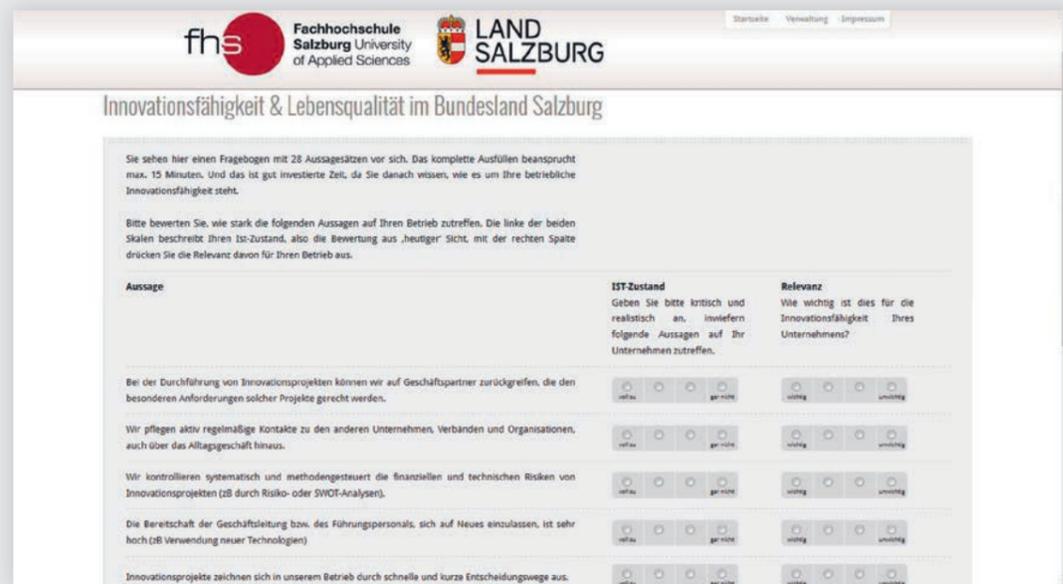
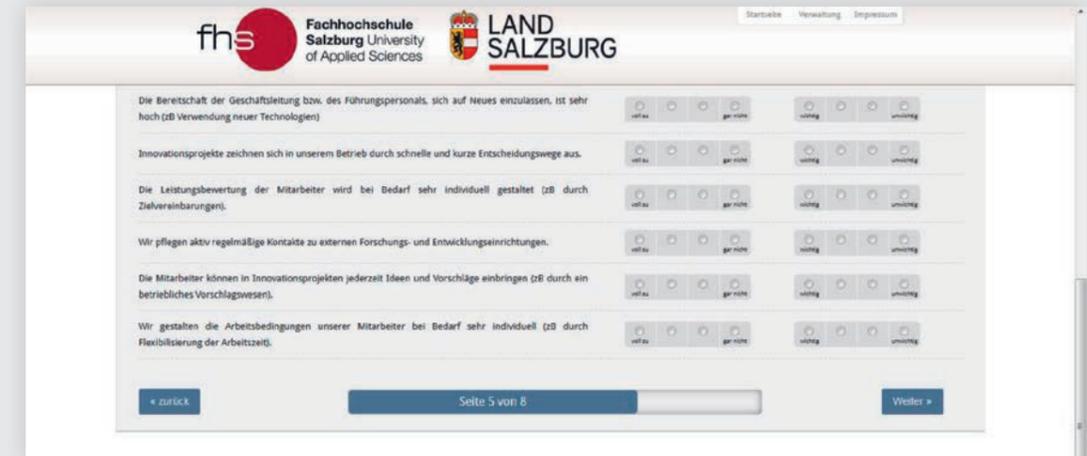
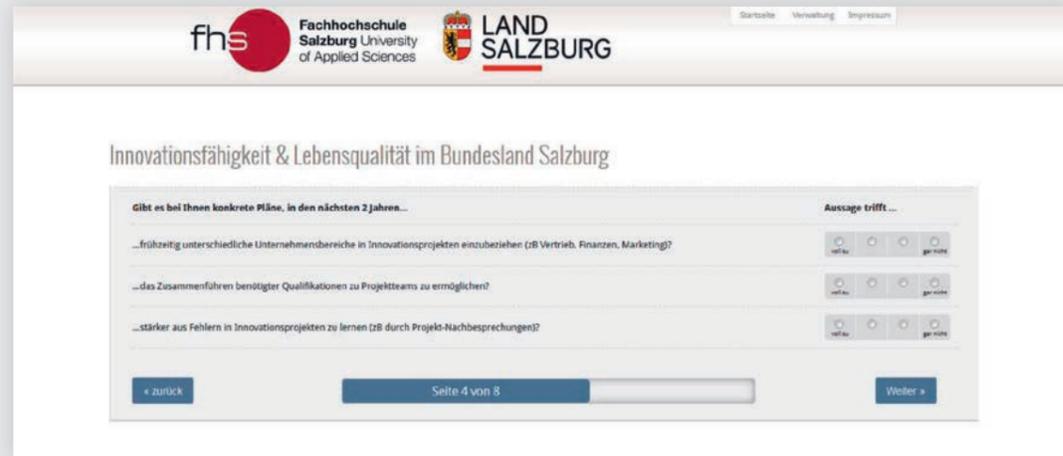
WKO (2016b): Tourismus und Freizeitwirtschaft im Überblick. <https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Tourismus-Freizeitwirtschaft-im-Ueberblick-2016.pdf>. Zugriff im Juli 2016.

WKS (2015): Struktur der KMU mit (Haupt-)Sitz in Salzburg. Statistiken per E-Mail erhalten von Frau Maria Hagenauer der WKS.

Datenanhang

ANNEX 1: ONLINE-FRAGEBOGEN





fh_s Fachhochschule Salzburg University of Applied Sciences LAND SALZBURG

Startseite Verwaltung Impressum

Innovationsfähigkeit & Lebensqualität im Bundesland Salzburg

Hat Ihr Unternehmen im Zeitraum von 2012 bis 2014 eine oder mehrere der folgenden Aktivitäten durchgeführt?

Zukauf von Know-how von Dritten für eigene Innovationsaktivitäten (Ankauf von Patenten, Lizenzen, nicht patentierten Erfindungen, Know-how und anderen Arten von Wissen von anderen Unternehmen oder Einrichtungen, die speziell zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren beschafft worden sind) ja Nein

Recherche nach frei verfügbarem Wissen für eigene Innovationsaktivitäten (Informationseinholung über Medien wie z. B. Fachzeitschriften oder Internet, Austausch mit Forschungseinrichtungen und Technologietransferstellen, Besuch von Vorträgen und Kongressen oder Engagement in relevanten Gremien, Ausschüssen und Arbeitskreisen mit dem Ziel der Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren.) ja Nein

Weiterbildungsmaßnahmen (Mitarbeiterinnenschulung und Weiterbildung für die Entwicklung oder Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten/Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren und zur besseren Nutzung externen Wissens und/oder der Erhöhung der kreativen Fähigkeiten der Mitarbeiter/ja/Nein) ja Nein

Design (Aktivitäten, die zum Entwurf, zur Verbesserung oder Änderung der Form oder des Erscheinungsbilds von neuen oder merklich verbesserten Produkten oder Dienstleistungen führen) ja Nein

Andere Innovationsaktivitäten (Sonstige Aktivitäten zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten / Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren (zB Machbarkeitsstudien, Untersuchungen, routinemäßige Entwicklung von Software)) ja Nein

fh_s Fachhochschule Salzburg University of Applied Sciences LAND SALZBURG

Startseite Verwaltung Impressum

Andere Innovationsaktivitäten (Sonstige Aktivitäten zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten / Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren (zB Machbarkeitsstudien, Untersuchungen, routinemäßige Entwicklung von Software)) ja Nein

Hat Ihr Unternehmen im Zeitraum von 2012 bis 2014 eine oder mehrere Produkt- und Dienstleistungsinnovationen eingeführt? ja Nein

Wie hoch war im Zeitraum von 2012 bis 2014 der Anteil dieser neuen oder merklich verbesserten Produkte/Dienstleistungen an den Umsatzerlösen? Bitte Prozentwerte für den gesamten Zeitraum von 2012 bis 2014 schätzen. %

Wie wichtig werden diese Produkt- oder Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung in den kommenden drei Jahren sein? Bitte auswählen

Diese Innovation(en) war(en)... Bitte auswählen

Bitte auswählen
 ...neu für den Markt
 ...neu für unser Unternehmen
 ...neu für den Markt und unser Unternehmen

Hat Ihr Unternehmen in den Jahren 2012 bis 2014 bei seinen Innovationsaktivitäten mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen kooperiert? ja Nein

Wieviel Erfahrung hat Ihr Unternehmen mit Innovationsaktivitäten? Bitte auswählen

« zurück Seite 7 von 4 Weiter »

fh_s Fachhochschule Salzburg University of Applied Sciences LAND SALZBURG

Startseite Verwaltung Impressum

Andere Innovationsaktivitäten (Sonstige Aktivitäten zur Einführung von neuen oder merklich verbesserten Produkten / Dienstleistungen oder Prozessen/Verfahren (zB Machbarkeitsstudien, Untersuchungen, routinemäßige Entwicklung von Software)) ja Nein

Hat Ihr Unternehmen im Zeitraum von 2012 bis 2014 eine oder mehrere Produkt- und Dienstleistungsinnovationen eingeführt? ja Nein

Wie hoch war im Zeitraum von 2012 bis 2014 der Anteil dieser neuen oder merklich verbesserten Produkte/Dienstleistungen an den Umsatzerlösen? Bitte Prozentwerte für den gesamten Zeitraum von 2012 bis 2014 schätzen. %

Wie wichtig werden diese Produkt- oder Dienstleistungsinnovationen für die Umsatzentwicklung in den kommenden drei Jahren sein? Bitte auswählen

Diese Innovation(en) war(en)... Bitte auswählen

Hat Ihr Unternehmen in den Jahren 2012 bis 2014 bei seinen Innovationsaktivitäten mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen kooperiert? ja Nein

Wieviel Erfahrung hat Ihr Unternehmen mit Innovationsaktivitäten? Bitte auswählen

Bitte auswählen
 ...sehr viel Erfahrung
 ...viel Erfahrung
 ...mäßig Erfahrung
 ...etwas Erfahrung
 ...geringe Erfahrung

« zurück Seite 7 von 4 Weiter »

fh_s Fachhochschule Salzburg University of Applied Sciences LAND SALZBURG

Startseite Verwaltung Impressum

Hat Ihr Unternehmen in den Jahren 2012 bis 2014 bei seinen Innovationsaktivitäten mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen kooperiert? ja Nein

Um welche Kooperationspartner handelte es sich dabei und wo waren diese angesiedelt?
Lokal/regional meint die geschäftliche Tätigkeit innerhalb eines Radius von 50 Kilometern und **überregional** die geschäftliche Tätigkeit, die über den Radius von 50 Kilometern hinausgeht.

Mehrfachantwort möglich.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen lokal, regional überregional in Österreich überregional im Ausland

Kunden lokal, regional überregional in Österreich überregional im Ausland

Zulieferer lokal, regional überregional in Österreich überregional im Ausland

Kommerzielle Forschungs- und Entwicklungs-Dienstleister lokal, regional überregional in Österreich überregional im Ausland

Andere Unternehmen der eigenen Unternehmensgruppe lokal, regional überregional in Österreich überregional im Ausland

Beratungsunternehmen lokal, regional überregional in Österreich

fh Fachhochschule Salzburg University of Applied Sciences **LAND SALZBURG**

Startseite Verwaltung Impressum

Innovationsfähigkeit & Lebensqualität im Bundesland Salzburg

Welche Rechtsform weist Ihr Unternehmen auf?

Klassifizierung

Ihr Betrieb ist ein... Saisonbetrieb (Winter) Saisonbetrieb (Sommer) Ganzjahresbetrieb

Anzahl Betten gesamt:

Anzahl Zimmer gesamt:

Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrem Betrieb beschäftigt?

Ist Ihr Betrieb ein Familienbetrieb? Ja Nein

In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen gegründet?

Wurde Ihr Unternehmen in den letzten 10 Jahren übergeben (Nachfolge)?

Die Postleitzahl Ihres Betriebsstandortes ist...

Seite 8 von 4

fh Fachhochschule Salzburg University of Applied Sciences **LAND SALZBURG**

Startseite Verwaltung Impressum

Klassifizierung

Ihr Betrieb ist ein... Saisonbetrieb (Winter) Saisonbetrieb (Sommer) Ganzjahresbetrieb

Anzahl Betten gesamt:

Anzahl Zimmer gesamt:

Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrem Betrieb beschäftigt?

Ist Ihr Betrieb ein Familienbetrieb? Ja Nein

In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen gegründet?

Wurde Ihr Unternehmen in den letzten 10 Jahren übergeben (Nachfolge)?

In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen übergeben?

Die Postleitzahl Ihres Betriebsstandortes ist...

Seite 8 von 4

ANNEX 2: ADAPTIERTE ERFOLGSFAKTORENLISTE

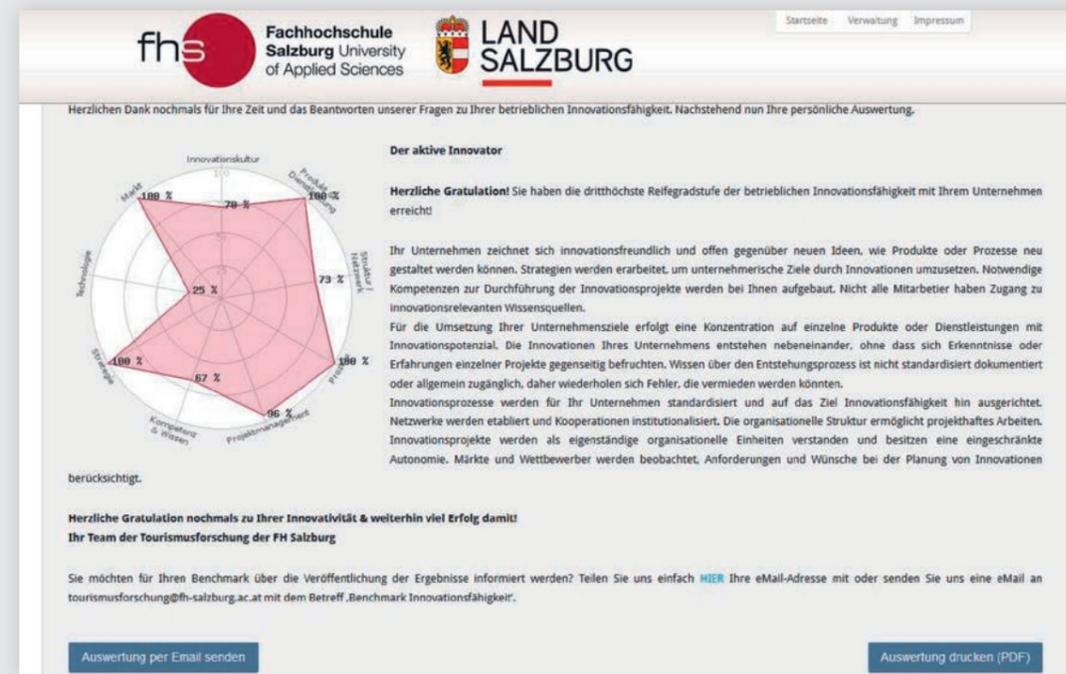
Nr.	Operationalisierung	Kritischer Erfolgsfaktor	Gestaltungsfeld
1	In unserem Unternehmen gibt es viele Personen, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben.	Vorhandensein von Innovationspromotoren im Management des Unternehmens/„langer Atem“ bei der Durchführung von Innovationen/jeder einzelne MitarbeiterInnen soll ein Innovationspromotor sein	Innovationskultur
2	Die Personen, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben, sind über alle Hierarchieebenen verteilt.	Mut für Neues/Bereitschaft zum Verlassen der Komfortzone bzw. vertrauter Gewässer	Innovationskultur
3	Die Bereitschaft der Geschäftsleitung bzw. des Führungspersonals, sich auf Neues einzulassen, ist sehr hoch (z. B. Verwendung neuer Technologien).	Routinen zur Risikobeherrschung von Innovationsprojekten	Prozess Projektmanagement
4	Wir kontrollieren systematisch und methodengesteuert die finanziellen und technischen Risiken von Innovationsprojekten (z. B. durch Risiko- oder SWOT-Analysen).	Wertschätzung der MitarbeiterInnen/hohes Vertrauen in die MitarbeiterInnen/Freiräume schaffen/Integration von „Exzentrikern“	Innovationskultur
5	Wir gestalten die Arbeitsbedingungen unserer MitarbeiterInnen bei Bedarf sehr individuell (z. B. durch Flexibilisierung der Arbeitszeit).	Die Leistungsbewertung der MitarbeiterInnen wird bei Bedarf sehr individuell gestaltet (z. B. durch Zielvereinbarungen).	Innovationskultur Kompetenz und Wissen
6	Die MitarbeiterInnen können in Innovationsprojekten jederzeit Ideen und Vorschläge einbringen (z. B. durch ein betriebliches Vorschlagswesen).	Entscheidungsfreude, -mut/hohe Flexibilität und Tempo/Raum für eigenverantwortliche Entscheidungen der MitarbeiterInnen bei der Umsetzung	Innovationskultur Projektmanagement
7	Innovationsprojekte zeichnen sich in unserem Betrieb durch schnelle und kurze Entscheidungswege aus.	Motivation der MitarbeiterInnen und des gesamten Projektteams	Innovationskultur Kompetenz und Wissen
8	Innovative Ideen der MitarbeiterInnen (z. B. für neue Produkte oder Dienstleistungen) werden sowohl durch finanzielle (z. B. Prämien) als auch durch nicht-finanzielle Anreize (z. B. Auszeichnungen, Zeit für Fortbildungen) gefördert.	Strategische Ausrichtung, Vorhandensein einer langfristigen Innovationsstrategie	Strategie
9	Unsere Innovationsvorhaben haben ihre Grundlage in der allgemeinen Unternehmensstrategie, sie leiten sich daraus ab.	Identifikation der MitarbeiterInnen mit dem Unternehmen/„Wir-Gefühl“/Motivation der Mitarbeiter und des gesamten Projektteams	Innovationskultur
10	Bei unseren MitarbeiterInnen ist ein überdurchschnittlich hohes Maß an Engagement und Eigeninitiative vorhanden.	Finanzieller Pool zur Finanzierung von Vorlaufentwicklungsprojekten mit interner Kostenzuordnung/Freiräume – „Spielwiesen“/MitarbeiterInnen sollen ihre Fähigkeiten optimal entfalten	Innovationskultur Strategie
11	Wir haben ein Budget für Vorentwicklungsprojekte, die nicht durch direkte Einnahmen finanziert sind.	Vorhandensein der notwendigen Kompetenzen (Know-how, Prozesswissen) und Qualifikationen	Kompetenz und Wissen
12	Die in Innovationsprojekten benötigten fachlichen und sozialen Qualifikationen der MitarbeiterInnen (z. B. Technologiekenntnis, Kommunikations- oder Teamfähigkeit) sind vorhanden		

Nr.	Operationalisierung	Kritischer Erfolgsfaktor	Gestaltungsfeld
14	Die fachlichen und sozialen Qualifikationen der MitarbeiterInnen werden systematisch aufgebaut und weiterentwickelt.	Qualifikation der MitarbeiterInnen muss dem ständigen Wandel angepasst werden (lebenslanges Lernen)/gezielter Aufbau von Kompetenzen	Kompetenz und Wissen Strategie
15	Wir können bei Innovationsprojekten diejenigen MitarbeiterInnen zu Projektteams zusammenführen, die über die benötigten Qualifikationen verfügen.	Internes Kompetenznetzwerk, Kompetenzpool/Wissensmanagement	Kompetenz und Wissen Struktur und Netzwerk
16	Bei der Durchführung von Innovationsprojekten können wir auf GeschäftspartnerInnen zurückgreifen, die den besonderen Anforderungen solcher Projekte gerecht werden.	Auswahl der richtigen, geeigneten ProjektpartnerInnen, die die nötige Kompetenz, Flexibilität und Innovativität aufweisen	Struktur und Netzwerk
17	Wir pflegen aktiv regelmäßige Kontakte zu externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.	Aufbau von Technologienetzwerken und Technologietransfer/Anbindung an aktuelle Entwicklungen und Trends	Technologie Struktur und Netzwerk
18	Wir pflegen aktiv regelmäßige Kontakte zu den anderen Unternehmen Verbänden und Organisationen, auch über das Alltagsgeschäft hinaus.	Vorhandensein und Pflege informeller Netzwerke/Schaffung und Ausbau von Marktkenntnis/bessere Auswahl von ProjektpartnerInnen	Struktur und Netzwerk Markt
19	Unsere KundInnen werden während des gesamten Entwicklungsprozesses in die Produkt- oder Dienstleistungsentwicklung einbezogen.	Einbindung und Berücksichtigung von Anregungen, Wünschen, Anforderungen oder Problemen der KundInnen/bessere Anpassung von Innovationen an den Markt	Produkt und Dienstleistung Struktur und Netzwerk Markt
20	Das Feedback unserer KundInnen (z. B. in Form von Beschwerden oder Anregungen) wird nicht nur aufgenommen, sondern systematisch bewertet und umgesetzt.	Einbindung und Berücksichtigung von Anregungen, Wünschen, Anforderungen oder Problemen der KundInnen/bessere Anpassung von Innovationen an den Markt	Kompetenz und Wissen Produkt und Dienstleistung Markt
21	Wir haben sehr gute Kenntnisse über die Wettbewerbsposition sowie über die Akteure und Spielregeln in unserem Marktsegment.	Umfassende Marktkenntnis (Wettbewerber, Akteure, Spielregeln ...) /Marktbeobachtung	Markt
22	Wir legen Ziele und Aufgaben unserer Innovationsprojekte im Vorfeld umfassend und detailliert fest.	Einigkeit über Projektziele/klare Zielstellung und -vorgabe von Innovationsprojekten (z. B. Pflichten- und Lastenheft)	Projektmanagement
23	In unserem Unternehmen herrscht ein besonders offener und transparenter Umgang mit den in Innovationsprojekten benötigten Innovationen.	Gelebte Offenheit/offener Umgang mit wichtigen Informationen	Innovationskultur
24	Wir betrachten Fehler in Innovationsprojekten als Lernchance, indem wir systematisch aus solchen Fehlern lernen (z. B. durch Projekt-Nachbesprechungen).	Mut für Neues, Freiräume für MitarbeiterInnen	Innovationskultur Kompetenz und Wissen Projektmanagement
25	Wir berücksichtigen bei Innovationsprojekten frühzeitig die Interessen aller Unternehmensbereiche, also z. B. auch von Finanzen, Marketing und Vertrieb.	Wissen über kostengünstige Herstellung und Beschaffung	Kompetenz und Wissen Struktur und Netzwerk
26	Die bei uns eingesetzten Technologien werden von externen Experten als zukunftsfähig angesehen.	Zukunftsfähiges Technologiekonzept	Technologie Produkt und Dienstleistung
27	Unsere Innovationsprojekte werden praktisch immer in der geplanten Zeit abgeschlossen.	Gutes Innovations- und Projektmanagement/hohe Flexibilität und Tempo	Prozess Projektmanagement
28	Bei der Entscheidung, ob innovative Ideen in konkrete Projekte umgesetzt werden, verwenden wir klar definierte Kriterien zur Bewertung und Auswahl.	Klare Definition der Ziele, Inhalte durch Spezifikationswerte/strategische Planung, Auswahl von Innovationsprojekten/Erkennen von marktfähigen Ideen	Strategie Projektmanagement

ANNEX 3: DARSTELLUNG DER BEWERTUNG DER GESTALTUNGSFELDER

	IK	P&D	S&N	Proz	P.mgt	K&W	Strat	Techn.	Markt
1 Innovationsvorantreibende Personen	3								
2 Verteilung über alle Hierarchieebenen von Personen, die Innovationen aktiv fördern und vorantreiben	3								
3 Innovationsbereitschaft GF oder Management	2								
4 Kontrolle der Innovationsprojektrisiken				1	1				
5 Individuelle Arbeitsbedingungen der MA	4								
6 Individuelle Leistungsbewertung der MA	6								
7 Möglichkeit des Sich-Einbringens der MA	3					3			
8 Kurze Entscheidungswege bei Innovationsprojekten	3				3				
9 Anreize für innovative Ideen der MA	1					1			
10 Überdurchschnittliches Maß an Engagement der MA							1		
11 Budget für Vorentwicklungsprojekte	3								
12 Innovationsstrategien (in Anlehnung an Unternehmensstrategien)	3						3		
13 Fachliche oder soziale Qualifikationen der MA vorhanden						1			
14 Aufbau und Weiterentwicklung der Qualifikationen						2	2		
15 Erstellung von Projektteams			2			2			
16 Kontaktaufnahme mit GeschäftspartnerInnen			1						
17 Kontakte zu F&E-Einrichtungen			2					2	
18 Kontakte zu anderen Unternehmen, wenn es über Alltagsgeschäft hinausgeht			3						3
19 KundInneneinbindung in DL- oder Produktentwicklung		2	2						2
20 Bewertung des KundInnenfeedbacks		2				2			2
21 Kenntnisse über Wettbewerbssituation									2
22 Zieldefinition im Vorfeld					2				
23 Transparenter Umgang mit Informationen	2								
24 Systematisches Lernen aus Fehlern	1				1	1			
25 Integration aller Unternehmensbereiche			1			1			
26 Verwendung zukunftsfähiger Technologien		1						1	
27 Abschluss der Projekte in der projektierten Zeit				2	2				
28 Kriterien zur Realisierung von Ideen					3		3		
	34	5	11	3	12	13	9	3	9

ANNEX 4: DARSTELLUNG EINER ONLINE-BEFRAGUNGS-AUSWERTUNG



ANNEX 5: WIRTSCHAFTSPROGRAMM SALZBURG 2020. SALZBURG. STANDORT. ZUKUNFT.

Exkurs – Auszug aus dem Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020.

Salzburg. Standort Zukunft:

Salzburg ist eine begehrte Tourismusdestination: „Der Tourismus entwickelt Angebote, die den Herausforderungen des Klimawandels Rechnung tragen und die Schönheit und Potenziale des Naturraums nützen, ohne ihn auszubeuten. Salzburger Destinationen setzen auf ein authentisches Angebot. (...) Ein entsprechendes Kaufverhalten trägt zur Reduktion der für die Umwelt nachteiligen Transportwege bei.“ (Land Salzburg 2011, 47)

Salzburg verfügt über ein Wirtschaftssystem, das auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruht: „Fragen der Versorgungssicherheit, der Verfügbarkeit und der Kosten von Energie und Rohstoffen werden zur zentralen Frage für kleinregionale Wirtschaftsräume. Es ist daher notwendig, den Umbauprozess zu einer ressourcenschonenden und klimaverträglichen Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen und das Wirtschaftswachstum weitestgehend vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. (...) Qualität und eine konsequente Orientierung an einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sind die entscheidenden Wettbewerbsvorteile, über die Salzburg als Standort verfügt. (...) Neben diesem ‚ökonomischen‘ Aspekt der Nachhaltigkeit werden auch die weiteren Aspekte gleichrangig in den Mittelpunkt gerückt: die Erhaltung und behutsame ‚Inwertsetzung‘ des weitgehend intakten Lebensraumes und das sorgsame Abwägen weiterer Eingriffe im Sinne einer ‚ökologischen‘ Nachhaltigkeit. Begleitend gewinnt die dritte Dimension, die ‚soziale‘ Nachhaltigkeit, zentrale Bedeutung: Arbeitskräfte werden in Folge der demografischen Entwicklung ‚knapp‘. (...) Wissen wird zum zentralen Wettbewerbsfaktor, gedeiht aber nur in einem entsprechenden Umfeld, das Zugang zu Wissen in allen Altersstufen und für alle sozialen Schichten ermöglicht. Gute Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Umfeld werden mehr denn je zur Basis für das regionale wirtschaftliche Handeln.“ (Land Salzburg 2011/50)

Chancen aus der Implementierung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sieht das Strategiepapier im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit (intaktem Lebensraum und regionalen Besonderheiten), in der ökonomischen Nachhaltigkeit (hochqualitative (Nischen-)Produkte in Verbindung mit kundInnen-naher Dienstleistung) und sozialer Nachhaltigkeit (hohe Qualität und Sozialstandards). (Land Salzburg 2011)

ANNEX 6: HANDLUNGSFELDER UND MASSNAHMENPAKETE FÜR DEN TOURISMUS

Handlungsfelder und Maßnahmenpakete den Tourismus betreffend (Land Salzburg 2011, 54 ff.) sind (a) Standortentwicklung, (b) Unternehmensentwicklung und (c) Governance.

Die Zielsetzungen im Handlungsfeld „Standortentwicklung“ umfassen: Sicherung von hochwertigen Standorten; Stärkung von Orts- und Stadtkernen; Steigerung der Attraktivität des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Salzburg; Unterstützung des Wachstums in Wirtschaftsbereichen, die keine wesentlichen zusätzlichen Belastungen für die Lebensgrundlagen nach sich ziehen; Bereitstellung von Infrastrukturen, die die Grundlage für eine zukunftsorientierte Lebensweise bieten; Sicherstellung einer bedarfs- und talentorientierten Qualifizierung der Bevölkerung sowie Nutzung des Potenzials von älteren Arbeitnehmern, Frauen und Migrantinnen.

Als konkrete Strategie wurde formuliert: themenorientierte und regionsspezifische Weiterentwicklung des touristischen Angebots. Als Maßnahmen dazu wurden genannt:

Maßnahmen zur Entwicklung und Absicherung von Topstandorten im Tourismus

Die angestrebte Wirkung für nachstehend genannte Maßnahmen ist die Schaffung von regionaler Identität und Grundlagen für authentische Tourismusangebote:

- Schaffung von authentischen regionalen Profilen
- Bereitstellung hochqualitativer Tourismusinfrastruktur für Standorte, die international wettbewerbsfähig sein müssen
- Schaffung von kritischen Größen durch Unterstützung von betrieblichen und überbetrieblichen Kooperationen
- Umsetzung von neuen Sporttrends und Schaffung entsprechender Infrastruktur, wenn Profilierungschancen von Standorten bzw. eine gewisse Breitenwirkung am Markt gesehen werden können

Maßnahmen zur Weiterentwicklung der touristischen Angebote

Die angestrebte Wirkung folgender Maßnahmen ist die Ausrichtung der tourismuspolitischen Strategien und touristischen Angebote auf die Änderungen in der touristischen Nachfrage, die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Salzburger Tourismusdestinationen auch im Lichte der Auswirkungen des Klimawandels:

- Forcierung der Entwicklung von authentischen regionalen touristischen Angeboten, die den Salzburger Naturraum und natürliche Besonderheiten behutsam und intelligent einbinden (...)
- Entwicklung intelligenter Tourismusedienstleistungen im Zusammenhang mit Kongressen, im Zentralraum und im ländlichen Raum (...)
- Einbeziehung der anwendungsorientierten Forschung und innovativer Technologien in die Entwicklung von touristischen Angeboten
- Forcierung der Zusammenführung von Produktmarken und des Brandings von Tourismusgebieten
- Unterstützung des Austausches und der Nutzung von Erfahrungen der Modellregionen im Bereich „sanfter Tourismus“ (...)
- Forcierung der Positionierung der Tourismuswirtschaft in Salzburg als Reiseziel mit einem „green image“ (...)
- Anschlag für die verstärkte Nutzung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Die Zielsetzungen im Handlungsfeld „Unternehmensentwicklung“ umfassen: Förderung des UnternehmerInnentums; Forcierung von Unternehmensgründungen in innovativen Geschäftsfeldern; Steigerung der Innovationsaktivitäten; Reduktion des Ressourcenverbrauchs; begleitende Unterstützung der Flexibilisierung von Arbeitsinhalten, Arbeitszeiten, Arbeitsorganisation und Arbeitsformen. Eine Strategie den Tourismus, die Nachhaltigkeit oder die Innovation betreffend: Stärkung der betrieblichen Innovationskraft. Genannte Maßnahmen werden wieder kurz skizziert, die genauen Maßnahmenpläne sind dem gesamten Paper zu entnehmen (Land Salzburg 2011, 66 ff.).

Maßnahmen zur aktiven Unterstützung von KMU im Innovationsprozess

Die angestrebte Wirkung für nachstehend genannte Maßnahmen ist der Eintritt der KMUs in kontinuierliche Innovationsprozesse:

- Bewusstseinsbildung für den betrieblichen Nutzen von Innovationen
- Bedarfsgerechte Betreuung bei der Ausarbeitung von Innovationsprojekten, bei der Suche nach KooperationspartnerInnen und Fördergeldern
- Stärkung der betrieblichen Innovationskompetenz und -dynamik
- Aktive Bereitstellung von Angeboten im Bereich Wissens- und Technologietransfer und Innovationsbroker für die Unternehmen in den Regionen (...)
- Bereitstellung von finanziellen Unterstützungen für kleinere Innovationsprojekte
- Förderung der Einbindung von Anwendern in die Innovationsprozesse durch Anreize in den Förderinstrumenten
- Unterstützung für kooperative Projekte im Bereich Innovation, F&E (*Anm. der Autorin: Forschung und Entwicklung*)

Eine weitere Strategie den Tourismus betreffend ist: Neuausrichtung des Beschaffungswesens in Richtung KMU-freundliche, innovative und nachhaltige Beschaffung. (Land Salzburg 2011, 68).

Maßnahmen zur Erarbeitung einer KMU-, innovations- und nachhaltigkeitsorientierten Beschaffungsstrategie

Die angestrebte Wirkung für diese Maßnahme ist die Stärkung der Innovationskraft der Salzburger Unternehmen, die Förderung der Entwicklung nachhaltiger Produkte, Dienstleistungen und Verfahren sowie die Förderung des Zugangs von KMU zu öffentlichen Aufträgen:

- Erleichterung des Zugangs von KMU (inklusive EPU) zu öffentlichen Aufträgen (...)
- Forcierung einer umweltorientierten Beschaffung (...)
- Forcierung einer innovationsorientierten Beschaffung (...)

Die Zielsetzungen im Handlungsfeld „Governance“ sind: Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine (...) nachhaltige Entwicklung; Ausbau von Netzwerken und Allianzen; Erreichung neuer Qualitäten in (über-)regionalen Kooperationen (Unternehmen, Interessensvertretungen, Wissenschaft, Gemeinden, Bund), um gemeinsam Entwicklungen voranzutreiben und wettbewerbsfähige Strukturen und Größen zu erreichen sowie eine gezielte Ausrichtung der Unterstützungsleistungen und -strukturen auf die Bedürfnisse der Wirtschaft.

AutorInnen

Monika Bretbacher ist seit 2007 nach Abschluss ihres wirtschaftswissenschaftlichen Studiums als Forschende und Lehrende an der FH Salzburg am Studiengang Innovation und Management im Tourismus beschäftigt. Ihre Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien im Tourismus (eTourism), touristische Nachhaltigkeit sowie Innovation und Innovationsfähigkeit touristischer KMU.

Gabriele Freischlager studierte Kommunikationswissenschaft und Kunstgeschichte an der Paris Lodron Universität Salzburg. Seit 2010 ist sie als Forschungsassistentin in den betriebswirtschaftlichen Studiengängen für die Mitarbeit in der empirischen Forschung mit Schwerpunkt Hochschulen und Forschungsförderung, das Lektorat von Publikationen, die Redaktion der Salzburger Managementstudien sowie für die Forschungsdokumentation und die Öffentlichkeitsarbeit im F&E-Kontext verantwortlich.

Reinhard Hofbauer, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Salzburg, Konstanz und Essex (UK). 1999–2007 Referent für wirtschafts-, wohnungs- und sozialpolitische Fragen an der AK Salzburg, 2008 bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zukunftsstudien der FH Salzburg sowie Lehrbeauftragter an der FH Salzburg. Projekte, Forschung und Lehre in den Bereichen Regionalökonomie, Sozialstaat, Lebensqualität.

Mario Jooss ist FH-Professor und Leiter der Tourismusforschung, Studiengang Innovation und Management im Tourismus, FH Salzburg. Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunkten zählen u.a. der eTourism, mTourism und Innovationen im Tourismus.

Erich Mild ist freiberuflicher Politikwissenschaftler in Salzburg. Studium der Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität Salzburg und der FU Berlin in den 80er Jahren. Seit damals auch Lehrbeauftragter und freiberuflicher Dienstleister für Tennis. 2008 Abschluss des Politikwissenschaftsstudiums an der Universität Salzburg mit einer Diplomarbeit zur Salzburger Raumwärmepolitik. Seither forscht, lehrt und publiziert er zu regionaler Energie-, Klimaschutz- und Umweltpolitik mit speziellem Interesse an der Transformationsforschung.

Markus Pausch ist FH-Professor an der FH Salzburg, Forschungsgruppe Soziale Innovation. Nach seinem Studium der Politikwissenschaft an den Universitäten Salzburg und Lyon arbeitete er in Forschung und Lehre am Institut für Politikwissenschaft Salzburg, dem Lycée Faidherbe Lille und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, ehe er ans Zentrum für Zukunftsstudien der FH Salzburg wechselte. Er forscht, lehrt und publiziert zu den Themen Demokratie, Europa und soziale Innovation.

Michael Schwingsmehl absolvierte das Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zukunftsstudien und ist Lehrbeauftragter am Studiengang KMU-Management & Entrepreneurship. Seine fachlichen Spezialisierungen finden sich im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschaftsgeographie und Regionalökonomie, sowie der Verteilungsökonomie. Derzeit arbeitet er an seinem Ph.D an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Road Steiner Studium der Volkswirtschaftslehre, Sozialökonomie und Geschichte. Seit 2008 an der Fachhochschule Salzburg, zunächst als Lehrbeauftragter für Makroökonomie, ab 2009 Professor (FH) für Volkswirtschaftslehre. Seit 2011 Studiengangs- und Forschungsleiter der betriebswirtschaftlichen Studiengänge, seit 2015 auch Vizerektor (FH) für Forschung und Studienorganisation der Fachhochschule Salzburg. Davor langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeiten, u.a. Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung (Hamburg), Technische Universität Cottbus und KMU Forschung Austria (Wien). Studien und Projekte im Bereich der empirischen Wirtschafts- und Innovationsforschung für österreichische und deutsche Bundes- und Landesministerien, EU-Kommission, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Dublin), Rat für Forschung und Technologie (Wien), Hans-Böckler-Stiftung (Düsseldorf) und Deutsche Forschungsgemeinschaft (Bonn). Publikationen zur Innovationsforschung, Regionalentwicklung, Klein- und Mittelunternehmen und Wissenstransfer, Gutachter für die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (Wien), Jurorentätigkeit für den Salzburger Wirtschaftspreis.

Impressum:

Fachhochschule Salzburg GmbH
Urstein Süd 1
5412 Puch/Salzburg

Projektleiter und Herausgeber:

FH-Prof. Dr. Markus Pausch

Layout:

Alex Stieg

Lektorat:

Annemarie Hochkönig

Druck:

ML Grafik

Salzburg, April 2017